Geschichte der Nationalökonomie

Eine erste Einführung

von

Adolf Damaschke

Zwölfte Auflage

2. Band

Jena, Gustav Fischer

University of Illinois Library
Nathan Austin Weston Collection
Presented 1944

330.9
D18g11
v.2

Geschichte der Nationalökonomie

Eine erste Einführung

von

Adolf Damaschke

61.—70. Tausend

Zwölfte, durchgesehene Auflage

Zweiter Band

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1920

Alle Rechte vorbehalten

Druck der Fürstlich priv. Hofbuchdruckerei (J. Mitzlaff) Rudolstadt

330.9
D152i
v.2

Inhalt des zweiten Bandes.

Seite

VII. Das nationale System.

1. Die Festlandsperre 1
2. List als Schreiber und Professor 8
3. Frei bis zum Hohenasperg und Amerika 16
4. Der Kampf um den Eisenbahnbau 23
5. Erfolge, Enttäuschungen, Tod 35
6. „Nur" Agitator 47
7. Das nationale System 51
8. Das System der produktiven Kräfte 57
9. Die Bodenfrage 60
10. Zollverein, Mitteleuropa und Seegeltung 63
11. Historische Schule und Staatssozialismus 71
12. Christlich-sozial und national-sozial 76

VIII. Der Kommunismus.

1. Der Utopismus in England 83
2. Der Utopismus in Frankreich 92
3. Von der Utopie zum Kommunistischen Manifest 106
4. Das Kommunistische Manifest 114
5. Revolution und Reaktion 118
6. Die „Internationale" und Marx' Persönlichkeit 122
7. Lassalles Entwicklung 131
8. Das „Offene Antwortschreiben" 139
9. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein 148
10. Lassalles Ausgang 155
11. Lassalleaner und Eisenacher 163
12. Das Sozialistengesetz und das Erfurter Programm . . . 173
13. Um den Staatsgedanken 176
14. Die Gewerkschaftsbewegung 186
15. Erfolge und Ausblicke 199

IX. Die Anarchisten.

1. Das Ideal 212
2. Die Angelsachsen 214
3. Deutsche und Holländer 219
4. Die Romanen 223
5. Die Slawen 233
6. Die Lehre vom Staat 241
7. Gegen den Parlamentarismus 247
8. „Freie" Gesellschaftsformen 256
9. Kommunismus und Anarchismus 261
10. Der Weg zum Ziel 264
11. Staatsbürgerstreik, Syndikalismus und Bolschewismus . . 267
12. Ein Schlußwort 274

Seite

X. Die Bodenreform.

1. Die englischen Vorläufer 280
2. Die angelsächsische Bewegung 291
3. Die Skandinavier 312
4. Die Romanen 314
5. Turanier und Zionisten 323
6. Die Slawen 335
7. Die Entwicklung in Deutschland 352
8. Die deutschen Vorläufer 370
9. Der Bund Deutscher Bodenreformer 385

XI. Namenverzeichnis 407

XII. Sachverzeichnis 412

Inhalt des ersten Bandes:

I. Von den Aufgaben der Nationalökonomie.
II. Das Altertum: Israel, Hellas, Rom.
III. Das Mittelalter und das kanonische Recht.
IV. Das Zeitalter des Merkantilismus.
V. Die Physiokraten und die französische Revolution.
VI. Die liberale Schule.

VII. Das nationale System.

1. Die Festlandsperre.

Die mit kurzen Unterbrechungen länger als zwanzig Jahre geführten Kämpfe zwischen England und dem Frankreich der Revolution und Napoleons haben auch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung.

Das französische Königtum hatte mit der Halbheit, die auch in wirtschaftlichen Dingen oft weniger ist als nichts, aus dem physiokratischen System zusammenhanglos einzelne Teile herausgegriffen, die den Interessen der bevorrechteten Stände zu dienen schienen. Im Handelsvertrag mit England 1786 wollte man ein Stück „freien Verkehrs" verwirklichen; man tat es, indem man die Ausfuhr von Weinen und anderen Massenerzeugnissen des Großgrundbesitzes begünstigte, dafür aber die junge, bürgerliche Industrie dem rücksichtslosen englischen Wettbewerb preisgab. In Amiens z. B. wurden 1785 für 12 Millionen ℳ Textilwaren hergestellt, 1789 nur noch für 5 Millionen. Der dadurch bezeichnete Niedergang des gewerblichen Lebens mit allen daraus entspringenden Folgen für Unternehmer, kleine Meister und Gesellen war eine Hauptursache der furchtbaren Volksempörung.

Das republikanische Frankreich verbot am 1. März 1793 die Einfuhr englischer Industriewaren. England antwortete mit der Vernichtung der französischen Kriegs- und Handelsflotte. Die Ausschaltung dieses Wettbewerbes ließ die englische Ein- und Ausfuhr schnell in die Höhe gehen. 1781 wurden für 100 Millionen ℳ Baumwollrohstoffe eingeführt, 1811 schon für 1820 Millionen!

Jedes Land, das die Siege Napoleons auf dem Festlande in den Kreis des französischen Machtbereiches zwangen, verlor durch

England seine Flotte. So wurden die spanische, die holländische und die dänische Flotte zerstört. Als im Sommer 1806 Preußen sich von Napoleon das mit England verbundene Hannover versprechen ließ, vernichteten englische Kaper etwa 400 preußische Handelsschiffe.

Napoleon wußte, was das Meer bedeutet. Aber der 21. Oktober 1805 zerbrach durch Nelsons Sieg bei Trafalgar endgültig seine Hoffnungen, auf dem Meere selbst England begegnen zu können. Nach dieser Schlacht zählte England mit seinen 243 Kriegsschiffen 4 mehr, als alle anderen Kriegsflotten der Welt zusammen.

Englands Herrschaft zur See wurde immer rücksichtsloser ausgeübt und drückender.

Da wagte Napoleon das Äußerste. Am 21. November 1806 gab er vom Berliner Schlosse aus folgenden Erlaß:

Wir Napoleon, Kaiser der Franzosen, König von Italien usw. erklären hiermit:

England verletzt das Völkerrecht, wie es von den anderen Völkern allgemein anerkannt wird. England sieht jeden Untertanen des feindlichen Landes als Feind an und erklärt demgemäß nicht nur die Mannschaften der Kriegsschiffe, sondern auch die der Handels- und Kauffahrteischiffe, die Handelsagenten und Kaufleute als kriegsgefangen. England erstreckt seine Eroberungsrechte, die nur auf Staatseigentum anwendbar sind, auf die Schiffe, die Waren und den Besitz von Privateigentümern. England mißbraucht das Blockaderecht, das nach der Ansicht aller anderen Völker nur auf befestigte Plätze anwendbar ist, indem es dasselbe auch auf unbefestigte Städte, Handelshäfen und Flußmündungen ausdehnt und Plätze für blockiert erklärt, vor denen es nicht ein einziges Kriegsschiff unterhält, während doch die Blockade eines Ortes nur dann effektiv ist, wenn er so eingeschlossen ist, daß man sich ihm nicht ohne drohende Gefahr nähern kann. England erklärt selbst ganze Küsten und Länder für blockiert, die so ausgedehnt sind, daß seine ganzen vereinigten Streitkräfte nicht hinreichen würden, die Blockade durchzuführen. Diese mißbräuch-

liche Auslegung des Blockaderechts hat nur den einen Zweck, den Verkehr zwischen den anderen Völkern zu beeinträchtigen und dem englischen Handel auf Kosten des Handels aller Völker des Festlandes Vorteile zu verschaffen. Da dieses offenbar der Zweck Englands ist, so macht sich jeder, der auf dem Festland englische Ware vertreibt, zu seinem Mitschuldigen. Das Verhalten Englands, das an die fernsten Zeiten der Barbarei erinnert, hat dieser Macht zum Schaden der anderen ungeheuren Vorteil verschafft.

Dem Feinde muß man mit denselben Waffen beizukommen suchen, deren er sich bedient; man muß seine eigene Kampfesweise anwenden, wenn er alle Gedanken von Gerechtigkeit und alle Grundsätze, die das Ergebnis der menschlichen Zivilisation sind, mit Füßen tritt.

Wir beschließen daher, auf England dieselben Gebräuche anzuwenden, die es in sein Seerecht aufgenommen hat, solange England nicht ein und dasselbe Kriegsrecht für Land und See anerkennt, das sich auf Staatseigentum beschränkt und Privateigentum schützt, und verfügen, was folgt:

1. Die britischen Inseln befinden sich im Blockadezustand.

2. Jeder Handel und jede Korrespondenz mit den britischen Inseln sind untersagt. Alle Briefe und Pakete, die nach England oder an Engländer adressiert oder in englischer Sprache geschrieben sind, werden vom Postverkehr ausgeschlossen und konfisziert.

3. Jeder englische Untertan, welches Standes er auch sei, wird gefangen genommen, wenn er in Gebieten angetroffen wird, die von unseren Truppen oder denen unserer Verbündeten besetzt sind.

4. Jedes Magazin, jede Ware, überhaupt jeder Besitz, welcher Beschaffenheit er auch sei, der einem englischen Untertan gehört, wird als gute Prise erklärt.

5. Der Handel mit englischen Produkten ist verboten. Jede Ware, die England gehört oder aus seinen Fabriken und Kolonien stammt, wird als gute Prise erklärt.

6. Die Hälfte des Ertrages aus der Konfiszierung der als gute Prise erklärten Waren und Besitztümer soll verwandt werden, um die Kaufleute zu entschädigen, die durch Wegnahme ihrer Handelsschiffe durch englische Kreuzer Verluste erlitten haben.

7. Schiffe, die direkt von England oder englischen Kolonien kommen oder sich daselbst nach der Veröffentlichung dieses Dekretes aufgehalten haben, werden in keinem Hafen zugelassen werden.

8. Ein Schiff, das sich einer falschen Erklärung bedient, um dieser Bestimmung zu entgehen, wird mit Beschlag belegt. Schiff und Ladung werden konfisziert, als ob sie englisches Eigentum wären.

Für Frankreich, Spanien, Holland, den Rheinbund und den größten Teil Italiens wurde die Festlandsperre sogleich durchgeführt. 1807 traten ihr Preußen, Rußland, Dänemark und Portugal, 1809 Österreich und Schweden bei. Natürlich wurde dieses Sperrsystem mannigfach durchbrochen. Der Schmuggel, der ungeheueren Vorteil versprach, gewann große Ausdehnung. Napoleon selbst mußte hier und da mildern. Aber im wesentlichen galt die Festlandsperre und zog im Wirtschaftsleben Englands und des Festlandes die tiefsten Furchen.

England raffte alle Kraft zusammen, um in Napoleon den Todfeind seines Handels und seiner Industrie niederzuwerfen. Dieser Kampf war für England nicht leicht. Sein Ausfuhrhandel sank von 940 Millionen ℳ im Jahre 1809 auf 560 Millionen im Jahre 1811. Die Staatspapiere verloren ein Drittel ihres Wertes. Das Pfund Sterling, das vorher 25 Franken auf dem Festlande gegolten hatte, sank auf 17 Franken. Die Kosten der Lebenshaltung stiegen nahezu auf das Doppelte, während die Löhne sanken, so die Weberlöhne von 1795—1810 von 39 Schilling für das Weberstück auf 19 Schilling. Die Staatsschulden stiegen von $4^3/_4$ auf 17 Milliarden ℳ, der jährliche Zinsendienst von 200 auf 640 Millionen ℳ — aber Englands Stärke war auch damals seine Ausdauer. Es nahm 1798 zum erstenmal eine Einkommensteuer an, und unermüdlich brachte es immer neue Mittel auf, um die Festlandstaaten zu Kriegen gegen Frankreich anzustiften und ihre Durchführung zu ermöglichen.

Die Festlandstaaten aber hatten durch die Sperre doch auch mancherlei Nutzen. Als Napoleon am 18. Oktober 1806 unerwartet auf der Leipziger Messe alle Waren englischen Ursprungs feststellen ließ, fanden sich solche im Werte von über 7 000 000 ℳ.

Dieser übermächtige Wettbewerb fiel nun fort. Ostern 1806 waren in Sachsen 13 200 Baumwollspindeln in Tätigkeit, Oktober 1812 schon 255 904; das bedeutet eine Vermehrung von fast 2000%. 1806 zählte Sachsen 272 Spinnereiarbeiter, 1814 schon 5838, eine Vermehrung von über 2000%. Die junge deutsche Industrie konnte auch auf dem französischen Markte Fuß fassen. Deutsche Leinenwaren wurden nach Frankreich verkauft: 1808 für 8,7 Millionen, 1810 für 13,1 Millionen Franken.

Besonders schwer wurde die Absperrung aller Kolonialwaren empfunden. Der Bildungsspiegel jener Zeit, Brockhaus' Konversationslexikon, jubelt 1814 aus diesem Grunde, daß

> das berüchtigte französische Dekret zum Glück nicht lange und allgemein genug bestanden habe, um alle Völker des Kontinents zu einem großen Haufen roher Bettler zu machen ... Man suchte sich durch Surrogate aller Art zu helfen — ein tragikomisches Kapitel in der Geschichte unserer Industrie!

Wird dieses Urteil von der Geschichte bestätigt? Die Not hat doch auch hier geholfen, neue Wege zu öffnen. Wir greifen nur die Geschichte des Zuckers heraus. Sein Preis stieg naturgemäß ins Ungeheure. 1807 schrieb die Tochter des Generals von Griesheim aus Braunschweig:

> Wir sitzen hier bei zwei spärlichen Talglichtern und einer dünnen Tasse Tee ohne Zucker, denn das Pfund kostet jetzt über einen Reichstaler.

In Siegen kostete einige Jahre später 1 kg Zucker 4 Reichstaler, nach dem heutigen Geldwert also etwa 36 ℳ.

Diese Preise führten zu mancherlei Versuchen, aus heimischen Rohstoffen den vielbegehrten Süßstoff zu gewinnen. Als unmittelbare Folge darf wohl die Erfindung des Stärkezuckers angesehen werden, die wir Kirchhof verdanken. Dieser, 1764 in Mecklenburg geboren, kam als Apothekergehilfe nach Petersburg. Hier fand er 1811, daß sich Zucker aus Stärkemehl herstellen ließ. Welche Bedeutung dieser Entdeckung beigemessen wurde, ergibt ihre Aufnahme. Der Kaiser von Rußland verlieh Kirchhof einen hohen Orden und setzte ihm eine lebenslängliche Pension

von 5000 Rubeln aus. Die Akademie der Wissenschaften beförderte ihn zum außerordentlichen Mitglied.

In Deutschland wurde die erste Stärkezuckerfabrik auf Aktien von Carl August von Sachsen-Weimar auf Anregung von Döbereiner begründet. Die Gründungsurkunde — ein Brief des Herzogs an Döbereiner — ist in mehr als einer Beziehung recht lehrreich:

> Die Subskription ist schon beisammen: meine Frau und ich, mein Sohn und seine Gemahlin sind die vier Aktionäre, jeder mit 100 Talern. Ich nehme ein Kapital von 400 Talern auf, welches zu 5% verinteressiert werden muß, und übergebe es Ihnen; dann können Sie gleich anfangen, sich einzurichten. Meine Aktien will ich Ihnen überlassen; ich wünsche das beste Gedeihen und bin überzeugt, daß Sie vorsichtig und solide zu Werke gehen werden. Was das Privilegium betrifft, so wird ein solches wohl auf etliche Jahre gegeben werden können, indessen wird es doch die Selbstfabrikation für den Hausbedarf nicht ausschließen dürfen. Im Laufe dieser Woche denke ich nach Jena zu kommen; ich bringe dann das Geld mit, und wir bereden das Fernere.

Als einheimische zuckerhaltige Pflanzen kamen in Betracht der Ahornbaum und die Runkelrübe. Der Saft des Spitzahorns enthält 2—4% Zucker. 1000 Ahornbäume ergaben 100 000 bis 300 000 Liter zuckerhaltigen Saft, aus dem 100—300 Zentner Zucker gewonnen werden konnten. Auf dem Gute Neuhaus (Böhmen) des Grafen Czernin wurde z. B. im Jahre 1815 aus Ahornbäumen eine Ernte von 537 Zentner Zucker und Sirup erzielt.

Wichtiger wurde die Möglichkeit, Zucker aus Runkelrüben zu gewinnen. Zuerst hatte der Berliner Chemiker Marggraf 1747 darauf hingewiesen. Aber erst seinem Schüler Achard gelang es, die technischen Schwierigkeiten der Herstellung zu überwinden. Mit einem königlichen Vorschuß erwarb er das Gut Kunern in Schlesien, auf dem er 1801 die erste Zuckerfabrik errichtete. 1811 bestimmte Napoleon, daß 32 000 ha mit Zuckerrüben zu bepflanzen seien, und warf 1 000 000 Franken zur Unterstützung der Zuckerfabriken aus. Am 11. April 1811 teilte

der „Moniteur" mit, daß die Engländer Achard ungeheure Summen geboten hätten, wenn

> er bereit sei, in einer neuen Schrift einzugestehen, daß ihn seine Hoffnungen getäuscht, daß die Versuche im großen seine früheren Erfahrungen als nichtig erwiesen hätten, und daß er zu der Überzeugung gelangt sei, der Rübenzucker könnte leider nicht an die Stelle des Rohrzuckers treten. Die Ehrenhaftigkeit und Uneigennützigkeit, die Achard auszeichnen, ließen ihn solche verlockenden Anerbietungen in gebührender Art zurückweisen.

Welchen Einfluß dieser Wettbewerb auf das Zuckergeschäft gewann, zeigte die Londoner Börse: Als im Dezember 1812 die Kunde vom Untergang der großen Armee Napoleons die Möglichkeit erschloß, diesen Wettbewerb auszuschalten, ließ sie mit einem Schlage den Zucker von 49 auf 70 Schilling emporschnellen!

Nach der Aufhebung der Festlandsperre erlag ein großer Teil der Zuckerfabriken dem Wettbewerb des Rohrzuckers; denn der Ertrag aus der Runkelrübe war noch gering — aus 100 kg Rüben wurden zuerst nur 2 kg Zucker gewonnen.

Den Weg des Rübenzuckers zeigt eine Zahl: Deutschland erzeugte um 1840 rund 1000 Tonnen Zucker, 70 Jahre später rund 2 400 000 Tonnen! — So hat die Not der Festlandsperre uns die Bedeutung eines Gewerbezweiges gelehrt, der höchste nationale Bedeutung gewonnen hat! —

Während der Festlandsperre hatten sich in England ungeheure Mengen von Industrieerzeugnissen aufgehäuft. Nach dem Sturze Napoleons strömten diese nun zu billigen Preisen nach dem Festland. Da Frankreich sich sofort durch hohen Zoll geschützt hatte, ergossen sie sich meist nach Deutschland. Während Englands Mehrausfuhr nach Deutschland 1783 nur 8 Millionen ℳ betrug, stieg sie 1814 schon auf 80 Millionen. Darunter waren für 64½ Millionen ℳ Baumwollwaren zu Preisen, die nicht einmal die Herstellungskosten deckten. „Solche Opfer", erklärte Lord Brougham im englischen Parlament, „machen sich dadurch bezahlt, daß sie die Industrie des anderen Landes in der Wiege ersticken, und sie so dauernd konkurrenzunfähig machen."

Aber der englische Wettbewerb war nicht nur durch den Warenvorrat der Festlandsperre bedingt. Wichtiger wurde das verschiedene Maß an Menschenopfern. Die entscheidende Schlacht bei Trafalgar hatte England nur 449 Tote gekostet. In den schweren Kriegsjahren von 1792—1815 waren unter den englischen Fahnen nur 19 800 Mann gefallen. Darunter waren wohl mindestens die Hälfte geworbene Deutsche. Österreich und Deutschland hatten die Blüte ihrer Jugend geopfert. England hatte sie geschont, um mit ihnen sein Wirtschaftsleben auszubauen und neue Kolonien zu gründen.

Während 1815 das europäische Festland rund 1100 Kriegsschiffe und 4000 Handelsschiffe weniger hatte als 1783, stieg in dieser Zeit die Zahl der britischen Kriegsschiffe von 300 auf 700, die seiner Handelsschiffe von 8000 auf 20 000!

2. List als Schreiber und Professor.

In dieser Zeit erstand der liberalen Schule ihr großer Gegner Friedrich List. Er ist ein Sohn der alten Reichsstadt Reutlingen, deren Bürger in seiner Jugend nur widerwillig württembergische Untertanen geworden waren. Ein Teil seines starken Unabhängigkeitssinnes ist zweifellos aus seiner Heimat heraus zu erklären. Er wird am 6. August 1789 als Sohn eines angesehenen Weißgerbers geboren, der in der freien Reichsstadt die Stelle eines zweiten Bürgermeisters bekleidet hatte und später einen Sitz im Magistrat einnahm. Da der Knabe in der Lateinschule zwar gute Aufsätze schrieb, aber von der lateinischen Grammatik nichts wissen wollte, nahm ihn sein Vater im Alter von 14 Jahren in seine Werkstätte. Aber das Felleschaben befriedigte den geweckten Jungen noch weniger. Solche Arbeiten, erklärte er, würden besser von Maschinen verrichtet, die der durch die Straßen fließende Bach treiben könnte. Friedrich List wurde nun „Schreiber" und hatte so die beste Gelegenheit, Einblicke in das „Bureaukraten- und Schreiberregiment" zu tun, das er später so leidenschaftlich als eine Hauptursache der Volksnot bekämpfte.

1813 kam er als Steuer- und Güterbuchkommissar nach Tübingen, wo er jede Gelegenheit benutzte, sich weiterzubilden. Je mehr er aber seine Bildung vertiefte und seine Erfahrungen erweiterte, desto leidenschaftlicher wurde in ihm der Haß gegen den Bureaukratismus. 1817 sollte er in Heilbronn 700 Landleute durch eine „angemessene Belehrung" von der geplanten Auswanderung abbringen und ihnen zugleich im Namen der Regierung Unterstützung anbieten. Die Landleute erklärten, sie wollten keine Unterstützung, da sie arbeiten könnten; sie wollten aber lieber in Amerika Knechte, als im Amt Weinsberg unter dem Druck der Beamtenwillkür Bürger sein.

Dazu kam, daß List auch persönlich schweres Leid durch einen Vertreter der Bureaukratie erfahren hatte. Nach dem Tode seines Vaters 1813 hatte sich der Rechtsbeistand seiner Mutter irgendeinen Formfehler zuschulden kommen lassen. Daraufhin wurde seine Mutter vor zahlreichen Zuhörern in der rohesten Weise beschimpft: „Man werde ihr den sakermentschen reichsstädtischen Hochmut schon austreiben." Die alte Frau brach zusammen, mußte nach Hause getragen werden und starb wenige Wochen darauf. Als sein Bruder heiraten wollte, wurde er wegen eines Erlaubnisscheines von der Bureaukratie von Stuttgart nach Reutlingen gehetzt. Auf diesem Gewaltritt stürzte er mit dem Pferde und starb nach 48 Stunden. Die Erinnerung an diese Mißhandlung zweier Menschen, die ihm so teuer waren, hat List noch in den letzten Tagen seines Lebens mit Bitterkeit erfüllt.

Die alte ständische Verfassung Württembergs war am 30. Dezember 1805 von seinem ersten König aufgehoben worden — unter Bruch formalen Rechts, aber auch unter dem Zwang staatlicher Notwendigkeit, wenn überhaupt aus den verschieden gearteten Teilen ein modernes Staatswesen erstehen sollte. Nach dem Sturze Napoleons 1815 gab der König eine neue, ziemlich freiheitliche Verfassung. Aber schon in der ersten Sitzung der Volksvertretung wurde diese einstimmig abgelehnt und die Wiederherstellung des „guten alten Rechts" gefordert. Es entbrannte

ein langer Kampf, der wie stets gerade deshalb um so erbitterter wurde, weil auf beiden Seiten Recht und Unrecht untrennbar gemischt waren. Und er ging weiter, als König Friedrich 1816 starb und ihm Wilhelm I. folgte, der an die Spitze der Geschäfte den Kurator der Universität Tübingen, Freiherrn v. Wangenheim, berief.

Dieser Mann wurde nun bestimmend für das Schicksal Lists. Ohne ihn ist seine Entwicklung nicht zu verstehen, auch nicht das Maß von bitterer Feindschaft, die List gerade in seiner Heimat zu tragen hatte. 1773 in Gotha geboren, hatte der Freiherr v. Wangenheim im Dienst des Hauses Koburg-Saalfeld den Betrug hoher Staatsbeamter aufgedeckt und in langen Kämpfen vor dem Reichshofrat sein Recht behauptet. König Friedrich hatte ihn dann als Leiter der Finanzen berufen. Als der stolze Reichsfreiherr am Hofe unbequem wurde, hatte man ihn zum Kurator der Universität Tübingen ernannt. Dort stand sein Haus jedem Strebsamen offen. Hier wurde er auch auf List aufmerksam. Im Verfassungskampf schrieb er ein Wort der Vermittlung, auf Grund dessen selbst der Freiherr vom Stein die Württembergischen Stände zum Entgegenkommen mahnte. Die Träger alter Vorrechte aber haßten ihn, weil er erklärte, daß die früheren Standesherren nicht einen Staat im Staate bilden dürften; die Alt-Württemberger haßten ihn als „Ausländer", der kein Herz für das schwäbische Volk habe, und die Freiheitlichgesinnten haßten ihn, weil er im Verfassungskampf mit dem Könige ging. Auf dem Burschenschaftertag auf der Wartburg 1817 warf man auch seine Schrift in die Flammen: „Der Mensch knechtet und front dem Zwingherrn klar und offenbar."

Wangenheim erkannte, daß er ein neues Geschlecht von Staatsbeamten heranziehen müsse. Er gründete deshalb an der Landesuniversität in Tübingen eine eigene Fakultät der Staatswissenschaft und als den ersten Professor berief er auf diesen Lehrstuhl — Friedrich List.

Wangenheim nahm schon im November 1817 seinen Abschied. Er wurde Vertreter seines Landes am Frankfurter Bundes-

tag. Er hat dort eine bedeutsame Rolle gespielt als der hervorragendste Vertreter der sogenannten Triasidee, deren Anhänger neben Österreich und Preußen eine dritte Macht im Deutschen Bund erstrebten durch Vereinigung der Staaten, die eine Verfassung besaßen, also in der Hauptsache aus Württemberg, Bayern und Baden. In der Zeit der Demagogenverfolgungen stand Wangenheim gegen die Pläne Metternichs auf Unterdrückung der Volksfreiheit. Metternich hat denn auch den Sturz des Freiherrn erzwungen (1823). Er zog nach Koburg, wo er eng verbunden mit seinem alten Freunde Friedrich Rückert lebte. Zehn Jahre später wählte ihn ein württembergischer Wahlkreis in den Landtag, und es war eine Genugtuung für ihn, daß bei der Ungültigkeitserklärung seiner Wahl — er wohnte ja nicht im Königreich — auch seine alten Gegner seine Bedeutung anerkannten. Er ist 1850 gestorben. —

List hatte in Tübingen einen schweren Stand. Robert von Mohl, zu jener Zeit Student und später Professor in Tübingen, bezeichnet in seinen Lebenserinnerungen die Zustände an der Universität als „anderwärts unglaublich, unmöglich". Er spricht von „Familienoligarchie", welche „nur ausnahmsweise nicht zu ihr Gehörige zuließ". „Der ganze Geist der Hochschule war durchaus enge und unregsam." Der bis dahin einzige Professor der Kameralwissenschaft war Fulda. Von ihm urteilt Mohl: „Sein Wissen war tot, sein Vortrag ganz entsetzlich. Ich machte verschiedene Versuche, Vorlesungen bei ihm zu hören, aber es ging nach einigen Wochen stets über meine Kräfte."

Man kann sich denken, wie Lehrer solcher Art nun den jungen Kollegen aufnahmen, der nur bis zum 14. Jahre geregelten Schulunterricht erhalten hatte, und der voll von überquellendem Leben und stürmischen Gedanken war. — Jubelte aber nicht die Studentenschaft Friedrich List entgegen? In ihr herrschte die eben gegründete Burschenschaft und durch sie das Wort Freiheit. In seinem Bann sah man mit Mißtrauen auf List. Er kämpfte ja auf Seiten der Regierung, und er, der später der Märtyrer seiner Überzeugung wurde, galt in den Augen der Studenten

als ein Streber, der nur wegen seiner Liebedienerei für das herrschende System die Professur erhalten hatte. Und endlich trat zu den Gegnern alles, was mit den „Schreibern" verwandt und befreundet war. Denn diese Familien sahen mit Furcht auf den Mann, der eine bessere Vorbildung für ihre Sprößlinge immer wieder als notwendig betonte.

List mußte seine Antrittsrede in lateinischer Sprache halten Dabei beging er einige Fehler in der Aussprache. Auch das wurde von seinen Gegnern gehässig ausgebeutet. List ging unbeirrt seinen Weg. Er gründete den „Volksfreund aus Schwaben", „ein Vaterlandsblatt für Sitte, Freiheit und Recht", in dem er für Selbstverwaltung der Gemeinden, Preßfreiheit und Geschworenengerichte eintrat.

Bald nach dem Fall des Ministeriums Wangenheim kam es zu dem ersten Kampf mit dem Senat. List hatte gebeten, der staatswissenschaftlichen Fakultät das Recht der Doktorpromotion zu geben. Ohne ihn in Kenntnis zu setzen, hatte der Senat eine Beschwerde über ihn eingereicht. List wandte sich unmittelbar an den König, und dieser stellte sich auf seine Seite:

> Höchstdieselben finden gegen die Lehrvorträge des Professors List nichts zu erinnern.

Immerhin mahnte das Schreiben zur Vorsicht, da

> bei jungen Männern, welche theoretische Spekulationen sogleich in die Wirklichkeit zu übertragen nur zu geneigt wären, der bedeutendste Schaden gestiftet werden könne, wenn nicht zugleich die Nachteile, welche die rasche Einführung theoretischer Spekulationen ohne alle Einschränkung in das wirkliche Leben hervorbringe, in das hellste Licht gesetzt würden.

Die ernste Beschäftigung mit volkswirtschaftlichen Fragen lenkte den Blick Lists auch über die Grenzen Württembergs hinaus. Er sah das deutsche Gewerbe und den deutschen Handel schwer darniederliegen und erkannte bald als eine Hauptursache der Not die vielen Beschränkungen und Hemmungen des Verkehrs im deutschen Bundesgebiet. England hatte bereits 1707 mit Schottland eine Zolleinigung herbeigeführt, die schon Adam

Smith „als eine Hauptursache des Wohlstandes Großbritanniens" bezeichnet hatte. Im Jahre 1800 hatte Großbritannien alle Zollschranken auch gegen Irland beseitigt, so daß in den Vereinigten Königreichen Handel und Gewerbe sich frei entfalten konnten. In Frankreich war der Versuch Turgots zur Zollfreiheit im Innern durch seinen frühen Sturz gescheitert; aber die Revolution hatte sein Werk aufgenommen und 1791 alle Binnenzölle abgeschafft.

Wie sah es dagegen auf deutschem Boden aus? Als der Deutsche Bund auf dem Wiener Kongreß aufgerichtet wurde, hatte der preußische Staatskanzler von Hardenberg in seinem Entwurfe einer deutschen Reichsverfassung vorgeschlagen:

> Man soll suchen, allgemein nützliche Einrichtungen und Anordnungen zum Wohle des Ganzen herzustellen, als zum Beispiel ein allgemeines Gesetzbuch, gleiches Münzwesen, eine regelmäßige Regulierung der Zölle, des Postwesens, Beförderung und Erleichterung des Handels und wechselseitigen Verkehrs.

Diese Anregung aber begegnete mancherlei Bedenken, und erst nach vielen Schwierigkeiten wurde der Artikel XIX der Wiener Bundesakte zustande gebracht:

> Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten nach Anleitung der auf dem Kongresse zu Wien angenommenen Grundsätze in Beratung zu treten.

Es geschah aber nichts.

Die Eifersucht der größeren und die Furcht der kleineren Staaten, durch Aufgabe der Zölle ein Stück Hoheitsrecht zu verlieren, hinderten jeden Fortschritt. Fremde spotteten, die Deutschen könnten nur durch Gitter miteinander verkehren. List hatte schon längere Zeit den Plan erwogen, für die handelspolitische Einheit aller deutschen Staaten einzutreten. In den Osterferien 1819 besuchte er die große Messe in Frankfurt a. M. Hier fand er überall dasselbe dringende Verlangen. Er sprach mit dem Vertreter Württembergs auf dem Frankfurter Bundestag, seinem alten

Gönner, dem Freiherrn v. Wangenheim. Von diesem ermutigt, schuf er eine Organisation der Kaufleute und Fabrikanten und überreichte in ihrem Namen am 20. April 1819 eine

> Alleruntertänigste Bittschrift der zur Ostermesse 1819 in Frankfurt am Main versammelten deutschen Kaufleute und Fabrikanten um Aufhebung der Zölle und Mauten im Innern Deutschlands und Aufstellung eines allgemeinen deutschen, auf dem Prinzip der Retorsion beruhenden Zollsystems gegen die angrenzenden Staaten. Eingereicht durch Professor List aus Tübingen als Bevollmächtigten der Bittsteller.

In ihr heißt es:

> Achtunddreißig Zoll- und Mautlinien lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließe. Um von Hamburg nach Österreich, von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man zehn Staaten zu durchschneiden, zehn Zoll- und Mautordnungen zu studieren, zehnmal Durchgangszoll zu bezahlen. Wer aber das Unglück hat, auf einer Grenze zu wohnen, wo drei oder vier Staaten zusammenstoßen, der verlebt sein ganzes Leben mitten unter feindlich gesinnten Zöllnern und Mautnern; der hat kein Vaterland.

Bei den Vertretern der deutschen Regierungen fand die Eingabe wenig Verständnis. Der hannoversche Bundestagsgesandte von Martens wies darauf hin, daß in Frankreich die Aufhebung der Binnenzölle nur durch die Revolution herbeigeführt worden sei! Ein Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses wurde abgelehnt, weil sonst die Bittsteller sich rühmen könnten, dieser Schritt sei ihnen zu danken.

List erkannte, daß zur Durchsetzung wirtschaftlicher Reformen organisierte Arbeit nötig sei. Und so ging er denn entschlossen an den Ausbau der Organisation der Reformfreunde, des von ihm in Frankfurt am 18. April 1819 gegründeten Vereins deutscher Kaufleute und Fabrikanten „zum Zwecke der Beförderung des deutschen Handels und Gewerbes", dessen Geschäftsführung er übernahm.

Was Lists Seele in jenen Tagen bewegte, zeigt ein Brief an seine Frau, die Tochter des Tübinger Professors Seybold, die er vor wenigen Wochen heimgeführt hatte:

> Der große Verein der deutschen Kaufmannschaft ist zustande gekommen! Das hätte ich nicht gedacht, als ich von Haus wegging, daß ich ein solches Werk vollbringen würde! Es ist eine wahre Fügung des Himmels. Weißt Du noch, wie's mich trieb zur Reise?

Die württembergische Regierung aber forderte ihn schroff zur Verantwortung darüber auf, wie er die mit seinem Amt unvereinbare Geschäftsführung in einem „ausländischen" Verein übernehmen könne. List reichte darauf am 1. Mai sein Entlassungsgesuch ein. Gegen die Vorwürfe der Regierung verteidigte er sich offen und männlich. Nach seiner Auffassung sei es durchaus nicht unwürdig, als Professor der Staatswissenschaften die Geschäfte einer Vereinigung zu führen, die den Zweck habe, den gesunkenen Handel wieder aufzurichten. Er handle völlig selbstlos, nicht einmal eine Entschädigung für seine Auslagen habe er erhalten. Einer besonderen Erlaubnis habe er durchaus nicht bedurft. Der Staatsdiener verpflichte sich nur zu bestimmten Leistungen. Wie weit er über diese hinaus seine Kräfte verwenden wolle, bliebe ihm freigestellt, sofern es nur nicht in einer Weise geschehe, die seines Amtes unwürdig sei oder ihn an der Erfüllung seiner Amtspflichten hindere. Ihn habe veranlaßt, den Antrag der Kaufleute anzunehmen

> ein unwiderstehlicher Trieb des Herzens, der mich hinreißt, den Bedrängten beizustehen, und darauf hin zu wirken, daß den Regierungen die Wahrheit kund werde, wo der Einzelne oder das Volk unter der Last alter Vorurteile oder übermächtiger Selbstsucht erdrückt zu werden droht. . . . .
>
> Ich habe diese Geschäftsführung in keinem auswärtigen Staat übernommen. Nur wenn das Ministerium die Nichtexistenz des Deutschen Bundes annimmt, wenn es den Satz aufstellt, daß die Hessen, die Bayern, die Frankfurter dem Württemberger in allen Dingen so fremd seien als die Franzosen und Engländer; nur dann . . . Wie mag nur das Ministerium bestreiten, daß man Württemberger und Deutscher zugleich sein könne!

Der König forderte vom Minister des Innern ein Gutachten über die Verteidigungsschrift. Als der Minister erklärte, diese Schreibart sei „ganz unanständig und achtungswidrig gegen die vorgesetzte Behörde", genehmigte der König die Entlassung am 26. Mai 1819.

3. Frei bis zum Hohenasperg und Amerika.

Damit verließ List die geordnete Bahn des sicheren Broterwerbes. Von nun an ward sein Leben ruhelos, oft heimatlos, zuweilen fast existenzlos. Und doch war dieses Schicksal die Vorbedingung seiner Größe. Weder in einer Beamtenstellung Württembergs, noch auf dem Lehrstuhle einer Universität hätte er seinem Volke das werden können, was er ihm geworden ist!

List widmete sich nun ganz dem Verein, gründete und leitete für ihn das „Organ für den deutschen Handels- und Gewerbestand", unternahm Reisen an die süddeutschen Höfe und nach Wien. Hier entfaltete er eine unermüdliche aufklärende Tätigkeit. Selbst Kaiser Franz empfing ihn. Eine Zusammenfassung seiner Gedanken ist eine im Februar 1820 erschienene meisterhafte „Denkschrift an die in Wien versammelten Vertreter der Mächte". Sie zeigt, daß die gegenwärtigen Zustände geradezu den Zweck des Deutschen Bundes gefährden; denn die Binnenzölle wecken und nähren gegenseitige Zwietracht unter den Bundesstaaten und „töten die erhebende Idee eines gemeinsamen deutschen Vaterlandes".

List weiß wohl, daß das Hauptbedenken gegen die Zolleinheit die Besorgnis der einzelnen Staaten sei, von ihren Hoheitsrechten etwas zu opfern; aber ihr Gewinn wäre ein viel größerer, als das Opfer, das nun einmal im Wesen jeder Zusammenfassung läge:

> Wie der einzelne Mensch, wenn er in den Staat tritt, seine natürliche Freiheit hingibt, um die bürgerliche zu erringen, so hat auch jeder einzelne Staat, indem er mit dem übrigen Deutschland in einen Bund getreten, in Dingen, welche das Wohl und Wehe gesamter deutscher Nation betreffen, seiner Selbständigkeit Schranken gesetzt, um der Vorteile des Nationalbundes teilhaftig zu werden.

In Berlin erklärte der Minister Eichhorn dem Vertreter des Vereins: „Ihre heilige Sache wird und muß durchgehen. Die Regierungen können leider oft selbst nicht, wie sie gern wollen." Bald schien es wenigstens in Süddeutschland zu einer Zollvereinigung zu kommen. Im September 1820 trat ein Kongreß in Darmstadt zusammen. List arbeitete mit dem Freiherrn v. Wangenheim den Entwurf eines Zollvertrags zwischen den süddeutschen Staaten aus. Aber der Kongreß führte zu keinem Erfolg. Die Kaufleute und Fabrikanten des Handelsvereins wurden ungeduldig. Ihnen kam es naturgemäß auf unmittelbaren Vorteil an. Die großen nationalen Gedanken fanden wenig Verständnis. Dazu kamen kleinliche Geldfragen. Man rechnete List vor, wieviel Gulden sein Aufenthalt in Wien gekostet habe! Er legte sein Amt nieder, um in das politische Leben seiner Heimat einzutreten.

Dieses wurde bestimmt durch die wirtschaftliche Not, die unter den Nachwirkungen der Napoleonischen Kriege entstand und aufs äußerste verschärft wurde durch schwere Mißwachsjahre. Elend und Verbitterung wurden vergrößert durch eine Ordnung von Höchstpreisen, die willkürlich festgesetzt und unvollkommen durchgeführt wurde. Im Jahre 1818 schreibt der Schulmeister Sting aus dem Balinger Amte in Württemberg:

> Die Teuerung hier und um uns herum stieg so hoch, daß vom 1. bis 14. Juni ein Scheffel Dinkel bis auf 36 Gulden gestiegen und ein Simri Körner auf 12 Gulden 12 Kreuzer und ein Simri Bohnen auf 7 Gulden 30 Kreuzer. Dann machte die Regierung einen Taxe daran, daß bei hoher Strafe die Früchte niemand mehr teurer verkaufen dürfe als einen Scheffel Dinkel um 16 Gulden, ein Simri Gerste um 3 Gulden 25 Kreuzer und ein Simri Bohnen um 5 Gulden. Aber von dann bis auf diese Stunde herrschte der größte Mangel, weil man gar keine Früchte mehr auf den Markt brachte und nur gleichsam durch obrigkeitliche Macht etwas von den Bauern bekam; denn man verbarg die Früchte, wo man konnte, und wenn man nicht viele Frucht aus der Ferne gebracht hätte, so hätten viele Hungers sterben müssen. Viele Menschen nährten sich von Gras und Wurzeln und

wurden so entkräftet, daß sie fast nicht mehr laufen konnten und ganz geschwollen wurden und noch sind.

Die aus solchen Verhältnissen entstandene Stimmung gibt den Hintergrund für die öffentliche Tätigkeit von Friedrich List in seiner Heimat.

Schon im Juli 1819 hatte Reutlingen ihn in den Landtag gewählt. Aber die Regierung erklärte die Wahl für ungültig, weil noch einige Tage an seinem 30. Lebensjahr fehlten. Darauf wurde er am 4. Dezember zum zweiten Male gewählt. Am 7. Dezember tritt er in den Landtag ein. An demselben Tage schon stellt er den Antrag, daß die Kammer Mittel in Beratung ziehen möge, „wodurch dem so tief gesunkenen Gewerbe und Handel des Vaterlandes wieder aufgeholfen werden könne". In den Weihnachtsferien verfaßt er die „Reutlinger Adresse":

Ein oberflächlicher Blick schon auf die inneren Verhältnisse Württembergs muß den unbefangenen Beobachter überzeugen, daß die Gesetzgebung und Verwaltung unseres Vaterlandes an Grundgebrechen leiden, welche das Mark des Landes verzehren und die bürgerliche Freiheit vernichten. Eine von dem Volke ausgeschiedene, über das ganze Land ausgegossene, in den Ministerien sich konzentrierende Beamtenwelt, unbekannt mit den Bedürfnissen des Volkes und den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens, in endlosem Formenwesen kreisend, behauptet das Monopol der öffentlichen Verwaltung, jeder Einwirkung des Bürgers, gleich als wäre sie staatsgefährlich, entgegenkämpfend, ihre Formenlehre und Kastenvorurteile zur höchsten Staatsweisheit erhebend, eng unter sich verbündet durch die Bande der Verwandtschaft, der Interessen, gleicher Erziehung und gleicher Vorurteile. Wo man hinsieht, nichts als Räte, Beamte, Kanzleien, Amtsgehilfen, Schreiber, Registraturen, Aktenkapseln, Amtsuniformen, Wohlleben und Luxus der Angestellten bis zum Diener herab. Auf der anderen Seite Unwert der Früchte, Stockung der Gewerbe, Fallen der Güterpreise, Klagen über Geldmangel und Abgaben, Steuerpressen, Gantungen, bittere Beschwerden über unredliche Magistrate, gewalttätige Beamte, geheime Berichte, Mangel an Unparteilichkeit der Obern, Jammer und Not überall.

Weit entfernt, der gegenwärtigen Regierung vorzuwerfen, was die Irrtümer von Jahrhunderten dem Bürger Schlimmes

aufgelastet, erkennen wir vielmehr mit innigem Dank, daß unser guter König durch die Verfassung uns die Aussicht auf eine bessere Zukunft gegeben, daß er Institutionen begründet hat, ohne welche wir über die herrschenden Gebrechen unsere Stimme nicht einmal erheben könnten . . .

Folgendes ist ein kurzer Abriß dessen, was wir für altes und auch für gutes Recht erkennen (es folgen 40 Forderungen, deren 10 wichtigste sind):

3. Zu verordnen, daß der Gemeinderat von 3 zu 3 Jahren zur Hälfte durch neue Wahl ergänzt werde.

4. Dagegen den von der Bürgerschaft erwählten Gemeinderichtern das Amt auf Lebenszeit zu verleihen.

28. Öffentliche Rechtspflege und Geschworenengerichte in Kriminalsachen anzuordnen.

29. In betreff der Finanzen einen Wirtschaftsplan zu entwerfen, welcher darauf abzweckt, das Abgabensystem zu vereinfachen, auf staatswirtschaftliche Grundsätze zu stellen, und den Aufwand so weit zu vermindern, daß der Bürger nicht, wie bisher, über alles Vermögen angestrengt wird.

30. Vor allem die Zehnten und Grundgefälle den Gemeinden für einen billigen Abtrag in Früchten zu verpachten, jedoch nur den Wert der Früchte nach den laufenden Preisen zum Einzug zu bringen, so daß die Naturalverwaltung ganz abgetan würde.

31. Alle Domänen zu verkaufen.

32. Die Akzise- und die Straßenbauabgaben gänzlich abzuschaffen.

34. Tabaks-, Salzregie, Tuchfabriken, und was der Staat sonst noch für Gewerbe treibt, die Berg- und Hüttenwerke ausgenommen, aufzuheben.

35. Demnach sämtliche Kameralverwaltungen, Kastenknechts- und Herrschaftsküferstellen, sämtliche Umgelder-, Akziseämter, Domänen- und Akzisekammern, Regiedirektionen usw. aufzuheben.

39. Den also verminderten Bedarf durch eine alle Stände und Klassen der Staatsbürger gleich treffende direkte Steuer auf Grund und Boden, Häuser, Gewerbe, Handel, Kapitalien, Besoldungen, Renten und Einkünfte, welcher Art sie seien, aufzubringen.

Die „Reutlinger Adresse" wurde sofort beschlagnahmt und eine Untersuchung gegen List eingeleitet. Der Justizminister, der in ihm einen Parteigänger seines alten Nebenbuhlers von

Wangenheim sah, forderte die Kammer schroff auf, ihn auszustoßen. List erhob Widerspruch, da er nicht einzelne Staatsdiener getadelt habe, sondern ganze Einrichtungen. Solche aber könnten nicht beleidigt werden. Heilbronner Bürger bezeugten mit ihrer Unterschrift, daß die Eingabe eine durchaus wahrheitsgetreue Darstellung dessen sei, was man im Volke denke. Die Kammer überwies die Forderung der Regierung einem Ausschuß. Dieser wählte zu seinem Berichterstatter Ludwig Uhland, der, für das „gute, alte Recht" kämpfend, ein scharfer Gegner von List war, jetzt aber doch gegen den Antrag der Regierung sprach. Die Freunde von List wiesen darauf hin, daß in der Eingabe nur stände, was unter dem Ministerium Wangenheim oft genug unter Zustimmung der Regierung ausgeführt worden sei. Es war vergeblich. Gegen List stand einmal der Haß der „Schreiber", die diesen unbequemen Dränger unter allen Umständen beseitigen wollten. Dazu betonten einzelne Buchstabenmenschen, daß § 135 der Verfassung nun einmal besage, ein Mitglied der Ständeversammlung „darf nicht in eine Kriminaluntersuchung verflochten sein". Vergeblich wurden sie darauf hingewiesen, daß danach jeder Abgeordnete jederzeit seines Mandats beraubt werden könne, indem die Regierung einfach eine Kriminaluntersuchung einleite. Am 24. Februar 1820 kam es zur Abstimmung. Mit 56 gegen 36 Stimmen wurde List aus der Kammer ausgeschlossen. Nun nahm der Prozeß seinen Fortgang. Er zog sich lange hin. Zur Deckung der Untersuchungskosten wurden Lists Bücher und Hausrat gepfändet. Seine von schwerer Krankheit kaum genesene Frau erkrankte darauf von neuem. Am 26. April 1822 wurde vom Eßlinger Gerichtshof das Urteil gesprochen:

> 10 Monate Festungsstrafe mit angemessener Beschäftigung innerhalb der Festung und Bezahlung der Untersuchungskosten zu $^{11}/_{12}$ wegen Ehrkränkung und Verleumdung der Regierung, der Gerichts- und Verwaltungsstellen und der Staatsdiener Württembergs, alsdann wegen öffentlicher Verbreitung jener Injurien in Druckschriften und Übertretung des Gesetzes über Staats- und Majestätsverbrechen, auch unbotmäßigen Benehmens gegen die Inquiranten. —

List legte Berufung ein. Den Erfolg wollte er im Ausland abwarten. Er ging deshalb nach Straßburg und Baden, später nach Paris und London und dann in die Schweiz. Hier trat er in Verbindung mit Wolfgang Menzel, der als Burschenschafter in die Schweiz geflüchtet war. Sie gründeten mit anderen Freunden die „Europäischen Blätter". Aus den Tagen dieser Zusammenarbeit schreibt Menzel in seinen „Denkwürdigkeiten":

> Er war der leidenschaftlichste Mensch, der mir je vorgekommen ist, damals noch jung, aber schon dick. Wer ihn einmal gesehen hatte, vergaß ihn gewiß nie wieder, denn auf seiner kurzen und bequemen Figur erhob sich ein unverhältnismäßig großer löwenartiger Kopf. Seine Augen funkelten umher. Immer spielten Gewitter um seine breite Stirne, und sein Mund flammte beständig wie der Krater des Vesuv.

Die „Europäischen Blätter" konnten ihren Mitarbeitern nicht den Lebensunterhalt sichern. Ohne Paß und Heimatsschein vermochten List und seine Familie nirgends festen Fuß zu fassen. Auf die Gnade des Königs hoffend, kehrte er nach Württemberg zurück. Hier wurde er sofort verhaftet und im August 1824 auf den Hohenasperg gebracht und dort mit „literarischer Zwangsarbeit", d. h. mit Abschreiben von Abhandlungen über Halsbinden, Quasten und Beinkleider usw. beschäftigt. Ein Begnadigungsgesuch seiner Frau wurde abgeschlagen, da „nicht nur die innere, sondern auch die äußere Ruhe des Staates gefährdet worden sei und bereits Unannehmlichkeiten mit dem Ausland die Folge des Listschen Verbrechens gewesen seien". — Hier liegt wohl die Erklärung für das sonst schwer verständliche Verhalten des Königs. Es ist mitbestimmt worden durch die Rücksicht auf Metternich, der auf das ganze Verfassungsleben Württembergs mißtrauisch sah. Erst auf das wiederholte Eingreifen des Buchhändlers Cotta, des Verlegers von Schiller und Goethe, wurde List im Januar 1825 Begnadigung angeboten, wenn er sich verpflichte, auszuwandern. — Sein Versuch, sich in Straßburg niederzulassen, wurde, wie er im März 1825 an seine Frau schrieb, durch die Württembergische Regierung vereitelt. So mußte er sich entschließen, nach Amerika auszuwandern.

Für List wurde die Kenntnis der neuen Welt in ihrem wunderbaren wirtschaftlichen Wachstum von großer Bedeutung. Er wurde der erste große Volkswirtschaftslehrer, der beide Welten miteinander vergleichen konnte. Alle früheren Theoretiker waren doch stets die Söhne eines Landes, einer Schicht geblieben. In Amerika wurde List von Lafayette, dem er auf seiner ersten Reise in Frankreich nähergetreten war, mit dem er in Briefwechsel stand, in die ersten Kreise eingeführt. Dort sah List, wie ein Volk dankbar sein konnte. Lafayette, der in den schwersten Tagen des jungen Freistaats für seine Unabhängigkeit gekämpft hatte, erhielt jetzt als Ehrengabe 200000 Dollars und 23000 Acres Land. — Und diese hochherzige Schenkung war im Senat einstimmig, im Repräsentantenhause mit 166 gegen 26 Stimmen beschlossen worden.

Nachdem die mit großen Hoffnungen begonnene Bewirtschaftung einer Farm erfolglos geblieben war, übernahm List in der Stadt Reading die Leitung eines deutschen Blattes, des „Adler." Er kam bald zu hohem Ansehen, namentlich durch die Bekämpfung der liberalen Schule in seinen „Zwölf offenen Briefen" an J. Ingersoll, den Präsidenten der einflußreichen „Gesellschaft zur Beförderung der Manufakturen und Künste in Philadelphia". Die Briefe, die 1827 erschienen, wurden in mehr als 50 Zeitungen abgedruckt. Die Gesellschaft verbreitete sie auch als besondere Schrift und erklärte öffentlich, daß List

> durch seine auf die Natur der Dinge gegründete Unterscheidung der politischen von der kosmopolitischen Ökonomie und der Theorie der produktiven Kräfte von der Theorie der Werte und durch die darauf basierten Argumente ein neues, naturgemäßes System der politischen Ökonomie begründet und sich dadurch um die Vereinigten Staaten höchlich verdient gemacht habe.

Auf einem Ausfluge entdeckte List ein Steinkohlenlager. Zu seiner Ausbeutung gründete er eine Gesellschaft, die bald ein Kapital von 700000 Dollars zusammenbrachte und die Gruben durch den Bau einer Eisenbahn wertvoll machte. Die Eisenbahn zeigte auch hier ihre lebenweckende Kraft. In kurzer Zeit entstanden an ihrer Anfangs- und Endstation zwei neue Städte:

Tamaqua und Port Clinton. List wurde durch diese Entwicklung ein wohlhabender Mann. Ehren und Reichtum aber gaben ihm keine Befriedigung. Am 5. Oktober schrieb er:

> Ich war in Philadelphia und habe dort deutsche Zeitungen gelesen. Ich kann Dir nicht beschreiben, was ich fühlte. Gleich bei meiner Zurückkunft habe ich die Handelsvereins-Korrespondenz, die seit Jahren in einem Winkel liegt, durchstöbert. Welche Erinnerungen! . . .
>
> Mir geht es mit meinem Vaterlande, wie den Müttern mit krüppelhaften Kindern; sie lieben sie um so stärker, je krüppelhafter sie sind. Im Hintergrunde aller meiner Pläne liegt Deutschland.

Er bat den Präsidenten der Republik, ihm die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen, und dieser eröffnete ihm dazu den ehrenvollsten Weg, indem er ihn am 8. November 1830 zum Vertreter der Vereinigten Staaten in den Hansestädten ernannte. Als aber List in Hamburg erfuhr, daß sein Vorgänger vermögenslos sei und von seinem Gehalt auch arme Verwandte unterstützen müsse, erklärte er, auf diese Stelle verzichten zu müssen. Bald darauf wurde ihm ein ehrenamtliches, d. h. unbesoldetes Konsulat in Leipzig übertragen, merkwürdigerweise mit dem Titel eines Konsuls für das Großherzogtum Baden.

4. Der Kampf um den Eisenbahnbau.

List war nun wieder in Deutschland, sein Geist erfüllt von dem, was er in der Welt gesehen hatte: werdende wirtschaftliche Gebiete von unermeßlicher Ausdehnung, rastloses Entfalten von weltumspannenden Kräften. Es war ihm nicht nur eine wissenschaftliche Anschauung, sondern eine leidenschaftliche Überzeugung geworden, daß in dieser Zeit das deutsche Volk alle künstlichen Hemmungen und Schranken beseitigen und frei seine Kräfte entfalten müsse, wenn es unter den großen Völkern der Erde als gleichberechtigt seinen Platz einnehmen und behaupten wolle. Heut kennen wir zurückblickend die Wichtigkeit jener Zeit. Zum Teil haben wir die englische Herrschaft aus jener Zeit bis in unsere Tage tragen müssen. Die Engländer haben z. B. unsere

Gasanstalten gebaut, und unser Volk hat ihnen Jahrzehnt für Jahrzehnt für das Licht gezinst. Die Gefahr lag nahe, daß die Engländer auch unsere Eisenbahnen bauen, unsere Maschinenindustrie beherrschen, unsere Eisen- und Kohlenschätze erschließen, uns wirtschaftlich „durchdringen" und uns etwa das Schicksal Portugals bereiten könnten. Die Kleinstaaterei eröffnete dazu weite Möglichkeiten. List hat diese Gefahr im einzelnen gewiß nicht verstandesmäßig klar erkannt; aber er hat sie gefühlsmäßig ergriffen, und die stolze Liebe zu seinem Volke ließ ihn alles daransetzen, um es aufzurufen zu selbständiger, wirtschaftlicher Entfaltung.

Zwei Aufgaben erschienen als die bedeutsamsten: Fortsetzung des Kampfes gegen alle inneren Zollschranken, d. h. Fortsetzung des Kampfes, den er einst mit seiner Eingabe an den Frankfurter Bundesrat (1819) und mit seiner Wiener Denkschrift (1820) so glänzend begonnen hatte. Dazu mußte die volle Ausnutzung des freien Verkehrs treten und dafür gab es kein mächtigeres Mittel, als die planmäßige Nutzbarmachung der Dampfkraft, den Bau von Eisenbahnen. Bisher hatte die Menschheit durch die Jahrtausende ihres Kulturlebens ihre Arbeit erleichtern und ihr Ergebnis vermehren können nur durch Nutzbarmachung der tierischen Kräfte, der Kräfte des Windes und des Wassers. Die Dampfkraft war die erste Naturkraft, die dem Willen des Menschen dienen mußte, ununterbrochen, fest geregelt. Das Volk, das ihre Anwendung versäumte, mußte bei dem großen Wettbewerb der Völker unweigerlich zurückbleiben. Wer sie von vornherein in rechter Weise anwandte, durfte eine Zukunft erhoffen. —

Am 27. September 1825 war der erste von einer Dampfmaschine gezogene Personenzug in England auf der Stockton-Darlington-Bahn gefahren. Wie schnell hatte diese Erfindung in England und Amerika ihre Wirkungen offenbart! Nun galt es, sie auch möglichst rasch für Deutschland nutzbar zu machen.

Man kann sich von der Schwierigkeit des Verkehrs vor 100 Jahren heut kaum eine Vorstellung machen. Um die Jahr-

hundertwende noch konnte der bekannte Philosoph Lichtenberg die deutsche „Postschnecke", wie die Thurn- und Taxisschen Postwagen allgemein hießen, schon in ihrem Äußeren symbolisch finden:

Sie haben die rote Farbe als die Farbe der Marter und einen Überzug, wie der Gehenkte eine Kapuze, damit man die gräßlichen Gesichter nicht sieht, die der Fahrende schneiden muß.

Chamisso schildert seine Reiseeindrücke daran anknüpfend:

Ich kann, ohne meine Glaubwürdigkeit zu gefährden, auf Lichtenberg verweisen, der die Martermaschine mit dem Fasse des Regulus verglichen hat. Der deutsche Postwagen scheint recht eigentlich für den Botaniker eingerichtet zu sein, indem man nur außerhalb desselben ausdauern kann, und dessen Gang berechnet ist, gute Muße zu lassen, vor- und zurückzugehen. In der Nacht wird auch nichts versäumt, da man sich am Morgen ungefähr auf demselben Punkte wiederfindet, wo man am Abend vorher war.

Und noch ein halbes Menschenalter später war es nicht viel anders. Adolf Menzel erzählt in seinen „Denkwürdigkeiten":

In Leipzig selbst blieb ich nur den einen Tag. Schon am andern Morgen benutzte ich die billige königlich sächsische „Ordinari-Post", um über Merseburg nach Naumburg zu fahren. Es kostete nicht viel; der Postwagen bestand aber auch nur aus einem rot angestrichenen Leiterwagen. Zum Sitze für die Passagiere dienten ein paar Bund Stroh, und da heftiger Regen einfiel und der Wagen ganz offen war, wurden alle Mitfahrenden bis auf die Haut durchnäßt. Zum Überfluß hielt der Postillon beinah an jeder Schenke an, um einen Schnaps zu nehmen.

Ähnlich ist das Bild, das Wilhelm von Kügelgen in seinen „Jugenderinnerungen eines alten Mannes" festhält:

Zwischen Leipzig und Dresden gingen damals zwei Personenposten, die sog. gelbe und grüne Kutsche. Die erste dieser Gelegenheiten stieß dermaßen, daß Leib und Seele Gefahr liefen, voneinander getrennt zu werden; daher besonnene Leute die andere etwas gelindere zu wählen pflegten. Doch war auch diese noch immer von der Art, daß man bisweilen vor Schmerz laut aufschrie!

Wer sich zum Wagnis einer Reise etwa von Berlin nach Breslau verstand, pflegte vorher das Abendmahl zu nehmen, sein Testament zu machen und gerührt Abschied von der ganzen Bekanntschaft zu nehmen. Zum Reisen gehört, war eine bekannte Rede, Geld und eine gute Lebensgesundheit, und wer etwa als Unverheirateter die Geduld lernen wollte, der müßte eine Reise in Norddeutschland unternehmen.

Die Post brauchte von Berlin nach Leipzig 1½ Tage, von Berlin nach Breslau 4 Tage, von Berlin nach Königsberg 7 Tage, von Leipzig nach Frankfurt 7 Tage. Im Verhältnis zu den Opfern an Zeit standen die an Geld. So mußte man z. B. auf die Fahrt von Leipzig nach Frankfurt a. M. nicht weniger als 420 ℳ rechnen — nach heutigem Geldwert etwa 1000 ℳ. Bis zum Oktober 1917 kostete eine Fahrkarte 2. Klasse 20 ℳ 20 Pfennig.

Da bedeutete der Bau von Kunststraßen, Chausseen, einen ungemeinen Fortschritt. Auch er konnte nur schrittweise gegen mancherlei Widerstände erkämpft werden, behinderten doch Gastwirte und Radmacher und alles, was zu ihnen hielt, sogar die Ausbesserung der Landwege, da sie von dem langsamen Fahren und dem Brechen der Räder Gewinn erhofften. 1816 fehlten z. B. Kunststraßen, d. h. Chausseen, in den Provinzen Posen und Pommern noch ganz; in der Provinz Preußen, die zu jener Zeit noch Ost- und Westpreußen umfaßte, waren im ganzen 1½ (einundeinehalbe) Meile vorhanden. Es war nicht zum wenigsten das Verdienst des Oberpostmeisters Nagler, daß der Staat den Chausseebau kräftig förderte. Welche Riesenarbeit dabei zu leisten war, zeigt z. B. der Umstand, daß es noch 1828 große Schwierigkeiten hatte, eine Schnellpost von Berlin nach Hamburg anzulegen, weil die dänische Regierung von Lauenburg gegen die Anlegung einer Chaussee war, wie diese Regierung auch den Bau einer Chaussee von Hamburg nach Lübeck zu hindern wußte. Auch durch den Zusammenschluß Privater wurden Chausseen errichtet, sogenannte Aktien-Privat-Chausseen, die natürlich auch das Recht erhielten, durch Erhebung von Chausseegeld Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals zu versuchen.

Wer für den Fortschritt des Verkehrs kämpfte, nicht in „phantastischer" uferloser Weise, sondern in wirklich „praktischer und verständiger" Art, der wirkte für die Erweiterung des Chausseebaues. Alle, die an diesem an sich nützlichen und guten Fortschritt arbeiteten, fanden es natürlich zum mindesten unnötig, ja geradezu gefährlich, ihn — und seine Rentabilität — durch Eisenbahnbauten aufs Spiel zu setzen. Als der Bau einer Eisenbahn angeregt wurde, brachte z. B. das „Siegener Intelligenzblatt" am 12. Juli 1833 einen Aufsatz „Vaterländische Wohlfahrt", der entschieden gegen Eisenbahnen eintrat, da diese zweifellos die Veranlassung zur Entstehung neuer Eisenwerke werden würden, „deren Wettbewerb dem unsern gefährlich werden könnte."

Und es gelang den Gegnern ja auch im Siegenerlande von der ersten Anregung im Jahre 1833 an volle 28 Jahre hindurch den Bau einer Eisenbahn zu verhindern!

Im Rheinischen Landtag erklärte Schuchart, der Vertreter der Industriestadt Barmen, im April 1834:

> Aber, meine Herren, mir schaudert vor der furchtbaren Umwälzung, wenn ich mir denke, daß Deutschland, mit den schönsten Kunststraßen übersät, nach allen Richtungen mit guten Verbindungswegen versehen, plötzlich mit einer Eisenbahn durchschnitten werden sollte.

So war es ein gewaltiger Kampf, den List aufnahm, weil in den Reihen der Gegner eben auch ehrliche und tüchtige Menschen standen, die in ihrer praktischen Arbeit glaubten, gelernt zu haben, das Mögliche von dem Maßlosen zu scheiden. Wie sehr die Eisenbahnen als etwas Unerhörtes empfunden wurden, selbst von solchen, die sich ihrer Freiheit am meisten rühmten, zeigt ein Brief Heinrich Heines vom 5. Mai 1843 aus Paris:

> Die Eröffnung der beiden neuen Eisenbahnen, wovon die eine nach Orleans, die andere nach Rouen führt, verursacht hier eine Erschütterung, die jeder mitempfindet, wenn er nicht etwa auf einem sozialen Isolierschemel steht. Die ganze Bevölkerung von Paris bildet in diesem Augenblick gleichsam eine Kette, wo einer dem andern den elektrischen Schlag mitteilt. Während aber die große Menge verdutzt und betäubt die äußere Erscheinung der

großen Bewegungsmächte anstarrt, erfaßt den Denker ein unheimliches Grauen, wie wir es immer empfinden, wenn das Ungeheuerste, Unerhörteste geschieht, dessen Folgen unabsehbar und unberechenbar sind. Wir merken bloß, daß unsere ganze Existenz in neue Gleise fortgerissen, fortgeschleudert wird, daß neue Verhältnisse, Freuden und Drangsale uns erwarten, und das Unbekannte übt seinen schauerlichen Reiz, verlockend und beängstigend. So muß unsern Vätern zu Mut gewesen sein, als Amerika entdeckt wurde, als die Erfindung des Pulvers sich durch ihre ersten Schüsse ankündigte, als die Buchdruckerei die ersten Aushängebogen des göttlichen Wortes in die Welt schickte. Die Eisenbahnen sind wieder ein solches providentielles Ereignis, das der Menschheit einen neuen Umschwung gibt, das die Farbe und Gestalt des Lebens verändert: es beginnt ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte!

Zu dem Einwand, den die maßvollen, praktischen Chausseebauer erhoben, zu dem unheimlichen Grauen vor dem Ungeheuersten, von dem Heine spricht, als List schon länger als zehn Jahre in dem riesenhaften Kampf gestanden hatte, gesellte sich als schwerstes Hindernis auf der Bahn zum Fortschritt das Urteil der „Sachverständigen" — ein Schauspiel, das weit über den Einzelfall seine Bedeutung behält.

Fordert jemand eine Reform, so ist die erste Antwort der maßgebenden Kreise die Einholung eines Gutachtens der Sachverständigen. Es ist eine bequeme Entscheidung, die auch vor dem eigenen Gewissen genügt, wenn es heißt: „Ja, gegen diese Reform, die ja theoretisch ganz gut begründet wird, steht eben das Gutachten der Sachverständigen."

Leute, die die Zusammenhänge kennen, urteilen sehr viel vorsichtiger. Als man z. B. dem Staatssekretär des Innern Helfferich vorwarf, er habe bei einem Gesetzentwurf nicht die Sachverständigen zu Rate gezogen, antwortete er im Reichstag am 20. Dezember 1915:

> Ich bin der Allerletzte, der eine Fühlungnahme mit den Kreisen von Handel und Industrie nicht für außerordentlich wichtig hält; aber man muß doch bedenken, daß die Sachverständigen bei solchen Gesetzen auch meist die Interessenten sind.

Als 1826 in Elberfeld eine kleine Probebahn geplant wurde, forderte die preußische Regierung ein Gutachten der Sachverständigen. Dieses befürchtete einen Ausfall von Chausseegeld und eine Schädigung der Kohlenfuhrleute. Die Genehmigung wurde daraufhin versagt. 1830 kam zwischen Steele und Bohwinkel der erste preußische Bahnbau zustande. Aber eine Art „Schutzverband" der Interessenten setzte ein Verbot der Dampfkraft durch, so daß vor die erste preußische Eisenbahn Pferde gespannt werden mußten!

Die königl. hannoverschen Ämter Harburg, Linsen a. d. L. und Soltau richteten an die Lüneburgische Provinziallandschaft am 15. Januar 1835 eine Eingabe gegen den Eisenbahnbau,

> den nur die größte Unkunde über die wahren Quellen des Nationalerwerbes anpreisen könne; denn die Eisenbahn werde die Importation erleichtern und die notwendige Folge werde ein noch tieferes Sinken der Korn- und Holzpreise sein. Auch werde der Verdienst der Frachtwagenführer aufhören, wie derjenige der Gastwirte, Schmiede, Rademacher usw.

In Hamburg erklärte man sich gegen den Eisenbahnbau, da er notwendig „eine Abnahme der Elbschiffahrt und Verarmung der Schiffer" bedeute.

In den Kreisen der Festbesoldeten fürchtete man vielfach eine Steigerung aller Ausgaben durch den häufigeren Verkehr mit der übrigen Welt. Selbst ein so kluger Mann wie Robert von Mohl schob auf die Verbreitung der Eisenbahnen

> eine wesentliche Verschlimmerung der Zustände — wenigstens im Beamtenstande. Mein deshalb viel verhöhnter Freund Jeitter hatte schließlich nicht so ganz unrecht, als er in der württembergischen Abgeordnetenkammer seine Zustimmung zu der Erbauung einer Staatseisenbahn nur unter der Bedingung gab, daß die Besoldungen erhöht würden.

Am schwierigsten zu überwinden waren die Sachverständigen aus der zünftigen Wissenschaft.

Überlassen wir hier neidlos den Fremden den Vortritt.

Der gefeierte französische Politiker Thiers hat 1834, als König Leopold von Belgien Antwerpen mit dem Rhein verbinden wollte, ein Gutachten gegen den Bau von Eisenbahnen erstattet, weil sie

> den Untergang der Lohnfuhrwerks- und Schiffseigentümer, die Erschöpfung allen Eisenvorrats und den Ruin des Kohlenhandels herbeiführen würden.

Der berühmte Physiker und spätere Minister François Arago erklärte 1838 in der französischen Deputiertenkammer, daß die Transportkosten in Frankreich, die sich jetzt auf 2 803 000 Frs. beliefen, nach Ausbau des Bahnnetzes sich auf 1 052 000 Frs. vermindern würden, so daß das Land jährlich zwei Drittel der Einnahmen aus den Transportkosten verlieren würde! Daß die Bahn nach Versailles jemals 5% Gewinn abwerfen würde, erklärte er für unmöglich; denn

> die Zahl der Besucher müßte sich ja dann verdreifachen!

Der russische Finanzminister Cancrin meinte, daß vielleicht in „100 Jahren für dergl. die Zeit kommen könne!"

Die Autorität der Fremden galt in Deutschland ja stets besonders viel. Geschäftig wurde sie daher ausgenutzt gegen List und seine Freunde. Aber die Gegner konnten sich auch auf gute deutsche Autoritäten berufen.

Das Obermedizinalkollegium von Bayern erklärte:

> daß der Fahrtbetrieb mit Dampfwagen im Interesse der öffentlichen Gesundheit zu untersagen sei; die schnelle Bewegung erzeuge unfehlbar Gehirnkrankheiten; schon der bloße Anblick eines rasch dahin sausenden Zuges könne diese Krankheiten erzeugen, so daß an beiden Seiten des Bahnkörpers ein mindestens fünf Fuß hoher Zaun zu fordern sei.

Als die Bahn Leipzig—Dresden durch einen Tunnel geführt werden mußte, warnten ärztliche Gutachten,

> da ältliche Leute durch den plötzlichen Luftdruckwechsel leicht der Schlag rühren könne.

Der einflußreichste Volkswirtschaftslehrer seiner Zeit war Karl Heinrich Ludwig Pölitz (1772—1838), Professor in Leipzig

und Zensor aller in Leipzig erscheinenden staatswissenschaftlichen und kameralistischen Schriften. Als List von allen Seiten angefeindet wurde, suchte er naturgemäß bei diesem Mann Hilfe und Unterstützung. Er erzählt darüber in der Vorrede zu seinem „Nationalen System":

> In der Zeit, da ich in Leipzig über meine Vorschläge zu einer Leipzig-Dresdener Eisenbahn und über mein deutsches Eisenbahnsystem von den klugen Leuten noch verspottet ward, ersuchte ich Herrn Pölitz um Beistand und Gutachten, worauf er den Bescheid vernehmen ließ, es könne jetzt noch gar nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, wiefern dieses Unternehmen nützlich und notwendig sei, denn man könne nicht wissen, welche Richtung inskünftige der Warenzug nehme. Diese tieftheoretische Ansicht ist nachher, wenn ich nicht irre, in seine traurigen Jahrbücher übergegangen.

Gegenüber den „einseitigen" „agitatorischen" Befürwortungen des Eisenbahnbaus durch Friedrich List hat einmal die „Deutsche Vierteljahrsschrift" (1841), eins der ersten wissenschaftlichen Organe jener Zeit, die Frage der Eisenbahnen „objektiv" untersucht. Das Ergebnis war dieses:

> Was vorerst den Warentransport betrifft, so hat es mit den meisten Waren keine solche Eile, daß ihre Versendung nicht ohne allen Nachteil auf den gewöhnlichen Wegen geschehen könnte.
>
> Überhaupt wäre unseres Erachtens vorerst zu zeigen, daß die Langsamkeit des Warentransports der Entwicklung der Nationalindustrie bisher hinderlich gewesen sei. Der Mangel an Absatz, über den man Fabrikanten hier und da klagen hört, rührt wohl selten davon her, daß sie Waren nicht schnell genug auf den Markt zu bringen oder die Rohstoffe nicht schnell genug herbeizuschaffen vermögen, sondern der Grund liegt einfach darin, daß der Markt überfüllt ist.
>
> Wird es aber weniger sein, wenn die Waren schneller dahin gebracht werden? . . .
>
> Beim Personentransport kommt es darauf an, zu welchem Zweck die Eisenbahnen benützt werden, ob nämlich bloß zum Vergnügen oder zu Reisen in Geschäften. Was die Geschäftsreisen betrifft, so ist wohl selten so viel daran gelegen, daß die Reisenden mit der Geschwindigkeit der Eisenbahnen dahin befördert werden, wohin ihre Geschäfte sie rufen können. Die meisten Geschäfte lassen sich schriftlich abmachen, und es wäre Zeit-

und Geldverschwendung, wenn man dem schriftlichen Verkehr den persönlichen ohne Not substituieren wollte. Diejenigen Geschäfte aber, die sich nur persönlich abmachen lassen, haben gewöhnlich keine solche Eile, daß nicht die bereits bestehenden, auf möglichst schnelle Beförderung der Reisenden berechneten Einrichtungen einen hinreichenden Grad von Schnelligkeit gewährten. Die Personen, deren Zeit so kostbar ist, daß die Differenz der Eisenbahngeschwindigkeit und der Eil(post)wagengeschwindigkeit für sie großen Wert hätte, sind in den meisten Orten unschwer zu zählen.

Diese Urteile der „Wissenschaft" gaben allen denen ein gutes Gewissen, die den wirtschaftlichen Fortschritt eifrig bekämpften, weil sie von dem alten System Vorteile hatten. Sie bestimmten Volksführer, die, unter Berufung auf die echte Wissenschaft, an der Spitze des Fortschrittes zu marschieren glaubten, wie Robert Blum, die geplante Eisenbahn zwischen Leipzig und Dresden als eine bloße „Promenadenbahn" zu verspotten. Die große Masse aber, in deren Interesse der Kampf für wirtschaftliche Fortschritte geführt wurde, hatte in der Regel weder Zeit noch Kraft übrig, um sich ein selbständiges Urteil zu bilden. So konnten die interessierten Schichten, so klein sie waren, doch lange Zeit hindurch die öffentliche Meinung beeinflussen. In welchem Maße, das mußte z. B. das Leipziger Komitee erfahren, als es in Dresden dem Ministerium seine Pläne vortragen wollte. Es wurde auf dem Wege von der Volksmenge mit Hohngeschrei und Spott überschüttet.

Wie lange solche Stimmung noch nachwirkte, zeigte das Jahr 1848, als das aufgeklärte Volk am Rhein die neue Freiheit u. a. benutzte, um die Eisenbahnschienen zwischen Mainz und Frankfurt a. M. aufzureißen, weil die Kutscher von Kastel diesen Wettbewerb beseitigen wollten, oder um die Dampfschiffe auf dem Rhein zu zerstören, damit die Leute, die früher die Schiffe rheinaufwärts mit Seilen geschleppt hatten, wieder zu ihrem Recht kamen. Die neugegründete Bürgerwehr weigerte sich vielfach einzugreifen, weil die Zerstörer der neumodischen Verkehrseinrichtungen ganz recht hätten!

Ein angesehener Kaufmann, dessen Geschäft in enger Verbindung mit der Schiffahrt stand, erließ in jenen Tagen einen

Aufruf an die Bürger von Mainz mit der Anrede: „Brüder!", der mit den Worten begann:

> Die heldenmütige Bürgerschaft von Mainz und der Umgebung hat wieder ihr *altes* Panier entfaltet, das Panier der *Zivilisation*, des *Fortschritts*, welches sie sonst weithin leuchten ließ.

Um nun dauernd dieses Panier leuchten zu lassen, forderte der einflußreiche Mann ein strenges Verbot, künftighin Frachtgüter auf der Eisenbahn durch den hessischen Staat zu führen oder an Mainz durch Dampfschiffe vorüberschleppen zu lassen! —

Bei solcher Stellung der Fachwissenschaft und weiter Kreise der Demokratie wird man es verstehen, daß auch die herrschende Bureaukratie der Eisenbahnfrage mißtrauisch und zögernd gegenüberstand.

Als Bergdirektor Josef *von Baader*, mit dem List schon 1828 und 1829 mancherlei Pläne durchgearbeitet hatte, sich 1831 an die bayerische Ständekammer mit der Bitte um Unterstützung wandte, beschloß diese zwar großmütig,

> das Anerbieten J. v. Baaders zur Einführung einer neuerfundenen Bauart von Eisenbahnen und zum Nachweis des Reellen seiner Erfindung durch Versuche im großen in der Art anzunehmen, daß ihm aus Staatsmitteln 3000 Gulden gegeben würden, die er sofort wieder *zurückersetzen müsse*, wenn seine Versuche den gemachten Zusicherungen nicht entsprächen.

Eine solche Verschwendung von Nationalvermögen konnte die Kammer der Reichsräte nicht gutheißen. Sie verweigerte ihre Zustimmung. Trotz dieser Ablehnung wagte die bayerische Regierung selbständig eine Unterstützung des wichtigen Planes. Eine Ministerialentschließung vom 10. Juli 1833 erklärte:

> Die k. Regierung in Ansbach wird ermächtigt, für den Fall der Realisierung der Anlage einer Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth durch Bildung einer Aktiengesellschaft 2 — zwei — *Aktien* au porteur (auf Rechnung) des Zentralindustriefonds zu erwerben, um hierdurch die *lebhafte Teilnahme der Staatsregierung* an dem wichtigen Unternehmen zu bewähren.

Der Preis der Aktie betrug — 100 Gulden, so daß die Unterstützung der ersten deutschen Eisenbahn durch eine deutsche Regierung ganze 200 Gulden betrug, während das Anlagekapital 132 000 Gulden ausmachte.

Als zwischen Berlin und Potsdam eine Eisenbahn geplant wurde, erklärte König Friedrich Wilhelm III.:

Kann mir keine große Glückseligkeit vorstellen ob man einige Stunden früher in Potsdam ankommt oder nicht. —

Der preußische Generalpostmeister Nagler hatte sich um den Chausseebau und die Verbesserung des Postwesens große Verdienste erworben. Seine „Schnellposten" erreichten die bis dahin nicht dagewesene Tagesgeschwindigkeit von 75 km. Sein Stolz war die Verbindung Berlin—Potsdam täglich durch 6 Schnellposten. Aber das Gute ist oft der Feind des Besseren. Er empfand es als eine Art persönlicher Ungerechtigkeit, daß man noch über seine Reformen hinaus andere Pläne zu vertreten wagte. In seinem verbesserten System sah er einen Maßstab für das Erreichbare:

Ich lasse täglich diverse Sechssitzposten nach Potsdam gehen, und es sitzt niemand drinnen. Nun wollen die Leute gar eine Eisenbahn dahin bauen! Wenn Sie Ihr Geld absolut los werden wollen, so werfen Sie es doch lieber gleich zum Fenster hinaus, ehe Sie es zu solchem unsinnigen Unternehmen hergeben!

Wenige Tage nach der Betriebseröffnung der Berlin—Potsdamer Bahn, am 7. November 1838, schrieb Nagler an Hofrat Kelchner:

Die Eisenbahn ist hier im Flor, aber auch etwas Geklimper. Die Direktion muß, um 4 % Zinsen zu ziehen, täglich 2000 Personen fahren. Selbst jetzt hat sie nicht so viel, in einer Woche gegen 800, in der anderen gegen 1800 — und das Jahr hat 365 Tage!

Einige Tage später an denselben:

Hier ist man toll; doch erkennen täglich mehr Leute, daß diese Bahnen mehr Geld kosten, als einbringen. —

Heute verkehren etwa 300 Züge täglich zwischen Berlin und Potsdam: 20 000 Naglersche Postkutschen werden nicht ausreichen, diesen Verkehr zu bewältigen!

4. Erfolge, Enttäuschungen, Tod.

Die erste deutsche Eisenbahn wurde am 7. Dezember 1835 eröffnet. Sie verband Nürnberg und Fürth. Ihre Leiter waren vorsichtige Männer. Noch nach sechsmonatlichem Bestehen, im Mai 1836, lehnten sie besorgt einen Antrag ab, Güter zur Beförderung anzunehmen. Aber die Dampfkraft erzieht schnell. Acht Wochen später entschlossen sie sich zu dem neuen Wagnis. Am 11. Juli 1836 begann der erste Warentransport auf einer deutschen Eisenbahn. Zwei Fäßchen Bier durften gegen Vergütung von 6 Kreuzern täglich mitgenommen werden. Der Direktorialkommissär Dr. Löhner erhielt aber den Auftrag, darauf zu achten, daß dieser Güterverkehr sich ordnungsgemäß abwickle, „um solchen vielleicht später ins Große ausdehnen zu können" — eine Hoffnung, die sich im Laufe der Zeit ja denn auch in etwa erfüllte: am 1. Juli 1914 betrug die Zahl der Güterwagen der deutschen Eisenbahnen rund 622 000.

Die Erfolge der Nürnberg—Fürther Bahn entbehrten größerer Beweiskraft, da die Bahn insgesamt nur 6 km lang war. Sie diente also nur dem Ortsverkehr. So erschien der Plan als etwas Neues, Leipzig und Dresden durch eine Eisenbahn zu verbinden. Hier hat Friedrich List den Entscheidungskampf durchgefochten. Er schrieb 1833 eine besondere Schrift:

> Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems und insbesondere über die Anlegung einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden.

Aber es bedurfte jahrelanger zäher Arbeit. Die wunderlichsten Entschädigungsansprüche wurden erhoben. So klagte ein Müller, weil die Eisenbahn ihm den Wind abfangen werde! Vom Juni 1834 bis zum Mai 1835 hat List nicht weniger als sieben ausführliche Rechenschaftsberichte erstattet, die in erster Reihe halfen, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Am 6. Mai 1835 genehmigte die Regierung die Satzungen der „Leipzig—Dresdner-Eisenbahn-Kompanie". Ihr Aktienkapital war auf 2 Millionen Taler festgesetzt, und es war nicht leicht, diese Summe dann auf 4½ Millionen zu erhöhen. Die Regierung hatte der Gesellschaft vor-

geschrieben, daß das Fahrgeld der 1. Wagenklasse die Sätze des Personengeldes in den kgl. sächsischen Eilposten nicht übersteigen und in der 2. Klasse nie mehr als das Personengeld in den „ordinären" Fahrposten betragen dürfte.

Am 24. April des Jahres 1837 wurde eine kleine Strecke der Bahn erstmalig befahren. Die Menschen hatten sich zu Tausenden an der Anfangs- und Endstation und längs der Strecke eingefunden und das Militär — die Leipziger Kommunalgarde hatte abgelehnt — das vom Direktorium zur Aufrechterhaltung der Ordnung erbeten worden war und längs des Bahnkörpers stand, begrüßte den ersten Bahnzug mit präsentiertem Gewehr.

Als der Erfolg alle Erwartungen übertraf — der Personenverkehr stieg im ersten Jahr um 4400% — da allerdings fanden sich, eine Erscheinung, die man auch sonst beobachten kann, plötzlich sehr viele Menschen, die nun lärmend erklärten, sie wären ja immer dafür gewesen, und die es dann auch verstanden, Ehre und Stellung für sich zu gewinnen! List aber fand keine Stellung im Direktorium der Bahn, wie er erhofft hatte. Mit einem „Ehrengeschenk" von insgesamt 4000 Talern, das kaum seine Barausgaben für die Sache ersetzte, kaufte man sich von der Pflicht der Dankbarkeit los; doch sprach die Versammlung der Aktionäre in nobler Gesinnung noch den Wunsch aus, es möge „ihr dankendes Anerkenntnis der schätzbaren Bemühungen des Herrn Konsul List für das Unternehmen besonders im Protokoll bemerkt werden"

Die Leipziger Herren aber, an deren Spitze Gustav Harkort stand, hatten schon lange mit großer Mißgunst empfunden,

> daß ein Schwabe, der ungerufen ins Land gekommen sei, und der offenbar nur eine oberflächliche Sachkenntnis besitze, sich mehr zutraue als den Koryphäen des Leipziger Handelsstandes.

Im „Frankfurter Journal" erschien ein Aufsatz, in dem es hieß, nur dem Komitee sei der Erfolg des großen Unternehmens zu danken. Die ganze Stadt verurteile das Benehmen „des bekannten Herrn List". Und als der Magdeburger Oberbürgermeister Franke, der den Plan einer Magdeburg—Leipziger

Eisenbahn gefaßt hatte, sich nach List erkundigte, da gab Gustav Harkort die Auskunft, List

> sei ein extravaganter, von schwindelhaften Plänen erfüllter Mensch, von dem man nicht weit genug abrücken könnte.

Diese Auskunft, die auch zur Kenntnis der preußischen Staatsbehörden kam, zerstörte zugleich alle Hoffnungen Lists, in diesem Staate wirken zu können.

Hier hatte der Erfolg der Berlin—Potsdamer Eisenbahn schnelle Erziehungsarbeit geleistet. Der höchste Beamte, Nagler, war bedeutend genug, um aus der Erfahrung zu lernen. In einer Denkschrift für das Staatsministerium vom 13. Juli 1839 trat er energisch für den Staatsbetrieb der Eisenbahnen ein:

> Die Erfindung der Eisenbahn übertrifft die bisherigen Kommunikationsmittel in jeder Beziehung, die allgemeine Anwendbarkeit ausgenommen. Es ist unmöglich, gegen die neue Erfindung in Konkurrenz zu treten. Von größter Wichtigkeit ist es daher, daß Post- und Eisenbahnbetrieb mit möglichster Einheit ineinandergreifen. So lange letztere in Privathänden bleibt, möchte dieses schwerlich zu bewirken sein.

Nagler war aber zuletzt doch ein schlechter Diener seines Herrn; denn er gab den an sich richtigen und folgenreichen Gedanken der Staatseisenbahn ohne großen Kampf bald wieder auf. Am 19. November 1842 schreibt er an Hofrat Kelchner:

> Herr Beil hat meine Ansicht, daß der Staat die Eisenbahnen bauen und betreiben müsse. Seit diese Ansicht höchsten Ortes aufgegeben worden ist, habe ich sie auch aufgegeben, da meines Herrn Wille mein Leitstern ist.

Aber der Eisenbahnbau ging in Preußen weiter, und im Todesjahr Friedrich Lists, 1846, waren in diesem Staate bereits 113 Meilen fertiggestellt und 200 Meilen befanden sich im Bau. In Preußen fand sich auch der Mann, der den Mut hatte, die Folgerung aus dem selbständigen Eisenbahnbau zu ziehen. Für die Bahnlinien Nürnberg—Fürth, Leipzig—Dresden, Berlin—

Potsdam hatte man alle Lokomotiven aus England bezogen. Bei der neuen Berlin—Anhalter Bahn wagte zum ersten Male ein junger deutscher Maschinenbauer, August Borsig, mit England in Wettbewerb zu treten. Noch in der Nacht vor der Probefahrt wurden an der Maschine von unbekannter Hand Zerstörungsversuche unternommen. Sie wurden rechtzeitig entdeckt, und am 24. Juli 1841 morgens um 4 Uhr begann die erste deutsche Lokomotive siegreich ihre Probefahrt. 1842 konnte Borsig schon 8 Lokomotiven bauen, 1843 wurden es 10 — der deutsche Maschinenbau ging seinen Weg unabhängig von England, und Millionen von Menschen haben in ihm und durch ihn Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit gewonnen.

Wie aber gestaltete sich das Schicksal des Mannes, dessen unabläßiges Mahnen, Drängen, Arbeiten, dieser Entwicklung die Wege gebahnt hatte?

1835 hatte List ein besonderes Organ gegründet: „Das Eisenbahnjournal oder Nationalmagazin für Erfindungen, Entdeckungen und Fortschritt im Handel und Gewerbe, in öffentlichen Unternehmungen und Anstalten, sowie für Statistik, Nationalökonomie und Finanzwesen." Dieses Blatt wurde in Österreich, wo es die meisten Leser hatte, verboten. Auf Österreichs, d. h. Metternichs, Betreiben ist es wohl auch zurückzuführen, daß die sächsische Regierung List, der jetzt das badische Konsulat mit dem sächsischen vertauscht hatte, die Anerkennung verweigerte.

Zu dieser Zeit verlor List durch eine Bankkrisis in Amerika sein Vermögen. Er verließ Leipzig, ging nach Brüssel, wo er von König Leopold, und nach Paris, wo er von Louis Philipp ausgezeichnet wurde und eine fruchtbare literarische Tätigkeit entfaltete. Nach dem Tode seines einzigen Sohnes, der im 20. Lebensjahre einem hitzigen Fieber erlag, kehrte List nach Deutschland zurück.

Hier arbeitete er mit Erfolg daran, daß eine neue preußische Eisenbahn entgegen dem ursprünglichen Plane über die thüringischen Städte geführt wurde. Es war eine der wenigen großen Freuden seines Lebens, daß ihm die juristische Fakultät von Jena

1840 die Doktorwürde verlieh, „wegen seiner Verdienste um die Sache des Deutschen Handelsvereins und des Deutschen Eisenbahnwesens".

Auf einen Ruf der „Allgemeinen Zeitung", deren ständiger Mitarbeiter er war, verlegte List seinen Wohnsitz nach Augsburg. Hier erschien auch 1841 sein Hauptwerk: „Das nationale System der politischen Ökonomie." Es ist allerdings unvollendet geblieben; denn zwei weitere Bände, die geplant waren, sind nie erschienen. Das Buch erlebte drei Auflagen, wurde aber dann fast vergessen, bis neuerdings seine Bedeutung immer mehr erkannt wird.

In seinem Eintreten für eine große nationale Zukunft, die nur durch die zollpolitische Einigung der deutschen Wirtschaftsgebiete und den Ausbau der Verkehrswege angebahnt werden konnte, stieß List selbst in den Kreisen, die begeistert für Deutschlands Einheit kämpften, auf Mißtrauen und Ablehnung. Sie hatten noch nicht gelernt, die Bedeutung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu werten und sahen deshalb vielfach in der Arbeit für sie ein bewußtes Ablenken der Geister von den großen Idealen der Zeit. Nur ganz vereinzelt kämpften Dichter für Gedanken von List. Am weitesten verbreitet war das Eisenbahngedicht von Karl Beck, in den „Gepanzerten Liedern": „Nächte", (1838):

Wie sie rechnen, wie sie sinnen;
unsre Gelder — in Papieren?
Freunde, werden wir gewinnen?
Freunde, werden wir verlieren?
Fluch den Neuerungen, eifert
jener mit erhitzter Wunge,
grade meine Flur begeifert,
meine Saat, die Eisenschlange.

Die Papiere — feilgeboten —
steigen — fallen — o Gemeinheit!
Mir sind die Papiere — Noten,
ausgestellt auf Deutschlands Einheit;
Diese Schienen — Hochzeitsbänder,
Trauungsringe — blank gegossen,
liebend tauschen sie die Länder,
und die Ehe wird geschlossen!

Doch solche Stimmen blieben vereinzelt. Viel häufiger war bittere Ablehnung. Der in jener Zeit viel gelesene Ernst Ortlepp spottete in dem „Wiegenlied für Deutschland" in seinen „Wächterrufen":

Schlaf, schlaf, schlaf,
Deutschland, du gutes Schaf!
Du hast ja nun den Zollverein,
Dir könnte gar nicht wohler sein!

Schlaf, schlaf, schlaf,
Deutschland, du gutes Schaf!
Du hast ja nun die Eisenbahn
und deine goldne Zeit hob an!

Und selbst Hoffmann von Fallersleben höhnte in seinen „Unpolitischen Liedern" über den Kampf um den deutschen Zollverein:

Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
Kühe, Käse, Krapp, Papier,
Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,
Wolle, Seife, Garn und Bier,
Pfefferkuchen, Lumpen, Trichter,
Nüsse, Tabak, Gläser, Flachs,
Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
Rettig, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs!

Und ihr andern deutschen Sachen,
Tausend Dank sei euch gebracht!
Was kein Geist je konnte machen,
Ei, das habet ihr gemacht:
Denn ihr habt ein Band gewunden
Um das deutsche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden
Mehr als unser Bund dies Band!

Fand List schon in diesen ehrlichen und begeisterten Kreisen weder Unterstützung noch auch nur Verständnis, so bekämpfte ihn die zünftige Wissenschaft auf das erbittertste. Sie betrachtete ihn, der ja nur bis zum 14. Jahre geordneten Schulunterricht genossen, stets als Eindringling. Nur wenige ihrer Vertreter erkannten seine Bedeutung. Verhältnismäßig frei von Vorurteil klingt das Urteil von Professor Knies:

Unleugbar gehört List zu jenen hervorragenden Männern, die man nicht leicht ohne starken Tadel loben, und ohne großes Lob tadeln kann.

Am freundlichsten urteilt der 25jährige Privatdozent Roscher, der seine strenge Besprechung des „Nationalen Systems" so schloß:

Ich scheide von dem Verfasser mit vorzüglicher Hochachtung. Wäre sein Buch von geringerer Bedeutung, so würde ich es weniger streng beurteilt haben. Ich zweifle nicht, daß es sein Jahrhundert überleben werde.

Das waren nur vereinzelte Stimmen. Die große Masse der Fachgelehrten wies in geschäftiger Kärrnerarbeit nach, daß der eine oder der andere von List vertretene Satz irgendwo auch schon einmal früher ausgesprochen worden sei. Brüggemann schrieb eine besondere Schrift gegen List, in der er ihn als „Nachbeter" des nationalökonomischen Romantikers Adam Heinrich Müller (1779—1829) hinstellte, und ihn einen „oberflächlichen Plagiator" nannte. Der Heidelberger Geheime Hofrat Professor Rau, dessen Urteil sehr einflußreich war, glaubte in seinem „Lehrbuch der politischen Ökonomie" 1841 (S. XII) gegen List „eine ernstliche Rüge" aussprechen zu müssen für „die in solchen Untersuchungen noch nicht vorgekommene Leidenschaftlichkeit des Ausdruckes".

Auch Schäffle schrieb noch 1859, daß „die gänzliche Haltlosigkeit, die spekulative Dürftigkeit und ungeschichtliche Begründungsweise der Listschen Theorie unzweifelhaft sei".

List war eine Kampfnatur und blieb seinen Gegnern die Antwort nicht schuldig. Aber wer etwas von der Psychologie der Agitation versteht, der weiß, wie schwer und zerreibend ein Kampf sich gestaltet, wenn er Jahr für Jahr gegen die Gewalten geführt werden muß, die im Besitz der wissenschaftlichen Ämter und Zeitschriften, der Titel und Würden und damit auch für die große Mehrheit im Besitz der äußeren Autorität sind. Wie sehr die Urteile solcher Gegner wirken, erfuhr List z. B. 1844 auf der Jahresversammlung der Deutschen Land- und Forstwirte in München, wo man seinen Vortrag über Industrie und Landwirt-

schaft nicht einmal bis zu Ende hören wollte. Auch die starken Kräfte eines List wurden in solchem Ringen nach und nach aufgezehrt. Dazu trat die Sorge um eine gesicherte Zukunft für seine Familie. Es ist ein eigen Ding um die Existenz eines „freien" Schriftstellers. Menschen mit sicherem Brot, und dazu gehören ja nicht nur die Beamten, machen sich leicht ein Zerrbild von einem solchen Leben, wenn sie von einzelnen großen Summen hören, die einmal unter besonderen Umständen gewonnen werden. Sie vergessen, daß fast immer eine jahrelange Arbeit ohne jeden Ertrag dazu gehört, ein Buch zu schreiben, das dann vielleicht einmal Ertrag abwirft. Sie vergessen, daß dem „freien Schriftsteller" das Gefühl der ruhigen Sicherheit fehlt, das der Rentner hat und der Festbesoldete, der da weiß, daß sein Gehalt in bestimmten Zeiträumen steigt, daß er auch in kranken Tagen auf sein Einkommen rechnen kann, daß Frau und Kind gesichert sind.

Als im September 1844 der Depeschenwechsel zwischen der englischen Regierung und ihrem Berliner Vertreter Westmoreland veröffentlicht wurde, ergab sich, wie hoch der englische Gesandte den Einfluß von List („einem sehr fähigen Schriftsteller im Dienst der Fabrikanten") einschätzte, wobei er durchblicken ließ, daß die deutschen Fabrikanten diesen Wortführer wohl gut bezahlten. Die Gegner schlachteten mit gewohnter Gehässigkeit diese Andeutungen aus, indem sie noch hinzufügten, die Fabrikanten unterstützten das Zollvereinsblatt von List mit 3000 Talern; die englische Regierung habe ihm 6000 Taler gegeben, damit er seine Angriffe einstelle usw. Da erklärte List, daß er doch nun einmal öffentlich Rechnung ablegen wolle. Seit seiner Rückkehr aus Frankreich habe er eingenommen an Honorar für „Das nationale System" 3000 Gulden (1 Gld. = 1,70 ℳ), von württembergischen Fabrikanten als Hilfe zur 1843 erfolgten Gründung seines „Zollvereinsblattes" 1325 Gulden, von böhmischen Fabrikanten „mit einem sehr schönen Begleitschreiben" 360 Gulden. Das sind zusammen 4685 Gulden. Diese Summe müsse man aber auf acht Jahre, die er fast ausschließlich diesen Arbeiten gewidmet habe, verteilen; dann ergebe sich eine Jahres-

einnahme von 585 Gulden 37½ Kreuzern mit Ausnahme des bescheidenen Einkommens, das er vom Zollvereinsblatt beziehe.

Schmoller hat einmal erklärt, „alle wirtschaftlichen Organisationen sehen heute ein, daß sie Beamte haben müssen, die sie voll bezahlen müssen, und ich glaube, wenn Friedrich List heutzutage käme, würde er wahrscheinlich ein Gehalt von 15—20 000 ℳ mit Leichtigkeit bekommen."

Allerdings, wenn List sich in den Dienst einer einzelnen wirtschaftlichen Interessenschicht stellen würde: des Kohlensyndikats, des Verbands zum Schutze des Grundbesitzes und Realkredits oder ähnlicher, so würde er vielleicht auch noch etwas mehr bekommen! Aber es scheint doch zweifelhaft, ob ein List sich dazu hergeben würde. Wollte er aber die gemeinsamen Interessen aller ehrlichen Arbeit vertreten, so würde er auf sozialem Gebiete vielleicht erleben, was er auf politischem erleben mußte, als er den badischen Minister Winter darauf hinwies, daß er die Interessen des ganzen deutschen Vaterlandes vertrete und dieser ihm spöttisch entgegnete: „Nun, so halten Sie sich auch an das ganze deutsche Vaterland!"

List selbst besaß kein Vermögen. Seine Frau hatte ein bescheidenes Kapital, das er aber selbstverständlich nicht angreifen wollte. Je älter er wurde, desto mehr drückten ihn diese Sorgen: Wenn der Abend kommt, wachsen die Schatten.

Um vielleicht doch eine Anstellung mit sicherem Brot zu finden, reiste er im Mai 1841 nach Württemberg, wo sein alter Studienfreund Schlayer Minister geworden war. Aber seine Hoffnung erfüllte sich nicht. In Cannstatt brach er sich ein Bein, wodurch er lange, trübe Tage ans Bett gefesselt wurde. Im Herbst 1844 folgte er einer Einladung nach Österreich und Ungarn. In Wien, besonders aber in Preßburg, wurde er mit hohen Ehren aufgenommen. Noch heute sind die Magyaren stolz darauf, daß sie die Bedeutung des ersten deutschen Volkswirtschaftlers früher erkannt haben, als sein „gelehrtes" Vaterland.

1846 ging List nach England, das er stets bewundert hat. Er nannte es das

moralisch, religiös, intellektuell, mehr noch politisch und wirtschaftlich erste Land der Erde, ein Volk, das selbst an Sinn für Gerechtigkeit, Freiheit und Aufklärung nicht seinesgleichen auf der Erde hat, das zugleich die Schlüssel zu allen Meeren erobert und allen Nationen eine Schildwache gestellt.

Aber seine Bewunderung gleicht der, mit der etwa die englischen Seehelden des 17. Jahrhunderts Holland bewundert haben, also mit der Bewunderung, die dazu drängt, Englands Vorherrschaft zu brechen, Englands Vorzüge sich selbst zu erarbeiten, um dann als Gleicher mit England verhandeln zu können.

Die Engländer erkannten auch in dem Gegner den bedeutenden Mann. Das Parlament ehrte ihn, und die ersten Staatsmänner behandelten ihn mit Auszeichnung. Der preußische Gesandte in London, Bunsen, ließ ihn eine Anstellung im preußischen Staatsdienst erhoffen; aber auch diese Hoffnung wurde zuschanden. Völlig überarbeitet kehrte er zurück.

Im Kreise der von ihm außerordentlich geliebten Familie — er hatte drei Töchter — verbarg er seine Sorgen unter einer bei dem leidenschaftlichen Mann ungewohnten, sanften Traurigkeit. In jener Zeit traf ihn tief ein hämischer Aufsatz in einer Frankfurter Zeitung, in dem wieder einmal seine Unwissenschaftlichkeit nachgewiesen wurde, da er überhaupt nie einen neuen Gedanken gehabt habe. In irgendwelchen Büchern von einem Herrn Schmidthenner habe bereits alles gestanden! List kannte ja diese Angriffe; aber in jenen wunden Stunden schmerzte ihn tief, was ihn in gesunden Tagen wenig berührt hätte.

Im Herbst 1846 ging er nach Tirol. In Meran hoffte er Genesung zu finden. Die Novemberstürme veranlaßten ihn, in Kufstein Halt zu machen. Im Gasthof zur alten Post lehnte er gute Zimmer ab: „Ich bin zu arm; geben Sie mir das schlechteste Gemach im Hause."

An einen seiner wenigen treuen Freunde, den Leiter der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" Kolb, schrieb er seinen letzten Brief:

Lieber Kolb,

ich habe schon zehnmal angefangen, an die Meinigen zu schreiben an mein treffliches Weib, an meine herrlichen Kinder; aber Kopf

Hand und Feder versagen mir diesen Dienst. Möge der Himmel sie stärken. . . . .

Ohne Einkommen von meiner Feder würde ich, um zu leben, das Vermögen meiner Frau (ich habe keins) aufzehren müssen, das noch lange nicht für sie allein mit den Kindern zureichen würde — nur zum allernotdürftigsten Auskommen. Ich bin der Verzweiflung nahe. Gott erbarme sich meiner Angehörigen! . . . Was Sie und andere Freunde an den Meinigen tun, wird Ihnen Gott lohnen. Leben Sie wohl! Fr. List.

Am 30. November 1846 machte er seinem Leben am Wege zur Sparchen durch einen Pistolenschuß ein Ende. Der milde Sinn des Dechanten von Kufstein gab dem protestantischen Selbstmörder auf dem katholischen Gottesacker wenigstens ein ehrliches Grab.

Über den Widerhall, den die Kunde von dem jähen Hingang Friedrich Lists weckte, urteilte die ihm treu gewesene „Allgemeine Zeitung" nicht ohne Bitterkeit:

Man kann ihnen den Beifall nicht versagen, den ihre Teilnahme um den großen Toten — stehen wir nicht an, ihn groß zu nennen — verdient. Schade nur, daß ihm die meisten während seines Lebens die Teilnahme versagten, die sie jetzt so eifrig sind, an den Tag zu legen; daß sie sich selbst der Kälte und Teilnahmlosigkeit gegen den Verstorbenen, solange er unter uns wirkte, der Mehrzahl nach schuldig gemacht haben — jener Teilnahmlosigkeit, deren sie jetzt das gesamte Deutschland und die Regierungen zeihen.

Heinrich Laube schrieb in den „Grenzboten":

Armer Freund! ein ganzes Land konntest du beglücken, aber dieses Land konnte dir nicht einen Acker Erde, konnte dir nicht ein warmes Haus geben für die traurige Winterzeit des Alters! Dieser Fluch des zerrissenen Vaterlandes, in welchem man so kinderleicht heimatlos werden kann, dieser Fluch hat dich im Schneesturm oberhalb Kufstein in den Tod gejagt, und unsere Tränen, unsere Lorbeerkränze, was sind sie deiner verwaisten Familie? Was sind sie den guten Bürgern und guten Egoisten, die sich die Fülle des Leibes streicheln und weise sprechen: „Der Staat ist nicht für Genies da!" Danket Gott, daß der Staat trotz seiner schreienden Undankbarkeit Genies findet, und segnet wenig-

stens im Stillen dieses Grab bei Kufstein, das einen der tüchtigsten Schwaben, das eine politische Fähigkeit in sich schließt, wie sie leider verzweifelt selten in Deutschland ist.

Sein schwäbischer Landsmann Ludwig Pfau (geb. 1821) schrieb seinen „Friedrich List":

Hier stehe, treuer Wanderstab!
Hier winket uns ein friedlich Bette.
Dich soll man legen in mein Grab,
Wie dem Kolumbus einst die Kette.
Dich bot mein Land, das mich verstieß,
Mir einst zum Lohne für mein Streben —
Der ich für Deutschland alles ließ,
Mir hat es diesen Stab gegeben.

O Volk, mein Volk! wie hat dies Herz
So heiß und treu für dich geschlagen!
Wie hab ich pilgernd deinen Schmerz
Mit durch die weite Welt getragen! . . .
Wohl manches Feld, das ich gepflügt,
Hat jetzt schon grünend ausgeschlagen.
Du Geist der Welt, der nimmer trügt,
O laß es reiche Früchte tragen!

Du altes Herz, von Kämpfen matt,
Du Stirn, gepflüget von Gedanken;
Jetzt weiß ich eine Ruhestatt,
Die heilt die Wunden und die Kranken,
Vielleicht, daß Deutschland meiner denkt,
Sobald ich ruhe bei den Toten,
Daß es die Rast den Meinen schenkt,
Die mir's im Leben nicht geboten.

Ja, jetzt dachte man auch an die Familie des Unglücklichen. Der bekannte Literarhistoriker Wolfgang Menzel, der einst in der Schweiz mit List Freundschaft geschlossen und ihn auf seinem Cannstätter Schmerzenslager fast täglich besucht hatte, rief zu einer Sammlung auf, die 22000 Gulden einbrachte. —

Und wie es nun weitergeht? Das versteht sich bei uns Deutschen wohl von selbst. Nun werden List Denkmäler gesetzt. Das erste hat am 6. August 1863 seine Vaterstadt Reutlingen errichtet.

Und wie sich jetzt allerlei Leute dazu drängten, das hat Menzel in seinen „Denkwürdigkeiten" anschaulich geschildert:

> Die Enthüllungsfeier war recht hübsch; aber beim Gastmahl drängten sich schon nach dem Rindfleisch fünfzig Redner herbei. Ich konnte es nicht aushalten, und als ein Professor gar anfing, im Kathederton über das Verhältnis Friedrich Lists zur Philosophie zu perorieren und den armen List zu einem Philosophen zu machen, ging ich fort.

Auch in der Hauptstadt Württembergs schmückt heute sein Standbild einen der schönsten Plätze. In Kufstein wurde im Beisein von Vertretern der Regierungen von Österreich, Bayern, Württemberg und zahlreichen Vertretern der Wissenschaft, von Handels- und Gewerbekammern mit vielen großen Worten ein Ehrendenkmal 1906 auf jener Stelle enthüllt, auf der vor sechzig Jahren in dunklem Schneesturm ihm — um ein bitter-spöttisches Wort des amerikanischen Volkswirtschaftlers Carey zu gebrauchen — „sein dankbares Vaterland die Pistole in die Hand gedrückt hatte".

Seine Werke werden heut auf allen Hochschulen als Grundlagen für Vorlesungen benutzt. Sein „Nationales System" ist von den Professoren Eheberg und Waentig neu herausgegeben worden und hat nun weite Verbreitung gefunden. Jeder Zeitungsaufsatz, jedes Flugblatt, jeder Brief von Friedrich List wird heut sorgsam gesammelt. Es ist das natürlich eine Ehre und Freude — wenn auch hie und da leise unwillkürlich der Gedanke aufsteigt, daß mancher besonders geschäftig im Dienst des toten Propheten seine Zeit und Kraft ausgibt, damit er für neue Wahrheiten keine mehr übrig zu haben braucht.

Gerade diesem Toten gegenüber aber darf allein das lebendige Erfassen der Gegenwart und das unermüdliche Wirken für erkannte Wahrheiten im Dienst der vaterländischen Größe als würdige Ehrung gelten!

5. „Nur" Agitator.

Diese lebendige Anteilnahme aber wurde ja Friedrich List zum Verhängnis. Was warfen ihm denn seine Gegner vor? In der Hauptsache, daß er doch „nur" Agitator

sei, und als solcher, wie selbst ein so ernster Beurteiler wie Hildebrandt ausführte: „einseitig, übertreibend, nur einen Zeitgedanken in tausendfacher Weise wiederholend". Und doch, wie lautet bereits heute nach einer so kurzen Spanne Zeit das Urteil der Geschichte? Wer kennt heute noch Herrn Pölitz, „den Inhaber des ersten politischen Lehrstuhls Deutschlands", der die von List erbetene Unterstützung hochmütig versagte? Wer kennt noch die Herren Krause, Lotz, Brüggemann, Hofmann und alle, die in jener Zeit in Amt und Würden saßen und auf den „Agitator" glaubten herabsehen zu können? Sie wären längst vergessen, wenn nicht der „Agitator" sie durch die deutsche Kulturgeschichte als sein — allerdings wenig beneidenswertes — Gefolge hindurchzöge.

Gewiß hat List als Agitator auch geirrt; er besaß die Fehler seiner Tugenden. Sein Auge, das prophetisch eine große Zukunft sah, übersah dabei oft die Schwierigkeiten des Weges, die scheinbar kleinen und doch unabweisbaren Aufgaben des Tages. Gewiß hat er z. B. auch in seinem Kampfe um die Eisenbahnen übertrieben. Wir lächeln mit stillem Entsagen, wenn wir Hoffnungen von ihm lesen wie diese:

> Die Eisenbahndampfwagenfahrt ist ein Herkules in der Wiege, der die Völker erlösen wird von den Plagen des Krieges, der Teuerung und Hungersnot, des Nationalhasses und der Arbeitslosigkeit, der Unwissenheit und des Schlendrians, der ihre Felder befruchten, ihre Werkstätten und Schachte beleben und auch den niedrigsten ihrer Angehörigen Kraft verleihen wird, sich durch den Besuch ferner Länder zu bilden, in entfernten Gegenden Arbeit und an fernen Heilstellen und Seegestaden Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu suchen!
>
> Durch die neuen Transportmittel wird der Mensch ein unendlich glücklicheres, vermögenderes, vollkommeneres Wesen.

Wer will, kann noch manche solche Übertreibungen heraussuchen und dabei mit bescheidener Selbstgenügsamkeit feststellen, wie weit sie von wissenschaftlicher „Objektivität" entfernt sind, und sich damit trösten, daß er vor solchem Irren sich gesichert weiß.

Ach, wo ein großes Feuer loht, da schlagen die Flammen natürlich auch einmal zu hoch empor — und wieviel Feuer gehört dazu, um einen Menschen nicht stumpf und gleichgültig, nicht kalt und „klug" werden zu lassen, wenn er Tag für Tag und Jahr um Jahr und Jahrzehnt um Jahrzehnt zu kämpfen hat gegen „korrekte" Bureaukratie, gegen „maßvolle" Wissenschaft, gegen „berufene" Vertreter der Fachwissenschaft, gegen schlaue Interessenten und vor allen Dingen gegen Gewohnheit und Gleichgültigkeit, „das ewig Gestrige, das morgen gilt, nur weil es heute hat gegolten".

Es gibt gar keine große Bewegung, die einen Schritt vorwärts in der Kulturentwicklung bedeutet, bei der nicht „kluge" Menschen auch Übertreibungen feststellen könnten. Die Leidenschaftlichkeit, die List zu Übertreibungen führte, riß ihn auch nur zu oft fort, die erste große Tugend aller Agitatoren zu vergessen: die Geduld. Unsagbare Bitterkeit, die in jedem aufsteigt, der an Kleinem und Kleinlichem sein Bestes sich zerreiben sieht, konnte List auch hinreißen zu überaus schroffem Auftreten, das jedenfalls mit dem agitatorischen Wirken, das sich manche Leute nur als ein Zummundereden und Einschmeicheln bei den Hörern vorstellen können, nichts zu tun hat. So erzählt von Haber aus Karlsruhe:

> In Mainz hielt er einst vor den reichsten Fabrikanten des Mittelrheins, die ihn dazu aufgefordert hatten, eine Vorlesung über ihre Interessen und die Mittel, wie sie dieselben am besten durch gemeinsames Handeln wahren könnten. Als er sich gravitätisch gesetzt hatte, machte er ein grimmiges Gesicht und rief: „Wißt ihr, wie ihr mir vorkommt?" Wie ein Haufen Hunde, von denen jeder mit seinem Knochen in eine andere Ecke läuft und den andern, der ihm nahe kommt, anknurrt."

List war auch darin Agitator, daß er nie einen Gedanken vertrat, nur weil er ihm „neu" und deshalb geeignet schien, ihm den Ruhm eines Fortbildners der Theorie einzutragen. Wie Goethe von allen seinen Gedichten, so konnte er auch von allen seinen Schriften sagen, daß sie Gelegenheitsschriften seien.

List wollte wecken, wirken; er lehnte es ausdrücklich — selbst in seinem Hauptwerke — ab, nur für Leute vom Fach zu schreiben:

> Ich hatte einzig die Förderung der deutschen Nationalinteressen im Auge und dieser Zweck forderte gebieterisch, daß sich meine Überzeugung frei und ohne Beimischung von süßlichen Ingredienzien aussprach; und vor allem, daß ich populär schrieb. Sollen in Deutschland die Nationalinteressen durch die politische Ökonomie gefördert werden, so muß diese aus den Studierstuben der Gelehrten, von den Kathedern der Professoren, aus den Kabinetten der hohen Staatsbeamten in die Kontore der Fabrikanten, der Großhändler, der Schiffsreeder, der Kapitalisten und Bankiers, in die Bureaus aller öffentlichen Beamten und Sachwalter, in die Wohnungen der Gutsbesitzer, vorzüglich aber in die Kammern der Landstände herabsteigen, mit einem Wort, sie muß Gemeingut aller Gebildeten werden.

List war also bewußt Agitator. „Ihm stand", um mit Treitschke zu reden, „ein agitatorisches Talent zu Gebote, desgleichen unsere an großen Demagogen so arme Geschichte seither nur zweimal, in Robert Blum und Ferdinand Lassalle, gesehen."

Und wäre List nichts weiter als ein großer Agitator gewesen, so hätte er auch als solcher schon Anspruch auf einen Ehrenplatz in der Geschichte der Nationalökonomie, da er seine Aufklärungs- und Werbearbeit auf notwendige und große Aufgaben seines Volkes richtete, wie es die Aufrichtung des Zollvereins und die Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens waren. Denn es ist nicht nur nötig, daß Wahrheiten gefunden werden. Solange sie allein das Eigentum stiller Studierstuben bilden, tragen sie nur zur Befriedigung des Wahrheitstriebes einzelner Bevorzugter bei. Erst wenn sich Menschen finden, die große Wahrheiten zum Gemeingut eines ganzen Volkes machen, ihnen Einfluß verschaffen auf die wirkliche Gestaltung der Verhältnisse: erst dann werden die Wahrheiten sich umsetzen in Brot, Kleidung und Wohnung, in Bildung und Freiheit! Deshalb hat die Arbeit des Agitators

und Organisators für wirklich große Notwendigkeiten in jeder Geschichte der Nationalökonomie, die nicht nur theoretische Spekulationen wiedergeben will, ihr volles Recht.

Aber List war mehr als Agitator. Vielleicht darf man sagen, gerade weil er Agitator war, wurde er auch mehr als alle die anderen Theoretiker seiner Zeit. In den unbeirrten Kämpfen gegen hemmende Übelstände erwuchsen ihm aus dem lebendigen Leben stets neue wichtige Erkenntnisse. Sogar ein Schmoller, selbst stets das Urbild eines „korrekten" Gelehrten, erklärte 1909:

> Es ist in der Tat nicht falsch, daß eine Reihe von hervorragenden Männern, die über die Naturgeschichte der Nationalökonomie geschrieben haben, doch immer wieder darauf zurückkommen, daß mehr oder weniger mit Friedrich List entweder eine ganz neue Epoche unserer Wissenschaft beginne oder gar, daß mit Friedrich List erst die eigentlich wissenschaftliche Epoche unserer volkswirtschaftlichen Theorie beginne. („Friedrich List als praktischer Volkswirt". S. 12.)

7. Das nationale System.

Die früheren Schulen hatten im Aufbau ihrer Lehren nur zwei Größen gekannt: Die Einzelperson und die Menschheit. Wie weit Folgerungen aus solchen Voraussetzungen gezogen wurden, erzählt List im 11. Kapitel des 2. Buches seines „Nationalen Systems":

> Der erste der nordamerikanischen Wortführer der Handelsfreiheit, wie Adam Smith sie versteht, Thomas Cooper, Präsident des Columbia College, leugnet sogar die Existenz der Nationalität; er nennt die Nation „eine grammatikalische Erfindung, nur gemacht, Umschreibung zu ersparen, ein Nichtwesen (a non entity), das keine Existenz habe und nur in den Köpfen der Politiker spuke". Cooper ist übrigens damit ganz konsequent, ja viel konsequenter als seine Vorgänger und Meister; denn es leuchtet ein, daß, sobald man die Existenz der Nationen mit ihrer Natur und ihren Interessen anerkennt, auch die Notwendigkeit eintritt, die Ökonomie der menschlichen Gesellschaft diesen besonderen Interessen gemäß zu modifizieren.

U. OF ILL. LIB.

List aber erkennt und fühlt das Dasein des deutschen Volkes mit seiner Art und seinen Notwendigkeiten, und diese Erkenntnis wird für ihn grundlegend.

In der Vorrede zu seinem Hauptwerk erklärt er:

> Als charakteristischen Unterschied des von mir aufgestellten Systems bezeichne ich die Nationalität. Auf die Natur der Nationalität als des Mittelgliedes zwischen Individualität und Menschheit ist mein ganzes Gebäude gegründet.

Gewiß hatten seine gelehrten Gegner nicht Unrecht mit dem Hinweis: die Bedeutung des Nationalen sei auch vor und neben List in mannigfacher Weise betont worden. Neue große Wahrheiten entspringen nie, wie Pallas Athene in voller Rüstung dem Haupte des Zeus, dem Denken eines Einzelnen. Will ein Neues werden, so regen sich mannigfache geistige Kräfte, und es wächst und reift und drängt und treibt an vielen Orten. Aber darauf kommt es zuletzt an, daß einer sich findet, der das Neue lebenskräftig zusammenfaßt und organisch einfügt in den Strom der Entwicklung.

Die Auffassung der physiokratischen und der klassischen Volkswirtschaftslehre ist nicht denkbar ohne den Hintergrund des gesamten Weltanschauungsbildes, das von den Gedanken des Naturrechts und der Aufklärung beherrscht war. Sein Mittelpunkt war das vernünftige souveräne Ich, seine Grenzen waren die der gesamten Menschheit. Napoleons Weltherrschaft aber zeigte, wie ein solches Ideal in der Wirklichkeit zur Herrschaft eines einzigen und zur Unterwerfung aller andern Völker sich zu gestalten drohte, und gerade diese Erfahrung ließ die Bedeutung des Volkstums überall wieder lebendig werden.

In der Dichtkunst trat die romantische Schule dem klassischen: „Seid umschlungen, Millionen, dieser Kuß der ganzen Welt" gegenüber, indem sie das „Wunderhorn" deutscher Volkslieder und die Geistesschätze des deutschen Mittelalters zu neuem Leben erweckte.

Auf dem Gebiet der Volkswirtschaft hatte Adam Müller in seinen „Elementen der Staatskunst" (1810) gegenüber dem

souveränen Einzelwesen der klassischen Schule an der Hand der Geschichte gezeigt, daß ein Volk mehr sei als eine Summe von Einzelnen. Aber der Rückblick in die Vergangenheit verführte ihn, nun auch die Formen der Vergangenheit im Wirtschafts- und Staatsleben wieder lebendig machen zu wollen. Damit war sein Wirken zur Unfruchtbarkeit verdammt. „Was ist, ist vernünftig!" Und so ist auch alles Vergehen und Versinken alter Formen vernünftig, d. h. es hat seinen zureichenden Grund, und keine Sehnsucht kann dieses Vernünftige ungeschehen machen. Darauf kommt es an: die in der Geschichte der Vergangenheit sich offenbarenden Wahrheiten in Formen zu neuem Leben zu wecken, die den Voraussetzungen der lebendigen Gegenwart entsprechen und den Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft dienen.

Die Wissenschaft der Volkswirtschaft war einst geboren worden als Kind der Staatspolitik, als „Kameralwissenschaft", d. h. als die Kunst, die Schatzkammern der modernen Staaten zu füllen. Wollte die junge Wissenschaft selbständig werden und ihre eigenen Gesetze finden, so mußte sie sich einmal lösen von ihrem Ursprung. Das tat sie in der physiokratischen und der klassischen Ausprägung. Hier rang sie danach, aus ewigem Naturrecht heraus allgemein gültige Gesetze für das Leben und Arbeiten aller zu gewinnen. Da aber kein Mensch außerhalb eines bestimmten Volkes leben und arbeiten kann, so mußte es darauf ankommen, die selbständig gewordene Nationalökonomie wieder mit gegebener Staatspolitik organisch zu verbinden und sie dadurch erst recht eigentlich zur „praktischen" Wissenschaft zu erheben. Das ist das Werk von von Friedrich List. Wohl gibt es höchste Gesetze, die für alle Völker unwandelbar gelten (Erdsegen, Kindersegen). Aber die meisten volkswirtschaftlichen Einzelgesetze haben nie absoluten, sondern stets nur relativen Charakter. Sie sind gut oder schlecht, je nach der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe des Volkes, dem sie dienen sollen.

Im 15. Kapitel des 2. Buches seines Hauptwerkes hat List diesen Grundgedanken so ausgedrückt:

In den Zuständen der Nationen herrscht indessen zurzeit eine unendliche Verschiedenheit; wir gewahren unter ihnen Riesen und Zwerge, normale Körper und Krüppel, zivilisierte, halbzivilisierte und barbarische. Ihnen allen aber ist, wie dem einzelnen Menschen, der Trieb der Selbsterhaltung, das Streben nach Vervollkommnung von der Natur eingepflanzt.

Es ist die Aufgabe der Nationalökonomie, die ökonomische Erziehung der Nation zu bewerkstelligen und sie zum Eintritt in die künftige Universalgesellschaft vorzubereiten.

Die Völker der Erde teilt List in zwei große Gruppen, in die der heißen und in die der gemäßigten Zone. Die ersteren werden stets auf einer niederen Stufe stehen bleiben. Inmitten einer Natur, die selbst Außerordentliches hervorbringt und dabei gleichzeitig die menschliche Tätigkeit lähmt, werden sie im wesentlichen Rohstofflieferanten bleiben für die Völker der gemäßigten Zone. Diese haben in der Regel, wenn sie die Vorstufe des Jäger- oder Hirtenlebens überschritten haben, drei Entwicklungsstufen zu durchlaufen.

In der ersten wird die Landwirtschaft herrschend sein, in der zweiten Landwirtschaft und Gewerbe und in der dritten Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Für jede dieser Stufen ist eine besondere volkswirtschaftliche Förderung am Platze, und zwar eine bewußte:

Es ist wahr, die Erfahrung lehrt, daß der Wind den Samen aus einer Gegend in die andere trägt, und daß auf diese Weise öde Heiden in dichte Wälder verwandelt worden sind; wäre es aber darum weise, wenn der Forstwart zuwarten wollte, bis der Wind im Laufe von Jahrhunderten diese Kulturverbesserung bewirkt? (I. Buch. 10. Kap.)

Als naturgemäßes Förderungsmittel auf der ersten Stufe sieht List den Freihandel an. Die Landwirtschaft soll Rohstoffe ausführen und gewerbliche Erzeugnisse einführen, um die Bevölkerung mit neuen Bedürfnissen bekannt zu machen und um durch den Verkehr mit vorgeschrittenen Völkern neue Anregungen zu empfangen. Erwacht aus solchen Anregungen heraus eine eigene gewerbliche Tätigkeit, dann ist die zweite Stufe erreicht. Jetzt soll

die staatliche Gewalt das junge Gewerbe schützen, so wie man Kinder, kleine Obstbäume und Weinstöcke schützt. Dazu ist ein nationaler Zollschutz unter Umständen das geeignetste Mittel. Dieses Zollsystem darf aber nur Erziehungssystem sein. Alles muß darauf ausgehen, es entbehrlich zu machen. Das geschieht durch Entfaltung aller Produktivkräfte innerhalb des eigenen Landes. Wird dadurch die Industrie so gestärkt, daß sie nicht nur den eigenen Bedarf decken, sondern auch zur Ausfuhr schreiten kann, so ist die dritte Stufe erreicht, auf der sich Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Harmonie befinden. Dann ist der Freihandel wieder am Platze. Ohne künstliche Stützen muß dann das Land in der Weltwirtschaft den ihm gebührenden Platz behaupten.

Diese Erkenntnis war List in Amerika gekommen. Im Vorwort zu seinem Hauptwerk erzählt er:

> Als hierauf mein Geschick mich nach Nordamerika führte, ließ ich alle Bücher zurück; sie hätten mich nur irreleiten können. Das beste Werk, das man in diesem neuen Land über politische Ökonomie lesen kann, ist das Leben. Wildnisse sieht man hier mächtige und reiche Staaten werden. Erst hier ist mir die stufenweise Entwicklung der Volksökonomie klar geworden. Ein Prozeß, der in Europa eine Reihe von Jahrhunderten in Anspruch nahm, geht hier unter unseren Augen vor sich, nämlich der Übergang aus dem wilden Zustand in den der Viehzucht, aus diesem in den Agrikulturzustand und aus diesem in den Manufaktur- und Handelsstand. . . . Nirgends so wie hier lernt man die Natur der Transportmittel und ihre Wirkung auf das geistige und materielle Leben der Völker kennen.

List erklärte, daß zu seiner Zeit Spanien und Portugal auf der ersten, Deutschland und die Vereinigten Staaten auf der zweiten und England allein auf der dritten Stufe ständen. Für Deutschland und die Vereinigten Staaten sei aber ein industrieller Schutzzoll als Erziehungszoll nötig. Für Spanien und Portugal einerseits und für England andererseits sei der Freihandel richtig. Dabei verkennt List nicht das Recht der physiokratischen und der liberalen „Schule" — aber er erweist es als ein Hochziel der Zukunft, das nur durch nationale

Wirtschaftspolitik schrittweise der Verwirklichung nähergeführt werden kann („Nationale System" 11. Kapitel des II. Buchs):

> Dem System der „Schule" liegt also eine wahre Idee zugrunde, eine Idee, welche von der Wissenschaft anerkannt und ausgebildet werden muß, wenn sie ihre Bestimmung, die Praxis zu erleuchten, erfüllen soll, eine Idee, welche die Praxis nicht verkennen darf, ohne auf Abwege zu geraten. Nur hat die Schule unterlassen, die Natur der Nationalitäten und ihre besonderen Interessen und Zustände zu berücksichtigen, und sie mit der Idee der Universalunion und des ewigen Friedens in Übereinstimmung zu bringen. Die Schule hat einen Zustand, der erst werden soll, als wirklich bestehend angenommen... Daß aber unter den bestehenden Weltverhältnissen aus allgemeiner Handelsfreiheit nicht die Universalrepublik, sondern die Universaluntertänigkeit der minder vorgerückten Nationen unter die Suprematie der herrschenden Manufaktur-, Handels- und Seemacht (England) erwachsen müßte, dafür sind die Gründe sehr stark und nach unserer Ansicht unumstößlich. . . Ein Verein der Nationen der Erde, wodurch sie den Rechtszustand unter sich anerkennen und auf die Selbsthilfe Verzicht leisten, kann nur realisiert werden, wenn viele Nationalitäten sich auf eine möglichst gleiche Stufe der Industrie und Zivilisation, der politischen Bildung und Macht emporschwingen. Nur mit der allmählichen Bildung dieser Union kann die Handelsfreiheit sich entwickeln; nur infolge dieser Union kann sie allen Nationen die großen Vorteile gewähren, die wir jetzt bei den Vereinigten Provinzen und Staaten wahrnehmen.

Innerhalb der einzelnen Nationen ist List ein begeisterter Vertreter der Selbstverwaltung. Als er auf seinem Zuge nach Amerika durch Metz kam, schrieb er am 18. April 1825 an einen unbekannten Freund:

> Die Geschichte von Metz gab mir Veranlassung, auf meinen alten Lieblingsgedanken zurückzukommen... Mir will scheinen, als ob einem Mann von Geist noch eine schöne Aufgabe übrig geblieben wäre, nämlich die Darstellung der deutschen Volksgeschichte durch Zusammenstellung der großartigen Geschichte unserer Reichsstädte, in welchen Jahrhunderte lang ein so reges und kräftiges Volksleben geblüht hat, daß, hätte es einen Konzentrationspunkt gefunden, Deutschland, nicht England in großartigem Handelsgeist, in

kolossalen Industrie-Unternehmungen und politischen Institutionen den Nationen der Erde voranleuchten würde.

Diese Gedanken beschäftigten ihn fortwährend. Von Paris schreibt er noch einmal:

> Es ist mir dieses reichsstädtische demokratische Politisieren landesangeboren, wie einem rheinischen Vogt-Junker das Hasenschießen oder einem alten gnädigen Junkherrn von Bern die Bärenliebe. Wie dieser sich ohne lebendige, fleischfressende Bären keinen Staat denken kann, so kann ich es nicht ohne Reichsstädte. Freilich sah ich, als ich meine politische Schule machte, wohl ein, die alten Reichsstädte seien entweder versteinert oder vermoost oder in ihrer Abgeschlossenheit von äußerer Lebensluft zur halben Mumie geworden. Aber die Grundidee blieb mir und wird in der Tat zum Fundament eines Gebäudes, das ich von politisch gebildeten Völkern verwirklicht sah, daß nämlich jede, selbst die unterste Particulargesellschaft in ihren Particularzweigen so gut frei und selbständig bestehen sollte, als das Ganze, und daß sie nur in höheren Zwecken einem höheren Organismus und höheren Gesetzen untertänig sei.

8. Das System der produktiven Kräfte.

Kein Schutz nach außen aber helfe, wenn nicht die Produktivkräfte des eigenen Landes planmäßig entfaltet würden. Die „Schule", wie sie von Adam Smith und noch einseitiger und schroffer von seinen Nachfolgern vertreten wurde, will er nur als „Tauschwertsystem" gelten lassen. Es sei aber unmöglich, daß in den Tauschwerten, die ein Volk auf den Markt bringe, sein wahrer Reichtum liegen könne. Wichtiger als der Reichtum selbst sei die Kraft, Reichtümer zu schaffen. Auf die Entfaltung der Produktivkräfte komme es an. Um sie zu gewinnen, müsse man auch Tauschwerte opfern (II. Buch, 13. Kapitel):

> Wer Schweine züchtet, ist nach ihr ein produktives, wer Menschen erzieht ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft. Wer Dudelsäcke oder Maultrommeln zum Verkauf fertigt, produziert; die größten Virtuosen, da man das von ihnen Gespielte nicht zum Markte bringen kann, sind nicht produktiv.

Der Arzt, welcher seinen Patienten rettet, gehört nicht in die produktive Klasse, wohl aber der Apothekerjunge, obgleich die Tauschwerte oder die Pillen, die er produziert, nur wenige Minuten existieren mögen, bevor sie ins Wertlose übergehen.

Allerdings sind die, welche Schweine groß ziehen, Dudelsäcke oder Pillen fabrizieren, produktiv. Aber die Lehrer der Jugend und der Erwachsenen, die Virtuosen, die Ärzte, die Richter und Administratoren sind es in einem noch viel höheren Grade. Jene produzieren Tauschwerte; diese produzieren produktive Kräfte. Der eine, indem er die künftige Generation zur Produktion befähigt; der andere, indem er die Moralität und Religiosität bei der jetzigen Generation befördert; der dritte, indem er auf die Veredelung und Erhebung des menschlichen Geistes wirkt; der vierte, indem er die produktiven Kräfte seiner Patienten rettet; der fünfte, indem er die Rechtssicherheit, der sechste, indem er die öffentliche Ordnung produziert; der siebente, indem er durch seine Kunst und den Genuß, den er dadurch gewährt, zur Produktion von Tauschwerten reizt . . .

Aller Aufwand auf den Unterricht der Jugend, auf die Pflegung des Rechts, auf die Verteidigung der Nation ist eine Zerstörung von Werten zugunsten der produktiven Kraft.

Die Nation muß materielle Güter aufopfern und entbehren, um geistige oder gesellschaftliche Kräfte zu erwerben; sie muß gegenwärtige Vorteile aufopfern, um sich zukünftige zu sichern! —

Damit stellt List wieder den Menschen selbst, den gesunden und sittlichen, den gebildeten und arbeitswilligen Menschen als den Träger aller produktiven Kräfte in den Mittelpunkt jeder Volkswirtschaft. Sein Wohl allein darf Maßstab und Richtschnur auch für alle wirtschaftlichen Maßnahmen geben.

Auch dieser Gedanke war an sich nichts Unerhörtes. Das christlich-deutsche Mittelalter ist voll von ihm, und an der Grenze der neuen Zeit hatte Luther schon 1524 in seinem Sendschreiben für die Gründung von Schulen „An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes" ausgeführt:

Nun liegt einer Stadt Gedeihen nicht alleine darin, daß man große Schätze sammele, feste Mauern, schöne Häuser, viel Büchsen und Harnisch zeuge — ja, wo das viel ist und tolle Narren drüber

kommen, ist so viel desto ärger und desto größer Schade derselben Stadt — sondern das ist einer Stadt bestes und allerreichest Gedeihen, Heil und Kraft, daß sie viel feiner, gelehrter, vernünftiger, ehrbarer, wohlgezogener Bürger hat; die künnten darnach wohl Schätze und alles Gut sammeln, halten und recht brauchen.

Und derselbe Gedanke wurde von weitblickenden merkantilistischen Fürsten und Staatsmännern vertreten. Aber er galt als „überwunden", seitdem „klassische" Volkswirte menschliches Elend und Not als unabwendbare Begleiterscheinungen des Wirtschaftslebens gelehrt, die menschliche Arbeit zu einer bloßen Ware heruntergedrückt und die Menge der Tauschwerte als das „Wesen des Reichtums der Völker" gepredigt hatten. Friedrich List ließ mit seiner Lehre von den produktiven Kräften die große Bedeutung der Erziehung, aller Rechtssicherheit, aller Kunst, aller Sittlichkeit auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus erkennen (vgl. auch sein Wort gegen Malthus, Bd. I, S. 362).

Um die produktiven Kräfte voll zu entfalten, muß der menschlichen Arbeit im Innern des Volkstums freie Bahn eröffnet sein. Aus diesem Grunde führt er den Kampf um die innere Zolleinheit, um den Eisenbahnbau, um die Anlagen neuer Kanäle (er fordert schon „eine Kanalverbindung zwischen Weser, Ems und Rhein", d. h. das Hauptstück des Mittellandkanals). Zu den produktiven Kräften gehört natürlich auch die Sicherheit der nationalen Arbeit gegen äußere Angriffe, und es berührt wunderbar, wie List schon den Ausbau des Eisenbahnnetzes fordert in der Voraussetzung, daß ein wachsendes Deutschland einst den Kampf zu bestehen haben könnte gegen in Neid geeinte Nachbarn.

Diese Bedeutung neben List erkannt zu haben, ist das Verdienst von Hellmuth von Moltke. In den Jahren 1842, 1843, 1844 schrieb er seine sachkundigen Aufsätze in der Friedrich List so nahestehenden „Augsburger Allg. Ztg.", in denen er übrigens zugleich für die Verstaatlichung der Eisenbahnen eintrat, damit sie nach höheren Rücksichten gebaut würden, während „für Aktiengesellschaften die Rentabilität die Seele aller Unternehmungen sei".

Von demselben Grundgedanken aus fordert List eine ein-

heitliche deutsche Patentgesetzgebung, Einführung eines einheitlichen deutschen Münz-, Maß- und Gewichtssystems.

Die Lehre von der grundlegenden Bedeutung der produktiven Kräfte ließ ihn auch die Frage der Übervölkerung im rechten Lichte erkennen. Eine Menschenzahl, die auf einer geringeren Entwicklungsstufe alle Gefahren der Übervölkerung aufweisen müsse, würde ohne weiteres ertragen auf einer höheren Entwicklungsstufe. Mit jeder neuen Entfaltung produktiver Kräfte würden auch neue Lebensmöglichkeiten geschaffen. Dasselbe Land wird mehr Menschen als Ackerbauer ernähren können, denn als Jäger und Hirten, und mehr Menschen dort, wo Gewerbe und Landwirtschaft im Gleichgewicht sind, als auf der Stufe des bloßen Ackerbaues.

9. Die Bodenfrage.

Am klarsten zeigt das Irreführende der Lehre von den Tauschwerten als Inhalt des Volksreichtums ein Blick auf den Boden und seinen Tauschwert. Der Landrat von Paderborn, von Laer, schildert aus seinem Verwaltungsbezirk in der Zeitschrift „Bodenreform" (1917, S. 77) ein Schulbeispiel aus unserem Wirtschaftsleben. Ein großer Staatsbetrieb wird errichtet. Man bezahlt, wie in solchen Fällen üblich, für den Boden reichlichen Preis: 1000 ℳ für den Morgen (¼ ha). Als die Staatswerkstätten im Betriebe sind, gilt es, Wohnungen für die Angestellten und Arbeiter zu schaffen. Jetzt aber wird für den Nachbarboden nicht mehr 1000, sondern 5—6000 ℳ gefordert und, da Boden an bestimmter Stelle eben Monopolcharakter hat, so muß der Preis bewilligt werden. Bei den nötigen 100 Morgen bedeutet das eine Erhöhung des Tauschwertes des Bodens um 4—500 000 ℳ. Ist das nun eine Erhöhung deutschen Volksreichtums? Gewiß nicht. Diese Erhöhung des Tauschwertes bedeutet doch nur eine Erhöhung der Abgabe, welche die Menschen, die auf diesem Boden zu leben gezwungen sind, dauernd von dem Ertrag ihrer Arbeit zu entrichten haben. Er bedeutet zuletzt für deutsche Menschen eine Verengung und Verschlechterung der Lebensbedingungen — weniger Luft, Licht, Sonne, Gesundheit, Sittlichkeit, Glück!

Der Einwand, daß große wirtschaftliche Reformen zuviel Kapital erfordern, schreckt List nicht. Zwei Gedanken setzt er ihm entgegen. Den ersten führt er in seinem Briefwechsel mit Josef von Baader aus:

> Man wird mich vielleicht fragen, woher Bayern das Geld nehmen solle für solche Riesenzwecke? Ich antworte, daß ich noch an keinem der Kanäle und Schienenwege, die ich bis jetzt gesehen habe, Silber oder Gold wahrgenommen habe. Man konsumiert dabei nur Lebensmittel, Eisen, Steine, Holz, Kräfte der Menschen und Tiere. Hat aber Bayern das nicht im Überfluß? Indem man diesen Überfluß in Kanäle und Eisenbahnen verwandelt, die man noch nicht besitzt, schafft man bleibende und dauernde Werte, erschafft man Instrumente, die alle produktiven Kräfte der Nation verdoppeln. Das Geld aber geht nicht fort; es gleicht nur die Werte aus!

Zur Nutzbarmachung der ruhenden Werte in umlaufsfähige können geeignetes Papiergeld, Aktie usw. dienen. Sein prophetischer Blick sieht auch hier schon wieder Stufe auf Stufe erstiegen. Sind die Eisenbahnen erst soweit ausgebaut, daß durch sie die deutschen Staaten zur wirtschaftlichen Einheit verbunden wären, dann wäre wohl auch eine Reichsbank als Mittelpunkt der Umlaufsmittel möglich:

> Wodurch erst Schwungkraft und Gleichförmigkeit der Bewegung in den deutschen Binnenverkehr käme.

Daneben tritt ein anderer Gedanke.

Alle Verbesserungen des Verkehrs rufen ja wiederum neue Werte hervor! Schon in seinem „Sächsischen Eisenbahnsystem" (1833) weist er auf den Zusammenhang zwischen Verkehrsverbesserung und Bodenwertsteigerung hin:

> In den Kohlenrevieren von Pottsville, Tamaqua, Minersville usw. ist das Land durch die Eisenbahnen von zwei Dollars per Acker auf hundert gestiegen. Gouverneur Clinton schon schätzte in seiner letzten Botschaft die durch den New-York-Kanal bewirkte Vermehrung des Wertes von Grund und Boden auf hundert Millionen, d. h. auf das Zehnfache der Anlagekosten des Kanals. Jetzt dürfte man diese Wertvermehrung doppelt so hoch anschlagen.

Dem selbstlosen und klaren Denker war es selbstverständlich, daß die Gesamtheit, die diese Werte hervorrufe, auch an ihnen Anteil haben müsse. Am besten sei es, meint er, wenn der Staat selbst die Eisenbahnen baue, denn dann

> komme das Volk aufs schnellste in den vollen Besitz aller Wohltaten des neuen Transportmittels, und der Staat gewinne alle Vorteile der einträglichen Linie . . .

Mit dem Blick des Genies rollt List auch die Frage der bodenreformerischen Zuwachssteuer in diesem Zusammenhang auf. Erhöht der Staat durch die Vervollkommnung des Beförderungswesens oder durch Kulturverbesserungen den Bodenwert aufs Zwanzigfache, so soll er sich die Hälfte dieses „unverdienten" Wertzuwachses sichern. Diesem Gedanken gibt er z. B. 1845 in seinem Gutachten „Über die nationalökonomische Reform des Königreichs Ungarn" Ausdruck:

> Verschafft aber die Krone durch Herstellung eines vollkommeneren Transportsystems der Nation die Fähigkeit, mehr zu erwerben, so muß selbst der Bornierteste begreifen, es sei nur recht und billig, daß man auch größere Forderungen an ihn stelle. Bewirkt die Krone die Erschaffung von neuen Werten durch die Entwässerung, so wird selbst das Mitglied der Opposition nicht in Abrede zu stellen vermögen, es sei recht und billig, daß die Krone an den Vorteilen dieser Unternehmung teilnehme. Es ist dies ein neuer Rechtstitel. — Wir wollen teilnehmen an dem, um was wir euch reicher machen. Ihr habt bis jetzt an den Lasten der Staatsschuld soviel wie nichts beigetragen. Es ist also nicht mehr als billig, daß, wenn wir die Einträglichkeit der zu entwässernden Gründe um das Zwanzigfältige erhöhen, davon dem bisherigen Eigentümer nur das Zehnfache zuerkennen; das Übrige aber für die Schuldentilgung in Anspruch nehmen.

Ähnliche Gedanken sprach schon 1842 seine Schrift über „Ackerverfassung, Zwergwirtschaft und Auswanderung" aus.

Allerdings, gegen die eigene Verwaltung des Staats-Grundeigentums hat er schwere Bedenken. Sie bedeute eine Zunahme der Beamtenmacht, deren Gefahren er ja so genau kannte. Er fordert deshalb die Hingabe an die Einzelwirtschaft, aber dabei

die Sicherung der Grundrente für die Gesamtheit. Dann hält er öffentlichen Bodenbesitz für „ungemein förderlich" sowohl für den Einzelnen wie für die Gesamtheit:

> Dabei steht jedoch nichts Vernünftiges entgegen, daß der Staat durch Vergebung solcher Besitzungen in Erbpacht oder durch Vorbehalt von ständigen Abgaben auf Kulturgüter und Forsten sich einen großen und wohl auch den größten Teil seiner Rente vorbehalte. Dergleichen Abgaben können weder einen land- noch staatswirtschaftlichen, noch einen politischen Nachteil haben, ja nicht einmal einen finanziellen, wenn angemessene Bestimmungen getroffen werden, um die Abgaben jederzeit in Geld, aber nach Maßgabe der laufenden Produktenpreise zu erheben. Dagegen scheint diese Form des Staatseigentums dem Wohl des Privatmannes wie dem des Staates ungemein förderlich zu sein. Jener braucht um so weniger Kapital zu besitzen, um zu Eigentum zu gelangen, er wird für den Kapitalbetrag der Abgabe gegen die Nachteile und Unbequemlichkeit der Kündigung geschützt, wenn er nicht ansehnlicher Kapitalist ist; er kann also das Eigentum um so leichter und besser bestocken, um so ruhiger besitzen. Für diesen ist eine gewisse Summe zentralisierten Eigentums immer gut; in gewöhnlichen Zeiten braucht er die Privaten um so weniger mit Abgaben in Anspruch zu nehmen, in außerordentlichen hat er um so mehr Kredit. Es ist wohl keine Form denkbar, vermittels welcher ein Staatsbesitz sicherer und nutzbringender anzulegen und zu erhalten wäre!

Und so sehr auch gerade Friedrich List immer wieder betont, daß jedes Stadium der Zivilisation seine eigenen Gesetze habe — die Bodenfrage behält ihre Wichtigkeit auf allen Entwicklungsstufen:

> Von dem Verhältnis, in welchem der Grundbesitz verteilt ist, wird in allen Stadien der Zivilisation sehr viel abhängen, ob die Nation mächtig, frei und wohl regiert sei oder nicht, ob ihre Existenz und ihre Zukunft auf einer festen Basis ruhen oder nicht. —

10. Zollverein, Mitteleuropa und Seegeltung.

Wie mühsam mußte der Gedanke der inneren Zolleinheit seinen Weg suchen! Erst der gewaltige Stoß von außen, von dem einst der preußische Minister Struensee Rettung

erhofft hatte (siehe Bd. I, S. 230), brachte den ersten Wandel. Der französische Finanzverwalter Estève hatte 1807 in allen von Frankreich besetzten preußischen Provinzen die verschiedenen Tarife, deren es damals nicht weniger als 67 gab, aufgehoben und durch einen einheitlichen niedrigen Grenzzoll ersetzt. Diese Maßnahme hatte sich finanziell wie wirtschaftlich außerordentlich bewährt. Nach diesem Vorgang schuf sich Preußen durch das Zollgesetz vom 26. Mai 1818, das am 1. Januar 1819 in Kraft trat, um mit einem Worte Treitschkes zu sprechen, „das freieste und reichste staatswirtschaftliche Gesetz des Zeitraums". Die Zollgrenzen wurden dadurch in den einzelnen Gebietsteilen und Städten aufgehoben und durch einen gemeinsamen mäßigen Zoll an den Landesgrenzen ersetzt. Preußen ging weiter und bot den anderen deutschen Staaten Zollgemeinschaft an — allerdings mit Ausschluß Österreich-Ungarns.

Aber wieviel Hemmnisse waren hier noch zu überwinden! Von den süddeutschen Staaten fand Hessen-Darmstadt 1828 zuerst den Mut zum Anschluß. Aber selbst der glückliche Erfolg dieser tapferen Tat verhinderte nicht, daß der Frankfurter Geschichtsschreiber Böhmer noch 1832 eine besondere „wissenschaftliche" Schrift schrieb: „Das Zollwesen in Deutschland, geschichtlich beleuchtet", in der er entschieden vor dem Anschluß Frankfurts an Preußen warnt. Noch 1833 hat die Mehrheit der Stadtverordneten von Leipzig den Rat um eine Eingabe gegen Sachsens Beitritt zum Zollverein ersucht. Man fürchtete den Untergang der Leipziger Messe und Verarmung der Stadt! Liberale Führer wie Uhland und Pfizer stimmten noch 1833 in Württemberg, Rotteck und Welker 1834 in Baden gegen den Zollverein mit Preußen.

Doch der Segen der inneren Verkehrsfreiheit sprach eine zu beredte Sprache, um dauernd überhört werden zu können.

Am 1. Januar 1834 hatte Preußen das nichtösterreichische Deutschland im wesentlichen handelspolitisch geeint. Baden, Nassau und Frankfurt traten 1835 und 1836 in den Zollverein;

außerhalb blieben Hannover, Braunschweig, Oldenburg, die beiden Mecklenburg und die Hansestädte.

Friedrich List hat zunächst den Zollverein mit Mißtrauen betrachtet, weil er den Ausschluß Österreich-Ungarns für einen verhängnisvollen Fehler hielt. Später hat er gelernt, das Vorgehen Preußens richtiger zu werten:

> Der Zollverein, dessen Gründung Deutschland hauptsächlich der preußischen Regierung zu verdanken hat, ist der erste und folgenreichste Schritt zu einer Wiedergeburt; er ist die materielle Grundlage einer künftigen politischen Einigung. Durch diese Maßregel hat daher Preußen die Herzen aller derer gewonnen, die das Wohl des deutschen Vaterlandes im Herzen tragen und Einsicht genug besitzen, um zu wissen, daß dasselbe nur durch Nationaleinheit gegen die Übergriffe seiner mächtigen Nachbarn zu schützen ist; ja es hat sogar die Herzen derjenigen für sich gewonnen, denen früher Preußen um seiner absolutistischen und insbesondere seiner russischen Tendenzen willen verhaßt gewesen ist.

Aber auch der Zollverein blieb List nur eine Stufe zu höherem Ziel:

> Große Bevölkerung und ein weites, mit mannigfaltigen Naturfonds ausgestattetes Territorium sind wesentliche Erfordernisse der normalen Nationalität. (II. Buch. 15. Kap.)

Sollen die deutschen nationalen Produktivkräfte sich so entfalten, daß sie dem übermächtigen englischen Wettbewerb nicht auf die Dauer unterliegen müssen, so darf das deutsche Wirtschaftsgebiet kein „Scherbenstaat" bleiben. Deshalb verlangt List den Beitritt von Schleswig-Holstein und vom Elsaß zu den deutschen Staaten und ein festes Wirtschaftsbündnis mit Österreich und dem von List besonders geliebten Ungarn, als dem „Schlüssel zur Türkei und zur ganzen Levante". Auch die Schweiz, Belgien und Holland gehören zum „natürlichen Gebiet deutscher nationaler Wirtschaft". Dazu muß eine planmäßige Erweiterung deutschen Wesens in der ganzen Welt folgen. Das Konsularwesen ist auszubauen, namentlich auch, um die Pflichten gegen das Deutschtum im Ausland zu erfüllen:

Daß man die Auswanderer nicht sich selbst überläßt, die Deutschen in fremden Weltteilen nicht mehr als Hingeschiedene diesseits ansieht, ist allmählich zur Ehrensache der Nation geworden.

Die Auswanderung nach Nordamerika hält List für gefährlich: es sei „blanke Illusion" (platter Irrtum) anzunehmen, die Deutschen könnten dort deutsches Wesen dauernd erhalten. Das wichtigste Auswanderungsgebiet sind ihm die Donauländer, der Balkan und die Türkei. Dort in „ewiger Brüderschaft" mit einem „aufgeklärten und starken Ungarreich" lassen sich noch unermeßlich reiche Gebiete planmäßig deutscher Kultur erschließen. Es ist der Gedanke von Mitteleuropa, der vor Friedrich List ersteht. Waren solche Gedanken in jener Zeit nicht wurzellose Hirngespinste? In Österreich weckten sie doch manchen Widerhall. Der hervorragendste Vertreter dieser Richtung war Ludwig Bruck. Als Sohn eines Buchbinders am 18. Oktober 1798 in Elberfeld geboren, hat er in den Freiheitskriegen mitgekämpft und dann einen bescheidenen Buchladen in Bonn geführt. Er wollte, wie mancher begeisterte deutsche Jüngling, an dem Freiheitskrieg Griechenlands teilnehmen. Auf der Reise dorthin blieb er in Triest, wo er in den Dienst des deutschen Konsuls trat und sich nach und nach in der Kaufmannschaft eine geachtete Stellung erwarb, namentlich durch die erfolgreiche Gründung des „Österreichischen Lloyd". Das Jahr 1848 führte ihn erst als Abgeordneten, dann als österreichischen Bevollmächtigten nach Frankfurt. In demselben Jahre wird er österreichischer Handelsminister, und nun arbeitet er mit aller Kraft daran, Österreich und den Zollverein zusammenzuschweißen. Er führt in einer Denkschrift aus:

Erst der ganz Deutschland und Österreich umspannende Verein wird nicht bloß die Elbe, Weser, Ems, Oder ungeteilt sein nennen, er wird auch die Adria wie die Nord- und Ostsee umschlingen. Das moralische Gewicht eines siebzig Millionen Menschen umfassenden Bündnisses, das politische Gewicht eines Handelsgebietes, wie die Geschichte kein zweites kennt, muß bald das Übrige erringen, was ihm zur Erfüllung seiner welthistorischen Aufgabe noch fehlt.

Bruck ging später als Vertreter Österreichs nach Konstantinopel. Dort trat er ein für die Gedanken von List, daß „die orientalische Frage von Mitteleuropa gelöst werden müsse". Bruck wurde 1857 wieder Finanzminister und arbeitete besonders eifrig an einem Münzvertrag zwischen Österreich und dem deutschen Zollverein. Aber wie List wurde auch er, der protestantische Buchbindersohn ohne akademische Bildung, als unbequemer, lästiger Eindringling von der korrekten Bureaukratie betrachtet. Verleumdungen aller Art führten 1859 zu einer schroffen Entlassung, die ihn zum Selbstmord trieb (23. April 1860). —

Hatte List die Länder der heißen Zone als die großen Rohstofflieferanten angesehen, so wollte er, daß Preußen, gestützt auf den Hintergrund von Mitteleuropa, solche gewänne und zu diesem Zwecke seine Blicke auch über die See lenke. In Mittel- und Südamerika zumal könnten auch deutsche Auswanderer aller Art fruchtbare Arbeitsgelegenheit finden und Deutschland auch wertvolle politische Verbindungen gewinnen!

List, der erste deutsche Volkswirt, der über das Weltmeer gefahren ist, wird nicht müde, immer wieder die Bedeutung des Meeres zu preisen für Freiheit und Fortschritt. In einer Zeit, in der in Bremen der Plan gefaßt wird, vielleicht einmal zwei Dampfboote zu bauen, entwirft er schon Pläne für die zweckmäßigsten Linien regelmäßiger Dampferverbindungen.

Die See! Das klang wie ein Traum aus alten, lange vergangenen Tagen. Freilich, im Mittelalter, als das deutsche Volk das erste war unter den Völkern der Christenheit, da hatte die Länge des deutschen Küstenanteils vom Norden Estlands bis Dünkirchen fast 2900 km betragen. Aber mit dem Sinken der Reichsmacht ging es abwärts, und auch die Hanse konnte ohne Rückhalt an Kaiser und Reich nicht dauernd die See behaupten. Die letzte große Seeschlacht, die deutsche Kriegsschiffe — 13 lübische Orlogschiffe — entschieden, wurde am 30. Mai 1564 bei Gotland siegreich gegen die schwedische Flotte geschlagen. Aber als 1581 Livland verloren ging, und die nordniederländischen Provinzen sich selbständig machten, da war der deutsche Küstenanteil auf 960km

gesunken. Und als die großen Entdeckungsfahrten das Atlantische Weltmeer erschlossen, konnte Papst Alexander VI. 1493 dieses Weltmeer zwischen Spanien und Portugal teilen. Bald sicherte sich das protestantische England der Elisabeth mit Gewalt als dritte Macht seinen Platz. Alle anderen Staaten aber sollten nur mit Zustimmung der Weltmeerbeherrscher sich auf die hohe See wagen. Da war es Holland, das die künstliche Rechtsmauer, welche Portugal, Spanien und England aufgebaut hatten, durchbrach. Sein großer Rechtslehrer Hugo Grotius schrieb 1609 die Schrift vom freien Meere, die das Naturrecht gegen ein künstliches, geschichtliches Recht verteidigte. Ob und wie weit diese Freiheit aber Recht wurde, das hing hier wie überall von der Macht ab, die hinter dieses Recht treten konnte. Holland hat eine Zeitlang sich das freie Meer erstritten — für Deutschland kam aber gerade jetzt der dreißigjährige Krieg! Einen Augenblick schien es, als wollte er eine Reichsflotte bringen, als Wallenstein — im April 1628 — sich zum Admiral des Baltischen Meeres ernennen ließ und leidenschaftlich um Stralsund rang. Aber gerade auch um des Meeres willen haben die Schweden Stralsund gegen Wallenstein verteidigt und hat Gustav Adolf sein Heer gegen den Kaiser geführt. Das Jahr 1648 hat Deutschland von der See fast vollständig abgetrennt. Die Niederländer beherrschten Rhein und Maas und auch die Ems und den Dollart. Weser und Elbe waren in schwedischen und dänischen Händen; die Odermündung stand unter schwedischer Oberhoheit. Über Weichsel und Düna herrschten die Polen. Nur Lübeck war noch frei und Rostock und das von Brandenburg mit Mühe erworbene Hinterpommern. Ein Flugblatt aus der Umgebung des Großen Kurfürsten aus dem Jahre 1658 klagt:

> Was sind Rhein, Weser, Elbe und Oderstrohm nunmehr anders als frembder Nationen Gefangene? Was ist Deine Freyheit und Religion mehr, als daß andere damit spielen? Summa, alles verlohr sich mit dem trefflichen Pommern, mit andern so stattlichen Ländern! . . .
>
> Gedenke, daß du ein Teutscher bist!

Der Plan des Großen Kurfürsten, eine Brandenburgische Flotte zu bauen, mußte bald wieder aufgegeben werden (Bd. I, S. 198). Und als die Habsburger versuchten (1722), in Ostende Überseehandel lebendig zu machen, verlangte England die Auflösung dieser Ostendischen Handelskompanie als Preis dafür, daß es die Thronfolge Maria Theresias anerkenne. Auf dem Wiener Kongreß (1815) bewirkte England die endgültige Trennung Flanderns von Habsburg und damit mittelbar von deutschem Einfluß! Und Preußen konnte Vorpommern und Rügen nur gewinnen, indem es Ostfriesland und Emden dem mit England verbundenen Hannover überließ, das seine Schiffe unter britischer Flagge, der nur ein kleines Abzeichen eingefügt war, fahren ließ.

Und nun predigt Friedrich List die Bedeutung des Meeres und ruft auf, wieder die deutsche Flagge auf den Meeren zu zeigen! Welch ein Phantast — oder welch ein Prophet? Und mit welcher Leidenschaftlichkeit tut er es! Kaum ist sein „Zollvereinsblatt" gegründet, bringt er schon in der ersten Nummer des zweiten Jahrgangs einen Aufsatz: „Die deutsche Flagge":

> Die See ist die Hochstraße des Erdballs. Die See ist der Paradeplatz der Nationen. Die See ist der Tummelplatz der Kraft und des Unternehmungsgeistes für alle Völker der Erde und die Wiege ihrer Freiheit. Die See ist die fette Gemeindetrift, auf welche alle wirtschaftlichen Nationen ihre Herden zur Mastung treiben. Wer an der See keinen Teil hat, der ist ausgeschlossen von den guten Dingen und Ehren der Welt — der ist unseres lieben Herrgotts Stiefkind.
>
> In der See nehmen die Nationen stärkende Bäder, erfrischen sie ihre Gliedmaßen, beleben sie ihren Geist und machen ihn empfänglich für große Dinge, gewöhnen sie ihr körperliches und geistiges Auge, in weite Fernen zu sehen, waschen sie sich jenen Philisterunrat vom Leibe, der allem Nationalleben, allem Nationalaufschwung so hinderlich ist. Das Salzwasser ist für die Nationen eine längst erprobte Panazee (Allheilmittel); es vertreibt ihnen die Titelsucht, die Blähungen aller den gesunden Menschenverstand verzehrenden Stubenphilosophie, die Krätze der Sentimentalität (Empfindsamkeit), die Lähmungen der Papierwirtschaft, die Ver-

stopfungen der gelehrten Pedanterei und heilt Stubenverseſſenheiten und Grillenfängerei aus dem Grunde. . . .

Die Flagge iſt die Seekrone auf dem Haupte der Nationen. Man ſetze der deutſchen Nation dieſe Krone auf, und das Übrige wird ſich finden. Ohne dieſes Zeichen werden ſie ewig Englands Kammerknechte bleiben.

Flotte — Einheit — Freiheit — wie gerade auch durch das Wirken von Friedrich Liſt in jenen Tagen dieſe Gedanken zuſammenklangen, das zeigt auch der leidenſchaftliche Wortführer des jungen Deutſchland, Liſts ſchwäbiſcher Landsmann Georg Herwegh in ſeinem glühenden Aufruf:

Erwach', mein Volk, mit neuen Sinnen!
Blick' in des Schickſals goldnes Buch!
Lies aus den Sternen dir den Spruch:
Du ſollſt die Welt gewinnen!
Erwach', mein Volk! Heiß deine Töchter ſpinnen!
Wir brauchen wieder einmal deutſches Linnen
Zu deutſchem Segeltuch!

Hinweg die feige Knechtsgeberde!
Zerbrich der Heimat Schneckenhaus!
Zieh mutig in die Welt hinaus,
Daß ſie dein eigen werde!
Du biſt der Hirt der großen Völkerherde:
Du biſt das große Hoffnungsvolk der Erde;
Drum wirf den Anker aus!

Es wird geſchehn, ſobald die Stunde
Erſehnter Einheit für uns ſchlägt,
Ein Fürſt den deutſchen Purpur trägt,
Und eines Herrſchers Munde
Ein Volk vom Po gehorchet bis zum Sunde —
Wenn keine Krämerwage mehr wie Pfunde
Europas Schickſal wägt!

Und als die Freiheit einmal gewonnen ſchien und Krieg mit dem Seeſtaat Dänemark drohte, da erſtand auch die erſte deutſche Flotte. Den Grundſtock bildeten zwei Segelſchiffe, die zwei Hamburger Kaufleute zur Verfügung ſtellten und die in Kriegsſchiffe umgewandelt werden ſollten. Drei Dampffregatten mußten

in England gekauft werden. Insgesamt erreichte die erste deutsche Flotte einen Bestand von 12 kleinen Schiffen. Sie hatte am 4. Juni 1849 ein — allerdings unentschiedenes — Gefecht mit einem dänischen Kriegsschiff. Schon vorher, am 3. März 1849, hatte der Reichsminister von Schmeling stolz erklärt:

> Deutschland erscheint daher zuerst auf dem Meere unter dem schwarz-rot-gelben Kriegsbanner als eine Einheit. Möge diese auf dem festen Lande bald nachfolgen!

England aber erklärte, die deutsche Kriegsflagge nicht zu kennen, und die Schiffe, die sie führten deshalb als Seeräuber behandeln zu müssen! 1852 wurden die wenigen Schiffe der ersten deutschen Flotte meistbietend versteigert!

Trotz aller schweren Enttäuschungen aber blieb das Wort des großen Toten von Kufstein von nun an deutsche Losung: (Nationales System II. Buch, 15. Kapitel):

> Manufakturen, Handel und Schiffahrt gehen einer Zukunft entgegen, welche die Gegenwart so weit überragen wird, als die Gegenwart die Vergangenheit überragt; nur muß man den Mut haben, an eine große National-Zukunft zu glauben und in diesem Glauben vorwärts zu schreiten.

11. Historische Schule und Staatssozialismus.

In der Erkenntnis, daß alle volkswirtschaftlichen Einrichtungen nur bedingtes Recht haben, knüpft List bewußt an Justus Möser an (Band I, S. 321), dessen Namen er auch zur Unterzeichnung manchen wichtigen Aufsatzes auf diesem Gebiete wählte. Einer seiner Lieblingspläne, der leider nicht zur Ausführung kam, war eine Geschichte der Hauptvölker nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. So wird List einer der Väter der „historischen Schule" der deutschen Nationalökonomie.

Ihr erster Vertreter war Wilhelm Roscher, geboren am 21. Oktober 1817 in Hannover, 1844 Professor in Göttingen, 1848 in Leipzig, wo er bis zu seinem Tode am 4. Juni 1894 lehrte. Er gab schon 1843 einen „Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswirtschaft nach geschichtlicher Methode" heraus.

Bedeutsam wurde seine „Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland" (1874). Roscher, der ursprünglich klassischer Philologe war, wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Ordnung, wie die Sprache aus dem Volksgeist naturgemäß erwachse. Aufgabe der Volkswirtschaftslehre sei es, die Bedingungen dieses Werdens und Wachsens zu finden. Ausgangs- und Mittelpunkt sei der lebendige Mensch und sein Wohlergehen.

Zur zeitweisen Herrschaft führte die historische Schule Gustav Schmoller, geboren am 24. Juni 1838 in Heilbronn, seit 1865 Professor in Halle, 1872 in Straßburg, 1882 in Berlin. Er wurde 1887 Historiograph der brandenburgisch-preußischen Geschichte und starb am 26. Juni 1917. In seiner Antrittsrede in der Akademie der Wissenschaften 1887 stellte er der historischen Schule in der deutschen Nationalökonomie die Aufgabe,

> daß sie diese Wissenschaft gänzlich loslöse von der Dogmatik der englisch-französischen Utilitätsphilosophie und sie auf einen anderen psychologisch und historisch tiefer und sicherer begründeten Boden stelle.

Nach Schmoller soll die Nationalökonomie werden „eine Lehre von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Völker".

Die historische Schule tritt also nicht mit fertigen Idealen an die Erscheinungen des Wirtschaftslebens heran. Sie will durch Schilderung des tatsächlich Gegebenen dieses zunächst in seinen geschichtlichen Wurzeln zu begreifen suchen, durch Vergleichung der Wirtschaftsentwicklung der verschiedenen Völker das allgemein Gültige herausschälen und durch seine Darstellung auch das Leben der Gegenwart befruchten.

Die historische Schule hat eine Fülle der wichtigsten Einzelarbeiten geleistet, das Verständnis der Vergangenheit geklärt und manches ihrer Urteile berichtigt. Indem sie aber stets die Bedingtheit aller Erscheinungen des sozialen Lebens betont, stets zeigt, daß „alles, was ist, vernünftig ist", weckt sie die Gefahr, solchen Menschen, die dem Kampfe ums Werdende bewußt oder unbewußt auszuweichen bestrebt sind, eine Rechtfertigung vor sich selber zu

geben. Die rein historische Auffassung kann zu so „objektiver" Betrachtung führen, daß der Wille zur Tat, der sich ja in jedem Falle einseitig äußern muß, dadurch gelähmt wird.

Den Willen zur Tat betont in erster Reihe die staatssozialistische Schule, die ihren Blick nicht sowohl in die Vergangenheit als vielmehr in die Zukunft lenkt. Der rein induktiven Methode (s. Bd. I, S. 33) der historischen Schule gegenüber vertritt sie die Notwendigkeit unverrückbarer Forderungen, die zur deduktiven Auffassung inmitten aller wechselnden Erscheinungen führt. Auch sie steht in engster Verbindung mit dem Gedankenkreis von Friedrich List. Ihr einflußreichster Vorkämpfer war Adolph Wagner. Geboren am 25. März 1835 zu Erlangen, wurde er 1858 Professor der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Handelsakademie in Wien, lehrte ein Jahr an einer kaufmännischen Fortbildungsanstalt in Hamburg und wurde 1864 als Professor nach Dorpat berufen. Von 1868 an lehrte er in Freiburg i. Br., vom Frühjahr 1870 an in Berlin, wo er am 8. November 1917 starb. Er hat in einer Berliner Bodenreformversammlung am 6. Mai 1905 selbst geschildert, wie der große Gedanke des Nationalen es war, der ihn von der Freihandelsschule trennte:

> Ich gehöre nicht zur historischen Schule der Nationalökonomie im engeren Sinne. Darin stehe ich ihr aber nahe, daß auch ich alle wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen nur als relativ entscheidbar auffasse. Dieser Standpunkt hat mich getrennt von allen radikaldoktrinären Bestrebungen. Ich hörte einst — es war 1864 in Hannover — auf dem „Volkswirtschaftlichen Kongreß" bei der Debatte über die Übelstände der Papiergeldwirtschaft, die niemand mehr würdigt als ich, den Ausspruch: „Lieber den Staat zugrunde gehen lassen als zu Papiergeld greifen." Diese Äußerung hat mich damals wie ein Blitzschlag berührt und aufgehellt, aber damit auch irre gemacht am Manchestertum.

Am 12. Oktober 1871 hat Adolph Wagner in der Berliner Garnisonkirche in einer bedeutsamen Rede gefordert, daß in der Nationalökonomie wieder sittliche Grundsätze zur Geltung kommen

müßten, daß der Staat den sozialen Notständen gegenüber viel mehr Aufgaben habe, als die liberale Schule anerkenne. Diese Rede fand erbitterten Widerspruch. Aber wenn man glaubte, mit dem Schlagworte „Kathedersozialist" Adolph Wagner schrecken zu können, so irrte man. Er ging seinen Weg weiter. Er gehörte am 6. Oktober 1872 in Eisenach zu den Mitbegründern des „Vereins für Sozialpolitik", der dem „Volkswirtschaftlichen Kongreß" gegenüber die Freunde einer aufbauenden Reformarbeit sammeln sollte. Wie schwer diese Arbeit war, davon hat Adolph Wagner am 10. März 1906 im Bunde Deutscher Bodenreformer einmal erzählt, als er, an das Wort: „Was man in der Jugend begehrt, hat man im Alter die Fülle" anknüpfend, auf den Siegeszug des Gedankens einer organischen Sozialreform auf den wichtigsten Gebieten hinwies:

> Ich erinnere an die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Ich kann mich noch aus meiner akademischen Jugend erinnern, wie damals der Gedanke eines allgemeinen Staatseisenbahnsystems fast durchweg abgelehnt wurde, und wie derjenige, der ihn vertrat, als ein den tatsächlichen Verhältnissen fernstehender „grauer" Theoretiker und Stubengelehrter betrachtet wurde. Das war selbst noch so, als das Reichseisenbahnprojekt vor annähernd 30 Jahren auftauchte. Ich habe damals in Bremen auf dem Volkswirtschaftlichen Kongreß über diese Frage gestritten. Es wurde damals als die schlimmste „Entwicklung zum Sozialismus" bezeichnet, daß der Staat die Eisenbahnen an sich nehmen sollte . . .
>
> Es war in der ersten Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1872. Mein lange verstorbener, berühmter Freund, der ausgezeichnete Chef der preußischen Statistik Dr Engel, sprach über die Wohnungsfrage. Es war die Zeit, wo auch ich mich mit diesem Problem zu befassen begann. Engel sprach sehr gut und brachte eine Menge Material bei. Er kam auch auf die damalige Berliner Bodenspekulation zu sprechen, in der unerhörte Gewinne verhältnismäßig leicht gemacht worden seien, und zeigte, wie auf diese Weise der Boden dem eigentlichen Bebauungszwecke teils völlig vorenthalten, teils dafür doch in weitem Umfange übermäßig verteuert würde. Ich habe damals in der Debatte Ideen vertreten, wie ich sie heute hier vertrete.

Damals aber wurden sie günstigenfalls mit Kopfschütteln angehört, mit Achselzucken behandelt, meist aber mit unbedingter Ablehnung. Von meinen fachgenossenschaftlichen Gegnern wie Freunden wurde ziemlich einmütig erklärt, dergleichen zu verwirklichen, daran könne ernstlich gar nicht gedacht werden!

Die größte praktische Ausgestaltung des staatssozialistischen Gedankens ist die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens. Schon Friedrich List war dafür eingetreten, daß auf Kosten des Staates die Bahnen gebaut werden sollten, und daß dort, wo man das Recht des Eisenbahnbaues an Einzelne erteile, sich der Staat das Vorkaufsrecht vorbehalten müsse. Ebenso hatte (S. 59) Moltke gestanden, und auch Adolph Wagner hatte schon als Student 1855 in der „Hannöverschen Zeitung" die Forderung aufgestellt, daß Eisenbahnen der Allgemeinheit gehören müßten:

> Die enormen Summen und übermäßigen Dividenden sind in keiner Weise für das Nationalwohl von Wichtigkeit. Bleibt aber, wie bisher, der wichtigste und beste Teil unserer deutschen Bahnen Privateigentum von Gesellschaften, so werden am Ende alle inneren Verbesserungen nur gemeinsam mit den günstigen Folgen der natürlichen Verkehrssteigerung dem engherzigen Interesse der Aktionäre dienen müssen.

Es waren im wesentlichen nationale Gründe, die Bismarck zu dem Plane führten, das große Monopol des Verkehrswesens in den Besitz des Reiches zu bringen. Unter seinem Einfluß hatte die preußische Regierung sich durch ein Gesetz vom 4. Juli 1876 ermächtigen lassen, ihre Staatseisenbahnen dem Reiche zum Kauf anzubieten. Wäre dieser Gedanke zur Tat geworden, so hätte das Reich die für seinen inneren Frieden so verhängnisvoll gewordene „Finanznot" wohl nie kennen gelernt, und mancher bittere Streit zwischen einzelstaatlichen Interessen wäre uns erspart geblieben. Aber selbst Bismarcks mächtige Persönlichkeit konnte den Mangel einer großen Organisation unabhängiger Sozialreformer zur Aufklärung der öffentlichen Meinung nicht ersetzen. Diese wurde noch fast durchweg von Manchesterleuten beherrscht, und ihr Einfluß vereitelte im Reichstag den Plan der Reichseisenbahnen. Nun ging Preußen entschlossen allein vor. Noch

In seinem Alter hat Bismarck auf diese seine Tätigkeit besonderen Wert gelegt. In einem Gespräch mit seinem Sekretär Heinrich v. Poschinger erklärte er:

> Legen Sie nur besonderen Wert auf alles, was die Eisenbahnverstaatlichung betrifft. Ich betrachte sie ausschließlich als mein Werk. Camphausen und Achenbach waren im Grunde genommen Gegner der Verstaatlichung. Sie wollten mich müde machen, mich durch immer neuen Schriftwechsel einschläfern. Ich habe aber nicht geruht, bis ich der Idee zum Siege verholfen habe.

Am 1. April 1879 hatte das preußische Eisenbahnnetz bei 18 537 km Länge nur 5255 km Staatsbahnen. Wie einst Hessen der erste süddeutsche Staat war, der mit Preußen im Zollverein sich zusammenfand, so hat auch Hessen zuerst mit Preußen eine Eisenbahnbetriebsgemeinschaft geschlossen (23. Juli 1896). In ihrem Bereich waren am 1. April 1909 von 40 264 km Eisenbahnen 37 383 km im Staatsbesitz.

12. Christlichsozial und Nationalsozial.

Die staatssozialistische Richtung verband sich bald mit Strömungen, die aus religiösen Anschauungen heraus geboren waren.

In der evangelischen Kirche forderte Johann Heinrich Wichern, geboren am 21. April 1808, gestorben am 7. April 1881 in Hamburg, der Vater der inneren Mission und Gründer des „Rauhen Hauses" in Hamburg, zuerst 1849 in seiner „Denkschrift über die innere Mission der evangelischen Kirche" um des Glaubens willen zu tätiger Mitarbeit an den Fragen des sozialen Lebens auf.

In der Arbeit der Berliner Stadtmission kam auch der Hofprediger Adolf Stöcker (geboren am 15. Dezember 1835 als Sohn eines Kürassierwachtmeisters in Halberstadt, gestorben am 7. Februar 1909 in Gries bei Bozen) mit der Not der unteren Stände in unmittelbare Berührung. Er rief den Evangelisch-sozialen Kongreß ins Leben, in dem auch Adolph

Wagner und seine Schüler eifrig mitwirkten. Heute steht an der Spitze dieses einflußreichen Kongresses der Kieler Professor Otto Baumgarten. Seine Stellung ist bezeichnend wohl für die Mehrheit der suchenden Geistlichen von heute. Am klarsten hat Baumgarten in seiner Schrift „Erziehungsaufgaben des neuen Deutschland" (1917) die Zusammenhänge zwischen dem Religiösen und Sozialen gezogen dort, wo er davon spricht, wie „das Heilige wieder auch in den Arbeiterquartieren seinen Einzug halten" könne. Das sei nur möglich,

> wenn das entsetzliche Wohnungselend ein Ende hat. Es ist völlig sinnlos und unbarmherzig, von der Notwendigkeit zu deklamieren, das Gefühl für eine höhere Welt in die Arbeitermassen zurückzuführen, solange man durch das Zusammenpferchen der Alten und Jungen in engsten Raum, ohne eigenen Garten, ohne ein Stück eigenen Himmels, ohne Besonderung des Ehebettes, ohne einen stillen Platz für die Schlummerstunde die Möglichkeit der Entstehung der Scheu vor dem verschleierten Geheimnis, der Ahnung eines Himmels, der Ehrfurcht vor dem Ungeheueren zerstört. Ich bin Bodenreformer aus dem Interesse der Erziehung eines religiös starken Volkes heraus, gerade auch des „Volkes" im engeren Sinne.

Stöcker hat sich später vom Ev.-sozialen Kongreß getrennt und die kirchlich-soziale Konferenz ins Leben gerufen, die namentlich durch die Tätigkeit ihres Generalsekretärs Reinhard Mumm rasch starken Anhang gewann.

Stöcker ist auch der Gründer der christlich-sozialen Partei, die zuerst in Verbindung mit den Konservativen, später selbständig, namentlich die evangelischen Arbeiter zu organisieren suchte.

Aus den Kreisen der Christlich-Sozialen ging Friedrich Naumann (geb. 25. 3. 1860, gest. 24. 8. 1919) hervor, der bald eigene Wege einschlug. In Verbindung mit namhaften Gelehrten, wie dem Rechtslehrer Rudolf Sohm, dem Pädagogen Wilhelm Rein und dem Historiker Heinrich Gelzer gründete er den Nationalsozialen Verein, der sich am 23. bis 25. November 1896 in Erfurt ein Programm gab, das eine

Versöhnung von Arbeit und Bildung auf vaterländischer Grundlage erstrebte. Seine wichtigsten Teile lauten:

§ 4. Wir wollen eine Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtertrage der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwarten dieselbe nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären und kommunistischen Sozialismus, sondern von fortgesetzter politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf Grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zugunsten der Arbeit beeinflussen wollen.

§ 5. Wir erwarten, daß die Vertreter deutscher Bildung im Dienst des Gemeinwohls den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Übermacht vorhandener Besitzrechte unterstützen werden, wie wir andererseits erwarten, daß die Vertreter der deutschen Arbeit sich zur Förderung vaterländischer Erziehung Bildung und Kunst bereit finden werden.

Als man diesen Grundgedanken auszugestalten versuchte, mußte man bald mit innerer Notwendigkeit zu bodenreformerischen Gesichtspunkten kommen. Paul Göhre, ein Mitbegründer der nationalsozialen Bewegung, der später zur Sozialdemokratie überging, schildert in seiner Schrift „Vom Sozialismus zum Liberalismus" (1902) diese Entwicklung:

Die Nationalsozialen haben im Laufe ihrer Entwicklung in zunehmendem Umfang bodenreformerischen Bestrebungen Tür und Raum bei sich geöffnet. Schon bei der Gründung der nationalsozialen Gruppe in einer Anzahl von Vertretern beteiligt, in den ersten Jahren aber, da man seine proletarischen und radikalen Tendenzen noch nicht ganz aufgegeben oder wenigstens nicht ganz vergessen hatte, kaum geduldet und von der Majorität jedenfalls noch unterdrückt, beginnen sich diese bodenreformerischen Ideen schon 1898 stärker hervorzuwagen, um sich bereits 1899 im nationalsozialen Kommunalprogramm, 1900 im nationalsozialen Landprogramm und 1901 bei der Vorbereitung eines nationalsozialen Kolonialprogramms in beachtlichem Umfange durchzusetzen.

Die Zeit der nationalsozialen Partei — was war das für eine Zeit voll vom höchsten Hoffen und Erwarten, voll von hin-

gebender Arbeit — zuletzt von schmerzlicher Enttäuschung! Die nationalen Kreise lehnten den sozialen Gedanken mit Mißtrauen, die sozial bewegten Kreise den nationalen Gedanken mit Bitterkeit ab.

Trotzdem ging es vorwärts, und die Stimmenzahl für die National-sozialen wuchs von Wahl zu Wahl. Allerdings führte sie 1903 — wesentlich auch aus Mangel an Geldmitteln — noch nicht zu Wahlsiegen. Da führte Naumann die Auflösung der Partei herbei, am 31. August 1903 in Göttingen.

Die Abschiedsworte wurden von Vertretern der drei Richtungen gesprochen, in die die Kampfgenossen sich teilten, von Naumann, der zu den Liberalen, von Maurenbrecher, der zu den Sozialdemokraten ging, und von Damaschke, der sich vom parteipolitischen Leben zurückzog, um sich ganz der Verbreitung der Bodenreform, als der Voraussetzung jedes dauernden organischen Fortschritts, zu widmen.

Als 1917 Wilhelm II. in seiner Osterbotschaft verkünden konnte: „Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verliehen uns ausdauernde Stärke" — lag in diesem Bekenntnis auch eine nachträgliche Anerkennung der sieben Jahre schwerer national-sozialer Pionierarbeit. Mußte sie auch ohne unmittelbaren Erfolg abgebrochen werden, so hatte sie doch, namentlich in der Jugend hüben und drüben, soviel gute Saat verbreitet, daß jetzt nach zwanzig Jahren des Wachsens und Reifens gewiß auch ihrer Arbeit ein gut Teil davon zugeschrieben werden muß, wenn in unseren Schicksalsstunden der nationale und soziale Geist sich immer mehr verstehen und vereinen. —

Aus der katholischen Kirche sei hier zuerst „Vater" Kolping, geboren am 8. Dezember 1813, genannt. Er wurde erst Schuhmachergeselle und hat aus den Erfahrungen dieser Zeit heraus 1846 als Priester den ersten Gesellenverein in Elberfeld gegründet. Die von ihm geschaffene Organisation ist in größtem Maßstabe ausgebaut worden und für Zehntausende von wandernden deutschen Handwerksgesellen beider Bekenntnisse ein Segen geworden. Er starb am 4. Dezember 1865 in Köln.

Die gesamte Geistlichkeit zur Mitarbeit an einer organischen Sozialreform rief Bischof Ketteler von Mainz (25. Dezember 1811 bis 13. Juli 1877) namentlich in seiner Schrift: „Das Christentum und die Arbeiterfrage" auf:

> Das ihr von Christus übertragene Amt, für das Seelenheil zu wirken, kann die Kirche an Millionen von Seelen nicht üben, wenn sie die soziale Frage ignorieren und ihr gegenüber sich auf die gewöhnliche, hergebrachte Pastoration beschränken wollte. In diesem Verkennen der sozialen Mißstände, bei denen das leibliche und geistige Wohl von Millionen so tief beteiligt ist, denen nun einmal nur mit tatkräftiger Hilfe auf sozialem Gebiete beizukommen ist, läge die größte Gefahr für die christliche Kirche.

Schon 1848 hat er im Dom zu Mainz über das Eigentum gepredigt:

> Die Kirche hat in ihrer Lehre vom Eigentum nichts gemein mit jener Auffassung des Eigentumrechtes, die man gewöhnlich in der Welt antrifft und demgemäß der Mensch sich als den unbeschränkten Herrn seines Eigentums ansieht. Nimmermehr kann die Kirche dem Menschen das Recht zuerkennen, mit den Gütern der Welt nach Belieben zu schalten und zu walten, und wenn sie vom Eigentum des Menschen spricht und es beschützt, so wird sie immer die drei, ihren Eigentumsbegriff wesentlich konstituierenden Momente vor Augen haben, daß das wahre und volle Eigentumrecht nur Gott zusteht, daß dem Menschen nur ein Nutzungsrecht eingeräumt worden, und daß der Mensch verpflichtet ist, bei der Benutzung die von Gott gesetzte Ordnung anzuerkennen!

Als Lassalle auftrat, scheute sich der Bischof nicht, das eherne Lohngesetz anzuerkennen. Auch er sieht in Produktivgenossenschaften ein Mittel, den Bann dieses Gesetzes zu brechen, bestreitet aber das Recht des Staates, mit seinen Mitteln einen einzelnen Stand besonders zu unterstützen. Er verweist auf Selbsthilfe und freiwillige Hilfsarbeit. Besonders liegt ihm der Schutz der Familie am Herzen. Die christliche Familie sei der Jungbrunnen, aus dem die christlichen Völker immer wieder neue Lebenskraft schöpfen. Deshalb ist ihm neben einem Höchstarbeitstag von 11 Stunden

und der vollen Sonntagsruhe das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken eine ernste religiöse Pflicht:

> Die Religion fordert, daß die Mutter im Hause in Erfüllung ihrer hohen und heiligen Pflichten gegen Mann und Kinder den Tag zubringe!

Aus den staatssozialistischen, den evangelisch- und katholisch-sozialen Gedanken erwuchs die „christlich-nationale Arbeiterbewegung", die unter der Führung von Männern wie Giesberts und Behrens heut etwa 900 000 Arbeitnehmer in gewerkschaftlichen Organisationen vereint. —

Die Arbeitsgebiete einer großen deutschen Sozialreform hat der Altmeister Adolph Wagner in seiner oben erwähnten Rede am 6. Mai 1905 wie folgt zusammengefaßt:

> Was in der ganzen neueren Entwicklung unseres innerpolitischen Lebens das Erfreulichste ist bei so manchen unerfreulichen Erscheinungen, das ist das Emporringen des sozialen Gedankens! Wir dürfen uns in Deutschland rühmen, das lange vernachlässigte Gebiet des Arbeiterschutzes in der Gesetzgebung unter große soziale Gesichtspunkte gebracht zu haben. Es genügt ja noch nicht, was auf diesem Gebiete schon geschaffen worden ist; aber es haben sich doch schon die Verhältnisse ganz bedeutend gebessert.
>
> Wir haben das Banner der Arbeiterversicherung erhoben, und zwar haben wir diese Versicherung in einem so großen Umfange und relativ so gut durchgeführt, daß es die Bewunderung jedes fremden, objektiv urteilenden Politikers erregt.
>
> Wir haben auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung soziale Gesichtspunkte mit Fug und Recht und mit Konsequenz zur Geltung gebracht, nur noch nicht genügend, wie z. B. der Kampf um die Erbschaftssteuer zeigt, aber doch immerhin so, daß wir sagen können: stehen wir auch in dem und jenem fremden Völkern nach, in vielen Punkten stehen wir auch in der sozialen Ausgestaltung unserer Finanzen und unseres Steuerwesens ihnen voran.
>
> Wenn wir nun daran ein so großes Gebiet wie das der Bodenreform anknüpfen mit all den Punkten und Forderungen, wie sie in höchst verdienstvoller Tätigkeit insbesondere von Herrn Damaschke verfolgt werden, wenn wir in Ver-

bindung mit dem auf anderen Gebieten Erreichten die Bodenreform durchführen, dann treiben wir gesunde Sozialpolitik. Man mag das „Sozialismus" nennen, das bleibt sich gleich — auf dem richtigen Wege sind wir!

Diese letzte Forderung erschien dem großen, greisen Gelehrten je länger, je dringender. Noch kurz vor seinem Tode hat er, schon fast völlig erblindet, als sein „Vermächtnis" eine Mahnung diktiert, die also ausklingt:

Wir müssen zu einem neuen „deutschen Frieden" kommen, der hoffentlich ein besserer wird als der, der bisher auf der Erde geherrscht hat, und in dem zuletzt die wahren Interessen der anderen vertreten sein werden. Das kann aber nie Wahrheit werden ohne feste ethische Grundsätze auch im Wirtschaftsleben, wie sie die Bodenreform zur Geltung bringen will! An ihr muß deshalb helfen, wer eine Mitverantwortung für unseres Volkes Zukunft fühlt!

VIII. Der Kommunismus.

1. Der Utopismus in England.

Solange Menschen auf dieser Erde über wirtschaftliche Dinge nachdenken, solange ist auch als Ideal die Lehre von einer „völligen Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt", lebendig gewesen. Die Erinnerungen an ein goldenes Zeitalter, mit denen die Geschichte jedes Volkes beginnt, wurzeln zum großen Teil in solcher Sehnsucht.

An der Schwelle der Neuzeit (1516) zeichnete der große englische Lordkanzler Thomas Morus, der für seinen katholischen Glauben 1535 das Schaffott bestieg, in seinem Staatsroman „Utopia" (Nirgendheim) das vielbewunderte Idealbild eines Staates völliger Gleichheit. In Italien schrieb der Dominikanermönch Thomas Campanella, der wegen einer Verschwörung gegen die spanische Herrschaft von 1600 bis 1626 in Neapel gefangen gehalten wurde, im Kerker seinen „Sonnenstaat".

Kommunistische Theoretiker finden wir, wenn wir von den „Schwarmgeistern" der Reformationszeit absehen, zuerst als Gegner der Physiokraten und in den Tagen der großen Revolution: Morelli, Mably, Babeuf.

Die große Umwälzung, welche der Siegeszug der Dampfmaschine in den wirtschaftlichen Verhältnissen verursachte, rief naturgemäß das Nachdenken über volkswirtschaftliche Dinge in den weitesten Kreisen hervor. Der Handwerker, der sich dem übermächtigen Wettbewerb des Fabrikbetriebes gegenüber sah, der Arbeiter, dem seine Arbeit aufgekündigt wurde, weil eine neue Maschine ihn entbehrlich gemacht hatte, sie alle mußten sich mit der aufsteigenden neuen Zeit auseinandersetzen.

Die erste Empfindung der arbeitenden Bevölkerung den Maschinen gegenüber war wilder Haß. In England, in Frankreich, in Deutschland wurden Maschinen zerstört von Arbeitern, die sich von diesen eisernen Konkurrenten bedroht fühlten. Aber solche planlosen Taten der Verzweiflung konnten die Entwicklung natürlich nicht aufhalten.

Wie bald waren die Hoffnungen verflogen, die die liberale Lehre geweckt hatte! Im Namen unveräußerlicher Naturrechte hatte sie die Aufhebung der Monopole des Merkantilismus gefordert. Freie Bahn sollte jedem die Entfaltung seiner geistigen und leiblichen Kräfte und damit zugleich das größtmögliche Maß von Lebensglück sichern. Jetzt geriet das Eigentum an wertvollen Grundstücken und teuren Maschinen immer mehr in die Hände Einzelner. Da erwachten wieder und wieder Ankläger, die die neue bürgerliche Gesellschaft vor demselben Richterstuhl des Naturrechts verklagten mit derselben Begründung, die einst diese Gesellschaftsschicht selbst angewandt hatte: In eurem Boden- und eurem Kapitaleigentum besitzt ihr Monopole, die der sozialen Gerechtigkeit widerstreiten!

So entstand die erste, die naturrechtliche Ausgestaltung des modernen Kommunismus. Bei dieser Begründung lag es nahe, Beispiele sozialer Gerechtigkeit aufzurichten, indem man wenigstens in beschränktem Kreise Kapital und Boden als Gemeingut behandelte: kommunistische Modellgemeinden schuf.

Der erste, der diesen Weg mit Bewußtsein beschritt, war Robert Owen. Er wurde am 14. Mai 1771 in Newton in Nord-Wales als Sohn eines armen Sattlers und Posthalters geboren. Schon als siebenjähriger Knabe wird er als Hilfslehrer in der Schule verwandt; der zehnjährige verläßt die Schule, um in die Welt zu ziehen, und sein Brot selbst zu verdienen. Er geht nach London und wird der Liebling seines Arbeitgebers, der ihn aber vergeblich zum Bleiben zu bestimmen sucht. Er will seine Kenntnisse erweitern, tritt in neue Stellungen ein, kommt immer vorwärts. Mit 18 Jahren eröffnet er im Verein mit einem erfinderischen Teilhaber eine Fabrik zur Herstellung neuester Spinn-

maschinen; mit 19 Jahren übernimmt er die technische und ökonomische Leitung einer großen Baumwollspinnerei mit 500 Arbeitern. Im Alter von 20 Jahren gilt er als der erste Baumwollspinner der Welt; sein Garn verkauft sich 40% höher als das der leistungsfähigsten Mitbewerber. Sechs Monate nach seinem Eintritt in die Leitung der Fabrik hat er einen solchen Einfluß auf die Arbeiter, daß ihre Ordnung und Disziplin die aller Fabriken Manchesters übertrifft.

Am 1. Januar 1800 übernahm er die Leitung einer großen Spinnerei in New Lanark. Ihre Arbeiterschaft, die insgesamt 2500 Köpfe zählte, war in Unwissenheit, Schmutz und Trunk verkommen. Bei Übernahme der Leitung ging er von folgender Erwägung aus:

> Von Anbeginn meiner Verwaltung der Fabriken und des Dorfes von New-Lanark betrachtete ich die Bewohner, die Maschinen und jeden anderen Teil des Betriebes als ein aus vielen Gliedern bestehendes Ganze. Und es erschien mir sowohl als meine Pflicht wie auch in meinem Vorteil, sie so zu verbinden, daß jede Hand, jede Triebkraft, Hebel und Rad gut zusammenwirkten, um dem Eigentümer den größten Gewinn zu sichern.

Er ging nun an die Hebung des Geschäfts. Als wichtigste Bedingung dazu erkannte er die Hebung der tiefstehenden Arbeiterbevölkerung. Das war nicht leicht:

> Meine Arbeiter waren die Gegner jeder von mir vorgeschlagenen Aenderung. Nur neue Schlingen eines hartherzigen Arbeitsherrn sahen sie darin und taten ihr möglichstes zur Vereitelung meiner Zwecke.

Owen aber ließ sich nicht abschrecken. Still und fest ging er seinen Weg:

> Zwei Wege zur Beherrschung der Bevölkerung standen mir offen. Einmal der Kampf gegen sie, die gegen üble Bedingungen kämpften, mit denen Unwissenheit sie umgeben hatte. Alsdann würde ich alle fortwährend zu tadeln gehabt und sie in ständiger Widerwilligkeit und Erregung gehalten haben. Viele hätte ich als Diebe verklagen müssen und sie einsperren, ausweisen, ja zum Tode verurteilen lassen; denn in dieser Zeit stand auf Diebstahl, in dem von mir entdeckten Umfange, Todesstrafe. Dies

war die bisher geübte Praxis der Gesellschaft. Oder aber ich betrachtete diese unglückliche Bevölkerung als das, was sie war, die Geschöpfe törichter und schädlicher Umstände, für die allein die Gesellschaft die Verantwortung trug. Alsdann mußte ich an Stelle der schädlichen Verhältnisse gute setzen, um so gemäß den unabänderlichen Gesetzen der Natur die minderwertigen und schlechten Personen, wie sie minderwertige und schlechte Verhältnisse geschaffen hatten, in hochstehende und gute Charaktere umzuwandeln.

Zu diesem Zwecke wurde zunächst die Arbeitszeit auf 11, später auf 10½ Stunden gekürzt. Dem Diebstahl geschah Einhalt durch Vorkehrungen, die unmittelbare Entdeckung fast gewiß machten und durch Einrichtungen, welche die Versuchung zum Stehlen: Armut und Schulden, aus dem Wege räumten. Vor allem befreite Owen seine Arbeiter aus der Abhängigkeit von den Krämern. Nicht nur verkauften diese unterschiedlos Alkohol, sondern sie forderten auch für die auf Borg gegebenen schlechten Waren unmäßige Preise. In dem von Owen errichteten New Lanarker Laden begegnen wir den Grundsätzen der späteren Konsumvereine: Verbilligung und Verbesserung der Lebensmittel durch Wareneinkauf im Großen, Verkauf gegen bar und zum Kostenpreise. Die Kaufkraft der Löhne, die Owen nie über den damaligen Durchschnittssatz erhöht zu haben scheint, stieg um 25% und mehr, wenn man die Verbesserung der Waren in Betracht zieht. Mit dieser Reform ward sowohl mittelbar durch die kräftigere Nahrung als unmittelbar der Kampf gegen die Trunksucht aufgenommen.

Als zwölfjähriger Knabe, erzählt Owens Sohn, sah ich, als ich meinen Vater auf seinem täglichen Morgenbesuch in die Fabrik begleitete, zum erstenmal einen Betrunkenen und hielt ihn für einen Kranken: „Er ist nicht krank", sagte mein Vater „aber ein sehr unglücklicher Mensch. Gott sei Dank, daß du nie zuvor einen solchen sahst".

Großen Wert legte Owen auf die Entwicklung des Sinnes für Ordnung und Sparsamkeit. Sein ältester Sohn erzählt darüber:

Wenn ich mit meinem Vater die Fabriken besuchte, fiel es mir auf, daß er jede kleinste Baumwollfaser vom Boden aufnahm und sie dem nächststehenden Kinde gab, sie in den Abfallkorb zu werfen. „Papa", fragte ich einmal, „was macht denn ein so winziges Stück Baumwolle aus?" „Der Wert der Baumwolle", erwiderte er, „bedeutet nichts; aber das Beispiel ist viel. Es ist sehr wichtig, daß die Leute sich an Ordnung und Sparsamkeit gewöhnen."

Auch der Gedanke der Arbeiterausschüsse fand unter Owen seine erste Verwirklichung. Er teilte das Dorf in Gruppen benachbarter Familien, deren Häupter alljährlich in öffentlicher Versammlung durch Stimmenmehrheit einen Wortführer zu wählen hatten. Diese sollten aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 12 Personen wählen. Dieser Ausschuß mußte mit dem Leiter der Fabriken und den von der Gemeinschaft ernannten Aufsehern regelmäßig zweimal im Monate zusammentreten, um ihr Urteil über jede vorgekommene Sache abzugeben. Er hatte ferner über die allgemeinen Zustände des Dorfes zu berichten und Vorschläge für Neueinrichtungen zu machen.

Dazu richtete Owen sein Augenmerk auf die Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse innerhalb der Fabrik, auf Wohnungsverbesserung, Alters- und Krankenunterstützung, Erholungs- und Vergnügungsanstalten, endlich Errichtung von Kinderschulen, an denen auch seine Kinder als Lehrer tätig waren.

Seine Gedanken vertritt Owen nun auch durch Schriften. 1812 und 1813 erscheinen vier Abhandlungen über „Eine neue Ansicht von der Gesellschaft". Vom Januar 1821 bis März 1822 erscheint seine erste Zeitschrift: „Der Ökonomist", „ein periodisches Blatt zur Erklärung des neuen, von Robert Owen entworfenen Systems der Gesellschaft und eines Genossenschaftsplanes zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, *während sie in ihrer gegenwärtigen Tätigkeit verbleiben*".

Es ist die erste Zeitschrift für *produzierende Konsumgenossenschaften*. 1824 geht er nach Amerika und

kommt erst nach einigen Jahren wieder. Da seine Teilhaber am Geschäft ihm fortwährend Schwierigkeiten bereiten, zieht er sich 1828 als reicher Mann ganz von New Lanark zurück, um in voller Unabhängigkeit der Verbreitung seiner Gedanken zu leben. Die Reise 1824 nach Amerika galt dem Aufbau eines Gemeinwesens nach seinem kommunistischen Ideal. Der erste wirklich gelungene Versuch werde die ganze soziale Welt aus den Angeln heben. Denn in kurzer Zeit werde sich die Erde mit solchen Stätten sozialer Harmonie bedecken, die alle untereinander in Eintracht verbunden sein würden. Alle Bedingungen des Erfolges schienen gegeben. Das Gebiet, das er übernahm, New Harmony im Staate Indiana in der Union, war von der deutschen religiös-kommunistischen Gemeinschaft der Harmonisten unter der unumschränkten Leitung ihres Propheten Georg Rapp von 1814 an mit großem Erfolg bebaut worden. Der Preis von 150 000 Dollars war gering. Die Zahl der Teilnehmer, die nun auf Owens Ruf herbeiströmten, stieg bald über 900, worunter viele wohlhabend und opferbereit waren.

Damit die Mitglieder in die Gedanken der vollkommenen Gleichheit nach und nach hineinwüchsen, richtete Owen zunächst eine Verwaltung ein, die einem jeden einen Anteil im Verhältnis seiner Arbeitsleistung aus dem gemeinsamen Vermögen geben sollte. Als er nach einjähriger Abwesenheit in England nach Amerika zurückkehrte, beschloß jedoch eine Hauptversammlung der Ansiedler, den reinen Kommunismus durchzuführen. Owen selbst riet dringend ab, jetzt schon diesen Schritt zu tun; aber er wurde überstimmt und fügte sich der Mehrheit.

Die kommunistische Ordnung erwies sich aber bald als unhaltbar. Die gesamte Kolonie bat Owen dringend, die unbeschränkte Leitung wieder zu übernehmen. Owen tat es, und es gelang ihm, sie zur Blüte zu bringen. Aber eine solche Leitung entsprach natürlich nicht dem Wesen des Kommunismus. So wurde eine Verfassung nach der anderen entworfen und wieder verworfen. Jeder Verfassungskampf schuf natürlich Mißhelligkeiten. In dieser Zeit hat Owen seine vielgenannte Erklärung erlassen:

Ich erkläre vor euch und vor aller Welt, daß der Mensch bis jetzt der Sklave war unter der Herrschaft der drei furchtbarsten Szepter, die zusammen alle geistigen und leiblichen Übel des Menschengeschlechts erzeugt haben: des Privateigentums, der vernunftlosen Religionssysteme und der Ehe.

Mitten in diesen Streitigkeiten, durch die sich tüchtige Mitglieder natürlich immer mehr abgestoßen fühlten, wurde Owen krank. Die Genossenschaft wurde aufgelöst. Nachdem Owen noch 200 000 Dollars geopfert hatte, um ihre Verpflichtungen zu decken, kehrte er 1827 nach England zurück.

Sein nächster großer Versuch lag auf dem Gebiet der Währungsfrage. Nach seiner Überzeugung hatte das Metallgeld seine Stellung als Diener des Austausches zum großen Teil verloren und den Charakter einer ausbeutenden Macht angenommen. Um diese zu beseitigen, gründete Owen im September 1832 in London seine Tauschbank. Diese nahm von jedem Mitglied Waren an und gab dafür „Arbeitsnoten". Die Werteinheit war die Arbeitsstunde. Es wurde zunächst der Rohstoff der Ware geschätzt und dann die Arbeitszeit. Hier kam aber nicht die wirklich aufgewendete in Betracht, sondern die, die nach der Schätzung der Leiter ein Durchschnittsarbeiter anwenden mußte, — die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit", wie sie Marx dreißig Jahre später benannte.

1834 richtete Owen eine Eingabe an den König und ans Parlament, in der die Einrichtung solcher Warenbanken in jeder Gemeinde verlangt wurde. Es kam aber nicht dazu. Owens Tauschbank war mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Die ersten Industriellen hatten Hilfe versprochen, große Arbeiterversammlungen sich für sie erklärt, da sie das Gespenst der Arbeitslosigkeit für alle Zeiten zu verbannen versprach, und doch nahm sie schon in demselben Jahr ein Ende, in dem Owen seine Eingabe erließ. Die Bank mußte von ihren Mitgliedern satzungsgemäß alle Waren nehmen. Waren, deren Marktpreis durch geringe Nachfrage unter dem natürlichen Preis standen, wurden ihr in großer Menge zugeführt, während Waren, deren Marktpreis

durch große Nachfrage über den natürlichen Preis gestiegen war, möglichst außerhalb der Bank verwertet wurden. Bei dem Zusammenbruch der Tauschbank verlor Owen wiederum einen Teil seines Vermögens.

Inzwischen glaubte man den Untergang von New Harmony lediglich durch seine ferne und deshalb ungünstige Lage erklären zu können, und so schuf Owen 1839 eine zweite kommunistische Gemeinde und zwar in der englischen Grafschaft Hampshire: Queenswood. Solange Owen selbst die Leitung führte, ging alles gut. Als er aber zurücktrat und die kommunistische Verfassung eingeführt wurde, wuchsen die Schulden bald so, daß die letzten Kolonisten durch das Gericht ausgetrieben wurden. Dasselbe Schicksal hatten fünfzehn andere Versuche, die von begeisterten Anhängern Owens nach und nach ins Leben gerufen worden waren. Owen selbst hat aus seinen „praktischen" Versuchen gelernt und erklärt:

> Es ist zuletzt doch mehr wert, auf geistigem Wege auf die Menschheit einzuwirken, als unmittelbar durch die Praxis.

Und durch geistige Einwirkung hat Owen sich bleibende Verdienste erworben. Zu seiner Zeit, als die Maschinen noch langsam gingen, zum Teil durch Wasserkräfte getrieben wurden, waren in den Fabriken 4—8jährige Kinder tätig, die manchmal ihre eigenen Väter aus der Arbeit verdrängten. Owen selbst hatte freiwillig in New-Lanark Kinder unter 10 Jahren von der Fabrikarbeit ausgeschlossen. Er nahm den Kampf auf gegen die schrankenlose Gewerbefreiheit. Er fordert eine Herabsetzung der Arbeitszeit in den Fabriken auf 10 Stunden, für Kinder unter 12 Jahren Halbtagsarbeit, das Verbot der Fabrikarbeit für Kinder unter 10 Jahren. Das Wort des erfolgreichen Praktikers konnte man nicht unbeachtet beiseite schieben. Die Regierung setzte einen Ausschuß ein, der 47 Gutachter hörte. Ihre Aussagen sind in einem Blaubuch 1816 veröffentlicht. Die Mehrheit der Gutachter ist gegen den Kinderschutz: Englands Textilgewerbe würde ins Ausland getrieben, seine Herrschaft auf dem Weltmarkt untergraben. Zwölfstündige Arbeitszeit in ungelüfteten, glühenden Räumen (es gab noch

keine gesundheitlichen Fabrikvorschriften) schädige durchaus nicht die Gesundheit kleiner Kinder, schütze sie vielmehr vor Verwahrlosung, und erziehe sie zum Fleiß. Eine Beschränkung der Kinderarbeit wäre ein Eingriff in die Freiheit der Eltern und der Kinder! Es ist nur der unermüdlichen Arbeit von Owen zu danken, daß 1817 wenigstens die Kinderarbeit in den Fabriken auf 10 Stunden täglich beschränkt wurde. Es war damit doch grundsätzlich Recht und Pflicht des Staates zur Arbeiterschutz-Gesetzgebung anerkannt.

Auch auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens ist Owens „unpraktische" Tätigkeit des Agitierens segensreich geworden. Gewiß, er war nicht der erste, der Genossenschaften gründete, ja er lehnte sogar ausdrücklich die Versuche ab, neben seinen vollkommunistischen Gemeinden Teilorganisationen, wie Konsumgenossenschaften, zu gründen. Nach einem Besuch in Carlisle im November 1836 schrieb er in seiner Zeitschrift, der „Neuen sittlichen Welt" (Bd. III, S. 76):

> Zu meiner Überraschung fand ich dort sechs oder sieben Genossenschaften in verschiedenen Stadtteilen, die, wie die Leute glauben, Gutes wirken, indem sie durch Kleinhandel etwas Reingewinn erzielen. Es ist nun aber hohe Zeit, jener in der öffentlichen Meinung sehr verbreiteten Ansicht ein Ende zu machen, daß hierin das soziale System bestehe, das wir im Auge haben, oder daß diese Genossenschaften irgendeinen Bestandteil der Einrichtungen in der neuen moralischen Welt bilden!

Und doch waren es von ihm erweckte Hoffnungen, von ihm entzündete Ideale, die in den Herzen der 28 armen Weber lebten, die am 21. Dezember 1844 mit ihren ersparten 560 *M* in der Krötengasse zu Rochedale einen kleinen Laden eröffneten, in dem sie am Sonnabend- und Montagabend ihre Einkäufe besorgen wollten. Zwar stand in den ersten Satzungen noch im Anklang an das große Ideal:

> Sobald es tunlich erscheint, soll die Gesellschaft die Kräfte und Mittel der Produktion, Verteilung, Erziehung und Leitung zur Gründung einer sich selbst und selbständig erhaltenden hei-

mischen Ansiedlung vereinigter Interessen anwenden, und auch andern Gesellschaften zur Gründung solcher Kolonien behilflich sein.

Aber in Wahrheit war aus dem kommunistischen Gemeinschaftsideal aller Menschen die Gemeinschaft eines Krämerladens und aus der grundlegenden Arbeit an einer „Neuen sittlichen Welt" der Kleinverkauf von Sirup und Hafergrütze geworden. Doch die „redlichen Pioniere von Rochedale" zählten zehn Jahre nach der Gründung bereits 1400 Mitglieder mit einem Umsatz von 1 898 000 *M*. Heute sind über zwei Millionen englischer Familien genossenschaftlich organisiert, und alle ehren in Robert Owen, der am 17. November 1858 in seiner Vaterstadt gestorben ist, den Vater der britischen Genossenschaftsbewegung. Die Welt ist besser geworden, weil du darin gelebt hast! hatten ihm einst dankbare Anhänger aus ehrlicher Überzeugung bezeugt.

2. Der Utopismus in Frankreich.

Die namhaftesten Vertreter des „utopistischen" Kommunismus in Frankreich sind Saint-Simon, Fourier und Cabet. Claude Henri de Rouvray, Graf von Saint-Simon, ein Großneffe jenes Herzogs, der mit seiner Darstellung des Hoflebens Ludwigs XIV. eins der berühmtesten Memoirenwerke der Weltliteratur geliefert hat, war am 17. Oktober 1760 geboren. Seit 1776 Offizier, nahm er Teil am amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, ging, nach Frankreich zurückgekehrt, als Diplomat nach Holland und wurde 1783 als Oberst Platzkommandant von Metz, was er bis zu seinem Ausscheiden aus der Offizierslaufbahn (1788) blieb. Durch die Revolution verlor er sein Vermögen. Er gewann neues durch eine erfolgreiche Spekulation mit den zum Verkauf gestellten nationalen Gütern. Sein Teilhaber dabei war der preußische Gesandte Graf Redern, der ihm das nötige Geld vorschoß. Die Spekulationen waren so gewagt, daß er ihretwegen ein Jahr im Gefängnis zubringen mußte. Nach dem Sturz der Schreckensherrschaft begann

Saint-Simon ein Leben der Sinnenfreude, zugleich aber auch tatkräftiger Wissensmehrung. Als er die berühmte Frau von Staël kennen lernte, löste er seine erst zehn Monate zuvor geschlossene Ehe wieder, ohne doch Frau v. Staël als Gattin zu gewinnen. Bald brach infolge seines ausschweifenden Lebens äußere Not über ihn herein. Er muß als Abschreiber in einem Pfandhaus mit 1000 Frs. Jahresgehalt sein Dasein fristen, später sich sogar von einem ehemaligen Diener unterhalten lassen. Nach dessen Tod setzt ihm seine Familie eine kleine Rente aus, die ihm Muße gibt zu dem Werke „Denkschrift über die Wissenschaft des Menschen" (Mémoire sur la science de l'homme), das besonders auf den jungen Comte tiefen Eindruck gemacht hat. Im Sommer 1814 bot Augustin Thierry, der später berühmte Geschichtsschreiber, sich als Gehilfen bei seinen Arbeiten an. Die erste Frucht der gemeinsamen Arbeit war die Schrift „Von der Neubildung der europäischen Gesellschaft von dem Grafen von Saint-Simon und seinem Schüler Thierry" (de la réorganisation de la société européenne par M. le comte de Saint-Simon et par M. A. Thierry, son élève). Diese Studie bewirkte, daß während der „Herrschaft der hundert Tage" der Minister des Innern, Carnot, ihn zum Bibliothekar ernannte. Nun hatte er das Glück eines wenigstens von bittersten Nahrungssorgen freien Lebens. Es beginnt die fruchtbarste Zeit in seinem Leben, die Jahre, die ihm, wenn auch erst nach dem Tode, den so heiß ersehnten Ruhm eingetragen haben. 1817 erscheint sein Werk „Die Industrie". Im gleichen Jahre 1817 trennte sich Thierry von dem Meister. Es folgt das Zusammenwirken mit Auguste Comte, geb. 19. Januar 1798 zu Montpellier, gest. 5. September 1857 zu Paris, der später den Positivismus begründete, eine Philosophie, welche nur die sinnlichen Erfahrungen als Erkenntnisquelle zuläßt. Comte war neunzehn Jahre alt, als er Saint-Simon kennen lernte. Er hatte sich auf der Polytechnischen Schule in Paris eine vielseitige Bildung erworben. Das 1819 erschienene Werk „Der Organisator" (L'Organisateur) ist das erste Zeugnis des Zusammenwirkens der beiden Männer. In ihm wurde die berühmt gewordene Frage aufgeworfen: Wäre für Frankreich der Verlust von

3000 Künstlern, Gelehrten, führenden Industriellen, Kaufleuten, Handwerkern und Arbeitern größer als der Verlust von 30000 Angehörigen des Adels, des Hofes und reicher Grundbesitzer? Die Frage und ihre Beantwortung trug Saint-Simon einen aufsehenerregenden Prozeß ein.

Auch die Wandlungen der Anschauungen Saint-Simons macht Comte zunächst mit. Erst die „Darlegung der notwendigen wissenschaftlichen Arbeiten zur Neubildung der Gesellschaft" (Prospectus des travaux scientifiques nécessaires pour réorganiser la société) (1822) erschien als ausschließliche Arbeit des Schülers und auch mit dessen Namen, während Comte vorher namenlos geschrieben hatte.

Sie war der erste Teil jener Schrift Comtes, die 1824 unter dem Titel „System der positiven Philosophie" (Systéme de philosophie positive) veröffentlicht, das Ende der Lehrzeit des Schülers anzeigte. Noch in demselben Jahre kam es zum Bruch. Im Bewußtsein seiner geistigen Mündigkeit und dazu noch von einem stark ausgeprägten Ehrgeiz beseelt, wollte und konnte sich Comte nicht weiterhin Saint-Simon unterordnen, wozu noch kam, daß die religiöse Tendenz des Lehrers sich in einer Schroffheit ausbildete, die unmöglich der positivistischen Denkart Comtes zusagen konnte. Möglicherweise haben wohl auch Geldschwierigkeiten dazu beigetragen, die Auflösung des alten Freundschaftsbundes zu beschleunigen. Denn die äußere Lage Saint-Simons gestaltete sich wieder trübe. Von einem berühmten Arzte, dem er einst in den Tagen seines Glückes weitherzig geholfen, wurde er mit einem Bettelgroschen abgespeist. Da verlor er den Glauben an sich selbst und beschloß, sich (1823) den Tod zu geben. Der Pistolenschuß nahm ihm zwar nicht das Leben, aber ein Auge und brachte ihm dauerndes Siechtum. Nun fand er in dem jüdischen Bankier Rodrigues den Wohltäter, der ihm für den kargen Rest seines Lebens Muße gewährte. Als letzte Werke erschienen „Literarische, philosophische und soziale Meinungen" (Opinions litéraires, philosophiques et industrielles) und „Das neue Christentum" (Le nouveau christianisme). Darin kehrt

die Forderung einer religiösen Erneuerung der Menschheit wieder, die schon in den ersten Schriften Saint-Simons aufgetreten war. Am 19. Mai 1825 ist er gestorben.

Seine Lehre war so, wie sie aus seiner Hand kam, von geringem Einfluß. Sie gewann Verbreitung hauptsächlich erst durch seinen Schüler Bazard.

Durch ihn hat das, was man Saint-Simonismus nennt, feste und endgültige Gestalt gewonnen: Die beiden Grundgedanken der Selbstsucht oder des Individualismus und der Einheit oder Genossenschaft treten einander gegenüber. Je nach ihrem Vorherrschen scheiden sich in der Geschichte der Völker organische und kritische Zeitalter. Organische Epochen gab es bisher zwei: die erste schuf die Größe des alten Griechenland und Rom; sie wird abgelöst durch die mit der griechischen Philosophie beginnende, in Rom durch das Eindringen des Individualismus in Staat und Recht sich äußernde kritische Periode, die die alte Welt schließlich zersetzt. Das zweite organische Zeitalter beginnt mit dem Christentum und wirkt sich aus in der Kultur und den Staatengebilden des Mittelalters. Ihr folgt seit dem 15. Jahrhundert wieder eine kritische Periode, die alle Einheit in der Welt zersetzt. Aber auch diese unselige Zeit geht ihrem Ende entgegen; die Sehnsucht nach einer neuen organischen Periode ist allgemein — und ihr Verkünder ist Saint-Simon.

Als in der Juli-Revolution 1830 die St.-Simonisten eifriger warben denn je und in der Abgeordnetenkammer Klagen laut wurden gegen eine Sekte, die Güter- und Weibergemeinschaft vertrete, da haben die Häupter der Schule, Bazard und Enfantin, an die Kammer eine Schrift gerichtet, in der sie ausführten:

> Die St. Simonisten glauben an die natürliche Ungleichheit der Menschen, und sehen eben die Ungleichheit als die Grundlage der Gesellschaft, als die unentbehrliche Bedingung der gesellschaftlichen Ordnung an. Sie verwerfen das System der Gütergemeinschaft; denn diese Gemeinschaft wäre eine offenkundige Verletzung des ersten aller sittlichen Gesetze, die sie zu verbreiten gesandt sind, und welches will, daß in Zukunft jeder nach seinen

Fähigkeiten gestellt und nach seinen Leistungen entlohnt werde. Aber in Gemäßheit dieses Gesetzes fordern sie die Aufhebung aller Vorrechte der Geburt ohne Ausnahme und infolgedessen die Vernichtung des Erbwesens, des größten aller Vorrechte, desjenigen, das sie gegenwärtig alle umfaßt. . . .

Das Christentum hat die Frauen aus der Sklaverei befreit; aber es hat sie trotzdem zu einer untergeordneten Stellung verdammt, und überall im christlichen Europa sehen wir die Frauen noch mit dem religiösen, politischen und bürgerlichen Bann belegt. Die St. Simonisten haben die endgültige Befreiung verkündet, aber ohne deshalb das heilige, durch das Christentum verkündete Gesetz der Ehe anzugreifen.

Die Lehre von der Befreiung der Frau wurde namentlich durch Enfantin vertreten, der neben Bazard als Oberpriester (père suprême) die Schule leitete. Enfantin, geboren zu Paris 1798, entstammte einer Bankiersfamilie und war auch selbst zuerst im Bankfach tätig. Früh gewann er Fühlung mit dem Saint-Simonismus, der aber den eitlen Jüngling nicht festhalten konnte, solange dort bei dem beschränkten Kreise der Anhänger Ruhm und Ansehen nicht zu erhoffen war. Erst als weitere Kreise sich für Saint-Simons Lehren begeisterten, stellte sich auch Enfantin wieder ein und gelangte rasch zur Führerstellung. Als solcher drängte er die Schule nach und nach zu rohen Vergröberungen der ursprünglichen Gedanken, namentlich auf dem Gebiete der freien Liebe, wobei er die mystischen Neigungen der damaligen Pariser Jugend für seine Zwecke auszunutzen verstand. Bazard schied empört aus der Sekte aus, und nun wurde das Treiben Enfantins immer toller. Das Organ der Schule, der „Globe", schrieb z. B. am 12. Januar 1832:

Man wird Männer und Frauen sehen, die in einer noch nicht gekannten Liebe geeint wären, in einer Liebe, die weder Erkalten noch Eifersucht kenne; Männer und Frauen, die sich mehreren hingäben, ohne je aufzuhören, einander anzugehören, deren Liebe im Gegenteil dem göttlichen Gastmahl gliche, das an Pracht zunähme, je größer die Zahl und Auswahl der Gäste.

Mit 40 Getreuen zog sich Enfantin am 23. April 1832 auf sein Gut Ménilmontant bei Paris zurück. Das Ende war ein

Prozeß wegen Unsittlichkeit und Übertretung verschiedener Polizeigesetze, in dem Enfantin und die Seinen verurteilt wurden. Er starb am 31. Mai 1864.

Aber die Gedanken des Saint-Simonismus lebten weiter und wirkten fort. Seine Bedeutung beruht darin, daß er die sozialen Probleme in ihrer Größe begriffen und zum ersten Male die Augen der Welt auf sie zu lenken vermocht hat. Von den Anhängern Saint-Simons haben sich später auf anderen Gebieten u. a. ausgezeichnet: Augustin Thierry, Auguste Comte, Adolphe Blanqui, Lesseps, der Erbauer des Suezkanals, H. Carnot, der spätere Minister der Republik, Pereire, der Begründer des Crédit mobilier, Mony, der Erbauer der ersten französischen Eisenbahn. —

Charles Fourier, am 7. April 1772 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns in Besançon geboren, bildete sich durch Geschäftsreisen in Deutschland und Holland. 1793 ließ er für einen Teil seines väterlichen Erbes Kolonialwaren von Marseille nach Lyon kommen, weil er hier eine Preissteigerung erhoffte. Diese Spekulation mißglückte. Nachdem Fourier einen weiteren Teil seines Vermögens durch einen Schiffsuntergang eingebüßt hatte, wurde er Angestellter eines Kaufhauses in Marseille. Wie er hier zum Nachdenken über die soziale Frage geführt wurde, erzählt er selbst in seiner „Theorie von den vier Bewegungen und den allgemeinen Bestimmungen", die 1808 erschienen ist:

> Ach! sieht man nicht alle Tage in den Häfen Kornvorräte ins Meer werfen, die der Kaufmann hat verderben lassen, weil er zu lange auf eine Preissteigerung gewartet hatte! Ich selbst habe in meiner Stellung als Handlungsgehilfe diese niederträchtigen Maßnahmen geleitet und eines Tages 20 000 Zentner Reis ins Meer werfen lassen, die man vor ihrem Verderben mit anständigem Nutzen hätte verkaufen können, wenn ihr Besitzer weniger gierig nach Gewinn gewesen wäre.

Fourier wurde später Makler in Lyon, und während er nach seinen eigenen Worten „als Makler den Lügen anderer die seinen hinzufügte und von Haus zu Haus lief, um Aufträge zu vermitteln" gestalteten sich in ihm die Gedanken der neuen sozialen Gesell-

schaft. 1826 ging er nach Paris, wo er in untergeordneten Kaufmannsstellen bis zu seinem Tode am 10. Oktober 1837 lebte.

Am 4. Juni 1899 ist ihm, dem „Entdecker der Gesetze der Weltharmonie", in Paris ein Denkmal enthüllt worden, das die drei Worte trägt, deren harmonisches Verhältnis er zu finden suchte: Kapital, Arbeit, Anlage.

Fourier hat die Gefahren des Alleinstehens erfahren müssen. Er hatte lange Zeit keine Schüler, mit denen er sich aussprechen, die er organisieren und auf bestimmte Ziele hinlenken konnte. So hat er seine sozialen Gedanken zügellos mit phantastischem Beiwerk umrankt. Nehme man seine Lehre an, so würde sie auch die Natur in vollendete Harmonie umwandeln: das Meerwasser würde zu Limonade; Haifische und Walfische zögen freudig die Schiffe der Menschen; Löwen und Tiger böten sich als Last- und Zugtiere an. Auch die Menschen machten körperlich und geistig ungeahnte Fortschritte.

Der Kern seiner Lehre stellt sich so dar: Gott leitet Weltall und Menschheit in animalischer, organischer, materieller und sozialer Beziehung. Nach diesen vier Beziehungen ist der Titel seines Hauptwerkes gewählt. Gottes Gesetze in materieller Beziehung sind im wesentlichen durch Newton in dem Gesetz des Weltgleichgewichts, der gegenseitigen Anziehung gefunden worden. Jetzt kommt es darauf an, dieses Gesetz auch für das soziale Leben zu finden. Wie zur Entdeckung jenes Gesetzes das Studium der Moleküle und Atome geführt hat, so führt zur sozialen Anziehungslehre das Studium der Triebe, die Gott jedem Menschen gegeben hat, die deshalb ausnahmslos gut sind und in ihrer Befriedigung zur Harmonie führen müssen.

Jeder Mensch wird von drei allgemeinen Trieben geleitet: Der Luxustrieb zeigt sich in den fünf Sinnen. Jeder will sehen, schmecken, hören, riechen, fühlen. Der Gruppentrieb weckt das Bedürfnis, sich in Freundschaft, Arbeit, Liebe und Ehe mit anderen Gleichgesinnten zusammenzuschließen. Der Trieb nach gleichzeitiger Befriedigung der Sinne und der Seele umfaßt drei Triebarten, deren

ungehemmte Entwicklung zur sozialen Vollkommenheit nötig sei: die „Cabaliste", die „Composite" und die „Papillonne". Die „Cabaliste" ist der Trieb des Wetteifers, die „Composite" ist der Trieb der Begeisterung; die bisher immer übersehene und mißachtete „Papillonne" ist der Trieb zum Wechsel in der Arbeit und allen äußeren Eindrücken.

Der Luxustrieb treibt zur Arbeit, damit die Mittel zur Befriedigung der Sinne gewonnen werden. Der Gruppentrieb führt zu gemeinsamer Arbeit in Verbänden aller Art, und der Trieb zur gleichzeitigen Befriedigung der Sinne und Seele wird die Arbeitsgruppen zu fruchtbarem Wettbewerb anspornen und die Arbeit in ihnen zu einer Lust gestalten.

Die wichtigste Aufgabe sei, dem Gruppentrieb die richtigen Formen zur Erfüllung zu zeigen: „Aus der Serie entspringt die Harmonie." Das Zauberwort heißt Genossenschaft. Fourier nennt seine Genossenschaft nach der makedonischen Phalanx, die alle Feinde niederwarf, eine Phalange. Sie müßte etwa eine Geviertmeile bedecken und etwa 300 Familien Arbeit und Wohnung bieten. Ein einziges schloßartiges Gebäude, das Phalanstère, enthält alle nötigen Räume in gesundheitlicher und technischer Vollkommenheit. Alle Mitglieder der Phalange haben sich zu Gruppen von mindestens sieben Personen je nach Neigung und Begabung zu vereinigen. Jeder Zwang ist vermieden. Die „Papillonne" kommt zu ihrem Recht, da niemand mehr als zwei Stunden sich derselben Beschäftigung hinzugeben braucht. Da aber jeder aus Neigung arbeitet und der Wettbewerb der Gruppen allen zugute kommt, wird der wirtschaftliche Erfolg groß sein. Von dem Ertrag fallen $^5/_{12}$ auf die Handarbeit, $^4/_{12}$ auf das Kapital, $^3/_{12}$ auf die Anlage, das Talent, d. h. auf die geistigen Dienste, die der Produktion geleistet werden. Dienstboten gibt es nicht, da bei gleicher Achtung aller Arbeit es nicht an Menschen fehlen wird, die zur Förderung ihrer Verdauung usw sich freiwillig zu Gruppen vereinen, die auch schwere körperliche Arbeit, wie die des Holzhauens, Stiefelputzens usw. übernehmen. Diejenigen Mitglieder, die durch ihre Triebe veranlaßt werden, in

die Fremde zu gehen und besondere Taten zu verrichten, bilden ein Arbeitsheer, das zum Nutzen aller Phalangen die Anlage und Erhaltung von Wegen, die Urbarmachung von Ödland, die Entwässerung von Sümpfen usw. ausführt. Die Leitung der Phalange hat der Areopag (Gerichtshof), der sich aus den Leitern der Serien, dem Rat der Alten und den Aktionären der Gesellschaft zusammensetzt. Nach außen wird jede Phalange durch ein Oberhaupt vertreten: den Unarchen. Über allen steht der Omniarch (Allherrscher), der in Konstantinopel, der natürlichen Hauptstadt der Welt, seinen Sitz hat.

Fourier rief die Reichen dieser Erde an, ihm doch nur eine Million Frs. zur Verfügung zu stellen, damit er das erste Phalansterium aufrichten könne. Er berechnete, daß es in Europa 4000 „Kandidaten" gebe, die bei genügender Aufklärung die erwünschten Mittel vorstrecken würden. Die letzten zehn Jahre seines Lebens hat er jeden Tag zur Mittagsstunde in seinem Hause gesessen und auf den „Kandidaten" gewartet, natürlich vergeblich — ebenso vergeblich, wie er seine Schrift den Großherzögen von Hessen und von Sachsen-Weimar anbot mit der verlockenden Aussicht, durch die erste Durchführung einer Phalange den sichersten Anspruch auf die Stellung eines Omniarchen zu gewinnen.

Auch Robert Owen forderte er auf, eine Phalange zu errichten. Als dieser ablehnte, hat Fourier ihn in einer besonderen Schrift als „Scharlatan und Schwätzer" hingestellt.

Bedeutung erlangte Fouriers Lehre, als 1831 der Pionierhauptmann Viktor Considérant (12. Oktober 1808 bis 27. Dezember 1893) seinen Abschied nahm, um sich ganz ihrer Verbreitung zu widmen. Ihm gelang es, Fouriers Gedanken volkstümlich darzustellen und ihre Anhänger in der „école sociétaire" zu organisieren. Ein „Manifest" dieser Schule von 1841 zeichnet treffend das Wesen des Utopismus, indem es die letzte Entscheidung über Wert oder Unwert einer Theorie auf den Ausgang eines Experimentes stellt:

> Jede Theorie des sozialen Fortschritts muß, auf die Gefahr hin, unsinnig, unsittlich und antisozial genannt zu werden, eine

Prüfung ihrer Richtigkeit durch örtliche Experimente zulassen und muß die Fähigkeit besitzen, die Menschheit zur allgemeinen praktischen Verwirklichung des neuen Systems durch freiwillige Nachahmung zu bewegen.

Considérant beantragte als Mitglied der Abgeordnetenkammer am 14. April 1849, daß die Regierung 1200 ha Land in der Nähe von Paris zur Errichtung einer Phalange hergebe und ein Phalanstère auf Staatskosten einrichte. Der Antrag wurde abgelehnt, erregte aber außerordentliches Interesse. Als Gegner des Präsidenten Napoleon wegen Hochverrats angeklagt, floh Considérant nach Amerika, dann nach Brüssel. Hier gelang es ihm, 1854 eine „Europäisch-amerikanische Kolonisationsgesellschaft zu Texas" mit einem Betriebskapital von einer Million Dollars zu gründen. In Texas sollte nun durch eine große Phalange die erste Zelle der Zukunftswelt errichtet werden. 1200 Personen aus allen Ständen fanden sich zusammen, um die Phalange „La Réunion" („Vereinigung") aufzubauen. Considérant hat drei Jahre lang seine Kräfte hier aufgerieben. Dann war der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten. Die Organisation der Anhänger Fouriers verlor nun schnell jede Bedeutung. Es sind noch mancherlei praktische Versuche im Sinne Fouriers gemacht worden, im ganzen kennt man etwa fünfundzwanzig. Keiner hat Bestand gehabt. Nach dem Zusammenbruch der „praktischen Arbeit" ist Viktor Considérant nur noch für das Verhältniswahlsystem werbend eingetreten, das er zuerst 1842 verteidigt hatte. Die erste Anregung dazu hatte einst der Physiokrat Condorcet gegeben: Nur die Verhältniswahl schließe Kirchtumsinteressen aus und sichere die Wahl verdienter Männer, auch wenn ihre Anhänger über das ganze Land zerstreut seien.

Auch bei Fourier war es, wie bei Owen, die „unpraktische" Aufklärungsarbeit, aus der Segen ersproß. Einer seiner Schüler, Jean Leclaire (1801—1872), der Sohn eines Schuhmachers, hatte sich als Baumaler in Paris früh selbständig gemacht und sich durch die Erfindung eines unschädlichen Zinkweiß große Verdienste erworben. Er führte auf Grund der Lehre seines

Meisters von der notwendigen Harmonie zwischen Arbeit, Kapital und Anlage seit 1842 die Gewinnbeteiligung seiner Angestellten mit großem Erfolge durch. Seine Arbeiter haben ihm 1896 in Paris ein Denkmal errichtet. Nach der gleichen Richtung wirkte André Godin (1817—1888), auch der Sohn eines Handwerkers, der Erfinder gußeiserner Öfen. Er hat seine Fabrik 1859 zu dem berühmten Familistère in Guise ausgebaut: eine Art Genossenschaft von etwa 250 Familien mit Gewinnbeteiligung aller Angestellten und weitgehenden Wohlfahrtseinrichtungen. Die Gewinnbeteiligung haben in Frankreich heute etwa 120 große Firmen durchgeführt. In Deutschland vertritt diesen Gedanken in Wort und Tat namentlich der Fabrikbesitzer Heinrich Freese.

Ein Samenkorn, von Fouriers Hand gestreut, ist es auch, das aufzugehen scheint in den Plänen des französischen Ministers Briand, der sich schnell aus einem sozialen Revolutionär zu einem Reformer entwickelt hat, in dessen Programm die Schaffung der sogenannten „Arbeiterbeteiligungsgesellschaften" (Sociétés à participation ouvrière) steht. Diese Gesellschaften sollen außer Kapitalaktien auch Arbeitsaktien verteilen. Seit November 1908 sind auf Betreiben Briands in Albi zwischen der Bergarbeitergewerkschaft und der Minendirektion Versuche dieser Art gemacht worden, die bisher gute Ergebnisse erzielt haben sollen. —

In der März-April Sitzung 1917 hat der französische Senat in erster Lesung einen Gesetzentwurf über die Einführung der „Aktien der Arbeit" angenommen. Er soll, wie der Berichterstatter Deloncle sagte, „gewissen Arbeiterklassen ermöglichen, in der sozialen Hierarchie emporzusteigen" und es den Arbeitern erlauben, ein vom Klassenbewußtsein verschiedenes Bewußtsein zu gewinnen. Nach diesem Gesetz bildet die Gesamtheit der Arbeiterschaft eines Unternehmens eine juristische Person, der Aktien der Unternehmung zugewiesen werden. Diese Anteile sind unveräußerlich, solange die Gesellschaft besteht. Die Arbeitsgenossenschaft nimmt auch durch gewählte Vertreter an den Hauptversamm-

lungen der Aktiengesellschaft teil und hat auch im Verwaltungsrat Vertreter wie die Besitzer der gewöhnlichen Aktien. —

Etienne Cabet, geboren am 1. Januar 1788 in Dijon, wurde Rechtsanwalt. Wegen heftiger Angriffe gegen das Ministerium wurde er 1834 zu fünf Jahren Verbannung verurteilt. Er ging nach England. Hier gab er sich geschichtlichen Arbeiten hin, durch die er für das Ideal der Gütergemeinschaft gewonnen wurde.

Durch Thomas Morus' „Utopia" angeregt, schrieb er 1840 die „Reise nach Ikarien", die in glänzenden Farben das Ideal einer kommunistischen Gemeinschaft malte. Bald konnten seine Freunde rühmen, es gäbe in Paris keine Werkstatt, in der nicht die „Reise nach Ikarien" gelesen und besprochen werde. Die Zahl seiner Anhänger wurde 1847 auf 400 000 geschätzt. Zunächst lehnte Cabet jeden Versuch ab, „weil dessen Fall fast sicher sei und immer viel Unglück nach sich ziehen müsse". Aber bald wurden seine Anhänger ungeduldig, und Cabet war schwach genug, diesem Drängen nachzugeben. Im Mai 1847 erschien sein Aufruf: „Auf nach Ikarien":

> Neue Weltsegler, entdecken oder gründen wir eine neue Welt, welche das Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit sein wird. Neue Missionare, predigen oder vielmehr verwirklichen wir die Brüderlichkeit, indem wir sie in unsere Einrichtungen, sowie auf unsere Denkmäler und vor allem in unsere Herzen schreiben! Allenthalben, zu allen Zeiten sind es die aus dem alten Bienenkorb weggeflogenen Schwärme gewesen, welche die neuen Stöcke gegründet haben. Der Kolonisation verdanken Afrika, Europa und Amerika ihre gesitteten Bevölkerungen. Gehen wir gleichfalls, den Bienenstock der Menschheit zu begründen, schaffen wir ein französisches, ein europäisches, ein menschheitliches Ikarien! . . . .
>
> Keine Bedienten, keine Armen, keine Sklaven! Die Maschinen ins unendliche vervielfacht, um den Menschen zu helfen! Die Arbeit von jeder Gefahr und jeder Ermüdung befreit, leicht und kurz, selbst durch alle Mittel anziehend gemacht! Die schönen Künste bis zum höchsten Grade der Entwicklung und Vervollkommnung gebracht! In Ikarien keine Bankerotte, keine Sorgen, keine Prozesse und Pässe, keine Spione, noch Gendarmen, keine Henker, noch Kerkermeister. Niemand wird glücklicher sein als der

andere. Keiner wird einen Glücklicheren sehen, als er selbst ist. Und welche Umgestaltung, welche ungeheure Verbesserung! . . .

Man wirft uns immer die Worte „Traum" und „Utopien" entgegen. Auf, Ikarier! Schließen wir unseren Verleumdern den Mund, brechen wir auf, um Ikarien zu begründen!

Die Begeisterung, die dieser Aufruf weckte, war ungeheuer. Oft wurde alles angeboten, was seit Jahren gespart oder als Vermächtnis überkommen war. Frauen und Mädchen verkauften ihren Schmuck. Feindliche Brüder versöhnten sich in der gemeinsamen Begeisterung für Ikarien. Cabet erhielt von der mexikanischen Regierung eine Million Joch Land unentgeltlich unter der Bedingung, daß die Kolonie noch vor dem 1. Juli 1848 gegründet werde. Schon am 3. Februar schiffte sich der „Vortrupp" ein. Cabet verkündete der zweifelnden Welt:

Angesichts solcher Leute, wie dieses Vortrupps, kann ich an der Erneuerung des Menschengeschlechts nicht mehr zweifeln.

In Texas warteten ungeheure Leiden auf die ersten Pioniere und ihre Nachfolger. Als Cabet 1849 selbst nach Amerika kam, erklärten von 487 Ikariern 200 sofort ihren Austritt. Mit dem Rest aber konnte Cabet durch einen Zufall seiner Kolonie eine überaus glückliche Grundlage geben. Die Mormonen verließen das gut von ihnen angebaute Nauvoo, um ihre religiöse Freiheit zu retten und, nach einem opfervollen Zug durch die Wüste am Salzsee ihr Heiligtum neu aufzubauen. Die Ikarier übernahmen Nauvoo zu den allergünstigsten Bedingungen. Aber es wiederholte sich auch hier der alte Gegensatz, an dem alle Versuche gescheitert sind: Der Gegensatz zwischen Gleichheit und Freiheit.

Cabet hatte sogar den Schülern die Freiheit gegeben, ihren Unterrichtsplan selbst aufzustellen und die Erziehungsstrafen zu bestimmen; aber den Erwachsenen gewährte die Verfassung Ikariens nicht einmal Preßfreiheit: die sei nur im alten verrotteten Zustand nötig, aber nicht mehr, wenn die Wahrheit des Kommunismus gesichert sei.

Es brachen bald Zwistigkeiten auf Zwistigkeiten aus. In der Hauptversammlung im Oktober 1856 wurde endlich Cabet

selbst durch die Mehrheit ausgeschlossen, und er mußte mit seinen Anhängern die Kolonie verlassen. Bald darauf, am 8. November 1856, erlag er in St. Louis einem Schlaganfall. Er starb an der Trennung von seinem Lebenswerk. Seine Gefährten schwuren über seinem Grabe seinen Grundsätzen ewige Treue. Sie richteten auch bald eine neue Kolonie auf: Cheltenham. Trotz vieler Unterstützungen aus Frankreich war aber das Dasein auch dieser Kolonie nur ein langsames Hinsiechen. 1864 mußten die letzten Ikarier: acht Männer, sieben Frauen, sie dem Hypothekengläubiger ausliefern.

Unter der siegreichen Mehrheit in Nauvoo brachen bald wieder Zwistigkeiten aus, die zu ihrem Untergang führten.

Die Mormonen-Niederlassungen aber, die zunächst auch kommunistische Bestandteile in ihrer Verfassung hatten, gediehen, weil hier sich jeder der unumschränkten Herrschaft des leitenden „Propheten" unterordnete — eine Erscheinung, wie sie auch schon der Jesuitenstaat in Paraguay von 1638—1750 gezeigt hatte, in dem der gesamte Boden und fast alle Produktionsmittel Eigentum Gottes, d. h. Gemeineigentum, waren. Die Lebenshaltung der indianischen Bevölkerung von etwa 100 000 Köpfen war unverhältnismäßig hoch; aber die Herrschaft der geistlichen Führer war auch eine unbedingte.

Dasselbe Bild zeigt der Kommunismus der Wiedertäufer, bei denen nach dem düster blutigen Gleichheitstraum des „Königs von Sion" Johann von Leyden sich stille Gemeinschaften kommunistischer Art unter dem Namen der Hueterischen Brüder bildeten (1533), die sich unter mancherlei Wechselfällen erhalten haben. Sie umfassen heut in zwölf Brüderhöfen in Süd-Dakota in den Vereinigten Staaten etwa 1300 Menschen. In diesen Gemeinschaften muß jeder auch in weltlichen Dingen die Entscheidung der „Diener des Wortes" als bindend anerkennen.

Die 350jährige Geschichte der Hueterischen Brüder beweist ebenso wie die mehr als 1500jährige Geschichte der katholischen

Klöster, daß ein gewisser Kommunismus wohl möglich ist. Aber der Preis für die wirtschaftliche Gleichheit ist stets der gleiche: der bewußte Verzicht auf die persönliche Freiheit.

3. Von der Utopie zum Kommunistischen Manifest.

Zu den Utopisten muß auch der erste deutsche Vertreter des Kommunismus gezählt werden: Wilhelm Weitling. Er war am 5. Oktober 1808 in Magdeburg als uneheliches Kind geboren und wuchs im tiefsten Elend auf. Nachdem er das Schneiderhandwerk erlernt hatte, ging er 1828 auf die Wanderschaft, die ihn bis nach Paris führte. Hier schloß er sich 1836 dem „Bunde der Gerechten" an, den später Marx und Engels in den Kommunistenbund umwandelten. Im Auftrage dieses Bundes schrieb er die erste deutsche Werbeschrift: „Die Menschheit, wie sie ist, und wie sie sein sollte." 1842 erschienen seine „Garantien der Harmonie und Freiheit", die nach einem Worte von Heinrich Heine „lange der Katechismus der deutschen Kommunisten gewesen sind". Karl Marx hat darüber im Pariser „Vorwärts" 1844 geurteilt:

> Was den Bildungsstand oder die Bildungsfähigkeit der deutschen Arbeiter im allgemeinen betrifft, so erinnere ich an Weitlings geniale Schriften, die in theoretischer Hinsicht oft selbst über Proudhon hinausgehen, so sehr sie in der Ausführung nachstehen. Wo hätte die Bourgeoisie —ihre Philosophen und Schriftgelehrten eingerechnet — ein ähnliches Werk wie Weitlings: „Garantien der Harmonie und Freiheit" in bezug auf Emanzipation der Bourgeoisie aufzuweisen?

Das merkwürdigste Werk Weitlings ist „Das Evangelium des armen Sünders" (1845), in dem er „in mehr als 100 Bibelstellen beweisen will, daß die kühnsten Folgerungen freisinniger Gedanken ganz im Einklang mit dem Geist der Lehre Christi sind". Wegen dieser Schrift wurde er in Zürich länger als ein Jahr im Gefängnis gehalten. Von den Arbeitern aber wurde das Buch mit Begierde aufgenommen. 1848 erschien schon die dritte Auflage. In diesem Buch hat er seine Vorschläge

im Interesse aller kurz und bestimmt so ausgedrückt:

1. Alle Beamten sind Arbeiter des Staates und erhalten als solche den gleichen Lohn. Die großen Gehälter und die Ämterjagden hören auf.

2. Der Staat gibt allen Arbeit, welche Arbeit verlangen, und lohnt sie wie seine Beamten. Die Sorge um Arbeit hört auf.

3. Der Staat erhält alle Alten, Kranken, Krüppel, Kinder und überhaupt alle, die nicht arbeiten können und Erhaltung verlangen, so anständig wie seine Beamten. Die Sorge um die Existenz hört auf.

Diese Grundsätze enthalten alles, was wir im Interesse aller in diesem Staate noch verlangen können.

Nach seiner Freilassung ging er nach England, wo ihn Owen „als den mutigen und talentvollen Führer der deutschen Kommunisten" begrüßte.

Weitling führt alle Not lediglich auf die Schlechtigkeit der Menschen zurück:

Wenn sich die Gütergemeinschaft unter den Christen kein dauerndes Reich gründen konnte, so hat das wie immer an der Verdorbenheit der Mächtigen und Priester gelegen.

Es komme nur auf den Willen an:

Das Mahl ist bereit; die gütige Mutter Natur hat für alle gedeckt; das Prinzip der Gemeinschaft kann verwirklicht werden, wenn Ihr nur wollt. Aber die ersten, welche geladen worden sind, wurden mutlos, als die Propaganda nicht schnell genug Früchte trug. Andere scheuten die Mühen und Opfer, die für die Propaganda nötig waren; ihre persönlichen Interessen beschäftigten sie mehr als die gemeinsamen. So blieben sie auf halbem Weg zurück, anderen die Arbeit überlassend.

Diese geschichtswidrige Auffassung, die über alle wirtschaftlichen Bedingungen hinwegsieht, führte im März 1846 in einer Brüsseler Sitzung des Bundes der Gerechten zum Bruch mit Marx. Überhaupt erschwerte ein übertriebenes Selbstgefühl jede Zusammenarbeit mit Weitling. Zu dem ersten deutschen

Arbeiterkongreß am 23. August 1848 in Berlin fand auch er sich ein. Er verließ ihn aber sofort wieder, als ein von ihm gestellter Antrag nicht Annahme fand.

Nachdem die Bewegung 1848 in Deutschland gescheitert war, ging Weitling nach Amerika und gründete dort die kommunistische Kolonie Communia im Staate Wisconsin. Sie zerfiel, und ihre kleine Wochenschrift: „Die Republik der Arbeiter" ging ein. Weitling trat vom öffentlichen Leben zurück und hat als Schreiber in einem Auswanderungsbureau von Castle Garden bis zu seinem Tode am 25. Januar 1871 das Brot der Armut gegessen.

Der Eindruck seiner Persönlichkeit aber wirkte noch lange nach, und seine Schriften gingen in vielen Werkstätten von Hand zu Hand. Arbeiter, die von seinen Gedanken angeregt waren, haben 1863 den Weg zu Lassalle gefunden. —

Der Weg „von der Utopie zur Wissenschaft" knüpft sich in erster Reihe an den Namen Marx. Karl Heinrich Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier als Sohn eines Rechtsanwalts geboren. Sein Vater stammte aus der alten Rabbinerfamilie der Mardechai, die Mutter aus einem holländischen Rabbinergeschlecht, namens Preßburg. Die Familie trat 1824 zum Protestantismus über. Der Vater blieb bis zu seinem frühen Tode 1838 dem Sohne ein verständnisvoller Führer und Freund. Die Mutter hat manchen Kummer um den Sohn getragen, dessen Wesen und Wege sie nicht zu verstehen vermochte. Dieser hat uns selbst ein Wort von ihr überliefert: „Wenn der Karell viel Kapital gemacht, anstatt viel über Kapital zu schreiben, wäre es viel besser!" Großen Einfluß gewann auf den jungen Marx das Haus des Geheimen Regierungsrats Ludwig von Westphalen, mit dessen 4 Jahr älteren Tochter Jenny ihn innige Freundschaft verband und mit der er sich mit 18 Jahren verlobte. Nach dem Willen des Vaters studierte er zunächst die Rechte in Bonn. 1837 ging er nach Berlin. Hier warf er sich in eine Fülle von Arbeiten. Er entwarf Novellen und schrieb Gedichte:

Nimmer kann ich ruhig treiben, was die Seele stark erfaßt;
Nimmer still behaglich bleiben, und ich stürme ohne Rast.
Alles möcht' ich mir erringen, jede schönste Göttergunst!

Während einer Krankheit, die er sich durch Überarbeiten zugezogen, verschlang er „Hegel von Anfang bis Ende, samt den meisten seiner Schüler". —

Hegel (1770—1831) ist der Schöpfer der dialektischen Methode, die alles in dauerndem Fluß sieht, hervorgerufen durch den Kampf der Gegensätze. Die Stufen des Werdeprozesses sind nach Hegel das Positive, und sein Widerspruch die Negation, und endlich die Auflösung des Widerspruchs auf einer neuen höheren Stufe: die Negation der Negation. Bekannter sind für diese Stufen die Ausdrücke: These, Antithese, Synthese.

Das innere Wesen aller Entwicklung ist nach Hegel die Vernunft, der Weltgeist, Gott. Es offenbart sich im Aufstieg, der durch die unorganische Welt hindurchgeht, durch das Pflanzen- und Tierreich zum Menschen emporsteigt und hier, zumal in der Form des Staates, sich als höchste Äußerung der absoluten Vernunft äußert. In jeder Stufe der Entwicklung aber ist die Idee bedingt durch das Seiende; so erklärt Hegel in der Vorrede zu seiner „Philosophie des Rechts":

> Was vernünftig ist, das ist wirklich; was wirklich ist, das ist vernünftig ... Jedes Individuum ist der Sohn seiner Zeit. Auch die Philosophie ist: ihre Zeit in Gedanken erfaßt. Kein Individuum kann seine Zeit überspringen.

Darin liegt eine verteidigende und eine vorwärtsdrängende Seite. Der Meister selbst hat die erste, die konservative, betont. Er, der den Jammer des deutschen Zusammenbruchs um 1800 erlebte, hat den preußischen Staat der Freiheitskriege in seiner Eigenart als höchste Stufe der Entwicklung verehrt. Vielen seiner Jünger, den „Junghegelianern", war auf allen Gebieten die vorwärtsdrängende Seite der dialektischen Methode die allein maßgebende. Karl Marx nennt im Vorwort seines „Kapitals" sie ihrem Wesen nach „kritisch und revolutionär", da sie

„in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs, einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt und sich durch nichts imponieren läßt."

Den philosophischen Doktorgrad erwarb sich Marx 1841 in Jena mit einer Arbeit über die „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie". Seinen Standpunkt bezeichnet die Vorrede als „denjenigen der freien, weltbezwingenden Philosophie, die keine andere oberste Gottheit als das menschliche Selbstbewußtsein anerkennt".

Seinen Plan, sich der akademischen Laufbahn zu widmen, gab er auf, abgeschreckt durch die Maßregelung seines Freundes, des freigesinnten Theologen Bruno Bauer an der Bonner Universität.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. hatte lange gebundene Hoffnungen auf allen Gebieten erweckt, und so gründeten auch rheinische Liberale, Camphausen und Hansemann, in Köln die „Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe", welche die Ansprüche des aufstrebenden Bürgertums gegen die altpreußischen Mächte vertreten sollte. Marx wurde Anfang 1842 Mitarbeiter und im Oktober Leiter des Blattes. Diese Tätigkeit zwang ihn auch, Stellung zu nehmen zu volkswirtschaftlichen Fragen, die ihn nun schnell in steigendem Maße beschäftigten. Die Zensur sah bald in dem 24jährigen Marx den „doktrinären Mittelpunkt" des unbequemen Blattes und erzwang seinen Rücktritt.

Trotzdem er nun ohne sicheres Brot war, heiratete er Jenny von Westphalen und verlebte mit ihr einige glückliche Monate in Kreuznach. Er plante, mit Arnold Ruge von Paris aus, d. h. ungehemmt durch die preußische Zensur, „Deutsch-französische Jahrbücher" herauszugeben. Ein Brief vom September 1843 aus Kreuznach an Ruge zeigt zuerst, wie er die Hegelsche Lehre vom Staat für die Klarlegung seiner neugewonnenen sozialen Anschauungen benutzen will:

> Er (der Staat) unterstellt überall die Vernunft als realisiert; er gerät aber ebenso überall in den Widerspruch seiner ideellen Bestimmung mit seinen realen Voraussetzungen. Aus diesem Konflikt des politischen Staates mit sich selbst läßt sich daher überall die soziale Wahrheit entwickeln.

Der größte Widerspruch gegen die ideale Bestimmung, d. h. die im Staate verkörperte Vernunft, zeigt sich in der Masse des Proletariats. In den „Deutsch-französischen Jahrbüchern" hat Marx denn auch im Frühjahr 1844 eine „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" gegeben, in der er zum ersten Male von einer besonderen Klasse spricht, die sich

> „im Namen der allgemeinen Rechte der Gesellschaft die allgemeine Herrschaft vindizieren" und so die „positive Möglichkeit einer Emanzipation" schaffen könnte, zur Erfüllung des „kategorischen Imperativs, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist". Diese Klasse ist das Proletariat, und „wie die Philosophie im Proletariat ihre materialen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen."

Die Wendung zum Sozialismus war vollzogen. —

In dem ersten — übrigens einzigen — Heft der „Deutsch-französischen Jahrbücher" fand sich noch ein Beitrag von Marx: „Zur Judenfrage":

> Der praktische Judengeist ist zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden.... Die Emanzipation von Schacher und von Geld, also vom praktischen, realen Judentum, wäre die Selbstemanzipation unserer Zeit. Eine Organisation der Gesellschaft, welche die Voraussetzungen des Schachers, also die Möglichkeit des Schachers, aufhöbe, hätte den Juden unmöglich gemacht.

Paris war wesentlich mehr als Berlin oder Köln erfüllt von sozialistischen Ideen. Hier wirkte noch die Schule von Saint Simon nach, zumal Comtes Positivismus, der das Schlagwort ausgab: „Savoir pour prévoir" (Kennenlernen um Voraus-

zuschauen). Marx trat in Verbindung mit dem Utopisten Cabet, dem „Vater des Anarchismus" Proudhon, dem russischen Anarchisten Bakunin. Vor allem aber begegnete er hier Friedrich Engels, mit dem er eine Freundschaft schloß, die für sein Leben und Wirken von höchster Bedeutung werden sollte.

Friedrich Engels war am 28. November 1820 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns in Barmen geboren. Auch er wurde Kaufmann und trat in ein großes Bremer Haus. In dem Pietismus des Wuppertales aufgewachsen, erfüllten zunächst religiöse Kämpfe den hochbegabten Jüngling. Der Neunzehnjährige schreibt (am 26. Juli 1839):

> Ich bete täglich, ja fast den ganzen Tag um Wahrheit, habe es getan, sobald ich anfing zu zweifeln, und komme doch nicht zu eurem Glauben zurück. Und doch steht geschrieben: Bittet, so wird euch gegeben . . . Die Tränen kommen mir in die Augen, indem ich dies schreibe. Ich bin durch und durch bewegt; aber ich fühle es: ich werde nicht verloren gehen. Ich werde zu Gott kommen, zu dem sich mein ganzes Herz sehnt.

Dann lernte auch er Hegel kennen, dessen „ungeheure Gedanken" ihn auf „furchtbare Weise packen". Früh war er literarisch tätig und schrieb für Gutzkows „Telegraphen" und Ruges „Deutsche Jahrbücher" — aus Rücksicht auf sein Elternhaus und auf seine Militärzeit unter dem Namen Oswald. In Manchester, wohin er bald übersiedelte, arbeitete er an Owens „New Moral World" mit. Im September 1844 kam der 24jährige nach Paris, um Marx kennen zu lernen, dem er durch einen Aufsatz in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern" nähergetreten war.

Als Marx auf Veranlassung der preußischen Regierung, die er heftig angegriffen hatte, 1845 aus Paris ausgewiesen wurde, gingen die beiden Freunde nach Brüssel. Hier wandte sich Marx in seinem „Elend der Philosophie" scharf gegen Proudhons „Philosophie des Elends", der nicht in den Gesetzen der Waren-Erzeugung, sondern in den Gesetzen des Waren-Austauschs den Grund der sozialen Not erkannte. In dieser

Schrift finden sich bereits die Grundlinien der materialistischen Geschichtsauffassung klar herausgearbeitet:

> Mit der Erwerbung neuer Produktionskräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten. Aber dieselben Menschen, welche die sozialen Verhältnisse gemäß ihrer materiellen Produktionsweise gestalten, gestalten auch die Prinzipien, die Ideen, die Kategorien gemäß ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse. Somit sind diese Ideen, diese Kategorien, ebensowenig ewig, als die Verhältnisse, die sie ausdrücken. Sie sind historische, vorübergehende Produkte.

Eine besondere Bedeutung gewann der Eintritt der beiden Freunde in den „Bund der Gerechten", der allerlei unklare kommunistische Gedanken vertrat. Marx und Engels hatten dies „Gemisch von französisch-englischem Sozialismus oder Kommunismus und von deutscher Philosophie" scharf kritisiert, traten aber ein, um den Bund nach ihren Anschauungen umzuwandeln. Das gelang ihnen auf dem Londoner Bundeskongreß im Sommer 1847. Hier wurde als Ziel des Bundes bestimmt:

> Der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden, bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum.

Die „Gemeinden" des Bundes sollten aus wenigstens drei und höchstens zwanzig Mitgliedern bestehen. Diese hatten sich ein Feld der Tätigkeit zu schaffen durch Gründung oder Eroberung öffentlicher Arbeiterbildungsvereine. Aus diesen sollten die fähigsten Köpfe ausgewählt und in den leitenden Geheimbund aufgenommen werden. An seiner Spitze stand der Generalrat in London. Marx und Engels erhielten den Auftrag, die Lehren des Bundes zusammenzufassen. Sie taten es, wohl nach dem Beispiel des „Manifeste de la démocratie", das Victor Considérant, der Schüler Fouriers, erlassen hatte.

4. Das Kommunistische Manifest.

Im Februar 1848 erschien das „Kommunistische Manifest", das der Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie, Franz Mehring, „die Fahne des modernen, wissenschaftlichen Kommunismus" nennt, „das verbreitetste, das internationalste Erzeugnis der gesamten sozialistischen Literatur."

Das Manifest zerfällt in vier Teile. Der erste Teil, „Bourgeois und Proletarier", beginnt mit dem Satze: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Auch die jetzt herrschende bürgerliche Gesellschaft habe sich im Klassenkampf gegen die Feudalherren emporgerungen. Jetzt sei die Staatsgewalt nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwalte.

> Diese hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung". Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den „Tauschwert" aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.

Doch auch das Zeitalter der Bourgeoisie war notwendig; es hat erst enthüllt, was Menschen vermögen:

> Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbar-

machung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?

Aber diese neu entfesselten Kräfte werden nach und nach so groß, daß die Bourgeoisie sie nicht mehr beherrschen kann. In den Handelskreisen tritt Mangel auf, weil zuviel Lebensmittel, zuviel Waren vorhanden sind. Aus der Fülle entsteht die Not. Die Bourgeoisie bereitet so durch ihre eigene Entwicklung immer gewaltigere Krisen vor und vermindert die Mittel, ihnen vorzubeugen. Sie muß schließlich also an einem Punkte ankommen, an dem es kein Entrinnen mehr gibt. Dann geht die Herrschaft über an die zugleich mit der Bourgeoisie entstandene Klasse des Proletariats. Denn diese wächst unaufhörlich:

> Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.

Die proletarische Bewegung ist die Bewegung der ungeheuren Mehrzahl des Volkes. Deshalb muß sie endlich siegen, wenn auch einzelne Kämpfe verloren gehen. Immer wieder wird das Proletariat sich erheben. Es wird ein mehr oder minder versteckter Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft entbrennen, bis durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet hat.

Im zweiten Hauptteil wird das Verhältnis zwischen „Proletariern und Kommunisten" geschildert. Die Kommunisten sind keine besondere Partei, „sie sind nur die Avantgarde des Proletariats. Sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus". Der Kommunismus erwächst aus den tatsächlichen Verhältnissen des Klassenkampfes.

Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben. Es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Der Kommunismus wird die Erziehung der Kinder durch die Gesellschaft bestimmen lassen. Er wird die heutige Ehe, die zu ihrer Ergänzung der Prostitution bedürfe, aufheben.

Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.

In dem Maße, wie die Exploitation (Ausbeutung) des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird auch die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben werden. Mit dem Klassengegensatz im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen zueinander.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Hebt aber das Proletariat die alten Produktionsverhältnisse auf, in denen die Klassengegensätze wurzeln, so hebt es die Klassen selbst und damit zuletzt auch die eigene Herrschaft als Arbeiterklasse auf.

Der dritte Abschnitt behandelt die „Sozialistische und kommunistische Literatur". Darin werden der reaktionäre (d. i. der feudale, der kleinbürgerliche, der deutsche oder „wahre" Sozialismus), der konservative oder Bourgeois- und der kritisch-utopistische Sozialismus kritisiert und verworfen.

Der vierte Abschnitt bespricht die „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien". Jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden Zustände ist von ihnen zu unterstützen:

In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten.

Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschrittenen Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert — die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.

Das Manifest schließt mit der Erklärung:

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch! —

Ein Vierteljahrhundert später haben Marx und Engels im Vorwort zu einer Neuausgabe des „Kommunistischen Manifests" erklärt, daß „die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit behalten. Einzelnes wäre hier und da zu bessern." Anders aber stände es mit den vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln:

Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten 25 Jahren, und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum erstenmal zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert,

daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann".

5. Revolution und Reaktion.

Die Voraussage, daß Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution stände, erfüllte sich schnell. Unmittelbar nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes flammte die Revolution in Europa empor.

Die wirtschaftlichen Kräfte, zumal in Deutschland, drängten zu einer wirtschaftlichen Einheit, wie sie Friedrich List, der so oft vom korrekten Bürokratismus als Umstürzler sich hatte schelten lassen müssen, vergeblich auf friedlichem Wege erstrebt hatte. Der Deutsche Bund mit seinen 35 Staaten und 4 freien Städten genügte der bürgerlichen Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr. Diejenigen, welche die Einheit mit Ausschluß Österreichs unter preußischer Führung als zunächst möglich erkannten, die „Kleindeutschen", wurden heftig von den „Großdeutschen" bekämpft, die unter Führung Österreichs eine Art Mitteleuropa schaffen wollten. In den republikanischen Strömungen herrschte der großdeutsche Gedanke. Die „Föderalisten" unter ihnen erstrebten eine Bundesrepublik nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten, die Zentralisten eine „einige, unteilbare" Republik. Der Bund der Kommunisten stand in diesem Lager, und Marx, der bei Ausbruch der Revolution nach Köln geeilt war, machte die von ihm geleitete „Neue Rheinische Zeitung" zu ihrem führenden Organ. Diese großdeutsche Republik war, darüber gab sich Marx keiner Täuschung hin, nur durch einen Weltkrieg zu erreichen. Die Mächte der Gegenrevolution, die niedergezwungen werden mußten, waren ihm England und Rußland. Er hoffte auf die Hilfe der Italiener, der Madjaren und vor allem der Polen, denen er dafür Galizien, Posen und Westpreußen abzutreten bereit war. So in seinem Leitaufsatz vom 19. August 1848:

Polen muß wenigstens die Ausdehnung von 1772 haben und muß nicht nur die Gebiete sondern auch die Mündungen seiner großen Ströme und muß wenigstens an der Ostsee einen großen Küstenstrich besitzen.

Daneben hoffte man auf den Sieg der „roten Republik" in Paris und endlich auf den roten Schrecken; so im Leitaufsatz vom 6. November 1848:

Die resultatlosen Metzeleien seit den Juni- und Oktobertagen... werden die Völker überzeugen, daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel — den revolutionären Terrorismus.

Die „Neue Rheinische Zeitung", an der neben Marx gelegentlich auch Lassalle und ständig Engels, Freiligrath und Wilhelm Wolff, der Schilderer des schlesischen Weberelends, mitarbeiteten, war nicht lebensfähig zu erhalten, zumal als die revolutionäre Bewegung immer mehr zurückgedrängt wurde. Um die Gläubiger befriedigen zu können, opferte Marx sein gesamtes Vermögen, etwa 7000 Taler. Aber seine Zuversicht blieb ungebrochen. Am 18. Mai 1849 erschien die letzte Nummer. Das Abschiedswort von Marx lautet:

Revolutionäre Erhebung der französischen Arbeiterklasse, Weltkrieg — das ist die Inhaltsanzeige des Jahres 1849 — — — Schon droht von Paris aus die „Rote Republik!"

Freiligrath aber schloß sein letztes Gedicht in dieser ersten kommunistischen deutschen Tageszeitung:

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht in des Kampfes Wettern und Flammen,
Wenn das Volk sein letztes: „Schuldig" spricht — dann stehen wir wieder zusammen!
Mit dem Wort, mit dem Schwert, an der Donau, am Rhein — eine allzeit treue Gesellin
Wird dem Throne zerschmetternden Volke sein die Geächtete, die Rebellin!

Von Anklagen der Regierung wegen Pressevergehen und Aufforderung zu bewaffnetem Widerstand wird Marx nach einer großangelegten Verteidigungsrede von den Geschworenen freigesprochen. Hoffnungsfroh geht er dann nach Paris. Hier erlebte er aber nicht den erhofften Sieg der „Roten Republik", sondern den der Gegenrevolution. Die neue Regierung wollte dem gefürchteten Kommunisten einen Zwangswohnsitz in einer Sumpfgegend der Bretagne anweisen. Marx aber zog es vor, nach London zu gehen, wo er bis zu seinem Lebensende blieb.

Von London aus versuchte Marx die Organisation des Kommunistenbundes wieder aufzurichten. Es gelang auch, hier und da neue Gemeinden ins Leben zu rufen. Am 30. März 1849 fielen der Berliner Polizei bei dem Schuhmacher Hätzel Papiere in die Hände, welche das Dasein von 10 Gemeinden in Berlin bewiesen: 1. Vorwärts, 2. Rot, 3. Durch, 4. Todt, 5. Häcker, 6. Blind, 7. Stuck, 8. Schulz, 9. Rumpf, 10. Kerl. Diese zehn Gemeinden hatten zusammen fast 100 Mitglieder und eine Monatseinnahme von ungefähr 12 Talern. Dieses Geld sollte vollständig für Berlin verwandt werden: „Eine neue Revolution scheint vor der Tür, und wir brauchen noch viel Geld zu Waffen und Munition." Hätzel und die Mitangeklagten wurden am 5. August 1850 freigesprochen, weil man den Bund der Kommunisten für ein Phantasiegespinst hielt. Erst als ein Sendling des „Generalrats" durch einen Zufall der Polizei in die Hände fiel mit Papieren, die einen Überblick über die ganze Organisation ermöglichten, wurde ein Hochverratsprozeß eingeleitet und die Führer des Kommunistenbundes zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Darauf ward der Bund 1852 aufgelöst. —

Auch alle anderen Anfänge auf dem Gebiet der Arbeiterorganisation gingen zugrunde. Der bedeutendste war von einem Mitgliede des Kommunistenbundes, einem jüdischen Setzer aus Posen, namens Buttermilch, der sich Stephan Born nannte, geschaffen worden. Er war jung in Paris mit Engels und Marx zusammengetroffen und hatte im Auftrage des Kommunistenbundes Werbereisen durch Frankreich und die Schweiz

unternommen. Vom 1. Juni 1848 an gab er in Berlin dreimal wöchentlich „Das Volk" heraus, die erste deutsche Zeitung, die ausschließlich Arbeiterinteressen zu vertreten versprach. Born wurde auch die treibende Kraft des ersten deutschen Arbeiterkongresses, der vom 23. August bis zum 3. September 1848 in Berlin tagte und von 35 Arbeitervereinen besucht war. Hier wurde eine allgemeine Arbeiterorganisation beschlossen. Es sollten örtliche Komitees begründet werden, die in Bezirkskomitees und endlich in einem Zentralkomitee mit dem Sitz in Leipzig vereinigt werden sollten. Damit hoffte man zugleich die Organe zur Lösung der sozialen Frage zu gewinnen. Die Lokalkomitees, die ähnlich den heutigen Gewerkschaftskartellen gedacht waren, sollten den Arbeitsnachweis leiten. Ferner sollten die Unternehmer nicht unmittelbar an ihre Arbeiter, sondern nur durch Vermittlung der Kassenführer der Lokalkomitees den Lohn zahlen. Diese aber sollten je nach der Lohnhöhe 7—10% zurückbehalten und in eine besondere Genossenschaftskasse legen. Aus den so gewonnenen Mitteln sollten den Mitgliedern im Fall der Not zinslose Darlehen gegeben werden. Außerdem sollte die Genossenschaftskasse Land aufkaufen und den Mitgliedern gegen billige Bedingungen überlassen und dem Bau gesunder Arbeiterwohnungen sowie dem gemeinsamen Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln dienen.

Der auf dem Kongreß geschaffene Verein erhielt den Namen „Arbeiterverbrüderung". Als Organ wurde die „Verbrüderung" bestimmt, die B o r n in Leipzig vom 1. Oktober 1848 an herausgab. Die Arbeiterverbrüderung gewann in einer Reihe von Orten feste Gestalt. In Berlin z. B. wurden durch die Ankaufsgesellschaft im Juli, August und September 1849: 3255½ Brote, 45 550 Zigarren, für 367 Taler 14 Groschen Leinwand, für 295 Taler 9 Groschen Stickgarn usw. beschafft. Nach dem Aufstand in Dresden, an dem sich Stephan Born beteiligte, unterdrückte die sächsische Regierung die „Verbrüderung" im Dezember 1849. Born floh in die Schweiz, wo er sich bald der Arbeiterbewegung entfremdete. Die ersten Ansätze der Arbeiterorganisationen gingen bald wieder unter. Ihre Gedanken aber lebten weiter.

Eine Rohstoffgenossenschaft der „Verbrüderung" in dem Städtchen Delitzsch machte den Abgeordneten Hermann Schulze (geboren 29. August 1808, gestorben 29. April 1883) auf das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung aufmerksam. Die erste Schrift von Schulze-Delitzsch: „Mitteilungen über gewerbliche und Arbeiterassociationen", erschien 1850 in Leipzig und diente der Genossenschaftssache, indem sie ihre Aufgaben klärte. Als Mitglied der damals überaus mächtigen Fortschrittspartei wurde Schulze-Delitzsch von der Presse lebhaft unterstützt, und es gelang dem „König im sozialen Reich" verhältnismäßig schnell, eine Reihe von Konsum- und Vorschußvereinen zu gründen. —

6. Die „Internationale" und Marx' Persönlichkeit.

Die Londoner Weltausstellung von 1862 und der Polenaufstand von 1863 ließen den Gedanken an einen internationalen Zusammenschluß der Arbeiter neu erstarken. Eine große Versammlung in London am 28. September 1864 — also vier Wochen nach Lassalles Tod — beschloß die Gründung einer „Internationalen Arbeiterassoziation". Der Vorsitzende jener Versammlung, Professor Beesly, erklärte bei der vierzigsten Wiederkehr jenes Tages, daß die Versammlung meist aus englischen Gewerkschaftlern bestanden habe:

> Die meisten von ihnen, glaube ich, würden gezaudert haben, den Namen Sozialist anzunehmen. Sie wollten nur das parlamentarische Wahlrecht, um die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze beseitigen zu können. Sie schlossen sich der „Internationale" an, weil sie von einem warmen, brüderlichen Gefühle für ihre kontinentalen Arbeitsgenossen getragen waren, mit denen sie sich enger verbunden fühlten, als mit den reichen Klassen ihres eigenen Landes.

Dem Ausschuß, der am 28. September gewählt wurde, legten am 1. November der italienische Revolutionär Mazzini und Marx Satzungsentwürfe vor. Des letzteren Vorschlag wurde angenommen. Es heißt darin:

Es steht fest als unumstößliche Wahrheit, daß weder die Vervollkommnung der Maschinen, noch die Nutzbarmachung der Wissenschaft für die Industrie- und Agrikulturproduktion, weder die Hilfsmittel und Kunstgriffe des Verkehrs noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen das Elend der gewerbstätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und die sozialen Konflikte zu verschärfen.

Damit wurde die „Internationale" eine Fortführung des alten Kommunistenbundes und Marx ihre Seele. Auf den Kongressen in Genf 1866, Lausanne 1867, Brüssel 1868, wurde eine Werbearbeit geleistet, die weit über den Kreis der angeschlossenen Mitglieder hinauswirkte. Diese Zahl war nie groß. In ganz Deutschland zählte die „Internationale" kaum jemals 1000 Mitglieder.

Die Verhältnisse in den einzelnen Ländern lagen aber zu verschieden, um von einer Stelle aus erfolgreich beeinflußt werden zu können. Schon im Oktober 1866 lehnte der Londoner Gewerkschaftsrat es ab, die „Internationale" auch nur als eine berufene Organisation der Vermittlung mit den festländischen Gewerkschaften anzuerkennen.

In den romanischen Ländern wurden die anarchistischen Gedanken eines Proudhon und Bakunin bald mächtig.

In Deutschland lehnten die Anhänger Lassalles in ihrer großen Mehrheit die „Internationale" ab.

Als am Ende des deutsch-französischen Krieges im März 1871 die Kommune in Paris im Gegensatz zu der Versailler Nationalversammlung aufgerichtet wurde, waren es Mitglieder der „Internationale", die in ihrem Dienst die größte Tätigkeit entwickelten. Nach ihrem furchtbaren Untergang nahm denn auch der Generalrat der „Internationale" die volle Verantwortung für die Taten der Kommune auf sich:

Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.

Die Mitglieder, die diese Auffassung nicht teilten, wurden ausgestoßen. Andere traten freiwillig aus, weil sie diese Stellungnahme nicht billigten, so namentlich englische Arbeiterführer. Der französische Kommunismus selbst erlitt durch den Zusammenbruch der Kommune einen schweren Schlag. Die Gruppen des Jura, von Spanien und Belgien neigten immer mehr den anarchistischen Gedanken zu. Sie traten aus, als auf dem nächsten Kongreß im Haag 1872 die Abschaffung des Generalrats abgelehnt wurde. Die „Internationale" war so geschwächt, daß sie in New York, wohin der Generalrat verlegt wurde, bald jede Bedeutung verlor und 1876 auch förmlich aufgelöst wurde. —

Marx hat in London als „freier" Schriftsteller gelebt und das ganze Elend dieses Berufes durchkosten müssen. Der Ertrag seiner Zeitungsaufsätze reichte nicht entfernt für den Unterhalt seiner Familie aus. Eine Zeitlang half ein Vermächtnis von 18 000 *M*, das er von seinem Mitarbeiter an der „Neuen Rheinischen Zeitung" Wilhelm Wolf erhielt, dem er in dankbarer Erinnerung den ersten Band seines „Kapitals" widmete. Die dauernde Unabhängigkeit zum Schaffen und Wirken gewährte die opferfreudige Hingabe von Friedrich Engels. Engels fand den Beruf des Kaufmanns „hündisch". In einem Briefe vom 20. Januar 1845 stöhnt er, daß es „zu scheußlich" sei, „nicht nur Bourgeois, sondern sogar Fabrikant, aktiv gegen das Proletariat auftretender Bourgeois zu bleiben". Und doch hat Engels bis 1869 bei dieser Arbeit und verhältnismäßig geringem Entgelt im Geschäft seines Vaters in Manchester ausgehalten, um die wirtschaftliche Freiheit für Marx zu schaffen. Trotz aller Opfer jedoch gelang das nur unvollkommen. Marx hatte nie recht mit Geld umgehen können. Sein Vater seufzt einmal, daß er als Student fast 700 Taler im Jahre verbrauche und doch wegen Schulden verklagt werde. Seine Frau, die geborene Baronin von Westfalen, konnte ihn, so viel sie ihm auch im Leben war, auf diesem Gebiet nicht ergänzen. Sie machte zeitweise ohne sein Wissen Schulden, die schwere Verlegenheiten herbeiführten, und dabei legte Marx großen Wert darauf, nach außen den Eindruck eines gewissen

Wohlstandes aufrechtzuerhalten. Er verteidigt das in einem Brief an Engels vom 31. Juli 1865 mit Rücksicht auf seine drei Töchter:

Als einziges Mittel, damit die Kinder, abgesehen von dem vielen, was sie gelitten hatten . . . . Beziehungen und Verhältnisse eingehen können, die ihnen eine Zukunft sichern können.

Wie es in Wahrheit aussah, lassen seine Briefe an Engels ahnen. Am 31. März 1851 schreibt er:

Gleichzeitig ist meine Frau niedergekommen am 28. März. Die Entbindung war leicht, dagegen liegt sie jetzt sehr krank da, mehr aus bürgerlichen als aus physischen Gründen. Dabei habe ich verbalement keinen Farthing (Pfennig) im Hause, um so mehr Rechnungen dagegen von dem kleinen commerce, Metzger, Bäcker und so fort. Du wirst zugeben, daß diese Gesamtsauce passablement angenehm ist, und daß ich bis an die Wirbelspitze meines Schädels im kleinbürgerlichen Dreck stecke.

Am 8. September 1852:

Meine Frau ist krank, Jennychen ist krank, Lenchen hat eine Art Nervenfieber. Den Doktor kann und konnte ich nicht rufen, weil ich kein Geld für Medizin habe. Seit 8 bis 10 Tagen habe ich die family mit Brot und Kartoffeln durchgefüttert, von denen es noch fraglich ist, ob ich sie heute auftreiben kann. Die Diät war natürlich nicht förderlich bei den jetzigen klimatischen Verhältnissen. Artikel für Dana (Herausgeber der New York Tribune) nicht geschrieben, weil ich nicht den Penny hatte, um Zeitungen lesen zu gehen . . . Das Beste und Wünschenswerteste, was passieren könnte, wäre, wenn mich die Landlady zum Haus hinauswürfe. Ich wäre dann wenigstens die (Miet-) Summe von 22 Pfund quitt. Aber so viel Gefälligkeit ist ihr kaum zuzutrauen. Dazu Bäcker, Milchmann, Teekerl, greengrocer, alte Metzgerschuld noch. Wie soll ich mit all dem Teufelsdreck fertig werden? Endlich, in den letzten 8 bis 10 Tagen, habe ich einige Schilling und Pence, was mir das Fatalste ist, aber es war nötig, um nicht zu verrecken, von Arbeitern gepumpt.

Am 28. Januar 1858:

In der Tat, wenn dieser Zustand fortdauert, möchte ich lieber 100 Klafter tief unter der Erde liegen als so fortvegetieren. Immer anderen lästig fallen und dabei beständig selbst mit dem kleinsten

Dreck gequält sein, ist auf die Dauer unerträglich. . . . Heute kam das Buch von Lassalle an, kostete 2 Schilling, nicht Preis des Buches, sondern die Transportkosten. Dieser Umstand sicherte ihm schlechten Empfang. —

Und so ging es Jahr für Jahr. Noch 1865 klagt er:

Ich bin schon seit 2 Monaten rein auf das Pfandhaus lebend und also mit gehäuften und täglich unerträglicher werdenden Sturmforderungen auf mich . . . Es ist wahrhaft niederschmetternd, sein halbes Leben abhängig zu bleiben.

Ich selbst erinnere mich lebhaft einer Schilderung des alten Liebknecht, wie er Bücher von Marx verkaufen mußte, um das Geld für einen kleinen Sarg für ein verstorbenes Kind aufzubringen.

Es erscheint töricht und ungerecht, solche Verhältnisse mit Stillschweigen zu übergehen. Ohne sie ist kein volles Verständnis möglich. Kein Mensch schafft im luftleeren Raum, und gerade für Werke der Volkswirtschaft hat es hohe Bedeutung, ob ihr Verfasser Not und Elend nur aus trocknen Zahlen errechnet und rein begriffsmäßig bildet, oder ob er irgend wie als Kind oder als Mann einmal das Leib und Seele verderbende hohläugige Gespenst der Armut selbst leiblich empfinden mußte. Für Marx ergibt sich zunächst ein Mehr an Bewunderung, daß er in solcher Lage sein Werk überhaupt beginnen und fördern konnte.

1857 entwirft er den Plan zu seinem „Kapital" und 1859 verfaßt er seine „Kritik der politischen Ökonomie".

Durch diese Leib und Seele zerreibende tägliche Not erklärt Marx selbst manches aus seinem Wesen und seiner Kampfesart. Am deutlichsten tritt das in Erscheinung, als es zum Bruch zu kommen droht sogar mit einem so treuen Freund wie Engels. Diesem war die von ihm über alles geliebte irische Freundin Mary gestorben. Marx hatte sehr flüchtig davon Kenntnis genommen und wieder nur von eigenem Elend geschrieben. Als Engels darauf mit kühlem Vorwurf antwortete, bekennt Marx am 24. Januar 1863:

Meine Frau und Kinder werden mir bezeugen, daß ich beim Eintreffen Deines Briefes (der frühmorgens kam) so sehr erschüttert war als beim Todesfall der mir Nächsten. Als ich Dir aber

abends schrieb, geschah es unter dem Eindruck sehr desperater Umstände. Ich hatte den broker im Haus vom Landlord, einen Wechselprotest vom Metzger, Mangel an Kohlen und Lebensmitteln im Haus und Jennychen im Bett liegen. Unter solchen Umständen weiß ich mir generally nur durch den Zynismus zu helfen.

Dieser Brief versöhnt Engels wieder vollständig. Er bleibt weiter der treue Helfer. Als Marx endlich den ersten Band seines „Kapitals" vollendet hat, kann er am 16. August 1867 an ihn schreiben:

Also dieser Band ist fertig. Bloß Dir verdanke ich es, daß dies möglich war. Ohne Deine Aufopferung für mich konnte ich unmöglich die ungeheuern Arbeiten zu den drei Bänden machen. I embrace you, full of thanks! (Ich umarme Dich, dankerfüllt.)

Im Jahre 1868 hat Engels 9700 *M* geopfert, von da an eine jährliche Rente von rund 7000 *M* gezahlt und dazu die außerordentlichen Bedürfnisse besonders bestritten — so für Erholungsreisen einmal in einem Jahr 15000 *M* gegeben.

Aber ein Leben voll unruhvoller, quälender Sorgen, voll drängender Arbeit, voll aufregender Organisationsstreitigkeiten mußte Marx' Kräfte früh zerbrechen. Er konnte sein Werk, dem er — wie er einem amerikanischen Freunde schrieb — „Gesundheit, Lebensglück und Familie" geopfert, nicht vollenden. Schmerzliche körperliche Leiden füllten die letzten Lebensjahre. Am 14. März 1883 ist er in London gestorben. Über seine Persönlichkeit gehen die Meinungen weit auseinander. Hat er, wie bei Wolf, Engels usw. hingebende Verehrung geweckt, so hat er bei anderen ebenso tiefe Abneigung hervorgerufen. Karl Schurz, der Befreier Gottfried Kinkels aus dem Spandauer Zuchthaus, schildert im 5. Kapitel seiner „Lebenserinnerungen" eine Begegnung mit Marx auf einem Kongreß demokratischer Vereine im Sommer 1848:

Was Marx sagte, war in der Tat gehaltreich, logisch und klar. Aber niemals habe ich einen Menschen gesehen von so verletzender, unerträglicher Arroganz des Auftretens. Keiner Meinung, die von der seinigen wesentlich ab-

wich, gewährte er die Ehre einer einigermaßen respektvollen Erwägung. Jeden, der ihm widersprach, behandelte er mit kaum verhüllter Verachtung. Jedes ihm mißliebige Argument beantwortete er entweder mit beißendem Spott über die bemitleidenswerte Unwissenheit oder mit ehrenrühriger Verdächtigung der Motive dessen, der es vorgebracht hatte.

Wie schneidend Marx in seinem Urteil auch da, wo es sich um Freunde handelte, sein konnte, zeigen seine Briefe. Die gesamte Anhängerschaft des sozialdemokratischen Bundes, der innerhalb der „Internationale" einer schärferen Strömung Geltung verschaffen wollte, nannte er „eitle, ehrgeizige, hohle Doktrinäre". Den „Sozialdemokrat", der unter den schwersten Bedingungen im ersten Jahre nach dem Sozialistengesetz die Trümmer der Organisation zu sammeln suchte, belegte er mit dem Zeugnis: „Miserabel."

Als Lassalle ihm seine Schriften sendet, urteilt er in Briefen an Engels, ohne die schwere Kampfesstellung Lassalles zu werten, am 28. Januar 1863 über das „Arbeiterprogramm" und „Die Wissenschaft und die Arbeiter":

> Er gebärdet sich — sehr wichtig mit den uns abgeborgten Phrasen um sich werfend — ganz künftiger Arbeiterdiktator.

Am 9. April 1863 über das „Offene Antwortschreiben":

> Ist diese Dreistigkeit nicht baumhoch? Der Kerl denkt offenbar, er sei der Mann, um unser Inventarium anzutreten. Dabei das grotesk Lächerliche!

Am 12. Juni 1863 über die „Indirekten Steuern":

> Der Lassalle hat mir (vielleicht auch Dir) seine Gerichtsrede über die indirekten Steuern geschickt. Es ist einzelnes darin gut; aber das Ganze erstens unerträglich zudringlich, schwatzhaft und mit der lächerlichsten Gelehrt- und Wichtigtuerei geschrieben. Außerdem ist es doch essentiellement (wesentlich) das Machwerk eines „Schülers", der in aller Hast sich als „grundgelehrten" Mann und selbständigen Forscher herausmarktschreien will . . . Ich habe mich seit Anfang dieses Jahres nicht entschließen können, dem Menschen zu schreiben.

Kritisiere ich sein Zeug, so wäre das Zeitverlust; außerdem eignet er sich jedes Wort als „Entdeckung" an. Auf seine Plagiate (geistige Diebstähle) ihn mit der Nase zu stoßen, wäre lächerlich, da ich ihm unsere Sachen in der Form, worin er sie verschmiert hat, nicht abnehmen will. Anerkennen diese Renommagen und Taktlosigkeiten geht auch nicht. Er würde das gleich benutzen.

Und zusammenfassend am 15. August 1863:

Durch sämtliches Zeug aber, das er bisher losgehökert, sich als Sextaner erweist, der mit der breitspurigsten Waschweiberei Sätze in die Welt posaunt — als seine neuste Entdeckung —, die wir vor zwanzig Jahren zehnmal besser schon als Scheidemünze unter unseren partisans (Anhänger) verteilten. Derselbe Lassalle sammelt auch sonst unsere vor zwanzig Jahren abgesonderten Parteiausscheidungen in seiner manure (Dung-) Fabrik, mit der die Weltgeschichte gedüngt werden soll.

Und noch 1875 erhebt er in seinem „Programmbrief" gegen Lassalle den Vorwurf der Fälschung:

Lassalle wußte das Kommunistische Manifest auswendig, wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heilsschriften. Wenn er es also so grob verfälscht, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen. —

Bakunin brauchte, wenn er von dem Hasse sprach, mit dem ihn Marx verfolgte, oft das Racinesche Wort: „Grausamer Gott der Juden."

Über Henry George, den Vorkämpfer der amerikanischen Bodenreform, dem selbst seine heftigsten Gegner wegen seiner Bescheidenheit die höchste Achtung zollten, urteilte Marx in einem Briefe vom 20. Juni 1881 nach einem sachlich durchaus falschen Hinweis auf die Bewegung der „Antirentners":

George hat auch die widerliche Anmaßung und Überhebung, die alle solche Panaceahecker (Erfinder von Allheilmitteln) unverbrüchlich auszeichnet.

Marx hinterließ drei Töchter, von denen die jüngste, Eleonore, in die Gedanken des Vaters besonders eingedrungen war. Ihr Leben bietet einen wichtigen Beitrag zur Natur der

Frauenseele. Sie verband sich in freier Liebe mit Dr. Aveling, der von seiner Frau getrennt lebte. Aveling war eine erbärmliche Natur, dem nur eine gewisse Begabung beim Aufführen von kleinen Theaterstücken nachgesagt wird. Um seinen Genüssen fröhnen zu können, borgte er gewissenlos selbst den Ärmsten ihre Ersparnisse ab. Trotzdem hielt Eleonore 14 Jahre bei ihm aus. Nach dem Tode seiner Frau verließ er sie heimlich und heiratete eine blutjunge Schauspielerin. Da dünkte Eleonore alle ihre Arbeit für die Ideale des Vaters, für die neue Gewerkschaftsbewegung, in der sie eine erfolgreiche Führerin war, kein Ersatz für den Besitz dieses Mannes, und sie gab sich den Tod.

Auch Marx' zweite Tochter Laura, die den französischen Arzt Lafargue geheiratet hatte, endete durch Selbstmord gemeinsam mit ihrem Gatten.

Lafargue hatte mit Jules Guesde in der französischen Arbeiterbewegung eine streng marxistische Gruppe gebildet — die parti ouvrier. Marx hat bei dieser Gelegenheit seinem Schwiegersohn die in mehr als einer Hinsicht bezeichnende Antwort erteilt: „Das ist gewiß, ich bin kein Marxist." „Marxist" in dem Sinne, wie manche derer, die sich nach ihm nannten und nennen, war Marx gewiß nicht. Das beweist u. a. auch ein Aufsatz über russische Verhältnisse, den man in seinem Nachlaß fand und der vielleicht seine letzte Arbeit war. Sie wurde deutsch 1887 im Züricher „Sozialdemokrat" veröffentlicht. In ihr wehrt sich Marx gegen einen russischen Anhänger Schukowski, der unter Berufung auf das „Kapital" jene heftig bekämpft hatte, welche die Meinung vertraten, daß Rußland auf Grund seiner Mir-Verfassung vielleicht zum Kommunismus kommen könne, ohne durch die Stufe des westeuropäischen Kapitalismus hindurchzugehen. Marx lehnt die Auffassung derer ab, die seine „Skizze der Genesis des Kapitalismus in Westeuropa in eine allgemeine historisch-philosophische Theorie dieses Prozesses umwandeln, die mit dem Anspruch auftritt, allen Völkern, ohne Rücksicht auf die besonderen historischen Bedingungen, unter denen sie leben, ein unabänderliches Schicksal aufzuerlegen". Marx weist auf das

Schicksal der Plebejer im alten Rom hin. Auch diese waren ursprünglich freie Landbesitzer gewesen. Auch sie wurden enteignet: „Was aber war damals die Folge? Die römischen Proletarier wurden nicht zu Lohnarbeitern, sondern zu faulenzendem Pöbel":

> Indem man jede dieser Evolutionen (Entwicklungen) gesondert untersucht und sie dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu diesen Ergebnissen finden; man wird ihn aber nie mit Hilfe des Passepartouts einer überall anwendbaren allgemeinen historisch-philosophischen Theorie finden, deren größte Tugend es wäre, sozusagen überhistorisch zu sein.

Friedrich Engels hat sich auch nach dem Tode von Marx als treuer Freund erwiesen. Er widmete alle Kraft der Herausgabe des zweiten und dritten Bandes des „Kapitals". Von den eigenen Schriften Engels sind hervorzuheben: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" und „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats." Er ist am 6. August 1895 gestorben. —

In Deutschland gewannen die Gedanken von Marx erst Bedeutung, als es seinem Schüler Wilhelm Liebknecht gelungen war, den Leipziger Drechslermeister August Bebel und die von ihm beeinflußten Organisationen zu gewinnen. Zu einer Macht wurde der Marxismus in der deutschen Arbeiterschaft, als es Liebknecht und Bebel vermochten, die von Ferdinand Lassalle hervorgerufene Bewegung ganz ihrem geistigen Einfluß zu unterwerfen.

7. Lassalles Entwicklung.

Ferdinand Lassalle war am 11. April 1825 in Breslau als der Sohn des wohlhabenden jüdischen Seidenhändlers Heymann Lassal geboren. Der Unterschied der ersten Eindrücke, die Marx in Trier, und die Lassalle in Breslau empfing, war der der alten Kulturstätte mit ihrem freien, französisch beeinflußten Geiste und der alten Grenzstadt gegen das Slaventum mit ihren Menschenschichten, die uns Gustav Frey-

tags lebendige Schilderung in „Soll und Haben" vertraut gemacht hat.

Wir besitzen aus seiner Jugend ein Tagebuch (1. Januar 1840 bis Ostern 1841), das zu den merkwürdigsten Beiträgen zur Kenntnis des Seelenlebens gehört und uns einen tiefen Blick in die Welt erschließt, aus der Lassalle entstanden ist. Er ist früh reif. Er kennt die schlüpfrigsten Romane. Die Heiratsaussichten seiner Schwester erörtert der Fünfzehnjährige mit der Sachkenntnis eines erfahrenen „Schadchens".

Eigentümlich ist seine Stellung zum Judentum. Am 2. Februar 1840 nimmt er an einem jüdischen Leichenbegängnis teil:

> Unterwegs unterhielt ich mich mit Bloch. Er wollte sich ein Air geben und nannte sich einen Atheisten. Als er aber sah, daß ich ganz anderer Meinung war, so sattelte er auch um. Wir sprachen viel von Seelenwanderung, von Geiger (dem Rabbiner) und dem Judentum, und er wunderte sich, daß ich mich so des jüdischen Glaubens annehme. Der Esel! Als wenn man nicht treife (unrein) essen und doch ein guter Jude sein könnte.
>
> Ich sagte ihm dies, und in der Tat, ich glaube, ich bin einer der besten Juden, die es gibt, ohne auf das Ceremonialgesetz zu achten. Ich könnte wie jener Jude in Bulwers „Leila" mein Leben wagen, die Juden aus ihrer jetzigen drückenden Lage zu reißen. Ich würde selbst das Schaffot nicht scheuen, könnte ich sie wieder zu einem geachteten Volke machen. O, wenn ich meinen kindischen Träumen nachhänge, so ist es immer meine Lieblingsidee, an der Spitze der Juden mit den Waffen in der Hand, sie selbständig zu machen.

Am 30. Juli:

> Wieder die abgeschmackten Geschichten, daß die Juden Christenblut brauchten. Dieselbe Geschichte wie in Damaskus auch in Rhodos und Lemberg. Daß aber aus allen Winkeln der Erde man mit diesen Beschuldigungen hervortritt, scheint mir anzudeuten, daß die Zeit bald reif ist, in der wir in der Tat durch Christenblut uns helfen werden.

Eine ungeheure Leidenschaftlichkeit erfüllt sein ganzes Wesen. In dem ziemlich engen häuslichen Kreise ist häufig Streit zwischen

Vater, Mutter, Bruder und Schwester. In welcher Weise Lassalle diese kleinen Kämpfe auffaßt, zeigt seine Eintragung vom 11. Januar:

> Meine Feder schaudert zurück, da sie die Scenen dieses Morgens beschreiben soll. Aber ich habe mir Wahrheit gelobt. . . . Rasend stürzte ich in die Stube, wo meine Schwester war. Bang eilte meine Mutter mir nach. Schäumend vor Wut warf ich mich auf die Knie. Rang wie wahnsinnig meine Hände und schrie mit einem solchen Aufwand von Kraft, daß meine Stimme sogleich heiser wurde: „Gott, Gott, gieb, daß ich gedenke, gieb, daß ich nie . . . . nie dieser Stunde vergesse . . . ha, Schlange mit Deinen Krokodilsthränen . . . . das, diese Stunde sollst Du bereuen . . . . Bei Gott, bei Gott, bei Gott, ich schwöre es!"

Er ist stets erfreut, wenn er kleine Geschäftchen machen kann. Es macht ihm auch wenig Bedenken, wenn es dabei nicht ganz ehrlich zugeht. 9. Januar:

> Isidor hat mir gesagt, daß Kern noch 4 Groschen fordere, weil ich St. Roche (ein Buch) so lange behalte, und Bamberger hat den ersten Band gelesen. Auf jeden Fall preßte ich B. die 4 Groschen ab. Kern wird aber wahrscheinlich einen Stupps in die Zähne bekommen statt 4 Groschen.

Am 14. Januar:

> Ich ließ mir 5 Silbergroschen für den Pedell geben, gab diesem jedoch bloß $2^1/_2$ Silbergroschen.

Er ging hinter die Schule und schrieb die Arbeiten ab. Sinnloser Haß entsteht in ihm, wenn andere tun, was er tun möchte. 24. Februar:

> Ich kam wie gewöhnlich ohne Exercitien in die Schule und wollte sie wieder wie gewöhnlich von Henkel borgen. Aber mit dem Griechischen war er noch nicht ganz fertig, und das Lateinische gab er eben Hahn. Es ist dieser Hahn ein Mensch, der alle Anlage hat, ein wahrhafter Bösewicht zu werden! . . . .

Von seinem lateinischen Lehrer urteilt er am 28. Januar:

> In diesem Augenblick hätte ich Tschirners Blut trinken können.

Die regelmäßigen Zeugnisse, die „Conduiten", fallen schlecht aus, und Lassalle fälscht die Unterschriften, indem er zunächst den Namen seiner Mutter mißbraucht. 28. Februar:

Heute kam der Rector mit den Conduiten (Zeugnissen). Meine war, wie ich voraussehen konnte, ziemlich schlecht. Da rief der Rector meinen Namen. Ich stand auf, und als er mir die schlechten Zeugnisse vorlas, erwiderte ich: ich wüßte nicht, wie ich das verdient hätte. „Ja, ja, Lassal", entgegnete Schönborn, „man läßt Ihren Verdiensten keine Gerechtigkeit widerfahren. Doch — und hierbei langte er mir die Conduite zu — sagen Sie, warum sehe ich nicht die Unterschrift Ihres Vaters und immer die Ihrer Mutter?"

„Weil mein Vater öfters abwesend ist", erwiderte ich . . .

„Das will ich Ihnen erklären!" schrie Schönborn. „Weil Sie die Censur nie dem Vater und nur der Mutter zeigen!"

Der Mann wußte nicht, daß ich es in der Virtuosität (Fertigkeit) so weit gebracht habe, sie niemand zu zeigen. „Aber das verbitte ich mir! Die Unterschrift Ihrer Mutter gilt gar nichts." „Hoho!" dachte ich, „meine Mutter hat Procura" (das Recht der Vertretung). Jetzt gab er mir das Buch wieder. Eine Centnerlast fiel von meiner Brust, als ich das kleine Büchlein noch in der Hand hatte! Doch war mir das Ganze sehr unangenehm, und ich will auch gleich sagen, warum. Bis jetzt hatte ich immer den Namen meiner Mutter unterschrieben, und es hielt mich eine gewisse Ehrfurcht davon ab, das gewichtige „Heymann Lassal" hinzuschreiben. Diesmal mußte ich aber diese Scheu ablegen, und so brachte ich andern Tages meine Censur, vom Vater unterschrieben, nämlich von mir, der ich nach Bedürfnis Vater, Mutter und Sohn bin.

In der Furcht vor der Entdeckung seiner Fälschungen verlebt Lassalle angstvolle Stunden. Am 13. April fragt sein Vater ernstlich nach den Zeugnissen. Er fühlt, nun muß die Entdeckung kommen:

Jetzt war ich wirklich in Verzweiflung. Jeden Augenblick konnte alles entdeckt werden. Ich war dem Selbstmord näher als je.

Aber ich tat es doch nicht, und darin, daß ich es nicht tat, liegt der unwiderlegbarste Beweis, daß ich nicht Egoist bin.

Noch an demselben Tage geht der Vater mit ihm zum Rektor, und bald wissen beide alles. Natürlich ist seines Bleibens auf dem Breslauer Gymnasium nicht mehr. Er wird auf die „Öffentliche Handelslehranstalt" zu Leipzig gebracht. Als Schüler zeigt

er keine Besserung. Sein Hauswirt, der Privatschuldirektor Hander, schickt seinem Vater folgendes Sittenzeugnis: „Vorlaut, naseweis, liederlich und anmaßend!"

Das Endzeugnis, das in den Leistungen gute Urteile aufweist, trägt die Bemerkung vom Direktor: „War weder von den Lehrern noch von den Schülern geachtet!"

Aber in Leipzig erwacht in dem Sechzehnjährigen das Interesse am öffentlichen Leben. Er ist sich klar, daß für ihn nur eine Stellungnahme möglich ist. 19. Juli:

> Ich war im Theater. Loewe gab den Fiesco. Bei Gott, ein großartiger Charakter, dieser Graf von Lavagna!
>
> Ich weiß nicht, trotzdem ich jetzt revolutionär-demokratische republikanische Gesinnung habe wie Einer, so fühle ich doch, daß ich an der Stelle des Grafen Lavagna ebenso gehandelt und mich nicht damit begnügt hätte, Genuas erster Bürger zu sein, sondern nach dem Diadem meine Hand ausgestreckt hätte. Daraus ergibt sich, wenn ich die Sache bei Licht betrachte, daß ich bloß Egoist bin. Wäre ich als Prinz oder Fürst geboren, ich würde mit Leib und Leben Aristokrat sein. So aber, da ich bloß ein schlichter Bürgerssohn bin, werde ich zu seiner Zeit Demokrat sein.

Am meisten Eindruck auf ihn machen die Schriften von Ludwig Börne (23. und 24. Juli):

> Ich lese Börnes Briefe, die mich ungemein ansprechen. Wenn man sieht, was für ein großer Kerker Deutschland, wie Menschenrechte mit Füßen getreten werden, wie 30 Millionen Menschen von 30 Tyrannen gequält werden, so möchte das Herz weinen, ob der Dummheit dieser Leute, die ihre Ketten nicht zerreißen, da sie es doch könnten, wenn sie nur den Willen hätten.

Jetzt will er auf die Hochschule. 26. August:

> Es ist mir jetzt klar geworden, daß ich Schriftsteller werden will. Ja, ich will hintreten vor das deutsche Volk und vor alle Völker und mit glühenden Worten zum Kampf für die Freiheit auffordern. Ich will nicht erschrecken vor dem drohenden Augenzucken der Fürsten; ich will mich nicht bestechen lassen von Bändern und Titeln, um, ein zweiter Judas, die Sache der Freiheit zu verraten. Nein, ich will nicht eher ruhen, bis sie bleich werden vor Furcht.

Sein Vater, der dem begabten Sohne in allem nachgab, nahm ihn nach Breslau zurück, wo er sich mit großem Eifer auf die Reifeprüfung vorbereitete. Schon mit 17 Jahren konnte er die Universität Berlin beziehen, wo er namentlich Philosophie studierte. 1846 und 47 war er in Paris. Dort französisierte er seinen Namen Lassal durch Anhängung der Endung „le", weil er das vornehmer fand. Hier traf er mit Heine zusammen und machte einen so starken Eindruck auf diesen, daß Heine ihn dem Dichter Herwegh mit den Worten vorstellte: „Ich stelle Ihnen einen neuen Mirabeau vor!"

In einem Briefe an Varnhagen van Ense vom 3. Januar 1846 zeichnet der Dichter ein interessantes Charakterbild:

> Herr Lassalle ist nun einmal so ein ausgeprägter Sohn seiner Zeit, die nichts von jener Entsagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurch gelungert und hindurch gefaselt. Dieses neue Geschlecht will genießen und sich geltend machen im Sichtbaren. Wir, die Alten, beugten uns demütig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküssen und blauen Blumengerüchen, entsagten und flennten — und waren doch vielleicht glücklicher als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen.

In Berlin lernte Lassalle die Frau kennen, die sein Schicksal werden sollte, Sophie Hatzfeld. Geboren 1806 als Fürstin Hatzfeld, war sie schon 1821 mit ihrem Vetter, dem Grafen Edmund von Hatzfeld, vermählt worden. Jetzt führte sie mit ihm einen Scheidungsprozeß, der großes Aufsehen erregte. Allgemein war die Überzeugung, daß der Graf durch seine vielfachen Verbindungen zu den herrschenden Kreisen der Frau das Recht vorenthalte. Lassalle erbot sich, den Prozeß zu führen, wenn die Gräfin ihm eine lebenslängliche, bedeutende Rente nach siegreichem Ausgang gewähre. Die Gräfin sagte zu. Darauf verlegte Lassalle seinen Wohnsitz nach Düsseldorf, da des Grafen Besitzungen am Niederrhein lagen.

Acht Jahre lang hat er sich ausschließlich diesem Kampfe gewidmet, der mit allen Mitteln geführt wurde. Zwei junge Freunde Lassalles, der Arzt Mendelssohn und der Assessor Oppen-

heim, entwendeten am 20. August 1846 ein Kästchen, in dem wichtige Dokumente vermutet wurden. Am 11. Februar 1848 wurde Mendelssohn, der mit der Kassette geflohen war, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 20. Februar 1848 wurde Lassalle wegen „Verleitung zum Diebstahl" verhaftet. So kam es, daß er im Untersuchungsgefängnis saß, als die Märzrevolution über Deutschland dahinbrauste.

Im August 1848 wurde Lassalle freigesprochen. Im November wurde er wieder verhaftet und wegen „Aufforderung zum Widerstand gegen Beamte" in einer Volksversammlungsrede zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Haft machte seine Beteiligung an den letzten Aufstandsversuchen unmöglich und bewahrte ihn so vor dem Los der Verbannung, das Marx und dessen Kölner Freunde traf, denen er sich genähert hatte. Nachdem Lassalle den Hatzfeld-Prozeß vor 36 Gerichten geführt hatte, bequemte sich der Graf im Herbst 1854 zu einem Vergleich, der der Gräfin ein fürstliches Vermögen und Lassalle die zugesicherte Jahresrente von 12 000 ℳ brachte.

Nun zog es ihn nach Berlin zurück, dem Mittelpunkt des politischen und sozialen Lebens. Die Polizei verweigerte zunächst die Genehmigung zu seiner Niederlassung in Berlin, und erst 1857 erlangte er die Erlaubnis „behufs Gebrauch einer Augenkur und Herausgabe des von ihm verfaßten Werkes über Heraklit zu einem längstens sechsmonatigen Aufenthalt". Als diese Erlaubnis nicht verlängert wurde, wandte sich Lassalle an den bei allen Demokraten verhaßten Prinzen Wilhelm von Preußen, der dann auch nach der Übernahme der Regentschaft die ersehnte Genehmigung erteilte.

Das Werk über Heraklit hatte Lassalle schon ein Jahrzehnt vorher beschäftigt. Es ist bezeichnend, daß der Einfluß Hegels sowohl Marx als Lassalle in ihren wissenschaftlichen Erstlingsarbeiten zur griechischen Philosophie geführt hat. Für Lassalle war auch dies Werk von unmittelbarer praktischer Bedeutung.

Geisteswissenschaft und Politik, schrieb er anläßlich der Mitteilung von der Vollendung des Werkes an Karl Marx am 26. 4.

1857, sind durchaus weder Gegensätze noch — im tiefsten Sinne — unabhängig voneinander. Wir Deutsche zumal haben uns nun einmal auf diesem Wege unseren Freiheitsbegriff erzeugt und eben deshalb vielleicht einen zwar noch sehr unlebendigen, aber doch um so tieferen.

Der Hegelianer, als den Heraklit ihn zeigt, ist Lassalle im Grunde zeitlebens geblieben; als solcher sah er stets im Staat die Verkörperung der sittlichen Idee im Gegensatz zu dem bloßen „Nachtwächterstaat" der liberalen Schule.

Nach der „Philosophie Herakleitos, des Dunkeln von Ephesus", schrieb Lassalle ein Drama: Franz von Sickingen, das er „zum Spiegel seiner Seele" machte. In ihm will er zeigen, warum die meisten Revolutionen scheitern. Es liege an dem „Listen mit der Idee", d. h. an dem Versuch, den die Volksführer so häufig machen, die wahren Triebfedern ihrer Bewegung geheim zu halten, um die herrschenden Klassen zu täuschen. So versucht auch Sickingen zunächst, durch eine Fehde mit Trier Macht zu gewinnen, statt offen sein letztes Ziel zu enthüllen, die Landesfürsten zu stürzen, um Deutschlands Einheit herbeizuführen:

Durch Eure Klugheit stürzt Ihr.
Das Größ're hättet Ihr gekonnt; das Klein're
Konntet Ihr nicht.
O, nicht der Erste seid Ihr, werdet nicht
Der Letzte sein, dem es den Hals wird kosten,
In großen Dingen schlau zu sein. Verkleidung
Gilt auf dem Markte der Geschichte nicht,
Wo im Gewühl die Völker Dich nur an
Der Rüstung und dem Abzeichen erkennen.
Drum hülle stets vom Scheitel bis zur Sohle
Dich kühn in Deines eignen Banners Farbe.
Dann probst Du aus im ungeheuren Streit
Die ganze Triebkraft deines wahren Bodens
Und stehst und fällst mit deinem ganzen Können!

Auf die Einwände von Marx und Engels wehrt er sich gegen die starre materialistische Geschichtsauffassung:

Geht man von der Hegelschen konstruktiven Geschichtsanschauung aus, der ich ja selbst so wesentlich anhänge, so weiß man

sich freilich mit Euch zu antworten, daß in letzter Instanz der Untergang doch notwendig eingetreten wäre und eintreten mußte, weil Sickingen, wie Ihr sagt, ein au fond *reaktionäres* (im Grunde rückschrittliches) Interesse vertrat, und daß er dies wieder notwendig mußte, weil ihm Zeitgeist und Klasse das konsequente Einnehmen einer andern Stellung unmöglich machte . . . Aber diese kritisch-philosophische Geschichtsanschauung, in der sich eherne Notwendigkeit an Notwendigkeit knüpft, und die eben deshalb auslöschend über die Wirksamkeit *individueller Entschlüsse und Handlungen* hinwegfährt, ist eben darum kein Boden, weder für das praktische revolutionäre Handeln, noch für die vorgestellte dramatische Aktion. Für beide Elemente ist vielmehr die Voraussetzung von der umgestaltenden und entscheidenden Wirksamkeit individuellen Entschließens und Handelns der unerläßliche Boden.

1859 schlug Lassalle in einer Flugschrift: „Der italienische Krieg und die Aufgaben Preußens" scharfe nationale Töne an. In einem Briefe an *Marx* aber erklärte er, mit dieser Schrift nur der preußischen Regierung Verlegenheiten bereiten zu wollen, indem er den von ihm als wahrscheinlich angenommenen Krieg zu Österreichs Hilfe „depopularisiere" (unvolkstümlich mache).

1861 erschien sein „System der erworbenen Rechte", worin er, wie er seinem Freunde *Dunker* gestand,

> die feste Burg eines wissenschaftlichen Rechtssystems für Revolution und Sozialismus in seinem besten und erhabensten Sinne zu erbauen versuchte — aus welcher Burg wir dann unsere weiteren Ausfälle auf die einzelnen Dörfer machen können, und ich glaube, dieser Bau ist mir prächtig gelungen und aus reinem Stahl gegossen.

Die „weiteren Ausfälle" in das Gebiet der unmittelbaren Werbe- und Organisationsarbeit begann Lassalle bald.

8. Das „offene Antwortschreiben."

In den Arbeiter-Bildungsvereinen, die etwa von 1860 an überall in rascher Folge entstanden, gewannen die Arbeiter zuerst wieder organisatorische Fühlung, und bald wurden auch andere Fragen als nur solche der Bildung unter ihnen eifrig

besprochen. In Leipzig traten unter der Führung von Anhängern der kommunistischen Gedanken Weitlings Mitglieder des „Gewerblichen Bildungsvereins" zusammen und gründeten den Verein „Vorwärts", der seinen Hauptzweck in der Einberufung allgemeiner Arbeiterversammlungen zur Erörterung politischer und sozialer Fragen sah. In einer solchen Versammlung wurde beschlossen, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß einzuberufen. Es wurde ein Ausschuß zur Einberufung dieser Tagung eingesetzt, zu dessen Mitgliedern der Drechslergeselle Bebel, der Schuhmachergeselle Vahlteich, der Zigarrenarbeiter Fritzsche, Professor Roßmäßler u. a. gewählt wurden.

Es lebte also in der deutschen Arbeiterschaft mancherlei Bewegung, Hoffnung, Erwartung, als Lassalle unmittelbar in die Tageskämpfe eingriff. Am 12. April 1862 sprach er im „Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt": „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes". Die Rede, das sogenannte „Arbeiterprogramm", zeigt, wie jede Wendung in der Geschichte von einer neuen Idee getragen werden müsse, die sich ihrerseits in den Wirtschaftsverhältnissen vorbereitet habe. In der französischen Revolution sei die kapitalbesitzende Klasse, die Klasse der Bourgeoisie, zur Herrschaft gekommen. Sie habe das Wahlrecht geschaffen, das politische Rechte an den Besitz knüpft; sie habe indirekte Steuern geschaffen, die die Lasten auf die Armen abwälzen. Mit der Revolution von 1848 habe der Arbeiterstand begonnen, seine Bedeutung zu erkennen.

Neben die ökonomisch-historische Begründung des Klassenkampfes stellt Lassalle in bedeutsamer Erneuerung Fichtescher Gedanken eine ethische Begründung. Er will das Prinzip des Arbeiterstandes betrachten „in bezug auf seinen sittlichen Inhalt und auf die politische Auffassung des Staatszweckes, die ihm innewohnt". . . .

Der vierte Stand, in dessen Herzfalten kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten sei, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht.

Sein Klasseninteresse „fällt durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesamten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fortschritten der Kultur, mit dem Lebensprinzip der Geschichte selbst, welche nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit ist." Seine Herrschaft muß daher auch „über den Staat eine Blüte der Sittlichkeit, der Kultur und der Wissenschaft herbeiführen, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen:

> Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen, und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.
>
> Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten und die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden.
>
> Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!

Ähnliche Gedanken über den Staat und die soziale Entwicklung hatte Lassalle schon vorher 1861 in seinem „System der erworbenen Rechte" entwickelt:

> Der Grundgedanke dieses Werkes ist, daß „mit den abstrakt allgemeinen Kategorieen (Begriffen) von Eigentum, Erbrecht, Vertrag, Familie usw. überhaupt nichts getan ist, daß der römische Eigentumsbegriff ein anderer ist als der germanische", kurz, „daß die Rechtsphilosophie, als in das Reich des historischen Geistes gehörend, es nicht mit logisch-ewigen Kategorieen zu tun hat, sondern daß die Rechtsinstitute nur die Realisationen (Verwirklichungen) historischer Geistesbegriffe, nur der Ausdruck des geistigen Inhalts der verschiedenen historischen Volksgeister und Zeitperioden, und daher nur als solche zu begreifen sind.

Das „Arbeiterprogramm" zog Lassalle eine Anklage wegen „Erregung von Haß und Verachtung zwischen Bevölkerungsklassen und Gefährdung des öffentlichen Friedens" zu. Der Vortrag, der als Flugschrift erschienen war, wurde beschlagnahmt,

aber in Zürich neu gedruckt. Sein unmittelbarer Einfluß in Arbeiterkreisen blieb aber sehr gering. Selbst Theodor York, der Bahnbrecher der kommunistischen Gedanken in Harburg und Hamburg, urteilt über diese Rede, „daß sie von vielen gar nicht verstanden wird, und daß man sie nun einmal jetzt noch nicht der großen Menge mitteilen kann". Das Aufsehen aber, das namentlich ihre gerichtliche Verfolgung erregte, wurde eine Brücke zum Leipziger Arbeiterkreis.

Dieser schickte Vahlteich, Fritzsche und Dammer nach Berlin, um mit den Führern der preußischen Fortschrittspartei zu verhandeln wegen der Frage des allgemeinen Stimmrechts und eines erleichterten Anschlusses der Arbeiter an den „Nationalverein", der 1859 gegründet worden war und als Träger der deutschen Einheitsgedanken galt.

Als die jungen Arbeiter vor den Führern der bürgerlichen Fortschrittspartei standen, erkannten diese die Bedeutung der Stunde nicht. Die Antwort, daß sich die Arbeiter nicht um den besonderen Beitritt zum Nationalverein zu bemühen brauchten, da sich jeder Arbeiter als geborenes Ehrenmitglied dieses Vereins betrachten könne, wirkte mehr als Verhöhnung denn als Ehrung.

In seiner Verlegenheit wies der fortschrittliche Abgeordnete Ludwig Löwe die Leipziger Abordnung an Ferdinand Lassalle, der ja durch seine Reden besonderen Anteil an Arbeiterfragen bewiesen habe. Hier verstand man sich schnell. Lassalle übernahm es, in einer öffentlichen Kundgebung die Grundlinien für eine sich über ganz Deutschland erstreckende Arbeiterorganisation aufzustellen. Er tat dies am 1. März 1863 in seinem „Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig". — Es wurde die Stiftungsurkunde der deutschen Sozialdemokratie.

„Da die Fortschrittspartei," führt die „Offene Antwort" aus, „durch ihre Haltung im preußischen Verfassungsstreit bewiesen habe, daß sie vollkommen unfähig sei, auch nur die geringste wirkliche Entwicklung und Sicherung des Freiheitsgedankens

herbeizuführen, so müsse sich der Arbeiterstand als eine selbständige „durchaus von ihr getrennte" politische Partei auftun und seine eigenen Interessen vertreten:

Nun zu der Sie mit Recht in noch höherem Grade interessierenden sozialen Frage, die Sie aufwerfen —

Sie wollen Sparkassen, Invaliden-, Hilfs- und Krankenkassen stiften? . . .

Aber unterscheiden wir gänzlich zwei Fragen, die schlechterdings nichts miteinander zu tun haben.

Ist es Ihr Zweck, das Elend von Arbeiterindividuen erträglicher zu machen?

In diesem Fall sind Kranken-, Invaliden-, Spar- und Hilfskassen ganz angemessene Mittel.

Oder aber ist es Ihr Zweck: die normale Lage des gesamten Arbeiterstandes selbst zu verbessern und über ihr jetziges Niveau zu erheben?

Und freilich ist das und muß das Ihr Zweck sein.

Bei solcher Fragestellung ist sofort einzusehen:

wie ganz und gar ohnmächtig zur Erreichung dieses zweiten Zweckes und somit wie ganz und gar außerhalb des Umfangs der jetzigen Arbeiterbewegung liegend jene Institute sind.

Nur das Zeugnis eines einzigen Gewährsmanns erlauben Sie mir anzuführen, das Eingeständnis des streng konservativen, streng royalistischen (königstreuen) Professors Huber.

„Ohne daher", — sagt Professor Huber in seiner „Concordia" — „den relativen Nutzen der Sparkassen, Hilfs- und Krankenkassen usw., soweit er wirklich geht, irgend zu verkennen, können diese guten Dinge doch insofern geradezu große negative Nachteile mit sich führen, als sie dem Bessern hinderlich in den Weg treten" . . .

Sind die Schulze-Delitzschen Assoziationen (Genossenschaften), die Kredit- und Vorschuß-, die Rohstoff- und die Konsumvereine imstande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?

Und auf diese Frage muß die Antwort allerdings das entschiedenste Nein sein!

Die Kredit-, Vorschuß- und Rohstoffvereine können also auch in bezug auf den kleinen Handwerker nur den Todes-

kampf, in welchem das kleine Handwerk der Großindustrie zu unterliegen und Platz zu machen bestimmt ist, verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes dadurch vermehren und die Entwicklung unserer Kultur unnütz aufhalten — das ist das ganze Resultat, das sie auch in bezug auf den kleinen Handwerkerstand haben, während sie den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand überhaupt nicht berühren!

Bleiben also noch die Konsumvereine zu betrachten.

Die Einwirkung der Konsumvereine würde den gesamten Arbeiterstand umfassen.

Sie sind gleichwohl gänzlich unfähig, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken.

Die Hauptursache ist „das eherne ökonomische Gesetz", welches unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage den durchschnittlichen Arbeitslohn immer auf den notwendigsten Lebensunterhalt beschränkt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung des Daseins und zur Fortpflanzung erforderlich ist.

Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. Ich könnte Ihnen für dasselbe ebensoviele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar aus der liberalen Schule selbst; denn gerade die liberale ökonomische Schule ist es, welche selbst dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen hat.

Dieses eherne und grausame Gesetz, meine Herren, müssen Sie sich vor allem tief, tief in die Seele prägen und bei allem Ihrem Denken von ihm ausgehen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen und dem gesamten Arbeiterstand ein unfehlbares Mittel angeben, wie Sie ein für allemal allen Täuschungen und Irreführungen entgehen können.

Jedem, der Ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes spricht, müssen Sie vor allem die Frage vorlegen:

ob er dieses Gesetz anerkennt oder nicht?

Erkennt er es nicht an, so müssen Sie sich von vornherein sagen, daß dieser Mann Sie entweder täuschen will oder aber von der kläglichsten Unerfahrenheit in der nationalökonomischen Wissenschaft ist. Denn es gibt, wie ich

Ihnen bereits bemerkt, in der liberalen Schule selbst nicht einen namhaften Nationalökonomen, der dasselbe leugnete.

Und wenn nun derjenige, der Ihnen von der Lage der Arbeiter spricht, auf Ihre Frage dieses Gesetz anerkannt hat, so fragen Sie ihn weiter:

wie er dasselbe beseitigen will?

Und wenn er hierauf nicht zu antworten weiß, so wenden Sie ihm ruhig den Rücken. Er ist ein leerer Schwätzer, der Sie oder sich selbst täuschen und mit hohlen Phrasen verblenden will.

„Den ebenso billigen als hohlen Deklamationen" (Redensarten) gegenüber, die darauf hinweisen, daß die Arbeiter es gegen die Lebenshaltung früherer Jahrhunderte doch besser hätten, führt das Antwortschreiben aus:

Man täuscht Sie, man hintergeht Sie, meine Herren!

Wenn Sie von der Lage der Arbeiter und ihrer Verbesserung sprechen, so meinen Sie Ihre Lage, verglichen mit der Ihrer Mitbürger in der Gegenwart, verglichen also mit dem Maßstab der Lebensgewohnheiten in derselben Zeit.

Jede menschliche Befriedigung hängt ja immer nur ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen oder, was dasselbe ist, von dem Überschuß der Befriedigungsmittel über die unterste Grenze der in einer Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnisse. Ein gesteigertes Minimum (Mindestmaß) der untersten Lebensbedürfnisse gibt auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten gar nicht kannten.

Was entbehrt der Botokude dabei, wenn er keine Seife kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrte der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrte der Arbeiter vor Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?

Nur ein Mittel kann das „eherne Lohngesetz" aufheben:

Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — wie Sie jetzt sofort selbst sehen, jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!

Der Staat soll das Kapital oder doch den Kredit dazu dem Arbeiterstand leihen oder doch Bürge sein bei solchen Anleihen. Das bedeutet keine Aufhebung der Selbsthilfe, sondern ihre Ergänzung:

Und ebensowenig lassen Sie sich durch das Geschrei derer irre führen und täuschen, die hier etwa gar von Sozialismus oder Kommunismus sprechen und mit derlei billigen Redensarten dieser Ihrer Forderung entgegentreten wollen. Sondern seien Sie von solchen fest überzeugt, daß sie Sie nur täuschen wollen oder aber selbst nicht wissen, was sie sprechen. Nichts ist weiter entfernt von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heute ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital resp. der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird.

Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf; dazu ist er da, dazu hat er immer gedient und dienen müssen. Hat der Staat die Zinsbürgschaft der Eisenbahnen übernommen zugunsten der besitzenden Klasse, so muß er auch für den Arbeiterstand das nötige Kapital oder vielmehr den nötigen Kredit aufbringen. Solche staatlichen Produktivgenossenschaften würden in der Ausführung nicht viel Schwierigkeiten bieten:

Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu verteilen sein.

Die Arbeiter hätten alles Recht, vom Staate diese Hilfe zu verlangen:

Was ist denn der Staat? — Das königlich preußische von dem Prof. Dieterici damals dirigierte (geleitete) amtliche statistische Bureau veröffentlichte 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen verteilt.

Ich setze Ihnen die Resultate dieser Berechnung mit wörtlicher und zahlenmäßiger Treue hierher. Hiernach besitzen von der Bevölkerung des preußischen Staats:

ein Einkommen von	über 1000	Tlr.	½%	der Bevölkerung
" " "	400—1000	"	3¼%	" "
" " "	200— 400	"	7¼%	" "
" " "	100— 200	"	16¾%	" "
" " "	unter 100	"	72¼%	" "

Und dieses Einkommen fällt auf den klassensteuerpflichtigen Kopf der Bevölkerung, welcher nach Diterici's Annahme durchschnittlich eine Familie von fünf Personen repräsentiert, (darstellt) fällt also durchschnittlich auf eine Familie von 5 oder mindestens über 3 Personen.

Die beiden untersten in der allergedrücktesten Lage befindlichen Klassen bilden also allein 89% der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die 7¼% der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96¼% der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage. Ihnen also, meine Herren, den notleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen; denn aus Ihnen besteht er! Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation — das ist der Staat!

Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen?

Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer Aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein.

Wie nun aber die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts bewirken?

Organisieren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern.

Von dem Augenblick an, wo dieser Verein auch nur 100 000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muß.

Wie Lassalle über die von ihm hier entwickelten Gedanken selbst urteilte, hat er in einem Briefe an Rodbertus vom 28. April 1863 ausgesprochen. Solange er überhaupt wirtschaftlich denke, sei er von der Notwendigkeit überzeugt, alles Grund- und Kapitaleigentum abzuschaffen:

> Freilich darf man das dem Mob heut noch nicht sagen, und eben deshalb habe ich das in meiner Broschüre vermieden. Ich glaube aber, wenn wir den Staatskredit für die Assoziation haben, dies eben der kleine Finger ist, der mit der Konsequenz des sich selbst entwickelnden Lebens allmählich, freilich erst in 100—200 (wenn auch nicht 500 Jahren) dazu führen muß.

9. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein.

Von dem „Offenen Antwortschreiben" erwartete Lassalle Außerordentliches. Am 13. März schreibt er an Dr. Otto Dammer, der im Leipziger Zentralkomitee sein eifriger Wortführer war:

> Schulze-Delitzsch und sein ganzer Standpunkt ist aufgeschlitzt und seine Eingeweide ans Licht gekehrt. Alle Illusionen sind aufgelöst. . . . Der Haß, der mich dafür treffen wird, wird beispiellos sein! . . . So gleichgültig mir aber der Haß der Bourgeoisie ist, und wenn sie mich vor Wut auffräße, so wenig gleichgültig ist mir die Wirkung unter den Arbeitern. Da die Schrift in eine ohnehin bereits bestehende praktische Bewegung fällt, so müßte sie, falls der Arbeiterstand nicht noch sehr träge und gedankenlos ist, eigentlich eine Wirkung hervorbringen, analog derjenigen der Thesen an der Wittenberger Schloßkirche von 1517! Wenn sie nicht eine ungeheure Agitation im Arbeiterstand erzeugt, so ist damit der beste Beweis geliefert, daß mit demselben auch nichts zu machen ist.

Die liberale und demokratische Presse griff Lassalle aufs heftigste an. Die wenigen konservativen Zeitungen, die wohl in dem schweren Kampf um die Heeres-Reorganisation eine Zersplitterung zwischen liberalem Bürgertum und Arbeiterschaft er-

hofften, blieben vorläufig kühl. Die Arbeitervereine aber erklärten sich in der übergroßen Mehrheit gegen Lassalle. Oft brandmarkten sie ihn geradezu, wie z. B. die Nürnberger Arbeiter, als „gedungenes Werkzeug der Reaktion". Nur in Leipzig, Frankfurt und Mainz gelang es Lassalle, Zustimmung zu erzielen.

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig von 12 Delegierten, die 11 Städte vertraten, der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" gegründet. An seine Spitze trat Lassalle. In einem Briefe an einen alten Parteigänger des Kommunistenbundes, den Zigarrenmacher Röser aus Köln, hatte er seine Meinung über die Verfassung dahin ausgesprochen:

> Wer auch Präsident sei, die Präsidialgewalt muß so diktatorisch (unumschränkt) als möglich organisiert sein. Sonst ist nichts vorwärts zu bringen. Die individuelle Vielschwätzerei wollen wir den Bourgeois überlassen. Wenn der Arbeiter, und zwar sogar alte und gute Arbeiter wie Sie, noch nicht so weit ist, dies einzusehen und zu begreifen, daß seine Angelegenheiten nur durch energische Diktatur vorwärts gebracht werden können, dann ist's noch zu früh.

Lassalle erhielt die geforderte diktatorische Gewalt. Trotzdem ging es nur langsam vorwärts. Nach außen führte er allerdings eine andere Sprache. Um in Berlin festen Fuß zu gewinnen, ließ er eine „Ansprache an die Arbeiter Berlins" in 16 000 Stücken verteilen, in der es heißt:

> Die wichtigsten Zentren Deutschlands sind gewonnen. Leipzig und die Fabrikgegenden Sachsens sind für uns. Hamburg und Frankfurt a. M. marschieren unter unserer Fahne; das preußische Rheinland geht bereits in vollem Sturmschritt voran.

Trotzdem zählte der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" beim Tode Lassalles in ganz Berlin nur 35 eingeschriebene Mitglieder, während der fortschrittliche Berliner Arbeiterverein in kurzer Zeit 2000 Mitglieder gewann.

Als Lassalle im November 1863 durch Vorträge für seinen Verein werben wollte, sprengten die Arbeiter die Versammlungen mit Hochrufen auf Schulze-Delitzsch. Als der Staatsanwalt wegen der „Ansprache" ihn unter der Anklage auf Hochverrat

in einer Versammlung verhaften ließ, klatschten die Arbeiter Beifall. Innerhalb des Vereins selbst häufte sich Enttäuschung auf Enttäuschung. Vahlteich, der Leipziger Schuhmachergehilfe, der als Sekretär des Vereins bald erkannte, daß Lassalle den kleinen aber notwendigen Organisationsarbeiten nicht gewachsen sei, schlug eine größere Dezentralisation vor. Lassalle erließ darauf sofort ein Rundschreiben an den Vorstand, um die Ausstoßung Vahlteichs herbeizuführen — übrigens, abgesehen von der Bestellung von Kassenprüfern, die einzige Veranlassung, bei der die anderen Vorstandsmitglieder um ihre Meinung befragt wurden.

Schulze-Delitzsch hatte seine Vorträge im Berliner Arbeiterverein gegen Lassalle als „Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus" 1863 erscheinen lassen. Siegessicher schlossen sie:

> Zu tief haben unsere Bildungsbestrebungen bereits unter den Arbeitern Wurzel geschlagen; Einsicht und Besonnenheit haben die Oberhand, und kein Marktschreier verlockt so leicht die Leute, trotz aller Aufschneidereien, seine Wunderpillen zu kaufen. Und wenn Herrn Lassalle ja ein Teil der Arbeiter folgt, so ist es nicht derjenige, der schließlich die Entscheidung gibt, so sind es weniger die tüchtigen, die gesunden Elemente des Standes, als vielmehr die untüchtigen und verkommenen, und was von ersteren etwa sich fortreißen läßt, wird von dem Rausche bald ernüchtern. Hohle Deklamationen kommen auf die Länge niemals auf gegen praktische, gelungene Versuche, wie wir sie bieten können. Mit mir arbeiten seit Jahren bereits Tausende von Vertrauensmännern, meist aus Ihren eignen Reihen, meine Herren, an der Spitze der einzelnen Genossenschaften, und der Mittelstand fängt an, sich zu beteiligen und findet seine Rechnung dabei. Millionen fremden Kapitals sind bei uns angelegt, und doch stehen wir erst in den Anfängen der ganzen Bewegung. Schon knüpfen wir Verbindungen mit den Großbanken an und in wenigen Jahren friedlichen Verkehrs sind wir eine Macht, die ein Wort mitzusprechen hat auf dem Geldmarkt. Was können wir erst leisten, wenn der Arbeiterstand im ganzen und großen sich uns zuwendet! Daher rede und schreibe Herr Lassalle, so viel er will, die Hauptsache ist, zu handeln, zu organisieren. Dort Redensarten, hier

Kapital und Bildung — wir wollen sehen, wer das Feld behält!

Lassalle wandte sich mit der ganzen Wucht seiner Leidenschaft dagegen und schuf in kurzer Zeit seine größte Kampfschrift: „Herr Bastiat Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder: Kapital und Arbeit", die in dem Ausruf ausklingt:

> Schon höre ich in der Ferne den dumpfen Massenschritt der Arbeiter-Bataillone! Rettet — rettet — rettet euch aus den Banden eines Produktionszustandes, der euch zur Ware entmenscht hat — rettet — rettet — rettet den deutschen Geist vom geistigen Untergange — rettet — rettet zugleich die Nation vor Zerstückelung!
>
> Schon zuckt in den Höhen der Blitz des direkten und allgemeinen Wahlrechts! Auf diesem oder jenem Wege, bald fährt er zischend hernieder! Seitdem dieses Wort ausgesprochen wurde, ist es zur Notwendigkeit geworden! Bewaffnet dann mit diesem Blitz, rettet euch, rettet Deutschland!
>
> Und ihr, die ihr gleich mir Bourgeois von Geburt, aus unsern Denkern und Dichtern die Milch der Freiheit gesogen habt, um euch zu erheben über die Existenzbedingungen einer Klasse, welche dem Volke das Elend, dem deutschen Geist den Verfall, der Nation die Zerstückelung und Ohnmacht gebracht hat — herbei und stimmet ein in mein „jacta est alea" (der Würfel ist gefallen). Hier euer Banner und das eure Ehre!

Wegen seines „Arbeiterprogramms" war er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, — ein Urteil, von dem Lassalle sagte,

> daß es weit alle Greuel überschritte, durch welche die heilige Inquisition, die mittelalterlichen Glaubensprozesse und die Schrecken der römischen Kaiserzeit die Mit- und Nachwelt mit Entsetzen erfüllt haben.

Er benutzte seine Verteidigung vor dem Kammergericht zu einer glänzenden Rede über „die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen".

Zur selben Zeit, als Lassalle von der Presse aufs heftigste bekämpft und von den Gerichten verfolgt wurde, fand er eine Verbindung mit den konservativen Führern. Hermann Wa-

gener, der 1848 die „Kreuzzeitung" begründete und ihr erster Leiter und später ein vertrauter Mitarbeiter Bismarcks wurde, erzählt („Erlebtes", 2. Aufl., 2. Band, 1884, Seite 6):

> Ich habe selbst mehrfach und, wie ich glaube, noch vor dem Fürsten Bismarck, mit den Häuptern der Sozialdemokratie und speziell auch mit Herrn Lassalle verkehrt und habe mit letzterem namentlich sehr eingehend die Frage verhandelt, daß für die Hebung der Lage der arbeitenden Klasse der standard of life (die Lebenshaltung) der Mittelstände der einzig richtige Maßstab, und daß es ein großer Fehler sei, die Blicke der großen Masse immer auf die oberen Zehntausend zu richten und dadurch die Frage selbst in ein schiefes Licht zu stellen. Ohne die Sicherung und Hebung der Lage der Mittelstände seien alle Versuche, die soziale Frage auf gesetzlichem Wege zu lösen, aussichtslos, und es bleibe auch für die Agitation der Sozialdemokratie keine andere Perspektive, (Aussicht) als die auf eine blutige Revolution. Lassalle war bei dieser Gelegenheit so freundlich auszusprechen: daß er, Bismarck und ich — so war die Reihenfolge — die drei klügsten Leute in Preußen seien.

Keudell, der bekannte Vertraute des Bismarckschen Hauses, erzählt, daß Lassalle im Februar 1864 zwei Stück seines Buches „Herr Bastiat Schulze von Delitzsch" Bismarck mit einem Schreiben übersandt habe, in dem es hieß:

> Der Minister würde aus diesem Holze Kernbolzen schneiden können zu tödlichem Gebrauche, sowohl im Ministerrat wie den Fortschrittlern gegenüber . . . Auch wäre es sehr nützlich, wenn der König einige Abschnitte des Buches läse; dann würde er erkennen, welches Königtum noch eine Zukunft hat, und klar ersehen, wo seine Freunde, wo seine wirklichen Feinde sind.

Bismarck sah mit Mißtrauen auf das preußische Dreiklassen-Wahlrecht, dessen Erkorene z. B. am 23. September 1862 die von König Wilhelm I. so heiß erstrebte Heeres-Reorganisation mit 308 gegen 11 Stimmen verworfen hatten, und das Preußen vor dem schwersten Verfassungskonflikt nicht bewahrt hatte. Andererseits hatte er als Botschafter in Paris gesehen, wie Napoleon III. mit dem allgemeinen Wahlrecht stets willfährige Mehrheiten erzielte. Die erste Forderung Lassalles,

die des allgemeinen Stimmrechts, war deshalb für ihn durchaus nichts Unmögliches. Ebenso war es mit der zweiten Forderung, die der Staatsunterstützung für Produktivgenossenschaften.

Gerade über diese Forderung bringt — neben bemerkenswerten Streiflichtern persönlicher Art — Bismarcks große Reichstags-Rede vom 17. September 1878 wertvolle Beiträge:

> Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfnis, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblick an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht „in jeder Woche drei- bis viermal gesehen", sondern im ganzen dreimal, meinethalben viermal; ich weiß es nicht. Unsere Beziehungen konnten gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des (Nehmen und Geben) eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. (Heiterkeit.) Wenn man sich aber sagen muß: was kannst du armer Teufel geben? — er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, das mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung. Seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft (Große Heiterkeit); aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.
>
> Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterredungen wenig zu Worte kam (Heiterkeit); er trug die Kosten der Unterhaltung.

Unsere Unterhaltungen drehten sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht; unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroyierung (zwangsweise Einführung) desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyierung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition akzeptiert (angenommen). . . .

Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften — das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Versuch, ich weiß nicht, ob unter dem Eindruck von Lassalles Raisonnement (Beweisführung) oder unter dem Eindruck meiner eignen Überzeugung, die ich zum Teil in England während eines Aufenthalts im Jahre 1862 gewonnen hatte — mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England in blühendem Verhältnis existieren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Teil des Unternehmergewinns zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Sr. Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen ein natürliches, angeborenes Wohlwollen und Fürsorge hat, gesprochen, und der König hat damals aus eignen Privatmitteln eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eignen Überzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brot gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen*). Es sind hier darüber

*) Es ist die sogenannte Waldenburger Weberdeputation gemeint, über die Bebel vorher gesprochen hatte: „Im Jahre 1864 wurde vom Könige die bekannte Weberdeputation empfangen, an ihrer Spitze der noch heute hier lebende Arbeiter Paul, den Se. Majestät mit den Worten entließ: „Ich sehe, es ist in dieser Beziehung weit trauriger mit der Lage der Arbeiter beschaffen, als mir bis jetzt mitgeteilt ist; aber seien Sie versichert, sobald wir mit unseren äußeren Verhältnissen Ruhe haben, soll die Arbeiterfrage in gesetzlicher Weise gelöst werden." Als darauf Paul aus dem Audienzzimmer trat, empfing ihn Fürst Bismarck mit den Worten: „Paul! Aber bis zum nächsten Sonntag wird es noch nicht besser", worauf dieser erwiderte: „Exzellenz, ich weiß, daß die Sache nicht so schnell geht." Er wurde vom Fürsten Bismarck gefragt, was sie, die dreizehn Arbeiter, die von den liberalen Fabrikanten wegen ihres Schrittes bei dem König gemaßregelt worden seien, jetzt treiben wollten, ob es nicht möglich sei, ihnen irgendwie zu helfen, vielleicht durch eine Association. Paul antwortete, er habe noch nicht darüber nachgedacht. Auf die weitere Frage des Fürsten, wieviel Mittel wohl für eine Association nötig seien, zögerte er anfangs

Worte zitiert, die ich mit einem Herrn Paul, einem von diesen Arbeitern, gewechselt haben soll. Ich weiß nicht mehr — er mag ein besseres Gedächtnis haben als ich — was ich mit ihm gesprochen habe; aber dessen bin ich nach meiner Selbstkenntnis sicher, daß ich eine Summe von 6000 bis 7000 Talern nicht eine „Lumperei" genannt habe, und wenn die Herren das Wort „Lumperei" brauchten, warum haben sie es denn nicht weiter an das Hundertmillionenprojekt geknüpft? Da wäre es viel wirksamer gewesen — an das Hundertmillionenprojekt, das ich Lassalle zugesagt haben soll. Wenn man etwas derartig Großes unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man Hundert Millionen dazu gebrauchen könnte — es sind Taler gemeint —, aber so ganz töricht und einfältig scheint eine solche Sache immer noch nicht.

Wir stellen im landwirtschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirtschaftliche Systeme, wir versuchen auch wohl in unsrer Fabrikation — wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen, und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen soziale, Frage durch Verbesserung des Loses der Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es doch höchstens der, daß ich das nicht bis zu einem befriedigenden Ergebnis fortgesetzt habe.

10. Lassalles Ausgang.

Im Mai 1864 unternahm Lassalle eine Agitationsreise in die Rheinlande, wo er am meisten Anhänger besaß. In seiner letzten Rede — in Ronsdorf — wies er auf den Empfang der Waldenburger Weberdeputation beim König hin, ebenso auf das soziale Auftreten des Mainzer Bischofs von Ketteler, um den überwältigenden Sieg seiner Lehre und seiner Organisation darzulegen:

> Welcher Verein, frage ich, kann, seitdem die Welt besteht, solche Erfolge als Resultate eines Jahres aufweisen?

mit der Antwort, meinte aber dann, daß 4—6000 Taler dazu reichten. Darauf erklärte Fürst Bismarck wörtlich: „Das ist ja eine wahre Lumperei, die sollen beschafft werden". . . . Die Gesellschaft ging bald zugrunde.

Die Arbeiter, das Volk, die Gelehrten, die Bischöfe, den König, haben wir gezwungen, Zeugnis abzulegen für die Wahrheit unserer Grundsätze!

Dann ging er, geistig und körperlich völlig erschöpft, in die Schweiz.

Hier hatte Georg Herwegh, der einst die „Gedichte eines Lebendigen" verfaßt hatte, auf Drängen Lassalles das Amt eines Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins übernommen. Er hatte sich um die Organisation vorher wenig gekümmert, aber das Bundeslied geschrieben, das seitdem in Lohnkämpfen tausendfach erklungen ist:

Bet' und arbeit' ruft die Welt,
Bete kurz! denn Zeit ist Geld.
An die Türe pocht die Not —
Bete kurz! denn Zeit ist Brot.

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

In der Schweiz traf Lassalle Helene von Dönniges, die Tochter des Bayerischen Gesandten in der Schweiz. Sie rühmte sich, daß in ihren Adern reines Wikingerblut von väterlicher und rein semitisches Blut von mütterlicher Seite fließe. Die Eltern, die ein glänzendes Haus in München und später in Turin, Nizza und Bern führten, kümmerten sich um die Erziehung der begabten Tochter sehr wenig. Im Alter von 12 Jahren wurde sie mit einem 42jährigen italienischen Oberst verlobt, im 15. Jahre entlobt. Mit 16 Jahren gab sie sich bereits einem Liebhaber hin. Bei einem Besuch in Berlin hatte sie Lassalle kennen gelernt. Jetzt schien eine glühende Liebe beide zu erfassen. Die Briefe, die der 39jährige Lassalle an das 21jährige Mädchen schrieb, lassen einen tiefen Blick in sein Seelenleben tun:

Was würde mein Goldkind sagen, wenn ich es einmal im Triumph in Berlin einführen würde, von sechs Schimmeln gezogen, die erste Frau Deutschlands, hoch erhaben über alle.

Derselbe Grundton klang in seinen Gesprächen durch. Helene von Dönniges gibt in ihren Erinnerungen: „Von andern und mir" 1909 manche Probe davon:

Hast Du Dir wohl eine Idee von meinen Plänen und Endzwecken gemacht? Nein? Nun so sieh mich an. Sehe ich aus, als wollte ich mich mit einer zweiten Rolle im Staate begnügen? Glaubst Du, ich gebe den Schlaf meiner Nächte, das Mark meiner Knochen, die Kraft meiner Lungen dazu her, um schließlich für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen? Sieht ein politischer Märtyrer so aus? Nein — Handeln und kämpfen will ich, aber den Kampfespreis auch genießen und Dir das — nun, nennen wir's fürs erste das Siegesdiadem auf die Stirn drücken! Und glaube mir, es ist ein ebenso stolzes Gefühl, „volkserwählter Präsident" einer Republik zu sein, fest und sicher auf der Gunst seines Volkes zu stehen, wie als „König von Gottes Gnaden" auf morschem, wurmstichigem Thron zu sitzen. . . . Wir beide haben Feinde . . . . sie sollen noch alle die Knie beugen, wenn wir unsern „Einzug" halten.

Auf der anderen Seite aber klangen in seinen Briefen und Worten auch andere Töne wieder, z. B.:

Die wahnsinnige Anstrengung, den Bastiat-Schulze außer und neben allem andern in 4 Monaten auszuarbeiten, die tiefe und schmerzliche Enttäuschung, der fressende innere Ärger, den mir die Gleichgültigkeit und Apathie (Stumpfheit) des Arbeiterstandes, in seiner Masse genommen, einflößen, beides war selbst für mich zu viel. Ich treibe ein métier de dupe (Täuschungswerk) und ärgere mich innerlich zu Tode, um so mehr, als ich diesem Ärger nicht Luft machen, und ihn nach innen würgen, oft das Gegenteil behaupten muß.

Als Herr von Dönniges von der heimlichen Verlobung seiner Tochter mit dem Arbeiterführer hörte, kam es zu furchtbaren Auftritten. Er fürchtete für seine Stellung und die Laufbahn seiner Kinder. Helene verließ das Elternhaus und ging zu Lassalle, um mit ihm zu fliehen. In diesem aber bäumte sich die Eitelkeit gegen einen solchen Ausweg auf:

Wen glauben sie denn, Deine hochmütigen Eltern, daß sie vor sich haben? Ich will es ihnen zeigen und beweisen! Jetzt nehme ich Dich als meine Gattin nur noch aus ihrer Hand!

Er zwang Helene, zu ihren Eltern zurückzukehren. Dort verlobte sie sich mit dem 20jährigen Rumänen Janco von Ra-

cowitza, und sie, die noch am Tage vor ihrer Flucht aus dem Elternhaus Lassalle geschrieben hatte:

> Jedenfalls bleibe ich felsenfest! . . . Jetzt ist es 6½ Uhr, und Du, mein Herr und Gott, bist nun schon hier,

schrieb jetzt:

> Nachdem ich mich von ganzem Herzen und in tiefster Reue über die von mir unternommenen Schritte mit meinem verlobten Bräutigam, Herrn von Racowitza, ausgesöhnt und dessen Liebe und Verzeihung wieder gewonnen habe, erkläre ich Ihnen freiwillig und aus voller Überzeugung, daß von einer Verbindung zwischen uns nie die Rede sein kann, daß ich mich von Ihnen in jeder Beziehung lossage und fest entschlossen bin, meinem verlobten Bräutigam ewige Liebe und Treue zu widmen.

Lassalle war außer sich. In einem Briefe an den Berliner Rechtsanwalt Holthoff, in dessen Haus er Helene einst nahegetreten war, schreibt er z. B.:

> Ich habe fast während zweier Tage jeden freien Augenblick benutzt um, ich schäme mich nicht, es zu sagen, aber es ist entsetzlich — zu weinen. Was nun? Ich weiß es nicht. Nur das eine weiß ich, ich muß Helene haben. Arbeiterverein, Politik, Wissenschaft, Gefängnis — alles ist mir absolut verblaßt in meinem Innern bei dem Gedanken, Helene wieder zu erobern.

Und in einem anderen Briefe an denselben Freund:

> Ich habe mir mein Ehrenwort gegeben, an dem Tage, wo ich Helene für verloren geben muß, mir eine Kugel durch den Kopf zu jagen. Ich habe laut meinen Freunden dies auf mein Ehrenwort erklärt, und Sie werden so gut wissen wie meine andern Freunde, daß dies von Stund an eine unwiderruflich beschlossene Tatsache ist.

Lassalle rief den Bischof Ketteler von Mainz um Hilfe an und versprach sogar katholisch zu werden, wobei er übersah, daß Helene von Dönniges protestantisch war. — Richard Wagner lehnte die erbetene Vermittlung beim bayerischen König schroff ab, weil er in dieser Liebesgeschichte nur „lauter Eitelkeit und falsches Pathos" sehen konnte.

Trotzdem gelang es Lassalle in München von dem Minister, dem Vorgesetzten des Herrn von Dönniges, die Bestallung eines besonderen Beauftragten zu erlangen, vor dem seine Tochter erklären sollte, ob sie freiwillig auf Lassalle verzichte. Dieser selbst hatte von Helene von Dönniges früher an die Gräfin Hatzfeld geschrieben:

> Ihr einziger, aber riesengroßer Fehler ist, sie hat keinen Willen, auch nicht die Spur davon.

Jetzt lehnte die junge Dame in verletzender Form jede Gemeinschaft mit Lassalle ab. Dieser, in seiner Eitelkeit aufs tiefste verletzt, erklärte, er müsse „blutige Rache" haben. In Briefen vom 26. August an Herrn von Dönniges und an Herrn von Racowitza nannte er Helene eine „verworfene Dirne". Das damit erzwungene Duell mit Herrn von Racowitza fand am 28. August in Genf statt. Lassalle wurde tödlich verwundet und erlag den Verletzungen am 31. August.

Mit welchen Gefühlen Lassalle in den Zweikampf hineinging, zeigen seine letzten Zeilen an Hans von Bülow:

> Das Leben ist eine lumpige Hunde-, Affen-Komödie. . . . Alles lumpig, schmierig; es ist ein wahrer Dégoût (Abscheu)! Adieu!

Helene von Dönniges aber heiratete bald darauf den lungenkranken Herrn von Racowitza; als dieser nach einigen Monaten gestorben war, einen Schauspieler — sie betrat selbst zeitweise die Bühne — dann einen russischen Journalisten, und endete in tiefem Elend durch Selbstmord am 3. Oktober 1911.

Die Gräfin Hatzfeld wollte den Leichnam Lassalles in einem „Triumphzug" durch Deutschland führen. Sie drahtete deshalb an die Lassalleschen Gemeinden, man möge keine Kosten für den Empfang des Sarges scheuen, sie würde alles bezahlen. Auf Ersuchen von Lassalles Verwandten wurde aber die Leiche von der Polizei in Köln beschlagnahmt und nach Breslau geführt, wo Lassalle ohne Feierlichkeit im Beisein mehrerer Polizeibeamten auf dem jüdischen Friedhofe begraben wurde. Seine Ruhestätte trägt die Inschrift, die sein alter Freund, Professor Böckh, verfaßte:

Hier ruht, was sterblich ist von Ferdinand Lassalle, dem Denker und dem Kämpfer. —

Über die Arbeit Lassalles urteilt Karl Marx 1868 in einem Briefe an J. B. von Schweitzer:

Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle — und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst — die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland. Aber er beging große Fehler. Er ließ sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen. Er machte den kleinen Ausgangspunkt — seinen Gegensatz gegen einen Zwerg wie Schulze-Delitzsch — zum Zentralpunkt seiner Agitation. Staatshilfe gegen Selbsthilfe! Er nahm damit nur die Parole wieder auf, die Buchez, der Chef des französischen katholischen Sozialismus 1843ff. gegen die wirkliche Arbeiterbewegung in Frankreich ausgegeben hatte. . . . Der „Staat" verwandelte sich daher in den preußischen Staat. So wurde er zu Konzessionen an das preußische Königtum, die preußische Reaktion (Feudalpartei) und selbst die Klerikalen gezwungen. Mit der Buchezschen Staatshilfe für Assoziationen verband er den Chartistenruf des allgemeinen Wahlrechts. Er übersah, daß die Bedingungen in Deutschland und in England verschiedene sind. Er übersah die Lektionen des bas empire (Kaisertum Napoleons III) über das allgemeine Wahlrecht. Er gab ferner von vornherein — wie jedermann, der behauptet, eine Panacee (Allheilmittel) für die Leiden der Masse in der Tasche zu haben — seiner Agitation einen religiösen Sektencharakter . . . Er fiel in den Fehler Proudhons, die reelle Basis seiner Agitation nicht aus den wirklichen Elementen der Klassenbewegung zu suchen, sondern letzterer nach einem gewissen doktrinären (lehrhaften) Rezept ihren Verlauf vorschreiben zu wollen. Was ich hier post festum (nachträglich) sage, habe ich großenteils dem Lassalle vorher gesagt, als er 1862 nach London kam und mich aufforderte, mich mit ihm an die Spitze der neuen Bewegung zu stellen.

Professor Ludwig Büchner, der Verfasser von „Kraft und Stoff", hatte es als Vorsitzender des Maingaues der Arbeiterbildungsvereine 1863 durchgesetzt, daß man Lassalle frei zu Worte kommen ließ, ehe man ein Urteil über ihn fällte. Büchner hat 1898 (S. 629ff.) in der bodenreformerischen „Deutschen Volksstimme" „Persönliche Erinnerungen an Ferd. Lassalle" veröffentlicht, in denen er u. a. erzählt:

Obgleich vollkommener Weltmann, ließ er sich doch durch seinen Mißmut hinreißen, die Regeln der Höflichkeit gegen Damen außer acht zu setzen, indem er meiner Schwester Luise (Verfasserin von „Die Frauen und ihr Beruf"), welche sich einmal in die Diskussion gemischt hatte, zurief: „Davon verstehen Frauenzimmer nichts!"

Bei der Unterhaltung selbst fiel es auf, daß er, der doch ein Apostel des Volks sein wollte, sich sehr verächtlich über den „Mob" äußerte und seinem Widerwillen darüber, daß er auf seinen Agitationsreisen jedem Arbeiter die schmutzige oder schweißige Hand drücken müsse, sehr energischen Ausdruck gab.

Über den vielgerühmten Vortrag in Offenbach a. M. am 17. Mai 1863 berichtet Büchner:

Ich gab Lassalle um 4¾ Uhr das Wort, welcher dasselbe von da bis zum Schluß der Versammlung, abends 9 Uhr, mit kurzer Unterbrechung auch behielt. Diese unerhört lange Dauer der Rede, sowie der Umstand, daß der Redner weit mehr aus einem dicken Manuskript mit einem nicht allzu kräftigen Organ ablas, als frei sprach, wirkte so ermüdend, daß sich der anfangs dicht gefüllte Saal nach Verlauf einiger Zeit mehr und mehr zu leeren begann, und daß kaum der dritte oder vierte Teil der Versammelten zurückblieb.

In der Regel wird Lassalle als ausgezeichneter Redner geschildert. Ohne darüber ein bestimmtes Urteil abgeben zu wollen, da ich Lassalle nur bei dieser einen Gelegenheit gehört habe, muß ich doch sagen, daß ich den Eindruck einer besonderen Rednergabe Lassalles damals nicht empfing. Schon das Anstoßen mit der Zunge wirkte störend. Dabei machte der Umstand, daß sich der Redner zu viel an das geschriebene Wort hielt, den Vortrag zuweilen recht eintönig, während seine heftigen Ausfälle gegen Andersdenkende zwar diese Eintönigkeit unterbrachen, aber andererseits wieder recht unangenehm berührten.

Eugen Richter schreibt in seinen „Jugenderinnerungen" (S. 101):

Ich habe Ferdinand Lassalle in Düsseldorf wiederholt persönlich gehört, auch seine letzte Verteidigungsrede vor Gericht in Düsseldorf im Sommer 1864 mit angehört. Niemals später bin ich im öffentlichen Leben einer so durch und durch geckenhaften, hohlen Persönlichkeit wieder begegnet, bei welcher die Arbeiterfreundlichkeit leere, angenommene Maske war im Widerspruch mit dem ganzen Kern seines Wesens.

Paul Lindau, der ebenfalls am 27. Juni 1864 diese Verteidigungsrede Lassalles, seine letzte Rede, die er überhaupt gehalten hat, gehört und sie auch herausgegeben hat, berichtet darüber:

> Lassalle hatte aus Respect vor dem hohen Gerichtshof Balltoilette angelegt, Lackstiefel, Frack und weiße Cravatte .... Alles machte den Eindruck des sehr Beabsichtigten, vorher Studierten, zum mindesten vorher Probierten. . . .
>
> Trotz aller Bewunderung für die Schärfe der Gedanken, für die Knappheit, die Gewalt des Ausdrucks, für die hohe Beredtsamkeit wurde man den Eindruck des Schauspielerischen nicht recht los. Derselbe wurde noch verstärkt durch das lebhafte Minenspiel und durch die Gesten, mit welchen Lassalle den Vortrag begleitete.

Bebel schreibt in der „Gründung der deutschen Sozialdemokratie" (1903) über die Rede Lassalles in Leipzig:

> Lassalle selbst stand in herausfordernder Haltung auf der Rednertribüne, die er mit Folianten und Büchern rings um sich belegt hatte. Zeitweilig steckte er die Finger in die beiden Westenlöcher, eine Haltung, die nicht sehr sympathisch erschien. Weit lebhafter als der Widerspruch war der Beifall, den er fand; doch möchte ich nicht zugeben, daß der Erfolg ein durchschlagender war.

Bahlteich, der als erster Sekretär des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" im Hause Lassalles wohnte und unmittelbar mit ihm zusammen arbeitete, sagt in seinen Erinnerungen („F. Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung" 1903):

> Größenwahnsinn! Mit dem Worte ist der Schlüssel zum Verständnis des vielen Unerklärlichen gegeben, dem wir im späteren Leben Lassalles begegnen.

Der beste Kenner der Lassalleschen Werke, der sie im Auftrage der sozialdemokratischen Partei herausgegeben hat, Eduard Bernstein, urteilt in einem Briefe an Franz Mehring („Leipziger Volkszeitung", 29. Oktober 1904):

> Mir ist Lassalle — und je näher ich mich mit ihm beschäftige, um so mehr — der Typus einiger ganz besonders unsympathischer Eigenschaften der deutschen Juden. Sein großes

Talent erkenne ich mit Ihnen an, ebenso die Ehrlichkeit seiner Bestrebungen. Insoweit konnte es mir nicht einfallen, das Wort unecht auf ihn anzuwenden. Aber seine Prozeduren, sein literarisches Gebahren, das ist oft geradezu abstoßend komödiantenhaft. Seine Beispiele, wenn man ihnen näher nachspürt, und ich mußte es ja pflichtgemäß, sind oft die schlimmsten Advokatentricks (Kniffe). Ich habe oft die schlimmsten Erfahrungen mit ihm gemacht.

Von den Forderungen des „Offenen Antwortschreibens" ist die politische Forderung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts nach Aufrichtung des Norddeutschen Bundes durch Bismarck erfüllt worden. Seine sozialpolitische Hauptforderung: „Produktivassoziationen mit Staatskredit" wurde von der sozialdemokratischen Partei bald fallen gelassen. Das „unfehlbare Mittel", um ein für allemal „allen Täuschungen und Irreführungen zu entgehen", das „eherne Lohngesetz", ist von ihr aufgegeben worden, als sie sich 1891 in Erfurt ein neues Programm gab.

Nichts aber kann die Bedeutung der Tatsache verkleinern, daß Ferdinand Lassalle durch das Einsetzen seiner ganzen Persönlichkeit eine selbständige deutsche Arbeiterbewegung hervorgerufen und lange Zeit bestimmend beeinflußt hat, und von Hunderttausenden begeisterter Lippen ist seitdem der Kehrreim der deutschen Arbeitermarseillaise von Audorf erklungen:

Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all'!
Der kühnen Bahn nur folgen wir,
Die uns geführt Lassalle!

11. Lassalleaner und Eisenacher.

Ein geringes Maß von Menschenkenntnis hat Lassalle bewiesen, als er Bernhard Becker aus Frankfurt a. M. zu seinem Nachfolger bestimmte. Wie unfähig dieser war, zeigt sein Vorstandsbericht, der über die politische Lage seiner Zeit urteilte:

Würden wir uns an Preußen anheften, so würden wir mit verruchter Hand unsere Fortdauer auf die Spanne Zeit, welche dieser Staat noch zu leben hat, herabsetzen und schließlich an der

künstlichen Grenze, die wir aus Verblendung um uns gezogen, scheitern. — Unser Stützpunkt muß Wien, die zukünftige Hauptstadt Deutschlands werden.

Trotzdem machte die Organisation Fortschritte, so daß die erste Hauptversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 30. November 1865 in Braunschweig mit etwa 5000 eingeschriebenen Mitgliedern rechnen konnte. Lehrreich für die Aufnahme des Gedankens der staatlich unterstützten Produktivgenossenschaften ist ein Blick auf die Mitgliederliste. Es waren namentlich kleinere Orte, zumeist solche mit Webereien, die neben den alten Stammsitzen Barmen (1000 Mitglieder), Hamburg (900), Frankfurt (300) in Betracht kamen. So wiesen auf:

Wüstegiersdorf . . .	350	Mitglieder
Steinseifersdorf . . .	150	„
Peterswaldau	200	„
Wüstewaltersdorf . .	150	„

während große Gewerbeorte nur schwach vertreten waren, so

Erfurt	35	Mitglieder
Köln	35	„
Chemnitz	41	„
Duisburg	31	„
Stettin	10	„
Berlin	24	„

Die ersten Jahre waren voll von inneren Streitigkeiten, die nach der Gründung eines besonderen Organs durch die „Zeitungsbarone", den bayerischen Leutnant J. B. von Hofstetten und den Frankfurter Rechtsanwalt J. B. von Schweitzer, nur noch verschärft wurden. — Das Programm des „Sozialdemokrat", der vom 4. Januar 1865 an dreimal wöchentlich in Berlin erschien, beschränkte sich auf drei Punkte:

Solidarität der Völkerinteressen wie der Volkssache durch die ganze zivilisierte Welt;
das ganze gewaltige Deutschland: Ein freier Volksstaat;
Abschaffung der Kapitalherrschaft.

Außer den Freunden Lassalles hatten auch Marx, En-

gels, Liebknecht und Herwegh ihre Mitarbeit zugesagt. Aber schon der erste Aufsatz Schweitzers über Lassalle erschien diesem Kreise als „servile (dienerhafte) Lobhudelei". Zum völligen Bruche kam es durch fünf Leitaufsätze, die Schweitzer vom 27. Januar bis 1. März 1865 über das Ministerium Bismarck veröffentlichte. Darin betonte er, daß die deutsche Frage nur durch zwei Mächte zu lösen sei: durch preußische Bajonette und deutsche Proletarierfäuste. Er wies weiter hin auf „die bedeutende Politik Bismarcks", bezeichnete den preußischen Staat als „das Werk tüchtiger Regenten" und pries „das mächtige Genie des alten Fritz als eines in jeder Hinsicht bewunderungswürdigen Mannes".

Bereits am 23. Februar 1865 schieden Marx, Engels und Liebknecht aus der Reihe der Mitarbeiter, indem sie sich ausdrücklich „von dem königl. preußischen Regierungssozialismus" des Blattes lossagten. Für den Grad gegenseitiger Verbitterung ist es bezeichnend, wie der Vereinspräsident Bernhard Becker diesen Austritt in einer Hamburger Rede wertete:

> Wenden wir uns der Marxschen Clique (Klüngel) zu. Diese Clique besteht aus drei Personen, nämlich aus Meister Marx, seinem Sekretär Engels und seinem Agenten Liebknecht. Von dieser Marxschen Sippschaft, die sich gern für eine große Partei ausgäbe, hat einst der jetzt durch die Gräfin in ihr Netz gezogene Dichter Herwegh gesagt, daß sie „falsch ist wie Galgenholz". Und der Marxsche Agent sagte mir einmal selber in England, „er sei noch hundertmal zu sittlich gewesen, als er nach London gekommen". Marx und Engels entblödeten sich nicht, sogar einmal unseren Hillmann aus Elberfeld, der unserer Sache im größten Elend standhaft ergeben blieb, für einen Polizeispion auszuschreien. Dies geschah im kommunistischen Arbeiterverein in Windmillstreet, aus dem sie endlich, weil sie lauter Hetzereien ins Werk setzten, „an die Luft gesetzt" wurden.

Der Ton auf der anderen Seite gab diesem nichts nach. In einer Oppositionsversammlung der Berliner Gemeinde, deren geistiges Oberhaupt Liebknecht geworden war, wurde der Beschluß angenommen:

> daß der Bernhard Becker als ein niederträchtiger Verleumder und unheilbarer Idiot (Schwachsinniger) aus dem Verein auszuschließen ist.

Nach dem Kriege von 1866 gab Bismarck das allgemeine und direkte Wahlrecht. Die erste Hauptforderung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war also erfüllt, und er beteiligte sich hoffnungsvoll an den Wahlen. In Berlin stellte er den Schriftsetzer Feistel mit dem Programm auf: „Anbahnung der Lösung der sozialen Frage durch freie Arbeiterassoziationen mit Staatshilfe nach den Prinzipien Ferdinand Lassalles." Feistel erhielt in ganz Berlin — 69 Stimmen.

Zu diesem Mißerfolg kamen neue heftige Streitigkeiten. Die Gräfin Hatzfeld gründete mit ihren Schützlingen Mende und Försterling eine Sondergruppe, die es namentlich durch die Geldmittel der Gräfin bis zur Eroberung einiger Reichstagswahlkreise in Sachsen brachte. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wählte, nachdem auch der Nachfolger Beckers, Tölcke, sein Amt niedergelegt hatte, 1867 den Leiter des „Sozialdemokrat", Jean Baptiste von Schweitzer, zum Vorsitzenden. Diesem gelang es durch eine außerordentliche Tätigkeit, die Organisation durch alle Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung erfolgreich hindurchzuleiten, obwohl er nie ein gewisses Mißtrauen in der Arbeiterschaft überwinden konnte. Liebknecht hat bis zu seinem Tode daran festgehalten, daß Schweitzer im Dienste der Polizei gestanden habe. 1867 wurde Schweitzer von Elberfeld-Barmen als Abgeordneter in den Norddeutschen Reichstag gewählt.

Allerdings ging es mit der Zeitung nur mühsam vorwärts. Im November 1867 stieg die Bezieherzahl des „Sozialdemokrat" auf 1200, von denen auf Berlin selbst noch nicht 50 entfielen; die meisten Bezieher zählten Hamburg (375), Elberfeld-Barmen (175) und Frankfurt a. M. (50). Bis 1869 stieg die Zahl der Bezieher auf fast 5000. Aber die nationale Erhebung des deutsch-französischen Krieges 1870 ließ die Zahl schnell wieder auf 2700 sinken. Das entmutigte Schweitzer, und als er 1871 nicht wiedergewählt wurde, erklärte er am 27. März seinen Rücktritt von der Leitung des Vereins.

Wider Erwarten nahm die Bewegung nach dem siegreichen

Kriege einen ungeahnten Aufschwung. Die Hauptursache lag in der Enttäuschung vieler heimkehrender Krieger. Das Vaterland, für das sie in der Not die höchsten Opfer gebracht hatten, offenbarte sich ihnen nach dem Siege in Mietsteigerung und Wohnungselend.

Da konnte das neue Blatt der Lassalleaner, der „Neue Sozialdemokrat", seine Leserzahl bald auf 14 000 erhöhen und, was noch wichtiger war, auch in dieser Bewegung, die bisher eines nationalen Untertons nicht entbehrt hatte, konnten nun die bitteren Lehren Wurzel schlagen, die Friedrich Engels aus dieser Entwicklung zog: der Staat sei nichts als der „Gesamtkapitalist", der in der Wohnungsfrage auch dem Blödesten zeige, daß er den Arbeitern nicht helfen wolle (s. auch S. 176).

So wurde die Stimmung vorbereitet, die eine Einigung mit den Anhängern von Marx-Engels, den sogenannten „Ehrlichen" oder „Eisenachern" oder „Internationalen" herbeiführte.

Die Seele dieser Partei war der Leipziger Drechslermeister August Bebel (geb. 22. Februar 1840 zu Köln a. Rh., gest. 13. August 1913 zu Passug in Graubünden), einst Mitglied des „Leipziger Zentralkomitees". Bebel war aus diesem ausgetreten, weil er ein Gegner des allgemeinen Wahlrechts war, für das die Volksmassen noch nicht die nötige Bildung besäßen. In diesem Sinne hat er als Festredner auf dem Stiftungsfest des „Gewerblichen Bildungsvereins" 1863 die Forderung des allgemeinen Wahlrechts heftig bekämpft. Er wurde bald Vorsitzender des „Gewerblichen Arbeiter-Bildungsvereins", der unter seiner geschickten Leitung großes Ansehen erlangte. Dieser Verein schloß sich dem „Verbande Deutscher Arbeitervereine" an. In dem Aufruf zur Gründung dieses Verbandes vom 19. Mai 1863 wurden Lassalles Grundsätze als irrig dargestellt und die Grundsätze der Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit als die einzigen bezeichnet, die freier Männer würdig seien.

Die Vereinstage dieses Verbandes fanden 1863 in Frankfurt a. M., 1864 in Leipzig, 1865 in Stuttgart und 1867 in Gera statt. Unter ihren Teilnehmern finden wir

zahlreiche Männer, deren Wege sich später weit voneinander entfernt haben: August Bebel und Eugen Richter Wilhelm Liebknecht und Dr. Max Hirsch, Friedrich Albert Lange, den Verfasser der „Geschichte des Materialismus", Prof. Wundt, Leopold Sonnemann, den Gründer der „Frankfurter Zeitung", Aimé Huber, den christlich-sozialen Verfechter des Genossenschaftsgedankens und viele andere. Auf dem Verbandstag in Gera 1867 wurde Bebel zum Vorsitzenden gewählt. In ihm war inzwischen, beschleunigt durch den Einfluß von Liebknecht, eine völlige Wandlung vor sich gegangen.

Wilhelm Liebknecht (geb. 29. März 1826 in Gießen, gest. 7. Aug. 1900 in Berlin) hatte sich schon als Student in die Revolutionsstürme gestürzt und als Kanonier den badischen „Reichsverfassungsfeldzug" 1849 mitgemacht. Über die französische Grenze entkommen, sollte er zwangsweise in die Fremdenlegion eingereiht werden. Er entkam nach Genf. Aus der Schweiz 1850 ausgewiesen, ging er nach London. Hier lernte er Marx kennen und ist sein begeisterter Schüler geworden. Nach der allgemeinen Begnadigung zu Beginn der sechziger Jahre kehrte Liebknecht nach Deutschland zurück, von dem einen Gedanken beseelt, die deutsche Arbeiterschaft für die demokratischen und sozialen Gedanken seines Meisters zu gewinnen. Mit Lassalle konnte er sich nicht verständigen, und gegen seine Nachfolger im Präsidium, namentlich gegen Schweitzer, hegte er einen tiefen Haß. Liebknecht war zunächst Schriftleiter an der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Er löste aber diese Verbindung, sobald er ihre Beziehungen zu Bismarck erkannte. Als er darauf aus Preußen ausgewiesen wurde, ging er nach Leipzig und hielt dort Vorträge. Es gelang ihm, den Leipziger „Arbeiterbildungsverein" mit Marxistischen Gedanken zu erfüllen, so daß dieser zu dem Arbeitervereinstage 1868, der in Nürnberg stattfand, den Anschluß an die „Internationale" beantragte mit einer Begründung, in der es hieß:

1. Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die

arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für die Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Dieser Antrag wurde nach heftigen Kämpfen mit 69 gegen 46 Stimmen angenommen.

Alle Versuche Bebels und Liebknechts aber, Schweitzer von der Präsidentschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu verdrängen, blieben erfolglos. Ja, eine große Volksversammlung in Leipzig erklärte unter dem Einfluß der Anhänger Lassalles Bebel und Liebknecht für unwürdig, je wieder in einer Volksversammlung zu sprechen.

Ein Kongreß aller „Sozialisten deutscher Sprache" in Eisenach 1869 führte zu einem scharfen Zusammenprall der beiden Richtungen, und die Anhänger Bebels und Liebknechts, im wesentlichen die Mehrheit des „Verbandes der Arbeitervereine", taten sich nun als „Sozialdemokratische Partei" auf. Zu ihrem Organ wurde der wöchentlich zweimal erscheinende „Volksstaat" unter Liebknechts Leitung bestimmt. Da kam der Krieg von 1870. Bebel und Liebknecht, die als Vertreter einer antipreußischen, demokratischen, „sächsischen Volkspartei" in den Norddeutschen Reichstag gewählt worden waren, enthielten sich bei der Entscheidung über die Kriegsanleihe der Abstimmung. Nach der Aufrichtung der französischen Republik aber erließ der Ausschuß der Eisenacher sozialdemokratischen Partei am 5. September ein „Manifest an die deutschen Arbeiter", in dem es hieß:

Es ist durchaus notwendig, daß die Partei sogleich an allen Orten in Gemäßheit unseres Manifestes möglichst großartige Kundgebungen des Volkes gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik veranstalte.

Gegen die 100Millionen-Anleihe zur Fortführung des Krieges stimmten nicht nur Bebel und Liebknecht, sondern auch die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Schweitzer und Hasenclever — womit einer späteren Verschmelzung der beiden Richtungen der Weg geebnet war. Wegen jenes Aufrufs ließ der Generalgouverneur Vogel v. Falkenstein auf Grund des Belagerungszustandes die Ausschußmitglieder der Eisenacher und später auch Bebel, Liebknecht und Hepner, den Schriftleiter des „Volksstaates", verhaften. Gegen diese wurde die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben. Mit 8 gegen 4 Stimmen wurden Bebel und Liebknecht von den Geschworenen schuldig gesprochen und zu je 2 Jahren Festungshaft verurteilt, eine Verurteilung, die übrigens Bebel das Leben rettete, da in dieser Zeit unfreiwilliger Schonung seine durch stete Werbearbeit schwer angegriffene Gesundheit wieder gefestigt wurde.

Die Kämpfe zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern wurden fortdauernd mit der Leidenschaftlichkeit geführt, wie sie eben nur bei Kämpfen zwischen nahe verwandten Richtungen zu beobachten ist. Während bei der sozialdemokratischen Partei der internationale Gedanke von Anfang an mit aller Schärfe betont wurde, war im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein stets der nationale Gedanke lebendig geblieben, so daß selbst der bekannte Staatsanwalt Tessendorf einmal erklären mußte, „daß die Lassalleaner doch wenigstens noch ein Vaterland anerkennen".

Dazu kam die allerdings merkwürdige Tatsache, daß in dem von Lassalle begründeten Arbeiterverein bald ein scharfer antisemitischer Ton angeschlagen wurde nach rechts gegen Hirsch und seine Gewerkvereine, nach links gegen Marx und seine

Anhänger. Die „Eisenacher" wurden bald nach dem Hauptort der Berliner Altkleiderhändler liebevoll als die „Mühlendammer" bezeichnet. Hasenclever, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, kam bei der Wahl 1874 zum ersten Male im 6. Berliner Reichstagswahlkreis in Stichwahl mit einem Fortschrittler. Die Eisenacher schwankten lange, ob sie ihn unterstützen sollten, und nur mit 36 gegen 24 Stimmen wurde endlich die Wahlhilfe beschlossen.

So war die Lage, als der Staatsanwalt Tessendorf im Frühjahr 1875 gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ein Urteil erwirkte, nach dem seine Satzungen gegen das Vereinsgesetz verstießen. Seine Führer wurden bestraft, und der Verein wurde aufgelöst. Diese Verfolgung brachte jeden Widerstand gegen die Vereinigung mit den „Eisenachern" zum Verstummen. Ein gemeinsames Programm wurde ausgearbeitet.

Allerdings wandte sich Marx in schärfster Weise gegen diesen Entwurf, den er „durchaus verwerflich und die Partei demoralisierend" nannte. In einem für den Parteivorstand bestimmten Schreiben vom 5. Mai 1875 erklärte er u. a.:

> Lassalle hat im Gegensatz zum kommunistischen Manifest und zu allem früheren Sozialismus die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. . . . . Das ganze Programm ist trotz alles demokratischen Geklingels durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet.

Aber die Führer der Eisenacher behielten diesen Brief in der Tasche (er wurde erst 1890 veröffentlicht), und so konnte auf dem Vereinigungskongreß zu Gotha vom 22.—27. Mai 1875 die einige „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" gegründet werden, deren Programm lautete:

> 1. Die Arbeit ist die Quelle des Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

2. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für die Industrie und den Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

73 Vertreter der Lassalleaner vertraten rund 16 000, 56 Vertreter der Eisenacher rund 9000 Mitglieder.

Ein einheitliches, neues Zentralorgan wurde im „Vorwärts" geschaffen, der in Leipzig unter gemeinsamer Leitung von Liebknecht und Hasenclever erscheinen sollte. Nach der Vereinigung nahm die Bewegung einen schnellen Aufschwung. Bei der Reichstagswahl 1877 gewann die Partei 486 843 Stimmen und 12 Abgeordnete.

12. Das Sozialistengesetz und das Erfurter Programm.

Da kam am 11. Mai 1878 das Attentat des Klempnergesellen Hödel auf Kaiser Wilhelm I. Am 20. Mai legte die Regierung ein Gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vor. Der Reichstag lehnte es ab. Am 2. Juni folgte das Attentat von Nobiling, durch das der alte Kaiser schwere Verletzungen erlitt. Jetzt wurde der Reichstag aufgelöst. Die Sozialdemokraten behaupteten bei der Neuwahl am 30. Juli 437 158 Stimmen und 9 Sitze. Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz angenommen. Es bestimmte,

> daß Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz des bestehenden Staates und der Gesellschaftsordnung bezwecken, zu verbieten sind. Versammlungen, in denen solche Bestrebungen zutage treten, sind von vornherein zu verbieten oder aufzulösen, Drucksachen gleicher Tendenz sind zu verbieten, ebenso das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung sozialistischer Bestrebungen . . . Aus Bezirken und Ortschaften, welche durch sozialistische Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten ist, ausgewiesen werden.

Über die Wirkungen dieses Gesetzes berichtete Bebel 1890 auf dem Parteitag zu Halle:

Unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes sind 155 periodische Druckschriften verboten worden und unter diesen an 80 Einzelnummern von periodischen Druckschriften. Weiter wurden 1200 nichtperiodische Druckschriften, darunter unsere ganze, sehr ansehnliche Broschürenliteratur, verboten, im ganzen etwa 1400 Druckschriften. Ausweisungen auf Grund der Herrschaft des sogenannten kleinen Belagerungszustandes in Berlin und Umgegend, Hamburg-Altona, Harburg und Umgegend, Leipzig und Umgegend, Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Stettin und Spremberg sind nahezu an 900 erfolgt. Prozesse, die namentlich nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Herrschaft des Gesetzes begannen, als die Genossen sich in den verschiedensten Orten in sogenannten geheimen Verbindungen zusammenfanden, führten zur Verurteilung

von über 300 Personen. Daneben verfielen den Maschen des Sozialistengesetzes nahezu 1200 Personen, so daß auf Grund der Ausnahmegesetzgebung 1500 Personen in die Gefängnisse wandern mußten.

Ein neues Zentralorgan, das Wochenblatt „Der Sozialdemokrat", das sich die Partei unter dem Ausnahmegesetz geschaffen hatte, wurde von 1881 an von Eduard Bernstein geleitet. Der „Sozialdemokrat" erschien zuerst in Zürich und nach der Ausweisung Bernsteins aus der Schweiz 1888 in London, von wo er auf mannigfache Weise nach Deutschland eingeschmuggelt wurde. Die Kongresse der sozialistischen Arbeiterpartei wurden im Auslande abgehalten: 1880 auf Schloß Wyden bei Winterthur, 1883 in Kopenhagen, 1887 in St. Gallen. Inzwischen war die Stimmenzahl der Partei, die 1881 nur noch 311 961 betrug, stetig gestiegen.

1888 starben Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III. Kaiser Wilhelm II. ließ bald erkennen, daß er in der Auffassung der Arbeiterbewegung die Anschauungen Bismarcks nicht teile. Als die Regierung ein in mancher Hinsicht gemildertes Sozialistengesetz zu einem dauernden machen wollte, lehnte der Reichstag es ab. Bei der Februarwahl 1890 errang die Partei einen überraschenden Erfolg: 1 427 298 Stimmen. Bismarck nahm seinen Abschied, und die Regierung ließ das Sozialistengesetz im September 1890 einfach ablaufen.

Im Oktober 1890 gab sich die Partei auf ihrem Parteitag in Halle eine neue Organisation und den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands". Der Erfurter Parteitag 1891 nahm einstimmig ein neues Programm an, in dem die letzten Reste Lassalleschen Anschauungen, das „eherne Lohngesetz" und die „Produktivgenossenschaften", beseitigt wurden. Das heute noch maßgebende Programm stellt die kommunistische Lehre in Marxistischer Prägung klar und scharf dar:

> Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen

Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heut zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

13. Um den Staatsgedanken.

Das Erfurter Programm ist nun fast ein Menschenalter maßgebend geblieben für die Mehrheit der deutschen Industriearbeiter. Und es ist ein weiter Weg, voll von Kämpfen aller Art, von Erfurt bis Würzburg, d. h. bis zu dem ersten sozialdemokratischen Parteitag im Kriege, auf dem am 19. Oktober 1917 Cunow, der neue Leiter des wissenschaftlichen Organs der Partei, der „Neuen Zeit", erklären konnte: „Das Erfurter Programm war bereits durch die Tatsachen teilweise überholt, als es beschlossen wurde."

Auf den tiefsten Grund aller Meinungskämpfe wies der Parteivorsitzende Ebert in dem Vorstandsbericht in Würzburg hin: „In unserer Stellung zum Staat lag stets die Hauptquelle unseres inneren Streites." Und der Führer der Oldenburger Sozialdemokraten, Hug, kennzeichnete auf demselben Parteitag diese verschiedene Stellungnahme:

> Die deutsche Arbeiterklasse steht auch heute noch instinktiv und unbewußt viel mehr auf dem Lassalleschen Standpunkt zum Staate als auf dem scholastischen Standpunkt des Marxismus.

Es ist der Gegensatz, der sich zuerst kundtat in dem Worte des Kommunistischen Manifestes: „Die Arbeiter haben kein Vaterland" und in dem Worte des Lassalleschen „Offenen Antwortschreibens": „Ihre, der ärmeren Klassen große Assoziation: das ist der Staat."

Die Kluft zwischen diesen Auffassungen hat sich früh gezeigt. Als der Führer der Lassalleaner, Schweitzer, im

Norddeutschen Reichstag im Herbst 1867 den Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes einbrachte, versuchte er, auch Liebknecht zur Unterzeichnung des Antrags zu gewinnen. Dieser aber lehnte ab, „weil er und seine Gesinnungsgenossen Preußen und seine Schöpfung, den Norddeutschen Bund, ruinieren, nicht aber durch wichtige Gesetze und Einrichtungen stärken wollen."

Ebenso lehnte der unter Leitung von Liebknecht und Bebel stehende 5. Vereinstag deutscher Arbeitervereine in Nürnberg am 5. September 1868 einen Antrag von Sonnemann ab, Altersversorgungskassen für Arbeiter zu gründen, da „das Anheimgeben" einer Verwaltung solcher Kassen „an den bestehenden Staat den Arbeiter unbewußt zu einem konservativen Interesse an dem bestehenden Staat, dem er keineswegs Vertrauen schenken kann", führen würde.

Am 31. Mai 1869 hielt Liebknecht im Berliner demokratischen Arbeiterverein einen Vortrag: „Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag", in dem er jeden Gedanken einer Verständigung mit diesem Staat schroff ablehnte:

> . . . Den im Reichstag fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage.
>
> . . . „Aber der Reichstag ist das Kind des allgemeinen Stimmrechts. Das allgemeine Stimmrecht ist der Wille des Volkes, und als Demokraten müssen wir den Willen des Volkes, folglich den Reichstag, achten."
>
> In diesem Raisonnement, das ziemlich gewöhnlich ist, begegnet uns jene unverständige Überschätzung des allgemeinen Stimmrechts, die, hauptsächlich auf Lassalles Autorität sich stützend, zu einem förmlichen Götzendienst geworden ist.
>
> . . . Die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden; sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können.
>
> Kein Friede mit dem heutigen Staat! —

Auf dem Stuttgarter Kongreß der marxistischen „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" vom 4.—7. Juni 1870 wurde folgende, von Bebel und Liebknecht gemeinsam eingebrachte Entschließung angenommen:

> Die sozialdemokratische Arbeiterpartei beteiligt sich an den Reichs- und Zollparlamentswahlen lediglich aus agitatorischen Gründen. Die Vertreter der Partei im Reichstag und Zollparlament haben, soweit es möglich, im Interesse der arbeitenden Klasse zu wirken, im großen und ganzen aber sich negierend zu verhalten und jede Gelegenheit zu benutzen, die Verhandlungen beider Körperschaften in ihrer ganzen Nichtigkeit zu zeigen und als Komödienspiel zu entlarven.

In demselben Jahre ließ Liebknecht seine oben erwähnte Rede von 1869 in zweiter Auflage erscheinen. Er benutzte sie, um zu erklären:

> Zu widerrufen habe ich nichts, ebensowenig etwas zu mildern. Der Parlamentarismus dient „in allen Staaten, wo er grassiert, zur Täuschung und Knechtung des Volkes — ein mit Schaumgold der Phrase beklebter Theatermantel, hinter dem der Absolutismus und die Klassenherrschaft ihre häßlichen Glieder und ihre Mordwaffen verstecken".

Diese Auffassung, die in dem heutigen Staat schlechtweg den Feind sah und in seinen maßgebenden Beamten, nur, um ein Wort Bebels zu gebrauchen, die „Kommis der besitzenden Klassen", fand eine außerordentliche Verstärkung durch die Ereignisse nach dem Kriege von 1870 und 71. In den Tagen hoher nationaler Begeisterung waren die sozialistischen Gedanken in einem Maße zurückgetreten, daß Liebknecht an Auswanderung dachte und Schweitzer hoffnungslos die Waffen sinken ließ. Aber unmittelbar nachher wandelte sich in vielen Tausenden von Herzen die Begeisterung in Verbitterung, und die Liebe zum Vaterland, die sich betrogen fühlte, in wilden Haß. Die Hauptursache war die Wohnungsnot, die nach dem Krieg 1871 in Berlin, Breslau, Halle und anderen Industrieorten einsetzte. Ein halbes Jahr nach dem Friedensschluß zählte man in Berlin 10 600 Menschen, die obdachlos waren! Als man die

Baracken der Obdachlosen niederreißen ließ, kam es am 28. bis 30. Juni 1872 zu den letzten Barrikadenkämpfen in der Reichshauptstadt. Auf der anderen Seite feierte der „Jahresbericht für Hypotheken und Grundbesitz" von E. Salomon, vom 20. Januar 1872, „das verflossene Jahr als eines der ergiebigsten und günstigsten für den sogen. Realkredit und Immobilienverkehr", er stellt „eine ganz enorme Steigerung der Mieten" fest, eine Steigerung des Grundwerts teilweise „von $33^1/_3$—100% in einem Jahr". Terraingesellschaften wie „Tiergarten" konnten in vier Wochen einen Gewinn von 330 000 Talern einstecken, andere, wie „Lichterfelde", hatten eine „Bruttoavance" von 498 733 Talern. Wohnungselend in seiner furchtbarsten Form auf der einen Seite und goldene Zeiten für Terrainspekulanten auf der anderen; das gab den Hintergrund, von dem aus die bitteren Worte Herweghs in vielen Tausenden von deutschen Herzen Widerhall weckten:

Achtzehnhundert siebzig und drei:
Reich der Reichen, da stehst du, juchhei!
Aber wir Armen, verkauft und verraten,
Denken der Proletariertaten.
Noch sind nicht alle Märze vorbei —

Die liberalen Wortführer, wie der gefeierte Schulze-Delitzsch, hatten nichts als bequeme Worte von der „Selbsthilfe", und als der bedeutende Berliner Bürgermeister Hobrecht wirklich ernsthafte Vorschläge zur Überwindung der Wohnungsnot machte: Verpachtung städtischer Grundstücke zur Erbauung von Heimstätten, da verweigerte die liberale Stadtverordnetenmehrheit, die nach überlebtem Vorrecht zugleich eine Grundbesitzermehrheit sein mußte, ihre Zustimmung. Kein Wunder, daß die sozialdemokratischen Stimmen springflutartig in die Höhe stiegen. Im 6. Wahlkreis, dem ausgesprochensten Arbeiterviertel Berlins, hatten sie am 3. März 1871 nur 82 betragen, am 10. Januar 1874 stiegen sie in demselben Wahlkreis auf 2523!

Noch weittragender wurde die grundsätzliche Stel-

lung der Arbeiterklasse zum Staat. Die Wogen des Wohnungselends und der Gründerausschreitungen überfluteten den Staatsgedanken, so wie ihn auch Lassalle noch vertreten hatte und machten das Feld fruchtbar für die Aufnahme der marxistischen Ablehnung des Staates. Eine besondere Bedeutung gewannen die Ausführungen Friedrich Engels im marxistischen „Volksstaat" „Über die Wohnungsfrage":

> Daß der heutige Staat der Wohnungsplage weder abhelfen kann noch will, ist sonnenklar. .. Wenn also die einzelnen Kapitalisten die Wohnungsnot zwar beklagen, aber kaum zu bewegen sind, ihre erschreckendsten Konsequenzen oberflächlich zu vertuschen, so wird der Gesamtkapitalist, der Staat, auch nicht viel mehr tun. Er wird höchstens dafür sorgen, daß der einmal üblich gewordene Grad oberflächlicher Vertuschung überall gleichmäßig durchgeführt wird. . . .
>
> Aber, kann man einwenden, in Deutschland herrschen die Bourgeois noch nicht, in Deutschland ist der Staat noch eine, in gewissem Grade unabhängig über der Gesellschaft schwebende Macht, die eben deshalb die Gesamtinteressen der Gesellschaft repräsentiert und nicht die einer einzelnen Klasse. Ein solcher Staat kann allerdings manches, was ein Bourgeoisstaat nicht kann; von ihm darf man auch auf sozialem Gebiet ganz andere Dinge erwarten.
>
> Das ist die Sprache der Reaktionäre. . . .
>
> Seit 1866 und namentlich seit 1870 aber geht die Umwälzung der gesellschaftlichen Zustände und damit die Auflösung des alten Staates vor aller Augen und auf kolossal wachsender Stufenleiter vor sich. Die rasche Entwicklung der Industrie und namentlich des Börsenschwindels hat alle herrschenden Klassen in den Strudel der Spekulation hineingerissen. Die 1870 aus Frankreich importierte Korruption im großen entwickelt sich mit unerhörter Schnelligkeit. Strousberg und Pereire ziehen den Hut voreinander. Minister, Generale, Fürsten und Grafen machen in Aktien trotz der geriebensten Börsenjuden, und der Staat erkennt ihre Gleichheit an, indem er die Börsenjuden massenweise baronisiert. . . .
>
> Der beste Beweis dafür, was die Arbeiter vom preußischen Staat zu erwarten haben, liegt in der Verwendung der französischen Milliarden, die der Selbständigkeit der preußischen Staatsmaschine gegenüber der Gesellschaft eine neue, kurze Galgen-

frist gegeben. Ist auch nur ein Taler dieser Milliarden verwandt worden, um die auf die Straße geworfenen Berliner Arbeiterfamilien unter Dach zu bringen?

Unter dem Sozialistengesetz wurde naturgemäß die Stellung zum Staat noch schroffer. Sie zeigte sich äußerlich darin, daß der erste geheime Parteitag — auf Schloß Wyhen 1880 — aus der Stelle im Gothaer Programm, in der es hieß, daß die Partei für ihre Forderungen mit allen gesetzlichen Mitteln eintrete, das Wort „gesetzlich" strich.

Unter dem Sozialistengesetz forderten die Berliner Genossen die Einschränkung der Mitarbeit im Reichstag auf ein Mindestmaß. Ihnen erschien

> die Beteiligung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten an den Kommissionen mit alleiniger Ausnahme der Wahlprüfungskommission sehr überflüssig und nur geeignet, den Glauben wachzurufen, als meine die sozialdemokratische Partei, durch Verhandlungen und Kompromisse mit den herrschenden Klassen die Sache der proletarischen Revolution zu fördern.

So war es verständlich, daß nach dem Sozialistengesetz sich ein Teil der Partei selbst gegen das Erfurter Programm wandte, weil es dem Klassenstaat noch zu sehr entgegenkomme. Es waren Genossen, die sich unter dem Sozialistengesetz opferfreudig betätigt hatten. In den Geheimorganisationen, die naturgemäß auf Inzucht angewiesen waren, gelangte, wie fast stets in Kreisen, die keine unmittelbare Verantwortung zu tragen haben, das Überbieten in radikalen Schlagworten zur Herrschaft. Der Versuch dieser „Jungen", die sich um Werner, Wildberger und Wille scharten, eine Partei unabhängiger Sozialisten, etwa auf Grund der Liebknechtschen Ausführungen von 1869 zu gründen, schlug fehl. Ein Teil fand sich zur alten Partei zurück; ein zweiter entsagte ganz dem politischen Leben, und ein dritter ging in das anarchistische Lager über.

Bedeutsamer wurden die Auseinandersetzungen mit dem Teil der Arbeiterbewegung, der dem Staat weiter als bisher entgegenkommen wollte. Georg von Vollmar, der unter dem

Sozialistengesetz zuerst in Zürich kurze Zeit das Zentralorgan der Partei geleitet hatte, und bald der anerkannte Führer der bayerischen Sozialdemokratie wurde, hielt am 1. Juli 1891 eine Rede über „Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie". Er forderte hier die Preisgabe des Standpunktes grundsätzlicher Verneinung und ein Zusammenwirken mit dem gegenwärtigen Staat zur Förderung der sozialen Entwicklung:

> Je friedlicher, geordneter, organischer diese Entwicklung vor sich geht, desto besser für uns und das Gemeinwesen.

Der damit einsetzende Vollmarstreit war ein Vorspiel zu der Bewegung, die eine Nachprüfung, eine Revision, des gesamten marxistischen Gedankenganges verlangte. Der Hauptanstoß zur „revisionistischen" Bewegung wurde Eduard Bernsteins im Jahre 1899 erschienene Schrift „Die Voraussetzung des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie". Bernstein war unter dem Sozialistengesetz als Leiter des „Sozialdemokraten" in Zürich und London tätig gewesen. Er hatte Marx und Engels so nahe gestanden, daß ihn Engels zum Verwalter seines literarischen Nachlasses ernannte. Und doch hat kaum je ein Gegner von Marx so scharf über das „Kapital" geurteilt, wie er, wenn er von einem Zwiespalt in dem Werke spricht,

> der darin besteht, daß das Werk wissenschaftliche Untersuchung sein und doch eine, lange vor seiner Konzipierung fertige These beweisen will, daß ihm ein Schema zugrunde liegt, in dem das Resultat, zu dem hin die Entwicklung führen sollte, schon von vornherein feststand.

Ist das zutreffend, so ist die objektive Wissenschaftlichkeit des Werkes natürlich in den Grundfesten erschüttert, und man versteht die Sehnsucht Bernsteins nach einem Geiste,

> der einmal mit der übernommenen Lehrmeinung mit voller Schärfe kritisch-sichtend ins Gericht geht, der aufzeigt, wo der scheinbare Materialismus die höchste und darum am leichtesten irreführende Ideologie ist.

Auch Bernstein fordert positive Mitarbeit innerhalb

des gegenwärtigen Staates: Das Ziel sei nichts, die Bewegung alles!

Zu einer endgültigen Entscheidung innerhalb der Partei kam es nicht, da die Revisionisten dem marxistischen Erfurter Programm nie ein eigenes gegenüberstellten, so daß der Kampf auf den Parteitagen zumeist um Fragen der Taktik ging. Die Führer der Partei aber wußten stets die Einheit zu wahren. Der bedeutendste Taktiker unter ihnen, der frühere Sattlergeselle Ignaz Auer, wandte einmal Eduard Bernstein gegenüber das bezeichnende Wort an: „Lieber Ede, so etwas tut man; aber so etwas sagt man doch nicht."

Die wichtigste Stellungnahme zum Staatsgedanken zeigt sich in der Anwendung des Budgetrechts, d. h. des Rechts, dem Staate die Mittel zu seiner Weiterführung zu bewilligen oder nicht. Im Deutschen Reichstag haben die Sozialdemokraten bei der Schlußabstimmung stets gegen die Bewilligung aller Mittel gestimmt. Als die Bayern unter der Führung Vollmars zum erstenmal das Budget in ihrem Landtag annahmen, weckte dieses Vorgehen heftige Aussprachen. Auf dem Parteitag in Frankfurt 1894 waren sich die Führer ganz klar, daß die Budgetverweigerung zu einem gewaltsamen Zusammenstoß mit dem gegenwärtigen Staat hintreiben mußte. Bebel erklärte in seiner entscheidenden Rede gegen Vollmar:

> Was wird nun aber aus dem Staat, fragt Vollmar, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit das Budget verweigert? Zweierlei kann eintreten: entweder regiert sie ohne Budget weiter, und stehen wir dann mitten im Verfassungskonflikt mit allen seinen Folgen. Wenn aber schon der schwächliche Verfassungskonflikt, den die Fortschrittlichen in den sechziger Jahren hervorgerufen, Bismarck das blutige Gespenst Karls I. wecken ließ, um sich den König gefügig zu machen, so dürften einer sozialdemokratischen Majorität gegenüber solche Mittel versagen; denn es ist mir keinen Augenblick zweifelhaft, wie ein Verfassungskonflikt dann enden würde! (Bewegung.)

Zuletzt hat diese Frage den Magdeburger Parteitag 1910 beschäftigt. Er stellte fest:

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Dann kam die große Entscheidung des Jahres 1914. Jetzt bewilligte die sozialdemokratische Partei die Mittel zur Kriegführung. Ein Teil der Partei allerdings erhob später Widerspruch. Zuerst war es der jüngere Liebknecht (Karl), der auch in diesem Kriege nur eine Angelegenheit der kapitalistisch interessierten „Bourgeois" sah. Im weiteren Verlauf des Krieges mehrten sich die Stimmen derer, welche die Mittel zur Kriegführung verweigerten. Sie bildeten eine besondere „Unabhängige sozialdemokratische Partei".

Was die Entscheidung vom 4. August bedeutet, hat auf dem ersten sozialdemokratischen Parteitag während des Krieges, am 17. Oktober 1917, Dr. Lensch, der frühere Leiter der „Leipziger Volkszeitung", erklärt:

Die Entscheidung des 4. August war in der Tat ein weltgeschichtlicher Wendepunkt; aber wie konnte man dann sagen: „Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben." Die überwiegende Mehrheit des In- und Auslandes hatte eine andere Entscheidung erwartet. Die Zitate aus den heiligen Schriften von Marx und Engels beweisen dagegen gar nichts. Man kann dreimal so viel entgegengesetzte Zitate anführen .. Den Widerspruch zwischen Kreditbewilligung und Ablehnung der Militärforderungen in der Friedenszeit hat auch (der Referent) David nicht aus der Welt geschafft. War das nicht — rückblickend gesehen — auch früher schon eine Gefährdung der nationalen Interessen? Könnten wir doch so ehrlich wie einst Engels sagen, daß die geschichtliche Entwicklung uns Unrecht gegeben habe.

Daß die Spaltung der Sozialdemokratie, die durch die Haltung zum Staat herbeigeführt wurde, eine grundsätzliche ist, wird in beiden Lagern erkannt.

Auf dem rechten Flügel der Partei führt der badische Führer Kolb im „Volksfreund" (1917 Nr. 240) aus:

> In der Tat war die Bewilligung der Kriegskredite eine grundsätzliche Preisgabe des bis dahin von der Sozialdemokratie beobachteten Prinzips der Verneinung des heutigen kapitalistischen Staates. Diese Tatsache vertuschen zu wollen, hat wirklich keinen Zweck, und dies um so weniger, als sie sich mit Leichtigkeit an Hand der Parteitagsprotokolle und der Parteitagsbeschlüsse feststellen läßt. Wenn trotzdem der Beschluß der Reichstagsfraktion zunächst keinen Widerspruch auslöste, so deshalb, weil das sozialistisch gesinnte Proletariat in jenen Tagen die geschichtliche Bedeutung des Staates mit einer ungeheuren Intensität erlebte. Zum ersten Male kam es ihm zum klaren Bewußtsein, daß der Staat doch noch etwas anderes ist, als ein Instrument zum Schutze und zur Verteidigung kapitalistischer Klasseninteressen.

Und Kolb zieht die notwendige Folgerung aus dieser Auffassung im Volksfreund (Nr. 248) „Auf neuen Wegen vorwärts":

> Die Politik des 4. August war der Bruch mit einer historisch schon lange überwundenen theoretischen Auffassung, deren politische und taktische Konsequenzen unhaltbar geworden waren. Sobald der Krieg zu Ende ist, und die Erfahrungen desselben sich einigermaßen übersehen lassen, wird die Partei die schon so lange spruchreife Frage der Programmrevision in Angriff nehmen.

Auch auf der andern Seite wird das klar erkannt. Den Aufruf des Würzburger Parteitages, „den Parteistreit beizulegen", beantwortete die Unabhängige sozialdemokratische Partei in ihrem Hauptorgan der „Leipziger Volksztg." (Nr. 257) mit einem entschiedenen „Nein":

> . . . Die Würzburger Richtung erklärte sich grundsätzlich bereit, mit jenen bürgerlichen Parteien zusammen in eine Regierung einzutreten. In diesem Sinne sagte Scheidemann in Würzburg:
>
> > Die erste Reichstagswahl nach dem Kriege wird eine ganz andre Bedeutung haben als je zuvor. Wir wissen nicht, wie sie aussehen wird; aber wenn nicht alles täuscht, wird sie uns eine sehr große Macht bringen. Dann werden wir nicht mehr die Annehmlichkeit der Opposition genießen und andern die Verantwortlichkeit überlassen können. . . .

Dem entspricht es auch, wenn Cunow in Würzburg die Überlebtheit des Erfurter Programms proklamierte, gleichzeitig aber meinte, es gehe jetzt nicht an, ein neues an dessen Stelle zu setzen. Man verzichtet hinfort in jenem Lager auf eine grundsatztreue Politik, also auf jede ernsthafte Wahrnehmung großer proletarischer Interessen.

Als im Jahre 1875 die zwei sozialdemokratischen Parteien, die Eisenacher und Lassalleaner sich einigten, standen beide tatsächlich auf dem Boden gleicher Theorie und Praxis . . .

Heute ist die Lage eine andere.

Wenn nach der materialistischen Auffassung „es nicht das Bewußtsein der Menschen ist, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt" (Marx im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie"), so ist die jeweilige Stellung zum Staatsgedanken wesentlich zu erklären aus dem Sein der Arbeiterklasse, wie es sich namentlich in ihren Berufsorganisationen, den Gewerkschaften, herausbildete. Daß hier die Ursache zu der Weiterentwicklung der Partei gesucht werden muß, erkennen auch die „Unabhängigen", wenn sie in ihrem oben genannten Aufruf erklären:

die alte Partei sei nur noch dem Namen nach sozialdemokratisch, in Wahrheit nationalsozial. In ihr herrscht die Generalkommission der Gewerkschaften, die seit Jahren und namentlich seit Kriegsausbruch den Vorstand jener Partei in diese Richtung gedrängt hat.

14. Die Gewerkschaftsbewegung.

Sowohl die Lassallesche als die Marxsche Theorie konnten an sich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht ermutigen.

Lassalles „ehernes Lohngesetz" mußte jedes Streben, durch eigene Kraft sich zu erheben, von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammen. In seiner letzten Rede, in Ronsdorf am 22. Mai 1864, besprach Lassalle eine Eingabe zur Einführung des Koalitionsrechts:

Ich meinerseits habe euch niemals verhehlt und dies auch in „Bastiat-Schulze" in aller Kürze aufgezeigt, daß dies

Recht nur in wenigen und flüchtig vorübergehenden Ausnahmsfällen gewissen Arbeiterkreisen eine Erleichterung bringen, niemals aber eine wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen kann. Aber trotzdem ist diese Forderung einmal eine juristisch ganz berechtigte und zweitens eine ganz vortreffliche im Sinne der Agitation.

Im „Bastiat-Schulze" hatte Lassalle grundsätzlich (S. 193) ausgeführt:

> Der Arbeiter ist in gesellschaftlicher Hinsicht zur Sache geworden. Aus dieser gesellschaftlichen Lage gibt es daher auf gesellschaftlichem Wege keinen Ausweg. Die vergeblichen Anstrengungen der Sache, sich als Mensch gebärden zu wollen — sind die englischen Streiks (Arbeitseinstellungen), deren trauriger Ausgang bekannt genug ist.

Ähnlich stand es mit der Marxistischen Auffassung. So lehrt das „Kommunistische Manifest":

> Die wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; immer mehr nehmen die Kollisionen (Zusammenstöße) zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweise bricht der Kampf in Emeuten (Aufständen) aus.
>
> Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. . . . . Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf.

Und wenn auch Marx das „eherne Lohngesetz" Lassalles beiseite schob, so klingt sein „Gesetz der kapitalistischen

Akkumulation"(Ansammlung) nicht weniger „ehern". Im „Kapital" (4. Aufl. I, S. 609) steht es so:

> Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende (arbeitende) Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee (die Arbeitslosen). Die disponible (verfügbare) Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft (Ausdehnungskraft) des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus (amtlich) festgestellte Armut). Dies ist das absolute (uneingeschränkte), allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.
>
> Dieses Gesetz schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation (sittlicher Entartung) auf dem Gegenpol, d. h. auf seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.

Allerdings hat der scharfe Beobachter Marx früh die Unentbehrlichkeit beruflicher Organisationen der Arbeiter erkannt. Gerade deshalb aber wollte er sie zu Trägern der politischen Bewegung machen. Als Leiter der „Internationale" ist er 1866 in einer Entschließung für „Gewerksgenossenschaften" zur Regelung der Lohnfrage und der Arbeitszeit eingetreten. Aber, so fährt seine Entschließung fort,

> abgesehen von dem ursprünglichen Zweck, müssen die Gewerksgenossenschaften jetzt bewußt als Organisationsmittelpunkte der Arbeiterklasse deren vollständige Befreiung anstreben. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist, unterstützen.

In einem Gespräch mit dem Kassierer der Metallarbeiter-

schaft Haman in Hannover 1869 hat er sogar die gewerkschaftlichen Organisationen als die einzig dauerhaften Träger der Parteibildung bezeichnet:

> Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang, vorübergehend. Die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer; nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen. —

Zu Beginn der sozialistischen Bewegung lagen auf der deutschen Arbeiterschaft noch die scharfen Koalitionsverbote aus dem 18. Jahrhundert. Jede Lohnbewegung fiel unter das Strafgesetz. Zuerst hat Sachsen 1861 mit der Gewerbefreiheit auch ein Stück Koalitionsrecht eingeführt. Darauf haben die Buchdrucker und Schriftgießer die erste Berufsorganisation am 28. Februar 1862 gegründet und vom 1. Januar 1863 an das erste deutsche Gewerkschaftsblatt, den „Korrespondent", herausgegeben. Am 20. Mai 1866 erstand der Deutsche Buchdruckerverband.

Vorher war der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein in Leipzig gegründet worden, an dessen Spitze ein eifriger Anhänger Lassalles trat, W. Fritzsche (gestorben 6. Februar 1905 in Philadelphia).

Dieser hatte noch im Sommer 1865 streikenden Strumpfwebern in Apolda unter Berufung auf das „eherne Lohngesetz" die Torheit ihres Vorgehens klargemacht:

> Wahrhaftig, mir kommt der Arbeiterstand, der durch die Macht der Arbeitseinstellungen die Macht des Kapitals bekämpfen will, vor wie ein mächtiger Riese, der sich aus Eigensinn mit einem Weidenrütchen gegen einen abgelebten Greis, der eine brennende Fackel schwingt, verteidigt und dabei sein gefeites Schwert (allgemeines, direktes, gleiches Wahlrecht) unbenutzt läßt, welches er, wenn er den Willen dazu hätte, mit einem einzigen Griff erlangen könnte, um dem alten, aufgedunsenen Schlemmer mit einem Zuge den ihm von Sklaven um das Haupt gewundenen Nimbus (das historische Recht), der ihm noch als Talisman (Zauber) Schutz gewährt, herunterzuschlagen, und ihn sich dienstbar zu machen.

Wenige Monate später stellte sich derselbe Fritzsche an die Spitze des Tabakarbeiterverbandes. Es konnte eben, wie Schweitzer im „Sozialdemokrat" einmal ausführte, nur die Entscheidung geben:

> Streiks sind da und werden auch unfehlbar fürder kommen ... sollen wir die Organisation derselben anderen überlassen oder selbst in die Hand nehmen?

Natürlich entschieden sich die sozialistischen Führer für das letztere.

Im Norddeutschen Bunde wurde das Koalitionsrecht am 21. Juni 1869 durch die Gewerbeordnung gebracht; aber schon vorher erhob die Staatsanwaltschaft keine Anklagen mehr. So konnten die Lassalleschen Reichstagsabgeordneten Schweitzer und Fritzsche zum 27. September 1868 einen Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Gründung von Gewerkschaften nach Berlin einberufen. Etwa zu derselben Zeit, am 7. September 1868, hatte der Vereinstag deutscher Arbeitervereine in Nürnberg die Gründung „Internationaler Gewerksgenossenschaften" beschlossen. Wenn der Wettbewerb der beiden politischen Parteien wohl auch den Eifer in der Werbearbeit hier und da anfeuerte, so war der Schaden aus diesen Streitigkeiten doch ungleich schwerer. Dazu wurden auf beiden Seiten die Gewerkschaften von den Führern nur als Mittel zum Zweck betrachtet. Der Lassallesche „Sozialdemokrat", schrieb am 14. September 1869:

> Derjenige, der in dem Irrtum befangen ist, solange der Gegensatz von Kapital und Arbeitskraft dauert, auf Grundlage dieses Gegensatzes sei auf irgendeine Weise die Lage der Arbeiterklasse durchgreifend zu verbessern; derjenige, der sich einbildet, durch Arbeitseinstellungen sei die Herrschaft des Kapitals entscheidend zu brechen: der ist kein Sozialist und gehört nicht in unsere Partei.

Wie man im anderen Lager dachte, zeigt W. Liebknechts bereits erwähnte Stellung zu den Arbeiterschutzgesetzanträgen Schweitzers im Norddeutschen Reichstag und Bebels Erklärung auf dem Kölner Parteitag 1893:

Genau in dem Sinne, daß die Gewerkschaften in Wahrheit eine Vorbereitungsschule für die Sozialdemokratie seien, habe ich mit meinem Freunde Auer und anderen in den siebziger Jahren agitiert.

Es war natürlich, daß bei solchen Auffassungen die Gewerkschaften verhältnismäßig klein blieben. Die Verbände Eisenacher Richtung gaben ihre Mitglieder 1872 auf 11 358, die der Lassalleanischen Richtung auf 8337 an. Das war die gesamte sozialdemokratische gewerkschaftliche Macht nach dem großen Kriege. Unter Tessendorf wurden auch die Gewerkschaften geschlossen, weil sie neben den Berufsfragen auch politische Fragen behandelten, und politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten durften. Da diese Verfolgung die Gewerkschaften beider Richtungen in gleichem Maße traf, hatte sie dieselbe Wirkung wie bei den sozialistischen Parteien. Auch die Gewerkschaften vereinigten sich 1875 in Gotha. Bei der ersten Aufnahme einer Statistik, Ende 1877, zählten die sozialistischen Gewerkschaften zusammen 49 055 Mitglieder. Unter dem Sozialistengesetz wurden fast alle freien Gewerkschaften verboten.

Nach seinem Fall vereinigten sich die „freien" Gewerkschaften am 17. November 1890 in der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" unter Führung von Karl Legien. Mit fast 300 000 Mitgliedern trat sie ins Leben. Naturgemäß wurde ihre Entwicklung wesentlich durch die wirtschaftliche Lage bestimmt. Bis 1895 sank die Mitgliederzahl auf 259 000, stieg aber bis 1900 auf 680 000.

1913, im letzten Friedensjahr, waren in der „Generalkommission" 47 Zentralverbände mit 2 548 763 Mitgliedern vereint, die eine Jahreseinnahme von 82 005 580 ℳ, eine Ausgabe von 74 904 965 ℳ, ein Vermögen von 88 069 295 ℳ aufwiesen. Die Wirksamkeit der Gewerkschaften läßt am besten ein Blick auf die Verteilung der Ausgaben erkennen: Im Jahre 1913 entfielen auf Rechtsschutz und Unterstützung 30 250 816, auf Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung 2548763, für Aussperrung, Ausstände und Gemaßregelte 17 542 217 ℳ.

Der Weg zu diesem Erfolg war allerdings voll von Schwierigkeiten. Zunächst galt der Kampf unter dem Losungswort: „Hie Zentralverband!" „Hie Lokalverein!" der Organisationsform. Die „Lokalisten", die zum Teil anarchosozialistischen Gedanken nahestanden, wurden überwunden. Die Zentralisierung der Gewerkschaften machte solche Fortschritte, daß von 1891 bis 1913, d. h. in einer Zeit, in der die Mitgliederzahl sich etwa verzehnfachte, sich die Zahl der Zentralverbände durch Zusammenfassungen von 62 auf 47 verringerte.

Schwere Schwierigkeiten gab es auch der Partei gegenüber. Schon auf dem Kölner Parteitag 1893 kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Dort erklärte Wilhelm Liebknecht:

> Das Kapital kann nicht auf seinem eigenen Boden vernichtet werden. Man muß ihm den Boden unter den Füßen wegziehen und ihm die politische Macht aus den Händen reißen. Und das ist nur möglich durch politischen Kampf.

Und Klara Zetkin:

> Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird.

So konnte der Gewerkschaftsführer Paul-Hannover wohl ausrufen:

> Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden. . . . Wie sollen wir vorwärts kommen, wenn auch an kleinen Orten der Führer der Partei es ablehnt, sich mit dem „Gewerkschaftsquatsch" zu befassen, und uns erklärt, er halte nur politische Reden, natürlich hochpolitische Reden?

Aber auch dieser Parteitag hielt die Entwicklung nicht auf. 1905 tagte in demselben Köln der 5. Gewerkschaftskongreß. Auf ihm konnte Legien mit innerer Befriedigung feststellen:

> Wie anders haben sich die Dinge gestaltet, als es vor 12 Jahren hier auf dem sozialdemokratischen Parteitag vorausgesagt ist!

Der Gegensatz mußte namentlich in Erscheinung treten in den Fragen, in denen politisches Agitationsbedürfnis und gewerkschaftliches Verantwortungsgefühl aufeinanderstießen, so bei

der Frage des zur Durchführung bestimmter politischer Forderungen empfohlenen Massenstreiks. Der 5. Gewerkschaftskongreß nahm mit allen gegen 7 Stimmen dazu folgende Entschließung an:

> Der Kongreß hält auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten. Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für undiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.

Dieser Beschluß, neben der bitteren Kritik der Maifeier, brachte den Vertreter des strengen Marxismus, Karl Kautsky, in der „Neuen Zeit" (1905, S. 313) zu dem Seufzer, daß die in Köln entwickelten Anschauungen direkt dorthin führten,

> wo heute die englischen Gewerkschaften stehen, mit ihren großen Kassen und ihrer ebenso großen Impotenz und Apathie, ihrem krankhaften Ruhebedürfnis, das sie die schlimmsten Demütigungen und Entrechtungen ruhig hinnehmen läßt, und ihrem hochgradigen Krämersinn, der jede Aktion verabscheut, die sich nicht sofort in klingender Münze bezahlt macht.

Bis zu welchem Grade die Stimmung hüben und drüben sich verbitterte, zeigt ein Wort Bebels am 22. September 1905 auf dem Jenaer Parteitag:

> Ihr wißt gar nicht, wie böse es bei einem Teil unserer jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht: die höhnen ja über die Partei, über den Sozialismus, über den Zukunftsstaat. Die bestreiten sogar, daß wir einen Klassenkampf führen. Werte Genossen, ich referiere nur, daß das gesagt wird, und es waren alte brave Genossen von der Gewerkschaftskommission, die das gesagt haben. Ich bin einfach starr gewesen, als ich das hörte. .

Nach diesem Parteitag haben Vertreter der Generalkommission und der Parteileitung es für nötig gehalten, in eingehenden Aussprachen eine Verständigung zu suchen. Nach dem — wohl nicht ganz freiwillig — veröffentlichten Protokoll („Vor-

wärts" v. 11. August 1906) betonte Bringmann, der Verfasser der großen „Geschichte der Zimmerer-Bewegung":

Die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaft entstehen aus der Theorie unserer Partei, wie sie bisher gang und gäbe gewesen ist. Die maßgebende Theorie der deutschen Arbeiterbewegung ist geschrieben worden von Marx, Engels und Kautsky. Wenn ich mich nun mit Kautsky beschäftige, so nicht, um ihn als Person in die Debatte zu ziehen, sondern weil er der offizielle Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie ist. In seinem Buch „Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil" behandelt er auch die Gewerkschaften. Ich will daraus nur zwei Sätze vorlesen. Es heißt da:

„Die direkten wirtschaftlichen Erfolge der Kämpfe der unqualifizierten Proletarier (ungelernte Arbeiter) sind in der Regel gering. Ihre Geschichte ist „eine lange Reihe von Niederlagen, unterbrochen von wenigen einzelnen Siegen" (Engels). Aber gleich dem Riesen Antäus der griechischen Sage schöpfen die Proletarier aus der Niederlage neue Kraft. Wie immer der Ausgang des Kampfes sein mag, er selbst ist es, der die Arbeiter moralisch hebt, der all jene Eigenschaften in ihnen hervortreten und zur Geltung kommen läßt, die wir oben als die charakteristischen des Proletariats bezeichnet haben, der dessen moralische und gesellschaftliche Wiedergeburt fördert, auch wenn er zu einer ökonomischen Förderung nichts beiträgt, vielleicht gar eine wirtschaftliche Schlechterstellung zur Folge hat."

Weiter heißt es:

„Das kämpfende Proletariat ist aber das weitaus wichtigste und ergiebigste Rekrutierungsgebiet der Sozialdemokratie. Es ist im wesentlichen nichts anderes, als der zielbewußte Teil des kämpfenden Proletariats; dieses hat die Tendenz, immer mehr gleichbedeutend zu werden mit der Sozialdemokratie; in Deutschland und Oesterreich sind beide tatsächlich eins geworden."

Nach dieser Theorie wird der Kampf an sich als das wesentlichste Moment der Gewerkschaftsbewegung aufgefaßt. Bei uns ist der Kampf aber nur ein Mittel zu dem Zweck, die Lage der Arbeiter zu verbessern. (Sehr richtig!) Diese grundsätzlich verschiedene Auffassung der Gewerkschaftsbewegung muß schließlich zu Auseinandersetzungen führen. Die Gewerkschaftsbewegung geht aber auch nicht in dem Sinne in der Sozialdemokratie auf, wie Kautsky annimmt.

Wer nämlich auf dem Boden der radikalen Gruppe der Partei steht, der kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen (sehr richtig), der kennt nur eine Theorie des politischen Klassenkampfes. (Sehr richtig!) Freilich bin ich dafür, daß endlich eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung formuliert wird.

Diesen Gedanken unterstrich auch einer der Gewerkschaftsführer auf dem linken Flügel, Paeplow, der Vertreter der Maurer:

Bringmann hat gestern das richtige Wort ausgesprochen, was noch öfter gesagt werden muß, daß wir noch keine gewerkschaftliche Theorie haben, daß die erst geschaffen werden muß. Wir werden sie schaffen, und wir werden mit unserer Theorie selbstverständlich die der Partei zu beeinflussen suchen.

Die äußere Anerkennung der Gleichberechtigung der „Generalkommission" brachte 1906 der Mannheimer Parteitag durch den Beschluß:

Bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen. —

Neben den freien Gewerkschaften stehen die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) und die christlichen Gewerkschaften. Max Hirsch war am 30. Dezember 1832 von jüdischen Eltern in Halberstadt geboren. Er leitete von 1862 an das väterliche Landesproduktengeschäft in Magdeburg, siedelte 1867 nach Berlin über, wo er sich dem öffentlichen Leben zuwandte und namentlich in Handwerker-, Arbeiterbildungs-, in Vorschuß- und Kreditvereinen als begeisterter Anhänger von Schulze-Delitzsch tätig war. 1868 ging er nach England, um dort das Genossenschaftswesen kennen zu lernen. Er berichtete darüber in „Sozialen Briefen" in der von Franz Duncker herausgegebenen Berliner „Volkszeitung". In einem dieser Briefe, dem vom 4. August 1868, hat er auch auf die noch wenig gekannten englischen Gewerkvereine hingewiesen. Nach seiner Rückkehr gründete er in Verbindung mit Franz Duncker nach schweren Zusammenstößen mit den Lassalleanern die deutschen Gewerkvereine. In bewußtem Gegensatz zu den sozialistischen Verbänden, die von vornherein als

Kampforganisationen gedacht waren, betonte der Gründungsaufruf:

> Was aber die Ziele und leitenden Grundsätze des Musterstatuts betrifft, so sind wir für diese der freudigen Zustimmung aller selbstbewußten Arbeiter, aber auch aller humanen Arbeitgeber gewiß. Mit klaren, festen Zügen sind die berechtigten Forderungen der modernen Arbeit aufgestellt, welche schließlich auch mit den wahren Interessen des Kapitals übereinstimmen. Deshalb ist jede prinzipielle Feindseligkeit gegen das Kapital gänzlich ausgeschlossen.

Den Kern der deutschen Gewerkvereine bildeten die Maschinenbau- und Metallarbeiter, die schon Weihnachten 1868 ihren Gewerkverein aufrichteten. Bald folgten andere Berufe, so daß Pfingsten 1869 der Verband der Gewerkvereine gegründet werden konnte. Max Hirsch wurde der Verbandsanwalt und blieb es bis zu seinem Tode (26. Juni 1905). Es war eine eigenartige Fügung, daß die von den sozialistischen Organisationen als „Harmonieapostel" bezeichneten Gewerkvereine zu dem ersten großen Streik gezwungen wurden. Etwa 6000 Bergarbeiter des Waldenburger Bezirks legten die Arbeit nieder, als die Grubenbesitzer einen Revers verlangten, nach dem jeder sich verpflichten sollte, niemals einem Gewerkverein beizutreten. Hirsch versuchte zu vermitteln; aber im Dezember 1869 brach der Streik aus, der nach acht Wochen mit einer völligen Niederlage endete. Dieser Rückschlag erschütterte den Glauben an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sowohl im Lager der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer auf das schwerste. Die Zahl der Gewerkvereinsmitglieder, die fast 30 000 erreicht hatte, sank schnell auf 10 000.

Als der Eisenacher Kongreß der sogenannten Kathedersozialisten am 7. und 8. Oktober 1872, der neben der Wohnungsfrage auch die Gewerkschaftsfrage und die Einigungsämter behandelte, sich auf Antrag Schmollers für die deutschen Gewerkvereine und ihre Arbeit aussprach, schrieb Hirsch in Erinnerung an jene trübe Zeit im „Gewerkverein" vom 13. Oktober 1872:

> Seit dem unglücklichen Ausgang des Waldenburger Streiks

haben sich unsere deutschen Gewerkvereine in einer unerhörten Lage befunden. Von sämtlichen politischen, sozialen und kirchlichen Parteien, selbst einen Teil der Fortschrittspartei und der Genossenschaften nicht ausgenommen, wurde unsere Organisation mißbilligt, angegriffen, verhöhnt, verdammt. Von der „Kreuzzeitung" und „Germania" bis zum „Volksstaat" und „Neuen Sozialdemokrat" wurde der Stab über uns gebrochen. Die früheren Freunde fielen ab oder verstummten. Erhob sich noch hier und da eine Stimme für uns, so geschah es stets mit Zagen und wurde durch das Geschrei der Gegner weit übertönt. Wahrlich, daß in dieser langen Zeit der allgemeinen Feindschaft und Verfolgung unsere Vereine nicht nur festhielten, sondern sich ausbauten und entwickelten — das ist ein herrlicher Beweis für die Trefflichkeit unseres Prinzips und der Organisation und der Überzeugungstreue der Mitglieder. Aber plötzlich, wie mit einem Zauberschlage, ist unsere Stellung im öffentlichen Leben eine ganz andere geworden. Die Eisenacher Versammlung hat sich einmütig für das Prinzip, mit großer Mehrheit auch für die staatliche Anerkennung unserer Gewerkvereine ausgesprochen.

Als in den „freien" Gewerkschaften vereinzelte Stimmen laut wurden, man solle versuchen, in den Gewerkvereinen mit ihren gefüllten Kassen die Mehrheit zu gewinnen, wurde 1876 auf Betreiben von Max Hirsch bestimmt, daß jeder Eintretende schriftlich erklären mußte, er sei „weder Mitglied noch Anhänger der Sozialdemokratie". Diese Verpflichtung, die nach innen und außen manchen erbitterten Kampf hervorrief, haben die Gewerkvereine erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes fallen lassen.

Daß Max Hirsch der Fortschrittspartei angehörte, zeitweise auch parlamentarische Mandate der Partei innehatte, führte den Gewerkvereinen manche wertvolle Freundschaft zu, hat ihnen aber auch vielfach geschadet, da häufig die sozialen Begehungs- und Unterlassungssünden der Fortschrittskreise, namentlich des Kommunal-Liberalismus, ihnen angerechnet worden sind.

Als in den Jahren 1890 und 1891 die Bodenreformbewegung auch in Deutschland weitere Kreise zu ziehen begann, erklärte sich der Führer der Fortschrittspartei, Eugen Richter, in heftiger Weise dagegen und ließ den fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Ernst Harmening, der für die Bodenreform

eintrat, in der Parteipresse heftig bekämpfen. Als ich in derselben Zeit in Berliner Gewerkvereinen über den Zusammenhang zwischen Arbeiterfrage und Bodenfrage eine Reihe von Vorträgen hielt und mancherlei Zustimmung fand, hat Hirsch im Oktober 1891 den Zentralrat der Gewerkvereine veranlaßt, gleichsam eine Acht-Erklärung gegen die Bodenreform in den Gewerkvereinen auszusprechen. Seitdem die Führung der Gewerkvereine in Arbeiterhänden ist — zur Zeit steht an der Spitze der tüchtige Maschinenbauer Hartmann — hat sich auch hier ein Wandel vollzogen.

Die Mitgliederzahl, die um 1870 etwa 10 000 betrug, stieg bis zum Jahre 1879 auf rund 16 000. Unter dem Sozialistengesetz, unter dem die Gewerkvereine im wesentlichen die einzige anerkannte gewerkschaftliche Organisation in Deutschland waren, stieg sie auf 63 000. Im letzten Friedensjahr 1913 betrug sie 106 618. In diesem Jahr gaben die Gewerkvereine aus für Rechtsschutz und Unterstützung 430066 ℳ, für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 347449 ℳ, für Ausstände und Gemaßregelte 459449 ℳ. —

Die enge Verbindung, in der die freien Gewerkschaften lange Zeit mit der sozialdemokratischen Partei standen, namentlich auch die Erfüllung der Gewerkschaftspresse mit der Lehre der materialistischen Geschichtsauffassung; die früher nicht selten, namentlich an kirchlichen Festtagen, zutage getretene Ablehnung aller positiven Religion, erregte in den Kreisen der christlichen Arbeiterschaft tiefe Verstimmung. Zuerst versuchten die christlichen Arbeiter innerhalb der Organisationen ihren Standpunkt zu vertreten. Als das erfolglos blieb, trat zuerst 1894 der „Gewerkverein christlicher Bergleute" ins Leben. Schon 1899 konnte ein Kongreß christlicher Gewerkvereine Deutschlands zusammentreten. Dieser Mainzer Tag hat für die christlichen Gewerkschaften Leitsätze aufgestellt, deren wichtigste sind:

Die Gewerkschaften sollen interkonfessionell sein, d. h. Mitglieder beider christlichen Konfessionen umfassen, aber auf dem Boden des Christentums stehen.

Die Gewerkschaften sollen unparteiisch sein, d. h. sich keiner bestimmten politischen Partei anschließen.

Die Erörterung parteipolitischer Fragen ist fernzuhalten; aber die Herbeiführung gesetzlicher Reformen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung zu erörtern.

Es ist nicht zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben; beide Teile haben vor allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegenüber ihrem Verbrauch zu vertreten.

Beide Teile beanspruchen mit Recht eine größtmögliche Nutzbarmachung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Anteils: der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft. Ohne beides, Kapital und Arbeitskraft, keine Produktion.

Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von versöhnlichem Geiste durchweht und getragen sein.

Der Ausstand darf nur als letztes Mittel, und wenn erfolgverheißend, angewandt werden.

Die christlichen Gewerkschaften zählten im letzten Friedensjahre 342 785 Mitglieder. Für Rechtsschutz und Unterstützung wurden 1913 von ihnen verausgabt 1 509 007 ℳ, für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 285 755 ℳ, für Aussperrungen, Ausstände und Gemaßregelte 989 631 ℳ.

15. Erfolge und Ausblicke.

Die Verwendung der Einnahmen der drei Gewerkschaftsgruppen lassen das Hauptgebiet ihrer Tätigkeit erkennen. Unter den mannigfachen Erfolgen der Berufsorganisationen ist wohl der erfolgreichste die Einführung und Ausbreitung der Tarifverträge, welche die Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf der Grundlage gleichberechtigter Organisationen regeln. Diese Verträge wurden zunächst für einzelne Betriebe geschlossen, dann für die Gewerbe an einzelnen Orten und deren wirtschaftliches Gebiet, bis sie schließlich sich über das ganze Reich ausdehnten.

Zum ersten Male wurde 1907 von Reichs wegen eine Statistik über die Verbreitung der Tarifverträge aufgenommen. Es ergab sich ein Gesamtbestand von 5324 Tarifverträgen für 111 050 Betriebe und 974 564 Arbeiter. In fünf Jahren haben

diese Zahlen sich mehr als verdoppelt. 1912 zählte man 12 329 Tarifverträge für 207 746 Betriebe und 1 985 016 Arbeiter.

In diesen Verträgen waren die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen in der Regel weit überholt. In mehr als 90% war der Zehnstundentag als Höchstgrenze auch für die männlichen Arbeiter festgesetzt. Die Bezahlung für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, die Lohnzahlungfristen, die Arbeitsnachweise, die Errichtung von Schlichtungsorganen für Arbeiterstreitigkeiten, die Bestimmungen über die Lehrlingshaltung, die Verabredungen über Schmutzkonkurrenz usw. finden in den Tarifverträgen durchweg eine Regelung, welche eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Gewerkschaftsmitglieder weit über das gesetzliche Mindestmaß hinaus bedeutet.

Auf Grund der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit konnte in sturmerfüllter Zeit verhältnismäßig leicht und schnell ein Übereinkommen mit dem organisierten Unternehmertum geschlossen werden. Am 15. November 1918 hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mit der Generalkommission der Gewerkschaften und den Gesamtverbänden der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften vereinbart:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.

3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogen. wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.

6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen (Tarifverträge) mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der schwer Kriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Der hier vorgesehene „Zentralausschuß der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" trat am 12. Dezember 1919 ins Leben. Der Arbeitnehmer-Vorsitzende Legien führte dabei aus, daß

„die Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft nichts anderes sei, als die konsequente Fortführung der Tarifpolitik, die von den Gewerkschaften seit Anfang dieses Jahrhunderts betrieben sei. Die Arbeitsgemeinschaft sei nicht erst nach dem Zusammenbruch Deutschlands entstanden, sondern schon vorher abgeschlossen.

Das zufällige Zusammentreffen des Abschlusses mit den Ereignissen des Novembers 1918 habe großes Mißtrauen in den Kreisen der Arbeiter hervorgerufen.

Bei allen Behörden aber hat die Arbeitsgemeinschaft durchaus Verständnis gefunden.

Es wurden dann folgende Ausschüsse gebildet:

1. für Lohn- und Arbeitsbedingungen;
2. für sozialpolitische Gesetzgebung einschließlich Arbeiterversicherung;
3. für Wirtschaftspolitik;
4. für Rohstoffversorgung;
5. für Kohlen- und Verkehrsfragen;
6. für Steuerfragen;
7. zur Durchführung des Friedensvertrages;
8. für die Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaft selbst, namentlich für die Satzungen.

Die Zusammensetzung der Ausschüsse ist in der Weise vorgesehen, daß jede Reichsarbeitsgemeinschaft einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer entsendet, außerdem entsendet der Zentralverband einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer als Vorsitzende.

Die Gewerkschaftspolitik, die zu dieser „Arbeitsgemeinschaft" führte, hat leidenschaftliche Angriffe ausgelöst. Es ist bezeichnend, daß gegen Legien, der aus dem Holzarbeiterverband hervorgegangen ist, von der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin der Antrag angenommen wurde,

das Verbandsmitglied Legien wegen seiner arbeiterfeindlichen Tätigkeit vom Verbande auszuschließen. Die Generalversamm-

lung stimmte diesem Beschlusse zu. Der Ausschlußantrag wird damit begründet, daß das Mitglied Legien die Interessen und das Ansehen des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei Beginn, während und nach Beendigung des Krieges in der schwersten Weise verletzt hat. Das Prestige des Verbandes verlangt, daß hier eine reinliche Scheidung vollzogen wird.

Die „Unabhängige sozialdemokratische Partei" hat bereits am 5. März 1919 auf ihrem Parteitag folgende Entschließung gefaßt:

> Auf das schärfste ist zu verurteilen, wenn ein wesentlicher Teil der Gewerkschaftsangestellten, wenn die Gewerkschaftsbureaukratie dem revolutionären Kampf des Proletariats teilnahmslos oder gar feindlich gegenübersteht, diesen Kampf in seinen einzelnen Phasen nicht unterstützt, sondern ihm die größten Hemmnisse bereitet. Ein solches Verhalten steht auf gleicher Stufe, wie die Politik der Gewerkschaften während des Krieges, deren Führer im Verein mit den Rechtssozialisten den Boden des Klassenkampfes verließen, den Sozialismus preisgaben, zum Träger der Kriegspolitik wurden und damit die Interessen des Proletariats aufs schwerste schädigten!

Noch weiter geht ein „Rundschreiben der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)", das deren Zentrale am 28. August 1919 versandt hat. Der Hauptsatz heißt:

> Die Gewerkschaften haben sich, worüber in unseren Reihen kein Streit ist, als ein gegenrevolutionäres Instrument erwiesen, und im gegenwärtigen Stadium der Revolution vielleicht sogar das gefährlichste. Die bisherige Anschauung, als könnte dieses konterrevolutionäre Element von innen bis in sein Nervenzentrum, d. h. bis in die Zentralbureaukratie umgestaltet werden, kann nicht mehr aufrechterhalten werden.

Wie sehr Enttäuschung und Verbitterung in Gewerkschaftskreisen steigen, zeigt z. B. die Hauptversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, der größten deutschen Gewerkschaft, im Oktober 1919 in Stuttgart. Alte Führer, die zum Teil ein Menschenalter im Dienste des Verbandes gestanden, wurden beseitigt, und alle wichtigen Posten mit den radikalsten Wortführern besetzt, so daß allwöchentlich mehr als 1250000 Metallarbeiterfamilien der Kampf gegen die alte Gewerkschaftstaktik, gegen jede „Arbeitsgemeinschaft" mit dem Unternehmertum gepredigt wird.

Die Hauptschwierigkeiten entspringen zweifellos der Preisrevolution, in der wir stehen. Jeder Tarifvertrag hat als Ziel dauernde Verhältnisse, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit bestimmten Bedingungen rechnen können. Wie ist das aber möglich, wenn sich alle Bedürfnisse des Lebens fast von Tag zu Tag verteuern? Abmachungen, die nach langen Verhandlungen getroffen werden, sind oft schon überholt, wenn sie in Wirksamkeit treten. Deshalb scheint eine grundsätzliche Reform aller dauernden Arbeitsentlohnung unmittelbare Notwendigkeit. Ihr Ziel muß sein, den Lohn in einen festen und in einen beweglichen Teil zu gliedern. Der bewegliche muß mit dem Ansteigen der Lebensmittelpreise von selbst steigen. Einen Versuch mit der „gleitenden Lohnskala" bildet der letzte Tarifvertrag für die englischen Tuchwebereien. Die fortwährenden Verhandlungen über Teuerungszulagen waren Unternehmern und Arbeitern gleich lästig. Sie kamen überein, am 1. August 1919 außer der Grundsumme Teuerungszulagen zu bewilligen, die gemäß den Meßziffern der „Labour Gazette" (amtliche Arbeits-Zeitung) für die Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie (für Ernährung, Wohnung, Kleidung, Feuerung, Licht) zu gestalten sind.

Dieser zunächst bis zum 1. August 1920 abgeschlossene Tarifvertrag hat schnell Anhänger gefunden. Im Sommer 1919 sind in Nordengland ähnliche Verträge für die Wollkämmer, die Kammgarnspinner, die Streichgarnweber, die Bredforder Wollsortierer, Speicher- und Färbereiarbeiter abgeschlossen worden.

Den ersten gesetzgeberischen Versuch mit einer „gleitenden Lohnskala" bedeutet der Beschluß der österreichischen Nationalversammlung vom 18. Dezember 1919. Nach ihm bildet für alle staatlichen Beamten und Angestellten die Grundlage des Lohnes der Preis der gesetzlichen Ration von Brot, Mehl, Fett und Zucker am 31. Oktober 1919. Am Ende jedes Monates werden diese Preise neu festgestellt. Der Mehrbetrag bildet die „gleitende" Zulage. Sie erhält der Staatsangestellte so vielmal, als er versorgungsberechtigte Familienmitglieder zählt. Da die Verteuerung

der vier angeführten Lebensmittel auch die Verteuerung anderer Waren zur Folge hat, wird außerdem noch die gleitende Zulage je nach den österreichischen Besoldungsklassen um 75,60 und 45% des Mehrbetrages erhöht.

Wäre es möglich, diesen Gedanken für alle Lohnempfänger wirklich zutreffend durchzuführen, würden viele Ursachen der Wirtschaftskämpfe aus dem Wege geräumt, da dann die Bezüge mit dem nötigsten Bedarf dauernd in ganz anderer Weise in Übereinstimmung bleiben könnten, als es heute möglich ist.

Aber selbst diese Art der Lohnregelung würde die schwerste Gefahr, die allem Arbeits-Einkommen droht, dauernd nicht verhüten können. Sie entspringt einem Bodenrecht, das jede Erhöhung der Arbeit des Einzelnen und der Gesamtheit zuletzt zu einer Erhöhung der Grundrente führt, die heute lediglich einzelne bereichert, alles Arbeitseinkommen aber schmälert.

Ich erinnere mich, daß ich schon im Jahre 1900 in London Eduard Bernstein Vorhaltungen machte, daß er die Bodenfrage nicht in ihrer grundlegenden Bedeutung betone. Da verwies mich Bernstein auf seine Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus", in der sich ein Satz fände, der trotz seiner Unscheinbarkeit doch, wie er hoffe, die Gewerkschafts- und Genossenschaftsführer einmal dazu zwingen würde, die Bodenfrage in ihrer entscheidenden Bedeutung zu werten:

> Ungehemmter Fortbestand und Fortentwicklung der Bodenrente würde auf die Dauer die meisten Vorteile illusorisch (hinfällig) machen, welche Gewerkschaften, Genossenschaften usw. mit Bezug auf die Erhöhungen der Lebenshaltung der Arbeiter auswirken können.

Dieser Satz hat bisher keine große Rolle gespielt. Aber unter den Lehren des Weltkrieges mehren sich die Gewerkschaftsstimmen, die auf die grundlegende Wichtigkeit der Bodenfrage hinweisen. So schrieb das älteste deutsche Gewerkschaftsblatt, der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" (1916, Nr. 81):

> Die Preissteigerung der sämtlichen Bedarfsgegenstände zur Lebensführung geht letzten Endes auf die einzige Ursache zurück,

daß durch die Absperrung unseres Landes durch den Krieg Dinge und Waren, die sonst allzeit beliebig herstellbar, verfrachtbar und vermehrbar waren, diese Eigenschaften verloren, so daß ihr Besitz zum Monopolbesitz wurde. Und es zeigt sich von neuem die Wahrheit des alten Satzes, daß, wer ein Monopol über irgendeine Sache in seinem Besitz hat, allen denjenigen seine Forderung diktieren kann, die trotz des Monopols auf den Gebrauch dieser Sache nicht verzichten können. Der Krieg wird vorübergehen, und der Monopolcharakter der Lebensmittel und sonstigen, dem unentbehrlichen Bedarf dienenden beweglichen Güter wird wieder verschwinden. Wenigstens soweit das jetzt bestehende private Monopol daran in Frage kommt. Aber in der ganzen sogenannten Urproduktion, die unmittelbar aus dem Boden selbst heraus erzeugt und wirtschaftet, bleibt das Monopol immer bestehen, wie es auch vor dem Kriege schon immer bestanden hatte. Denn der Grund und Boden ist eben nicht beliebig herstellbar, verfrachtbar und vermehrbar, und ist doch neben der Luft zum Atmen dasjenige Gut, was jeder Verbraucher am unentbehrlichsten nötig hat. Darum sollte als Grundsatz aller Konsumentenforderungen, als Grundsatz alles staatsbürgerlichen Wissens und Wollens aus dem Kriege mitgenommen werden: Kein Privatmonopol am Boden und seinen Schätzen, deren jedermann bedarf!

Die erfahrenen Gewerkschaftsführer sehen nicht nur die Größe der Aufgabe, sondern auch ihre ungeheuren Schwierigkeiten; aber sie sind entschlossen, in den notwendigen Kampf zu gehen, und sie wissen, was jede ehrliche Bundesgenossenschaft bedeutet („Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker", 1916, Nr. 105):

Über das Ziel sind wir uns auch mit Damaschke vollständig einig. Nur über den Weg zu diesem Ziele sind wir etwas anderer Meinung, und zwar lediglich deshalb, weil wir aus unserer Kenntnis der Unterstufen des volkswirtschaftlichen Lebens und Treibens wissen, daß die Hindernisse und Schwierigkeiten, die zwischen den gegenwärtigen Verhältnissen und dem Ziel einer vernunftgemäßen Bodenbenutzung im Interesse der Gesamtheit liegen, im allgemeinen noch viel zu groß und viel zu tief in unseren heutigen Rechtsverhältnissen und damit auch wirtschaftlichen Machtverhältnissen begründet sind, als daß sie schon durch ein einheitlicheres Wollen und Wünschen zu beseitigen wären. Hierzu bedarf es nämlich erst der Heranbildung einer allgemeineren Erkenntnis

nicht nur der großen und vielen Schattenseiten der heutigen Bodenverteilung, sondern noch weit mehr einer solchen der Grundlagen dieser Verhältnisse... In dem gleichen Maße wie dieser Aufklärungsprozeß weitergreift, werden die Quellen aller Bodendrohnen versiegen müssen ....

In diesem Geist arbeiten auch wir für den Gedanken der Bodenreform und freuen uns, wenn die eigentlichen Bodenreformer als eine gleichstrebende, aber technisch anders arbeitende Pioniergruppe auf dem steinigen Gebiet in uns und wir in ihnen Verbündete erblicken können.

Die Bodenfrage war es auch, die zum ersten Male auf sozialem Gebiet zu einer Trennung in der Abstimmung zwischen der alten sozialdemokratischen Fraktion, die im wesentlichen von den Gewerkschaftsführern getragen wird, und den „Unabhängigen" führte. Es handelte sich — am 3. Juni 1916 — um das Kapitalabfindungsgesetz, das den Kriegsverletzten ermöglichen soll, durch Kapitalisierung eines Teils ihrer Rente sich ein eigenes Heim zu erwerben. Sinngemäß mußte dieses Heim dagegen geschützt werden, daß es nicht sofort wieder zu einem Gegenstand des Handels und der Spekulation gemacht würde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission, erklärte sich für das Gesetz, da „in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft die Sehnsucht nach einem eigenen Heim mit jedem Jahre stärker geworden ist." Die „Unabhängigen" aber erklärten sich dagegen, weil in dem Erwerben eines Heims ein Beschränken der Bewegungsfreiheit erblickt werden müßte. Es war die Auffassung, die die radikale „Bremer Bürgerzeitung" am 6. März 1906 programmatisch in die Worte gefaßt hatte: „Los von Grund und Boden muß der Arbeiter, bevor er revolutionär denken und handeln kann!" — In der Bodenfrage werden sich je länger je mehr auch die Arbeiterkreise scheiden. Wer auf dem Standpunkt der Katastrophentheorie steht, wird dem „Los vom Grund und Boden" zustimmen. Wer aber auf dem Boden der Entwicklungstheorie steht, wird je länger je mehr ein „Hin zum Grund und Boden" fordern!

Welche Richtung hütet am treuesten das Erbe von Karl

Marx? Die erste kann sich gewiß auf manche Äußerung aus den Sturmjahren des großen Revolutionärs berufen. Die zweite aber kann auf die Grundgedanken des Meisters verweisen.

Allerdings ist es fast unmöglich, diese Grundgedanken zwingend darzustellen, namentlich wenn man erwägt, daß Marx selbst seine Lehre hingestellt hat in der Hauptsache als eine „Skizze der Genesis des Kapitalismus in Westeuropa", also in der Hauptsache als eine geschichtliche Darstellung. Zweifellos aber bedeutet es eine Einseitigkeit, wenn, namentlich durch den Einfluß von Karl Kautsky, die Lehre vom Mehrwert vielfach als die entscheidende hingestellt wird. Der Mehrwert entstehe dadurch, daß die Besitzer der Produktionsmittel zu lange Arbeitszeit und zu geringen Lohn von denen erpressen, die keine Produktionsmittel, sondern nur ihre Arbeitskraft besitzen. Und so erscheint denn auch die Überwindung dieses Mehrwertes den Massen sehr einfach durch stete Verringerung der Arbeitszeit und stete Erhöhung des Lohnes. Kautsky hat in seinem „Tage nach der Revolution" genügende Arbeitslosenunterstützung als den sichersten Weg zur Überwindung dieses Mehrwertes und damit zur Lösung der sozialen Frage zu erweisen versucht. Daß dieser Teil der Marxschen Lehre in den Vordergrund treten konnte, ist wohl erklärlich. Die Industriearbeiter waren gerade aus dem Gegensatz zu dem Arbeitgeber am leichtesten zu organisieren. Nicht abzuleugnen aber ist, daß bei den so organisierten Massen eine Vertiefung der sozialen Erkenntnis nicht erzeugt worden ist. Sie hätte neben allen Gegensätzen doch auch die großen gemeinsamen Interessen aller im Produktionsprozeß Tätigen erkennen lassen müssen und zeigen, daß Unternehmern und Arbeitern, Beamten und Landbebauern in gleicher Weise ein Gegner gegenübersteht, der alle produktive Tätigkeit erschwert und ihre Ergebnisse aufsaugt: Der private Bezieher der Grundrente. Auch diese Seite findet sich in Karl Marx.

Am klarsten ist der Zusammenhang zwischen dem freien Zutritt zum Boden und der Arbeiterausbeutung von ihm wohl gezeichnet im letzten Kapitel des 1. Bandes des

„Kapitals", in dem er von der modernen Kolonisationstheorie handelt:

> Die Expropriation (Enteignung) der Volksmasse vom Grund und Boden bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.
>
> Das Wesen einer freien Kolonie besteht umgekehrt darin, daß die Masse des Bodens noch Volkseigentum ist und jeder Ansiedler daher einen Teil davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den späteren Ansiedler an derselben Operation zu verhindern... Der Lohnarbeiter von heute wird morgen unabhängiger, selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker; er verschwindet vom Arbeitsmarkt, aber — nicht ins Workhouse (Arbeitshaus). Die Lohnarbeiter verwandeln sich beständig in unabhängige Produzenten, die, statt für das Kapital für sich selbst arbeiten, und statt den Kapitalisten, sich selbst bereichern.

Und ebenso im 3. Bande (S. 156):

> Das Monopol des Grundeigentums ist die fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktion.

Den Gang der heutigen Entwicklung und die Rechtfertigung alles Bodenreformkampfes um die Grundrente zeigt ein Wort in demselben 3. Bande (S. 177):

> Die Höhe der Bodenrente (und mit ihr der Wert des Bodens) entwickelt sich im Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung als Resultat der gesellschaftlichen Gesamtarbeit.

Auch im Lager der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) ist die Erkenntnis von der entscheidenden Bedeutung der Bodenfrage stetig gewachsen, wie der einstimmige Beschluß ihres Zentralrats am 7. März 1917 beweist, als körperschaftliches Mitglied dem Bund Deutscher Bodenreformer beizutreten.

Eine bedeutsame theoretische Arbeit ist in dem Lager der christlichen Gewerkschaften erwachsen, Th. Brauer: „Bodenfrage und Arbeiterinteresse" (Jena G. Fischer, 1916). Sie untersucht die Bodenfrage sowohl vom Produzenten-, als auch vom Konsumenten Standpunkt des Arbeiters aus und klingt also aus:

> Jedenfalls darf eine Arbeiterbewegung, die ihre Aufgaben in vollem Maße erfassen will, an diesen Dingen nicht vorbei gehen.

Hier handelt es sich um die Sicherstellung ihrer Arbeit und Tätigkeit, um die Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß ihre Kräfte nicht auf die Dauer vergeudet und verschleudert werden. Die Arbeiterführer sind es gewohnt, mit tiefstem sittlichen Ernste an alle Einzelheiten ihres Arbeitsgebietes heranzutreten. Vielleicht ist die eigentümliche Vergangenheit und Ueberlieferung der deutschen Arbeiterbewegung schuld, daß die Bodenfrage zu den am wenigsten durchforschten Gebieten der Betätigung der Arbeiterführer und -bewegung gehört. Es wird aber die höchste Zeit, daß hier eine grundlegende Aenderung eintritt. Die ureigenste Sache der Arbeiterbewegung ist es, um die es sich hier handelt. Arbeiterbewegung und Bodenreform gehören unzertrennlich zusammen, und zwar, nochmals, in erster Linie aus dem Interesse der Arbeiterbewegung selbst heraus. Mögen sich die Führer finden, die ohne Rücksicht auf das Geschrei von Interessenten das Steuer ihrer Bewegung in diese Richtung lenken!

Heute muß die deutsche Volkswirtschaft das höchste Maß von Arbeitsleistungen aufbringen, wenn die Lebenshaltung unseres Volkes nicht dauernd niedergehen soll. Da wird es bald klar, daß die Lohnhöhe nicht nur eine Frage der Verteilung des Ertrages der Gütererzeugung ist, sondern daß sie wesentlich auch bedingt wird durch das Maß, in dem diese Gütererzeugung selbst möglich wird. Alle Hemmungen der Gütererzeugung müssen ausgeschaltet werden, wenn bei möglichst kurzer Arbeitszeit möglichst hoher Ertrag gewonnen werden soll. Die schwerste Hemmung im Produktionsprozeß aber stellt die künstlich erhöhte Grundrente dar. Die Erhaltung des sozialen Friedens ist heute mehr denn je eine nationale Lebensnotwendigkeit. Wenn durch Mißbrauch mit dem Boden Mietssteigerungen der Wohnungen, Werkstätten und Läden eintreten, die den Arbeiter um einen verhältnismäßig hohen Teil seines Lohnes bringen, und die Preise aller Lebensbedürfnisse künstlich in die Höhe treiben, so werden daraus zweifellos schwere Kämpfe (Ausstände usw.) entstehen, die unser gesamtes Wirtschafts-Leben in entscheidender Stunde zu lähmen vermögen. Arbeit und Kapital haben beide das gleiche Interesse, alle Ursachen vermeidbarer Gegensätze auszu-

schalten, um gemeinsam ihren Platz auf dem Weltmarkt wiederzugewinnen.

Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationen müssen, wenn sie gesund bleiben wollen, sich von unten herauf in freier Tätigkeit entwickeln. Hier hat die staatliche Gewalt nur die Aufgabe, ehrlich freie Bahn zu gewährleisten. Vermag sie dann noch ein Bodenrecht zu schaffen, das die Hemmungen und Erschwerungen beseitigt, die der Mißbrauch mit dem Boden jeder produktiven Arbeit bereitet und sie davor schützt, daß die Entwicklung der Grundrente sie um ihren steigenden Ertrag durch Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten betrügt: so wird eine organische Emporentwicklung der deutschen Arbeiterschaft auf den Grundlagen der geschichtlich gewordenen Kultur durchaus möglich. Ist sie aber auf diesem Grunde möglich, so wird sie auch die große Aufgabe unserer Zeit.

IX. Die Anarchisten.

1. Das Ideal.

Am meisten verbreitet unter den deutschen anarchistischen Werken ist Mackays „Kulturgemälde": „Die Anarchisten". Hier stellt der Held folgendes Ideal auf:

> Sie wissen, An-Archie ist ein der griechischen Sprache entstammendes Wort und heißt in genauer Übersetzung „Herrschaftslosigkeit". Alle Herrschaft gründet sich auf Gewalt. Wo immer aber Gewalt ist, da ist Ungerechtigkeit. Gerecht allein ist die Freiheit: die Abwesenheit aller Gewalt und allen Zwanges. Ihre Basis wird gebildet durch die Gleichheit der Bedingungen für alle Menschen.
>
> Auf dieser Grundlage gleicher Lebensbedingungen das freie, unabhängige, souveräne Individuum, dessen einzige Forderung an die Gesellschaft in der Respektierung seiner Freiheit besteht, und dessen einziges selbstgegebenes Gesetz die Respektierung der Freiheit der anderen ist – das ist das Ideal der Anarchie.

Der Zwang, den jede Gemeinschaft ausübt, weckt in jeder Persönlichkeit von Zeit zu Zeit Widerspruch. Je stärker die Persönlichkeit ist, desto öfter wird sie diesen Widerspruch empfinden. Wollte man jeden, der gefühlsmäßig einmal die Abschaffung allen Zwanges fordert, als Anarchisten bezeichnen, so müßte man die Grenzen sehr weit ziehen.

Schon die naturrechtlichen Lehren, die zu Beginn der Neuzeit eine so große Rolle spielten, enthielten den Gedanken, daß in den staatlosen Zuständen der Urzeit die Menschen in ungetrübtem Glück gelebt hätten. Von hier aus war der Weg zu anarchistischen Gedankengängen nicht weit. Wir sehen ihn z. B. beschritten von dem berühmten französischen Benediktinermönch Rabelais (1495–1551), der das Leben der Genossen der idealen Gesellschaft so ausmalt:

Ihr ganzes Leben gestaltet sich nicht nach Gesetzen, Satzungen oder Regeln, sondern nach freiem Willen und Urteil. Sie gehen zu Bett, wenn es ihnen gut scheint, trinken, essen, arbeiten, schlafen, wenn ihnen das Verlangen danach kommt . . . Nur die eine Regel haben sie: Tu', was dir beliebt.

Und in einer solchen Gesellschaft, meint Rabelais, würden die Menschen aufs beste miteinander auskommen, da nur durch Zwang und Knechtschaft das Übel in die Welt gekommen sei.

Von Lessing hat sein Freund Jacobi aus dem Jahre 1781 berichtet, daß er „das Unseligmachen aller politischen Maschinerien auf das lebhafteste einsah", daß er sogar einmal im Eifer behauptet habe, „die bürgerliche Gesellschaft müsse noch ganz aufgehoben werden. Die Menschen werden dann gut regiert werden, wenn sie keiner Regierung mehr bedürfen."

Ein ähnliches Bekenntnis kann man selbst in Goethes „Zahmen Xenien" (Buch IV) finden:

Warum mir aber in neuster Welt
Anarchie gar so wohl gefällt?
Ein jeder lebt nach seinem Sinn.
Das ist nun also auch mein Gewinn.
Ich laß einem jeden sein Bestreben,
Um auch nach meinem Sinn zu leben

Sehen wir von solchen Stimmungen ab, so wird es darauf ankommen, die wichtigsten Vertreter der anarchistischen Theorie darzustellen und aus ihren Darlegungen das Gemeinsame herauszuschälen. Von einer eigentlichen Schule kann ja auf dem Gebiet des Anarchismus bei der Ablehnung jeder Autorität nicht gesprochen werden.

Auch der Versuch, die Strömungen zu teilen in „kommunistisch-anarchistische" und „individualistisch-anarchistische" wird stets etwas Willkürliches zeigen. Legt die eine auf die Gruppenbildung größeren Wert, so ist doch auch ihr die Freiheit jedes Einzelnen Maß und Ziel, und legt die zweite das Hauptgewicht auf die unbedingte Selbstherrlichkeit jedes Einzelwesens, so weiß doch auch sie, daß Menschenleben ohne Gemeinschaft — und sei diese auch nur „ein Verein von Egoisten" — nicht denkbar ist.

2. Die Angelsachsen.

In England wurde die unumschränkte Selbstherrlichkeit des Einzelnen zuerst durch Thomas Paine vertreten, der, am 29. Januar 1737 zu Sethforth in der Grafschaft Norfolk geboren, sich als Handwerker, Lehrer, Zollbeamter und Tabakfabrikant durchs Leben schlug. Er kämpfte für die Rechte der amerikanischen Kolonien, erwarb in Paris das französische Bürgerecht, wurde in den Nationalkonvent gewählt, schloß sich den Girondisten an und starb am 8. Juni 1809 in New York.

In seinen „Menschenrechten" (1790) erklärt er:

> Die Gesellschaft ist auf alle Fälle ein Segen, — die Regierung selbst im besten Falle ein notwendiges Übel.

So sehr Paine Regierung und Staatsgewalt ablehnt, so ist er doch in seiner „Bodengerechtigkeit" (1797) der erste Vertreter eines großen staatssozialistischen Gedankens geworden. Nach ihm haben alle gleichen Anspruch auf die reine Grundrente. Aus Zweckmäßigkeitsgründen solle aber die Einzelwirtschaft des Bodens aufrecht erhalten bleiben. Bei jedem Erbgang jedoch müsse der Staat seinen Anteil an der Grundrente als „das natürliche Patrimonium der Nation" in Form einer hohen Steuer einziehen. Dadurch gewinne er die Mittel, eine umfassende Alters- und Invaliditätsversicherung zu schaffen und jedem Volksgenossen bei seiner Mündigwerdung im Namen der Gesamtheit ein Vermögen von 300 ℳ auszuzahlen.

Zur selben Zeit wirkte William Godwin (3. März 1756 bis 7. April 1836). Ursprünglich Prediger einer Sektengemeinde, lebte er später ganz der Vertretung seiner Gedanken als Schriftsteller und Buchhändler. Er kam aus der Geldnot nie heraus, bis ihm, dem grimmen Gegner des Staates, Freunde eine bescheidene Staatsanstellung im Schatzamt verschafften. —

Godwin ist ein Gegner jeder Staatsgewalt:

> Jede Regierung entspricht in gewissem Grade dem, was die Griechen eine Tyrannis nannten. Der einzige Unterschied besteht darin, daß in despotisch regierten Ländern Gewalt einen gleich-

förmigen Druck auf unsern Geist ausübt, während in Republiken dieser beweglicher bleibt und die Gewalt eher den Strömungen der öffentlichen Meinung folgt ... Wir sollten niemals vergessen, daß alle Regierung ein Übel und die Entthronung unseres eigenen Urteils und Gewissens ist.

Godwin erhofft alles von der Vernunft der Menschen:

Wie eine natürliche Gesellschaftsordnung unvereinbar mit Gesetzen oder Verboten jeder Art ist, so kann sie auch nicht einmal das Verbot kennen, niemand darf Eigentum anhäufen! Dafür, daß es dennoch geschieht, bürgt die Erkenntnis von der Unvernunft und Zwecklosigkeit eines solchen Beginnens ...

Was gäbe mir ein Recht, zu behaupten, eine Sache gehöre mir? Nur die Tatsache, daß ich ihrer dringend zu meinem weiteren Fortkommen bedarf. Mit jener Notwendigkeit würde gleichzeitig mein Recht hinfällig werden. Was ich habe, darf ich mit gutem Rechte mein Eigen nennen, solange ich es wirklich nötig habe. Wenn ich dagegen etwas habe, was für mich unnütz ist, so ist es eine Anmaßung von mir, es für mich in Anspruch nehmen zu wollen, mag es auch die Frucht meiner eigenen Arbeit sein.

Soweit also das Eigentum bewirkt, daß einer auf anderer Kosten leben kann, soll es abgeschafft werden wie die Regierung. Nur soweit es einem jeden die Unabhängigkeit verbürgt, soll es beibehalten werden. Die Hauptsache erwartet Godwin vom sittlichen Fortschritt der Menschen, zu denen er das Zutrauen hat, daß sie es in einer künftigen Zeit als Ungerechtigkeit empfinden würden, wenn die einen reich wären, während die andern darbten, und daß sie alles, was im Besitze eines anderen mehr Nutzen stiften könne, als in ihrem eigenen, selbst an diesen anderen abtreten würden.

Godwins Buch erregte bei seinem Erscheinen großes Aufsehen. Malthus schrieb namentlich auch gegen ihn. Seine Gattin war Mary Wollstonecraft, die in ihrer „Verteidigung der Frauenrechte" Forderungen aufstellte, von denen viele noch heute im Programm der Frauenbewegung enthalten sind. Sie starb bei der Geburt ihrer ersten Tochter, die, wie sie, Mary hieß und der Stolz des Vaters wurde, bis sie mit dem jungen, genialen Dichter Shelley ein Verhältnis einging,

das dessen Frau zum Selbstmord trieb. Godwin, der in seinen Schriften alle menschliche Gebundenheit verwarf, hat sich mit seinem Kinde doch erst versöhnt, als jener Herzensbund nach langer, bitterer Not durch eine Ehe gesetzmäßig gemacht wurde.

Jeremy Bentham (13. Februar 1748 bis 6. Juni 1832), der bedeutendste Vertreter des „Utilitarismus" (Nützlichkeitslehre) gründete sein System der Moral ausschließlich auf das Lust- und Unlustgefühl. Die Überzeugung, daß das Lustbringende nur Nützliches hervorbringe, veranlaßt ihn, nur die „eigene, innere Überzeugung" als Maßstab für Recht und Unrecht anzuerkennen. Bindungen des Einzelnen durch Rücksichten auf die Gesamtheit werden verworfen. Gegen Adam Smith, der einen Höchstsatz für Zinsen befürwortet hatte, lehnt z. B. Bentham jede Beschränkung des Zinsnehmens als Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen ab. Durch die „Souveränität der individuellen Vernunft" kann allein „das größte Glück der größten Zahl" erreicht werden. Daß er mit der Aufstellung dieser Souveränität jede Autorität im Staatsleben ausschaltet, übersieht Bentham — liegt aber in der folgerechten Entwicklung des von ihm aufgestellten Grundsatzes. —

In der neuen Welt hat wohl Josias Warren (geb. 1798 zu Boston, gest. daselbst 1874) zuerst anarchistische Gedanken bewußt verbreitet. Er war Musiklehrer und ein erfolgreicher Erfinder und hatte gerade eine Fabrik gegründet zur Herstellung von Lampen, die nach seiner Erfindung Fett brannten, als Owens Ruf, in New Harmony ein Mustergemeinwesen für die Welt aufzurichten, auch ihn in seinen Bann zog. Er ging in die Kolonie, wo er als vielbeschäftigter Musiklehrer tätig war. New Harmony hatte geblüht, solange die schwäbische Sekte der Rappisten dort in strenger Gütergemeinschaft, aber auch unter der unbedingten Herrschaft ihres Propheten Rapp gearbeitet hatte; es hatte geblüht, solange Owen selbst es unbeschränkt leitete und war bis auf 1000 Einwohner gestiegen — aber es war zusammengebrochen, als man Einzel-Freiheit und kommunistische Verwaltung vereinen wollte. Warren hatte sich schon 1827 nach Cincinnati

zurückgezogen. Seine Gedanken waren von nun an erfüllt mit den Fragen der vollkommensten menschlichen Ordnung. Die Wahrheiten, die er fand, schienen ihm selbst so ungeheuerlich, daß er 20 Jahre zögerte, ehe er sie veröffentlichte. Erst 1847 gab er seine Vorschläge für die Grundformen einer neuen Gesellschaft heraus: „Gerechter Handel" („Equitable commerce"). Nach ihm gibt es nur ein Heilmittel gegen alle sozialen, geistigen und sittlichen Schäden: die unbeschränkte Selbstherrlichkeit des Einzelnen! Jedes Gesetz und jede Regel müssen ungerecht wirken, da sie ja für den Durchschnitt gemacht werden müßten, während es den „normalen" Menschen in Wirklichkeit nicht gebe. Alle Menschen seien vielmehr verschieden; ja selbst der einzelne gleiche sich selbst in den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung nicht. Jeder solle tun und lassen können, was immer er wolle — aber auch alle Folgen seines Handelns selbst auf sich nehmen. Die unbeschränkte Herrschaft des Einzelnen kann nur erreicht werden, wenn wir aufhören, Mitglieder politischer Körperschaften: Staaten und Gemeinden zu sein. Wir dürfen nur Einzelwesen sein, deren Interessen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet scharf von denen aller anderen getrennt werden. Vorbedingung sei, daß ein gerechter Ausgleich gefunden werde zwischen Leistung und Gegenleistung der sich unabhängig gegenüberstehenden Einzelnen. Diesen Maßstab findet Warren nun in seinem „Cost Principle". Danach darf der Preis einer Leistung nie höher, aber auch nicht niedriger sein, als die Selbstkosten betragen. Selbst alle Patente für Erfindungen seien ungerechtfertigt, ebenso das Zinsnehmen, jeder Aufschlag zum Bodenpreis und jeder Spekulationsgewinn. Er gibt ein Beispiel:

Ein Kaufmann erwirbt Waren für 20 000 Dollars im Auslande, er verkauft sie für das Doppelte. Seine Unkosten aber haben nur 2000 Dollars betragen. Dann hatte er einen Handelsgewinn von 18 000 Dollars gemacht. An Arbeitszeit für diesen Gewinn habe er aber nur 3 Stunden schriftlicher Arbeit gebraucht. 18 000 Dollars aber sei die Vergütung für 36 000 Stunden Männerarbeit oder 144 000 Stunden Frauen-

arbeit. In der Gesellschaft Warrens bekäme der Kaufmann außer dem Ersatz seiner Unkosten nur 3 Stunden Arbeitszeit vergütet.

Natürlich ist das mit dem Gelde der heutigen Gesellschaft nicht möglich. Deshalb schlägt er nach dem Vorbild von Owen eine Arbeitsnote vor. Wie hoch jeder seine Arbeit einschätzen will, muß jedem selbst überlassen bleiben. Im freien Wettbewerb würde der, der sich zu hoch einschätzt, eben keinen Absatz für seine Arbeitsnoten finden. Selbst die Kinder sollen die Zeit und Mühe, die die Eltern aufgewandt haben, ihnen später durch gleichwertige Arbeit ersetzen. Zwang soll auf sie nicht ausgeübt werden. Wollen sie von einem gewissen Alter an nicht durch Arbeit den Eltern Gegenwerte schaffen, so werden diese die Versorgung einfach unterbrechen. Warren will mit seinen eigenen Kindern praktische Versuche mit vorzüglichen Ergebnissen gemacht haben. Um sein „cost principle" zu erproben, eröffnete er in Cincinnati einen Laden. Jede Ware trug sichtbar ihren Einkaufspreis. Er nahm einen Durchschnittszuschlag von 5%. Ware und Zuschlag ließ er sich in Geld bezahlen, für die Arbeit beim Verkauf ließ er sich eine Arbeitsnote ausstellen. Um die Zeit für diese zu messen, war eine große Uhr im Laden angebracht, nach der dieser den Namen „Time Store" (Zeitladen) erhielt. Fanden sich zuerst überhaupt keine Käufer, so war später der Zuspruch so stark, daß benachbarte Kaufleute ihre ganze Kundschaft verloren, bis sie ihre Geschäfte auch in Zeitläden umwandelten. Nach 2 Jahren gab Warren das Geschäft auf, ohne Verlust und ohne Gewinn. Er wollte jetzt größere Versuche machen. Der bedeutendste war „Utopia", eine Ansiedlung am Ohio in der Nähe von Cincinnati 1847. Das Unternehmen entwickelte sich zunächst günstig. Aber durch die Arbeit der Ansiedler stieg das umliegende Land, das im Besitz von Spekulanten war, so sehr im Preise, daß jede gesunde Ausdehnung der Ansiedlung unmöglich wurde.

Auch eine zweite Siedlung bei New York: „Neue Zeiten" schlug fehl, wenn es auch einzelnen Ansiedlern gelang, Wohlstand zu erwerben. —

In der neuesten Zeit wurde Benjamin Tucker durch seine Wochenschrift: „Freiheit" („Liborty") der einflußreichste Verfechter anarchistischer Gedanken in der neuen Welt.

3. Deutsche und Holländer.

Unter den deutschen Theoretikern steht in erster Reihe Johann Kaspar Schmidt, der am 25. Oktober 1806 in Bayreuth als einziges Kind eines Blasinstrumentenmachers geboren wurde. Schon im Alter von vier Jahren verlor er seine Eltern. 1835 bestand er die Prüfung als Gymnasiallehrer, erhielt aber keine staatliche Anstellung. 1839 wurde er Lehrer an einer „Privat- und Erziehungsanstalt für höhere Töchter" in Berlin.

Seine erste Arbeit erschien — ohne seinen Namen — 1842. Es war ein „Gegenwort" gegen einen Aufruf von 57 evangelischen Geistlichen Berlins für eine bessere Sonntagsfeier. Bereits hier führte er aus:

> Lasset euch durch eure Lehrer zu euch selbst führen und entwöhnet sie der abgebrauchten Redensart, als ob sie euch zu Gott führen wollten, und ihr werdet sie mit Liebe hören. Allerdings führen sie euch zu Gott, wenn sie euch zu euch selbst führen, und der Ausdruck ist nicht falsch; aber welcher Mißbrauch wird damit getrieben, und wie werden die Gläubigen irre geführt!
>
> Erkennet euch, so erkennt ihr Gott und die Welt; liebet euch, so liebet ihr alle; suchet euch, so sucht ihr Gott; habt euch, so habt ihr alles; trachtet im höheren Sinne zuerst nach euch, so fällt euch alles andere zu.

1844, d. h. in demselben Jahre, in dem das moderne Genossenschaftswesen durch die redlichen Pioniere von Rochedale zuerst Gestalt gewann, gab Schmidt sein Werk „Der Einzige und sein Eigentum" heraus und zwar unter dem Namen Max Stirner, dem Spitznamen, den er als Student wegen seiner auffallend hohen Stirn erhalten hatte.

Die Kreisdirektion in Leipzig ließ das Werk sofort beschlagnahmen. Das Ministerium des Innern aber hob die Beschlagnahme auf, weil das Buch „zu absurd" sei, um gefährlich werden zu können. Seine Stellung als Lehrer hatte Stirner natürlich

aufgeben müssen. Der erhoffte finanzielle Gewinn blieb aus. Da versuchte er, sich mit dem Rest des Vermögens seiner zweiten Frau durch ein Milchgeschäft unabhängig zu machen. Hier lernte er in der Praxis, wie leicht es ist, die Gesetze des Gemeinschaftslebens im luftleeren Raum zu überwinden und wie sehr sie die Wirklichkeit doch bestimmen. Es gelang ihm natürlich leicht, größere Mengen Milch einzukaufen. Aber die Nachfrage entsprach nicht dem, was er anbot. Er war gezwungen, die Milch, die ihm verdarb, in die Gosse zu gießen. Mit der Not kam der Zusammenbruch seiner Ehe. Seine Frau verließ ihn. Er versuchte sich als „freier" Schriftsteller durchzuschlagen; er schrieb eine „Geschichte der Reaktion"; er fertigte Übersetzungen; er arbeitete für Zeitungen. Zuletzt suchte er als Agent durch kleine Gelegenheitsgeschäfte irgend etwas zu verdienen. Sein letztes Lebenszeichen war ein Notschrei in einer Zeitungsanzeige, in der er um ein unverzinsliches Darlehen bat. Am 26. Juni 1856 ist er an einer Blutvergiftung verlassen in Berlin gestorben.

Stirner hat einen begeisterten Jünger in dem Deutsch-Schotten John Henry Mackay (geb. in Greenwich 6. Februar 1864) gefunden. Sein schon erwähntes Kulturgemälde: „Die Anarchisten" ist die verbreitetste anarchistische Schrift in deutscher Sprache. Besonders sucht er seine Gedanken in Gedichtform zu verbreiten. Als in Chikago 1887 Unruhen stattfanden, bei denen Bomben geworfen wurden, klagte man Anarchistenführer als Urheber an und verurteilte fünf von ihnen, trotz ihres Leugnens zum Tode: Diese „Märtyrer von Chikago" hat Mackay zunächst gefeiert:

Über die Länder und über die Meere
Sendet Euch seinen aufschreienden Gruß,
Was in der Ketten zermalmender Schwere,
Was im Elend verkommen muß!

Ein Jahr später aber schrieb er:

Und heute, wo ich endlich fand
mich selbst in dem wilden Orkane,
Schreibt fest und langsam meine Hand:
„Auch ihr seid gestorben im Wahne!"

Mein Glaube war nie der Eure: Ihr habt
auf das Volk gebaut, auf das „treue",
und als ihr Euer Leben ihm gabt,
da mußtet ihr sterben in Reue . . .

Was sind denn Treue? Was Recht? Und was Pflicht?
Nur Worte, Worte, Worte —
O seht, es bricht ein leuchtendes Licht
Durch der Lüge goldene Pforte!

Gott Volk, jetzt habe ich dich erkannt:
Ich erreichte im Ozeane
Die Insel, wo die Erlösung ich fand:
„Wer Gott stirbt, stirbt im Wahne!"

Oder eine andere Probe:

Der Staat — er falle! — ob er Monarchie,
Ob Republik ob sozial sich nenne.
Denn nie kann es geschehn — nie sag ich nie —
Daß je im Staat der Freiheit Fackel brenne.

Der Staat ist Zwang. Er kennt nur Herr'n und Knechte.
Wir aber wollen keins von beiden sein.
Wir wollen unsere heiligen Menschenrechte
Um sie zu deuteln, keinem Zweiten leihn.

Erst wenn sein Joch von unserm Nacken nahm
Die Hand der Freiheit, atmen Alle, Alle!
Solange aber dieser Tag nicht kam,
Ertönt mein Ruf: „Der Mörder Staat — er falle!"

Die erste anarchistische Zeitschrift in deutscher Sprache war die von Moses Heß (21. Januar 1812 bis 6. April 1875) 1845 gegründete Monatsschrift „Gesellschaftsspiegel". Heß predigte, von Proudhon angeregt, als einzigen Maßstab für alles Handeln die Willkür des unbeschränkten Ich, da jede Tätigkeit

> die nicht aus innerem, sondern äußerem Antrieb erfolgt, sei dieser die Peitsche des Sklavenbesitzers oder der Hunger des Proletariats oder die Habsucht des Krämers oder auch nur die abstrakte Genußsucht, — eine Last oder ein Laster sei.

Art und Dauer der Arbeit jedes Menschen habe ganz von dessen Belieben abzuhängen. Die Gesellschaft aber müsse jedem soviel zu

seiner Ausbildung und zu seinem Unterhalt darbieten, wie er vernünftigerweise brauche.

Ähnliche Gedanken vertrat Karl Grün (30. September 1813 bis 18. Februar 1887). Er studierte in Bonn und Berlin und wirkte zeitweise als Lehrer in Kolmar und Frankfurt a. M. Sein Hauptwerk ist „Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien" (1845). Jeder soll Anteil an allem haben. Das Lohnprinzip, das für den Genuß eine Leistung voraussetze, sei überflüssig:

> Seid ihr so bange vor Mangel an Produktion? Die neuesten Fortschritte in der Naturwissenschaft können euch beruhigen. Vielleicht vermöchten die Kinder bis zum 15. Jahre als Lenker der Maschinen, den ganzen Hausbedarf von heute zu liefern in Festkleidern, als Spiel, zur Zerstreuung!

Vom Kommunisten zum Anarchisten entwickelte sich Johann Most (geb. am 5. 2. 1846 in Augsburg). Gelernter Buchbinder, wurde er bald Leiter von sozialdemokratischen Zeitungen und gewann durch die Leidenschaftlichkeit seiner Sprache großen Einfluß. Zweimal wurde er in den Reichstag gewählt.

Unter dem „Sozialistengesetz" aus Berlin ausgewiesen, ging er nach London, wo er die „Freiheit" gründete. In diesem Blatte verteidigte er die Attentate von Hödel und Nobiling und griff die Führer der Sozialdemokratie als „Memmen und Jammerknaben" an, die „durch ihre Schurkenstreiche auf immer den Fluch des Volkes auf sich geladen haben". Auf dem Wydener Kongreß 1880 wurde er deshalb aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen. Als er das Attentat auf Alexander II. von Rußland in seinem Blatte verherrlichte, wurde er in England zu 16 Monaten Kerker verurteilt. Er ging dann nach Amerika, wo er für den Anarchismus bis zu seinem Tode am 18. März 1906 eifrig warb.

Der Holländer Domela Nieuwenhuis (geb. am 31. 12. 1846), ging als Prediger an der lutherischen Kirche im Haag 1880 zur Sozialdemokratie über, deren anerkannter Führer und erster parlamentarischer Vertreter er wurde. Bald aber verwarf er Parlamentarismus und Kommunismus und führte anarchistische Lehren in die Gedankenwelt

der holländischen Arbeiter ein. Nieuwenhuis war ein ehrlicher Mann. Pfingsten 1917 haben die unter seiner geistigen Leitung stehenden Organisationen: „Foederation der freien sozialistischen Vereinigungen", „Sozialistisch-anarchistische Aktion Niederlands", „Antimilitaristische Vereinigung" und das „Nationale Arbeitersekretariat", d. h. die Zentrale der syndikalistischen Gewerkschaften, in Amsterdam einen Kongreß abgehalten. Es handelte sich um die Frage, was mit den Mitgliedern geschehen sollte, die ohne staatlichen Zwang sich der Herstellung von Kriegs- und Mordwerkzeugen widmeten. Nieuwenhuis leugnete den Widerspruch nicht, der darin liege, anarchistischer Antimilitarist zu sein und gegen gute Bezahlung Granaten für den Klassenstaat zu drehen. Aber seien wir nicht allzumal Sünder:

> Denn indem wir Steuern zahlen, versetzen wir ja doch den Staat erst in die Lage, Munition anfertigen zu lassen und machen uns also daran mitschuldig. Selbst beim Anbau von Bodenerzeugnissen wisse man nicht, ob sie nicht auch Heereszwecken dienen oder denen zugute kommen, die das Heer organisieren und leiten. Das Gesellschaftsleben ist eben so kompliziert, daß einem konsequenten Anarchisten eigentlich nichts anderes übrig bleibt, als sich aufzuhängen!

Das Begräbnis des „Alten" — Nieuwenhuis starb am 18. 11. 1919 — zeugte von der Verbreitung der anarchistischen Gedanken in Holland: über 300 Vereine und Gruppen waren vertreten; mehr als 12 000 Menschen folgten dem Sarge.

4. Die Romanen.

Der Vater des französischen Anarchismus ist Pierre Josephe Proudhon. Geboren am 15. Januar 1809 in Besançon als Sohn eines Böttchers, wurde er Schriftsetzer, studierte dann mit Hilfe eines Stipendiums Philosophie und Volkswirtschaft, verlor diese Unterstützung aber, als er 1840 auf eine Preisaufgabe in seiner Schrift: „Was ist Eigentum?" folgende Antwort gab:

> Wenn ich auf die Frage: „Was ist die Knechtschaft? antworte: „Sie ist Mord!", so würde man meinen Gedanken sogleich verstehen. Warum also kann ich auf

die Frage: „Was ist Eigentum?“ nicht ebenso antworten: „Es ist Diebstahl“, ohne allgemein unverstanden zu bleiben? . . . .

Nur ein Tausch, bei dem das, was hingegeben, und das, was empfangen wird, sich entspricht, verdiene gerecht und frei genannt zu werden. Denn nur unter dem Druck von Gewalt oder Betrug werde sich jemand dazu verstehen, Wertvolles gegen Wertloses einzutauschen. Dieser Satz gelte auch für das Tauschgeschäft zwischen Arbeiter und Unternehmer, bei dem Arbeitskraft gegen Lohn getauscht wird. Wäre dieses Tauschgeschäft ein gerechtes, so müßte der gezahlte Lohn der geleisteten Arbeit an Wert voll entsprechen und auf jeden Beteiligten, einerlei ob Unternehmer oder Arbeiter, nach Abzug des zur Produktion aufgewendeten Kapitals ein gleicher Anteil des Produkts entfallen. Das aber ist nicht der Fall, und das Eigentum, d. h. das Recht des Gebrauchs und Mißbrauchs an den Produktionsmitteln, ist es, das dieses ungerechte und unfreie Verhältnis ermöglicht. Aber Proudhon ist überzeugt, daß die von ihm gebrachte Erkenntnis dieser Zusammenhänge auch die Wandlung der Verhältnisse bringen werde:

> Das Eigentum ist besiegt; es wird sich niemals wieder erheben. Überall, wo dies Buch gelesen und darüber gesprochen wird, da wird ein Todeskeim für das Eigentum gepflanzt werden; dort werden früher oder später das Vorrecht und die Knechtschaft verschwinden!

Es handelt sich für Proudhon hierbei nicht um ein moralisches, sondern um ein ökonomisches Übel. Der Begriff des „Eigentums“ schließt eben die Möglichkeit des Gebrauchs und des Mißbrauchs ein. In der Möglichkeit des Mißbrauchs liegt die Ursache aller Not. Der Begriff des „Besitzes“ dagegen schließe die Möglichkeit des Mißbrauchs aus. Er gestatte nur den Gebrauch. Der Begriff des Besitzes muß deshalb dem des Eigentums entgegengesetzt werden:

> Der persönliche Besitz ist die Bedingung des gesellschaftlichen Lebens. Fünftausend Jahre des Eigentums beweisen: das Eigentum ist der Selbstmord der Ge-

sellschaft. Der Besitz ist rechtlich; das Eigentum ist widerrechtlich. Unterdrückt das Eigentum und erhaltet so den Besitz; und durch diese einzige Änderung werdet ihr alles in den Gesetzen, der Regierung, der Ökonomie, den Institutionen umändern: Ihr verjagt das Übel von der Erde.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann kann jeder seinen Neigungen folgen, arbeiten, was, wann und soviel er will, und der wichtigste Grundsatz der freien Gesellschaft ist verwirklicht. Dieser Grundsatz verträgt aber das Walten keiner Regierung. Darum prägt auch schon in diesem seinem Erstlingswerk Proudhon den Namen „Anarchist":

> Welcher Regierungsform sollen wir den Vorzug geben?
>
> Können Sie danach fragen? antwortet mir wohl einer meiner jüngeren Leser. Sie sind Republikaner!
>
> Republikaner! gewiß; aber dies Wort ist zu unbestimmt. Res publica bedeutet die Sache der Gesamtheit. Wer also, gleichviel unter welcher Regierungsform, die Sache der Gesamtheit will, kann sich Republikaner nennen.
>
> So sind Sie wohl Demokrat? — Nein!
>
> Wie, Sie sollten etwa gar Monarchist sein? — Nein.
>
> Liberaler? — Gott soll mich bewahren!
>
> Also Aristokrat? — Keineswegs.
>
> Sie wollen wohl eine gemischte Regierung? Noch weniger.
>
> Ja, was sind Sie denn eigentlich? — Ich bin Anarchist.

In seinen „Bekenntnissen eines Revolutionärs" 1850 erklärt er im Gegensatz zu den kommunistischen Parteien:

> Alle Parteien ohne Ausnahme sind, sobald sie nach der Gewalt streben, nur besondere Formen des Absolutismus, und es wird keine Freiheit für den Bürger, keine Ordnung in der Gesellschaft, keine Einigkeit unter den Arbeitern geben, bevor nicht in unserm politischen Katechismus der Verzicht auf die Autorität an die Stelle des Autoritätsglaubens getreten ist.
>
> Keine Parteien mehr,
> Keine Autorität mehr,
> Unbedingte Freiheit des Menschen und Bürgers:
>
> diese drei Worte enthalten mein politisches und soziales Glaubensbekenntnis!

1848 wurde er Mitglied der Nationalversammlung. Allerdings war die Annahme des Mandats eigentlich schon ein Verstoß gegen seine Grundsätze. Als die neue Verfassung nach siebenmonatiger Beratung zur Abstimmung stand, erklärte er: „Ich stimme gegen die Verfassung, nicht weil sie schlecht, sondern weil sie eine Verfassung ist."

Er war Gegner der kommunistischen Versuche, wie sie nach dem Vorschlage von Louis Blanc (29.10.1811—6.12.1882), wenn auch nicht ganz ehrlich, namentlich in der Einrichtung der sogenannten Nationalwerkstätten ausgeführt wurden.

Diese Werkstätten, die das „Recht auf Arbeit" verwirklichen sollten, wurden bald einfach Unterstützungsmittel für Unfähige und Faule, so daß sie nach kurzer Zeit unter allgemeiner Zustimmung aufgehoben wurden. Proudhon gießt über diese Versuche die Schale seines Spottes:

> Ihr standet vor dem Kapital und wußtet nicht, wie ihr es fassen solltet! Ihr standet davor wie eine blutgierige Meute von Hunden vor einem Stachelschwein!

Um die Arbeiter in Stand zu setzen, im wahrhaft freien Tausch den ganzen Gegenwert ihrer Arbeitsprodukte zu erhalten, sei es nötig, daß nur Produkte von gleichem Wert gegeneinander ausgetauscht werden. Gleichen Wert aber haben die Produkte, wenn sie in der gleichen Zeit mit dem gleichen Aufwand von Kräften hergestellt werden. Dieser gleiche Wert würde sich von selbst einstellen, wenn es erst den völlig freien Austausch gibt. Darum hat er in seinem „System der ökonomischen Widersprüche" oder „Philosophie des Elends" 1846 den Privatkredit, der den „freien Tausch zugunsten der Eigentümer" stetig fälsche, als Ursache aller Not hingestellt:

> Der Kredit ist heuchlerisch wie die Steuer, räuberisch wie das Monopol, ein Mittel der Knechtschaft, wie die Maschinen. ... Welche Maske er aber auch vornehme: Frömmigkeit, Arbeit, Fortschritt, Genossenschaft, Menschenliebe — der Kredit ist Dieb und Mörder, Anfang, Mitte und Ende der industriellen Herrschaft. Der Gesetzgeber der Hebräer hatte alle diese Tiefen erforscht, als er seinem Volke empfahl, anderen Völkern Kredit

zu geben, ihn aber nie von ihnen anzunehmen, und als er ihm unter dieser Bedingung die Herrschaft und das Reich versprach:

„So du den andern Völkern Kredit gibst und selbst nicht leihst, wirst du über alle Völker herrschen, und niemand wird dein Herr sein" (5. Buch Mose 15, 6).

Die Juden haben gegen dieses Gebot nicht gesündigt. Sie, die Jehova so oft untreu geworden, blieben dem Mammon immer treu. Und heute kann man sehen, ob Mosis Versprechen sich erfüllt hat.

Als 1848 und 49 die Revolution die Tore für alle Neugestaltungen geöffnet hatte, beschloß er, durch ein großes Beispiel die Wahrheit seiner Gedanken zu beweisen. Im „Volk" („le Peuple") brachte er vom 19. Februar bis 19. März 1849 eine Reihe von Aufsätzen: „Theoretische und praktische Darstellung des Sozialismus oder die Revolution durch den Kredit", in denen er den Plan einer Volksbank entwickelte, die zinslos (nur 1% Gebühr wurde gefordert) für gelieferte Waren sogenannte Tauschnoten ausgab, die von allen Mitgliedern der Bank als bares Geld genommen werden mußten. Diese Tauschbank sollte der Hebel werden, der die Welt in allen Beziehungen aus den Angeln heben sollte. Also beginnt er seine Aufsätze, die zugleich „eine Anleitung für die Zeichner und Aktionäre der Volksbank" sein sollten:

Ich gehe an ein Unternehmen, das seinesgleichen *nie hatte* und *nie haben wird*.

Ich will die *Grundlage* der Gesellschaft ändern, will die *Achse der Zivilisation* an andere Stelle rücken!

Dazu ist nur nötig, daß die Beziehungen der Arbeit und des Kapitals dergestalt umgedreht werden, daß die erste, die immer gehorcht hat, von jetzt an befiehlt, und daß das zweite, das immer befohlen hat, nun gehorcht.

Ich nehme mir also vor, und das werden die unweigerlichen, unwiderstehlichen Folgen dieser Umkehrung zweier wirtschaftlicher Gedanken sein, eine neue Ordnung zu schaffen,

wo die Arbeit, die bisher mehr angeboten als begehrt war, in Zukunft mehr begehrt als angeboten sein wird —

wo der Kredit, der sich jetzt bezahlen läßt, sich umsonst gibt —

wo der Markt, der bisher nie genügte, unersättlich sein wird —

wo die Teilung der Arbeit, die unter der Herrschaft der alten politischen Ökonomie den Arbeiter entnervt, entsittlicht und verdummt, dauernd seine Kraft, seine Würde und seinen Verstand heben wird —

wo die Konkurrenz, die heute an der Unterdrückung des Schwachen schuld ist, seine Kraft und Bürgschaft sein wird —

wo die öffentlichen Ämter, die unaufhörlich zu vermehren zum Wesen der alten Gesellschaft gehört, an Zahl immer mehr abnehmen und keine Steuern mehr erfordern werden!

Ich habe mir zum Stützpunkt das Nichts und zum Hebel den Gedanken genommen! Damit hat der göttliche Arbeitsmann die Welt der Natur geschaffen; damit geschah die erste Schöpfung Himmels und der Erde. Damit muß der Mensch, der ewige Nebenbuhler Gottes, die Welt der Industrie und der Kunst schaffen, die zweite Schöpfung des Weltalls!

Proudhon will durch seine Tauschbank „das Königtum des Goldes beseitigen" und „das Geld republikanisieren, indem man aus jedem Arbeitsprodukt bares Geld macht". Er lehnt deshalb jeden Vergleich seiner Tauschbankwechsel auch mit dem bisherigen Papiergeld ab, das nur ein „Ersatz für den abwesenden Gott", das Gold ist und „nur eine Huldigung, die man dem Metall darbringt".

Fassen wir die Sache an der Wurzel an:

Jeder weiß, was ein Wechsel ist: der Gläubiger fordert den Schuldner auf, an ihn oder seine Ordre, in dem und dem Domizil, da und da, dann und dann, die und die Summe zu zahlen.

Oder aber es handelt sich um einen Eigenwechsel, wo die Sache umgekehrt ist; der Schuldner verspricht dem Gläubiger, dann und dann usw. zu zahlen.

Der Wechsel, sagt das Gesetz, wird von einem Platz auf einen anderen gezogen. — Er trägt ein Datum. — Er enthält: die Summe, die zu zahlen ist, den Namen dessen, der zahlen soll, den Zeitpunkt und den Ort, wo die Zahlung vor sich gehen soll; ob der Wert in barem Gelde, in Waren, in Rechnung oder sonst irgendwie zu stellen ist. —

Der Wechsel setzt also Tausch, Deckung und Akzept voraus, d. h. den vom Aussteller geschaffenen und gelieferten Wert, bei dem Bezogenen das Vorhandensein von Mitteln zur Einlösung und das Versprechen der Einlösung. Wenn der Wechsel mit all diesen Formalitäten versehen ist; wenn er den Wechselstempel trägt; wenn er eine wirkliche und effektuierte Leistung, eine gelieferte Ware repräsentiert; wenn der Aussteller und der Bezogene bekannt und zahlungsfähig sind, wenn er mit einem Wort alle Bedingungen erfüllt, die die Vollziehung der Verpflichtung verbürgen können, so wird er als gut betrachtet; er zirkuliert im Handel als Bankpapier, als Geld. Niemand trägt etwa mit der Behauptung, ein Wechsel sei nur ein Stück Papier, Anstand, ihn zu nehmen. Nur muß zum Schluß des Geschäfts der Wechsel, wenn er am Ziel angelangt ist, gegen Geld umgetauscht werden, ehe er vernichtet wird, und muß darum dem Geld eine Art Lehnsabgabe zahlen, die man Diskont nennt.

Was den Wechsel im allgemeinen unsicher macht, das ist eben dieses Versprechen der schließlichen Einlösung mit Geld; so daß das Geld wie ein verderbliches Königtum auch noch den Wechsel ansteckt und ihm seine Sicherheit nimmt.

Die ganze Frage des Umlaufs besteht nun darin, den Wechsel zu verallgemeinern, das heißt, ihn in ein namenloses Wertpapier zu verwandeln, das unaufhörlich getauscht und bei Sicht einzulösen ist, aber nur mit Waren und Leistungen ...

Darin liegt die Zukunft der Revolution, das Heil der Republik.

Wie die praktische Wirksamkeit dieser Bank gedacht war, geht aus folgendem Beispiel hervor. Ein Mitglied A erhält von der Bank eine Summe in Noten ausgezahlt. Damit kauft er bei dem Mitglied B Waren ein, die er in seinem Geschäft weiter verarbeiten will. Sein Geschäft hat den erwarteten Erfolg, und er kann seine Erzeugnisse an die Mitglieder C, D, E usw. verkaufen. Die von diesen erhaltenen Noten gibt er, soweit es zur Begleichung seiner Schuld erforderlich ist, an die Bank zurück und ist seiner Verpflichtungen gegen diese enthoben.

Die Volksbank sollte die Revolution von 1848 vollenden:

Die Revolution von 1848 ist wirtschaftlich. Diese Revolution in der Wirtschaft der Gesellschaft besteht in der Anerkennung und Verwirklichung des Rechts auf Arbeit!

Das Recht auf Arbeit ist das Recht auf Kredit.

Da das Recht auf Arbeit und auf Kredit um der Gegenseitigkeit willen die Pflicht zur Arbeit und zum Kredit in sich schließt, ist der Kredit gegenseitig.

Wenn der Kredit gegenseitig ist, ist er unentgeltlich; denn da infolge der Gegenseitigkeit alle Geschäfte als Bargeschäfte wirken, ist der Kredit eine Form des Tausches.

Da nun der Tausch Miete oder Zins fürs Kapital ausschließt, gibt es künstliche und widerspruchsvolle Unterscheidung zwischen Gläubiger und Schuldner, zwischen Kapitalisten und Arbeiter nicht mehr; fünf Milliarden jährlicher Abgabe, die die Arbeit dem Kapital bei einer Gesamtproduktion von neun bis zehn Milliarden zahlt, sind abgeschafft!

Der Plan dieser „praktischen" Arbeit erregte ungeheures Aufsehen, weit über Frankreich hinaus. Der junge Ludwig Bamberger widmete ihm z. B. in seinem Mainzer Blatt fünf Leitaufsätze. In Paris drängte sich die Menge hoffnungsfroh zur Zeichnung von Anteilscheinen.

Schon hatten sich etwa 20 000 Teilnehmer zu dieser Bank gemeldet, da wurde dem Versuche durch die Verhaftung Proudhons ein schnelles Ende bereitet. Er wurde wegen seiner Angriffe auf den Präsidenten Napoleon zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Seine Gegner behaupteten, er hätte diese Verurteilung erzwungen, weil er sich so am besten der Durchführung seines Volksbank-Planes entziehen konnte — doch ist natürlich darüber keinerlei Urteil möglich.

Das zweite Kaiserreich brachte zunächst eine Blüte von Handel und Industrie, die dem Gedanken sozialer Umwälzung jeden Boden zu entziehen schien. Da beginnt Proudhon den zweiten Teil seiner Wirksamkeit. Er ist jetzt überzeugt, daß nur in langsamer Entwicklung das Ziel erreicht werden kann. Mit unverwüstlicher Zuversicht sieht er in allen Erscheinungen nur Vorboten seines Zieles. So schreibt er in seinem Tagebuch:

15. Mai 1853. — Die Entwürfe für Banken und Kreditanstalten aller Art wachsen wie Pilze aus der Erde.

Man arbeitet daran, nicht nur Transporte, sondern den Tausch und alles Mögliche zu versichern. — In der Tat schafft sich das Bürgertum, dem es seit 1789 an wirtschaftlichen Garantien fehlte, jetzt Tag für Tag solche von Bedeutung . . . Das Bürgertum ist Herr! . . . Es steht an der Spitze und Leitung der Gesellschaft.

Aber dieses Reich kann nur dann von Dauer sein, wenn die untere Klasse mehr und mehr darin eintritt; dann ist die Anarchie da.

Wenn der Handelsdiskont ¼% beträgt;

Der Hypothekenkredit einschließlich Tilgung in 25 Jahren 1%;

Der landwirtschaftliche Kredit 5% Dividende;

Die Grundrente immer tiefer sinkt und allmählich von der Aufteilung der Ländereien aufgewogen wird;

Wenn die Miete der Häuser ein einfacher Tausch geworden ist;

Wenn der Preis aller Dienstleistungen von ordentlichen Gesellschaften gewährleistet ist:

Dann wird die Gesellschaft in allen Erschütterungen unerschütterlich sein; der wichtigste Teil des sozialen Programms wird durchgeführt sein, und wodurch?

. . . Durch den Kredit.

Alles übrige wird Kinderspiel sein!

Die Einführung seiner neuen Ordnung erwartete Proudhon von der Macht der Propaganda, die, friedlich oder gewaltsam, zum Ziele führen müsse:

Sind die Gedanken aufgestanden, so stehen die Pflastersteine von selbst auf, wenn anders die Regierung nicht vernünftig genug ist, sie nicht abzuwarten. Ist das nicht der Fall, so hilft alles nichts.

Später hat Proudhon übrigens selber erklärt, die volle Anarchie stelle ein unerreichbares Hochziel dar, die richtige Regierungsform sei ein freier Bund selbständiger Gemeinden.

Proudhon ist am 19. Januar 1865 in Passy bei Paris gestorben.

Die eifrigsten Vertreter anarchistischer Gedanken in der romanischen Welt sind nach ihm das berühmte Brüderpaar Elie und Elisée Reclus. Ihr Vater war ein hugenottischer Geistlicher, ihre Mutter eine Verwandte des Herzogs von Caze. Sie verzichteten auf das Leben in der großen Welt und widmeten ihr Leben dem Dienste Gottes und der Armen. Der ältere der beiden Brüder war ein bedeutender anthropologischer Forscher, der unter der Kommune viel getan hat, um die unersetzlichen Schätze der Nationalbibliothek und des Louvre zu retten; der jüngere (15. März 1830 bis 4. Juli 1905) wurde namentlich durch seine großen Werke: „Universalgeographie" und „Der Mensch und die Erde", ein Geograph von Weltruf. Er lehrte an der „Freien Hochschule" in Brüssel. Die goldenen Medaillen der gelehrten Gesellschaften, die er zahlreich erhielt, ließ er einschmelzen und für Zwecke der Nächstenliebe und zur Verbreitung seiner Gedanken verwenden. Als ihm bewiesen wurde, daß man auch ohne Fleischnahrung leben könne, wurde er Vegetarier, um nicht dazu beizutragen, daß auch nur das kleinste Lebewesen um seinetwillen geopfert würde. Die Liebe zu allem Lebendigen läßt ihn erhoffen, daß die Gerechtigkeit, die die Anarchie bringe, nicht nur den ewigen Frieden unter den Menschen, sondern auch zwischen Menschen und Tieren bringen werde. So läßt er seine „Große Familie" ausklingen:

> Wenn über unsere Zivilisation, die so grausam individualistisch ist, die die Welt in so viele feindliche kleine Lager teilt, als es getrennte Besitztümer und Haushalte gibt, der letzte Zusammenbruch erklärt worden ist und für die Rettung des Gemeinwesens nichts anderes mehr übrig bleibt, als die Zuflucht zur gegenseitigen Hilfe; wenn an die Stelle der Sucht nach Reichtum die Sucht nach Freundschaft getreten ist, und wenn gerade dadurch allein das Auskommen gesichert ist; und wenn die Begeisterung der Naturforscher uns alles Reizende, Liebenswürdige, Menschliche und oft mehr als Menschliche in der Natur der Tiere enthüllt hat — dann werden wir uns an all die Tiergattungen erinnern, die wir auf unserem Weg des Fortschritts zurückgelassen haben, und werden uns Mühe geben, aus ihnen nicht Diener oder Maschinen, sondern wahrhafte

Gefährten zu machen. Die Erforschung des primitiven Menschen hat in besonderem Maße zu unserm Verständnis des Gesetzes- und Ordnungsmenschen unserer Tage beigetragen. Die Bräuche der Tiere werden uns helfen, tiefer in die Wissenschaft des Lebens einzudringen; sie werden in gleicher Weise unsere Kenntnis der Welt wie unsere Liebe vermehren. Lasset uns den Tag herbeisehnen, wo das Reh aus dem Walde tritt, um zu uns zu kommen und mit dem Blick seiner dunkeln Augen unsere Zärtlichkeit zu gewinnen . . .

5. Die Slawen.

Die Feldzüge gegen Napoleon hatten der russischen Bildungsschicht die freiheitlichen Gedanken Westeuropas nahe gebracht. Der Aufstandsversuch der „Dezembristen" vom 14. Dezember 1825 war die erste Frucht dieser Saat. Kaiser Nikolaus ließ, obwohl die Todesstrafe in Rußland seit Jahrzehnten nicht mehr üblich war, die Führer der Verschwörung hinrichten.

Diese Härte brachte einen 14jährigen Knaben zu dem Gelübde, dem Kampfe für die Freiheit sein Leben zu weihen: Alexander Herzen (25. März 1812 bis 21. Januar 1870), der Sohn eines russischen Fürsten und einer schwäbischen Mutter. Er hat später von London durch seine „Glocke" und seinen „Polarstern" großen Einfluß auf die gebildete Jugend Rußlands gewonnen; denn er schrieb, um ein Wort Turgenjews zu gebrauchen, „mit Tränen und Blut". Seine Zeitschriften wurden auch am kaiserlichen Hof gelesen, und ihr Kampf gegen die Leibeigenschaft blieb nicht ohne Erfolg. „Im November 1857", erzählt Fürst Krapotkin in seinen „Memoiren", „erschien der berühmte Erlaß an den Gouverneur der litauischen Provinzen, worin des Kaisers Absicht angekündigt wurde, die Leibeigenschaft aufzuheben, und mit Tränen in den Augen lasen wir Herzens großen Aufsatz: „Du hast gesiegt, Galiläer!" Die Londoner Flüchtlinge erklärten darin, sie würden Alexander II. nicht mehr bekämpfen, sondern ihn in dem großen Befreiungswerk unterstützen."

Herzen hat in seinen „Erinnerungen" (I, 18) einmal

als geistige Väter des neuen Rußlands einen Deutschen und einen Franzosen bezeichnet:

> Ich bin der Ansicht, daß der, welcher Hegels „Phänomenologie des Geistes" nicht erlebt und Proudhons „Ökonomische Widersprüche" nicht durchdacht hat, der nicht durch dieses härtende und reinigende Feuer hindurchgegangen ist, kein voller, kein moderner Mensch ist.

Und er zeigt zugleich, wie die Slawen über Proudhon hinauszugehen entschlossen waren („Erinnerungen" II, 30):

> Es gibt in Proudhons Wesen etwas, was man eine abgestoßene Ecke nennen könnte; hier ist die Grenze seiner Persönlichkeit; jenseits von ihr ist er ein Mensch der Tradition. Ich meine seine Ansicht über die Familie und die Bedeutung der Frau im allgemeinen. „Wie glücklich ist doch unser N.", pflegte Proudhon scherzend zu sagen, „seine Frau ist nicht so dumm, daß sie nicht ein gutes Mittagessen bereiten könnte, und nicht so klug, um über seine Aufsätze zu reden. Das ist alles, was man zum häuslichen Glücke braucht."
>
> In diesem Scherz hat Proudhon die eigentliche Grundlage seiner Ansicht über die Frau zum Ausdruck gebracht.

Herzen denkt folgerichtig genug, um zu erkennen, daß der Begriff der Gerechtigkeit, auf dem Proudhon seine Lehre aufbaut, ohne jede zwingende Kraft ist („Erinnerungen" II, 30):

> Der Mensch muß arbeiten, bis die Hand hinsiecht, und der Sohn wird den Hobel oder den Hammer aus der erkaltenden Hand des Vaters nehmen und in der unermüdlichen Arbeit des Vaters fortfahren. Wie aber, wenn sich in der Reihe der Söhne einer findet, der den Meißel hinlegt und fragt: „Wozu quälen wir uns eigentlich so ab?" „Damit die Gerechtigkeit triumphiere," versetzt Proudhon. Der neue Kain aber antwortet ihm: „Wer hat mir denn den Auftrag gegeben, für den Triumph der Gerechtigkeit zu kämpfen?" „Wie? — Wer? Ist nicht dein ganzer Beruf, dein ganzes Leben eine Verkörperung der Gerechtigkeit?" „Wer aber hat mir dies Ziel gesteckt?" erwidert ihm Kain, „die Gerechtigkeit ist gar nicht mein Beruf. Ihr wollt mich in der Sklaverei erhalten; ich aber empöre mich gegen euch und gegen eure Maße, wie ihr euer ganzes Leben Aufrührer waret gegen das Kapital, die Bajo-

nette, die Kirche! Oder glaubt ihr, daß ich nach dem Sturm der Bastille, nach dem Terror, nach dem Krieg und der Hungersnot, nach dem Bürgerkönig und der Bürgerrepublik noch daran glauben kann, daß Romeo kein Recht hatte, Julia zu lieben, weil die alten Toren Montecchi und Capuletti (feindliche Geschlechter in Shakespeares „Romeo und Julia") ihren uralten Hader nicht vergessen konnten?"

Wir aber würden Kain mit unserer Dialektik zu Hilfe kommen und hinzufügen: daß der ganze Begriff des Zwecks bei Proudhon eine Inkonsequenz ist.

Herzen denkt den Hegelschen Entwicklungsweg vom Kampf der Gegensätze durch, rücksichtslos für die Gegenwart; aber er sieht dasselbe Gesetz auch schon wirken in den Gebilden, die sich den heutigen Kämpfen zu entringen scheinen. Nach den Erfahrungen von 1848 schreibt er 1850 sein Buch „Vom andern Ufer", in dem er den russischen Bauern als den Träger der erstrebten Wirtschaftsordnung, des Kommunismus, verkündet. Aber auch von diesem Ideal spricht er nur mit einem spöttischen Unterton. So läßt er in diesem Buche einen Gegner voll Hohn sagen:

„Nach Entäußerung jeglicher Ideale schufen Sie sich einen neuen Götzen: kein goldenes Kalb allerdings, aber einen (Bauern-) Schafpelz, vor dem Sie sich neigen und rufen: „Du absoluter Schafpelz, du Schafpelz der Zukunft, du kommunistischer, du sozialer Schafpelz!"

Herzen sieht neue Revolutionen kommen „im Brand des Wahnsinns, des Hasses und der Rache"; aber es muß sein, damit die alte Welt untergehe, welche den neuen Menschen an seinem Werden hindert:

Und deswegen lebe das Chaos und die Vernichtung! Platz der Zukunft! Wir wollen die Henker der Vergangenheit sein....

Es beginnt ein neuer Kreislauf der Ereignisse — der dritte Band der Weltgeschichte. Ihr Grundton ist jetzt schon leicht zu enträtseln. Am hellsten klingen die sozialen Ideen — und der Sozialismus erschöpft sich in allen seinen Stufen bis zu den äußersten Folgerungen, ja bis zum Widersinn. Da entringt sich der Titanenbrust der revolutionären

Minderheit abermals ein Schrei der Negation — und abermals entbrennt ein Kampf auf Tod und Leben, in dem der Sozialismus die Stelle des heutigen Konservatismus einnehmen und durch eine zukünftige, uns unbekannte Revolution besiegt werden wird.

In engster persönlicher Verbindung mit Herzen und Proudhon stand Michael Alexandrowitsch Bakunin. Geboren am 8. Mai 1814 im Dorfe Prjamuchino im Bezirk Twer als Sohn einer angesehenen adligen Familie, wurde er zunächst Artillerieoffizier. Schon mit 20 Jahren bestimmte ihn die Langeweile des Dienstes, seinen Abschied zu nehmen. Er trieb Studien, die er 1840 in Berlin vollenden wollte. 1842 schrieb er in Ruge's „Deutschen Jahrbüchern" einen Aufsatz „Die Reaktion in Deutschland", der schon den Revolutionär aus Grundsatz erkennen läßt. Die Abhandlung schließt:

Die Luft ist schwül; sie ist schwanger von Stürmen, und darum rufen wir unseren verblendeten Brüdern zu: „Tut Buße; denn das Reich ist nahe!" . . .

Laßt uns also dem ewigen Geiste vertrauen, der nur deshalb zerstört und vernichtet, weil er der unergründliche und ewigschaffende Quell alles Lebens ist. Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust.

Bald darauf ging Bakunin in die Schweiz, wo sein Name in Verbindung mit den Umtrieben Weitlings genannt wurde. Die russische Regierung forderte ihn auf, sofort zurückzukehren. Er ging jedoch nach Paris und traf dort Marx, mit dem er sich aber nicht verständigen konnte. 1847 aus Paris ausgewiesen, kehrte er beim Ausbruche der Februar-Revolution sofort dahin zurück. Welchen Einfluß er hatte, zeigt das Wort des Barrikadenpräfekten Cossidière, der zu sagen pflegte:

Welch ein Mann! Am ersten Tag der Revolution ist er ein Schatz; aber am zweiten muß man ihn einfach erschießen.

Inzwischen hatte sich Bakunin bereits zu der Anschauung durchgerungen, daß jede Ordnung vom Übel sei:

Wenn man sich aufrichtig fragen wollte, so müßte ein jeder gestehen, daß er eigentlich gar kein Interesse mehr oder

nur ein gezwungenes, eingebildetes für diese alten Formen (des parlamentarischen Lebens) hat. Ich glaube nicht an Verfassungen und Gesetze. Die beste Verfassung würde mich nicht befriedigen. Wir brauchen etwas anderes: Sturm und Leben und eine neue gesetzlose und darum freie Welt.

Bakunin eilte nach Deutschland, um dort an den revolutionären Bewegungen teilzunehmen. Im sächsischen Aufstand von 1849 wurde er nach der Unterwerfung Dresdens gefangen und zum Tode verurteilt. Vor der Vollstreckung des Urteils wurde er aber auf Verlangen an Österreich ausgeliefert. Dort wurde er gleichfalls zum Tode verurteilt. Nachdem er zwei Jahre in einem Gefängnis an einer Kette an die Mauer gefesselt gewesen war, wurde er nach Rußland ausgeliefert, wo er sechs Jahre lang in der furchtbaren Peter-Pauls-Festung gefangen saß. Als er nach dem Tode Nikolaus' I. nach Sibirien verbannt wurde, hatte die achtjährige Haft den willensstarken Mann weder am Leibe noch am Geiste geschädigt. Es gelang Bakunin, aus Sibirien, wo sein Vetter Statthalter war, zu entfliehen. Er führte ein ruheloses Wanderleben, wobei er unermüdlich für seine anarchistischen Gedanken wirkte. Schon im Jahre 1868 hatte er in der „Internationale" den Erfolg, daß sich eine „Internationale Allianz der sozialistischen Demokratie" bildete, die seine Lehren als die maßgebenden anerkannte. Es war ein Verband öffentlicher Vereine, der von einem Geheimbund unter Bakunins Leitung geführt wurde. Seine Kämpfe mit Marx führten 1872 zu einer Spaltung der „Internationale", bei der die Gruppen im Jura, in Italien, Spanien und Belgien im wesentlichen Bakunin zustimmten. Im September 1870 versuchte er in Lyon einen Aufstand, der aber mit Leichtigkeit niedergeschlagen wurde. Er starb am 1. Juli 1876 im Krankenhaus zu Bern, nachdem er zuletzt jede Aufnahme von Nahrung verweigert hatte.

Ein Schüler Bakunins war Sergius Netschajew, der 1846 in Petersburg als Sohn eines Hofbediensteten geboren war. Schon im Alter von 19 Jahren als Schüler der Ackerbauakademie in Moskau gründete er den ersten Verschwörerklub.

Er blieb die Seele aller nihilistischen Geheimbündelei und wurde von Bakunin mit der Werbearbeit in Rußland betraut.

In einem Aufruf an die russischen Studenten gab Netschajew das Schlagwort aus, das großen Widerhall fand:

> Verlasset bald diese dem Untergang geweihte Welt, diese Universitäten, Akademien und Schulen, in welchen man bestrebt war, euch vom Volk zu trennen: Geht ins Volk!

Es sollten alle unter den russischen Bauern vorhandenen, hier und da schon in örtlichen Revolten aufgeflackerten Unzufriedenheiten gesammelt und zu einer „wohlüberlegten und unerbittlichen Volksrevolution" zusammengefaßt werden. Deshalb rief Netschajew auch alle Räuber außer den Bauern zum Umsturz auf, wobei er in allem Ernste das Räubertum als eine der ehrenhaftesten Formen des russischen Volkslebens erklärte.

Die Aufgaben des Revolutionärs beschrieb er in seinem „Katechismus der Revolution", der auch für den westeuropäischen Anarchismus von großer Bedeutung geworden ist. Hier ersteigt sein Fanatismus den Gipfel:

> Ein Revolutionär verzichtet auf die Wissenschaft der heutigen Welt, die er den zukünftigen Geschlechtern überläßt. Er kennt nur eine Wissenschaft: die Zerstörung. Hierzu und nur hierzu studiert er Mechanik, Physik, Chemie und vielleicht Medizin. Zu demselben Zwecke studiert er Tag und Nacht die lebendige Wissenschaft — die Menschen, Charaktere, Verhältnisse, sowie alle Bedingungen der gegenwärtigen sozialen Ordnung auf allen möglichen Gebieten. Der Zweck ist die schnellste und sicherste Zerstörung dieser unsittigen Weltordnung!
>
> Er verachtet und haßt die gegenwärtige gesellschaftliche Moral in allen ihren Antrieben und allen ihren Kundgebungen. Für ihn ist alles sittlich, was den Sieg des Umsturzes begünstigt, alles unsittlich und verbrecherisch, was ihn hemmt!

1872 wurde er an Rußland ausgeliefert, weil er einen seiner Freunde in der Befürchtung, er könne zum Verräter werden, erschossen hatte. Er ist in einem russischen Kerker verschwunden.

Neben Bakunin, aber ihn an wissenschaftlicher Bildung weit überragend, steht Fürst Peter Kropotkin aus dem alten

Herrschergeschlecht der Ruriks. Er wurde am 9. Dezember 1842 in Moskau geboren. Schon früh lernte er bei seiner Tante, der Fürstin Mirski, die revolutionäre Literatur kennen („Memoiren eines Revolutionärs" I, 126):

> Der große Flüchtling Herzen hatte soeben in London seinen „Polarstern" herauszugeben begonnen, der Rußland bis in die Hofkreise hinein in Erregung versetzte . . . Fast anbetend schaute ich auf das dem Umschlag des „Polarsterns" aufgedruckte Rundbild, das die edlen Züge der fünf „Dezembristen" aufwies, die Nikolaus hatte hängen lassen.

Krapotkin wurde Kammerpage des Kaisers, dann Offizier. Daneben widmete er sich mit großem Erfolge geographischen und geologischen Studien. In der Geographischen Gesellschaft in Petersburg bekleidete er das Amt des Sekretärs ihrer Gruppe für physikalische Geographie. Als sie ihn auf Grund seiner wissenschaftlichen Verdienste zum Sekretär der Gesamtgesellschaft wählte, lehnte er ab, weil er immer mehr von dem Gedanken ergriffen wurde, daß alle Wissenschaft wenig für die Menschheit bedeute, solange sie das Vorrecht weniger Besitzender sei, daß vielmehr die Aufgabe unserer Zeit darin liege, zunächst dem ganzen Volke Brot, Bildung und Freiheit zu bringen.

Auf einer Reise nach der Schweiz 1872 trat er in Beziehungen zu der „Internationalen". Bakunin selbst sah er nicht. Aber die von ihm beeinflußten Uhrmacher im Jura übten einen bestimmenden Einfluß auf ihn aus. Er erzählt („Memoiren eines Revolutionärs" II. Bd., Kap. 5):

> Die theoretische Ausbildung des Anarchismus, wie sie damals innerhalb des Jurabundes unter dem Einfluß Bakunins allmählich erfolgte, die Kritik des Staatssozialismus, die Besorgnis vor einem den bloßen politischen Despotismus an Gefährlichkeit weit überragenden wirtschaftlichen Despotismus, die ich dort formulieren hörte, und der revolutionäre Charakter der Agitation übten auf mich wegen ihres theoretischen Wertes sicher einen großen Eindruck aus. Aber die Grundsätze der Gleichheit, die ich im Jura herrschend fand, die Unabhängigkeit im Denken und im Gedankenausdruck, wie sie sich nach meiner Wahrnehmung unter den dortigen Arbeitern ent-

wickelte, und ihre grenzenlose Hingabe an die gemeinsame Sache, machten auf meine Gefühle einen noch stärkeren Eindruck. Als ich die Uhrmacher des Jura, nachdem ich etwa 12 Tage unter ihnen geweilt hatte, verließ, standen meine sozialistischen Anschauungen fest: ich war Anarchist.

Nach Rußland zurückgekehrt, trat er dem Tschaikowskykreise bei, der sich namentlich damit beschäftigte, heimlich kommunistisches und anarchistisches Schrifttum zu verbreiten. Unter einem angenommenen Namen sprach er auch oft in Arbeiterversammlungen, besonders bei den Webern („Memoiren" II, 8):

> Oft genug nahm ich, wenn ich von einem Diner in einem vornehmen Hause oder auch im Winterpalast, wo ich manchmal einen Freund besuchte, kam, eine Droschke, fuhr schnell zu einem armen Studenten in einer entfernten Vorstadt, vertauschte meine feine Kleidung mit einem baumwollenen Hemd, Bauernstiefeln und Schafspelz und machte mich so auf den Weg zu irgendeiner Winkelkneipe, um dort meine Arbeiterfreunde zu finden. Wenn ich ihnen dann von der Arbeiterbewegung, deren Zeuge ich im Auslande gewesen war, erzählte, lauschten sie mit gespanntester Aufmerksamkeit und ließen sich kein Wort meiner Rede entgehen. Hierauf wurde die Frage aufgeworfen: „Was können wir in Rußland tun?" „Agitieren! Organisieren!" lautete meine und meiner Freunde Antwort. „Redet mit andern, bringt Leute zusammen, und wenn wir zahlreicher geworden sind, wollen wir sehen, was wir erreichen können!"

1874 hielt Krapotkin in der Geographischen Gesellschaft einen Vortrag über die Bildungen der Eiszeit, der solchen Beifall fand, daß er zum Vorsitzenden der Abteilung für physische Geographie vorgeschlagen wurde. In derselben Nacht aber wurde er verhaftet, durch einen Weber verraten.

Zwei Jahre lag er im Gefängnis der Peter-Pauls-Festung. 1876 gelang es ihm, aus dem Gefängnishospital zu entfliehen.

In Frankreich gewann er in Emile Gautier einen feurigen Redner für die anarchistische Propaganda. Zahlreiche Klubs mit schauerlichen Namen wie „Panther von Batignolles", „Die Mordbrenner", „Die Eichenherzen", „Die Unbezähmbaren" u. dergl. wurden gegründet. Seit 1880 besaß die Bewegung auch

ein in Paris erscheinendes Organ: „Die soziale Revolution". Das Geld für diese Zeitung floß durch die Vermittlung eines Polizeiagenten, der unter der Maske eines eifrigen Anarchisten Spitzeldienste tat, aus der Kasse des Pariser Polizeipräfekten Andrieux, der sich auf diese Weise rechtzeitige Kenntnis von etwaigen anarchistischen Attentatsplänen verschaffen wollte. Als im Herbst 1881 der Präfekt aus seinem Amte schied, mußte natürlich auch die Zeitung zu erscheinen aufhören. 1883 wurde Krapotkin nebst Gautier und 51 anderen Anarchisten verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er drei verbüßte. Seit 1886 lebte er in London. Seine wichtigsten Schriften sind: „Moderne Wissenschaft und Anarchismus" und „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk". Nach dem Sturz des Zarentums ist er nach Rußland zurückgekehrt, ohne jedoch bei der Neugestaltung hervorzutreten.

6. Die Lehre vom Staat.

Bei allen anarchistischen Lehren ist der Ausgang das „Ich". „Jedes Einzelwesen erscheint uns als Mittelpunkt des Weltalls" (Elisée Reclus). Der einzelne Mensch ist das einzig Wirkliche. Alles andere ist nur Einbildung. So sagt Max Stirner, der in seinem Buche bezeichnenderweise alles mit großen Anfangsbuchstaben schreibt, was auf die eigene Person Bezug hat:

> Ihr meint, Meine Sache müsse wenigstens die „gute Sache" sein! Was gut, was böse! Ich bin ja selbst Meine gute Sache, und Ich bin weder gut noch böse. Beides hat für Mich keinen Sinn. Das Göttliche ist Gottes Sache, das Menschliche Sache des Menschen. Meine Sache ist weder das Göttliche noch das Menschliche, ist nicht das Wahre, Gute, Rechte, Freie usw., sondern allein das Meinige, und ist keine allgemeine, sondern ist — einzig, wie Ich einzig bin. Mir geht nichts über Mich!

Alles, was die Freiheit des Einzelnen beeinträchtigt, ist ihm Feind und muß überwunden werden. Am meisten beeinträchtigt aber die persönliche Freiheit des Menschen die politische Organisation, der Staat. So sagt Mackay:

Wie Gewalt sein innerstes Wesen ist, so ist Raub sein Vorrecht; so ist die Beraubung der einen zugunsten der anderen das Mittel seiner Erhaltung. Der Anarchist sieht daher in dem Staat seinen größten, ja seinen einzigen Feind.

Den Grund dazu nennt Krapotkin:

Wozu dient diese ungeheure Maschine, die wir Staat nennen? Etwa dazu, die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten, des Bauern durch den Rentner zu verhindern? oder dazu, uns Arbeit zu sichern? uns gegen den Wucher zu schützen? Nein, tausendmal nein! . . . .

Der Staat, der ursprünglich ein Schutz für alle, namentlich für die Schwachen sein sollte, ist heute zu einer Waffe der Reichen gegen die Ausgebeuteten, der Besitzenden gegen die Besitzlosen geworden.

Als erstrebenswertes Ziel bezeichnet Netschajew:

Die einzige Revolution, die dem Volke zum Heile gereichen kann, ist die, welche jeden Staatsbegriff durch und durch vernichtet.

Als Blüte modernster Philosophie werden ähnliche Gedanken heute von den Anhängern des Philosophen Friedrich Nietzsche vertreten. „Also sprach Zarathustra":

Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer . . . Vernichter sind es, die stellen Fallen auf für viele und heißen sie Staat; sie hängen das Schwert und hundert Begierden über sie hin. Wo es noch Volk gibt, da versteht es den Staat nicht und haßt ihn, haßt ihn als bösen Blick und Sünde an Sitten und Rechten.

Als den großen Gleichmacher, der die Einzelnen nicht nach ihrem Wert, sondern nach ihrer Zahl schätzt, bekämpft den Staat auch Henrik Ibsen, der große norwegische Dichter, der in seinem „Volksfreund" verkündet:

Die Mehrheit hat nie das Recht auf ihrer Seite.

In einem Brief an Georg Brandes erklärt er:

Der Staat ist der Fluch des Individuums. Womit ist Preußens Staatsstärke erkauft? Mit dem Aufgehen des Einzelnen im politischen und geographischen Begriff. — Der Staat muß fort! Bei dieser Revolution werde ich sein.

Man untergrabe den Staatsbegriff, man stelle die Freiwilligkeit und das geistig Verwandte als das einzig Entscheidende für eine Vereinigung auf; das ist der Beginn zu einer Freiheit, die etwas wert ist.

Das Wesen des Staates erkläre sich am besten aus seiner Entwicklung. Bei der Gründung der Staaten, d. h. beim Übergang von der nomadisierenden Viehzucht zum seßhaften Ackerbau, wurden die Feinde nicht mehr, wie bisher, getötet, sondern zu Sklaven gemacht. Für Jäger und Hirten waren die Menschen wertlos und die Jagd- und Weidegründe alles. Jetzt aber brauchte man die Arbeitskraft des Menschen für die Bestellung des Ackers. Damit trat eine Notwendigkeit ein: Die Sieger mußten ihre kriegerische Organisation zu einer ständigen machen. Um die Unterworfenen im Gehorsam zu erhalten, durfte nicht, wie bisher, nach der Fehde die kriegerische Verfassung mit der Rangordnung der militärischen Machthaber verschwinden. Es mußte gleichsam ein dauernder Belagerungszustand gegen den „inneren Feind" erklärt werden. Und diese ursprüngliche Entstehung des Staates hat sein Wesen bis heute bestimmt: Sieger und Sklaven, Herren und Leibeigene, Unternehmer und Arbeiter, Besitzende und Proletarier — es ist im Wesen dasselbe geblieben. Und die Festsetzung dieses Standes ist das, was als „Staatsrecht" verkündet wird. Je mehr es nun gelingt, die Freiheit jedes Einzelnen aufzurichten, desto mehr wird naturgemäß die staatliche Gewalt zurückgedrängt, um endlich, wenn es nur noch Freie gibt, gänzlich überwunden zu werden.

Für diese ihre Grundauffassung berufen sich die Anarchisten mit Vorliebe auf preußische Minister und Gelehrte.

Wilhelm von Humboldt (22. Juni 1767—8. April 1835) führt in seinen „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen" (1792) aus:

> Wenn die Staatsverfassung den Bürgern, sei's durch Übermacht und Gewalt oder Gewohnheit und Gesetz, ein bestimmtes Verhältnis anweist, so gibt es außerdem noch ein anderes, freiwillig von ihnen gewähltes, unendlich mannigfaltiges und oft wechselndes. Und dieses letztere, das freie Wirken der Nation untereinander, ist es eigentlich, welches

alle Güter bewahrt, deren Sehnsucht die Menschen in eine Gesellschaft führt. Die eigentliche Staatsverfassung ist diesem, als ihrem Zweck, untergeordnet und wird immer nur als ein notwendiges Mittel, und da sie allemal mit Einschränkung der Freiheit verbunden ist, als ein notwendiges Übel gewählt.

Auch Johann Gottlieb Fichte erscheint in den „Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten" (1794) als Endziel der politisch-sozialen Entwicklung eine staatlose Gesellschaft. Durch die erfolgreiche Staatstätigkeit würden die Menschen mehr und mehr von Vernunft und Moral durchtränkt und könnten die staatliche Leitung immer mehr entbehren. Mithin gehe auch der Staat,

ebenso wie alle menschlichen Institute, die bloße Mittel sind, auf seine eigene Vernichtung aus: es ist der Zweck aller Regierung, die Regierung überflüssig zu machen. Jetzt ist der Zeitpunkt sicher noch nicht, — und ich weiß nicht, wie viele Myriaden von Myriaden Jahren bis dahin sein mögen; aber es ist sicher, daß auf der a pirori (von vornherein) vorgezeichneten Laufbahn des Menschengeschlechtes ein solcher Punkt liegt, wo alle Staatsverbindungen überflüssig sein werden.

Wie bei Fichte, so findet sich auch bei dem späteren nationalen Propheten, bei Paul de Lagarde, (2. Nov. 1827—22. Dez. 1891) eine gefühlsmäßige Ablehnung des Staates:

Der Satz, daß der Staat nicht Selbstzweck ist, bedarf für niemanden eines Beweises, der das Leben dem Evangelium gemäß ansieht. Das Evangelium kennt auf Erden nur ein Göttliches, die Menschenseele. Alles, was existiert, dient der Entwicklung der Menschenseele: sobald es aufhört als in diesem Dienste stehend zu gelten, ist es ein Götze. Im ewigen Leben wird keine Spur des Staates vorhanden sein: falls Staatsanwälte, Bürgermeister, Steuerexekutoren, Minister in den Himmel kommen, kommen sie nicht als Staatsanwälte, Bürgermeister, Steuerexekutoren, Minister hinein.

Jener Satz bedarf für niemanden eines Beweises, der die Geschichte des deutschen Staats, und der auch nur oberflächlich deutsche Art kennt. Der Staat hat sich in allen germanischen Ländern von Fall zu Fall aus dem Bedürfnisse entwickelt. Ohne Hilfe des Staates schaffen und leben gilt

überall als das zu Wünschende: des Individuums und der Individuen natürliche Gruppierung, die Familie, sind das Wertvolle, welches sich keinem Massenwillen, keiner Reglementierung, keinem System unterordnet.

An anderer Stelle bekennt sich Lagarde zu der Überzeugung:

daß, so viel ich sehe, eine Nation um so glücklicher ist, je weniger der Staat in ihr zu tun hat, der meines Erachtens überall nur da eintritt, wo die Tätigkeit der Nation als solcher nicht ausreicht, dessen verhältnismäßige Unbeschäftigtheit mithin stets die Tatkraft und Tatenwilligkeit der Nation anzeigt.

Humboldt und Fichte sprachen von dem Staat am Ausgang des merkantilistischen Zeitalters, als das „polizeiliche Wohlfahrtssystem" in der Tat jede Entfaltung persönlichen Lebens unterband, und Paul de Lagarde sprach am Ausgang des einseitigen Obrigkeitstaates. Der Gegensatz zwischen Staat und Volk wird immer mehr überwunden in organischer Fortentwicklung der jeweiligen Staatsformen. Mit dem anarchistischen Ablehnen jeder Autorität an sich haben jene Ausführungen keinerlei innere Verbindung.

Wie weit und zuletzt wie widerspruchsvoll diese Ablehnung ist, zeigt Fürst Krapotkin in seiner „Anarchistischen Moral":

Man wird uns vielleicht sagen, man hat es schon öfter gesagt: Mit welchem Recht wollt ihr die Kanonen gegen die Bedroher eines Landes, ob Barbaren oder Zivilisierte, aufprotzen; mit welchem Recht die Ausbeuter enteignen? Mit welchem Recht töten, nicht bloß einen Tyrannen, sondern auch nur eine Viper? Mit welchem Recht? Was versteht ihr unter diesem sonderbaren, dem Gesetz entlehnten Worte? Wollt ihr wissen, ob ich in solchen Fällen das Bewußtsein habe, richtig zu handeln? Ob diejenigen, die ich achte und liebe, meine Handlung als gut anerkennen? Wenn es dies ist, was ihr wissen wollt, dann ist unsere Antwort leicht und einfach.

Ja, wir haben ein Recht dazu! Wir haben es, weil wir verlangen, daß man uns erschlage, wie ein giftiges Tier, wenn wir in Tongking oder bei den Zulus eindringen, die uns nie etwas zuleid getan haben.

Ja, wir haben das Recht, weil wir verlangen, daß man uns enteignet, wenn wir eines Tages unsere Grundsätze ver-

leugnen, uns irgendeiner Erbschaft bemächtigen — und wäre sie vom Himmel gefallen — um andere auszubeuten.

Ja, wir haben das Recht, weil jeder, der ein Herz im Leibe hat, im Vornherein verlangt, daß man ihn töte, wenn er zur Viper werden sollte, daß man ihm aber den Dolch in die Brust stoße, wenn er je den Platz eines entthronten Tyrannen einnehmen möchte.

Ob der Mitmensch eine Viper geworden ist, und ob der Einzelne daraus das Recht auf Gewalttat nehmen darf, steht in seinem freien Ermessen. Denn natürlich gibt es in der anarchistischen Gesellschaft keine bindenden sittlichen Grundsätze. Fürst Krapotkin erklärt in derselben Schrift:

Wir haben nur das Recht, einen Rat zu erteilen, dem wir noch hinzufügen sollen: „Befolge ihn, wenn du ihn für gut findest." Aber indem wir einem jeden das Recht lassen, zu handeln, wie es ihm beliebt, sprechen wir der Gesellschaft unbedingt das Recht ab, zu strafen, wen es auch betreffen möge und auf welche Weise es sei, und welche gesellschaftsfeindliche Handlung er auch begangen haben mag. Dabei verzichten wir aber nicht auf unsere Fähigkeit zu lieben, was uns gut erscheint, und zu hassen, was wir für schlecht befinden, auf Lieben und Hassen. Da dies allein genügt, die moralischen Gefühle in jeder Tiergesellschaft zu erhalten und zu entwickeln, so wird es um so mehr bei der menschlichen Rasse genügen. Wir verlangen nur eines, und das ist die Entfernung von allem, was in der heutigen Gesellschaft die freie Entwicklung dieser beiden Gefühle verhindert, vor allem, was unsere Urteilskraft gefährdet: Staat, Kirche, Ausbeutung, Richter, Priester, Regierer und Ausbeuter.

Der Einzelne hat danach also das Recht der Gewalttat, die Gesellschaft aber kein Recht der Wiedervergeltung, der Sühne oder der Strafe. Lehnt man aber das Recht der organisierten Wiedervergeltung ab, so wird damit wieder das Faustrecht in seine Herrschaft eingesetzt, in der der körperlich Stärkste und der sittlich Roheste sich am leichtesten durchsetzt. Nun liegt aber im Wesen der Freiheit des Einzelnen zweifellos das Recht, auf ein Stück dieser Freiheit zu verzichten und sich Verbindungen zu schaffen zur Abwehr jeder Vergewaltigung und zur Strafe jeden

Unrechts. Damit wäre aber naturgemäß der Grundsatz von Gesetz, Rechtsprechung, staatlicher Ordnung wieder eingeführt.

So vertreten also die Anarchisten etwa nur das Recht der Mehrheit im Staat, den Parlamentarismus?

7. Gegen den Parlamentarismus.

Der Anarchismus bekämpft nicht nur den monarchischen Staat. Er ist auch ein Gegner jeder parlamentarischen Regierungsform. Über ihre Grundlage urteilt Proudhon in seinem „Kleinen Katechismus der Politik" (Die „Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche", Bd. II):

> Frage: Wie ist deine Meinung über das allgemeine Stimmrecht?
>
> Antwort: So wie es seit 1789 alle Verfassungen gegeben haben, ist das allgemeine Stimmrecht die Erdrosselung des öffentlichen Gewissens, der Selbstmord der Volksherrschaft, die Abtrünnigkeit der Revolution von sich selbst!

Die Abgeordneten müßten im Wahlkampf den niedrigsten Instinkten der Masse schmeicheln, Rücksichten auf örtliche Wünsche, auf eine einflußreiche Interessenschicht, selbst auf gegnerische Parteien, die man bei der Stichwahl zu brauchen hofft, nehmen.

Wie sollte auch der einzelne Wähler wirklich Charakter, Fähigkeit und Kenntnisse der Kandidaten prüfen? Er würde im letzten Grunde abhängig von sogenannten Wahlausschüssen werden, d. h. von einem ganz eng begrenzten Kreis von Leuten, bei denen nun wieder Liebe und Haß, Neid, persönlicher Vorteil usw. entscheiden würden. Und dabei bliebe die Minderheit der Wähler noch gänzlich außer Betracht, ein Vorgang, der sich bei jeder Abstimmung im Parlament natürlich in verschärftem Maße wiederhole.

Dazu komme, daß Leute aus dem Volke nicht einmal wirklich Abgeordnete werden können. Das Durcharbeiten der Gesetzentwürfe, das Abwägen des Für und Wider erfordere die ganze Zeit und Kraft eines Mannes, so daß die wirkliche Ausübung eines praktischen Berufes daneben völlig ausgeschlossen ist. Jede Partei wird deshalb solche Abgeordnete bevorzugen müssen, die

ohne einen solchen Beruf ihren Unterhalt ganz oder doch zum großen Teil aus irgendeiner arbeitslosen Rente bestreiten können. Da nun aber jede ernsthafte Sozialreform auf Einschränkung der arbeitslosen Rente hinauslaufen müsse, wolle man bei dem heutigen Parlamentarismus den Abgeordneten zumuten, gegen ihre eigensten Interessen zu stimmen. Die aber, die sich nicht ganz ihrem praktischen Beruf entfremden wollen, um ihre Unabhängigkeit zu behaupten, könnten unmöglich die Einzelheiten der Gesetze selbständig beurteilen, d. h., sie werden notwendig auf die sogenannten Führer bei ihren Entschließungen angewiesen sein.

Dazu kommt, daß die Beteiligung am parlamentarischen Leben die Abgeordneten selbst notwendig verderben muß und auf der anderen Seite die Einrichtung selbst stützt, die man beseitigen will. So sagt Elisée Reclus („Der Mensch und die Erde", Bd. VI):

> Sogar wenn das Parlament trotzdem (trotz der Wahl und der naheliegenden Beeinflussung der Abgeordneten) zum größten Teil aus ehrlichen Menschen besteht, entwickelt sich in diesen ein ganz besonderer Geisteszustand, ganz aus Konferenzen, Kompromissen, Meinungswechsel bestehend, aus Verhandlungen, welche dem großen Publikum nicht zu Ohren kommen dürfen, aus Hintertreppengeschäften, welche man durch irgend ein glänzendes Wortgefecht zwischen wohlgeübten Rednern verbirgt. Jeder edle Charakter wird verdorben, jede ehrliche Überzeugung vergiftet, jeder gerade Wille vernichtet . . .
>
> Die Revolutionäre wissen, daß die gesellschaftlichen Formen der Vergangenheit um so länger bestehen werden, je mehr Interesse die Arbeiter ihnen entgegenbringen, und je mehr sie sich mit denselben abfinden, wenn auch nur um sie zu ändern; und sie können die Leichtgläubigkeit jener bloß bedauern, die da an die „Revolution durch den Stimmzettel" glauben.

Zur Begründung dieser Ansicht weisen die Anarchisten auf die wachsende Zahl der Stimmen aus allen Lagern hin, die vom „Bankerott des Parlamentarismus" handeln. Der frühere deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Most schrieb im April 1892 in seinem „Stimmkasten":

> Je entschiedener das allgemeine Stimmrecht bei den Besetzungen aller erdenklichen Ämter usw. in Frage kommt, ein

desto zahlreicheres und geriebeneres Demagogentum von Amterjägern beherrscht mehr und mehr das öffentliche Leben.

Bei solcher Sachlage kann es nicht ausbleiben, daß nicht nur in den Reihen der Gewählten, sondern auch in denen der Wähler eine unausrottbare Korruption und damit eine allgemeine Charakterlosigkeit des Volkes einreißt.

Diese Punkte sollten allein schon genügen, alle edel denkenden Menschen, insbesondere aber die Widersacher der heutigen Gesellschaft, von der Teilnahme an der Wählerei fernzuhalten.

Der ehemalige Zentrumsführer Dr. Lieber schrieb an den Führer der Nationalliberalen v. Bennigsen:

Der Wahlkampf ist immer wüster geworden. Wer Ideale hat und dem Volke erhalten will, fühlt sich in der politischen Welt immer fremder.

Der frühere nationalliberale Abgeordnete Buecк, Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, erklärte auf dessen Hauptversammlung im Jahre 1908:

Ich selbst war Abgeordneter, und ich weiß, wie bei allen großen Vorlagen immer zuerst gefragt wurde, wie kommt die Partei dabei zu stehen, dann, wie komme ich vor meinen Wählern zu stehen, wenn ich diese oder jene Entscheidung treffe, und erst in dritter Linie, was erfordert das Wohl des Staates. Ich kann Ihnen mein Ehrenwort geben, daß die Erwägung hauptsächlich mich veranlaßt hat, mein Mandat aufzugeben.

Am 5. Februar 1920 schrieb an mich der berühmte Hygieniker der Universität Halle, Prof. Abderhalden, der in die Preußische Nationalversammlung gewählt war, aber nach Jahresfrist sein Mandat niederlegte:

Was meinen Standpunkt zum Parlamentarismus anbetrifft, so bin ich der Meinung, daß das Deutsche Reich mit den jetzigen Parlamenten ganz unmöglich zu einem raschen Wiederaufbau kommen kann... Die Zusammensetzung der bestehenden Parlamente zeigt, daß die Vertretung der einzelnen Interessensphären ganz und gar vom Zufall abhängt. So sind z. B. die Industrie-, die Ärzte- und Handelswelt fast gar nicht vertreten. Das allerschlimmste ist, finde ich, daß jeder Posten vom Standpunkt der Parteipolitik aus

besetzt wird. Die Minister werden von den entsprechenden Parteifraktionen vorgeschlagen. Sie sind den Fraktionen im gewissen Sinne verantwortlich. Sie können nicht frei entscheiden und in großzügiger Weise bestimmte Pläne durchführen, weil ihnen beständig die Fraktionen in die Zügel fallen. Die Abgeordneten selber blicken wieder scheu auf ihre Wählermassen. Es dürfen um Gottes Willen keine Interessen verletzt werden. Man muß Rücksicht nehmen auf diese oder jene Beamtengruppe, man darf ja nicht die Bierbrauer schädigen usw. So gewinnt das ganze Handeln der Parlamente und der Minister etwas Unfreies! Jeder, der im praktischen Leben steht oder sich als Forscher betätigt, weiß, daß es unbedingt notwendig ist, von Zeit zu Zeit Ideen durchzusetzen, die zunächst weiten Kreisen unmöglich, ja geradezu verkehrt erscheinen! . . . Wo würde der Handel, die Industrie und die Wissenschaft bleiben, wenn stets Rücksicht genommen werden müßte auf die herrschende Meinung? Ein Fortschritt wäre niemals möglich. Solange nicht das Prinzip durchgeführt wird, daß ohne Ansehen der Partei an jeden Posten diejenige Persönlichkeit gesetzt wird, die diesen am besten und hervorragendsten ausfüllen kann, wird ein Wiederaufstieg des deutschen Volkes nicht möglich sein!

Constantin Frantz (1817—1891), ein katholischer Großdeutscher, der in einem Staatenbund das Heil Mitteleuropas sah, hat 1879 ein Buch „Der Föderalismus" (Die Staatenbund-Sache) geschrieben, in dem er die Unwahrhaftigkeit des Parlamentarismus zahlenmäßig zu beweisen sucht:

Kein größerer Humbug, als daß durch unsere dermaligen repräsentativen Körperschaften der Volkswille zum Ausdruck oder gar zur Geltung käme.

Angenommen nämlich, daß durchschnittlich $^4/_5$ der Wähler wirklich zur Wahlurne träten — was erfahrungsgemäß schon zu hoch gegriffen ist —, angenommen ferner, daß die in den einzelnen Wahlkreisen erwählten Abgeordneten durchschnittlich $^3/_4$ der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten, — was wegen der überall eintretenden Konkurrenz verschiedener Parteien wieder entschieden zu hoch gegriffen ist, — angenommen endlich, daß die parlamentarischen Beschlüsse durchschnittlich von $^2/_3$ der gesetzlichen Gesamtzahl der Parlamentsmitglieder gefaßt würden, — was, da das Parlament fast niemals voll-

zählig ist, jedenfalls die Maximalannahme sein dürfte, — so ergibt sich die Rechnung:

$$^4/_5 \times {}^3/_4 \times {}^2/_3 = {}^{24}/_{60} = {}^2/_5.$$

Es zeigt sich demnach, wie selbst unter sehr günstigen Annahmen von dem Gesamtquantum des Volkswillens durchschnittlich nur die kleinere Hälfte zum Ausdruck käme. Was wäre erst das Resultat, wenn die hier angenommenen Zahlenverhältnisse in Wirklichkeit sich ungünstiger stellten, wie doch oft genug geschieht!

Unter Umständen dürfte die Rechnung sich auch so stellen:

$$^2/_3 \times {}^3/_5 \times {}^1/_2 = {}^6/_{30} = {}^1/_5,$$

was gleichwohl als Ausdruck der Majorität gälte! Da hätten wir's also, was bei diesem System herauskommen kann.

Daß selbst die äußerste Ausprägung des Parlamentarismus dem Volkswohl direkt gefährlich werden könne, vielleicht müsse, zeigt in der sozialistischen „Glocke" (1917, Nr. 21) der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann:

> Diese parlamentarische Regierungsweise besteht bekanntlich darin, daß die Ministerien aus der jeweiligen Mehrheit des Parlaments gebildet werden. Gerät in einer wichtigen Frage diese Regierung in die Minderheit, so tritt sie zurück, und das Staatsoberhaupt, König oder Präsident, betraut nach dem Rat des Parlamentsvorsitzenden den Führer der Ministerstürzermehrheit mit der Neubildung des Kabinetts.
>
> Scheinbar ist dieses System sehr demokratisch. Das Volk wählt alle paar Jahre die Volksvertretung, und die Volksvertretung bestimmt aus ihrer Mitte die Regierung. Das sieht ganz nach Selbstregierung des Volkes aus. Und doch ist dieses System reine Willkür. Das Mandat des Abgeordneten, das er von seinen Wählern erhält, ist für ihn kein Zeugnis über unbegrenzte Eignung zu allen Geschäften, Wissenschaften und Künsten und soll es nicht sein. Das Mandat ist nur eine streng begrenzte Vollmacht bei der Abfassung der Gesetze mitzuwirken und ihre Ausführung zu überwachen . . . Für den Abgeordneten ist es höchste Ehre, seine Parteigrundsätze zu vertreten, für den Mann der Staatsverwaltung tiefste Schande und Schmach, nach Parteiengunst und -haß zu verfahren. Die Wahl und das Abgeordnetenmandat berufen zur Gesetzgebung, nicht zur Rechtsprechung, nicht zur Verwaltung. Auf Trennung der Gewalten der Legislative, Exekutive und Jurisdiktion beruht jede Ordnung im Staatswesen. Der verfau-

lende Absolutismus zersetzt die Trennungswände der drei Gewalten — die Demokratie wird erst recht wurmstichig und korrupt, wenn die gesetzgebende Körperschaft die Verwaltung oder Rechtsprechung an sich reißt . . . .

Die Wesenheit des parlamentarischen Ministers besteht nämlich darin, daß er von dem Amt, zu dessen Leitung er berufen wird, nichts versteht. Die liberale Gnadenlehre sagt zwar, daß, wem das Parlament ein Amt gibt, dem gäbe es dazu auch den Verstand. Aber selbst Lujo Brentano muß im „Berliner Tageblatt" (10. August 1917) bekennen, daß die parlamentarischen Minister ihre Geschäfte niemals ordentlich begriffen haben; er schreibt:

> Wie sollten sie auch? Ist doch dieselbe Person heute Postminister, morgen Chef der Admiralität, heute Handelsminister, morgen Minister des Innern, der Kolonien, des Krieges, des Auswärtigen oder Ministerpräsident. So ist's denn vorgekommen, daß dort ein Kolonialminister nicht einmal wußte, in welchem Erdteil die Kolonie gelegen war, von der gerade in der Debatte gesprochen wurde.

In der deutschen Verwaltung leisten Hunderttausende von Beamten, von unten bis oben für geringen Lohn — gering von oben bis unten im Vergleich zu den entsprechenden Klassengenossen im freien Wirtschaftsleben — ein wackeres Stück ehrlicher und guter Arbeit. Denen sollen wir ein Dutzend „politischer Köpfe" auf die Nase setzen? Das hieße sie entehren und korrumpieren. Unsere Gewerkschaftler mögen doch einmal an sich selber denken! Wie gefiele es ihnen, wenn man ihnen sagte: haltet die Kasse und die Organisation hübsch in Ordnung, die „großen Richtlinien" für eure Arbeit bekommt ihr schon von den politischen Köpfen fertig geliefert, die in den Versammlungen und bei den Wahlen gewaltig die Menge mit sich reißen. . . Was die Gewerkschaftsbeamten für sich nicht nur persönlich, sondern auch für ihre Sache als das größte Unglück ansehen, das sollten sie dem Deutschen Reiche antun?! Werden denn Partei und Gewerkschaften bureaukratisch oder parlamentarisch regiert? Formell wird natürlich Partei- und Gewerkschaftsleitung gewählt; aber mit dem parlamentarischen System, den Orgien der Parteiregierungen, haben diese reinen Verwaltungskörperschaften, die sich tatsächlich die neuen Kollegen selbst ergänzend aussuchen, glücklicherweise nichts gemein. Geben wir also der Wahrheit die Ehre, sprechen wir doch aus, was so viele unter vier Augen als ihre Überzeugung bekennen!

Dann wollen wir es doch lieber machen wie die „Unabhängigen“ . . . . Da wird Schillers beißendes Epigramm als erschöpfend richtig für unsere Zeit zitiert:

Jeder, siehst du ihn einzeln, ist leidlich klug und verständig;
Sind sie in corpore, gleich wird dir ein Dummkopf daraus!

Da wird das psychologische Gesetz des französischen Reaktionärs Le Bon als unumstößliche Wahrheit verkündet, daß der seelische Zustand der Masse dem Mindestgrad von Intelligenz entspricht, der in ihr vertreten ist; daß in der Gesamtheit alle Höhenzeichen der Menschenart verschwinden, weil die hervorragenden seelischen Eigenschaften des Geistes und des Charakters stets nur Ausnahmen sind und daß in der Masse die uralten Denkgewohnheiten und Urteile, Zwangsvorstellungen, Leidenschaften, Triebe und Instinkte aus der Barbarenzeit herrschen. („Neue Zeit“, 29. Juni 1917.) Bei solcher Verachtung der Masse läßt sich dann nachher in der Versammlung der Masse um so plumper schmeicheln: da kann man dann um so lauter und überzeugter das Schlagwort schmettern, jetzt gälte es: Hie bureaukratische Obrigkeitsregierung, hie freier Volksstaat!

Wie in Deutschland, denkt man auch in Frankreich. Als der durch die Verteidigung von Dreyfuß und Zola bekannt gewordene Advokat Labori sich im Jahre 1910 weigerte, länger am Parlamentsleben teilzunehmen, gab er die Erklärung:

Ich verlasse die Kammer, weil ich auch in meiner eigenen Partei der republikanischen Mehrheit nicht das Mittel gefunden habe, fruchtbar dem allgemeinen Wohl des Landes zu dienen. Die parlamentarische Anregung ist fast Null für alles, was das allgemeine Wohl angeht. Die Abgeordneten sind von den Ministern abhängig, deren sie beständig bedürfen, um ihren Wählern zur Gerechtigkeit zu verhelfen, die bei unseren politischen Sitten fast eine Gunst geworden ist. Viele Abgeordnete machen Geschäfte oder schließen, vielleicht mit den uneigennützigsten Absichten, Kompromisse, und in diesem kleinlichen Interessenspiel gehen die großen Anregungen unter. Das politische Leben ist nur noch ein beständiger Kompromiß zwischen den zwei modernen Mächten der Korruption: Demagogie und Geld.

Wie ein Vertreter der Mehrheit, urteilte auch ein Ver-

treter der Minderheit, der gleichfalls auf sein Mandat verzichtete, Gauthier de Clagny:

> Um die Wähler zu gewinnen, hat man sich's angelegen sein lassen, jedes Ideal zu zerstören, alte Rechtsbegriffe zu verwirren; man hat den Stimmkauf im großen getrieben, Titel, Orden, Stellungen, Bevorzugungen aller Art rücken ins Treffen. Nur auf ihre Wiederwahl bedacht, verlieren die meisten Parlamentarier die großen Interessen der Allgemeinheit aus den Augen. In solcher Umgebung werden die Charaktere und Gewissen schnell zersetzt, und vielleicht hat jener Ministerpräsident recht, der, als ich ihn einmal beschwor, uns aus dem Morast zu reißen, sagte: Was kann ich mit solchen Leuten anfangen?

Dieselben Erscheinungen zeigt ein Blick auf England. Dort begründete der einflußreiche Gewerkschaftsführer Tom Man im April 1911 seinen Austritt aus der politischen Arbeiterpartei in einem offenen Briefe, in dem es u. a. heißt:

> Meine Erfahrungen als alter Sozialist und vieljähriger Gewerkschafter haben mich mehr und mehr in eine antiparlamentarische Stellung gedrängt.
>
> Als alter Kämpfer muß ich sehen, daß fast alle jüngeren Elemente in der Bewegung ihre Gedanken einzig und allein darauf gerichtet haben, irgendein öffentliches, gutbezahltes Amt zu bekommen, wie es eine Abgeordnetenstelle als städtischer Gemeinde- oder Reichsvertreter ist.
>
> Ich bin der Meinung, daß alle Fragen der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiete allein ausgekämpft werden müssen, frei von all den Umgarnungen und Kompromissen mit dem plutokratischen Feind, die wir in den Parlamenten notgedrungen einzugehen haben und die ein Ruin für die gesamte Arbeiterklasse und ihre Ziele sind.

Will man der Gefahr des Parlamentarismus entgehen, indem man ihn ergänzt oder auch völlig ersetzt durch das System der direkten Volksabstimmung, so würde auch das die wesentlichste Gefahr nicht beseitigen, die Unterdrückung der Minderheit, die sehr oft die besten und fortgeschrittensten Kreise umfassen wird.

Der Berufung darauf, daß bei einer direkten Volksabstimmung doch immer der Wille der Mehrheit zur Geltung käme, setzen die

Anarchisten stets Goethes Wort aus seinen Abhandlungen über Naturwissenschaften entgegen:

> Nichts ist widerwärtiger als die Majorität; sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkomodieren (anpassen), aus Schwachen, die sich assimilieren (aufgeben), und der Masse, die nachtrollt, ohne nur im mindesten zu wissen, was sie will.

Ähnlich urteilt Tolstoj:

> Wenn unter 100 Menschen einer über 99 herrscht — so ist das ungerecht — „Despotismus"; wenn 10 über 90 herrschen — so ist das ebenfalls ungerecht, „Oligarchie"; wenn aber 51 über 49 herrschen (und das ist nur in der Einbildung, denn in Wirklichkeit werden nur 10 von diesen 51 über die andern 90 herrschen) — so ist das vollkommen gerecht, so nennt man das Freiheit!
>
> Kann es bei ihrer offenbaren Unsinnigkeit etwas Lächerlicheres geben als eine solche Betrachtung? Und dabei dient sie als Grundlage für die Tätigkeit aller Staatsverbesserer.

Dazu kommt nun, daß die ganze Gesetzgebung an sich sehr wenig Wert hat. Wirkliche Gewalt und Macht entscheiden zuletzt doch ganz allein. So lehrt Stirner:

> Ich entscheide, ob in Mir das Recht ist; außer Mir gibt es kein Recht. Ist es Mir recht, so ist es recht. Möglich, daß es darum den Andern noch nicht recht ist; das ist ihre Sorge, nicht Meine, sie mögen sich wehren. Und wäre etwas der ganzen Welt nicht recht, Mir aber wäre es recht, d. h. Ich wollte es, so frage Ich nach der ganzen Welt nichts. So macht es jeder, der sich zu schätzen weiß, jeder in dem Grade, als er Egoist ist; denn Gewalt geht vor Recht, und zwar — mit vollem Rechte.

Daß eine Gesetzgebung ohne dahinterstehende wirkliche Macht nichts bedeute, zeige ein Blick auf die sozialpolitischen Gesetze in Rußland. Im zaristischen Rußland bestanden zwar Arbeiterschutzgesetze. Weil aber eine freie, organisierte Arbeiterbewegung fehlte, so blieben diese Gesetze im wesentlichen auf dem Papiere stehen. In England und Amerika haben dagegen ohne bestimmte sozialpolitische Gesetzesparagraphen mächtige Vereinigungen von Arbeitern viele Mißstände des Industriesystems beseitigt.

8. „Freie" Gesellschaftsformen.

Was soll die Zwangsordnung des Staates ersetzen? Proudhon will die Regierung der Akademie der Wissenschaften übertragen; so schreibt er schon 1840 in seiner ersten Schrift „Was ist das Eigentum?":

> Jede Frage der inneren Politik muß nach den Angaben der Volks-Statistik gelöst werden, wie die der äußeren Politik nach der internationalen Statistik. Die Wissenschaft der Regierung gehört von Rechtswegen in eine Gruppe der Akademie der Wissenschaften, deren ständiger Geschäftsführer notwendigerweise erster Minister wäre, und da jeder Bürger einen Antrag bei der Akademie stellen kann, so ist auch jeder Gesetzgeber.

Krapotkin sieht schon in der heutigen Gesellschaft Ansätze für die zukünftige („Memoiren eines Revolutionärs", Bd. II, Kap. 13):

> Wir bemerken bei den gesitteten Völkern den Keim zu einer neuen Gesellschaftsform, der die alte weichen muß. Diese neue Gesellschaft besteht aus einander gleichgestellten Mitgliedern, die nicht mehr gezwungen sind, Hand und Kopf an andere zu verkaufen und sich von diesen in beliebiger planloser Weise ausnutzen zu lassen . . . Dieser neue Organismus zergliedert sich in eine Vielheit von Vereinigungen, die sich zu allen gemeinsame Arbeiten erfordernden Zwecken zusammenschließen: Zu Gewerbebünden, zum Zwecke der Produktion jeder Art: der landwirtschaftlichen, industriellen, rein geistigen oder künstlerischen; zu Konsumgemeinden, die für Wohnungen, für Beleuchtung und Heizung, für Nahrungsmittel, sanitäre Einrichtungen usw. Sorge tragen.
>
> Alle diese Gruppen wirken in freier gegenseitiger Vereinbarung zusammen, ganz wie jetzt die Eisenbahngesellschaften oder die Postverwaltungen der verschiedenen Länder zusammenarbeiten, ohne daß eine Zentralbehörde für Eisenbahnen oder Posten bestände, und obwohl jene rein egoistische Zwecke verfolgen und diese zu verschiedenen, oft einander feindlichen Staaten gehören, oder wie die Meteorologen, die Alpenvereine, die englischen Lebensrettungsstationen, die Radfahrer, die Lehrer usw.

Max Stirner nennt die Zukunfts-Organisationen „Vereine von Egoisten". Ein Vertrauensbruch gegen eine solche freiwillige Gesellschaft, die der Einzelne nach Belieben aufsuchen und verlassen kann, sei nicht zu befürchten. Der Egoismus selbst schütze vor solchem Vertrauensbruch. Denn, „wer einmal lügt, dem glaubt man nicht". Die Lüge würde dem Einzelnen so viel schaden, daß er sie aus Klugheit nicht anwenden werde. —

Dort, wo man den Versuch macht, sich ein Bild der volkswirtschaftlichen Arbeit in der anarchistischen Gesellschaft zu machen, kommt man in der Hauptsache immer wieder auf Proudhon zurück.

Johann Most bezeichnet Boden und Kapital als Eigentum der Gesamtheit. Sie sollen jedoch den sich frei bildenden Produktionsgruppen überlassen bleiben, deren Zwecken sie dienen. Die Produkte gehören zunächst der Gruppe, die sie erzeugt hat. Nun errichtet die Gesellschaft Sachverständigenstellen, die zu berechnen haben, wieviel Arbeit in der einzelnen Ware steckt, und welches demgemäß der gerechte Preis der Ware ist. Gleich den Produzenten sind auch die Konsumenten zu freien Gruppen zusammengeschlossen, so daß sich der Einkauf der Waren zum Zwecke des Verbrauchs von Genossenschaft zu Genossenschaft regelt. Das Tauschmittel ist das Arbeitszeitgeld, die Tauschbanknote Proudhons:

> Die Quittung über eine Stunde in Waren verkörperter notwendiger Arbeitszeit wird die Einheit der Wertzeichen einer freien Gesellschaft zu bilden haben! Denn nur das Zeitgeld — wenn man solche Tauschscheine überhaupt noch „Geld" nennen will, was im Hinblick auf die scheußliche Rolle, welche das Geld bisher in der Welt gespielt hat, kaum der Fall sein dürfte — nur das Zeitmaß läßt eine Wertschätzung ohne Schwindel zu.

Ebenfalls von Proudhon beeinflußt zeigt sich der als vornehmer Forscher auf dem Gebiet der Ethik und der Philosophie bekannte Franz Staudinger, der sich um das deutsche Genossenschaftswesen große praktische und theoretische Verdienste erworben hat. In seinen „Kulturgrundlagen der Politik" geht er vom Verhältnis des Einzelnen zu den Faktoren der Bedürfnisbefrie-

digung aus. Daraus sieht er Willensrichtungen und Beziehungen der Einzelnen erwachsen, aus denen schließlich, nachdem sie den kulturlosen Krieg aller gegen alle überwunden haben, die neue Gesellschaft hervorgeht. In drei Formen tritt sie auf: hier gegliedert in Herrschende und Abhängige, dort begründet auf den Güteraustausch zwischen gleichberechtigten Personen; schließlich organisiert zur gemeinsamen genossenschaftlichen Arbeit aller an der Verwirklichung der allen gemeinsamen Absichten und Zwecke. Marx gegenüber lehnt er dessen „autoritäre" Zukunftsziele ab. Proudhon bezeichnet er als denjenigen, der den richtigen Weg gewiesen habe. Es komme für die Masse des Volkes nicht auf die politische Macht an, die sie doch nicht ausüben könnte, sondern auf die wirtschaftliche Macht, und diese habe die Masse schon jetzt zum guten Teil in Händen durch ihre Eigenschaft als Käufer. Diese Macht über die Produktion müßte die Masse nur anzuwenden lernen zur Beherrschung der Produktion, und der Weg dazu sei allein die genossenschaftliche Organisation des Konsums, die in rechtem Ausbau auch zur freien genossenschaftlichen Produktion führen werde:

> Der Verrat, der an den Arbeitern geübt ward und wird, liegt nur darin, daß ihr eigener Wille gerade entwickelt genug war und ist, um über das Kapital zu schelten und in ihm ihren ausbeuterischen Feind zu sehen, aber nicht entwickelt genug, um zu verstehen, daß sie selbst es ja fortwährend zum Herrn und Ausbeuter über sich setzen .... Deshalb haben wir 1870 kein Vaterland bekommen und haben es heute weniger als damals. Es küßte uns wohl und rief: „Ich liebe dich!" Aber „es war ein Traum". Es war ein Traum, weil wir noch nicht reif waren in Willen und Denken für ein Vaterland, nicht weil uns das Kapital ausbeutete. Hätte es das in Menschenfreundlichkeit unterlassen, so wären wir ja heute kein Volk von 65 Millionen, wir wären noch 30—40 Millionen arme, hungrige Teufel. Das Kapital war eben nicht so dumm, wie wir alle waren.
>
> Wenn die Wirtschaftsentwicklung in den kapitalistisch-grundrentnerischen Formen weiter geht, so gelangt sie in Bälde auf einen Punkt, wo sie uns alle als Konsumenten wie als

Produzenten wieder unfrei und wehrlos macht. Und dann muß auch Moral und Kultur allmählich stocken.

Wenn diese Wirtschaftsentwicklung nur mit den bisherigen Mitteln der Gesetzgebung, des Klassenkampfs, der Mittelstandsaktion, der dividendensüchtigen Genossenschaftsbewegung bekämpft wird, so ist es unmöglich, daß man den Riesenfortschritten der Kapitalmächte gegenüber rasch genug aufkommen kann. Nur wenn die Volksmassen aller Stände und Parteien alsbald die notwendige, zugleich wirtschaftliche wie sittlich-soziale Einsicht und Kraft erwerben, können sie als Käufer ihre ungeheuren wirtschaftlichen Machtmittel aufs rascheste zusammenhalten und durch Sammlung und zweckmäßige Verwendung eigener zinsfreier Riesenkapitalien sich auch als Produzenten befreien. Andernfalls erliegen sie alsbald dem nicht mehr abwendbaren Verhängnis.

Freie Verbindungen werden auch die wichtigste aller sozialen Fragen, die Bodenfrage lösen. Krapotkin schildert in seinen „Worten eines Rebellen" diese Lösung so:

> Jedesmal, wenn wir den Bauern rückhaltlos und in verständlicher Sprache alles gesagt haben, was wir denken, haben sie uns nie den Rücken gekehrt. Freilich haben wir sie nicht dazu bereden wollen, uns als Abgeordnete oder auch nur als Feldhüter zu wählen; wir haben ihnen nicht ein langes und breites über die Theorien des sogenannten „wissenschaftlichen" Sozialismus vorgeschwätzt; auch haben wir ihnen nicht empfohlen, ihre Söhne in die Hauptstadt zu schicken, um sich dort an die Advokaten im Parlament heranzudrängen . . .
>
> All dieses Land, was heute Herrn X und Frau Y gehört, war früher Gemeindeland. Heute braucht der Bauer dieses Land, um es zu bearbeiten und sich und seine Familie davon zu ernähren, während der Reiche dasselbe nicht selber bearbeitet und es mißbraucht, um ein verschwenderisches Schlemmerleben zu führen. Also müssen die Bauern, in Gemeinden vereinigt, dieses Land zurücknehmen, um es allen, die es selbst bearbeiten wollen, zur Verfügung zu stellen . . .
>
> Die Steuern, unter deren Last ihr zusammenbrechet, werden durch Banden von Regierungsangestellten aufgezehrt, die nicht nur überflüssig, sondern ganz und gar schädlich sind. Also, macht dem ein Ende. Verkündet eure vollständige Unabhängigkeit und erklärt, daß ihr eure eigenen Angelegenheiten

viel besser besorgen könnt, als die behandschuhten Herren in der Hauptstadt.

Braucht ihr eine Straße? — Wohlan, mögen sich die Bewohner der benachbarten Gemeinden untereinander verständigen, und sie werden sie besser machen, als das Ministerium für öffentliche Arbeiten. — Eine Eisenbahn? — Die Gemeinden einer ganzen Gegend, die an derselben ein Interesse haben, werden auch diese besser machen als die Unternehmer, die Millionen profitieren, indem sie die Arbeit schlecht tun lassen. — Braucht ihr Schulen? Ihr werdet sie selber ebensogut und besser errichten als die Herren in der Hauptstadt!

Braucht ihr Werkzeuge und Maschinen? — Ihr werdet euch mit den Arbeitern in den Städten in Verbindung setzen, die euch dieselben als Tausch für eure Erzeugnisse zum Selbstkostenpreise liefern werden, ohne daß dieselben durch die Hände von Vermittlern gehen, die sich dadurch bereichern, daß sie sowohl den Arbeiter, der das Werkzeug erzeugt, wie den Bauern, der es kauft, bestehlen.

Ihr Bauern habt eine große Aufgabe zu vollbringen: eure eigene Revolution zu vollbringen, das heißt, an die Stelle des privaten Großgrundbesitzes den gemeinsamen Besitz zu erklären, die Wucherer zu beseitigen, die Hypotheken abzuschaffen und eure vollständige Unabhängigkeit auszurufen, während die Arbeiter in den Städten dasselbe tun werden. Dann organisiert euch, indem ihr den Gemeinden und Gegenden nach „freie Verbindungen" schließt!

Dies ist es, was wir den Bauern gesagt haben und der einzige Einwand, den sie uns machten, berührte nicht das Wesen unserer Ideen, sondern betraf nur die Möglichkeit ihrer Ausführung. „Sehr gut — antwortete man uns — das wäre allerdings vorzüglich, wenn nur die Bauern sich untereinander verständigen könnten!"

Nun arbeiten wir daran, damit sie sich verständigen können! Verbreiten wir unsere Ideen, säen wir mit vollen Händen unsere Schriften aus, die sie darlegen, arbeiten wir daran, die Verbindungen herzustellen, welche heute noch zwischen den Dörfern fehlen, und wenn der Tag der Revolution da ist, seien wir fähig, mit ihnen, für sie zu kämpfen!

Dieser Tag ist viel näher, als man im allgemeinen glaubt.

Daß diese letzte Prophezeihung nicht eines Kernes von Wahrheit entbehrte, hat die Entwicklung bewiesen.

Wie aber auch immer die Gesellschaftsformen sich gestalten mögen, die Freiheit aller einzelnen Gruppen untereinander und die Freiheit aller ihrer Mitglieder in ihnen ist der Kern der Lehre.

Johann Most hat in seiner „Freien Gesellschaft" diesen Zustand einmal so geschildert:

> Es ist durchaus keine Schablone nötig. Da arbeitet man vielleicht nur vormittags, hier nur nachmittags. In einer dritten Abteilung zieht man es vor, jeden zweiten Tag vor- und nachmittags zu arbeiten, dafür aber jedem Arbeitstage einen Ruhetag folgen zu lassen. In der einen Gruppe führt man gleichmäßige Arbeitszeit und gleichmäßigen Anteil am Ertrag der Tätigkeit der ganzen Gruppe ein. Andere Gruppen überlassen es ihren einzelnen Mitgliedern, bald mehr, bald weniger tätig zu sein und dementsprechend beim Verteilen des Ertrages gehalten zu werden. In manchen Gruppen wollen vielleicht alle, die dazu gehören, mehr leisten, als in anderen Gruppen üblich ist, und dafür auch desto reichlicher genießen, während auch der umgekehrte Fall denkbar ist, nämlich Verzicht auf einen Teil der durchschnittlich erreichbaren materiellen Genüsse und dafür desto kürzere Arbeitszeit, resp. desto mehr Gelegenheit zur Ergehung im geistigen Genuß. Jeder suche sich eine solche Gruppierung von Individuen aus, welche in ihren Neigungen den seinigen am nächsten steht.

9. Kommunismus und Anarchismus.

Jede andere Organisation würde der menschlichen Freiheit widerstreiten. Proudhon gibt zu, daß heute zwar durch das Privateigentum die wenigen Starken die vielen Schwachen berauben; aber durch das kommunistische Eigentum käme man zweifellos dahin, daß die vielen Schwachen die wenigen Starken vergewaltigen würden, und in seinem „Programm" vom 31. März 1848 erklärt er:

> Dem Körper der Gesellschaft nicht weniger als die Bewegung, ja das Leben rauben — das ist der verhängnisvolle Irrtum des Kommunismus! . . . Wenn ihr davon redet, die Arbeit (von oben herab) zu organisieren, ist es genau so, wie wenn ihr vorschlagen wolltet, der Freiheit die Augen auszustechen!

Je älter er wurde, desto mehr betonte er seinen Gegensatz zum Kommunismus, so 1858 in seiner „Justice" (Gerechtigkeit):

> Was ich seit 40 Jahren suchte, indem ich das Eigentum erklärte, das, was ich heute will, das ist — ich habe es bis zum Überdruß wiederholt — nicht die Abschaffung des Eigentums. Es hieße mit Plato, Rousseau, Louis Blanc und anderen Gegnern des Eigentums in den Kommunismus fallen, gegen den ich mit allen Kräften protestiere. Das, was ich für das Eigentum fordere, das ist eine — Wage.

Auch Stirner lehnt alle „Pöbelbeglückungsversuche" und „Schwanenverbrüderungen" ab:

> Heißt es sozialistisch: die Gesellschaft gibt Mir, was ich brauche — so sagt der Egoist: Ich nehme Mir, was Ich brauche.

Krapotkin erklärt in seiner „Eroberung des Brotes":

> Wir sind mit den Gegnern des autoritären (marxistischen) Sozialismus darin völlig einverstanden, daß dieser eine ungerechte und unerträgliche Beraubung der persönlichen Freiheit bedeuten würde.

Benjamin Tucker zeichnet in seinem „Kommunismus und Anarchismus" „das Ziel am Ende der Bahn, die Karl Marx eingeschlagen hat":

> Jedermann wird ein Lohnarbeiter und der Staat der einzige Lohngeber sein. Wer nicht für den Staat arbeiten will, muß verhungern, oder was wahrscheinlicher ist, ins Gefängnis wandern; die Handelsfreiheit muß vollständig aufhören; jede gewerbliche Tätigkeit, jeder Handel muß sich in ein unabsehbares, ungeheures, allumfassendes Monopol auflösen.
>
> Welche weiteren Anwendungen sich aus diesem Autoritätsprinzip ergeben werden, wenn es einmal im wirtschaftlichen Gebiet angenommen ist, liegt auf der Hand. Es bedeutet die unbedingte Kontrolle alles individuellen Handelns durch die Mehrheit; denn es lag von jeher im Wesen der Gewalt, ihre Grenzen zu überschreiten; und wo das Individuum nicht dazu angehalten wird, seine Rechte argwöhnisch zu bewachen, verschwindet die Individualität nach und nach, und die Regierung oder der Staat wird alles in allem.

Kontrolle bedingt selbstverständlich Verantwortlichkeit. Unter dem System des Kommunismus, der die Gesellschaft verantwortlich hält für die Gesundheit, den Wohlstand und die Bildung jedes Einzelnen, ist es deshalb selbstverständlich, daß die Gesellschaft durch den Ausdruck der Mehrheit immer mehr darauf bestehen wird, die Bedingungen für Gesundheit, Wohlstand und Bildung vorzuschreiben, in solcher Weise die Unabhängigkeit des Einzelnen und mit ihr das Gefühl seiner Verantwortlichkeit beeinträchtigend und schließlich gänzlich zerstörend.

Der Franzose Lesigne hat in einer im anarchistischen Schrifttum viel verbreiteten Gegenüberstellung „Kommunismus und Anarchismus" wie folgt erklärt:

Der eine ist diktatorisch — der andere freiheitlich.

Der eine ist dogmatisch — der andere wissenschaftlich.

Der eine trachtet das Glück aller zu gründen — der andere will jeden in den Stand setzen, auf seine eigene Weise glücklich zu sein.

Der eine wünscht, daß es nur noch Proletarier gebe — der andere wünscht, daß es überhaupt keine Proletarier gebe.

Der eine will jeden enteignen — der andere will jeden zum Eigentümer machen.

Der eine sagt: „Tue, was der Staat will" — der andere sagt: „Handle nach eigenem Ermessen."

Der eine droht mit Zwangsherrschaft — der andere verheißt die Freiheit!

Die deutsche sozialdemokratische Partei hat auf ihrem Parteitag in St. Gallen 1887 ihre Stellung zum Anarchismus so dargelegt:

Der Parteitag erklärt die anarchistische Gesellschaftstheorie, soweit dieselbe die absolute Autonomie des Individuums erstrebt, für antisozial, für nichts anderes als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus, wenn sie auch in ihrer Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung von sozialistischen Gesichtspunkten ausgeht. Sie ist vor allem mit der sozialistischen Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Regelung der

Produktion unvereinbar und läuft, wenn nicht die Produktion auf den Zwergmaßstab des kleinen Handwerks zurückgeführt werden soll, auf einen unlöslichen Widerspruch hinaus.

10. Der Weg zum Ziel.

Auf welchem Wege wollen die Anarchisten ihr Ziel erreichen? Der Weg der Gewalt, der vielfach mit dem Begriff des Anarchismus ohne weiteres verbunden wird, ist keine notwendige Folgerung des anarchistischen Zukunftsbildes.

Die Taktik der Gewalt vertraten in erster Reihe die Slawen, deren Verhalten zum Teil aus den politischen Verhältnissen Rußlands um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erklärt werden muß. Unter ihnen war es der Bakuninschüler Netschajew, der zuerst zur „Propaganda der Tat" aufrief:

> Das Wort hat für uns nur Wert, wenn ihm die Tat auf dem Fuße folgt. Nicht alles ist Tat, was diesen Namen führt; z. B. ist die bescheidene und zu vorsichtige Organisation geheimer Gesellschaften ohne äußere Kundgebungen in unseren Augen nur ein lächerliches und unerträgliches Kinderspiel. Wir nennen äußere Kundgebungen nur eine Reihe von Handlungen, die in Wahrheit eine Person, eine Sache, ein Verhältnis zerstört — irgend etwas, was die Volksbefreiung hindert.

Selbst Krapotkin tritt in seinem „Geist der Revolution" für die Propaganda der Tat ein:

> Wer immer die Geschichte kennt und einen noch so wenig geordneten Verstand sein eigen nennt, weiß vollauf, daß eine theoretische Propaganda der Revolution sich notwendig in Taten umsetzen muß, lange bevor die Theoretiker entschieden haben, daß nun die Stunde gekommen sei. Nichtsdestoweniger entrüsten sich die Theoretiker gegen die „Narren", stoßen sie aus, belegen sie mit dem Banne. Aber die Narren finden Sympathie, die Menge des Volkes klatscht im geheimen ihrer Kühnheit Beifall und sie finden Nachahmung ... Eine Tat macht in wenigen Tagen mehr Anhänger als Tausende von Büchern.

Von den Slawen beeinflußt wurde auch Joh. Most, der ebenfalls die Gewalttat verteidigte. Von ihm wieder beeinflußt, entstand in Österreich eine ziemlich umfangreiche Bewegung, deren Führer der Zimmermaler Josef Peukert wurde. Seine Zeitschriften gaben z. T. wie die Pester Blätter „Sozialist" und „Radikal" das Losungswort aus: „Es lebe die Bestialität." Bald begann man denn auch zur Ermordung mißliebiger Polizeibeamten überzugehen und sich durch den Raub (die Anarchisten nannten ihn „individuelle Enteignung") Mittel für die Propaganda zu verschaffen. Die Führer dabei waren von 1882—1884 Kammerer und Stellmacher, letzterer ein ehemaliger Redakteur der Mostschen „Freiheit".

Nach ihrer Hinrichtung ebbte die Bewegung zurück. Im Deutschen Reich bildeten sich unter dem Sozialistengesetz ähnliche anarchistische Gruppen. Eine von ihnen plante unter Führung von Reinsdorf, die deutschen Bundesfürsten, die sich zur Einweihung des Niederwald-Denkmals zusammenfanden, in die Luft zu sprengen. Alle Vorbereitungen waren getroffen. Im letzten Augenblick wurde der Plan vereitelt, und Reinsdorf starb auf dem Schaffot.

Für die „Propaganda der Tat" erklärte sich der Londoner Anarchistenkongreß, der von 119 Gruppen mit 50 000 Mitgliedern beschickt war:

> Da die technischen und chemischen Wissenschaften der revolutionären Sache bereits große Dienste geleistet haben und noch zu leisten bestimmt sind, so empfiehlt der Kongreß allen Organisationen und Mitgliedern, großen Wert auf das Studium und die Anwendung dieser Wissenschaften als ein Mittel des Angriffs und der Verteidigung zu legen.

Auch die Pittsburgher „Prinzipienerklärung" vom 16. Oktober 1883 sagt:

> Wir können durch zahlreiche Beispiele zeigen, daß alle Versuche, welche in der Vergangenheit gemacht wurden, das heutige ungeheuerliche Gesellschaftssystem durch feindliche Mittel, wie z. B. durch den Stimmzettel, zu beseitigen, ganz nutzlos waren und mithin auch in der Zukunft bleiben müssen . . .

Unter diesen Umständen bleibt nur ein Mittel übrig — die Gewalt!

Unsere Vorfahren (die Freiheitskämpfer von 1776—1781) haben uns nicht nur gelehrt, daß gegen Tyrannen die Gewalt gerechtfertigt und das einzige Abhilfsmittel ist, sondern sie haben uns in dieser Beziehung selbst ein unsterbliches Beispiel gegeben. Durch Gewalt haben sich unsere Vorfahren von ihren fremden Unterdrückern befreit, und durch Gewalt haben sich auch deren Nachfolger von der einheimischen Unterdrückung frei zu machen! . . .

Zittert, ihr Tyrannen der Erde! Nicht weit von euren blinden Augen steigt empor das Morgenlicht des Tages der Entscheidung und Gerechtigkeit!

Demgegenüber stehen die Vertreter der anarchistischen Gedanken, welche jede Anwendung der Gewalt als ihrem Wesen nach freiheitsfeindlich verwerfen. So erklärte Proudhon, daß er sein Ziel erreichen könne, selbst wenn er alle Tage mit dem Polizeipräfekten zu Mittag speise. In seinen „Tagebuchblättern" (20. Mai 1853) mahnt er:

Erinnert euch vor allem, daß Menschen töten nicht dasselbe ist, wie: Einrichtungen abschaffen, Grundsätze töten und die Sitten wandeln!

Auch Elisée Reclus lehnt jede Gewalttat ab:

Missetäter besudeln unsere Lehre. Wer sich Anarchist nennt, kann es nur in guter und sanfter Art sein. Es ist eine Täuschung zu glauben, daß man mit Greueltaten den anarchistischen Gedanken fördere.

Er fordert von dem Anarchisten nur, daß er selber nicht helfe, vorhandene Autoritäten zu stärken:

Obwohl es unser Ziel ist, ohne Regierung und ohne Gesetze zu leben, sind wir genötigt, uns in vielen Dingen zu unterwerfen. Wie oft indessen sind wir imstande, unsern eigenen freien Willen durchzusetzen und uns nicht nach dem zu richten, was die Menschen auf Grund herkömmlichen Schlendrians von einander fordern? Auf keinen Fall werden wir die Autorität dadurch stärken, daß wir sie anrufen oder uns bittend an sie wenden, und ebensowenig werden wir von uns aus zur Befestigung der Gesetze dadurch beitragen, daß wir

bei den Gerichtshöfen unser Recht suchen, oder dadurch Urheber unseres eigenen Unheils werden, daß wir irgend einem Kandidaten unsere Stimme geben.

Einen Schritt weiter geht einer der Hauptwortführer des „kommunistischen Anarchismus" in Deutschland, Gustav Landauer (geb. 7. 4. 1870, gest. in München am 4. 5. 1919). Er will zunächst den Namen Anarchie durch Sozialismus (ja nicht Sozialdemokratie) ersetzen:

Anarchie ist nur ein anderer, in seiner Negativität und besonders starken Mißverständlichkeit weniger gute Name für Sozialismus.

Nach ihm kann die freie Gesellschaftsordnung

nur dadurch anfangen, Wirklichkeit zu werden, daß die wollenden Sozialisten zu Lebensgemeinschaften zusammentreten und so nach jeweiliger Möglichkeit ihren Austritt aus der kapitalistischen Wirtschaft betätigen.

Die beginnenden Siedlungen des Sozialismus werden vorbereitet durch die Zusammenlegung des Konsums und den Ersatz der Geldwirtschaft durch gegenseitigen Kredit. Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, daß die arbeitenden Menschen und die Wirtschaftsgemeinden ohne Dazwischentreten von Profitmachern und Schmarotzern produzieren und die Produkte ihrer Arbeit untereinander tauschen . . .

Die Freimachung des Bodens und seine Neuaufteilung unter die Wirtschaftsgemeinden auf der Grundlage der Gerechtigkeit, der wahren Bedürfnisse und der Anerkenntnis, daß es keinerlei unverjährbares Eigentumsrecht am Boden geben kann, ist Bedingung für die endgültige und völlige Durchsetzung des Sozialismus unter den Völkern.

Die Überwindung des Staates ist nur auf dem Wege der Aufklärung zu erreichen. Der Staat wird in dem Augenblick beseitigt sein, in dem sich niemand mehr findet, der bereit ist, staatliche Tätigkeiten auszuüben.

11. Staatsbürgerstreik, Syndikalismus und Bolschewismus.

Einen Versuch praktischer Anarchie haben im Juni 1907 die Weinbauern Südfrankreichs unternommen. Sie ver-

langten vom Staat Abstellung ihrer wirtschaftlichen Notlage. Als die Staatsorgane nichts gegen den Preissturz des südfranzösischen Weins, gegen die Krankheiten der Weinrebe usw. vermochten, wählten die Weinbauern die radikalsten Sozialdemokraten ins Parlament. Als auch dieser Ausweg keine Hilfe brachte, erklärten sie, diesem Staate keine Steuern mehr entrichten zu wollen. Die Staats- und Gemeindebeamten legten ihre Ämter nieder. Alle Befehle der fernen Regierung in Paris legte man unbeachtet beiseite. Man sah einen staatsrechtlichen Versuch von höchster Bedeutung. Aber es kam, wie es kommen mußte. Vorübergehend unter dem Drange einer großen bestimmten Not, einer allgemeinen, tiefen Leidenschaft ließ sich dieser „Staatsbürgerstreik" ein paar Wochen aufrecht erhalten, dann versank er in sich selbst.

Eine besondere Bedeutung haben die anarchistischen Gedanken in den Gewerkschaftskämpfen erlangt. Aus ihnen ist die syndikalistische Richtung (Syndicats = französische Gewerkschaften) erwachsen, die von der parlamentarischen Gesetzgebungsmaschine nichts, von dem direkten wirtschaftlichen Kampfe alles erwartet. In dieser Bewegung handelt es sich nicht um die Organisation der Arbeiter, wie bei den gewöhnlichen Gewerkschaften, sondern um die Organisation der Arbeit auf neuer Grundlage zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft. Jeder Gewerkschaft sollen alle Produktionsmittel, an denen ihre Mitglieder tätig sind, als Eigentum übertragen werden: Der Gewerkschaft der Bergarbeiter die des gesamten Bergbaues, den Metallarbeitern die der gesamten Metallindustrie, den Lederarbeitern die der gesamten Lederindustrie. Die einzelnen Gewerkschaften verwalten dann im gemeinsamen Interesse den ihnen zugewiesenen Zweig der Gütererzeugung des Landes. Die Arbeiter werden so ihre eigenen Arbeitgeber, und im freien Austausch unter den einzelnen Gewerkschaften wird das anarchistische Ideal erreicht und der Staat überflüssig gemacht.

Als charakteristisch sei aus dem deutsch-österreichischen Anarchistenorgan „Wohlstand für Alle" der Bericht über den „Nationalkongreß der spanischen Gewerkschaften" vom 30. Oktober—1. November 1910 in Barcelona wiedergegeben:

Die Zentralisationsgelüste der Herren Politiker in Madrid bleiben ein schöner Traum. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß das spanische Proletariat seinen Weg durch jene politisch-parlamentarisch-zentralistische Wüste nimmt, in der die germanischen Völker nun schon länger seufzen, als die jüdischen Altvorderen nach dem Auszuge aus Ägypten.

Das Wesen des Syndikalismus zeichnet der Kongreß so:

> Der Syndikalismus ist eine Organisationsform, die den Klassenkampf am meisten und schärfsten zum Ausdrucke bringt. In seinen Reihen wird den Vorrechten der besitzenden Klassen direkt entgegengearbeitet. Er hat die Aufgabe, die Interessen seiner Mitglieder in ihrem direkten Kampfe gegen den Besitz zu wahren und die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem wirtschaftlichen Joch vorzubereiten.

Als wichtigstes Mittel erscheint der Generalstreik. Wenn alle Arbeit zum Stillstand kommt, werden die Nahrungsmittelvorräte bald erschöpft sein; es werden Unordnung und Unruhen ausbrechen. Im allgemeinen Chaos werden die Betriebsräte auf den Plan treten und ihr Ziel ohne großen Widerstand erreichen. Aber nicht bloß um dieses letzten Zieles willen fordert der Syndikalismus die „direkte Aktion", d. h. die unter Umgehung aller Gesetze einsetzende unmittelbare wirtschaftliche Kraftentfaltung. Auch jeder einzelne Schritt vorwärts wird hierdurch am ehesten zu erreichen sein.

So riefen die französischen Gewerkschaften auf ihrem Kongreß zu Bourges 1904 die Arbeiter auf:

> Sollen wir der bisherigen Richtung folgend, fortfahren, uns auf den guten Willen des Gesetzgebers zu verlassen?
>
> Nein, wir wollen unser Los selbst verbessern. Die Freiheit wird nicht erbettelt, sie wird mit Gewalt errungen.
>
> Der Kongreß von Bourges hat daher beschlossen, ein gewisses Datum (1. 5. 1906) festzusetzen, von welchem ab die Arbeiter sich weigern sollen, länger als acht Stunden täglich zu arbeiten! . . . Wollen ist Können. Laßt uns den achtstündigen Arbeitstag wollen, und wir werden ihn auch erreichen!

Auch hier gab es einige Wochen eine große Erregung, auch teilweise Erfolge, die aber meist unter den Bedingungen des Alltags schnell wieder verloren gegangen sind. —

In Deutschland steht der Hauptteil der Syndikalisten in der „Freien Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten)". Diesen Namen gaben sich die Syndikalisten auf ihrem 12. Kongreß vom 27. bis 29. Dezember 1919 in Berlin. Auf ihm waren 111 675 Mitglieder durch 109 Delegierte vertreten. Rocker sprach über „die Prinzipienerklärung des Syndikalismus": „Die Männer, die 50 Jahre lang den Arbeitern die Eroberung der politischen Macht predigten, konnten mit ihr nichts anfangen, als diese am 9. November 1918 ihnen in den Schoß fiel. Deshalb müssen sie jetzt immer mehr bei den Syndikalisten Anleihen machen und zu den Mitteln der „direkten Aktion" greifen: wie Generalstreik, Rätesystem.

Alle Arbeiterkämpfe bis zur großen Internationale hatten lediglich wirtschaftlichen Charakter. Die Spaltung kam, als man den „Bourgeosie-Bazillus" von der Eroberung der politischen Macht in die wirtschaftliche Organisation hineingeschmuggelt hat. So ist der moderne Syndikalismus die rechtmäßige Erbin der alten Internationale. Er verlangt Abschaffung des Monopols an Grund und Boden, der Arbeitsgeräte, der Erzeugnisse und des Lohnsystems.

Der Staat sei geschaffen, um bestimmte Klassen zu unterdrücken, deshalb müsse es nicht Eroberung, sondern Abschaffung des Staates heißen. Es sei ein furchtbares Verhängnis der deutschen Arbeiterschaft, daß sie ihre zentralistische Organisationsform dem Staate und der Kirche entlehnt habe. Die Prinzipien der Selbstverantwortlichkeit und Solidarität werden durch diese Organisationsform unterdrückt; das gilt in Konsequenz auch von den zentralistischen Gewerkschaften und Parteiorganisationen. Zentralisation ist gleichbedeutend mit Herausschneidung des Gewissens aus dem Menschen.

Im Falle eines neuen 9. November in einem Lande mit vorwiegend syndikalistischen Organisationen hätten sich die Arbeiter-

börsen in statistische Bureaus zu verwandeln, um einerseits die Rohstoffe zu erfassen und Fortführung der Produktion zu sichern und um andererseits den notwendigen Verbrauch festzustellen, zur Regelung der Produktion. Nur so kann die Sozialisierung von unten nach oben durchgeführt und Korruption und ähnliche Krebsschäden am Wirtschaftskörper verhindert werden.

Lenin, der selbst einst scharfer Gegner der Syndikalisten war, hebt in einem Aufruf des russischen Sowjetkongresses ausdrücklich hervor, daß die politischen Parteien des revolutionären Proletariats aller Länder sich mit den Syndikalisten einigen müssen, weil sie, wenn sie auch keiner politischen Partei angehören, doch revolutionäre Klassenkämpfer seien."

Auf Antrag von Rocker nahmen die deutschen Syndikalisten eine Prinzipienerklärung an, die der „Syndikalist" 1919, Nr. 50 wiedergibt. Ihre wichtigsten Sätze sind:

Die Syndikalisten sind prinzipielle Gegner jeder Monopolwirtschaft. Sie erstreben die Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer; die Reorganisation des gesamten Wirtschaftslebens auf der Basis des freien, d. h. des staatenlosen Kommunismus, der in der Devise: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" seinen Ausdruck findet.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist und als solche nur von unten nach oben durch die schöpferische Tätigkeit des Volkes gelöst werden kann, verwerfen die Syndikalisten jedes Mittel einer sogenannten Verstaatlichung, das nur zur schlimmsten Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, nie aber zum Sozialismus führen kann.

Die Syndikalisten sind der Überzeugung, daß die Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Staatsdekrete geregelt werden kann, sondern durch den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter in jedem besonderen Produktionszweige; durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst, und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgmeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamt-

produktion und allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.

Die Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, ausgehend von der Erkenntnis, daß auch das freieste Wahlrecht die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mildern kann und daß das ganze parlamentarische Regime nur den Zweck verfolgt, dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu verleihen — den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.

Die Syndikalisten stehen auf dem Boden der direkten Aktion und unterstützen alle Bestrebungen und Kämpfe des Volkes, die mit ihren Zielen — der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates nicht im Widerspruch stehen. Ihre Aufgabe ist es, die Massen geistig zu erziehen und in den wirtschaftlichen Kampforganisationen zu vereinigen, um dieselben durch die direkte wirtschaftliche Aktion, die im sozialen Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet, der Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des modernen Klassenstaates entgegen zu führen.

Eine Art politischen Syndikalismus stellt der Bolschewismus dar. Der Name ist dem zufälligen Umstand zu danken, daß auf einem Kongreß der russischen Sozialdemokraten 1903 die Radikalen die Mehrheit hatten, ihre Anhänger also als die Bolschewiki (Vertreter der Mehrheit), dagegen die Gemäßigten als die Menschewiki (Vertreter der Minderheit) erschienen. Der Bolschewismus ist im November 1917 in Rußland zur Macht gekommen. Seine praktische Ausgestaltung stellt ihn zwischen den demokratischen Kommunismus von Karl Marx und den kommunistischen Anarchismus von Peter Krapotkin. Die von den Bolschewisten selbst einberufene Nationalversammlung, nach dem freiesten Wahlrecht gewählt, sprengten sie am 18. Januar 1918 mit Waffengewalt, als diese Versammlung einen ihnen nicht genehmen Beschluß faßte. Die von ihnen am 10. Juli 1918 erlassene Verfassung legt alle Gewalt in die Hände der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte (Sowjets). Als Grundaufgabe der für die gegenwärtige Übergangszeit be-

stimmten Verfassung der „Russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik" wird ausdrücklich erklärt:

> Die Errichtung der Diktatur des Stadt- und Dorfproletariats und des ärmsten Bauerntums zum Zwecke der vollständigen Niederhaltung der Bourgeoisie, der Beseitigung der Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen und der Einführung des Sozialismus, in dem es weder eine Einteilung in Klassen, noch eine Staatsmacht geben wird.

Deshalb haben das Wahlrecht auch die Bürger beiderlei Geschlechts vom 18. Lebensjahre an nur, wenn sie die Mittel zu ihrem Unterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben und Mitglieder der Gewerkschaftsverbände sind.

Nicht wählen und nicht gewählt werden dürfen u. a.:

1. Personen, die andere anstellen, um einen Vorteil daraus zu gewinnen;
2. Personen, die arbeitsloses Einkommen haben, wie Zinsen vom Kapital, Einnahmen von Unternehmungen, Erträgen von Vermögen usw.;
3. Privathändler, Handelsvermittler;
4. Diener der religiösen Gemeinschaften.

Die Wahl für Dorf- und Stadtsowjet gilt nur für 3 Monate, damit die Masse der Proletarier unmittelbar eine stete Aufsicht ausüben kann. Die einzelnen Sowjets werden zu Bezirks-, Kreis-, Gouvernements- und Provinzial-Kongressen zusammengeschlossen. Die höchste Gewalt der Republik bildet der allrussische Kongreß, der einen „allrussischen Haupt-Vollziehungs-Ausschuß" von 200 Mitgliedern bestellt. Die Hauptführer sind Lenin (eigentlich Uljanoff), Trotzkij (Braunstein), Radek (Sobelsohn) und Kamenew (Rosenfeld).

Als Endziel der russischen Revolution wird die Weltrevolution, die endgültige Befreiung der Proletarier aller Länder vom Kapitalismus, hingestellt. In Deutschland hat eine Gruppe Sozialisten, die sich nach dem alten Sklavenführer Spartakus nennt — unter dem Einfluß von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg — die Grundsätze des Bolschewismus angenommen. Auch der Spartakusbund (s. sein Zentralorgan „Die rote Fahne",

1918, Nr. 29) lehnt eine Nationalversammlung selbst auf Grund des freiesten Wahlrechts ab:

> Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten. Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, ist die Diktatur des Proletariats, und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Tor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

Auf seiner ersten Reichskonferenz am 30. und 31. Dezember 1918 gab sich der Spartakusbund den Namen: „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)." Beachtenswert war die Stellung zur Nationalversammlung. Obwohl Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Beteiligung an den Wahlen aus taktischen Gründen befürworteten, erklärte sich die Reichskonferenz mit 62 gegen 23 Stimmen dagegen, „die Revolution wieder von der Straße in die Parlamentsstube zu verlegen."

Nach dem Tode von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (16. 1. 1919) sind in der Kommunistischen Partei schwere Streitigkeiten ausgebrochen, die namentlich auch in der verschiedenen Stellung zu der syndikalistischen Bewegung ihre Ursache haben.

12. Ein Schlußwort.

Das Urteil über alle anarchistischen Versuche ist im voraus durch die Bedingungen der Menschennatur gegeben. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Kein Geschöpf kommt hilfloser zur Welt als er. Alles, was ihn zum Menschen macht, kann sich nur in der Gemeinschaft und durch sie entwickeln. Nur Bettler oder Betrüger pflegen aber dauernd mehr zu nehmen, als sie geben.

Gewährleistet die Kulturgemeinschaft dem Einzelnen alle Lebensbedingungen, so ist auch jede einzelne Persönlichkeit durch unlösbare Pflichten dieser Gemeinschaft verbunden. In diesem Sinne lauten auch die Urteile der besten Denker über alle Versuche, das Einzelwesen auf sich zu stellen. Zu Beginn des Nachdenkens über wirtschaftliche Dinge steht das Wort des Aristoteles:

> Ein Mensch, der die Gesellschaft wirklich entbehren kann, muß entweder ein Tier oder ein Gott sein.

Auf dem Grund unserer Erfahrung steht das Urteil, das Fürst Bismarck einst im Gespräch mit Lothar Bucher, dem alten Freunde Lassalles, gefällt hat:

> Sie werden unter den Anarchisten nie einen rechten Naturforscher finden, einen Chemiker wohl, aber keinen Mann, der so recht mit Lust und Liebe das Wachsen und Gedeihen in der Natur beobachtet und zu seinem Studium macht. Solche Leute wissen zu gut, daß die ganze Natur und die ganze Kultur auf allmählicher, organischer Entwicklung beruhen.

Die Anschauung des „kommunistischen" Anarchismus, wie sie zumal von den Syndikalisten vertreten wird, würde an sich die heutige „anarchistische" Wirtschaftsordnung mit ihrem Durcheinander und Gegeneinander der Betriebe nicht aufheben. Zunächst wenigstens würde an Stelle des Einzelkapitalismus der Unternehmer eine Art Gruppenkapitalismus der Arbeiter treten. An Stelle der heutigen leitenden Fachleute, die in der Regel mit eigenem Vermögen haften und deshalb auf Gedeih und Verderben in einem bestimmten Betriebe wurzeln, könnten wohl bloße Worthelden an leitende Stelle gelangen, berufen durch Arbeiter, die kurzsichtiges Gewinnstreben über Zukunftsnotwendigkeiten der Betriebe setzen könnten.

Und folgt man gar dem „individuellen Anarchismus", so kann die Lehre von der schrankenlosen Herrschaft des Ich: „Mir geht nichts über Mich" nur zu häufig zu der Herrenmoral führen, die jedes Arbeiten für die Gesamtheit verächtlich ablehnt. Wird, wie es Krapotkin in seiner „Eroberung des Brotes" tut, das Recht auf den eigenen Arbeitsertrag verworfen zugunsten des freien

Genußrechts, so wird dieses eben ein Anrecht auf den Arbeitsertrag der andern. Damit aber ist jedes soziale Unrecht auch heut schon gerechtfertigt. Und so ist es denn kein Wunder, daß namentlich in gewissen Schichten der goldenen Jugend halb verstandene anarchistische Lehren am meisten im Munde geführt werden; daß sie aber doch auch ehrliche und opferwillige Menschen mit hinreißen, liegt in den Mißbräuchen und Schäden, die die heutige Staatsordnung zweifellos aufweist. Man lese einmal die Schrift des hervorragendsten anarchistischen Theoretikers unserer Zeit Krapotkin: „Der moderne Staat". Hier heißt es über die „Steuer als Mittel, die Reichen zu bereichern" u. a.:

> Hat der Kapitalismus dazu beigetragen, den modernen Staat zu schaffen, so dürfen wir nicht übersehen, daß auch das Umgekehrte gilt: der moderne Staat erzeugt und ernährt den Kapitalismus.
>
> Adam Smith hatte schon im achtzehnten Jahrhundert diese Eigenschaft der Steuer aufgedeckt; aber das Forschungsgebiet, dessen Grundlinien er zeichnete, wurde nicht weiter verfolgt, und um diese Gabe der Steuer heute nachzuweisen, müssen wir unsere Beispiele von überallher holen.
>
> Nehmen wir also einmal die Grundsteuer, die eine der mächtigsten Waffen in der Hand des Staates ist. Der achte Bericht des Arbeitsamtes des Staates Illinois bietet eine Fülle von Beweisen, um zu zeigen, wie — selbst in einem demokratischen Staat — Millionenvermögen lediglich durch die Art geschaffen worden sind, wie der Staat das Grundeigentum in Chicago besteuert.
>
> Diese Großstadt hat sich sprunghaft entwickelt und hat es in fünfzig Jahren auf anderthalb Millionen Einwohner gebracht. Dadurch nun, daß der Staat den bebauten Grundbesitz hoch besteuerte, während der nicht bebaute, selbst im Zentrum des Geschäftslebens der Stadt, nur ganz unbedeutend veranlagt war, schuf er Millionenvermögen. Grundstücke in einer Hauptstraße, die vor fünfzig Jahren für das Zehntel Hektar 4800 *M* galten, sind heute bis zu einem Wert von 4 000 000 bis 4 800 000 *M* gestiegen.
>
> Es ist indessen ganz klar, daß, wenn die Steuer „metrisch" gewesen wäre — das heißt so und so viel für ein Quadratmeter, gleichviel, ob bebaut oder nicht — oder auch, wenn der Boden

Gemeinbesitz geworden wäre, solche Vermögen sich niemals hätten aufhäufen können. Die Stadt hätte den Gewinn vom Anwachsen ihrer Bevölkerung gehabt und hätte die auf den Arbeiterhäusern lastenden Steuern dementsprechend herabgesetzt. Jetzt dagegen, wo die von den Arbeitern bewohnten sechs- bis zehnstöckigen Häuser die Hauptmasse der Steuern aufbringen, ist der Arbeiter gezwungen, dafür zu arbeiten, daß die Reichen nur immer noch reicher werden; und zur Entschädigung zwingt man ihn, die gesundheitsschädlichen Höhlen zu bewohnen, die, wie alle Welt weiß, jede, auch die geistige Entwicklung der Klasse, die sie bewohnt, hemmen und sie um so sicherer dem Fabrikanten ausliefern. Der „Eight Biennal Report of the Bureau of Labor Statistics of Illinois: Taxation 1894" ist voll von schlagenden Nachweisen in dieser Hinsicht.

Oder nehmen wir zum Beispiel das englische Arsenal in Woolwich. Früher waren die Grundstücke, auf denen Woolwich gewachsen ist, nichts als ödes Land, auf dem nur Kaninchen hausten. Seit der Staat dort sein großes Arsenal gebaut hat, ist aus Woolwich und den Nachbargemeinden eine volkreiche Stadt geworden, wo 20 000 Mann in den Staatswerkstätten Zerstörungswerkzeuge herstellen.

Im Juni 1899 forderte ein Abgeordneter die Regierung auf, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen. „Wozu?" gab der Minister und Nationalökonom Goschen zur Antwort. „Das würde ja doch alles von den Grundbesitzern eingesteckt werden!" ... In den letzten zehn Jahren sind die Löhne um 20 % gestiegen; aber die Arbeitermieten sind in derselben Zeit um 50 % gestiegen. „Die Erhöhung der Löhne" (ich zitiere wörtlich) „hat also lediglich die Wirkung gehabt, die Summe, die in die Taschen der Grundbesitzer geflossen ist, noch mehr zu vergrößern" (sie waren schon vorher Millionäre). Die Gründe, die den Minister bei seiner Beweisführung leiteten, waren durchsichtig genug; aber die Tatsache, daß die Millionäre den größten Teil der Lohnerhöhung einstecken, verdient hervorgehoben zu werden. Das stimmt durchaus.

Andererseits müssen die Einwohner von Woolwich, wie die in jeder anderen großen Stadt, die Steuern fortwährend verdoppeln und verdreifachen, um die Stadt zu drainieren, kanalisieren und pflastern, die früher ein Herd der Ansteckung war und heute gesund ist. Und dank dem System der Grundsteuer und des Eigentums, das in Kraft ist, ist diese ganze Masse Geld den Grundbesitzern zugeflossen, um sie um diesen

Betrag reicher zu machen. „Diese verkaufen dann wieder die Gewinne, die sie aus den sanitären Verbesserungen gezogen haben, im Detail an die nämlichen Steuerpflichtigen, die diese Verbesserungen erst aus ihrer eigenen Tasche bezahlt hatten", so sagt völlig wahr die „Kameradschaft", das Genossenschaftsblatt von Woolwich.

Oder man baut in Woolwich eine Dampffähre zur Fahrt über die Themse und zur Verbindung der Stadt mit London. Zuerst war es ein Monopol, das vom Parlament zugunsten eines Kapitalisten geschaffen wurde, der die Befugnis erhielt, diese Verkehrsverbindung mittelst der Dampffähre zu unterhalten. Dann, nach Verlauf einer gewissen Zeit, kaufte die Stadtverwaltung dem Monopolisten, da er die Überfahrt zu teuer berechnete, das Recht auf die Fährverbindung ab. Alles in allem kostete das die Steuerpflichtigen binnen acht Jahren fast 4 500 000 *M*. Aber siehe da, jetzt steigt der Wert eines ganz kleinen Grundstücks, das in der Nähe der Fähre liegt, um 60 000 *M*, die vor aller Augen vom Grundbesitzer eingesteckt werden. Und da dieses Grundstück nicht aufhört, im Wert zu steigen, ist wieder einmal ein neues Monopol gegründet, ist die Menge der Kapitalisten, die der englische Staat schon erzeugt hat, um einen vermehrt.

Aber noch mehr. Den Arbeitern der Staatswerkstätten in Woolwich gelingt es endlich, eine Gewerkschaft zu gründen, und mit Hilfe von Kämpfen setzen sie es durch, ihre Löhne auf einer höheren Stufe zu halten als in anderen Werkstätten derselben Gattung. Sie gründen auch eine Konsumgenossenschaft und verringern dadurch ihre Existenzkosten um ein Viertel — und auch hier fällt der Löwenanteil den Grundherren zu! Wenn einer dieser Herren sich entschließt, ein Stück seiner Ländereien zu verkaufen, dann annonciert sein Agent — wörtlich — in den Lokalblättern: „Die hohen Löhne, die das Arsenal dank ihren Gewerkschaften den Arbeitern zahlt, sowie der Umstand, daß es in Woolwich eine blühende Konsumgenossenschaft gibt, machen dieses Gelände überaus geeignet zum Bau von Arbeiterwohnungen." Das heißt also: „Ihr könnt diese Grundstücke teuer bezahlen, ihr Herren, die ihr Arbeiterhäuser baut. Ihr haltet euch mit Leichtigkeit an den Mieten schadlos." Und man zahlt, man kauft, um zu bauen, man baut, um sich später am Arbeiter bezahlt zu machen.

Aber noch nicht genug. Da gelingt es nun mit unerhörter

Anstrengung und riesiger Arbeit ein paar Volksfreunden, in diesem nämlichen Woolwich eine Art von Genossenschaftsstadt mit Arbeiterhäusern zu gründen. Das Land wird von einer Genossenschaft gekauft; es wird drainiert und kanalisiert, die Straßen werden in genossenschaftlicher Arbeit gebaut; dann werden die Parzellen den Arbeitern verkauft, die, immer dank der Genossenschaft, ihre Häuschen billig bauen können. Die Gründer sind vergnügt: der Erfolg ist vollständig, und sie erkundigen sich, zu welchen Bedingungen sie einen benachbarten Hektar zur Vergrößerung ihrer Genossenschaftsstadt kaufen können. Sie hatten 30 000 ℳ für den Hektar bezahlt; jetzt fordert man von ihnen 60 000 ℳ . . . Warum? —

„Aber meine Herren, Ihre Kolonie macht eben so schöne Fortschritte: gerade sie hat den Wert dieses Bodens verdoppelt."

„Es lebe der Staat!"

Arbeite für uns, du armer Narr, der du glaubst, dein Los durch Genossenschaften zu verbessern, ohne daß du es wagst, zugleich gegen das Eigentum, die Steuer, den Staat vorzugehen!

Gewiß, das heutige verhängnisvolle Bodenrecht muß in der Tat jeden Reformversuch um seinen besten Erfolg betrügen. Jeder „moderne Staat" wird in der Regelung der grundlegenden Bodenfrage die große Prüfung über sein Daseinsrecht zu bestehen haben. Welche schweren Erschütterungen jede Sünde auf diesem Gebiet erzeugt, hat das deutsche Volk heut mehr denn je erkennen müssen. Ein falsches Bodenrecht stellt die tiefste und deshalb am eifersüchtigsten gewahrte Quelle der arbeitslosen Ausbeutung aller schaffenden Glieder eines Volkes dar.

Das Stück Recht, das auch im Anarchismus liegt, wirkt als Gegensatz zu den Ansprüchen eines übertriebenen Kommunismus. Auch in Arbeiterkreisen bäumt sich die Persönlichkeit dagegen auf, nur als Glied einer Gesamtheit gewertet zu werden. Sollte es aber nicht einen Ausgleich geben, der das Stück Recht im Kommunismus und das Stück Recht im Anarchismus organisch zu vereinen vermag?

X. Die Bodenreform.

1. Die englischen Vorläufer.

Aus der Geschichte der Philosophie ist die von Hegel (1770—1831) besonders ausgeprägte dialektische Methode bekannt. Nach ihr weckt jeder Gegenstand die ihm selbst innewohnenden Widersprüche, schlägt jeder Begriff (These) zunächst in sein eigenes Gegenteil (Antithese) um, ehe ein höherer Begriff (Synthese) gewonnen werden kann (s. Seite 110). Auch die Geschichte der Nationalökonomie nimmt ihre Entwicklung nicht in gerader Linie, sondern bewegt sich scheinbar in Widersprüchen; ein Schritt zu weit nach rechts, ein Schritt zu weit nach links und dann erst ein Schritt vorwärts, der wirklich weiterbringt. Faßt man in solchem Sinne die herrschende mammonistisch-manchesterliche Lehre mit ihrer Forderung des ungehemmten individuellen Spielraums als These auf, so erscheint der Kommunismus mit seiner unbedingten wirtschaftlichen Zentralisation als Antithese. Mit dem Anspruch, aus beiden Gegensätzen die Synthese herauszubilden, tritt die moderne bodenreformerische Schule auf. Das Ziel des Liberalismus: die persönliche Freiheit, und das Ziel des Kommunismus: die soziale Gerechtigkeit, will sie organisch vereinen.

Am meisten Anhang hat die Bodenreform bisher dort gewonnen, wo die Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet die reichsten Erfahrungen sammeln konnte: in den angelsächsischen Ländern.

In England blieb auch nach der Eroberung und Verteilung des Landes durch die Normannen 1066 ein großer Teil des Bodens im Besitz der Gemeinden und der Kirche. Als ums Jahr 1500

die Wollpreise schnell stiegen, wurde es für die großen Grundherren vorteilhaft, weite Schafweiden anzulegen. Sie vergrößerten ihren Besitz, indem sie oft mit Gewalt kleine Grundbesitzer ihres Bodens beraubten und Teile der Gemeindeländereien „einhegten", d. h. zum Privateigentum erklärten. Thomas Morus hat deshalb in seiner „Utopie" (s. Bd. II, S. 84) Klage geführt über Zustände, bei denen die Schafe die Menschen fressen. Es kam 1549 zu einem Bauernkrieg, der aber niedergeschlagen wurde. Als hundert Jahre später der Kampf des Parlaments gegen das Königtum einsetzte, der mit der Hinrichtung Karls I. 1649 endete, war auch die Bodenfrage wesentlich mitbestimmend. Das namentlich von Milton, dem Dichter des „verlorenen Paradieses" (1608—1674) vertretene Gesetz von der ursprünglichen Gleichheit aller Menschen, die Gott nach seinem Bilde geschaffen habe und von dem Staat, der einem freien Vertrag aller seiner Bürger seinen Ursprung verdanke, wurde von weiten Kreisen des landlos gewordenen Volkes mit Begeisterung aufgenommen. Sie zogen daraus die Folgerung völliger politischer Gleichheit, weshalb man sie Levellers (Gleichmacher) nannte. Aus der politischen Gleichheit forderten sie auch die soziale. Namentlich in Bezug auf die von Gott allen gegebene Erde. Noch lag die Hälfte des englischen Bodens unbearbeitet: Moor, Wald und Sumpf. Da sonderten sich aus den Levellers die „Diggers" (Gräber) ab. Am 8. April 1649 begannen sie in der Grafschaft Surrey Gemeindeland zu bebauen. Wenn sie auch durch Truppen bald auseinandergetrieben wurden, so lebten doch ihre Gedanken noch lange weiter. Ihr Führer Winstanlay hat sie 1651 in dem „Gesetz der Freiheit" niedergelegt. Der Grundgedanke ist einfach: Da der Schöpfer die Erde für alle Menschen bestimmt habe, so haben auch alle einen Anspruch darauf, die Erde zu bearbeiten und sich ihrer Früchte zu erfreuen!

Die wieder auf den Thron gelangten Stuarts mißachteten das Recht des Volkes auf den Boden. Sie glaubten, mit welchem Erfolg zeigt die Geschichte, in der Willfährigkeit gegen die großen Landherren ihren eigenen Interessen zu dienen.

Am folgenschwersten wurde das unter Karl II. erlassene und am 24. Juli 1677 in Kraft getretene „Statut of Frauds" (Anti-Betrug-Gesetz). Nach ihm sollte jeder Besitzer an Boden, der sich nicht durch unanfechtbare Urkunden als Vollbesitzer erweisen konnte, nur als Nutznießer „nach dem Willen des Lords" angesehen werden. Dadurch wurden alle die kleinen Grundbesitzer, die jahrhundertelang den Boden in Bearbeitung hatten, und die nie im Besitz von Dokumenten gewesen waren oder doch keine mehr besaßen, rechtlos gemacht. Das Gesetz wurde das Todesurteil für den freien Kleinbauernstand, wenn sich auch seine Folgen erst nach und nach zeigten; denn mit dem Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens eröffneten sich gerade den Kräftigsten und Tapfersten der landlos gewordenen Schichten neue Hoffnungen auf dem Meere und in der weiten Welt, in Amerika und Indien.

Daneben ging die „Einhegung" weiter. Seit dem Regierungsantritt Georgs II. (1727) schätzt man die Zahl der Parlamentsbeschlüsse für Einhegungen auf über 4000. Von 1710—1760 gingen dadurch der Gesamtheit rund 335 000 Acker (1 acre = 40,5 a) verloren. Noch schneller ging diese Entwicklung vor sich unter Georg III. (1760—1820). Die Industrie, die durch die Erfindung der Maschinen sich „mit Dampfkraft" ausdehnte, brauchte „Hände", landlose Arbeiter, und der Großgrundbesitz erlebte in den Kriegen mit Frankreich durch die Festlandsperre eine Steigerung der Grundrente, wie sie bisher unerhört gewesen war. Der Grundrentenwert stieg von 1780—1814 von 470 auf 980 Millionen ℳ (s. Bd. I, S. 377).

Solche Entwicklung zog den Blick mit Notwendigkeit wieder auf die Bodenrechtsverhältnisse, zumal die Lehren der französischen Physiokraten auch ihren Weg nach England fanden.

Der erste Verkünder eines neuen Bodenrechts in England war Thomas Spence, der am 21. Juni 1750 in New Castle am Tyne geboren wurde. Sein Vater war ein armer Schuhmacher, der 19 Kinder zu ernähren hatte. Spence wurde Lehrer und gründete in seiner Vaterstadt eine Privatschule. Ein langwieriger Rechtsstreit um ein Stück „eingehegtes" Gemeinde-

land seiner Vaterstadt mit den benachbarten Landherren führte 1773 zu dem Ergebnis, daß die Rente dieses Landes als Gemeineigentum in jedem Jahr unter alle Bürger verteilt werden mußte. Dadurch zum Nachdenken über die Bodenfrage geführt, stellte Spence in der „Philosophischen Gesellschaft" seiner Vaterstadt am 8. November 1775 die Forderung auf, die gesamte Grundrente Englands in gleicher Weise als Gesamteigentum des Volkes zu behandeln. Dieser Vortrag weckte ihm bittere Feindschaft. Als er ihn drucken ließ, stieß ihn jene Gesellschaft aus. Er mußte seine Schule eingehen lassen und ging nach London. Um seine Gedanken zu verbreiten, wurde er Buchhändler und vertrieb eine Reihe von Reformschriften und seine Wochenschrift „Pigs Meat" (Schweinefutter), in der er, um der Regierung jeden Vorwand zum Einschreiten zu nehmen, nicht die Engländer, sondern die Neger und Indianer zu einer Reform in seinem Sinne aufrief. Seine Anhänger bildeten die „Gesellschaft Spencescher Menschenfreunde". 1814 hat er in Armut sein Leben in London beschlossen. Ein Teil seiner Anhänger hat seine Gedanken mit unklaren kommunistischen Vorschlägen verbunden und 1817 einen unreifen Versuch unternommen, die Regierung durch einen Handstreich zu stürzen.

In einer 1805 erschienenen „Anweisung, wie man ein tausendjähriges Reich gründe", führt Spence aus:

> Gesellschaftliche Gesetze können nie natürliche Rechte entziehen. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind behalten, vom Tage ihrer Geburt bis zum Tage ihres Todes, ihr Erstgeburtsrecht am Boden ihrer Gemeinde.
>
> Demgemäß ist, wenn eine Gemeinde von ihrer Bodenpacht dem Staate und der Provinz ihren Anteil an den gemeinsamen Ausgaben überwiesen und die Mittel zur Bestreitung ihrer eigenen Bedürfnisse bereitgestellt hat, der Rest der Pacht das unbestreitbare gemeinsame Eigentum aller Männer, Frauen und Kinder, die in der Gemeinde angesessen sind, und sollte gleichmäßig unter sie verteilt werden.
>
> Das Eigentumsrecht ist das jedem Bürger zustehende Recht, nach freiem Ermessen von seinem Eigentum, seinen Einnahmen, seinem Fleiß und seiner Tätigkeit Gebrauch zu

machen und darüber zu verfügen. Von besonderer Art ist sein Recht am Boden, das, untrennbar mit dem Rechte seiner Gemeindegenossen verbunden, unveräußerlich ist.

Wohl durch Spence und die Physiokraten angeregt, wandte sich William Ogilvie der Bodenfrage zu. Er war 1786 in Schottland als dritter Sohn eines Großgrundbesitzers geboren. Er war ein Schüler von Smith, wirkte als Professor der humanistischen Wissenschaft in Aberdeen und starb am 14. Februar 1819. Er schrieb 1782 einen „Versuch über das Recht auf Bodeneigentum mit Rücksicht auf seine Begründung durch die Naturgesetze". Um seine Stellung nicht zu verlieren, nannte er nicht seinen Namen bei der Herausgabe des Buches, dessen Verkauf von der Regierung auch sofort verboten wurde. Nach dem Naturrecht hätte jeder Mensch Anspruch auf ein Stück des Erdbodens, ähnlich „wie auf den Gebrauch frischer Luft und fließenden Wassers". Einen Anspruch auf Grundbesitz gibt allein die Arbeit. Gewährt das Naturrecht einen gleichen Anteil am Boden, so gewährt das verschiedene Maß von Arbeit naturgemäß einen verschiedenen Anteil am Ertrag des Bodens. Die Gerechtigkeit muß deshalb einen Weg finden, beide Ansprüche zu vereinen. Dazu muß der Wert jedes Bodens in drei Teile gegliedert werden:

1. den „ursprünglichen",
2. den durch Aufwendung von Arbeit und Kapital „verbesserten" und
3. den zukünftig „möglichen Wert", den der Boden noch erlangen kann.

Der „verbesserte" Wert allein gehöre dem Besitzer, der „ursprüngliche" und der „zukünftige" aber der Gesamtheit.

Daß der ursprüngliche überall als Eigentum der Gesamtheit anerkannt werde, zeigt die Grundsteuer, die in allen Kulturländern besteht. Wo sie richtig ausgebaut wird, braucht man den „ursprünglichen" und den „verbesserten" Wert nicht mehr zu trennen, sondern die Grundrente gilt eben als Gegenleistung:

Der ursprüngliche Wert des Bodens wird in solchen Staaten tatsächlich als der Allgemeinheit gehöriges Land be-

trachtet, das nur großen Eigentümern übergeben ist, damit es durch die Auferlegung von Grundsteuern nach und nach zu allgemeinem Nutzen herangezogen werde, der, wenn es für die Gesamtheit erforderlich ist, mit Recht bis zur Erschöpfung des Ganzen aus ihm gezogen werden kann.

Eine gerecht ausgebaute Grundsteuer würde alle Steuern auf Arbeit und Lebenshaltung entbehrlich machen. Um dem Boden die bestmögliche Benutzung zu sichern, schlägt Ogilvie die Einsetzung eines Ansiedlungsamtes vor, das jedem, der Boden zur Bearbeitung begehre, Grundbesitz gegen eine Rente verschaffen solle. Da das englische Parlament von den großen Grundherren beherrscht wurde, erwartete er wenig von ihm. Seine Hoffnung war Friedrich der Große. Dieser aber hat, soviel wir wissen, auf das Werk, das ihm zugesandt wurde, überhaupt nicht geantwortet.

In einem Gemeinwesen mit gesundem Bodenrecht wird auch die in jener Zeit heiß umstrittene Frage, ob die Maschinen verderblich oder wohltätig wirken, keine Bedeutung mehr haben:

> In einem solchen Lande (mit eingeführter Bodenreform) könnte sich kein Verdacht erheben, könnte kein Argwohn laut werden, daß die Erfinder von Maschinen zur Erleichterung mechanischer Arbeit jemals der Allgemeinheit verderblich seien oder der Wohlfahrt des Staates schaden können.

Den Gedanken, die Bedürfnisse der Gesamtheit allein aus dem Bodenwert zu bestreiten und Handel und Gewerbe freizulassen, finden wir bereits bei Spence und Ogilvie. Schärfer noch wird der Gedanke vertreten in einer 1797 erschienenen Schrift: „Die wesentlichen Grundsätze des Wohls der Völker, dargestellt im Gegensatz zu den falschen Lehren Adam Smith'." Der Verfasser hat seinen Namen nicht genannt. Man schreibt sie John Grey zu. In dieser Schrift klingen am deutlichsten physiokratische Gedanken an: die Landherren bezogen die Grundrente mit Recht, solange sie die entsprechenden Pflichten erfüllten: Landesverteidigung, unentgeltlicher Dienst in Verwaltung und Gericht. Seitdem sie aber diese Pflichten auf die Gesamtheit abwälzten,

wurden die bloßen Grundrentenbezieher zu einer „Klasse, die der Gesellschaft nicht mehr notwendig ist". Die jährliche Pachtrente schätzt Grey auf etwa 25 Millionen £ = 30% des gesamten Einkommens in Großbritannien. Weder auf dem Gebiet des Ackerbaus, noch auf dem von Handel und Gewerbe träte auch nur der geringste Schaden ein, wenn diese ganze Summe für die Zwecke der Gesamtheit eingezogen würde. Im Gegenteil, alle Steuern auf das Einkommen der Gewerbetreibenden und alle indirekten Steuern, die die Lebenshaltung erschweren, würden durch die Einziehung dieser: „Single land tax" (Einzige Bodensteuer) ersetzt werden. Alle „Einhegungen" sind zu verbieten; das Gemeindeland darf nur dem zugänglich gemacht werden, der es selbst bearbeiten will und kann.

Charles Hall gewann als praktischer Arzt in London einen tiefen Einblick in das Elend der Bevölkerung der reichsten Stadt der Welt. Er starb, etwa achtzig Jahre alt, 1825 im Schuldgefängnis, weil er nicht erlauben wollte, daß eine Schuld, zu der er sich nicht verpflichtet fühlte, bezahlt werde. Sein Hauptwerk, „Die Wirkungen der Zivilisation auf die Völker Europas" ist 1805 erschienen. Das Buch hatte wenig unmittelbare Wirkung. Die Zeitumstände richteten alle Aufmerksamkeit auf den Kampf mit Frankreich. Aber es hat dauernd großen Einfluß ausgeübt unter den Anhängern Robert Owens, die es in ihrer Agitation eifrig empfahlen.

Hall sieht in dem Umstande, daß ein Teil des Volkes sich des gesamten Bodens bemächtigt hat, die Ursache alles Elends. Wer den Boden besitze, habe damit auch die Vorbedingungen aller Arbeit und könne denen, die keinen Boden haben, die Bedingungen des Daseins vorschreiben:

> Der Schöpfer hat es so eingerichtet, daß die Erde die für das Dasein der Menschen nötigen Dinge hervorbringt. Es ist daher klar, daß der Schöpfer das Land zum Gebrauch der Geschöpfe bestimmte, die er daraufsetzte. Daraus folgt, daß kein Geschöpf vom Besitz eines Teiles der Erde, soweit er für seine Versorgung vonnöten ist, abgeschnitten werden darf.

Im 15. Abschnitt seines Buches fordert er unter Berufung auf die glänzenden Ergebnisse, die eine gleiche Verteilung des Bodens im alten Israel, in Sparta und im Jesuitenstaat von Paraguay ergeben hätten, daß jede englische Familie nach ihrer Kopfzahl einen Anteil am englischen Boden erhalte:

> Damit wäre die ganze Arbeit getan, um den gleichen Zustand unter den Menschen herbeizuführen und ihn aufrecht zu erhalten; denn dies allein würde ausreichen, allen andern Besitz auf so gleichmäßiger Höhe zu erhalten, daß alle gegenwärtigen Schwierigkeiten vermieden werden, und das ist sicher weder unmöglich noch undurchführbar. —

Als England auf dem Gebiete des Gewerbes und des Handels die Früchte seines zähen, zwanzigjährigen Krieges gegen Frankreich erntete, da stieg wieder die Wolle im Preis, und es wurde von neuem gewinnbringender, Schafe auf seinem Boden zu haben als Menschen. Ohne Rücksicht wurde der Vernichtungskampf gegen den kleinen Bauern und Pächter aufgenommen. Ein bezeichnendes Beispiel bietet das Verfahren der Herzogin von Sutherland. Diese Dame spielte in der Londoner Gesellschaft eine große Rolle. Bei allen Wohlfahrtsbestrebungen war sie die gepriesene Helferin; für die Befreiung der Sklaven opferte sie große Mittel. Zu derselben Zeit aber, etwa von 1814—1820, ließ sie Tausenden von schottischen Bauern, die auf „ihrem" Boden saßen, die Kündigung zugehen. Als die kleinen Bauern darauf hinwiesen, daß ihre Väter seit Jahrhunderten diesen Boden bearbeitet hätten, daß hier die Friedhöfe ihrer Ahnen wären — da lehnte sie jeden Einspruch mit kaltem Herzen ab. Ein Geistlicher hat in seiner Lebensbeschreibung erzählt, wie er im Alter von 87 Jahren einen letzten Gottesdienst zu halten versuchte, und wie er unterging in Schmerz und Verzweiflung. Als er drei Wochen nach diesem Gottesdienst noch einmal durch dieses Land ging, da sah er nur noch niedergebrannte, zum Teil noch glimmende Hütten. Wo 15 000 Menschen in Gesundheit und Kraft gelebt hatten, da hausten bald 39 Schaf-Farmer mit wenigen Knechten. Wohin zogen aber die 15 000 Menschen und all die Tausende, die ein ähn-

liches Schicksal aus ihrem Heim vertrieb? In das Fabrikproletariat der Industriestädte, wo sie ihre Hände zu jedem Preis anbieten mußten und deshalb das Elend der arbeitenden Klassen vermehrten und so eine der Hauptursachen wurden der ersten großen Arbeiterbewegung, die das neue Zeitalter schuf, der Chartistenbewegung, die 1830—1850 das englische Volk in seinen Tiefen aufrührte.

1832 hatte eine Wahlreform zwar den Industriekreisen erhöhten Einfluß gegeben, die Arbeiter aber vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die neue liberale Mehrheit hatte sogleich das noch aus der Zeit der Königin Elisabeth stammende Armengesetz durch ein wesentlich härteres ersetzt. Es hob die Zulagen zu unzureichenden Lohnsätzen auf, und entehrte die Empfänger von Unterstützungen und die Insassen der Armenhäuser. Dagegen erhob sich der einflußreiche Demokratenführer William Cobbett in seinem „Vermächtnis an die Arbeiter, oder welches ist das Recht, mit dem die Landlords den Boden Englands besitzen?" Die Armenunterstützungen hätten im wesentlichen eine Entschädigung dargestellt für das jedem Volksgenossen zustehende Recht auf einen Anteil am englischen Boden. Die neue Entwicklung wäre durch Cromwell begonnen, der die Staatslasten zuerst von dem Boden genommen und sie durch Schutzzölle gedeckt hätte, die natürlich alle tragen müßten. Immerhin hätten sich noch Reste der alten gerechten Auffassung erhalten, so namentlich auch in der Armengesetzgebung der Königin Elisabeth, und durch den Anteil an dem Gemeindeland, das jetzt allerdings durch die „Einhegung" von Jahr zu Jahr verringert werde. Obwohl Cobbett schon ein Jahr nach dem Erscheinen seiner Schrift (1835) starb, so wirkte sein Hinweis auf die Bodenfrage lange nach. Unter Cobbetts Schülern war der begabteste O'Brien. Dieser war 1805 als Sohn eines begüterten Kaufmanns geboren, widmete sich als freier Schriftsteller der Verbreitung seiner Gedanken, erlitt 1841 für sie 18 Monate Gefängnis und geriet nach dem Scheitern der Chartistenbewegung in große Armut. Er ist am 23. Dezember 1864 gestorben. O'Brien wurde nicht müde, darauf hin-

zuweisen, daß allein während der Regierung Georgs III. (1760—1820) 6 Millionen Acker Gemeindeland der Benutzung der Gemeindemitglieder entzogen und den Großgrundbesitzern überantwortet worden waren. Er zeigte, daß gerade dadurch die Massenabwanderung in die Städte und damit das Elend des Fabrikproletariats im wesentlichen hervorgerufen werde. In seinem Werk „Entstehung und Entwicklung der menschlichen Sklaverei" führt er aus:

> Laßt einmal zu, daß der Boden eines Landes, den Gott für alle seine Einwohner und für alle darauf geborenen Geschlechter geschaffen hat, aufgekauft oder anders monopolisiert oder von irgendeiner Sondergemeinschaft, irgendeines Geschlechts (es sei groß oder klein) beschlagnahmt werde, so ist in dem Augenblicke euer Gemeinwesen in Herren und Knechte geteilt, in Schelme, welche für keinen arbeiten wollen, und in Lasttiere, welche für jeden arbeiten müssen. Keine spätere Gesetzgebung, keine nur mögliche Flick- und Stückarbeit auf dem Wege an sich heilsamer Maßregeln kann vernünftig auf ein System wirken, das auf so verderblicher Grundlage erbaut ist.

Es gelang O'Brien, einen großen Teil der englischen Arbeiter für Bodenreformgedanken zu gewinnen, bis O'Connor (geb. 18. Juli 1794), der Besitzer des chartistischen Zentralorgans, des „Nordstern", zu „praktischer Arbeit" aufrief. Die Arbeiter sollten selbst Hand ans Werk legen und „Heimatkolonien" gründen. O'Briens Hinweis darauf, daß nur Staat oder Gemeinde hier wirklich dauernd helfen könnten, wurde mit billigem Spott über die „first principle men" (Prinzipienreiter) bekämpft.

Das Schlagwort von der praktischen Arbeit siegte. Die erste Heimstättenkolonie „O'Connorville" wurde 1846 in Gegenwart von 20 000 Besuchern eröffnet. Bis zum November 1847 hatten sich 42000 Arbeiter als Genossen eintragen lassen und 1600000 ℳ aufgebracht. Aber die Heimstättenkolonien brachen bald elend zusammen, und die Arbeiter verloren einen großen Teil ihres Genossenschaftsgeldes. O'Connor rieb sich auf und starb (30. August 1855) im Wahnsinn. Vergeblich nahm nun die Chartistenorganisation 1852

die O'Briensche Forderung auf „Nationalisierung des Landes" ausdrücklich in ihr Programm auf. Der Zusammenbruch der „praktischen" Versuche hatte der Bewegung ihre beste Kraft genommen.

Neben den Vertretern bodenreformerischer Gedanken, die wesentlich aus naturrechtlichen Grundsätzen gegen den Mißbrauch mit dem Boden kämpften, standen namentlich die Schüler Ricardos, die von dem Meister gelernt hatten, daß die Grundrente arbeitsloses Einkommen sei, da sie keine Bestandteile enthalte, die auf Arbeit oder Kapital zurückgeführt werden können. Unter ihnen sind die hervorragendsten die beiden Mills. James Mill, der Vater (6. April 1775 bis 23. Juni 1836), hat 1821 in seinen „Grundbegriffen der Volkswirtschaft" das Ideal einer volkswirtschaftlichen Ordnung so dargestellt:

> Wenn ein ganzes Volk in ein neues Land einwanderte und der Boden daselbst noch nicht Sondereigentum geworden wäre, so möge sich wohl dafür, daß man die Bodenrente als eine zur Befriedigung der Regierungsbedürfnisse besonders geeignete Quelle ansähe, anführen lassen, daß durch diese Maßregel die Betriebsamkeit nicht im mindesten beengt und die Kosten der Regierung bestritten würden, ohne daß irgendeinem Einzelnen eine Last auferlegt zu werden brauchte. Die Kapitalisten würden von ihrer Kapitalrente, die arbeitende Klasse von ihrem Arbeitslohn keinen Abzug irgendeiner Art erleiden, und jedermann könnte sein Kapital in dem Geschäft anlegen, welches wirklich den meisten Vorteil gewährt. Er würde nicht durch die verderblichen Wirkungen falscher Steuern versucht, es aus einer Anwendung, in welcher es die meisten Werte erzeugt, zurückzuziehen, um es einer anderen weniger ertragreichen zuzuwenden. Es entspringt daher ein wirklicher Vorteil daraus, wenn die Bodenrente allein zur Deckung der Bedürfnisse des Staates benutzt wird.

Als Mac Culloch, ein bedingungsloser Anhänger von Malthus, die Besteuerung des ganzen Grundrentenzuwachses bekämpfte, da man ja auch Kapitalgewinne nicht voll besteuern könne, gab Mill zur Antwort, daß Kapitalgewinne und Grund-

rente in ihrem Wesen verschieden seien: Kapitalgewinn müsse geschont werden, damit das Kapital sich erhalte und vermehre,

> dagegen hat es für Bewahrung des Bodens oder die Vermehrung seiner Produkte nicht den geringsten Einfluß, wem die Grundrente zufließt.

Kapital sei eben ein Erzeugnis menschlicher Arbeit, Boden eine Gabe der Natur.

James größerer Sohn, John Stuart, geboren am 20. Mai 1806, erhielt vom Vater eine Erziehung, die jedes Durchschnittskind hätte verderben müssen. Im Alter von zehn Jahren hatte er die gesamte lateinische und griechische Literatur und Geschichte durchgenommen. Mit 13 Jahren hat er eine Geschichte Roms geschrieben, mit 14 wußte er, was seine Zeit von der Volkswirtschaft kannte. Im Alter von 23 Jahren veröffentlichte er seine ersten Schriften über Nationalökonomie. 1848 erschien sein Hauptwerk auf diesem Gebiet: „Die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre". Kurze Zeit war er auch Mitglied des Unterhauses. Daß Mill, der in der angelsächsischen Welt als der größte Vertreter der nachklassischen Nationalökonomie gefeiert wird, die Bodenfrage als die wichtigste Frage ansah, ergibt die Tatsache, daß er für die Durchsetzung seiner Gedanken eine besondere Organisation zur Reform des bestehenden Bodenrechts geschaffen hat; deshalb kann er mit Recht auch als der erste Vertreter der modernen angelsächsischen Bodenreformbewegung betrachtet werden.

2. Die angelsächsische Bewegung.

In seinem Hauptwerk lehnt John Stuart Mill ein schrankenloses Privateigentum am Boden gerade auch aus dem Begriff des Eigentums heraus ab:

> Die wesentlichste Grundursache des Eigentums ist, dem Einzelnen das zu sichern, was er durch seine Arbeit erzeugt und durch seine Sparsamkeit angehäuft hat. Dieser Grundsatz kann aber nicht auf etwas angewendet werden, das kein Erzeugnis der Arbeit ist — auf das Rohmaterial des Erdbodens.

Der Mensch hat den Erdboden nicht gemacht; er gehört der gesamten Menschheit.

Auf den Hinweis, daß nur volles Eigentum am Boden zu seiner besten Bearbeitung führe, entgegnet er:

Auf alle Beobachter macht der „fast übermenschliche Fleiß" der bäuerlichen Landeigentümer einen mächtigen Eindruck. Es ist die „zauberhafte Gewalt" des Eigentums, die nach den Worten von Arthur Yong Sand in Gold umwandelt. Der Begriff des Eigentums schließt jedoch nicht notwendig in sich, daß gar keine Rente, noch weniger, daß keine Steuern davon zu entrichten seien. Es schließt nur das in sich, daß die Rente eine feste Zahlung sei, keiner Erhöhung zum Nachteil des Besitzers infolge der von ihm vorgenommenen Verbesserung oder nach dem Belieben eines Gutsherrn unterworfen . . . Worauf es ankommt, das ist die Ständigkeit des Besitzes zu festbestimmten Bedingungen.

Daß eine Steuer auf die Grundrente auf Pächter oder Mieter nicht abwälzbar ist, scheint ihm unzweifelhaft:

Eine Steuer auf Rente fällt gänzlich auf den Landbesitzer. Es gibt kein Mittel, durch welches er die Last auf einen andern abwälzen kann. Die Preise der Bodenerzeugnisse werden nicht dadurch beeinflußt; denn diese werden durch die Kosten der Produktion unter den ungünstigsten Verhältnissen bestimmt und unter diesen Verhältnissen wird keine Rente bezahlt. — Eine Steuer auf Rente hat deshalb keine andere als die augenscheinliche Wirkung. Sie nimmt einfach soviel von dem Grundeigentum und übergibt es dem Staate.

Der erste Schritt zur Durchführung der Bodenreform war ihm die Gewinnung der Zuwachsrente. Der Bodenwert im ganzen Lande sollte in gewissen Zeitabständen, etwa alle 10 oder 20 Jahre, geschätzt werden. Von dem sich ergebenden Mehrwert seien die Aufwendungen für Kapital und Arbeit für den Besitzer abzuziehen, der „unverdiente" Wertzuwachs aber möglichst ganz der Gesamtheit nutzbar zu machen. Als 1871 zur Durchführung dieses Gedankens die Bodenbesitzreform-Gesellschaft gegründet wurde, wurde auf Anregung von Arbeitern ihr § 4 so gefaßt:

Der Staat soll durch eine Steuer den steigenden Mehrwert des Bodens, soweit man ihn feststellen kann, oder wenigstens einen großen Teil dieses Mehrwerts zurückfordern; denn dieser folgt ganz natürlich aus dem Wachstum der Bevölkerung und des Reichtums, ohne daß der Eigentümer etwas dazu beiträgt. Den Eigentümern soll aber das Recht vorbehalten bleiben, ihren Boden dem Staat zu überlassen gegen den Marktpreis, der zu der Zeit gilt, wo dieser Grundsatz Gesetz wird.

In einem Werbevortrag für seine Gesellschaft, deren Präsident er war, führte Mill aus:

Wir Bodenreformer sind der Meinung, daß der Boden, und darunter begreifen wir auch die Bergwerke und das gesamte Rohmaterial der Erde, einen von jeder anderen Art des Eigentums verschiedenen Besitz bildet. Die Rechte der Einzelnen an etwas, was sie nicht selbst machen oder machen helfen, sondern was sie durch Vermächtnis oder Erbschaft von anderen erhalten haben, die es ebenfalls nicht machten oder machen halfen, ist ganz verschieden von dem Recht eines jeden auf das Erzeugnis seiner eigenen Arbeit . . .

Das Land der Erde, das Rohmaterial unseres Weltkörpers, wächst in allen fortschreitenden Ländern beständig im Wert. Der Landlord braucht sich nur still hinzusetzen und die Natur für ihn arbeiten zu lassen oder richtiger ausgedrückt, nicht die Natur, sondern die Arbeit anderer Menschen. Was ist es, das die wunderbar vermehrte Nachfrage nach Bauland hervorgerufen und dadurch das ungeheure Vermögen der Grosvenor, Portman, Stanley und anderer großer Familien geschaffen hat? Es ist die Zunahme der Industrie und das Wachstum der Städte. Und was ist die Ursache dieser Zunahme und dieses Wachstums? Euer aller Arbeit und Ausgabe, nicht die der Landlords; dieselbe Arbeit und dieselben Ausgaben, nämlich eure, nicht ihre, bezeugen auch, wodurch die Preise erhöht und die Grundrente emporgetrieben werden. Kein anderer Teil der Gesellschaft hat einen ähnlichen Vorteil.

Nach dem Tode Mills (5. Mai 1873) verlor auch die Bodenbesitzgesellschaft an Einfluß. Ihre Gedanken aber wirkten weiter.

Neben den Volkswirtschaftlern sind es die Gedanken der großen Philosophen, welche in der angelsächsischen Bodenreform-

bewegung lebendige Wirkung ausströmen. Auch der Gewissenswecker Carlyle (4. Dez. 1795 bis 5. Febr. 1881) war von dem Kampf um das Armengesetz tief berührt. Er erhob die Forderung, Arbeit anstatt Almosen zu geben und wies auf das unbebaute Land hin, auf dem Unzählige Arbeitsgelegenheit finden könnten, wenn sie nur Zutritt zum Boden hätten. Der herrschende Zustand erscheint ihm als „Anarchie + Polizei", und die herrschende nationalökonomische Wissenschaft des Manchestertums, die zu solchen Ergebnissen geführt hat, nennt er eine „gräßliche, unheilbringende" Wissenschaft (dismal science). In seinem 1840 erschienenen Buche „Vergangenheit und Gegenwart" stellt er die Bodenfrage vor das Gewissen seines Volkes:

> Man spricht vom Bodenverkauf. Freilich muß der Boden, ebenso wie epische Gedichte und noch höhere Dinge in einer Händlerwelt wie dieser auf dem Markte um soviel ausgeboten werden, als er einbringt; aber der Gedanke, für ein paar Metallstücke Homers Ilias oder nun gar des Weltenschöpfers Erde zu verkaufen, ist eine höchst lächerliche Unmöglichkeit. Eigentlich gehört der Boden nur diesen zwei: dem allmächtigen Gott und allen seinen Menschenkindern, die jemals darauf ernstlich gearbeitet haben und auf ihm noch arbeiten werden!
>
> Aber wir hören die Einwendung, daß der Boden Englands oder irgendeines anderen Landes an sich wertlos wäre ohne die Arbeit, die darauf verrichtet wird. Das ist nicht richtig. Der ödeste Landstrich von der gleichen Flächenausdehnung wie England würde sicherlich ein höchst wertvolles Objekt sein, wenn ein ganzes englisches Volk mit all seinen Gewohnheiten, Einrichtungen, Fertigkeiten und Fähigkeiten plötzlich Flügel bekäme und sich dort niederlassen würde. Innerhalb Jahr und Tag würde diese englische Nation mit ihren mannigfachen Fertigkeiten, wie Pflügen, Spinnen, Schmieden, Bergbau, Wegebau und Handel, einen ganz ansehnlichen Wert aus einem solchen Landstrich herausarbeiten. Und denken wir uns andererseits, was ein englisches Volk, im Fluge befindlich, anfangen würde, wenn es keinen Boden gäbe, nicht einmal einen unpflügbaren, auf dem sie sich niederlassen könnte. All ihr Pflügen und ihr Hämmern wäre zwecklos; ein solches Volk muß in der Luft schweben bleiben und

zugrunde gehen. Ja, wahrhaftig, der Boden, gleichgültig ob gepflügt oder ungepflügt, ist eine Gabe Gottes.

Was sollen wir nun sagen zu den Besitzern des englischen Grund und Bodens, deren privilegierte Tätigkeit darin besteht, daß sie in aller Bequemlichkeit Englands Renten verzehren, Englands Rebhühner schießen, und zu ihrem Vergnügen in Englands Parlament herumstümpern? Eine Menschenklasse, die berechtigt ist, vom Mark der Erde herrlich und in Freuden zu leben, und der man gestattet, nein, die man sogar dazu einlädt, nichts dafür zu tun, so etwas hat's bis jetzt auf der Erde wohl noch nicht gegeben. Eine solche Klasse muß etwas Ungewöhnliches, eine vorübergehende Erscheinung sein, die kein Recht auf weitere Existenz haben kann, oder aber die Naturgesetze müßten zugrunde gehen. Jetzt ist's soweit, daß sie entweder die ihr zukommenden Pflichten erkennt und erfüllt, oder aber sie wird von der Oberfläche dieses Planeten notwendigerweise verschwinden, von dieser Erde, auf der das Gesetz der Arbeit herrscht und nicht das der Faulheit.

Ebenso wie Carlyle kommt Herbert Spencer (geb. am 27. April 1820, gest. am 8. Dez. 1903) von der Philosophie zur Volkswirtschaft. Seine bedeutendste Schrift auf diesem Gebiet sind die: „Social Statics" (1851). Er geht hier aus von dem großen Gedanken der Freiheit aller:

> Jedermann hat die Freiheit, alles zu tun, was er will, mit der alleinigen Einschränkung, daß er damit nicht das gleiche Recht irgend eines anderen verletzt.

Das große Entwicklungsgesetz im Leben der Völker soll sich darin zeigen, daß alle Rechts- und Sitteneinrichtungen so gestaltet werden, daß die freie Entwicklung des Einzelnen immer größeren Raum gewinnt. Damit die Persönlichkeit sich in Freiheit entfalten kann, bedarf sie des Privateigentums. Dieses wird, wenn es sich auf die Erzeugnisse eigener Tätigkeit beschränkt, oder auf solche Güter, die beliebig vermehrbar und beliebig bewegbar sind, die Freiheit keines anderen beeinträchtigen. Ganz anders aber sei es mit dem Bodeneigentum: wer Boden besitzt, vermag nicht nur die Freiheit, sondern auch das Leben der anderen, die keinen Zutritt zum Boden haben, aufs schwerste zu gefährden.

Hier müssen neue Formen gefunden werden. Alle Einwendungen gelten vor dem Richterstuhl der Philosophie nicht:

> Nach und nach wird man zu der Erkenntnis kommen, daß die ewige Gerechtigkeit Gebote erlassen hat, auf die wir noch nicht gehört, und die wir nicht befolgt haben.
>
> Die Menschen werden dann lernen: daß den Mitmenschen das Recht der Benutzung des Bodens vorzuenthalten, ein Verbrechen ist, das an Verruchtheit dem Totschlag oder dem Raub der persönlichen Freiheit um nichts nachsteht.
>
> Wir glauben schließlich, daß die Lehre vom gleichen Erbe aller Menschen an dem Erdboden sich mit der höchsten Kultur vereinbaren läßt, und daß — wie schwierig es auch immer sein mag, diese Theorie zu verwirklichen — die Gerechtigkeit ernstlich gebietet, daß es geschehe.

In einer „verkürzten und durchgesehenen Auflage", die 40 Jahre später erschien, hat Spencer allerdings alle Bodenreformstellen fortgelassen. Das führte zu einer Auseinandersetzung mit Henry George, in der Spencer 1894 in einer Flugschrift „die Landfrage", noch einmal seine Meinung darlegte: Grundsätzlich stehe er noch auf dem alten Standpunkt. Er sei aber zu der Überzeugung gekommen, daß eine völlige Heilung nicht möglich sei, sondern daß man sich begnügen müsse mit einer schrittweisen Überwindung der geschichtlich gewordenen Schäden. Bezeichnend ist, daß Spencer bei einer Aufhebung des Privateigentums ohne Entschädigung auch die Rückerstattung der Armenunterstützungen fordert, die seit der Zeit der Königin Elisabeth bezahlt worden seien (s. S. 288).

Auch in der englischen Hochkirche hat es nie an Stimmen gefehlt, die auf die grundlegende Bedeutung des Bodenproblems hingewiesen haben. Der Gründer der christlichsozialen Bewegung, der spätere Hofkaplan Charles Kingsley, hat zuerst in seinem bekannten Roman „Alton Locke" das Elend der Heimarbeiter (das „Schwitzsystem") den Bildungsschichten als eine Schmach englischer Kultur vor Augen geführt. Er und seine Freunde haben dann durch Produktiv-Genossenschaften versucht, natürlich vergeblich, Wege zur Hilfe zu erschließen. Aber in seiner

berühmten Predigt „Botschaft der Kirche an die Arbeiter" legt Kingsley den Finger auch auf die tiefste Wunde:

> Jedes soziale System, das die Ansammlung von Kapital in einigen wenigen Händen begünstigt, das die Volksmasse vom Boden ausschließt, den ihre Väter bearbeitet haben, und das sie zu Tagelöhnern und Sklaven herabwürdigt, die von Lohn und Almosen leben müssen, ist dem Reich Gottes, das Christus verkündigt hat, zuwider.

Einer der letzten Ausläufer der christlichsozialen Bewegung war die „Brüderschaft von St. Matthäus", welche sich zum Ziel gesetzt hatte, „zu arbeiten, daß Gott gerechtfertigt wird in den Augen des Volkes." Einer ihrer Führer, der Rev. Headlam, hat am 21. September 1890 in einer Predigt erklärt:

> Eine offene Stimmabgabe aller Kirchenglieder bei einem jener geweihtesten Augenblicke in eines Mannes Leben — bei einer Gemeinde- oder Parlamentswahl — für Abschaffung des Monopols an dem Boden, dem einen großen Urproduktionsmittel, würden wirksamer sein, jene Übel zu verhüten, als alles, was ihr sonst tun könnt.

Seit den Tagen, als das irische Volk der katholischen Kirche treu blieb und deshalb von den englischen Machthabern seines Bodens beraubt wurde, ist der Befreiungskampf des irischen Volkes ein Kampf um seinen Boden. Das Elend seiner entwurzelten Bevölkerung wird stets eins der dunkelsten Kapitel der menschlichen Kulturgeschichte bleiben. Schon um 1720, als Irland noch nicht 2 000 000 Einwohner zählte, konnte Swift „den bescheidenen Vorschlag machen", die Engländer möchten jährlich 100 000 irische Säuglinge als Delikatesse verzehren, um die „Übervölkerung" des Landes, in dem es keinen Zutritt zu dem Boden gäbe, zu verhindern. Als um 1845 die Hungersnot in Irland besonders schroff auftrat, als Männer und Frauen im Bett liegen blieben, weil man den Hunger im Liegen weniger fühlen soll, und Tausende von Kindern den Folgen des Hungers erlagen — führten in dem einen Jahr 1846 die englischen Landherren 1 300 000 Zentner Weizenmehl,

190 000 Rinder, 450 000 Schweine, 260 000 Schafe aus. Es war die Pacht, die das hungernde Volk für den Gebrauch seines vaterländischen Bodens zahlen mußte. Diese Not veranlaßte die Iren, in Masse von ihrer so geliebten grünen Insel auszuwandern, so daß heute die fruchtbare Insel wenig mehr als halbsoviel Einwohner (4½ Mill.) zählt, als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. (1841: 8 $^1/_5$ Mill.)

1879 gründete ein erklärter Bodenreformer, Michael Davitt (25. März 1846 bis 31. Mai 1906), die Landliga, die zunächst das Pachtrecht neu regeln wollte. Die Pächter sollten sich weigern, ungerechtfertigte Pachterhöhungen zu zahlen, und Pachtungen anzutreten, deren Besitzer mit Gewalt vertrieben worden waren. Ihr bekanntestes Opfer wurde der englische Kapitän James Boykott, der als Verwalter eines englischen Landlords sich so verhaßt machte, daß niemand aus dem irischen Volke von ihm kaufte, noch an ihn verkaufte, noch ihm diente. Unter Truppenbedeckung mußte er 1880 nach einem anderen Ort überführt werden — die erste Anwendung des „Boykott-Systems". Seit Gladstone sind dann durch eine Reihe von Landgesetzen Milderungen der Bodenverhältnisse versucht worden, ohne doch bis heute eine Beruhigung des Volkes herbeiführen zu können.

In diesen Kämpfen hat die katholische Kirche dem irischen Volk treu zur Seite gestanden. Am 2. April 1881 ist einer der angesehensten katholischen Kirchenfürsten, Bischof Dr. Thomas Nulty von Meath, in einem Schreiben an die Geistlichen und Laien seiner Diözese eindringlich für die Notwendigkeit einer durchgreifenden Bodenreform eingetreten. Er lehnt es ab, das bestehende Bodenrecht als eine „ehrwürdige" Einrichtung, wenn auch nicht mit Hochachtung, so doch mit Nachsicht und Schonung zu behandeln. Er weist darauf hin, daß die Sklaverei noch „ehrwürdiger" war, und daß sie doch fallen mußte, als Erkenntnis und Gewissen des Volkes sich gegen sie erhoben. Der Bischof geht dann nach der Lehre der Kirche davon aus, daß die Einsetzung des Privateigentums eine Folge der ersten Sünde sei. Erst nach dem Sündenfall bedurfte das Land der Arbeit des Menschen, um alle Lebens-

notwendigkeiten hervorzubringen. Aber gerade die Notwendigkeit der Arbeit beweist das Recht aller auf den Boden.

Es stand Gott vollkommen frei, die Menschen zu schaffen. Hat er uns aber geschaffen, so war er in sich verpflichtet, uns auch auf dem Wege der Arbeit, den er uns gewiesen hat: „im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen", die Möglichkeit zu geben, das von ihm verliehene Leben zu erhalten. Niemand aber kann das durch Arbeit tun, wenn ihm der Zugang zu dem Urquell aller Arbeitsmöglichkeit, zu dem Boden versperrt werden kann. Man müßte sonst annehmen, daß Gott zweierlei Arten von Menschen geschaffen hat, Erstgeborene, denen er seine Schöpfung ausgeliefert und Enterbte, die er von seinem Segen ausgeschlossen hat.

Um den Boden richtig zu nützen, ist es unbedingt nötig, dem Bebauer das Recht auf die Früchte seiner Arbeit zu sichern. Diese Sicherheit liegt auch im Interesse des Gemeinwohls; denn nur, wo sie vorhanden ist, werde der Einzelne dem Boden den höchstmöglichen Ertrag abgewinnen und Verbesserungen herbeiführen, die diese Erträgnisse steigern. Für diese von ihnen hervorgerufenen Verbesserungen mögen auch die Einzelnen mit Recht eine Entschädigung fordern, wenn sie ihren Gebrauch anderen überlassen. Ebenso aber steht das Recht der Gesamtheit fest, für den Boden an sich die Rente zu beanspruchen. Wo dieser Zustand der Gerechtigkeit hergestellt ist, da enthüllt er zugleich die weisen und wohlwollenden Absichten der göttlichen Vorsehung. Denn wenn irgendwo mit der Zahl der Menschen auch ihre gemeinsamen Kulturaufgaben auf dem Gebiet der Kirche, Schule, Krankenpflege, Altersversicherung wachsen, so wächst auch der Wert des Bodens: es steigt in der Grundrente die Einnahme, die die Gesamtheit aus diesem göttlichen Erbteil zieht, so daß immer Bedürfnis und Erfüllung in Harmonie stehen. Der heutige Zustand, in dem die Landlords die Grundrente einziehen, beraubt das Volk seines Erbteils, nimmt den Bodenverbesserern den Ertrag ihrer Arbeit, hindert die Kultivierung des Bodens und schädigt endlich auch alle Arbeit in einem Volke. Auch die Kämpfe

zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind zuletzt durch die krankhaften Zustände herbeigeführt, die ein falsches Bodenrecht notwendig erzeugen muß. Es gibt deshalb keinen sozialen Frieden, keine Hoffnung für die arbeitenden Schichten eines Landes als den Weg zurück zum Boden (Back to the land!). Dieser Brief ist deutsch erschienen im „Jahrbuch der Bodenreform" 1918.

Die grundlegende Bedeutung der Landfrage wird auch von dem gefeierten Erzbischof und Primas von England Kardinal Manning (15. Juli 1808 bis 14. Januar 1892) scharf betont:

> Die Landfrage ist gleichbedeutend mit Hunger, Durst und Nacktheit, mit Vertreibung aus der Heimstätte, mit vergebens aufgewandter und mit Beschlag belegter jahrelanger Arbeit, mit dem Niederreißen von Häusern, mit Elend und Krankheit, mit dem Tod der Eltern, der Kinder und Frauen, mit der Verzweiflung und der Wildheit, die im Herzen der Armen entstehen, wenn die Macht der Gesetze wie eine scharfe Egge die empfindlichsten und natürlichsten Menschenrechte zerreißt und vernichtet. Dies alles ist in der Landfrage inbegriffen.
>
> Nach der Bestimmung Gottes und der Natur gehört der Boden denen, die auf ihm geboren sind, und die in ihm begraben werden sollen. Das war meine Überzeugung bereits vor zwanzig Jahren. Und so denke ich noch heute.

Ebenso wie in philosophischen und in kirchlichen Kreisen regt sich der Widerspruch gegen das geltende Bodenrecht aus dem naturwissenschaftlichen Denken heraus. Wer die Gesetze des Lebens erkennt, der muß für sein Volk die besten Daseinsbedingungen erstreben. Neben Darwin gilt als der hervorragendste Vertreter der angelsächsischen Naturwissenschaft Alfred Russel Wallace (8. Januar 1822 — 7. November 1913). Weite Forschungsreisen nach Brasilien und der malayischen Inselwelt mit reicher Ausbeute an neuen Ergebnissen begründeten ihm eine hohe wissenschaftliche Stellung. Diese Erfolge aber lenkten ihn, wie es so oft geschieht, nicht ab von den staatsbürgerlichen Pflichten, sondern ließen ihn das Problem der menschlichen Entwicklung in seiner ganzen Tiefe erkennen. Das Schicksal des

Menschen blieb ihm immer mehr als irgendeine theoretische Erkenntnis, und er hörte nicht auf zu forschen nach der Ursache der schweren Schäden, unter denen er unzählige Menschen an Leib und Seele verderben sah. Er zögerte nicht, noch in seinem 70. Lebensjahre die Folgerungen aus dieser Erkenntnis auf sich zu nehmen. Sein Werk „Bodenverstaatlichung, ihre Notwendigkeit und ihre Ziele" (1882) widmete er den Arbeitern Englands

> in der Hoffnung, daß es ihnen die Hauptursache von soviel Armut inmitten des stets wachsenden Wohlstandes, den sie erzeugen, offenbaren und ihnen die große Reform darlegen möge, die es der Arbeit möglich machen wird, ihren gerechten Lohn zu ernten; eine Reform, die dahin führen wird, der allgemeinen Verarmung ein Ende zu bereiten, und die allen, die mit Eifer danach suchen, einen angemessenen Anteil an dem erhöhten Wohlstand ihres Heimatlandes verschaffen wird.

Der große Naturforscher kennt die Gesetze des Kampfes ums Dasein. Sie gelten auch auf geistigem Gebiete. Nur durch Erringen von Macht können neue Wahrheiten Bedeutung gewinnen. Deshalb rief er seine Anhänger zur Organisation auf und gründete die Bodenverstaatlichungsgesellschaft. Die Hauptgründe, die Wallace gegen das unbeschränkte Privateigentum am Boden anführt, sind:

1. Es ist unvereinbar mit den natürlichen Rechten des Einzelnen,

2. es führt zur Armut vieler und zum Reichtum weniger,

3. der Boden ist nicht ein Erzeugnis menschlicher Tätigkeit,

4. der Wert des Bodens entsteht durch die Zusammenarbeit aller!

Das Grundeigentum soll an Einzelne gegeben werden nur gegen eine Rente, die den Wert des Bodens erfaßt, soweit er nicht auf Arbeit, Fleiß, Umsicht, Kapitalsaufwendungen des Nutznießers zurückzuführen ist. Diese Pacht oder Rente liefert die Mittel für alle öffentlichen Aufwendungen. Jeder Mißbrauch mit dem Boden aber werde durch diese Abgabe unmöglich. —

Der erfolgreichste Vertreter der neuen Bodenreformbewegung war jedoch nicht ein Sohn des alten Englands, sondern des neuen Amerika. Die ersten Väter der freien Vereinigten Staaten Franklin und Jefferson standen den Physiokraten nahe (Bd. I, S. 295). Aber der Monopolcharakter des Bodens konnte zunächst in einem Lande nicht in Erscheinung treten, in dem ja unbegrenzte Möglichkeiten sich zu eröffnen schienen. Hundert Jahre hindurch sehen wir in Amerika in noch gewaltigerem Maße sich dasselbe Schauspiel wiederholen, das die deutsche Ostlandssiedlung im Mittelalter uns zeigt. Wo immer unbilliger Druck die Arbeit zu beschweren und die Lebenshaltung zu beengen drohte, da eröffnete sich die Möglichkeit, Freiland zu gewinnen. Man brauchte nur nach dem Westen zu ziehen, da erschloß sich bis hin zum großen Ozean ein Gebiet größer als Europa. Arbeit aber, die freien Zutritt zum Boden hat, braucht sich nirgends zu verkaufen und braucht nie zu feiern. Charels Dickens schrieb auf seiner Reise durch Amerika mit Erstaunen, daß ein arbeitsloser Mann in den Straßen Bostons genau so viel Aufsehen erregen würde, wie ein Engel vom Himmel.

Diese an sich so segensreiche Ausgabe von Regierungsland ermöglichte aber, da sie ohne Sicherung gegen Mißbrauch erfolgte, auch schweren Schaden. Die Senatskommission für Staatsland berichtete am 20. Juni 1834, sie habe sich durch Augenschein von der Tatsache überzeugt, daß sich in Ohio Spekulanten zusammengetan hätten, um bei öffentlichen Landvergebungen andere Käufer vom Markt zu verdrängen. Diese Spekulanten hätten auf betrügerische Art große Landgebiete zu 1,25 Dollar den acre gekauft und später mit ungeheuren Gewinnen weiterverkauft. Um diese Betrügereien durchzuführen, hätten sie die Register- und Kassenführung der Landämter beeinflußt.

Am 3. März 1835 berichtete die Senatskommission, daß viele der Spekulanten hohe Ämter in Staaten innehätten, in denen das von ihnen angekaufte Staatsland gelegen sei, andere seien Leute von „Reichtum und Intelligenz". Sie alle aber „seien natürlich bestrebt, die amtlichen Untersuchungen dem

Volke gegenüber zu verdächtigen". Die Kommission berichtet, es sei ein Versuch gemacht worden, eins ihrer Mitglieder zu ermorden. „Der erste Schritt", fährt der Bericht fort, „der für jedes System der Bodenspekulation nötig ist, sei, die Beamten zu bestechen durch ein geheimes Abkommen zwischen den Parteien betreffs eines bestimmten Gewinnanteils." Die Kommission berichtet weiter:

„Die Staaten Alabama, Mississippi und Louisiana sind der Hauptschauplatz der Spekulationen und Betrügereien beim Ankauf von staatlichem Besitz und bei der Verteilung der ganz unglaublichen Gewinne zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Gesellschaften und den Spekulanten."

1847 führte der Ausschuß für Staatsland einen Fall aus dem Bezirk Milwaukee an, wo nur 40 tatsächliche Ansiedler vorhanden waren, obwohl 6441 Landverkäufe vollzogen worden waren. „Dies beweist deutlich", betont der Ausschuß, „daß diejenigen, die das Land als Ansiedler erworben haben, entweder Werkzeuge der Spekulanten sind, um diesen die besten Ländereien zu sichern, oder die Erwerbung ist lediglich eine Spekulation auf den Wiederverkauf."

Später waren es namentlich die großen Eisenbahngesellschaften, die mit List und Gewalt ungeheuere Länderstrecken in ihre Hand brachten, um auch mittelbar den Nutzen zu gewinnen, den die neuen Verkehrsanlagen hervorriefen.

Das letzte große Freiland wurde im April 1889 in Oklahoma eröffnet. Wie mächtig das Bedürfnis danach war, zeigte sich darin, daß schon ein Jahr vor der Erschließung sich etwa 20 000 Bewerber an den Grenzen niederließen. Sie wohnten den Winter hindurch im Walde an den Flußufern, nur um nicht zu spät zu kommen, um noch ein Stück Land zu gewinnen. 64 ha ländlichen Bodens und in dem zu städtischen Anbau bestimmten Lande eine ausreichende Baustelle wurden gegen ganz billiges Geld abgegeben denen, die sich verpflichteten, fünf Jahre lang ununterbrochen das Land zu bewirtschaften und zu bebauen. Diese Be-

siedlung war der letzte Ausklang eines Liedes: „Onkel Sam ist reich genug, uns allen Land zu schenken!" — eines Liedes, das eine ähnliche Bedeutung hatte, wie das alte deutsche: „Nach Ostland wollen wir reiten, im Ostland sind wir frei!" Nach 15 Jahren war übrigens auch dieses Neuland bereits mit mehr als 1 Million Menschen besetzt.

Sobald aber alles Freiland in der Hauptsache vergeben war, mußte auch in den Vereinigten Staaten die soziale Frage aufsteigen. Der bestehende Bodenbesitz erlangte nun klaren Monopolcharakter, und die Arbeit wurde überall abhängig von den Herren der ersten Arbeitsbedingungen.

Die Riesenvermögen in Amerika sind im wesentlichen auf Grundbesitz zurückzuführen. Gerade in dieser Werdensgeschichte, die eine kurze Spanne Zeit umschließt, lassen sich volkswirtschaftliche Gesetze leichter erkennen, als im alten Europa mit seinem großen Erbteil verwickelter Kulturzustände und Kulturauffassungen. In Amerika sieht man, wie der Reichtum aus Handel und Gewerbe entsteht und vergeht nach der Fähigkeit der Leiter, nach dem Einfluß wechselnder Gesetze. Das Bodeneigentum aber bildet den einzigen ruhenden Punkt in dem Wechsel der Erscheinungen. Die Geschichte der Astors ist bekannt, die aus der Steigerung des Neu Yorker Bodens ihre Milliarden gewannen. Aber auch in anderen Städten finden wir dieselbe Entwicklung. Longworth, der ums Jahr 1820 in Cincinnati einen Pferdedieb glücklich verteidigte, erhielt als Lohn dafür von diesem zwei gebrauchte Destillierapparate, um Whisky damit herzustellen. Diese tauschte Longworth für 33 Morgen Land in dem kleinen Ort Cincinnati um. Als er 1863 starb, hatte er ein Vermögen von 15 Millionen Dollars. Einer seiner Enkel hat jetzt mit größtem Pomp die Tochter des Präsidenten Roosevelt geheiratet. Reichtum und Herrschgewalt finden sich stets. In diesem Lande nun entstand Henry George.

Am 2. September 1839 in Philadelphia als Sohn eines armen Buchhändlers geboren, besuchte er nur bis zum 12. Jahre die Volksschule. Ein unbestimmtes Sehnen nach Großem und

Hohem trieb ihn früh in die Welt hinaus. Als Matrose hat er Indien und Australien besucht. Als Goldgräber hat er in Victoria unter den größten Mühen und Entbehrungen nach Glück gerungen. Als er diesen Traum begraben hatte, trat er in eine Zeitungsdruckerei in San Francisco als Setzer ein. Unermüdlich an seiner Weiterbildung arbeitend, versuchte er sich bald auch schriftstellerisch. Seine Beiträge erregten Aufsehen, und er fand den Weg aus dem Setzersaal in das Redaktionszimmer.

1872 gründete er die „Abendpost", in der er ungehemmt für das Volkswohl eintrat, namentlich auch den so gefährlichen Kampf gegen die großen Eisenbahn- und Landgesellschaften und gegen das Alkoholkapital rücksichtslos führte. Als die Bank von Kalifornien die Zahlungen einstellte und große Geldknappheit entstand, gelang es seinen Feinden, ihn aus der Zeitung zu verdrängen. Dieser Schlag traf ihn außerordentlich schwer, und doch wurde er für ihn ein großer Segen. Um Brot für seine Familie zu gewinnen, nahm er die Stellung eines Gasinspektors an. In dieser Beamtenstellung gewann er die Ruhe, die Erfahrungen der Tageskämpfe zu sammeln, zu vertiefen, zu ordnen, und in den Jahren 1878 und 1879 „Fortschritt und Armut" zu schaffen, das Buch, das wohl von allen volkswirtschaftlichen Schriften die weiteste Verbreitung gefunden hat. In diesem Werke bekämpft Henry George die Bevölkerungslehre des Malthus und die Lohnfondstheorie Ricardos (siehe Band I, S. 365) und zeigt, wie das falsche Bodenrecht jeden Fortschritt in der Kulturentwicklung notwendigerweise mit Armut verbunden sein läßt.

Der Erfolg dieses Werkes führte George zurück ins öffentliche Leben. In Amerika, in England und in Schottland warb er für die Bodenreform. 1886 wurde er als Kandidat für den ersten Bürgermeisterposten von Neu York aufgestellt. Die herrschende demokratische Partei siegte mit 90 552 Stimmen. Henry George aber erhielt 68 110 Stimmen, d. h. 7675 Stimmen mehr als der beliebteste Kandidat der Republikaner, der spätere Präsident Theodor Roosevelt.

Dieser Wahlkampf gewann eine besondere Bedeutung durch

die Beteiligung des katholischen Pfarrers Mac Glynn, der eine Anti-Elendliga gründete und die Bodenreform als „das Kreuz des neuen Kreuzzuges" verkündete. Als es den Gegnern gelang, Zweifel zu wecken, ob dieses Wirken mit seiner Stellung als Priester vereinbar sei, beauftragte Papst Leo XIII. den Erzbischof Satolli, den er als Legaten nach Amerika schickte, mit einer Untersuchung. Dieser forderte von vier Professoren der katholischen Universität in Washington ein Gutachten. Dieses ging einstimmig dahin, daß die Bodenreform nichts enthalte, was den Glaubenslehren oder den Grundsätzen der Kirche widerstreite.

Am 1. Mai 1887 erklärten sich die großen amerikanischen Gewerkschaftsverbände, die „Ritter der Arbeit", für die Bodenreform. Powderly, ihr Großmeister erklärte:

> Das private Grund- und Bodenmonopol ist die Mutter aller anderen Monopole. Laßt es uns durch die Bodenreform begraben!

Im gleichen Sinne entschieden die englischen Gewerkvereine im selben Jahre auf ihrem Kongreß zu Swansea.

Die Pariser Weltausstellung 1889 führte zu einem Internationalen Bodenreformkongreß in der französischen Hauptstadt. Vertreter aus Deutschland, Frankreich, Amerika, England, Holland, Belgien, Italien, Dänemarck und der Schweiz wählten Henry George zum Ehrenpräsidenten.

Im nächsten Jahre, 1890, unternahm der Unermüdliche eine Agitationsreise durch Australien, die besonders erfolgreich war. Namentlich in Neuseeland wurden Bodenreformgedanken bald eine Macht, die vielfach die Gesetzgebung beeinflußte. Ihre großen Erfolge wirkten nicht nur befruchtend auf das australische Festland, sondern wurden auch für das Mutterland von weittragender Bedeutung.

Die Anstrengung der Werbearbeit rief bei Henry George ein Herzleiden hervor, das ihm große Schonung auferlegte. Trotzdem folgte er dem Rufe seiner Anhänger, die ihn 1897 zum

zweitenmal für den Bürgermeisterposten von Groß-New-York als Kandidaten aufstellten. Am 28. Oktober mußte George in vier großen Volksversammlungen sprechen. In der Nacht gab ein Herzschlag dem Unermüdlichen die ewige Ruhe. Das Begräbnis am Sonntag, dem 31. Oktober, gestaltete sich zu einer Kundgebung überwältigender Art. Mehr als 30 000 Menschen zogen grüßend an dem offenen Sarge vorüber. Geistliche aller Bekenntnisse ergriffen das Wort. Für die protestantische Hochkirche, der George angehörte, sprach Ablott über Selbstlosigkeit und Treue, deren großes Vorbild der Verstorbene gewesen sei. Ihm folgte der Rabbiner Gottheil mit einer Rede über das althebräische Wort: „Der wahrhaft Weise wird größer sein im Tode als im Leben." Nach dem Rabbiner sprach der bekannte katholische Pfarrer Dr. Edw. Mac Glynn: „Ich weiß, daß ich mich keiner Entweihung der Heiligen Schrift schuldig mache, wenn ich das Wort anwende: ‚Uns ward ein Mann von Gott gesandt, des Name war Henry George." —

Eine Zusammenfassung der Lehre Henry Georges, so wie sie sich in den Kämpfen um ihre Verwirklichung herausgebildet hatte, zeigen die Grundsätze, die der Kongreß seiner Anhänger in Chikago am 30. August 1893 aufgestellt hat. Es heißt in ihnen:

> Wir stehen auf dem Boden des in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten niedergelegten grundlegenden Satzes, daß alle Menschen gleich geschaffen und vom Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet seien.
>
> Wir sind der Ansicht, daß die Menschen ein gleiches Anrecht haben auf Gebrauch und Genuß aller erschaffenen Dinge und auf alles, was gewonnnen wird durch das allgemeine Wachsen und Gedeihen der Gemeinwesen, zu denen sie gehören.
>
> Es sollte daher niemand gestattet sein, natürliche Vorteile für sich in Anspruch zu nehmen, ohne eine angemessene Entschädigung an seine Mitbürger für das ihm gewährte Vorrecht zu leisten; der Wert, den das Land erhält durch das Wachsen und Gedeihen der Allgemeinheit, ist deshalb zugunsten dieser Allgemeinheit zu verwenden.

Wir sind der Ansicht, daß jeder Mensch ein Recht hat auf alles, was er durch seine Arbeit hervorbringt. Daher dürfte keine Steuer ihm einen Teil des Ertrages dieser Arbeit nehmen.

Um diesen Grundsatz durchzuführen, befürworten wir, alle öffentlichen Einkünfte für staatliche, ländliche und kommunale Zwecke durch eine einzige Steuer („single tax") auf Bodenwerte, unabhängig von jedwelcher Verbesserung zu erheben und alle anderen Formen unmittelbarer oder mittelbarer Besteuerung abzuschaffen.

Da in allen unseren Staaten heute schon in irgendeiner Form eine Steuer auf den Grundwert besteht, so läßt sich die „single tax" leicht und einfach dadurch einführen, daß nach und nach die anderen Steuern herabgesetzt und die Grundwertsteuern entsprechend erhöht werden, bis sämtliche Einkünfte daraus bestritten werden können.

Gemeinden, Staaten und Zentralregierung sollen ihren Ertrag ähnlich teilen, wie heute die Einkünfte aus direkter Besteuerung.

Die Steuer, die wir befürworten, ist nicht eine Steuer auf Boden und wird daher auch nicht die treffen, die das Land benutzen, wodurch sie ja eine Steuer auf Arbeit werden würde.

Sie ist eine Steuer, nicht auf Boden, sondern auf den Wert des Bodens. Somit fällt sie nicht auf alles Land, sondern nur auf wertvollen Boden und auch auf diesen nicht in dem Maße seiner Ausnutzung, sondern im Verhältnis zu seiner Rentenhöhe. Sie würde somit keine Steuer auf die Benutzung des Landes und seine Verbesserungen sein, sondern auf das bloße Eigentumsrecht am nackten Boden.

Bei der Einschätzung zu dieser „Rentensteuer" werden daher alle Werte, die von dem Einzelnen durch seine Verwertung, Bebauung oder Verbesserung geschaffen wurden, ausgeschlossen sein. Der hier allein in Betracht kommende Wert ist jener Rentenwert, den der nackte Boden infolge seiner Lage, seiner natürlichen Eigenschaften und seiner von der Gesellschaft geschaffenen Vorzüge besitzt. Er muß durch unparteiische, periodische Einschätzung (etwa alle fünf Jahre) aufs neue festgestellt werden.

Ein Bauer, der seine Scholle selbst beackert, hat alsdann nicht mehr Steuer zu bezahlen, wie ein Großgrundbesitzer, der — zum Nachteil der Gesellschaft — ein ähnliches Stück Land brach liegen läßt; und ein Städter, der auf seinem Baugrund ein wertvolles Gebäude errichtet, wird nicht höher besteuert sein, wie ein Bodenspekulant, der — zum Nachteil aller — ein ähnliches Grundstück der Bebauung vorenthält.

Kurz, die „single tax" würde die Menschen zwingen, zu den öffentlichen Lasten beizutragen, nicht im Verhältnis zu dem, was sie sich erarbeiten, sondern im Verhältnis zu den natürlichen Hilfsquellen, die sie ausnützen.

Die „single tax" wird folgendes bewirken:

1. Sie wird die Steuerlasten von den ackerbautreibenden Landesteilen, wo der Boden — jede Bebauung und Verbesserung abgerechnet — wenig Wert hat, nach den Städten hin abwälzen, wo für leeren Baugrund zuweilen Verkaufspreise von Millionen erzielt werden.
2. Sie wird die zahllosen anderen Steuern, Zölle und Abgaben überflüssig machen, das Heer der Steuer- und Zolleinnehmer verringern, die Staats- und Gemeindeverwaltung vereinfachen und deren Unkosten bedeutend vermindern.
3. Sie wird den Betrug, die Korruption und die großen Ungleichheiten — die bei allen gegenwärtigen Steuersystemen vorkommen — unmöglich machen, so daß es reichen Bürgern nicht mehr gelingt, gerechter Besteuerung zu entgehen, infolgedessen die Armen seither um so mehr bedrückt waren.
4. Da der Boden weder verborgen gehalten noch weggetragen werden kann, so läßt sich sein Wert mit größerer Leichtigkeit und Gewißheit feststellen, als der Wert aller anderen Güter und Einkommen. Die Steuer kann deshalb genau und sicher eingezogen werden.
5. Sie wird alle Zölle überflüssig machen und einen wahren Freihandel mit der ganzen Welt — wie er jetzt schon zwischen den Einzelstaaten der Union, zum Vorteil aller, besteht — ermöglichen. Sie wird unser Volk in die glückliche Lage versetzen, durch einen freien Austausch der Güter, aus den von der Natur gegebenen Vorzügen anderer Länder, und aus den besonderen Geschicklichkeiten und Fähigkeiten anderer Völker Vorteil zu ziehen.

6. Sie wird alle Naturmonopole und Preisringe (Kartelle, Trusts) usw. zerstören, und die Bevorrechtung verhindern, die aus der Tarifgesetzgebung, aus Ausfuhrprämiierung und durch Staatsunterstützung aller Art entstanden ist.
7. Sie würde die Abgaben, die gleichsam Geldstrafen sind, beseitigen, die heute auf jeden gelegt werden, der eine Farm verbessert, ein Haus baut, eine Maschine aufstellt oder überhaupt zur Vermehrung des Volksvermögens beiträgt. Sie würde es jedem gestatten, seine Arbeit und sein Kapital in Produktion und Handel zu betätigen ohne durch Abgaben behindert zu sein, und würde jedem den vollen Lohn für seine Arbeit lassen.
8. Sie würde andererseits dadurch, daß sie für öffentliche Zwecke die Werte nutzbar macht, die durch das Wachsen und Gedeihen der Allgemeinheit entstehen, den Landbesitz nur für den wertvoll machen, der das Land selbst benutzt. Sie würde es somit den Spekulanten und Monopolisten unmöglich machen, natürliche Hilfsquellen unbenutzt oder nur halb benutzt liegen zu lassen und würde der Arbeit das unerschöpfliche Feld erschließen, das die Erde den Menschen bietet.
9. Sie würde dadurch die Arbeiterfrage lösen, die unfreiwillige Armut beseitigen, auf allen Gebieten die Löhne auf die volle Höhe des Arbeitsertrages heben, Überproduktion solange unmöglich machen, bis alle Bedürfnisse befriedigt wären, die Arbeit sparenden Maschinen zu einem Segen für alle machen, und eine solche Zunahme der Produktion mit gleichzeitig gerechter Verteilung der Güter hervorrufen, daß alle gleichmäßig an den Vorteilen zunehmender Zivilisation teilhaben würden.
10. Indem jedem das gleiche Recht auf die Benutzung des Bodens und seinen Schutz gewährleistet wird, ist es gleichfalls die Aufgabe der Gesellschaft, alle öffentlichen Verkehrsmittel sowie den öffentlichen Nachrichtendienst (Telegraphen, Telephon) zu unterhalten und zu kontrollieren, ebenso die Versorgung mit Gas, Wasser und allen solchen Dingen, die notwendigerweise die Benutzung öffentlicher Anlagen erfordern.

Im englischen Parlament wurde 1894 zum erstenmal

ein Bodenreformantrag eingebracht. Man tat ihm nicht einmal die Ehre einer Abstimmung an. Fünf Jahre später, am 10. Februar 1899, erhielt ein ähnlicher Antrag schon 123 Stimmen, und abermals fünf Jahre später, am 11. März 1904, wurde ein Antrag des Bodenreformers Trevelyan mit 225 gegen 158 Stimmen angenommen, und wiederum fünf Jahre später, am 5. November 1909, nahm das Unterhaus mit 379 gegen 140 Stimmen ein bodenreformerisches Budget an. Das Oberhaus, in dem die „Landlords" herrschen, verwarf es. Aber in einem Wahlkampf, wie er in gleicher Heftigkeit seit Jahrhunderten in England nicht geführt wurde, erklärte sich das englische Volk für die Bodenreformsteuern, die nun seit dem 27. April 1910 in Kraft sind. Nach dem Gesetz wird der Wert allen Bodens von fünf zu fünf Jahren neu eingeschätzt. Von dem nackten Wert des Bodens wird eine Steuer nach dem gemeinen Wert von 0,2% erhoben. Die Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs beträgt 20% des einen Wertzuwachs von 10% übersteigenden Betrages. Die Heimfallsteuer soll beim Ablauf der gebräuchlichen 99jährigen Pacht 10% des Wertzuwachses erfassen. Aus diesen Kämpfen sind in dieser „Geschichte der Nationalökonomie" (Bd. I, S. 381—384) Reden der englischen Minister Bannerman, Churchill und Asquith wiedergegeben. Der leidenschaftlichste Wortführer aber wurde der Walliser Lloyd George. Es sind wohl nie so glühende Anklagen gegen die Vertreter des heutigen Bodenrechts erhoben, als in den Reden des damaligen englischen Schatzkanzlers (Lloyd George, „Der Kampf um den englischen Boden." Verlag Bodenreform Berlin. Preis 1 ℳ). Seine letzte Rede vor dem Krieg am 4. Februar 1914 in Glasgow („Jahrbuch der Bodenreform", 1914) klang also aus:

> Blicken Sie im ganzen Lande umher. Hunderttausende, ja wohl eine Million, müssen unermüdlich arbeiten und doch bekommen sie nur Löhne, die kaum reichen, sie und die ihren vor dem Hungertode zu bewahren. Geschlecht auf Geschlecht sieht die Kinder dahinwelken, weil ihnen Licht und Luft und Platz fehlt, um sich kräftig zu entwickeln, und diejenigen, die

ihnen das Recht darauf absprechen, haben Quadratmeilen, die sie nur für sich selbst brauchen.

Denken Sie an unsere Städte — die großen Städte eines großen Weltreiches! In ihrem Herzen haben sie scheußliche Sümpfe menschlichen Elends, die in sich selbst verfaulen. Wir kommen, wenn wir in unsere schönen Heime gehen, täglich daran vorüber. Ja, wir haben vergessen, daß die göttliche Gerechtigkeit ein großes Unrecht nie ungestraft läßt. Und sie können jetzt im Norden und Süden, im Osten und Westen unseres Landes ein gefährliches Murren wahrnehmen. Die Tage der Vergeltung kommen näher und näher. Wie lange, glauben Sie, soll das Unrecht gegenüber Hunderttausenden Männer, Frauen und Kinder, die alle nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen sind, noch dauern? Wie lange noch? Ich glaube, das Ende ist nicht mehr fern!

Als die Bodenreformgesetze endlich angenommen waren, hofften die Freunde Englands auf eine friedliche Erneuerung. Im Sommer 1914 besuchte mich der Kultusminister im englischen Ministerium, Trevelyan und erklärte, durch die Überwindung des Widerstandes der Lords sei England vor einer Revolution oder einem Krieg bewahrt geblieben. Jetzt könne auf Grundlage der Bodenreformgesetze eine glückliche Zukunft in friedlicher Entwicklung erhofft werden.

Ob es den englischen Landlords gelingt, durch den Krieg, der ihnen zum mindesten sehr willkommen kam, diese Entwicklung dauernd zurückzudrängen? Lloyd George ist Ministerpräsident geworden und hat in dem Reichsverteidigungsgesetz dem Staat und den Gemeinden die weitestgehenden Enteignungsrechte am Boden eingeräumt. Der von ihm eingesetzte Ausschuß „zum Studium der Arbeiterfrage" hat 1 000 000 Kriegerheimstätten gefordert, für die der englische Staat 5 000 000 000 ℳ zur Verfügung stellen soll. Lloyd George weiß, wieviel ein solcher Preis in den Augen eines Volkes gilt und für seine Zukunft bedeutet.

3. Die Skandinavier.

In Schweden und in Norwegen kämpfen die bodenreformerisch gesinnten Kreise in erster Reihe für die Erhaltung

der Naturschätze für die Volksgesamtheit, der Erzgruben und der Wasserfälle, der unerschöpflichen Kraftquellen für den elektrischen Strom, dessen Wichtigkeit für das Wirtschaftsleben stetig steigt.

Eine besondere Bedeutung gewann die Bodenreform in Dänemark, das sich durch seine vorbildlichen Volkshochschulen eine außerordentlich hochstehende Landbevölkerung erzogen hat. Hier ist es dem „Henry-George-Verein" gelungen, namentlich bei den Kleinbauern, den sogenannten Häuslern, Anhang zu gewinnen. 1902 haben Häusler-Vertreter in Köge und Roeskilde auf Seeland und in Odensee auf Fünen Entschließungen angenommen, in denen es heißt:

> Der Häuslerstand fordert nicht, durch die Steuergesetzgebung begünstigt zu werden, wie z. B. durch die Aufhebung der festen Grundsteuern und Zehnten, die bei der Übernahme des Eigentums schon vorhanden sind, und welche durch Abzug in der Kaufsumme berücksichtigt werden. Das Abschaffen derartiger Lasten wird, bei Schmälerung des gesellschaftlichen Vermögens und zum Verlust der besitzlosen Gesellschaftsklassen, ungerechterweise einem einzelnen Geschlecht zum Vorteil gereichen, und zwar wesentlich nur den großen Grundbesitzern.
>
> Der Häuslerstand fordert dagegen: möglichst bald die Aufhebung jedes Zolles und jeder Steuer, die mittelbar oder unmittelbar auf Verbrauchsgegenständen liegen, z. B. auf Nahrungsmitteln, Bekleidungsgegenständen, Geräten, Gebäuden, Viehbeständen, Werkzeugen, Maschinen, Rohstoffen und durch Arbeit errungenen Verdienst, weil alle derartigen Lasten ungerecht schwer auf der Arbeit und dem kleinen Mann lasten.
>
> Der Häuslerstand fordert statt dessen, daß zur Deckung der öffentlichen Bedürfnisse der Wert des Erdbodens besteuert wird, der nicht der Arbeit des Einzelnen zu verdanken ist, sondern durch das Wachsen und die Entwicklung der Gesellschaft verursacht ist und besonders in den Großstädten eine gewaltige Höhe erreicht, und welcher, statt vom Staate oder von den Gemeinden eingezogen zu werden, unverdient einzelne Privatspekulanten bereichert. Solche Steuern werden die Arbeit nicht hemmen, sondern den Erdboden wohlfeiler machen und dadurch jedem Mann es erleichtern, sich einen eigenen Herd zu gründen.

4. Die Romanen.

In den romanischen Ländern hat die Bodenreformbewegung bisher nicht eine so große Verbreitung wie in den angelsächsischen gefunden. Die Bodenreform ist eben eine Frage wachsender Völker. Der Monopolcharakter des Bodens, die Entstehung und die Bedeutung des unverdienten Wertzuwachses wächst mit der Menschenzahl und mit der Kulturentwicklung des Volkes.

In Frankreich hat die Verteilung des Bodens an die Bauern vor 125 Jahren die Revolution gerettet. Ihre Krieger, die den Heeren des ganzen alten Europa widerstanden, verteidigten mit und in der Revolution ihr freies Grundeigentum. Als die Bourbonen zurückkamen, konnten sie zwar den Vorbesitzern gewisse Entschädigungen gewähren, aber die neue Grundeigentumsentwicklung nicht mehr rückgängig machen. Dies „freie" Eigentum am Boden mit dem Verschuldungs- und Erbrecht hat das neue Frankreich aber nicht nur geschaffen, sondern droht es auch zu verderben. Denn es ist eine Hauptursache dafür geworden, daß selbst bei der französischen Landbevölkerung die Kinderzahl mehr und mehr eingeschränkt wird, um eine zu große Teilung des Bodens zu verhüten.

Frankreichs Bevölkerung steht seit 1870 im wesentlichen still. Da aber bei der unnatürlichen Zentralisation der gesamten Regierungsgewalt, ja des gesamten Kulturlebens in Paris diese Stadt mit dem Seinedepartement fortwährend Menschen aufsaugt, so muß naturgemäß die Menschenzahl im Lande abnehmen. Die Zahl der Tagelöhner, Knechte und Mägde in Frankreich betrug 1862 rund 4 Millionen, 1909 nur noch 2,3 Millionen. Immer mehr wird die französische Landwirtschaft auf fremde Wanderarbeiter angewiesen, die aus Belgien, Italien, Spanien, selbst aus Galizien hereingezogen werden und durch ihren verhältnismäßig hohen Lohn die Landwirtschaft immer weniger lohnend machen. Eine allgemeine Schätzung des Bodenwertes ist in den Jahren 1851, 1879 und von 1908—1913 aufgenommen worden. (Das Ergebnis der letzten Aufnahme, s. „Jahrbuch der Bodenreform" 1914). Danach hatte Frankreich noch 7 205 648 ha

(=14,13 % der Gesamtfläche) Ödland. Von den 9 716 915 ha (19,06%) der Wälder, sind nur 1 013 651 ha im Besitz des Staates. Insgesamt war der französische Boden zu einem Pachtwert von 2 084 631 537 Francs (1 Franc = 0,80 ℳ) und zu einem Verkaufswert von 62 793 054 323 Frcs. geschätzt. Es gab 7 520 922 Grundeigentümer, eine ungewöhnlich hohe Zahl bei einer Bevölkerung von 40 Millionen Menschen. Der Pacht- und Verkaufswert allen Grundeigentums betrug:

Zeit	Pachtwert	Verkaufswert
	Frs.	Frs.
1851	1 824 186 249	61 189 030 452
1879	2 645 505 565	91 583 966 075
1908	2 056 949 814	61 757 233 533

Dieser Rückgang in etwa 30 Jahren um etwa 30 Milliarden Frs. erklärt es, daß in Frankreich nur in Paris, dessen Einwohnerzahl und Grundrente ständig steigt, eine Bodenreformbewegung Verständnis finden konnte. In Paris ist die Miete von 1900 bis 1911 von 847 auf 998 Millionen Frs. gestiegen. Da eine Teilung des Häuser- und Bodenwertes nicht durchgeführt ist, läßt sich die reine Grundrente nur schwer ermitteln. 1906 erschien in Paris eine französische Ausgabe der Programmschrift der deutschen Bodenreformbewegung, meiner „Bodenreform": „La réforme agraire." 1911 bildete sich die „ligue française pour l'impôt unique" (Französischer Bund für die einzige Steuer). Gedanken der Physiokraten werden hier mit denen der modernen Bodenreform vereint.

Ein französisches „Heimstättengesetz", das nach langen Vorbereitungen und heißen Kämpfen am 12. Juli 1909 verkündet wurde (siehe „Jahrbuch der Bodenreform" 1910), war ein Betrug, wie ihn die Plutokratie nur zu häufig anwendet. Gedanken, die als Sehnsucht und Hoffnung im Volke leben, werden benutzt, um es jahrelang zu beschäftigen, und erhalten endlich doch eine Gesetzesform, die ihre Verwirklichung in Wahrheit unmöglich

macht. Auf Grund des mit dem ganzen französischen Pathos verkündeten Gesetzes konnten bis zum 31. Dezember 1913 in 47 Departements ganze 85 städtische und 158 ländliche Heimstätten errichtet werden! —

Stärker als in Frankreich ist die Bodenreformbewegung in dem an Menschen und gewerblicher Entwicklung wachsenden Belgien. Ihr hervorragendster Vertreter Louis de Potter wurde am 26. April 1786 in Brügge geboren. Er wurde Rechtsanwalt, später Schriftleiter des „Courier des pays-bas". Wegen seiner Opposition gegen die holländische Regierung wurde er 1828 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt und wegen einiger Schriften, die er im Gefängnis verfaßte, auf acht Jahre verbannt. Als aber 1830 die belgische Revolution ausbrach, kehrte er nach Brüssel zurück. Er wurde mit Jubel empfangen und zum Leiter der vorläufigen Regierung ernannt. Da aber seine sozialen Gedanken in den maßgebenden Kreisen keinen Anhang fanden, zog er sich in das Privatleben zurück. Er starb am 22. Juni 1859 in seiner Vaterstadt. Von seinen Werken sind die bedeutendsten „Das ABC der sozialen Wissenschaft" und „Der rationelle Katechismus". Wie Industrie und Handel den Feudalismus überwunden haben, so muß die Arbeit die arbeitslose „Rente" überwinden. Wer den Arbeiter von dem Zutritt zum Boden ausschließen kann, der kann ihm das Produkt seiner Arbeit vorenthalten und ihn mit Lohn abfinden. Deshalb darf der Boden keinem Einzelnen gehören; die Gesamtheit soll ihn dem, der die höchste Rente dafür bietet, zur produktiven Benutzung überlassen. Aus der Gesamtbodenrente können alle Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigt werden. Proletariat und Massenarmut wird aufhören. Sein Sohn Albert de Potter (geboren am 11. November 1827) hat in seiner „Revue du socialismo rationel" (Rundschau des vernünftigen Sozialismus) diese Gedanken vertreten. Sein Hauptwerk, die „Sozialökonomie", stellt als Ziel auf: Es gilt eine Harmonie zwischen Ordnung und Eigentum zu gewinnen. Sie wird hergestellt werden durch Anerkennung des Privateigentums an beweglichen Gegen-

ständen und des Gesamteigentums an unbeweglichen Gegenständen. Albert de Potter vereinigte die Lehre seines Vaters mit der des französischen Arztes Colins. Baron Caesar Alexander Hippolyte de Colins ist in Brüssel am 24. Dezember 1783 geboren. 1819 ließ er sich als Arzt in Havana nieder, kehrte nach der Revolution 1830 nach Frankreich zurück. 1835 erschien sein erstes Werk: „Der soziale Vertrag." Er starb am 12. November 1859. Nach seinem Hauptwerk „Socialisme rationel" heißen die französischen und belgischen Bodenreformer oft auch „Rationelle Sozialisten".

Colins geht von dem Gedanken aus, daß Boden und Arbeit die Grundfaktoren jedes Wirkens seien. Die Arbeit kann nur frei sein, wo sie Zutritt zum Boden hat. Wer diesen allen gemeinsamen Boden benutzen will, muß der Gesellschaft dafür eine Entschädigung geben. Hat jeder freien Zutritt zum Boden, so wird er einem andern seine Arbeit nur verkaufen, wenn dieser ihm mehr bietet, als das, was er für sich selbst erwerben kann. Deshalb wird bei freiem Zutritt zum Boden der Lohn der denkbar höchste sein, während beim verhinderten Zutritt zum Boden der Lohn stets auf das Mindestmaß herabgedrückt wird. —

Von den „rationellen Sozialisten" wurden vielfach auch „christliche Sozialisten" beeinflußt, wie François Huet (1814—1869), der schon mit 22 Jahren Professor der Philosophie in Gent war. Sein Hauptwerk ist „Die soziale Herrschaft des Christentums".

Christentum und Sozialismus sind es, die die Welt bewegen. Beide gelten als Gegner, und beide wollen doch das gleiche: eine Gesellschaft in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die innere Freiheit bringt die Gleichheit vor Gott. Die äußere Freiheit ist die Gleichheit vor Gottes Gaben für alle Menschen, der Natur. Denn nur, wenn jeder gleichen Zutritt zu den Gaben der Natur hat, kann sich die Arbeit in Freiheit entfalten, und nur in freier Arbeit ist die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit möglich. So wird Christentum und Sozialismus versöhnt in bodenreformerischen Grundgedanken.

Die belgischen Bodenreformer haben einen begeisterten Lobredner in John Ruskin gefunden (8. Februar 1819 bis 20. Januar 1900). Dieser Professor der schönen Künste in Oxford nahm es mit der Schönheit in der Malerei und Baukunst ernst und mußte deshalb zur Volkswirtschaft kommen. Als Grundlage alles wahrhaft Schönen vertrat er hier, entgegen dem Streben nach bloßem Reichtum, sittliche Gedanken, und bei dem Suchen nach ihrer Verwirklichung pries er die Lehren der belgischen „Rationellen Sozialisten" „als das vollendetste System sozialer und politischer Reform, welches jemals aufgestellt worden ist". —

Für Spanien wirkt in der Hauptsache noch die Entwicklung nach, die zur Latifundienbildung führte (Bd. I, S. 147 bis 150). In neuerer Zeit beginnen auch dort bodenreformerische Gedanken sich Bahn zu brechen. Ein Bodenreformkongreß im Mai 1913 in der Hauptstadt Andalusiens, Ronda, nahm einen glänzenden Verlauf. Im Jahre 1916 erschien von Faustino Balvé eine spanische Übersetzung der deutschen Programmschrift, meiner „Bodenreform"; sie hat namentlich in Mexiko weite Verbreitung gefunden, wo man in der Anwendung bodenreformerischer Maßnahmen immer mehr den einzigen Schutz gegen die Aufsaugungsbestrebungen durch das New Yorker Großkapital erblickt.

Italien hat die Wahrheit der ernsten Lehre erfahren müssen, daß ein Volk nur einen Bauernstand hat. Läßt es diesen zugrunde gehen, so ist es schwer, auch in Jahrhunderten, einen neuen zu schaffen. Das Latifundienwesen, das einst Rom und die Provinzen verdarb (Bd. I, S. 42), hat sich in weiten Teilen bis heute erhalten. Eine Ausnahme macht Toskana, in dem die Physiokratie (Bd. I, S. 296) von segensreichem Einfluß war. Es ist noch heute der „Garten Italiens".

Italien hat bei rund 35 Millionen Einwohnern noch nicht 1¾ Millionen selbständige Landwirte. Die letzte amtliche Zählung vom 10. Juni 1911 ergab: 1 717 260 selbständige Landwirte, 29 466 Erbpächter, 694 118 Pächter, 1 581 492 Halbpächter, 384 593 Häusler und 4 215 648 landlose Taglöhner und 237 005 Viehknechte und Hirten. Der Rest entfällt auf Waldarbeiter, Holzhauer, Land-

und Feldhüter, Fischer usw. Diese ungesunde Gliederung führte zu den schwersten Mißständen. Die zahlreichen Arbeiter und Pächter greifen in immer stärkerem Maße auch zur Waffe der Arbeitseinstellung während der Ernte, um ihre Forderungen durchzusetzen. 1905 brachen 629 Streiks aus, an denen sich 222 683 Pächter und Arbeiter beteiligten. 1907 betrugen die Zahlen 377 und 254 131; 1911 waren die Zahlen 148 und 132 738. Eine genaue Aufnahme liegt aus dem Jahre 1908 vor, in dem 286 landwirtschaftliche Ausstände mit 173 425 Beteiligten stattfanden. Unter diesen war noch nicht der dritte Teil, 56 686, eigentliche Taglöhner, die anderen waren Teilpächter, die entweder mit den Arbeitern gemeinsame Sache machten oder allein in den Ausstand traten.

Unter den Forderungen der Arbeiter betrafen die meisten (307) die Anerkennung eines Arbeitsmonopols an einem gewissen Stück Boden; andere betrafen Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Anerkennung der Organisation. In 108 Fällen wurde ein Anteil an den geernteten Erzeugnissen verlangt. 17 Forderungen wandten sich gegen die Verwendung von Maschinen. Erfolglos blieben die 22 Streiks in der Provinz Parma, die eine Verbilligung der gezahlten Mieten erstrebten.

Diese Erschütterungen sind zum großen Teil auf die Form der Bewirtschaftung des Bodens zurückzuführen. Die Großgrundbesitzer vergeben ihr Land einem Pächtervermittler. Dieser sucht von den Unterpächtern möglichst hohen Gewinn herauszuziehen, ein Zustand, der zu den schwersten Mißständen führen muß. Da setzte sowohl die katholische Kirche als auch die Sozialdemokratie ein. Beide bilden Pachtgenossenschaften, bei denen die Genossenschaft an Stelle des Pächtervermittlers tritt. Ihrem Wesen nach scheiden sich die Pachtgenossenschaften in solche mit gemeinsamer und solche mit getrennter Bewirtschaftung. Bei den ersten leitet eine Verwaltung den Betrieb nach einem Plan, dem alle Genossen sich unterzuordnen haben; bei den zweiten teilt die Genossenschaft das gemeinsam gepachtete Land in so viele Teile, als Genossen vorhanden sind, und jeder bewirtschaftet sein Stück unter eigener Verantwortung.

Pachtgenossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung sind bisher nur von den Sozialdemokraten eingerichtet worden. Die Zahl der Genossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung überwiegt außerordentlich. Die beiden Arten verhalten sich wie 1 zu 15. Dem Umfang nach überwiegen die kirchlichen die sozialistischen Genossenschaften. Im Frühjahr 1913 schätzte man die Zahl der Genossenschaften auf 152 mit 35 360 Genossen, die zusammen 57 516 ha gegen einen Pachtzins von 3 175 694 Lire (1 Lira = 0,80 ℳ) bewirtschafteten.

Diese Pachtgenossenschaften können bei rechter Entwicklung auf dem Wege der Bodenreform eine wesentliche Stufe darstellen und gesunde Beziehungen zwischen Arbeit und Boden anbahnen. Sie können das in Wahrheit „unerlöste" Italien, das sind die weiten, unfruchtbar gewordenen Strecken, die kulturfähig, aber nicht bebaut sind, für die Kulturarbeit zurückgewinnen, und Italien, das noch heut, wie zur alten Kaiserzeit auf Lebensmittelzufuhr angewiesen und deshalb in schwerster Abhängigkeit ist von den meerbeherrschenden Mächten, die Unabhängigkeit zurückgewinnen, ohne die sich kein Staat auf die Dauer in Freiheit gesund entwickeln kann.

Man schätzt die Ausdehnung des noch kulturfähigen Bodens in Italien auf mindestens 1½ Millionen ha. Mit dieser Wiedergewinnung des italischen Bodens wäre auch die Erhaltung und das Wachstum des italischen Volkes ermöglicht, das heute in großer Masse jährlich ins Ausland strömt, und Kulturdünger anderer Völker werden muß. Einzelne Ansätze sind vorhanden. So wurden in Kalabrien 2090 ha bestimmt, in Erbpacht ausgegeben zu werden; aber bisher haben mächtige Interessenten verhindert, daß es zur zweckmäßigen Ausführung und zum planmäßigen Ausbau dieser Gesetze gekommen ist.

Aus den eigenartigen Bodenrechtsverhältnissen Italiens ist auch die Lehre Achill Lorias zu erklären (geb. 2. März 1857 zu Mantua), der als Professor der Nationalökonomie in Siena und Padua lehrte und seit 1903 in Turin wirkt. In seiner Arbeit „Die Erde und das soziale System" und das „Grundeigentum

und die soziale Frage" und das „Wesen der heutigen sozialen Frage" führt er aus:

> So lange sich freier Boden vorfindet, ist das Einkommen mit der Arbeit verknüpft, und es teilt sich unter die Arbeiter nach der Menge der von jedem verrichteten Arbeit. Ist aber kein freier Boden mehr vorhanden, so wird das Einkommen von der Arbeit getrennt. Der Arbeiter muß sich dann mit einem „Lohne" begnügen, und das Einkommen fällt dem Nichtarbeiter zu.

Loria verlangt, daß jeder Arbeitgeber außer dem Lohn nach einer gewissen Anzahl von Jahren jedem Arbeiter ein Stück Boden zu geben habe, so daß die Arbeiter nach und nach wieder Grundbesitzer werden. Damit wäre der ursprüngliche Zustand hergestellt. Jeder wäre in der Lage, auf eigenem Boden in Freiheit zu arbeiten. Arbeit und Kapital ständen unter den gleichen Bedingungen sich gegenüber und würden einen gerechten Ausgleich suchen und finden. —

Ähnliche Verhältnisse wie Italien zeigt Rumänien. Bei der Gründung des Königreichs wurde bei der sogenannten Bauernbefreiung den einzelnen Familien ein Landbesitz zugewiesen, der zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit von vornherein nicht ausreichte. Nimmt man als Mindestgröße zum Auskommen 5 ha an, so erreichen, abgesehen von den 300 000 gänzlich landlosen Bauern, nicht einmal 77% der Besitzungen diese Grenze, während 0,64% der Besitzungen 49% des ertragfähigen Bodens umfassen. Dabei ist der Wald nicht einmal mitgerechnet, der natürlich meist zu den großen Gütern gehört. 1 015 302 Besitzer haben weniger als 10 ha: zusammen 3 319 695 ha; das sind fast 42% des bebauten Landes. Fast ebensoviel, nämlich 3 001 473 ha, d. h. fast 38% gehören nur 1563 Großgrundbesitzern. Diese geben ihren Besitz zum größten Teil Pächtervermittlern. Bei den Gütern zwischen 3000 und 5000 ha werden über 73% verpachtet. Bis 1907 war ein Drittel des Pachtgebiets in den Händen von Juden und Griechen, die ihrerseits alle Last auf die kleinbäuerlichen „Zupächter" abwälzten.

Dazu kommt, daß der Großgrundbesitz sich den ertragreichen Weizenbau vorbehält, während der anstrengende, opfervolle Maisbau dem Pächter aufgezwungen wird. Bei solchem Bodenrecht sank auch der Ertrag. Die Viehhaltung zeigt folgende Entwicklung: 1860 wurden auf 100 ha Feld und Garten 110 Rinder und Büffel gezählt, 1911 nur noch 49. Das Vieh verhungert mit dem Lande und mit dem Volke. Trotz starker Volksvermehrung ist die Einfuhr von Kolonialwaren gesunken. Der Verbrauch von Mais, des Hauptbrotgetreides für das Volk, betrug 1876 auf den Kopf 230 kg; im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1903 nur noch 146 kg. Dabei steigt die Grundrente: 0,39% der Besitzer beziehen mehr als 50% des Ertrages des Bodens. Die 1 015 302 Eigentümer von weniger als 10 ha ziehen kaum je 120 Lei (1 Lëu = 0,80 ℳ) Einkommen aus ihrem Besitz, jene 0,39, d. h. 4171 Besitztümer ergeben durchschnittlich je 24 700 Lei.

Der Ruf nach einer Bodenreform steigt hier aus der Tiefe des Elends und richtet sich in erster Reihe gegen die Ausbeutung der Zwischenpächter und nimmt von Zeit zu Zeit die Form blutiger Aufstände an, die das gesamte Wirtschaftsleben erschüttern. So sahen wir es zuletzt 1907. In den Wahlkämpfen spielte diese Frage die Hauptrolle, und es gelang den Liberalen unter Führung von Bratianu im Januar 1914 das konservative Ministerium zu stürzen mit der Forderung, daß der Teil des Grundbesitzes eines Einzelnen, der 1000 ha übersteigt, für Zwecke der Innensiedlung zu enteignen sei.

Auch hier hat man, wie in Italien, Pächtervermittler durch Pächtergenossenschaften ersetzt. Diese haben eine schnelle Entwicklung genommen. Vom 1. Januar 1910 bis 1. Januar 1913 stieg die Zahl jener Genossenschaften von 273 auf 487, die Zahl ihrer Mitglieder von 36 371 auf 65 170, der jährliche Pachtzins von 5 574 531 auf 12 404 085 Lei, die Größe der gepachteten Bodenfläche von 190 721 auf 369 922 ha. Da alle rumänischen Kleinbauern insgesamt 739 595 ha Pachtland innehaben, so beträgt jener genossenschaftlich gepachtete Boden bereits mehr als die Hälfte. 34% dieser Ländereien wurden von Privaten

gepachtet, 16% vom Staat, die anderen von der Kirche, ländlichen Darlehnskassen, Hospitälern usw. In der Not des Krieges, im Juli 1917, hat die rumänische Kammer mit 130 gegen 14 Stimmen einen Antrag angenommen, der dem Staat das Enteignungsrecht bei großen Gütern verleiht, um Land zu gewinnen für eine bodenreformerische Innenkolonisation. Als die rumänische Nationalversammlung für Siebenbürgen am 1. Dezember 1918 den Anschluß an das rumänische Königreich ausrief, da hat sie doch ausdrücklich Siebenbürgen völlige Selbstverwaltung vorbehalten, bis eine Reihe von Grundsätzen für die Verfassung Groß-Rumäniens angenommen sei, und hat unter diesen Grundsätzen neben dem gleichen Wahlrecht, dem freien Gebrauch der Muttersprache sowie der freien Ausübung der Religion als einzige soziale Forderung „die Durchführung einer radikalen Bodenreform" verlangt.

5. Turanier und Zionisten.

Die Bulgaren, die sich selbst zu den Turaniern rechnen, bilden den schärfsten Gegensatz zu der Bojarenwirtschaft der Rumänen. Auf den Bulgaren lag die türkische Herrschaft am längsten von allen Balkanvölkern. Aber auch hier hat sich das alte Gesetz als gültig erwiesen, daß selbst unter schwerster äußerer Bedrückung jedes Volk lebendig und wachsend bleibt, das die unmittelbare Verbindung mit seinem Boden aufrecht erhält. Kaum war die Fremdherrschaft beseitigt, so konnte das bulgarische Volk seine nationale Kraft in überraschender Weise entwickeln, trotzdem die Lasten für den Einzelnen in der Freiheit wuchsen. In der Türkenzeit mußte der Einzelne nur etwa 20% an Abgaben von dem aufbringen, was er heute tragen muß.

Im bulgarischen Volk gibt es keinen Großgrundbesitz. Kleinbäuerlich und kleinhandwerklich ging es 1878 aus der langen Türkenzeit hervor. Während von 1900—1910 im Deutschen Reich die Einwohnerzahl jährlich um 1,30% stieg, stieg sie in Bulgarien um 1,58%. Noch ist das Volk durchaus Bauernvolk: 81% leben auf dem Lande und nur 19% in Städten. Auf dem Lande

können mehr als 50 ha in einer Hand nicht vereint werden. Die Bodenkultur steigt schnell. 1890 wurden für 200000 Lewa (1 Lew = 0,80 ℳ) landwirtschaftliche Maschinen eingeführt, 1912 für 6 800 000 Frs. So beruht die Erhöhung des Bodenwerts auf dem Lande in der Hauptsache auf seiner Verbesserung. Die amtliche Statistik gibt den Bodenwert 1895 auf 1570 Millionen, 1912 auf 6629 Millionen Lewa an. Erstaunlich ist das Wachsen der Städte. Von 1887 bis 1910 stieg die Einwohnerzahl in Burgas von 5865 auf 14 897, in Varna von 24 555 auf 41419, in Sofia von 20 856 auf 102 812. Heute schätzt man die Einwohnerzahl der Hauptstadt Bulgariens schon auf über 150 000.

Die nationale Kraftentfaltung des jungen Volkes auf Grundlage dieser gesunden sozialen Verhältnisse in den Balkankriegen und im Weltkrieg mußte Bewunderung wecken. Aber gerade dieser siegreiche Aufstieg führte Bulgarien in eine neue Zeit. Im Dezember 1916 ließ mich die inzwischen verstorbene Zarin Eleonore von Bulgarien zu sich bitten. Sie hatte meine „Geschichte der Nationalökonomie" und meine „Bodenreform" gelesen. Sie wünschte eine Übersetzung in die Sprache des von ihr geliebten Volkes. Sie wies darauf hin, daß der Bodenpreis in Sofia in kurzer Zeit um 800% gestiegen sei, daß große Tabakfirmen versuchten, die Kleinbauern aufzukaufen: landloses Proletariat, Wohnungselend als soziale Folgen nationaler Siege! Die hochgesinnte Fürstin wollte, daß die Führer ihres Volkes die vermeidbaren Schäden der unausbleiblichen kapitalistischen Entwicklung zur rechten Zeit erkennen möchten. „Auch im Interesse von Deutschland sollten wir das erstreben", sagte mir die Königin Eleonore, „damit nicht gegnerische Agenten dem Volke predigen könnten, daß die Not deutschem Einfluß entspringe!" —

Wie sehr die Königin die Zeichen der Zeit zu deuten wußte, zeigt mehr als theoretische Überlegungen ein Blick in die Praxis des Lebens, wie sie eine Anzeige der „Deutschen Tageszeitung" (Nr. 23, 1918) wiederspiegelt, die so beginnt:

Güter in Neu-Bulgarien und europäischer Türkei

in allen Größen von 10—100 000 Morgen an der Orientbahn, nach Friedensschluß mehrere hundertprozentige Preiserhöhung zu erwarten, jetzt noch billig zu kaufen.

In Sofia wuchs der Preis für 1 qm Boden von 1880 bis jetzt um 2000%; die Wohnungsnot stieg dementsprechend zu furchtbarer Höhe. Eine 4-Zimmerwohnung wurde zuletzt bis zu 12000 Frs. im Jahr bezahlt. Tausende waren obdachlos. Da wurden die Gedanken eine Macht, die in der Königin Eleonore in bangen Stunden aufgestiegen waren. In den Städten und auf dem Lande erzwang das Volk Frieden um jeden Preis. —

Bei den Magyaren hat das Überwiegen des Großgrundbesitzes ebenso wie in Italien zu einer starken Auswanderung geführt. Als ich im Januar 1916 zum erstenmal in Budapest die Bodenreform vertrat, erklärte mir Staatssekretär Graf Klebelsberg:

> Durch unsere unglückliche Bodenverteilung verlieren wir in jedem Friedensjahre aus unserem kleinen Volke etwa 100 000 Menschen im besten Lebensalter durch Auswanderung. Das ist, als ob wir in jedem Jahre eine Schlacht verlieren, die zwei Armeekorps kostet. Wenn wir leben und wachsen wollen, so muß die Bodenreform bei uns schleunigst durchgeführt werden.

Bereits im gleichen Jahre 1916 erschien eine madjarische Ausgabe unserer Programmschrift, meiner „Bodenreform". Bald nach meinem Vortrag brachte der große Bischof von Stuhlweißenburg, Ottokar Prohaszka, einen ausführlichen Bodenreformantrag in der Landwirtschafts-Gesellschaft ein („Jahrbuch der Bodenreform" 1916, Heft 2), der ungeheures Aufsehen erregte. Stolz erklärte das führende Blatt der deutschen Katholiken, die „Kölnische Volkszeitung", am 19. Oktober 1916:

> Es ist kein Zufall, daß es ein Bischof ist, der den größten sozial-reformatorischen Plan entrollt, der bisher dem Weltkrieg entsprang.

Als 1916 Graf Michael Karolyi seine „Unabhängigkeits-Partei" gründete, nahm diese als Programm ausdrücklich die Forderung „einer demokratischen Bodenreform" auf.

Verhängnisvollerweise verhinderte Graf Tisza jede Förderung der Bodenreform. Das hat ihm steigenden Haß weiter Volksschichten eingetragen. Die Wiener „Arbeiterzeitung" (1916, Nr. 173) ließ sich von ihrem Vertreter, dem nachmaligen Staatssekretär Diener-Denes, in Budapest schreiben:

> Wenn es dem Grafen Tisza gelingen wird, eine rechtzeitige Durchführung der Bodenreform zu verhindern, dann wird sie wie ein Sturzbach über uns hereinbrechen.... Die Bodenreform ist nicht nur das Zentralproblem Ungarns, sondern, fast könnte man sagen, das ungarische Problem schlechtweg. Alle Probleme, deren Lösung wir nachstreben, alle Reformen, um deren Verwirklichung wir kämpfen, sind in der Bodenreform verankert.

Der Einfluß des Grafen Karolyi, der, als er das Bodenreform-Programm aufnahm, nur 25 Mitglieder unter den 400 Abgeordneten hatte, stieg von Tag zu Tag. Als er am 31. Oktober 1918 die Herrschaft übernahm, da verkündigte er neben dem Eintreten für Frieden und Freiheit: „Eine kräftige Bodenreform."

Zu dem Umsturz trug auch hier wesentlich die Wohnungsnot bei. Eine wesentliche Ursache war auch hier ein falsches Steuersystem. In den Städten herrscht noch die Hauszinssteuer, die allem unbebauten Boden das Vorrecht der Steuerfreiheit gibt, und so seine spekulative Zurückhaltung vom Markt begünstigt. Es ist namentlich der Bodenreformer Julius Pickler, der nicht müde wurde, für die Städte die reine Grundrentensteuer zu vertreten. Im Mai 1917 wurde diese Steuer von Arad, im Juli von Budapest angenommen. Es wird hier eine Trennung des Wertes der Baulichkeiten von denen des Bodens vorgesehen; auch der unbebaute Boden wird zu seinem vollen Wert zur Steuer herangezogen. Die Abschätzung soll alle drei Jahre erfolgen. Ihre Ergebnisse werden der öffentlichen Kontrolle unterbreitet. Die Hauszinssteuer soll in demselben Maße, in dem

die Grundrentensteuer wirkt, abgebaut werden. Der Ertrag der Grundrentensteuer ist für Arad mit 350 000 Kronen (1 Krone = 0,85 ℳ), für Budapest mit 7½ Millionen Kronen eingestellt. —

Aber alle diese Ansätze waren der großen Not gegenüber ungenügend. Aus ihr erwuchs die bolschewistische Herrschaft. Bischof Prohaska hat in der Innsbrucker Zeitschrift „Das Neue Reich" (2. Jahrgang, Nr. 8) die Lehren daraus ergreifend dargestellt:

> Hier zu Land wie dort in Rußland war der Aufschub einer gründlichen Bodenreform das größte Vergehen gegen Volk und nationale Entwicklung — man könnte sagen, dieser Aufschub war die Erbsünde und die giftige Wurzel, aus der der revolutionäre Zusammenbruch in die Welt schoß ...
>
> Ich habe im Jahre 1916 mit Bezug auf die Errichtung der Kriegerheimstätten einen Antrag eingebracht. Da sprach unter andern Tisza das verhängnisvolle Wort: Das geht nicht! Damit fiel die Sache ins Wasser und Ungarn in den Pfuhl des Unglücks.
>
> Was Tisza nicht wollte, mußte die Revolution wollen. Als sie ihr wirres Haupt erhob und sich anmaßte, Geschichte zu machen, war ihr erster Gedanke die Bodenreform. Das war auch ihr bedeutendster und glücklichster Griff, und zwar ein Griff ins Herz des Volkes. Nichts konnte so das Volk packen, es fesseln und an sich binden, als das Programm der Bodenreform. Darum ließ sich gegen die Revolution nichts machen, und in der Folge konnte das nationale Element gegen das galizianische nicht mehr aufkommen; denn da war es schon zu spät.
>
> Nun ist vielen — Gott sei Dank! — das Licht aufgegangen und sie kommen zur Einsicht, daß die notwendigste Aufgabe, die zu lösen sein wird, eine gründliche Bodenreform ist. Die Bodenreform muß kommen! Schade nur, daß sie erst jetzt kommt!

Von den Siebenbürger Sachsen, die schon Opitz als „die Deutschesten der Deutschen" feierte, und die ihren Königsboden durch die Jahrhunderte so treu bewahrt hatten, sind die führenden Männer wohl vollzählig der deutschen Bodenreform beigetreten. Sie haben erkannt, daß der Rückgang der Geburten und die verhältnismäßig starke Auswanderung

die tiefste Ursache in der Gestaltung der Bodenfrage finden. Unter Führung von Karl Wolff, dem Leiter der Hermannstädter Allgemeinen Sparkasse, sind in allen sächsischen Orten gemeinnützige Genossenschaftskassen entstanden, die auch die Aufgabe haben, jeden Schritt Boden zu wahren und verlorenen wiederzugewinnen. In der Hauptstadt des Burzenlandes, in Kronstadt, ist unter Führung des Bürgermeisters Schnell am 31. Mai 1916 eine bodenreformerische Bau- und Steuerordnung angenommen worden, und das evangelische Presbyterium von Kronstadt hat auf Antrag seines Stadtpfarrers D. Herfurth einstimmig beschlossen, durch einen Ausschuß Vorschläge auszuarbeiten, „die mit Berücksichtigung neuzeitlicher Grundsätze bodenreformerische Maßnahmen unserer Kirchgemeinde ins Auge fassen." —

Auch bei dem dritten Zweig der turanischen Völker, den Finnen, gewinnt die Bodenfrage eine steigende Bedeutung. Die Bevölkerung, die im Jahre 1800 nur 786 000 Köpfe betrug, war im Jahre 1912 auf 3 196 000 gestiegen. Die jährliche Bevölkerungszunahme beträgt 1,15%. Von der gesamten Bodenfläche von 37 742 600 ha bestehen fast 12% aus Seen und Flußläufen. Das Gebiet der Stadtgemeinden umfaßt 82 260 ha, das der Landgemeinden 33 231 000 ha. Davon sind nicht weniger als 91% Wälder und unbebautes Land, 4% natürliche Wiesen und Dauerweiden. Das anbaufähige Land umfaßt nur 1 568 000 ha, noch nicht ganz 5% des Landes. Von dem Boden gehören dem Staate 39,4%, den Gemeinden 0,2 %, den Pfarreien 1%, Aktiengesellschaften 3% und Privatpersonen 55,7%. Der Staat besitzt beinahe 1000 Domänen, die namentlich aus Wäldern bestehen. Die Einnahmen daraus bilden einen wesentlichen Teil der Staatseinnahmen, 1911 beliefen sie sich auf 10 600 000 *M*.

1901 waren von den 478 142 landwirtschaftlichen Familien 110 629 oder 23% Eigentümer und 160 525 oder 34% Pächter des bewirtschafteten Landes, während die übrigen 206 988 oder 43% kein Land besaßen. Von dem landwirtschaftlich benutzten Boden sind nicht weniger als 59,8% verpachtet, so daß Finnland

in dieser Beziehung sofort nach Großbritannien mit 86,9% Pachtland kommt.

Typisch ist die große Zahl ganz kleiner Pachtgrundstücke. Von dem Grundbesitz von weniger als 1 ha werden 19% von Eigentümern, 81% von Pächtern bewirtschaftet. Bei den Landstücken von 1—3 ha sind diese Zahlen 37% und 63%. Die Pächter müssen sich in der Regel verpflichten, die Pacht durch Arbeit abzutragen, ein Zustand, der vielerlei Mißstände hervorrufen mußte. Die Wohnverhältnisse waren recht ungünstig. Während auf 1 bewohnbaren Raum in Stockholm 1,32, in Kopenhagen 1,34 und in Kristiania 1,74 Bewohner entfielen, betrug diese Zahl in der Hauptstadt von Finnland Helsingfors 2,09 und in Landgemeinden Finnlands 2,40.

41% aller Wohnungen in den Landgemeinden hatten überhaupt nur ein bewohnbares Zimmer und mehr als 30% nur zwei bewohnbare Zimmer. Diese Zustände in Stadt und Land haben auch die Blicke ehrlicher Volksfreunde auf die Bodenreform gelenkt. 1908 hat Eino Kuusi meine „Aufgaben der Gemeindepolitik" ins Finnische übertragen und durch finnische Beispiele wertvoll ergänzt.

Ein Erfolg der Bewegung ist das Bestreben der finnischen Gemeinden, ihren Grundbesitz planmäßig zu vermehren, namentlich für Rechnung der Volksschulen und der Armenpflege. Auch die Innenkolonisation erfuhr eine wesentliche Änderung. Man sah, daß ein Teil der kleinen Eigentümer ihre Stellen bald aufgaben, wenn die Versuchung an sie herantrat, das Land mit Gewinn zu verkaufen. Besonders kauften Sägemühlgesellschaften Land auf. Seit 1909 werden die Stellen nur noch in einer Form vergeben, die eine Kontrolle des Staates ermöglicht und jede Spekulation ausschließt, eine Art Pacht. Bis zum 1. Januar 1915 waren 10 019 neue Ansiedlerstellen geschaffen. Die besiedelte Fläche betrug 219 628 ha. Damit wurde ein Weg beschritten, der, wenn er kraftvoll und bewußt beschritten wird, wohl geeignet erscheint, dem schönen Lande eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu geben. —

Der letzte Zweig der turanischen Völkerfamilie sind die Osmanen. Das türkische Bodenrecht unterscheidet folgende Bodenarten:

1. Mülk-Land. Das ist Boden im uneingeschränkten Eigentum seines Besitzers. Er findet sich fast nur in den Städten.

2. Mirie-Land ist rechtlich Staatseigentum und den Besitzern nur in einer Art erbliches Lehen gegen Zahlung eines Erwerbspreises und einer jährlichen Abgabe überlassen. Seine Veräußerung und die Änderung seiner Bewirtschaftung bedarf der Zustimmung der Behörden.

3. Metruke-Boden darf nie veräußert werden, weil er zum Gebrauch einer Gemeinschaft bestimmt ist, wie etwa ein Weideplatz, ein Wald für eine Dorfgemeinschaft.

4. Mevat-Land ist herrenloses, unbearbeitetes Land, das dem, der es mit staatlicher Genehmigung zuerst bearbeitet, als Mirie-Land zufällt.

5. Vakuf-Land ist Mülk- und Mirie-Land, das von seinem Besitzer dauernd einem religiösen oder wohltätigen Zweck geweiht wird. Ein besonderes Vakuf-Ministerium läßt durch geistliche Richter (Kadi) darüber wachen, daß das Land und seine Einkünfte dauernd den frommen Zwecken verbleiben.

6. Muscha-Land ist Gesamteigentum einer Dorfgemeinschaft, die es den einzelnen Miteigentümern, in der Regel für zwei Jahre, zur Benutzung überläßt.

7. Staatsland, Domänenland, das gewöhnlich Dschiftlikland genannt wird, und das in der Regel auf 10 oder 18 Jahre gegen ein Fünftel des Ertrages verpachtet wird.

Bisher konnten nur natürliche Personen Grundstücke erwerben. Seit dem 16. Februar 1913 ist auch juristischen Personen türkischer Staatszugehörigkeit der Bodenerwerb erlaubt, aber nur in den Städten.

Bei dem Mülk-Land steht jedem Nachbar, der ebenfalls Mülk-Land besitzt, ein Vorkaufsrecht zu, so daß er verhindern kann, daß das benachbarte Land einem ihm nicht genehmen Fremden zufällt. Bei Mirie-Land hat der Staat ein Vorkaufsrecht und

endlich hat hier ein Vorkaufsrecht, wer auf Mirie-Land Pflanzungen oder Baulichkeiten errichtet hat. Das türkische Recht scheidet scharf zwischen dem Boden und den darauf angelegten Erzeugnissen menschlicher Arbeit. Was wild auf dem Boden wächst, gehört ohne weiteres dem Bodenbesitzer; was von Menschenhand gepflanzt ist, aber dem, der es gepflanzt hat. Will der Besitzer des Mirie-Landes es verkaufen, so hat derjenige, dem er vorher das Land zur Anlage von Pflanzungen oder Gebäuden überlassen hat, ein Vorkaufsrecht und zwar zu dem geschätzten Wert des Landes ohne die darauf bestehenden Kulturen. So erwirbt also ein Käufer bei Mülk- und Mirie-Land die Pflanzungen und Gebäude nur dann, wenn sie ausdrücklich mit verkauft werden. Die Gewinnung von Mineralien ist Staatsmonopol.

Die Grundsteuer ist eine Wertsteuer. Sie beträgt bei unbebautem Boden 4,44‰, bei bebautem zu eigenem Gebrauch, wenn er unter 20000 Piaster (1 Piaster = 0,18 ℳ) wert ist, 5,55‰, sonst 8,88‰, bei Gebäuden, die an andere Personen vermietet werden, 11,1‰.

Von allen landwirtschaftlichen Erträgen wird der Zehnte erhoben, der durch Zuschläge jetzt auf 12,6% gestiegen ist. Bei Weintrauben und Oliven wird diese Steuer, der Oscher (der Achte), in Geld, bei allen anderen Früchten, namentlich bei Getreide, in natura erhoben. Die Früchte müssen in die Dreschtenne gebracht werden und dort bleiben, bis der Steuererheber den Oscher erhoben hat. Dieser wird für jede Gemeinde jährlich, für Oliven alle zwei Jahre verpachtet. Oft helfen sich die Gemeinden dadurch, daß sie selbst ihren Oscher pachten. Befreit von dieser Abgabe sind Hausgärten und eingehegte Feldstücke, die weniger als 919 qm groß sind. Für Boden, auf dem landwirtschaftliche Produkte gewonnen wurden, muß bei der Bebauung an Stelle des Oscher eine Ersatzsteuer gezahlt werden.

Wird Mirie-Land drei Jahre hindurch nicht bestellt, so daß der Staat keine Oscher davon erhalten kann, so wird das Land zum Machlul, d. h. zu Boden, den der Staat dem Besitzer ohne weiteres wegnehmen und im Wege der Versteigerung einem an-

deren besseren Wirt übergeben kann. Dieses Bodenrecht, das aus dem Koran geboren ist, enthält zweifellos viele gesunde Grundgedanken, und ein Teil der türkischen Kraft, die immer wieder, so oft auch schon „dem kranken Manne" der nahe Tod verkündet worden ist, die Welt in Erstaunen gesetzt hat, ist wohl auf ein Bodenrecht zurückzuführen, das, wenn auch nicht jedem, so doch vielen, namentlich durch die ausgedehnten Vakuf-Ländereien, die Möglichkeit eines Anteils am Boden erschloß. Andererseits aber erscheint der Oscher als eine schwere Hemmung jeden Kulturfortschrittes. Wird doch jeder Mehrertrag, der durch Fleiß und Geist dem Boden abgewonnen wurde, sofort mit einer Erhöhung der Steuer bestraft. Die Beibehaltung der gesunden Grundgedanken und die Umwandlung der veralteten Formen ist eine folgenreiche Aufgabe der neuen Türkei, von der ein Stück ihrer Zukunft abhängen wird. —

Auf Boden unter türkischer Herrschaft wird nun auch der neue „Judenstaat" erstrebt. Der Mann, der mit einem Buche dieses Titels 1896 in der Judenheit die zionistische Bewegung weckte, war Theodor Herzl (2. Mai 1860 — 3. Juli 1904), ein Redakteur an der „Neuen Freien Presse" in Wien. Sein Aufruf, zumeist geboren aus der drängenden Not der Ostjuden, fand überraschenden Widerhall. Schon im Juli 1897 konnte der erste Zionistenkongreß in Basel zusammentreten, der ein Programm aufstellte: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen gesicherten Heimstätte in Palästina".

Von den etwa 700 000 Einwohnern Palästinas sind zurzeit etwa 100 000 Juden. Schon seit langer Zeit ist jüdische Siedlungsarbeit betrieben worden, zumeist aber durch die Mittel reicher Einzelpersonen, wie der Barone Hirsch und Rotschild. Auf diesem Wege erforderte jede einzelne Ansiedlung einen Zuschuß von durchschnittlich 12000 Frs. Eine Ansetzung von 100000 Bauern würde also einen Kostenaufwand von 1200 Millionen Frs. nötig machen. Die Siedler selbst, von den Verwaltern der Wohltätigkeitsstiftungen unterstützt,

damit zugleich aber auch bevormundet, entfalteten wenig eigene Kraft. Man verließ sich eben „auf den Herrn Baron". Allerdings konnten Einzelne viel Geld gewinnen. So hat eine jüdische Gesellschaft „Menuchah Wenachlah" eine Kolonie Rechoboth gegründet. Jedes Mitglied zahlte 2800 Rubel und bekam dafür 11 ha. Das Land brachte guten Ertrag; aber auch die, die nichts taten, deren Land leer blieb, erhalten heute bis zum Zwanzigfachen des Kaufpreises wieder. Von den 50 Mitgliedern der Gesellschaft leben nur noch 14 in Palästina. Um das Zwanzigfache ist der durchschnittliche Bodenpreis auch in Petach-Tikwah gestiegen. Der Boden zwischen Jaffa und Mikweh-Israel wurde 1870 vergeblich für 500 Frs. ausgeboten; 1873 wurden vergeblich für ihn 3000 Frs. verlangt. Heute gilt er viele Millionen! 1890 kostete ein qm Boden vor dem Jaffator in Jerusalem etwa 4½ Pfennig. Jetzt kostet er das Hundertfache.

In den Städten drängten sich namentlich die ostjüdischen Einwanderer in die elendesten Verhältnisse und steigerten den Wert der Mietshäuser. Der erste russische Zionistenführer Tschlenow klagt in seiner Schrift: „Der jüdische Nationalfonds":

> Den vom Leben im Ghetto geborenen Drang zur Enge, die Furcht vor Licht, Geräumigkeit, Luft, Bäumen und Blüten, die die Seele des Juden verdorrte und seinen Körper blutarm machte, überträgt er auch auf Orte, in denen er dazu nicht gezwungen wird.

Bei dieser Sachlage mußte es den ehrlichen Zionisten klar sein, daß auf diesem Wege ein Erfolg nicht zu erhoffen war. Sie durften für ihre neue Gemeinschaft nicht das römische Bodenrecht annehmen, d. h. das Recht des Volkes, das sie einst verdorben hatte; sie durften nicht die Zersetzung des Mammonismus in das alte Land ihrer Sehnsucht tragen, nicht wieder den Tanz um das goldene Kalb beginnen lassen, wollten sie hoffen, aus weiter Wüstenwanderung wieder eine Heimat zu finden. Es mußte das alte Bodenrecht Israels wieder lebendig werden (Bd. I, S. 5—11). Schon auf dem ersten Basler Kongreß hat Professor Schapira-Heidelberg beantragt, einen Nationalfonds zu schaffen für die

Erwerbung von Boden nach altem Recht. 1901 wurde dieser Gedanke Wahrheit:

> Der jüdische Nationalfonds ist ein auf ewige Zeiten unantastbares Vermögen des jüdischen Volkes, dazu bestimmt, Land in Palästina und den Nachbargebieten zu erwerben, und dauernd als Volkseigentum zu bewahren.

Er belief sich im letzten Friedensjahr bereits auf 3 000 000 M. Herzl hat in seinem Staatsroman „Alt-Neuland" es als selbstverständlich hingestellt, daß die Kolonisation nur auf bodenreformerischer Grundlage entstehen kann.

Der Weltkrieg hat den Zionismus in den Bereich der praktischen Politik gerückt. England, das die Bedeutung der zionistischen Organisationen für die öffentliche Meinung, namentlich in Amerika, klar erkannte, erließ folgende Kundgebung:

> London, Ministerium des Äußern, 2. November 1917.
>
> Lieber Lord Rothschild! Zu meiner großen Genugtuung übermittle ich Ihnen namens S. M. Regierung die folgende Sympathieerklärung mit den zionistischen Bestrebungen, die dem Kabinett unterbreitet und von ihm gebilligt worden ist: Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden werde, das nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.
>
> Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Föderation zu bringen.
>
> Arthur James Balfour.

Am 27. Februar 1919 hat die Friedenskonferenz in Paris die Palästinafrage behandelt. Die zionistische Vertretung berichtete über ihren Erfolg durch folgende Drahtung:

> Unter allgemeiner Zustimmung unterbreiteten wir unsere Forderungen der Friedenskonferenz. Der 27. Februar 1919 wird als der größte Tag in der Geschichte des jüdischen Volkes seit der Zerstreuung betrachtet werden.

Darauf hat das Zentralorgan des Zionismus ein „Manifest" für den jüdischen Nationalfonds erlassen (Den Haag, 1. Tischri 5679). Es ruft die jüdische Welt zu großen Gaben auf und verkündet programmatisch:

> Das Fundament jeder nationalen Kolonisation ist der Boden. Der Jüdische Nationalfonds ist begründet worden, um den freien Boden Palästinas als unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes zu erwerben und damit den nationalen Charakter der jüdischen Siedlung dauernd zu verbürgen.
>
> Darüber hinaus sichert eine groß angelegte Landpolitik des Nationalfonds den sozialen Fortschritt des palästinensischen Gemeinwesens. Wenn die Steigerung der Grundrente nicht wenigen Bevorzugten, sondern der Allgemeinheit zugute kommt, wenn der Boden den breiten Massen nicht vorenthalten werden kann, dann sind dem freien Spiel der Kräfte Grundlagen geschaffen, die eine gesunde soziale Entwicklung gewährleisten.

Sehr lehrreich sind die Versuche, j e t z t auch die „bewährten" mammonistischen Grundsätze moderner Kultur auf der einen Seite und die kommunistische Klassenkampflehre auf der anderen Seite nach Palästina zu verpflanzen. Gelingt es, diese Versuche abzuwehren und entsteht hier ein öffentlich-rechtliches Gemeinwesen auf der Grundlage der Bodenreform, so wird seine Entwicklung auch über die Grenzen des heiligen Landes hinaus hohe Bedeutung gewinnen.

6. Die Slawen.

Der machtvollste Vertreter bodenreformerischer Gedanken in der slawischen Welt ist Graf Leo T o l s t o i (2. Sept. 1828 — 20. Novbr. 1910), wobei allerdings nie vergessen werden darf, daß der Gutsherr von Jasnaja Poljana ein Dichterphilosoph und nicht ein Volkswirtschaftler war. Die deutschen Bodenreformer haben schon 1905, als sie den Aufruf Tolstois: „Was für das russische Volk und für alle Völker das Notwendigste ist" unter dem Titel „Die große soziale Sünde" deutsch erscheinen ließen, scharf die Grenzlinien zwischen ihren Auffassungen und denen Tolstois gezogen. Trotz der prophetisch-mystischen Art der tolstoischen Darstellung, oder vielleicht gerade deshalb, ist Tolstois Predigt

der Bodenreform überaus eindrucksvoll geworden. Er hat selbst einmal geschildert, wie durch das Schneegestöber russischer Winternächte Bauern meilenweit zu ihm kamen, um von ihm sich über die Bodenfrage belehren zu lassen, und es ist ergreifend zu lesen, wie jetzt, da alle Autoritäten in Rußland stürzen, Bauern und Soldaten vor dem Bilde Tolstois in die Knie sinken unter dem Gesang der alten Kirchenweise: „Ewiges Gedenken!"

Tolstoi ist ein begeisterter Anhänger von Henry George. 1901 schrieb er in dem Organ der Bodenreformer in New-York, in der „Single Tax Review":

> Eins ist gewiß: wie die, welche rechnen wollen, das Einmaleins nicht umgehen können, so werden auch die, welche das soziale Leben der Menschheit auf gerechter Grundlage organisieren wollen, nicht mehr die Bodenreform umgehen können. Sie müssen sie zu ihrer Grundlage nehmen.

Als Tolstoi 1902 schwer erkrankte, machte er sich Vorwürfe, nicht genug zur Verbreitung der erlösenden Wahrheit getan zu haben. In demselben Jahre noch schrieb er sein „Testament": „An die Arbeiter":

> Nur noch kurze Zeit habe ich zu leben, und ich möchte Euch Arbeitern vor meinem Tode gern sagen, was ich über Eure drückende Lage gedacht habe und über die Mittel, durch die Ihr Euch von ihr befreien könnt!

Er beschwört die Arbeiter, sich nicht verführen zu lassen, auch nicht von solchen Reformgedanken, die an sich richtig seien, sondern klar und bestimmt zuerst auf der Lösung der Bodenfrage zu bestehen, weil auf diesem Wege allein Frieden und Freiheit erhofft werden dürfte. Auch in seinen Romanen kämpft er für das neue Bodenrecht. So ist in seiner „Auferstehung" meisterhaft geschildert, wie ein Großgrundbesitzer, der eines seiner Güter zunächst seinen Bauern bedingungslos überlassen hat, ohne damit sein soziales Ziel zu erreichen, die Vertreter der Bauernschaft von andern Vorschlägen schrittweise zur Annahme der Grundrentensteuer als des einzigen Maßstabes gerechter Bodenverteilung führt.

Eine der letzten Arbeiten Tolstois war ein Nachwort zu der

russischen Ausgabe von Henry Georges „Sozialen Problemen". In diesem Bekenntnis faßt er noch einmal das Ergebnis seiner Erfahrungen und Hoffnungen zusammen:

Die ungeheure Bedeutung der Bodenreform wird bis jetzt nicht verstanden. Der Hauptgrund ist der, daß man ihre Gedanken entweder verdreht oder totschweigt. Sie erscheinen den meisten Menschen als eine Art der Verstaatlichung des Bodens im Sinne der Sozialisten. Oder sie sagen: „Ich weiß, weiß schon! Bodenbesteuerung, damit die ohnehin schwer belasteten Grundbesitzer noch eine neue Steuer aufbringen." Oder: „Schon gut, schon gut! Der Grundbesitzer soll jetzt auch noch für die Verbesserungen, die er auf seinem Boden aufbringt, Steuern bezahlen!" ...

Die Bodenreformgedanken sind so überzeugend, beweiskräftig und besonders so einfach, daß jeder sie verstehen muß. Hat man sie aber einmal verstanden, so kann man nicht umhin, sich um ihre Verwirklichung zu bemühen — und deswegen ist das einzige Mittel dagegen: ihre Verdrehung und ihr Totschweigen.

„Aber das Licht leuchtet auch in der Dunkelheit; Finsternis zehrt es nicht auf." Derart sind die Bodenreformgedanken.

Und mir scheint, daß gerade jetzt ihre Zeit gekommen ist, und zwar gerade in Rußland. Gerade jetzt, weil in Rußland die Revolution vor sich geht, deren wahrer Grund darin besteht, daß dem Volk, dem wirklichen Volk, das Land verweigert wird. Und gerade in Rußland, weil dem russischen Volke in seiner Mehrzahl der Grundgedanke: daß auf das Land alle Volksgenossen ein Anrecht haben, und daß man deshalb nur dieses Land, nicht aber die Arbeit, besteuern dürfe — stets lebendig war und noch ist.

Diesen Gedanken hat das gesamte russische Landvolk nicht nur stets gebilligt, sondern auch stets in Anwendung gebracht, bis die Regierung dazwischen trat.

Der russische Statistiker Orlow hat über das Verhältnis der Bauern zum Land geschrieben:

Die Bauern verstehen und unterscheiden gar nicht die verschiedenen Gegenstände der Besteuerung, die in den Heberollen aufgeführt werden. Sämtliche Abgaben und Gebühren, Bezirks- und Gemeindesteuern werden bei der Umlage durch den Mir (die Dorfgemeinde) in eine Summe zusammengezogen, die nach der Zahl der auf jeden entfallenden „Seelen" auf die einzelnen Gemeindemitglieder verteilt wird; die einzelnen „Seelen" aber sind nach Auffassung der Bauern

mit einem bestimmten Teil des dörflichen Landbesitzes identisch. Eine steuerzahlende „Seele" ist nach der eigenartigen Anschauungsweise des Bauern ohne Land undenkbar; ja, „Seele" ist eigentlich nichts anderes als ein bestimmter Landanteil, der den entsprechenden Betrag der Gemeindeabgaben aufzubringen hat. Wenn auf die Frage nach der Seelenzahl ein Hausbesitzer antwortet, daß ihm zwei, und ein anderer: drei Seelen gerechnet werden, so heißt das nichts anderes, als daß der erste Besitzer über zwei und der andere über drei Landanteile des Gemeindelandes verfügt.

Tolstoi war Slawe und Russe genug, um von seinem Volke die bahnbrechende Rolle auf dem großen Befreiungswege zu erhoffen. Sein Aufruf „Die große soziale Sünde" klingt so aus:

> Ich glaube überdies, und ich möchte gern in einem, wenn auch noch so geringem Maße, dazu beitragen, daß die Beseitigung dieser großen Universalsünde — eine Beseitigung, die eine Epoche in der Geschichte der Menschheit bilden wird — gerade durch das russisch-slawische Volk verwirklicht werden wird, das durch seinen geistigen und wirtschaftlichen Charakter zu dieser großen Weltaufgabe vorbestimmt ist, daß das russische Volk nicht in Nachahmung der Völker Europas und Amerikas zu einem Volk von Proletariern werden wird, sondern im Gegenteil die Bodenfrage lösen und anderen Völkern den Weg zu einem vernünftigen, freien und glücklichen Leben außerhalb des kapitalistischen Zwangs und Sklaventums zeigen wird, und daß darin sein großer historischer Beruf liegt.

Was Tolstoi zu dieser Hoffnung befähigte, war das eigentümliche Bodenrecht, unter dem die russischen Bauern, die 80% bis 85 % des Volkes ausmachten, lebten.

Die Bauernbefreiung vom 19. Februar 1861 stellt sich so dar:

Bauernklassen	Gemeinden Zahl	„Seelen" Zahl	Angewiesene Ländereien Deßjatinen[1])
Gutsbauern	91 475	10 050 200	33 753 759
Staatsbauern	5 527	900 486	4 333 261
Kronbauern	36 723	9 643 606	57 130 141
Andere Bauern	5 900	1 801 777	21 635 694
Summe	139 625	22 396 069	116 852 855

[1]) 1 Deßjatine = 1,09 ha.

Diese Ländereien wurden nicht den einzelnen Bauern, sondern dem „Mir" überlassen.

„Mir" bedeutet bezeichnenderweise in der russischen Sprache ein dreifaches: Welt, Friede und Bodeneigentum der Gemeinde. Das Bauernbefreiungsgesetz erklärt in § 13 den „Mir" also:

> Sie ist diejenige althergebrachte Nutzungsart, bei welcher das Land durch Gemeindebeschluß unter die Bauern nach Seelen oder nach einem anderen Maßstab umgeteilt oder verteilt wird, die für den Nießbrauch des Landes auferlegten Verpflichtungen aber unter gemeinsamer Haft getragen werden.

Der Anteil der einzelnen Familie konnte selbstverständlich weder verschuldet noch veräußert werden. Was auch immer das Jahr brachte an Frost und Hitze, an Enttäuschung und Not — jede Familie war sicher, daß sie im nächsten Jahre, besonders nach der nächsten Umteilung, wieder eine gesicherte Arbeitsstätte und damit eine neue Hoffnung haben würde.

Die aus diesen Verhältnissen herauswachsende Bevölkerungsvermehrung war eine außerordentliche. 1871 zählte Rußland 78 Millionen, heute über 170 Millionen. Es stieg also um rund 120 %, während das Deutsche Reich in derselben Zeit nur um rund 60 % zunahm.

Aber gerade bei dieser Bevölkerungsvermehrung mußte die alte Verwaltung des „Mir" zu Mißständen führen.

Die wichtigste Fehlerquelle war die zu häufige Verteilung der Landanteile, die in vielen Gemeinden in jedem Jahr erfolgte. Dies Verfahren zeitigte keinen besonderen Schaden, solange die Größe der Anteile auch bei extensiver Wirtschaft genügenden Ertrag brachte. Sie mußte aber gefährlich werden, als mit der schnellen Bevölkerungszunahme die Anteile der Einzelnen naturgemäß immer kleiner wurden. Bei der Bauernbefreiung waren die gutsherrlichen Bauern am schlechtesten bedacht worden. Ihre Zahl betrug 45 %, ihr Landanteil nur 29 %, so daß bei ihnen auf eine Seele (Nadjel) nur 3,2 Deßjatinen kamen, während der Anteil bei den Apanagebauern 4,9, bei den Domänenbauern 6,7 Deßjatinen betrug. Bis 1900 war durch die Volksvermehrung der

Anteil, der auf die einzelne Seele fiel, fast genau auf die Hälfte gesunken. Die nun nötig werdende intensive Bewirtschaftung konnte aber von einer Familie nicht geleistet werden, wenn sie befürchten mußte, daß schon nach kurzer Zeit das Los ihr dieses Stück Land nehmen und ihr irgendeinen anderen Teil der Dorfgemarkung zuweisen würde. Dazu kam eine ungerechte Verteilung der Steuern. Sie betrugen 1903 in den nördlichen Gouvernements für Privatland 7,2 % des Ertrages, bei den „Mir"-Anteilen dagegen 61 %! (Vergleiche Professor Oseroff „Jahrbuch der Bodenreform", 1906.)

Die Lage weiter Bauernkreise wurde so schwierig, daß eine Änderung herbeigeführt werden mußte. Es erhob sich die große Frage, sollte der Mir völlig beseitigt oder sollte er unter Aufrechterhaltung seines Grundgedankens nur in seinen Anwendungsformen dem neuen Leben angepaßt werden?

Seine maßvollen Verteidiger standen den deutschen Bodenreformern nahe. Zuerst forderten sie die Steuer nach dem gemeinen Wert, um jede steuerliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes unmöglich zu machen, und dadurch die bäuerlichen Lasten zu erleichtern. Dazu verlangten sie eine sachgemäße Bildungsarbeit. Was solche auch bei der „Mir"-Verfassung schaffen kann, zeigte der Fortschritt des Fruchtwechsels in den Landgemeinden des Gouvernements Moskau. 1890 hatte ihn noch keine Dorfgemeinde, 1909 bereits 31 % des bäuerlichen Anteillandes.

Aus übertriebenem Gerechtigkeitsgefühl waren jeder Familie möglichst viele kleine Stücke von jeder Bodenart überlassen worden. So war im Laufe der Zeit vielfach eine Zerstückelung einzelner Anteile eingetreten, die jede wirtschaftliche Ausnutzung äußerst erschwerte. Bei rechter Belehrung mußte eine zweckmäßige „Zusammenlegung" gerade bei der „Mir"-Verfassung leicht zu erzielen sein.

Endlich empfahlen sie eine Ausgabe des Landes auf Lebenszeit unter Hinweis darauf, daß in dieser Weise die Vergebung von Allmendteilen in Deutschland häufig mit größtem landwirtschaftlichen Erfolge vor sich gehe.

Eine Zeitlang wurde diese Richtung auch von der Regierung unterstützt. Meine „Aufgaben der Gemeindepolitik", das praktische Handbuch der deutschen Bodenreformer, wurden ins Russische übersetzt. Diese Ausgabe — die in einer besonderen Volksausgabe weit verbreitet wurde — erhielt eine erhöhte Bedeutung durch ein Vorwort des Moskauer Professors Oseroff, des volkswirtschaftlichen Beirats des Finanzministeriums, das die russische Bildungsschicht aufrief, sich mit diesen Gedanken vertraut zu machen, und durch ihre Anwendung Rußland auf den Weg organischer Entwicklung zu leiten.

Wie sehr der Gedanke, daß Gott den Boden allen seinen Kindern gegeben habe, im russischen Volke wurzelte, zeigte sich deutlich, als am 18. Mai 1882 die Regierung eine Bauernbank zur Aufteilung von Latifundien und Kronland schuf. Bis 1906 teilte diese Bank 8 276 000 Deßjatinen Land auf. Von diesen wurden mehr als 98 % von Gemeinden und Genossenschaften und noch nicht 2 % als Sonderbesitz erworben!

Neben den Bauerngemeinden, die unter dem Immerkleinerwerden der Seelenanteile litten, lag nun ungeheurer Grundbesitz. Der Krone allein gehörte fast 40 % der Gesamtfläche des europäischen Rußlands: 7 Millionen Deßjatinen waren Eigentum der kaiserlichen Familie.

Es war kein Wunder, wenn der Ruf nach Land immer stärker in den russischen Bauerngemeinden ertönte, besonders scharf auch von den heimkehrenden Kriegern, als der russisch-japanische Krieg das Krankhafte der sozialen und politischen Einrichtungen des Riesenreiches enthüllt hatte.

In der neugeschaffenen Volksvertretung, der Duma, erhoffte die Regierung von den Bauern ein Gegengewicht gegen die in der Revolution sich als so gefährlich erwiesenen Großstadtschichten. Die Bauernvertreter waren bereit, Gott zu geben, was Gottes, und dem Zaren, was des Zaren ist. Sie wollten gleichzeitig aber auch dem Volke geben, was des Volkes ist, d. h. eine Reform des Bodenrechts.

Hätte die russische Regierung den berechtigten Kern der Bauernforderungen anerkannt, so hätte sie durch eine entschlossene Reform des „Mir" das ungeheure Gebiet des russischen Staates durch „fortschreitende Organisierung des Bodens" bis zu einer organischen „Einwurzelung" des Volkes führen können. Es wäre das ein langsamer Weg gewesen ohne Glanz und Prunk; aber ein Weg, der auf Jahrhunderte hinaus dem russischen Volke eine gesunde Entwicklung gesichert hätte.

Die Regierung entschied sich für den anderen Weg, beeinflußt durch die mächtige Großfürsten- und Großgrundbesitzerpartei, die ihren Latifundienbesitz unter allen Umständen erhalten wollte, besonders aber auch durch die einflußreiche Schicht des jungen Industrie- und Handelskapitals, die naturgemäß Herr der verbreitetsten Zeitungen und damit der öffentlichen Meinung war. Diese Schicht brauchte Proletarier, d. h. Industriearbeiter, die ohne Rückhalt gezwungen waren, ihre Arbeitskraft als ihre einzige Ware unter jeder Bedingung zu verkaufen. Nun waren aber 1905 z. B. von den Industriearbeitern des Moskauer Gouvernements noch 94 % „Bauern", d. h. Menschen, die irgendwo in einem russischen Dorfe einen Anteil an dem „Mir", also im Notfall stets eine Heimstätte und ein Stück Land als Grundlage freier Arbeit besaßen. Die billigen „Hände" für die Industrie konnten nur geschaffen werden, wenn es gelang, den Arbeitern ihr Recht auf ein Stück Boden zu nehmen, also den „Mir" aufzulösen. Neben dieser Proletarierschicht glaubte die Regierung eine Schicht von Bauernbesitzern zu gewinnen, die als unumschränkte Eigentümer ihres Bodens ihr Interesse bedingungslos mit dem der herrschenden Bureaukratie verbinden würde. Nach dem Rezept, zwar nicht der Weisen, aber der Schlauen, glaubte man die russischen Volksschichten leichter beherrschen zu können, wenn man sie teilte.

Stolypin, der gefeierte „Besieger der Revolution", gab das Schlagwort aus: „Einsatz auf Starke". Der erste Schritt dazu war das Kaiserliche Manifest vom 9. November 1906. In den Gemeinden, in denen die Landteilung in Übung geblieben war, sollte schon ein Fünftel der Wirte das Recht haben, aus der Feld-

gemeinschaft auszuscheiden; in großen Gemeinden sollten bereits 50 Wirte zur Antragstellung genügen; es war sogar vorgesehen, daß jeder einzelne seinen Landanteil als Sondereigentum verlangen durfte.

Die erste und zweite Duma lehnten dieses Gesetz, das in der Tat eine „Revolution von oben" bedeutete, ab. Es bedurfte eines Staatsstreiches, einer Änderung des Wahlrechts, das die Bauern entrechtete, um durch ein Gesetz am 14. Juni 1910 in der dritten Duma jene Bestimmungen zu bestätigen.

Inzwischen erhielten nach dem Kaiserlichen Manifest die Beamten und die Geistlichen strenge Anweisung, mit allen Mitteln für die „Reform" zu wirken. Man weiß, was das in Rußland bedeutet, und so sind denn von 1907—1910 in nicht weniger als 49 000 Gemeinden Anträge auf Teilung gestellt worden.

Bis zum Frühjahr 1915 wurden in 13 391 Gemeinden 551 484 Eigenhöfe „geschaffen".

In welcher Weise das geschah, läßt ein Bericht der „Deutschen Volkszeitung" in Saratow vom Jahr 1908 erkennen: Notare werden von Bauern belagert, die ihr Land ausgeschieden haben wollen:

> Durch die Beihilfe „wohltätiger" Menschen sind alle Mühen „aufs angenehmste" überstanden und finden ihren Abschluß durch die Auszahlung von ein paar Rubelscheinen oder ein paar gelber Münzen. Der Klient hat „glücklich" verkauft; nun sitzt er als Landloser in der Schenke und trinkt Monopolschnaps . . .
>
> Ist es nicht tieftraurig, ja empörend, wenn man hören muß, daß z. B. in Warenburg ganze Seelenanteile im Belaufe von 7 Deßjatinen für nur 100 bis 150 Rubel losgeschlagen worden sind? Beträgt doch für solche Ländereien das Pachtgeld allein schon 18 bis 20 Rubel jährlich. Wie man hört, zahlt man dort jetzt 200 Rubel für einen Seelenanteil und für die Deßjatine eines solchen Seelenanteils 30 Rubel, während die Landpreise daselbst in der letzten Zeit 100 Rubel für die Deßjatine betrugen! — Dem Bodenwucher ist Tor und Tür geöffnet!

Allerdings sollte nach dem Buchstaben des Gesetzes das neu geschaffene Sondereigentum unter das „Recht des Nadjel" gestellt werden, d. h. dieser Boden durfte nur von Mitgliedern der Bauerngemeinde erworben werden, und zwar nur in einem nach Gouvernements verschiedenen Höchstausmaß. Auch die Belastung sollte nur durch die Bauernbank zu bestimmten Zwecken erfolgen. Solche schönen Bestimmungen kann das Kapital, das in Boden zu „arbeiten" wünscht, überall umgehen, am leichtesten aber bei einer Beamtenschaft, wie der russischen. Und so hatten denn auch von den Kleinbauern bis zum 1. Mai 1913 rund 580000 den ihnen zugefallenen Anteil am Bodeneigentum bereits wieder verkauft, waren also nun völlig landlos, „elend": Proletarier, die sich enterbt und betrogen fühlen mußten.

Die russischen Machthaber bemühten sich krampfhaft um den „Beweis", wie sehr die Agrarreform das Wirtschaftsleben gestärkt habe. So sei der Ertrag der Getreideausfuhr, der 1905 nur 567 Millionen Rubel ergeben habe, schon 1911 auf 735 Millionen gestiegen. Solche Zahlen beweisen nichts. Der Mehrertrag kann — und er ist es in der Tat — hauptsächlich auf den erhöhten Weltmarktpreis zurückzuführen sein; denn die ausgeführte Menge stieg nicht im gleichen Verhältnis, sondern nur von 696 auf 821 Millionen Pud. Aber selbst diese Steigerung der Ausfuhrmenge sagt nichts. Unter der Herrschaft des Mir stieg diese Menge verhältnismäßig oft noch schneller, z. B. von 419 Millionen Pud im Jahre 1900 auf 696 im Jahre 1905.

Daneben versuchte die Regierung durch Siedlung in Sibirien den Landlosgewordenen Neuland zu erschließen. Zunächst gingen auch viele Bauern über den Ural, so 1908: 664 800, 1909: 619 300. Aber geeignetes Land begann auch dort bald selten zu werden, zumal die Regierung nicht die Mittel zu großen Bodenmeliorationen zur Verfügung stellen konnte oder vielmehr, nach dem Willen der Ausland-Geldgeber, nicht durfte. So ist die Auswanderung nach Sibirien bald wesentlich gefallen. 1911 betrug sie nur noch 189 800, 1912: 201 500 Köpfe. Auch der Verkauf

von Großgrundbesitzerland, der unmittelbar nach der Revolution ziemlich stark war, ließ bald nach.

In den Kernprovinzen Rußlands aber kam es zu schweren Erschütterungen, denn die Masse der Landbevölkerung hielt fest an den Überlieferungen der Väter, und von den eingelaufenen Gesuchen an die Agrarkommissionen hatten trotz allen Druckes von oben mehr als die Hälfte, 53 %, nicht die Ausscheidung aus dem „Mir" zum Ziel, sondern nur eine Teilung der Mirgebiete verschiedener Dörfer, die Zusammenlegung einzelner Teile, stets mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß die Antragsteller bei dem alten gemeinsamen Bodeneigentum bleiben wollten. Die Teiler wurden als Verräter betrachtet — und die Erbitterung des Volkes gegen eine Regierung, die diese begünstigte, stieg von Tag zu Tag. In dieser Stunde schien, nach dem Vorbild unfähiger Regierungen, ein Krieg nach außen die sicherste Ablenkung zu sein. In welcher Weise man diesen Krieg den Bauern als Mittel zur Landgewinnung klar machte, wird durch viele Zeugnisse beleuchtet:

Das konservative „Stockholmer Tageblatt" ließ sich bereits am 18. Dezember 1914 von einem augenscheinlich gut unterrichteten Petersburger Mitarbeiter schreiben:

> Die Bauern beginnen sich bei den Behörden einzufinden, um nachzufragen, ob die neue Bodenverteilung nicht bald ins Werk gesetzt werde, die man ihnen bei der Mobilisierung doch versprochen habe.

Am 31. Mai 1915 schrieb der Berliner Kriegs-Berichterstatter Düwell aus dem Ost-Pressequartier:

> Im nachfolgenden gebe ich Mitteilungen wieder, die aus zwei verschiedenen Quellen stammen, welche ganz unabhängig voneinander ihre Informationen aus solchen russischen Kreisen erhielten, deren Verbindungen bis direkt in die Regierung hineinlaufen . . .
>
> Die Bauern hätte man für den Krieg begeistert, indem man ihnen sagte: In Ostpreußen könnt Ihr Euren Landhunger befriedigen! —
>
> Bei den Vernehmungen machten verschiedene Gefangene dem Herrn, den sie für einen Russen hielten, ganz genaue An-

gaben über das Land, das sie sich bereits als dauernden Wohnsitz ausgesucht hatten. Sowie den Bauern die Erkenntnis gekommen war, daß der Krieg sie doch nicht auf die gedachte Weise zu freien Landbesitzern machen werde, sei ihnen auch jede Lust am Kriege, jede Willigkeit, ins Feuer zu gehen, vollständig geschwunden.

Als es aber offenbar wurde, daß dieser neue Boden unerreichbar blieb, schwand der Glaube an den Zaren, der den Kindern Rußlands nicht Boden geben wollte oder konnte. Und nun fanden die lockenden Stimmen bald Gehör, die auf das ausgedehnte Bodeneigentum der Krone und der Großgrundbesitzer in Rußland selbst verwiesen.

Den Anstoß zur Entscheidung brachte der Bodenmißbrauch in den Industrieorten und das aus ihm entspringende Wohnungselend. Im August 1916 begann es in Petersburg, Moskau, Ssaratow usw. als Massenerscheinung aufzutreten. Der Zar mit seinem guten Willen wollte helfen; aber schlaue Interessenten brachten soviel Einwendungen und Bedenken vor, daß Staatsmänner, die den mächtigen Interessengruppen unmittelbar oder mittelbar dienstbar waren, durchgreifende Hilfe immer wieder verzögerten. Weihnachten 1916 war die Wohnungsnot schon vielfach zur Obdachlosigkeit geworden. Sie stieg in dem Maße, in dem „weitsichtige" Unternehmer billige, fremde, zum Teil gelbe Arbeiter einstellten und in die Wohnungen legten. Die Frau ist das konservativste Element der Gesellschaft, solange sie für sich und ihre Kinder noch ein Heim, und sei es das bescheidenste, zu wahren hat. Die Frau ist das revolutionärste Element der Gesellschaft, sobald sie diesen festen Halt verliert. Im März 1917 erhoben sich die obdachlos gewordenen Männer und Frauen in Petersburg und Moskau. Sie hatten in der Tat, um mit dem „Kommunistischen Manifest" zu sprechen, „nichts mehr zu verlieren." Die Bauernsoldaten aber machten mit ihnen gemeinsame Sache. Die gleiche Sehnsucht: „Heim und Land" vereinte Arbeiter und Soldaten. Die Regierung hatte eben das historische Gesetz übertreten, das allein gewaltsamem Umsturz vorbeugt, und das einmal Goethe,

der Zeitgenosse der großen französischen Revolution, also ausspricht:

> Revolutionen sind ganz unmöglich, sobald die Regierungen fortwährend gerecht und fortwährend wach sind, so daß sie ihnen durch zeitgemäße Verbesserungen entgegenkommen und sich nicht so lange sträuben, bis das Notwendige von unten her erzwungen wird.

Die Regierungen, die aus dem Umsturz sich erhoben, haben schnell gewechselt. Jede Regierung mußte fallen, die zögerte, die Hoffnung auf Land zu erfüllen. Seit Anfang November 1917 ist eine Gruppe an der Herrschaft, die zu Beginn als verschwindende Minderheit erschien, die Bolschewiki.

Gegen jede Erwartung haben sie sich zunächst behauptet und wachsenden Anhang gefunden. Sie waren eben die ersten, die ohne Schwanken die Landfrage in Angriff nahmen. Bereits am 8. November beschlossen ihre Führer, die „Volkskommissare", eine Verordnung, die alle großen Güter, alle Kron- und Kirchenländereien in das Eigentum der Bauerngemeinden überführte und ebenso das private Eigentumsrecht an allen bebauten und unbebauten städtischen Grundstücken aufhob. — Die Bolschewiki sind keine Bodenreformer (vgl. S. 269).

Aber nicht nur die Bolschewiki erkennen die Landfrage als die entscheidende. Das zeigte sich, als am 18. Januar 1918 die große konstituierende, oder wie es im Russischen heißt, die „grundlegende" Versammlung zusammentrat. Diese wählte nicht einen Bolschewisten, sondern Victor Tschernoff zum Präsidenten, den man als den Führer der radikalen russischen Bodenreformer bezeichnen kann. Auf einem allrussischen Tag der Bauern im Mai 1917 hat er als Landwirtschaftsminister eine berühmt gewordene Rede gehalten:

> Der Boden ist seiner Natur nach nicht ein Werk von Menschenhand, und es kann daher niemand von ihm Besitz ergreifen für alle Ewigkeit. Der Boden ist die Vorbedingung für jedes Schaffen, für jedes Leben, und auch er muß von der Leibeigenschaft befreit werden.

Als die grundlegende Versammlung mit 237 gegen 146 Stimmen beschloß, die kommunistisch-anarchistische Regierungserklärung der Bolschewiki nicht anzunehmen, verließen ihre Anhänger den Saal. Die Zurückgebliebenen nahmen unter dem Vorsitz von Tschernoff außer einer Entschließung für den Frieden noch einmütig einen Beschluß an, der die Überführung des Bodeneigentums in die Hände der Gemeinschaft aussprach — des Bodens, aber nicht der Häuser, der Maschinen, der Werkzeuge und des sonstigen Eigentums. Die Versammlung wußte, daß ihre Beschlüsse nur eine grundsätzliche Bedeutung haben konnten; aber sie wollte diese dauernde Grundlage in bezug auf die Bodenfrage schaffen. Bald nach diesem Beschluß wurde die Versammlung mit Waffengewalt gesprengt.

Wider Erwarten haben die Bolschewisten sich an der Herrschaft behauptet, und auch die Heere, die von England und Frankreich mit allen technischen Hilfsmitteln reichlich unterstützt waren, besiegt. In weiten Kreisen des deutschen und des westeuropäischen Proletariats erscheint deshalb „Moskau", „die dritte Internationale", als die große Hoffnung in der sonst so hoffnungsarmen Zeit. Bei solcher Wertung wird oft die entscheidende Bedeutung der Bodenfrage übersehen. In Rußland umfassen Handel und Industrie nicht viel mehr als 15% der Bevölkerung. Was hier auch durch falsche Versuche unter Umständen verdorben wird, trifft nicht den Kern des russischen Volkes. Das russische Volk ist das russische Dorf. Die „Bauern" umfassen etwa 85% der Bevölkerung. Diesen haben die Bolschewiki nun die 40% Staatsländereien und die ungeheuren Gebiete des bisherigen Großgrundbesitzes zugewiesen. Der Seelenanteil des Einzelnen muß im europäischen Rußland sich im Durchschnitt fast verdoppelt haben. Dringen nun feindliche Heere vor, so schickt Lenin ins russische Dorf: „Die Gegner kommen, die euch euer Land nehmen wollen!" Und dann erheben sich die russischen Bauernsoldaten — nicht um irgendeiner Theorie willen, sondern um ihrer Scholle willen, und alle Anstrengungen

der Gegner zersplittern an diesen Kämpfern für ihren Boden.

So steht die gewaltige Lehre schon heute unbestritten inmitten der großen Umwälzung unserer Zeit: die Bodenfrage ist es, die die Völker in ihrem Innersten aufwühlt; die Bodenfrage ist es, die Regierungen stürzt und Regierungen erhebt! Wer die Menschen und den Boden, wer das Volk und sein Vaterland in ein gesundes Verhältnis zu setzen vermag, den erkennt das Volk an als berufenen Führer, als „von Gottes Gnaden". Wer aber diese Voraussetzungen alles gesunden Gemeinschaftslebens nicht zu wahren versteht, dessen Herrschaft wird stets als im tiefsten Grunde ungenügend und deshalb als ungerechtfertigt empfunden. —

In der Not des Krieges hatte die gewissenlose russische Regierung versucht, die Verbitterung der Bauernsoldaten abzulenken, indem sie ihnen den Boden in Aussicht stellte, den sie deutschen Ansiedlern entriß. Diese Ansiedlungen bieten wertvolle Lehren.

In Südrußland wurden zumeist 1804 und 1809 und dann nach den Freiheitskriegen deutsche Bauern angesiedelt. Insgesamt zählte man 207 deutsche Kolonien mit etwa 50 000 Seelen.

Als Land wurde ihnen Kronland zugeteilt, und zwar als Gemeinbesitz, der von Zeit zu Zeit an die einzelnen Höfe verteilt wurde. Das Weideland blieb überall Allmende. Der Hof oder die Wirtschaft war nur im Mannesstamme erblich; waren Söhne und Brüder nicht vorhanden, fiel die Wirtschaft an die Gemeinde zurück. Die Wirtschaften waren unbeleihbar und unverkäuflich; sie durften auch höchstens ein- oder zweimal geteilt werden. Jede deutsche Gemeinde hatte bei der Landverteilung ein freies Gebiet, in der Regel 1000—3000 Deßjatinen, als Gesamteigentum zurückbehalten, das sie verpachtete. Die Einnahmen wurden kapitalisiert und zum Ankauf von größeren Ländereien benutzt, auf welche die landlos gebliebenen männlichen Glieder der Gemeinde angesetzt wurden. Auf dieser sozialen Grundlage entwickelten sich evangelische und katholische Gemeinden in überaus glücklicher Weise.

Die Zahl der Deutschen in Südrußland stieg auf über 520 000, die zusammen etwa 4 200 000 Deßjatinen Land besaßen. Wie verhielten sich nun diese deutschen Bauern zur Stolypinschen Agrarreform mit ihrer Verschuldungs- und Verkaufsfreiheit? Sie lehnten sie ab. Sie kannten in Südrußland beide Arten des Bodeneigentums, sie wußten deshalb, daß bei der neuen Freiheit weder die deutsche Eigenart ihrer Dörfer, noch ihre gesunden sozialen Grundlagen hätten aufrecht erhalten bleiben können. Ähnlich lagen die Verhältnisse im Kaukasus, wo 1816 und 1817 Württemberger sich niedergelassen hatten. Auch diese Gemeinden wurden auf Kronland angesiedelt, d. h. auch sie dürfen das Land nicht beliebig verkaufen und vor allen Dingen überhaupt nicht verschulden. Der Erfolg war eine außerordentliche Wohlhabenheit. Das größte Schwaben-Dorf, Helenendorf, brachte mehr an Staatssteuern auf als der ganze übrige Teil des Kreises Elisabeth-Pol, in dem es liegt. Annafeld, ein Dorf mit nur 875 Einwohnern, brachte 40 000 Rubel Steuern auf. Die Zahl der Deutschen im Kaukasus beträgt etwa 70 000, ihr Landbesitz etwa 75 000 Deßjatinen, wovon 50 000 Kronland sind.

An der Wolga wurden 1764—1776 104 deutsche Dörfer mit 23 184 Deßjatinen besiedelt. Diese deutschen Bauern gaben 1816 die ursprünglich „freien" Bauernwirtschaften auf und nahmen die russische Mirverfassung an, allerdings mit der verständigen Bestimmung, daß der Boden nur alle zwölf Jahre nach der Seelenzahl zu verteilen sei. In solcher Verfassung bedeuten Kinder Reichtum: jeder Knabe brachte einen Landanteil und die Mädchen wenigstens Arbeitskräfte. Die Fruchtbarkeit dieser Ansiedlerfamilien war außerordentlich. Noch zuletzt betrug ihr Geburtenzuwachs 72 vom Tausend (gegen 28 v. T. im Deutschen Reich). So ist ihre Kopfzahl auf 554 000 gestiegen. Diese haben durch Kirche und Schule ihr Volkstum 150 Jahre lang treu bewahrt. Auch in diesen 209 Dörfern bedeutet die Umwandlung des Gemeindegrundbesitzes in Einzelbesitz natürlich auch zugleich die Vernichtung des bodenständigen Deutschtums. Durch den nun möglichen Verkauf an Nichtdeutsche mußte der geschlossene deutsche Charakter im

Laufe der Zeit verloren gehen und damit der Bestand von Sprache, Kirche, Schule.

In Polen und Wolhynien, wo wir etwa 300 000 Deutsche finden, gibt es keine geschlossenen deutschen Ansiedlungen. Die Deutschen sind in der Mehrzahl, in Polen bis zu 90 %, Pächter geblieben. Hier wird die Erhaltung deutscher Art am schwersten.

Eine besondere Gruppe bilden die Deutschen in den baltischen Provinzen. Die 200 000 Deutschen, die etwa zwei Millionen fremdstämmigen Bauern und Bürgern gegenüberstehen, sind durchaus die Herrenklasse, Nachkommen derer, die einst durch Eroberung und Christianisierung sich das Land unterwarfen. Wir finden in ganz Kurland nur sieben deutsche Dörfer. Der letzte deutsche Ordensmeister Livlands, Walter v. Plettenberg, hat ihnen am Ende des 15. Jahrhunderts feierlich das Recht bestätigt, auf ewig das ihnen verliehene Land zu nutzen, weil sie in der Schlacht auf dem Eise des Peipussees, „da er mit Hilfe der Jungfrau Maria die Russen dämpfte", seine Leibwache gebildet hatten. Sie galten durch die Jahrhunderte als die „kurischen Könige" und waren noch bis zuletzt nach russischem Gemeinderecht nicht russische Bauern, sondern russische Ehrenbürger. Entscheidend war auch hier, daß der Boden nur Lehnsboden war, den sie nicht verkaufen und verpfänden konnten, der deshalb vor jedem Mißbrauch sicher blieb.

Bilden die Deutschen in den baltischen Provinzen auch nur ein Zehntel der Bevölkerung, so besitzen sie doch in Kurland, Livland und Esthland von neun Millionen Deßjatinen Land nicht weniger als vier Millionen. Kurz vor dem Kriege gründete die russische Regierung eine Bauernbank, welche die Güter, die durch die Revolution von 1905/06 verwüstet waren, aufkaufen und nebst den ausgedehnten Domänen mit 300 000 rechtgläubigen, großrussischen Bauern besetzen sollte. In dieser Not haben die deutschen Balten Außerordentliches geleistet. Sie gingen zu den Deutschen in Wolhynien und nach der Wolga, und luden sie ein, sich bei ihnen niederzulassen. 1907 schickten die deutschen Gemeinden 3000 „Kundschafter", von denen sich nur 50 ankauften. 1912 kaufte sich bereits jeder zweite an. Nun erwarben die Vertreter des baltischen

Deutschtums fast alle in Gefahr stehenden deutschen Güter. Trotzdem die Betriebskapitalien mit 10—12 % verzinst werden mußten, und trotzdem jede Arbeit auf diesem Gebiete die schwerste Verfolgung der russischen Regierung weckte, gelang es, etwa 20 000 Deutsche aus dem Innern Rußlands in lebensfähiger Weise anzusiedeln.

7. Die Entwicklung in Deutschland.

Friedrich Wilhelm III. schrieb 1798 an den Großkanzler von Goldbeck:

> Die mit jedem Tage zunehmenden Beschwerden der Untertanen über zu viele und zu schwere Dienste und über die drückende Last der Erbuntertänigkeit, haben mich veranlaßt, über die Mittel nachzudenken, wodurch diesen Beschwerden abgeholfen werden könne.

Aber man kam über das „Nachdenken" doch nur wenig hinaus. Die „wohlerworbenen" Rechte einflußreicher Kreise hemmten und hinderten, bis die soziale Fäulnis die nationale Katastrophe ermöglichte, die den preußischen Staat an den Abgrund führte. Da erst, am 9. Oktober 1807, erschien das Edikt „betreffend den erleichterten Gebrauch des Grundeigentums, sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner", in dem das große Wort enthalten war: „Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute." — Während dieses großen Neuaufbaues war der physiokratische Gedanke noch zu mächtig, als daß man daran gedacht hätte, die unbewegliche Grundlage alles nationalen Lebens der schrankenlosen Willkür Einzelner auszuliefern. Der preußische Bauernbefreier, Freiherr vom Stein, hielt es für selbstverständlich:

> Wie ein Soldat sein Gewehr nicht ins Pfandhaus tragen darf, so darf auch ein Bauer seinen Acker nicht verschulden.

Er kannte die Gefahren übermächtigen Großgrundeigentums. Auf einer Reise durch Mecklenburg 1803 hatte er in einem Briefe an Frau v. Berg geschrieben:

> Die Wohnung des Mecklenburgischen Edelmanns, der seine Bauern legt, statt ihren Zustand zu verbessern, kommt mir vor wie die Höhle eines Raubtieres, das alles um sich verödet und mit der Stille des Grabes umgibt.

Den Versuchen, im Namen der „Freiheit" schrankenloses Eigentum am Boden zu schaffen, setzte er das scharfe Wort entgegen: „Wer den Boden mobilisiert, löst ihn in Staub auf!"

Denselben Grundsatz verfocht Ernst Moritz Arndt (geb. 26. Dez. 1769 in Schoritz a. R., gest. 29. Jan. 1860 in Bonn), dessen Vater noch als Leibeigener geboren war, und der durch seine 1803 erschienene „Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen" den König von Schweden bestimmte, die Leibeigenschaft in Vorpommern aufzuheben. Auch er verstand unter der Befreiung des Bodens nicht seine Stellung unter ein Warenrecht.

> Wer ein festes und glorreiches Vaterland will, der macht festen Besitz und feste Bauern. Die Erde muß nicht wie eine Kolonialware aus einer Hand in die andere gehen; des Landmanns Haus muß kein Taubenschlag sein, woraus mit leichtfertigem Herzen aus- und eingeflogen wird. Wo das ist, da sterben Sitte, Ehre und Treue, da stirbt zuletzt das Vaterland.

Und selbst der Minister Hardenberg, der nach der Ächtung Steins durch Napoleon die preußischen Reformen durchzuführen hatte, hielt eine Verschuldungsgrenze gegen die Gefahren des freien Verkehrs für unentbehrlich. Im „Edikt, die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betr., vom 14. September 1811" heißt § 29:

> Damit auch die Vereinzelung nicht durch hypothekarische Schulden erschwert werde, so setzen wir hiermit fest, daß die Bauerngüter über ¼ ihres Wertes mit dergleichen Schulden niemals belastet werden sollen.

Eine sachgemäße Ausnahme bestimmte eine Verordnung vom 21. April 1826, indem sie die Eintragung solcher Schulden, die zur Ablösung der gutsherrlichen Lasten dienen sollten, ohne Rücksicht

auf die Verschuldungsgrenze gestattete. Eine andere Verordnung hatte bereits am 17. März 1825 dem Minister des Innern das Recht gegeben, in Fällen besonderer Art von der Verschuldungsbeschränkung abzusehen. Eine verhängnisvolle Halbheit blieb es, daß die Verschuldungsgrenze nicht den Bauernhof vor Zwangsversteigerung wegen privater Schulden schützte. Ausdrücklich wurde betont, daß der Bauernhof „ein unbeschränktes Exekutionsobjekt der Gläubiger" bliebe.

Über die Festsetzung der Verschuldungsgrenze wurde eine unglückliche Bestimmung in der „Deklaration" vom 29. Mai 1816 getroffen: Sie sollte stets sogleich bei der Regulierung für jeden einzelnen Hof in das Grundbuch eingetragen werden. Und diese Taxe galt als unabänderlich. Sie konnte also in keiner Weise den Wertänderungen nach den Jahren 1811 und 1816 folgen.

Es war kein Wunder, daß sich gegen diese Verschuldungsgrenze bald allerlei Einwendungen erhoben.

Die eindrucksvollste erbrachte das Oberlandesgericht von Marienwerder, das sich für die Aufhebung der Verschuldungsgrenze erklärte, „weil sie den Wert der Grundstücke herabdrücke, indem sie die Käuferkonkurrenz beschränke und weil sie Ungleichheiten schaffe zwischen Bauerngütern mit Verschuldungsgrenze und denen, die davon befreit wären."

Und hier setzt in der Tat das Fehlerhafte des Versuchs ein. Die Verschuldungsgrenze galt nämlich nur bei denjenigen Bauerngütern, die auf Grund der Regulierungsgesetze von 1811 und 1816 zu freiem Eigentum gegeben waren. Ihre Zahl aber betrug in den alten Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien nur etwa 45 000, während es in diesen Provinzen insgesamt 226 500, mit den bald darauf regulierten Bauernstellen in der Provinz Posen sogar 250 000 gab, so daß also die Bauernstellen mit Verschuldungsgrenze nicht einmal den fünften Teil der Bauernstellen östlich der Elbe umfaßten.

Auf diesen schweren Fehler im System wies am nachdrücklichsten der Oberpräsident von Westpreußen, der berühmte von

Schön, hin. Dieser hatte zunächst theoretisch für völlige wirtschaftliche Freiheit auch des Bodenbesitzes geschwärmt, hatte dann aber den Zusammenbruch des ritterlichen Grundbesitzes miterlebt, weil bei ihm der Realkredit vielfach überspannt worden war. Er sah in der Verschuldungsgrenze die beste Sicherheit des Kleinbesitzes gegen dieses Verhängnis, und deshalb forderte er, daß sie gleichmäßig auf den gesamten bäuerlichen Grundbesitz ausgedehnt würde. Schön begründete seinen Vorschlag so überzeugend, daß die Staatsregierung sich seinem Grundgedanken anschloß und den Plan faßte, die Verschuldungsgrenze auf alle spannfähigen Bauerngüter auszudehnen, sie aber auf die Hälfte des Taxwertes zu erhöhen. Leider hatte die Staatsregierung nicht die sittliche Kraft, diesen Beschluß durchzuführen, als die Provinzialstände sich gegen ihn erklärten.

Daß in der Tat die Ungleichheit in der Kreditfähigkeit die Ursache schwerer Mißstände wurde, ganz unabhängig von der Verschuldungsgrenze, zeigt ein Blick auf die Cöllmischen Güter in Ostpreußen. Friedrichs des Großen „Landschaften", die er zur Rettung seiner Offiziere nach dem Siebenjährigen Kriege gründete, bestimmten ausdrücklich: „Landschaftliche Pfandbriefe werden nur auf Güter erteilt, welche von Adligen besessen werden können."

Die „Cöllmer" hatten einst in der Ordenszeit Güterbesitz erstanden mit den gleichen Rechten wie der Adel. Nun schuf der Ausschluß von den Landschaften eine scharfe Scheidung. Der „kreditfähige" Grundbesitz wurde besser bezahlt, als der „nichtkreditfähige". So wurde es ein glattes Geschäft für den Adel, mit Hilfe des billigen Kredits den billigeren nicht kreditfähigen Cöllmer Grundbesitz aufzukaufen, der in dem Augenblick, wo er in adlige Hände kam, kreditfähig und damit teurer wurde. Von den 1200 cöllmischen Gütern, die man in Ostpreußen zählte, waren 1793 schon 278 vom Adel aufgekauft. Königliche Verordnungen von 1792 und 1795 „wider den Aufkauf cöllmischer Grundstücke durch den Adel" hatten den harten wirtschaftlichen Tatsachen gegenüber wenig Bedeutung.

1823 beschloß die Ostpreußische Landschaft, daß Bauernland beleihungsfähig werde, sobald es von Rittergütern erworben werde, gleichgültig, ob es ursprünglich Domänen- oder Adelsbauern gehört habe. Und es zeigte sich nun überall, daß der billige Kredit, der dem einen gewährt und dem andern versagt blieb, diesen letzteren notwendig verderben mußte. Im Kreise Angerburg gingen von 1811—1860 fast 90 % aller Bauernhöfe zugrunde!

1844 forderten auf dem ostpreußischen Generallandtag vierzehn bürgerliche Grundbesitzer aus dem Kreise Altheilsberg, den Bauernbesitz in die Landschaften aufzunehmen. Ihre Begründung ist auf Grund der praktischen Erfahrung sehr klar:

> Solange der bepfandbriefte Boden wesentlich teuer sei als der vom Kredit ausgeschlossene, sei das Zusammenschlagen der Rustikalhöfe in Vorwerkswirtschaften unvermeidlich und die Existenz des Bauernstandes unausgesetzt den Angriffen des großen Kapitals preisgegeben, denen er mehr und mehr erliegen müsse.

In ihrem Berichte hierzu bemerkte die Generallandschaftsdirektion, „daß gegen die angegebenen Motive des Antrags kaum etwas Erhebliches einzuwenden sein dürfte."

Die Deklaration vom 29. Mai 1816, die die Verschuldungsgrenze aufrecht erhielt, hatte deshalb auch folgerichtig die Errichtung eines „Kreditinstituts zur Bepfandbriefung bäuerlicher Güter" den Bauern in Aussicht gestellt. Diese Zusage der Regierung ist aber nie eingelöst worden. Und deshalb hat der bäuerliche Besitz nicht wegen, sondern trotz der Verschuldungsgrenze lange Zeit außerordentlich schwer zu kämpfen gehabt; denn auch auf dem Gebiet der Sozialreform ist die Halbheit oft weniger als nichts.

Trotzdem war es natürlich ein Selbstbetrug, wenn der preußische Ministerrat 1843 sich für die Aufhebung der Verschuldungsgrenze erklärte: „Man könne sie unbedenklich beseitigen, da ja bei dem verständigen und sparsamen Sinn des Bauernstandes eine Überschuldung nicht zu befürchten sei."

Die Kabinettsorder vom 29. Dezember 1843 beseitigte die Verschuldungsgrenze.

Diese Dinge kennen, heißt sie richtig werten. Außerordentlich wichtig und eindringlich sind die Lehren, die die Geschichte des ländlichen Kredits geben kann. Die tiefste Ursache zum Niederbrechen der Verschuldungsgrenze, dieser Schranke und Stütze bäuerlichen Besitzes, war die verzerrte liberale Auffassung, die den Tauschwert als den alleinigen Maßstab des Reichtums der Nationen ansah, und deshalb glaubte, alles beseitigen zu müssen, was auch der Erhöhung des Tauschwerts des Bodens im Wege stand. Aus der gleichen Anschauung entsprang auch der Kampf um das gemeinschaftliche Eigentum der deutschen Landgemeinden, der „Allmenden" oder „Gemeinheiten", das sie als Erbteil vieler Geschlechter bewahrt hatten. Besonders verheerend ist für Preußen die „Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821" mit der Bestimmung geworden,

> daß die von mehreren Einwohnern einer Stadt oder eines Dorfes von Gemeinen und Grundbesitzern bisher gemeinschaftlich ausgeübte Benutzung ländlicher Grundstücke zum Besten der allgemeinen Landkultur, so viel als möglich ist, aufgehoben werden solle.

Im Königreich Hannover wurden von 1834—1858 rund 1 900 000 Morgen Gemeindeland „aufgeteilt".

Fast überall wurden diese Gemeinheitsteilungen zum Verderben für die Mehrzahl der Bewohner. Die Armen verkauften ihren Anteil vielfach an Spekulanten, die solche Aufteilung erwartet, und soweit sie konnten, herbeigeführt hatten. Zehntausende von Familien verloren damit jeden Anteil an dem Boden ihres Heimatortes!

Besser als in Preußen und Hannover hat man es in den süddeutschen Staaten verstanden, die Allmende zu schützen, und es ist bezeichnend, daß gerade im Westen und Südwesten des Reiches, wo die deutsche Kultur am ältesten ist, die Allmende noch heute am häufigsten vorkommt.

Die Gemeinheitsteilungen mit ihrer Auflösung und Verschuldungsfreiheit des deutschen Bauernstandes haben sich bitter gerächt. In einzelnen Gegenden entstand bald eine außerordentliche Notlage der bäuerlichen Bevölkerung, die besonders in den Hungerjahren 1846/47 in Erscheinung trat.

Die schwere Not dieser Zeit weckte der deutschen Landwirtschaft einen Helfer mit warmem Herzen und klarem Blick in Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der, geboren am 30. März 1818 in Hamm, seit 1845 die Bürgermeisterei Weyerbusch im armen Westerwalde mit 25, und von 1848 an die zu Flammersfeld mit 33 Ortschaften leitete. 1847 gründete er zunächst einen kleinen Konsumverein in Weyerbusch und im Dezember 1849 den „Flammersfelder Hilfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirte". Als Raiffeisen 1852 als Bürgermeister nach Heddesdorf versetzt wurde, schuf er 1854 den „Heddesdorfer Darlehnskassenverein". Von diesen Organisationen gingen die ländlichen Darlehnskassen aus, deren Verbreitung nach Überwindung vieler Vorurteile bald einen solchen Umfang annahm, daß sie Raiffeisen 1877 in einen „Generalanwaltschafts-Verband" zusammenfassen konnte. Am 11. März 1888 ist Raiffeisen gestorben. 1902 wurde in Heddesdorf sein Denkmal enthüllt.

In den Raiffeisengenossenschaften erscheint als besonders bedeutungsvoll die Schaffung eines gemeinsamen, unteilbaren Vermögens (§ 48 der Satzungen):

> Der aus dem Geschäftsbetriebe der Genossenschaft sich ergebende Gewinn ist bis zur Höhe von 15 000 ℳ ungeschmälert dem Reservefonds zur Deckung eines aus der Bilanz sich etwa ergebenden Verlustes zuzuschreiben und alsdann als unteilbarer Stiftungsfonds weiter anzusammeln. Der Stiftungsfonds hat den Zweck, die Genossenschaft von fremdem Kapital nach Möglichkeit unabhängig zu machen, sowie endlich gemeinnützige Einrichtungen zur Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder ins Leben zu rufen. Die Mitglieder haben keinen Anteil an diesem Fonds und können keine Teilung desselben verlangen.

Dieser Stiftungsfonds ist gleichsam eine neuzeitliche Allmende. Von ihm aus werden alle Bestrebungen zur Wohlfahrtspflege auf dem Lande, zur Verbreitung von Fortschritten der Technik unterstützt werden können. Bisher haben die deutschen Bauern in diesem Raiffeisenschen Stiftungsfonds den Betrag von etwa 18 Millionen Mark zusammengetragen. Es würde zweifellos einen Schritt vorwärts bedeuten, wenn man das Stiftungsgeld wieder in wirkliche Allmende, in unverschuldbares und unteilbares Genossenschaftsland, umwandeln und damit den Landgemeinden den Segen der alten Markgenossenschaft in neuer Form wieder eröffnete.

Aus demselben Geist herausgeboren, wenn auch auf andern Wegen, suchte Victor Aimé Huber Mittel zur Hilfe. Er wurde geboren am 10. März 1800 zu Stuttgart. Sein Vater war der erste Schriftleiter der nachmals so berühmten Augsburger „Allgemeinen Zeitung", seine Mutter war Herausgeberin des „Morgenblattes". Er studierte Medizin, war aber meist literarisch tätig, wurde Literaturprofessor in Rostock, in Marburg und Berlin, legte 1852 seine Professur nieder und lebte dann in Wernigerode seinen wissenschaftlichen Arbeiten bis zu seinem Tode, am 19. Juni 1869. — Schon 1844 erkannte Huber, daß die Armut eine „welthistorische Erscheinung, ja eine welthistorische Macht" sei; die gewohnte Wohltätigkeit könne dagegen nichts ausrichten. Es müsse vielmehr das erfüllt werden, was im Sozialismus Wahrheit sei, wenn Europa vor furchtbaren Zerrüttungen bewahrt bleiben solle. In demselben Jahre ging er zu sozialen Forschungen nach England und Frankreich und schrieb seine „Eindrücke und Betrachtungen eines Reisenden". Er sieht das Massenproblem der Fabrikarbeiter und kennzeichnet es mit der inhaltschweren Bemerkung: „Bald wird Arbeitermasse gleichbedeutend sein mit dem Volk."

Am bezeichnendsten für Huber ist wohl eine kleine Schrift: „Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedelung" mit dem Leitwort:

Den deutschen Arbeitern gehen jährlich an Arbeitslohn über dreihundert und fünfzig Millionen Taler durch die Hände — damit ist Alles gesagt!

Es kommt darauf an, diese ungeheure Macht genossenschaftlich zu organisieren. Doppelt drängend wird diese Forderung bei der Erhöhung der politischen Rechte, die die Revolution von 1848 gebracht hat:

Oder wer könnte so verblendet sein zu wähnen, daß die Arbeiter es nicht sehr bald merken werden, daß politische Rechte sie nur noch abhängiger als früher von den Arbeitgebern machen, diesen nur (wie England) einen neuen Ausbeutungsstoff darbieten würden, wenn nicht ihre materielle Abhängigkeit von jenen wenigstens auf das geringste Maß beschränkt würde, was ohne Besitz kaum möglich. In diesem Sinne haben es auch die Urheber der neuesten französischen Republik geradezu ausgesprochen: „allgemeines Wahlrecht fordert allgemeinen Besitz."

Huber will die Arbeit organisieren und den gesamten Einkauf. Besondern Wert legt er auf die Wohnung, und zwar fordert er eine neue Art der Ansiedlung. In diesem Zusammenhang prägt er das Wort von der inneren Kolonisation:

Nun aber besteht nicht bloß einer der Hauptvorteile dieser ökonomischen Assoziation, dieses Wirtschaftsvereins darin, dem Arbeiter eine seinen Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu billigstem Preise und damit eine unerschöpfliche Quelle des sittlichen, geistigen und physischen Wohlseins zu sichern; sondern, wie wir gleich sehen werden, gehören gewisse bauliche und damit verbundene wirtschaftliche Einrichtungen zu den wesentlichen Bedingungen der vollen Entwicklung aller Vorteile des wirtschaftlichen Vereins. Die Einrichtungen, die Beschaffenheit und Lage der unendlichen Mehrzahl der gegenwärtig zu Arbeiterwohnungen dienenden Gebäude ist der Art, daß von deren Benutzung bei dieser Reform im allgemeinen gar nicht die Rede sein kann.

Genug, die Gründung neuer Wohnplätze zum Teil in neuen Örtlichkeiten gehört sehr wesentlich zu dem ganzen Plan, und wir wissen für diese Seite der Sache keine andere und bessere Bezeichnung als die einer inneren Ansiedelung oder Kolonisation, im Gegensatz zu der

äußeren Kolonisation durch Auswanderung nach fremden Ländern oder Weltteilen.

1863 suchte Lassalle Fühlung mit ihm. Aber in seiner Schrift „Die Arbeiter und ihre Ratgeber" (Juni 1863) wandte sich Huber sowohl gegen Lassalle, als gegen Schulze Delitzsch, erklärte aber ausdrücklich:

> Wenn die aristokratischen Elemente des Volkslebens in der Verkennung oder Vernachlässigung ihres sozialen Berufs verharren, und wenn die Arbeiter selbst (namentlich unter dem Einfluß irgendwelcher Agitation) sich unfähig zeigen, sich in größerem Maße selbst zu helfen, so würden wir dem monarchischen und christlichen Staat eine sehr weitgehende Initiative und Beteiligung in der Entwicklung des Genossenschaftswesens vindizieren.

Die Eigenart des Bodens als der unbeweglichen und unvermehrbaren Grundlage aller Arbeitsmöglichkeit betont scharf Karl Rodbertus. Geboren am 12. August 1805 zu Greifswald, studierte er die Rechte, nahm aber schon als Referendar seinen Abschied und erwarb das Rittergut Jagetzow in Vorpommern. 1847 wurde er Mitglied des Pommerschen Landtags und des zweiten Vereinigten Landtags. Im Ministerium Auerswald-Hansemann wurde er Kultusminister. Er trat aber schon nach vierzehn Tagen zurück, weil die Regierung seine weitgehenden Anschauungen über die Rechte des Frankfurter Parlaments nicht teilte. Nach der Auflösung des Landtags kandidierte er von neuem, um so zum Volke, „als zu dem Ursprung alles Rechts", zurückzukehren. Er wurde in drei Wahlkreisen gewählt. Als die Kammer aber von neuem aufgelöst wurde, erklärte er sich für Wahlenthaltung. In dem politischen Leben, das nach dem Tode Friedrich Wilhelms IV. neu erwachte, fühlte er sich von der Fortschrittspartei so weit getrennt, daß er 1862 ein Mandat von dieser Seite ablehnte. Mit Lassalle stand er in regem Briefwechsel. Den Beitritt zum „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein" aber lehnte er ab. Er erklärte die Forderung des allgemeinen Stimmrechts für einen Fehler, da diese politische Forderung die soziale Frage nur verwirre. Rodbertus starb am 6. Dezember 1875.

Unter seinen Schriften sind besonders hervorzuheben seine „Sozialen Briefe an von Kirchmann" und „Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes".

Nach Rodbertus werden sich die sozialen Ordnungen in organischer Weise immer vollkommener entwickeln. Die heidnisch-antike Staatsordnung beruhte auf der Rechtsinstitution des Menschen-Eigentums, die christlich-germanische Staatsordnung beruht auf der Rechtsinstitution des Boden- und Kapital-Eigentums; die Staatsordnung der Zukunft, die „christlich-soziale", werde nur noch Arbeits-Eigentum kennen. Die Organisation dieser letzten Stufe, die Rodbertus sich zentral-sozialistisch denkt, wird auch nach ihm voraussichtlich erst in etwa 500 Jahren möglich werden.

Das Bedeutsame seiner Untersuchungen liegt in der Förderung der theoretischen Einsicht und in der Herausschälung wirksamer Reformen. In erster Reihe komme es darauf an, das in der gegenwärtigen Ordnung herrschende „Gesetz der fallenden Lohnquote" zu erkennen. Nach ihm wachse mit der Ergiebigkeit der Arbeit das Einkommen der Arbeiter nicht in demselben Verhältnis wie das der Boden- und Kapital-Eigentümer, so daß der Anteil der wachsenden Arbeiterschicht am Gesellschaftseinkommen verhältnismäßig ständig kleiner werde.

Die Entstehung der „Rente", d. h. des Anteils der Boden- und Kapital-Eigentümer, führt Rodbertus in seinem dritten Briefe an von Kirchmann auf zwei Tatsachen zurück:

> Die erste dieser Tatsachen ist wirtschaftlicher Natur. Sie ist die, daß die Arbeit, seitdem sie geteilt ist, mehr hervorbringt, als die Arbeiter zu ihrem Lebensunterhalt und zur Fortsetzung ihrer Arbeit bedürfen, daß sie also so viel hervorbringt, um die Möglichkeit zu gewähren, daß andere davon mitleben können!
>
> Die zweite dieser Tatsachen ist rechtlicher Natur. Sie ist die, daß, seitdem die Teilung der Arbeit existiert, seitdem sie die Möglichkeit gewährt, daß andere, die nicht arbeiten, von dem Arbeitsprodukt mitleben können, daß, sage ich, ebenso lange Boden und Kapital und deshalb auch das Arbeitsprodukt

selbst, niemals den Arbeitern, sondern anderen Privatpersonen gehört haben!

Über allen Kapitalgewinn hinaus verbleibt den Grundeigentümern noch ein Reinertrag, weil sie ja nicht wie die Fabrikanten für den Stoff der Verarbeitung Auslagen nötig haben, da der Boden als Arbeitsgrundlage kostenlos ist. Das Ricardosche Gesetz erkläre nur die Differenz der Grundrente, nicht aber ihr Wesen. Am klarsten hat Rodbertus in „Hildebrands Jahrbüchern" (1870, Bd. I, Heft 5 u. 6) sein System entwickelt:

Nehmen wir eine von aller Welt abgesonderte kreisförmige Insel an — auch einen „isolierten Staat" —, in welchem das heutige Grund- und Kapital-Eigentum herrscht.

Im Zentrum der Insel liegt die Stadt, in der alle Fabrikation betrieben wird: Der Umkreis, das Weichbild der Stadt, dient ausschließlich der Rohproduktion.

Der Staat ist nicht groß. Der Halbmesser vom Mauerring der Stadt bis zum Meeresufer ist nur so lang, daß jeder der nebeneinanderliegenden landwirtschaftlichen Gutskomplexe von der Stadtmauer bis zum Ufer reicht.

Der Wert, sowohl des Rohprodukts wie des zusätzlichen Fabrikationsprodukts, soll sich genau nach der auf ihnen haftenden Produktions-Arbeitssumme richten — d. i. der aufgewendeten Quantität unmittelbarer Arbeit und der nach Maßgabe der Abnutzung der Werkzeuge hinzuzurechnenden Quantität mittelbarer Arbeit — und nach diesem Wert sollen Rohprodukt und Fabrikationsprodukt gegeneinander vertauscht werden.

Die nationale Produktivität ist, sowohl im ganzen, wie je in der Rohproduktion und Fabrikation, so groß, daß über Kapitalersatz und Arbeitslohn hinaus noch ein bedeutendes nationales Eigentum übrig bleibt, das natürlich dem Besitz zufällt, oder richtiger, ihm verbleibt, da das Grund- und Kapital-Eigentum es mit sich bringt, daß alles Arbeitsprodukt von seiner Entstehung an den Besitzern gehört. Der Satz des städtischen Kapitalgewinns ist natürlich das Ergebnis einer Proportion — derjenigen Proportion, die durch den Wertbetrag, der als Gewinn dem Fabrikbesitzer übrig bleibt, zu dem Wertbetrage, den er zur Erzielung dieses Gewinnes hat auslegen müssen, gebildet wird.

Dieser Satz bestimmt natürlich auch den Satz des Kapital-

gewinns, nach welchem die Grundbesitzer sich vom Gutsertrage einen Teil als Gewinn von ihrem aufgewendeten Kapital berechnen müssen.

In der vorliegenden Hypothese sind mithin — um die Frage rein zu erhalten — alle Momente ausgeschlossen, die in bezug auf Absatz und Wert der Rohprodukte, den einen Grundbesitzer vor dem andern zu begünstigen geeignet sind: sowohl die Verschiedenheit der Güte der Acker, wie der Entfernung vom Absatzorte, wie die sogenannte zunehmende Unproduktivität des Bodens. Selbst der Wert, sowohl des Rohprodukts wie des Fabrikationsprodukts, ist hier als der denkbar normalste vorausgesetzt; denn läßt man diesen Wert, bei einem oder dem andern Produkt, willkürlich steigen oder fallen, so ist es leicht, Grundrente oder Kapitalgewinn verschwinden zu lassen.

Auf dieser Insel nun oder in solchem Lande, in welchem, wie man sieht, keine der Voraussetzungen, die nach Ricardo allein erst die Grundrente zu erzeugen imstande sind, existieren, behaupte ich, fällt dennoch Grundrente ab, weil den Grundbesitzern jedenfalls noch ein ihren Kapitalgewinn überschießender Reinertrag verbleibt.

Weshalb fällt hier dennoch Grundrente ab? Die Antwort auf diese Frage enthält nach meiner Ansicht allein das sogenannte Grundrentenprinzip, denn man verwechselt dann nicht mehr akzidentelle und wesentliche Erscheinungen, nicht mehr die Grundrente mit der Differenz der Grundrenten.

Rodbertus hat die verhängnisvolle Wirkung der Aufteilung des Gemeindegrundeigentums namentlich für die armen Schichten der Landbevölkerung klar erkannt:

> Die Gemeinheitsteilungen haben in den Bauerndörfern die nicht angesessenen oder zur Miete wohnenden Arbeiter um die Auftrift und damit meistens um die Haltung von Kühen, Schweinen und Gänsen gebracht . . .
>
> Diese Veränderung des Zustandes der unangesessenen Arbeiter in den Bauerndörfern ist, beiläufig gesagt, der hauptsächlichste Grund ihrer heutigen (1849) Aufregung. Die sprichwörtliche Redensart unter ihnen: „Durch die Gemeinheitsteilung sind die Bauern zu Edelleuten geworden und wir zu Bettlern", drückt dieses zur Genüge aus.

Daß unter der Herrschaft eines Rechtes, das den Boden zu einer Ware erniedrigt, auch der Edelmannstraum der Bauern schnell ausgeträumt sein müsse, erkannte Rodbertus bald. Scharf wandte er sich dagegen, daß man den Boden als ein Kapital schlechtweg betrachte. Das einzige Mittel gegen die steigende landwirtschaftliche Not sei die Annahme des Rentenprinzips, nach dem der landwirtschaftliche Grundbesitz in allen Rechtsgeschäften „nur als das behandelt wird, was er ist, als ein immerwährender Rentenfonds". Werde der Boden nur als Rentenquelle angesehen, so könne auch nur seine Rente beliehen werden. Für eine geliehene Summe dürfe also nicht das Grundstück, sondern nur sein jährlicher Ertrag haften. Urkunden über solche Schulden nennt Rodbertus Rentenbriefe. Sie sollen den Namen des Gutes, nicht auch den des Besitzers, den Namen des Rentengläubigers, die auf Grund des Briefes schuldige Rentensumme und endlich die vorausgehende Schuldsumme enthalten:

> Die Landrentenbriefe können die Stelle des Geldes für den Verkehr in Grundbesitz vertreten, als Grundgeld dienen und vermögen dadurch auf die für den Verkehr leichteste und die Nation vorteilhafteste Weise die Schwierigkeiten zu heben, die sich sonst beim Verkaufe und bei einer Verschuldung des Grundbesitzes nach dem Rentenwerte herausstellen würden.

Allerdings dürfen die Rentenbriefe nur für solche Schulden ausgegeben werden, die der Bauer wirklich als Grund *eigentümer* macht. Die Kosten des *Betriebes* sollen ihrer Natur nach durch Personalkredit gedeckt werden.

Auch wer diese praktischen Vorschläge verwirft, wird zu geben, daß sie aus der Erkenntnis entsprungen sind, daß der Boden unter ein besonderes Recht zu stellen sei.

Die Verderblichkeit des Warenrechts für den Boden zeigt sich vor allem in seiner schnell steigenden Verschuldung.

Es ist ein beschämender Zustand, daß die amtliche Statistik, die sich mit so vielerlei Dingen beschäftigt, über die Höhe der Verschuldung des deutschen Bodens keine irgendwie erschöpfenden Angaben bietet.

Preußen veröffentlicht erst seit dem Jahre 1886 amtliche Angaben über die Eintragungen und über die Löschungen der Hypotheken. Danach betrug der Überschuß der Eintragungen, also die reine Zunahme der Verschuldung, allein in der preußischen Landwirtschaft:

1886:	133 161 000 ℳ	1900:	395 694 000 ℳ
1887:	88 034 000 „	1901:	401 392 000 „
1888:	116 813 000 „	1902:	393 751 000 „
1889:	179 132 000 „	1903:	444 834 000 „
1890:	156 376 000 „	1904:	407 286 000 „
1891:	206 661 000 „	1905:	469 306 000 „
1892:	208 681 000 „	1906:	515 194 000 „
1893:	228 290 000 „	1907:	556 315 000 „
1894:	237 289 000 „	1908:	584 154 000 „
1895:	255 608 000 „	1909:	640 280 000 „
1896:	277 498 000 „	1910:	733 800 000 „
1897:	321 058 000 „	1911:	739 880 000 „
1898:	357 547 000 „	1912:	747 920 000 „
1899:	387 895 000 „	1913:	787 140 000 „

Eine Zunahme der Verschuldung in diesen Jahren von rund 11 000 Millionen ℳ! Das bedeutet bei einer Durchschnittsverzinsung von nur 4 %, daß die preußische Landwirtschaft 1913 rund 440 Millionen ℳ jährliche Zinsen mehr aufzubringen hat als noch im Jahre 1886, d. h. daß sie an jedem Tage im Jahre über 1 200 000 ℳ mehr an das Leihkapital abzugeben hat als vor 27 Jahren. Wenn man den Umfang der Bodenverbesserungen in diesem Zeitraume auch noch so hoch anschlägt, so sind diese Zahlen doch die Zeichen einer überaus verhängnisvollen Entwicklung!

Das Gefühl dieser Gefahr bricht seit einem Menschenalter gerade bei den Besten unseres Volkes immer wieder durch. Schon auf dem Kongreß Deutscher Landwirte am 11. und 12. Februar 1878 in Berlin hat Graf Behr-Bandelin unter ausdrücklicher Berufung auf den damaligen Kronprinzen, den späteren Kaiser Friedrich, eine Entschließung eingebracht, die nach kurzer Begründung einstimmig angenommen wurde:

> Der Kongreß Deutscher Landwirte erkennt die Notwendigkeit der Unverschuldbarkeit und Unteilbarkeit des Grundbesitzes an, um den drohenden Ruin abzuwenden.

Professor Max Sering erklärte bereits im „Deutschen Landwirtschaftsrat" 1896 „die Schuldenerleichterung und Schuldentlastung als den Kern aller agrarischen Sozialpolitik." Die Tiroler Bauern stimmten auf einer Tagung 1897 einem Antrag des verdienten Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Dr. Schöpfer zu, in dem „die immer wachsende Bodenverschuldung als die eigentliche Ursache der bäuerlichen Notlage" anerkannt wurde. —

Auch der begabteste preußische Staatsmann der nachbismarckschen Zeit, Miquel (19. Februar 1828 bis 8. September 1901), erkannte das Unhaltbare des gegenwärtigen Bodenrechts. In einem Briefe an Schäffle vom 23. September 1894 führte er aus:

> Wenn ich mir auch keine Illusionen über die großen Schwierigkeiten einer durchgreifenden Agrarreform mache, so habe ich doch die Hoffnung, daß wir Schritt für Schritt weiterkommen, und daß sogar die wachsende Not der Zeiten einmal zum Angriff auf die heutigen Mißstände mit Fäusten führen wird. Der gute Wille ist in der preußischen Regierung jetzt vorhanden. Lange Zeit ist uns zum Angriff auch nicht mehr vergönnt. Ein in vielen Richtungen beschränktes Eigentum kann allein das Eigentum retten!

Albert Schäffle, an den dieser Brief gerichtet war, wurde am 24. Februar 1831 in Nürtingen in Württemberg geboren, erhielt nach zehnjähriger Tätigkeit als Schriftleiter am „Schwäbischen Merkur" 1860 eine Professur der Nationalökonomie in Tübingen und 1868 in Wien, wo er vom Februar bis Oktober 1871 österreichischer Handelsminister war. Er ist am 25. Dezember 1903 in Stuttgart gestorben. In seiner „Inkorporation des Hypothekarkredits" forderte er eine planmäßige Entschuldung des ländlichen Bodens. Er erkennt auch die schweren Gefahren, die jeder Mißbrauch mit dem Wohnboden wecken muß. In seinem Hauptwerk: „Bau und Leben des sozialen Körpers" (2. Auflage 1881. 2. Hauptabschnitt, 2. Abteilg. III, a) zeigt er die schlechthin grundlegende Bedeutung der Wohnungsfrage:

Es kann sich auf diesem Standpunkt elementarer Analyse der sozialen Zelle offenbar nicht um Sentimentalitäten handeln, wenn man gute Wohnzustände verlangt, sondern es handelt sich um die unterste, zelluläre Grundbedingung der sozialen Gesundheit, um die tiefste Lebensgrundlage aller vitalen (Lebens-)Einheiten des Gesellschaftskörpers, um den gedeihlichen Standort der Bevölkerung innerhalb der sozialen und äußeren Welt, um den archimedischen Punkt des gesellschaftlichen Wirkens aller Individuen, um den Ort, an welchem jeder in die Gesellschaft und ihre Gliederung hineingeboren wird, und von welchem aus fast alle seine bürgerlichen Rechte und Pflichten rechtliche Bestimmtheit und sonstige festere Anknüpfung finden!

Wie steht es heute um diese „tiefste Lebensgrundlage aller vitalen Einheiten unseres deutschen Gesellschaftskörpers?" Es genügt hier eine Zahl. Inmitten eines wunderbaren wirtschaftlichen Aufschwungs in den letzten Friedensjahren, der die Völker der Erde mit Neid erfüllte, zeigt die amtliche Statistik ein Wohnungselend, das eben nur erklärt werden kann aus der beschämenden Unkenntnis unserer führenden Schichten auf volkswirtschaftlichem Gebiet.

Als übervölkert faßt das „Statistische Jahrbuch deutscher Städte" nur Wohnungen auf, die entweder gar kein heizbares oder nur ein heizbares Zimmer haben und dauernd von sechs und mehr als sechs Personen besetzt sind, oder solche Wohnungen, die zwei heizbare Zimmer aufweisen und dauernd von elf und mehr als elf Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts bewohnt werden. Solcher Wohnungen wurden gezählt bei der amtlichen Wohnungsaufnahme am 1. Dezember 1905:

Plauen	3 660
Leipzig	3 987
Königsberg	4 630
Hamburg	5 662
Chemnitz	7 457
Berlin	24 440

Was für ein Meer von Elend flutet unter diesen trockenen Zahlen? Es gibt manche tüchtige Menschen, die glauben, ihre

Schuldigkeit zu tun, wenn sie ihr Geld und ihre Kraft in Vereinen zur Hebung der Sittlichkeit oder der Mäßigkeit oder der Kunst im Volke verwenden. Solange Hunderttausenden von Volksgenossen die einfachsten Vorbedingungen eines gesunden und sittlichen Familienlebens fehlen, wird jede solche Bestrebung zu einer Unwahrheit, wenn sie sich an diesen harten sozialen Erkenntnissen feige vorbeidrückt.

Was die Menschen in diese ungenügenden Wohnräume hineinpreßt, in denen Hunderttausende nicht so viel Luftraum haben, wie jedem Zuchthäusler gesichert wird, ist die Höhe des Mietpreises. Während die Wissenschaft erklärt, daß höchstens 14 % des Einkommens auf die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses gerechnet werden dürfen, ist dieser Satz in unseren Industrieorten nicht selten gerade bei den kleinsten Wohnungen auf 20—30 % gestiegen.

Die früher vielfach vertretene Anschauung, die Wohnungsfrage sei eine Lohnfrage, hat sich bald als irrtümlich herausgestellt. Die Berichte der Gewerbeinspektoren müssen auch in Zeiten industriellen Aufschwungs immer dieselbe Tatsache feststellen: Die Mietsteigerung frißt die Lohnerhöhung. Zuverlässige Einzeluntersuchungen über die Entwicklung des Verhältnisses von Wohnungsmiete und Einkommen sind noch selten. Die wertvollste Untersuchung dieser Art hat wohl Heinrich Freese mit Hilfe seiner Arbeiterausschüsse in Berlin, Hamburg, Breslau und Leipzig gegeben im „Jahrbuch der Bodenreform" 1905. Trotz aller Lohnerhöhungen in diesen Betrieben ist in den Jahren 1892—1903 die Miete von 14,44 % auf 16,53 % des Einkommens gestiegen. Exzellenz Danneel hat in sorgfältigen Untersuchungen festgestellt, daß wesentlich durch die Steigerung der Bodenpreise und der daraus entspringenden wirtschaftlichen Folgerungen die preußische Beamtenschaft heute trotz aller Gehaltsaufbesserungen auf einer tieferen sozialen Stufe steht als im Jahre 1854! („Jahrbuch der Bodenreform" 1911.)

Wachsende Verschuldungsnot auf dem Lande, Wohnungselend in den Städten mit allen den gesundheitlichen, sittlichen

und politischen Gefahren, die aus dieser Entwurzelung des Volkes entspringen müssen: das ist das Ergebnis der auch von ehrlichen Volksfreunden mit so großer Erwartung erstrebten und begrüßten unbeschränkten Boden-„Freiheit". Es stände schlecht um das deutsche Volk, wenn sich in ihm nicht unabhängige Menschen finden würden, die das Verhängnisvolle dieser Entwicklung erkennen und unbeirrt ihre warnende Stimme erheben würden; wenn diese Stimmen nicht um so lauter und eindringlicher würden, je schwerer sich das Schädliche des gegenwärtigen Bodenrechts offenbart, und je drängender — um unserer umkämpften Volkszukunft willen — eine gesunde soziale Grundlegung sich als notwendig erweist.

8. Die deutschen Vorläufer.

Von den Physiokraten angeregt, aber doch durchaus selbständig, erscheint der erste deutsche Theoretiker, der auf der Schwelle bodenreformerischer Erkenntnis steht: Leopold Krug, geboren am 7. Juli 1770 als Sohn eines Kontrolleurs der königl. Holzmagazine in Halle. Er studierte Theologie und wurde Katechet in Bernburg, wandte sich aber mehr und mehr volkswirtschaftlichen Arbeiten zu. Bis 1798 hatte er 5 Bände eines „Topographisch-statistisch-geographischen Wörterbuchs der sämtlichen preußischen Staaten" erscheinen lassen. Im gleichen Jahre erschien eine kleine Schrift über „Die Leibeigenschaft oder Erbuntertänigkeit der Landbewohner in den preußischen Staaten". Sie wird durch ihr Leitwort gekennzeichnet, das Wort Salomos: „Tue Deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind!" Er betont hier, daß zwischen Leibeigenschaft und Erbuntertänigkeit nur ein Wort unterschied bestehe. Er verlangt die stufenweise Aufhebung aller persönlichen Unfreiheit, die mit einer gründlichen Verbesserung der Landschulen zu beginnen habe. Dann sei gesetzlich festzulegen, daß jeder Geburtsuntertan sich und seinen Boden loskaufen könne. Staatliche Mittel hätten zu helfen, wo die eigene Kraft dazu nicht ausreiche. Friedrich Wilhelm III. nahm diese Schrift günstig auf; er ernannte ihren Verfasser zum „Ge-

heimen Registrator". 1805 erschien Krugs Hauptwerk: „Betrachtungen über den Nationalreichtum des preußischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner". Friedrich Wilhelm III. gab in einem Schreiben zu erkennen, daß er dadurch zu der am 28. Mai 1805 erfolgten Errichtung des statistischen Amtes angeregt worden sei. Der Krieg von 1806 unterbrach seinen Ausbau. Es konnte erst 1810 dauernd begründet werden. Krug wurde zwar nicht sein Vorsteher, wie er gehofft hatte, aber ein hervorragender Mitarbeiter. 1810 erschien sein Vorschlag: „Die Armen-Assekuranz, das einzige Mittel zur Verbannung der Armut aus unserer Kommune". Danach sollte niemand heiraten dürfen, der nicht so viel erspart hatte, daß er seine Frau bei der Heirat durch eine entsprechende Summe „versichere". Ebenso solle er gezwungen sein, jedes Kind zu „versichern". Krug spricht hier also den Gedanken der allgemeinen Witwen- und Waisen-Versicherung aus, der in unseren Tagen in Deutschland Gestalt gewonnen hat. Er ist am 16. April 1843 auf seinem Gute Mühlenbeck bei Berlin gestorben.

In seinem Hauptwerk, den „Betrachtungen", trat er dafür ein, den Domänenbesitz so weit zu vergrößern, bis sein Ertrag alle Steuern und Abgaben unnötig mache. Er schätzte die Staatsbedürfnisse auf jährlich 99 000 000 ℳ und berechnete, daß im ganzen 21¾ % des nutzbaren Bodens Staatseigentum sein müßte, wenn sein Ertrag alle Ausgaben bestreiten sollte. Die Folgen einer solchen Reform schildert er im 2. Abschnitt des 6. Kapitels:

> Auf den Zustand der ganzen Nation, auf den Nationalreichtum und den Wohlstand überhaupt kann wohl ein solches System keine anderen als wohltätige Folgen haben, und der Staat ist glücklich zu preisen, der ein solches Mittel in Händen hat, den Wohlstand seiner Bürger und, ich möchte hinzusetzen, die Existenz seiner Verfassung, auf die Ewigkeit zu gründen. Der Ruf, daß es einen Staat in der Welt gibt, der gar keine Abgabe auf Gewerbe, auf Konsumtion und auf Zirkulation duldet, würde eine Menge wohlhabender Menschen aus allen Gegenden reizen, Bürger eines solchen Staates zu werden. Die Befreiung von allen Staatsabgaben würde alle Gewerbe heben, und ein anderes so kräftig wirkendes Mittel für den

Patriotismus, für die Liebe zum Vaterlande, für die Verteidigung desselben bis zur äußersten Anstrengung gegen Feinde, die seine Ruhe stören wollen, scheint zu erfinden nicht möglich.

Den Einwand, der Staat sei unfähig zu allen Gewerben, also auch zur vorteilhaften Bebauung des Bodens, weist Krug zurück. Im 1. Abschnitt des 4. Kapitels seines Buches führt er aus: auch die neuen Domänen müßten natürlich wie die alten verpachtet werden, so daß die Bearbeitung des staatlichen Bodens stets von Privaten erfolgen würde:

> Es haben in älteren und in neueren Zeiten verschiedene Lehrer der Staatswissenschaft behauptet, daß der Staat keinen Anteil an Grund und Boden besitzen müsse, und zwar deswegen, weil er überhaupt kein bürgerliches Gewerbe treiben solle, zu welcher die Kultur und der Anbau des Grundes und Bodens gehöre . . . Aber der Besitz des Grundes und die Bearbeitung desselben sind zwei sehr verschiedene Dinge. Der Besitz an Grundstücken kann gar kein Gewerbe genannt werden, und die Verteidiger des Grundsatzes wollten also mit demselben mehr beweisen, als sich mit ihm beweisen läßt! —

Mitten in der Hochflut der liberal-individualistischen Strömung treffen wir auf einen selbständigen Denker, der als der erste Vertreter neuzeitlicher bodenreformerischer Anschauungen in Deutschland gelten kann: Karl Arnd. Er war am 11. November 1788 als der Sohn eines Maurermeisters in Fulda, als der älteste von dreizehn Geschwistern, geboren. Die Verhältnisse der kinderreichen Familie gestatteten die Erfüllung seines Wunsches zum Studium nicht. Schon im Alter von dreizehn Jahren mußte er die Schule verlassen und in die Werkstatt seines Vaters eintreten. 1807 begab er sich auf die Wanderschaft, die ihn bis nach Paris führte. 1811 kehrte er zurück und wurde kurhessischer Wegekontrolleur, 1822 Landbaumeister von Hanau. Seine volkswirtschaftlichen Schriften fanden bei seinen Vorgesetzten wenig Anerkennung. Der Minister Hassenpflug gab zwar zu, „daß sie mit einigem Talente verfaßt seien; sie beruhten aber nicht auf derjenigen Gesinnung, welche die kurhessische Regierung von ihren Dienern verlange". Arnd

ließ sich nicht entmutigen; er gründete sogar eine Zeitschrift für die Geschichte und wirtschaftlichen Interessen der Provinz Hanau. Nach dem vierten Heft mußte die Zeitschrift aber ihr Erscheinen bereits einstellen, und Arnd klagte, daß mit ihr „seine teuersten Erwartungen zu Grabe gingen". 1849 trat er in den Ruhestand. Er ist am 21. August 1877 in Hanau gestorben.

Arnd dachte die Lehre von der Grundrente, wie er sie bei Adam Smith fand, folgerichtig weiter und kam dadurch in Verbindung mit seinen eigenen Beobachtungen zu der Forderung einer einzigen Steuer, die vom reinen Bodenwert genommen werden solle. Er war überrascht, als man ihn auf Grund dieser Forderung als einen Physiokraten bezeichnete. Erst daraufhin hat er sich mit Schriften dieser Schule beschäftigt, ihrer stets ehrend gedacht, aber doch auch die Unterschiede, die ihn von der Physiokratie trennten, scharf hervorgehoben. So schreibt er 1845 in seinem Buche „Die naturgemäße Volkswirtschaft gegenüber dem Monopoliengeiste und dem Kommunismus" in § 96 von dem bekannten Physiokraten Geheimrat Schmalz, daß dieser seine Ausführungen über die Bodenrente auf die fruchttragenden Grundstücke beschränkt habe, weshalb

> er dann auch dem Einwande begegnen zu müssen glaubt, daß sich sein Steuersystem auf den Staat von Hamburg nicht anwenden lasse. Bei der Ausdehnung der besteuerbaren Bodenrente, die unsere Naturgesetze vorschreiben, fällt diese Verlegenheit hinweg, da der Grundwert sämtlicher Bauplätze einer Stadt ein völlig ausreichendes Steuerobjekt bildet.

Arnd lebte eben in einer Welt, in der die industrielle Entwicklung schon eine ganz andere Rolle spielte als zur Zeit der Physiokraten. Er sah z. B. schon deutlich den Einfluß der Eisenbahnen und wies darauf hin, daß der gestiegene Bodenwert, den ein unfruchtbares Sandfeld durch die Eröffnung eines Bahnhofes in seiner Nähe erhält, zweifellos der Gesamtheit gehöre. Im übrigen fühlte er sich durchaus als liberaler Wirtschaftspolitiker. Er preist im § 55 seiner „Naturgemäßen Volkswirtschaft" den

Segen der freien Entfaltung aller Kräfte, des ungehemmten Wettbewerbs — aber nur unter der Bedingung, daß die Bodenrente, die nicht durch Einzelne erzeugt werde, der Gesamtheit zugute komme:

Während wir einen Fonds gewonnen haben, dem — ohne Nachteil für die fortschreitende Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse einer Gesellschaft — die sämtlichen Steuern auferlegt werden können, haben wir unsern heutigen sozialistischen Reformatoren ein weites Feld eröffnet.

Denn während wir ihnen eine anderweite Verfügung über den Arbeitslohn und die Kapitalrente durchaus nicht einräumen können — weil durch eine solche die Wirkung jener Kraft (der Konkurrenz), welche wir für unentbehrlich halten, aufgehoben werden würde — geben wir ihnen die ganze Bodenrente preis.

Finden sie eine zu ihrer unbeschränkten Verfügung stehende Bodenfläche, um sie ihrer Gesellschaft zu überweisen, so können sie mittels der sich bildenden und nach Maßgabe der Entwicklung ihrer Gesellschaft sich steigernden Bodenrente eine Menge Wohlfahrtsanstalten im riesenhaftesten Maßstabe gründen; — sie können dem öffentlichen Schul- und Erziehungswesen eine noch nie erreichte Ausbildung geben; sie können für die Kranken, die Waisen und Altersschwachen mittels höchstausgebildeter Medizinal- und Verpflegungsanstalten auf die ausgedehnteste Weise sorgen; sie können endlich Religion und Kirche mit dem größten Glanze umgeben.

Alles dies wird ihre Hilfsmittel nicht erschöpfen, solange sie nicht in das Gebiet der von der ewigen Weisheit eingesetzten Konkurrenz eingreifen — solange sie noch nicht über die Früchte der persönlichen Leistungen — über den Arbeitslohn und die Kapitalrente zu verfügen sich erkühnen.

Dem Gedanken der einzigen Steuer widmete Arnd 1852 ein ganzes Werk: „Die naturgemäße Steuer". —

Hermann Heinrich Gossen (geb. am 7. September 1810 zu Düren bei Aachen, gest. 13. Februar 1858 in Köln) studierte die Rechte, verließ schon 1847 den Staatsdienst, um in Berlin aus seinen Neigungen zur Mathematik heraus eine große Versicherungsgesellschaft ins Leben zu rufen, die aber bald zugrunde ging. 1854 machte er in seinem Buche „Entwicklung der Gesetze des mensch-

lichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln" einen Versuch, die Mathematik zur Grundlage der Volkswirtschaftslehre zu machen. Seine Hoffnungen waren hochgespannt:

> Was einem Kopernikus zur Erklärung des Zusammenseins der Welten im Raum zu leisten gelang, das glaube ich für die Erklärung des Zusammenseins der Menschen auf der Erdoberfläche zu leisten.

Aber diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Tief enttäuscht hat Gossen selbst sein Werk aus dem Verkehr gezogen. Für die Bewegung der Bodenreform ist es ohne jeden Einfluß geblieben. Erst neuerdings ist die Aufmerksamkeit wieder auf ihn gelenkt worden. Die Formel, in der Gossen das Gesetz des Tausches finden will, lautet:

> Damit durch den Tausch ein Größtes von Wert entstehe, muß sich nach demselben jeder einzelne Gegenstand unter alle Menschen so verteilt finden, daß das letzte Atom, welches jedem von einem jeden Gegenstande zufällt, bei ihm den gleich großen Genuß schafft, wie das letzte Atom desselben Gegenstandes bei einem jeden andern.

Auf seine Vorschläge auf dem Gebiet des Geldwesens und der Darlehnskassen ist hier nicht näher einzugehen. Auf den letzten Seiten seines Buches kommt er dann aber darauf zu sprechen, daß für das von ihm erhoffte vollkommene Glück es sich noch als nötig erweise, daß jeder Mensch „sich nach Gutdünken die günstigste Stelle auf der ganzen Erdoberfläche zum Betreiben seiner Produktion aussuchen kann." Das könne am sichersten geschehen

> wenn das Eigentum alles Bodens der Gesamtheit gehörte, und von ihr jeder Fleck demjenigen zur Produktion überlassen würde, der die höchste Rente davon zu zahlen sich geneigt findet.

Der Ankauf allen Bodens durch den Staat wäre für diesen keine Gefahr, „da er später in dem Steigen der Grundrente einen Fonds gewinnt, um die Ankaufsumme zu tilgen."

Von dem gemeinsamen Bodenbesitz erhoffte Gossen u. a. folgende Vorteile:

1. Es ist für die Gesamtheit als Gewinn zu betrachten, wenn es gelingt, die Summe der von den Einzelnen bezogenen Renten zu vermindern.
2. Bei dem Übergang des Eigentums von allem Boden in den Besitz des Staates würden die Rechtsverhältnisse zwischen den Einzelnen sich so sehr vereinfachen, daß Zweifel über die Grenzen des Rechts zwischen ihnen zu den seltenen Fällen gehören würden.
3. Für eine Menge von Produktionen würde sich die erforderliche Betriebssumme um den ganzen Kaufpreis des dazu erforderlichen Bodens vermindern.
4. Die Beschaffung der der Gesamtheit unentbehrlichen Geldmittel würde ohne jede Vexation und Ungerechtigkeit, wie solche mit jedem Steuersystem unzertrennlich verbunden sind, durch das Beziehen der Grundrente bewirkt werden. Beispielsweise kann die in Preußen zahlbare Grundrente bei sehr mäßiger Schätzung auf 100 000 000 Thlr. jährlich und nach Verhältnis in allen anderen Ländern veranschlagt werden, eine Summe, groß genug, um selbst die jetzt Sitte gewordene Verschwendung der Geldmittel der Gesamtheit daraus zu bestreiten! —

Wertvolle Beiträge zur Klärung und zur Begrenzung des Begriffes „Eigentum" in bezug auf das Bodeneigentum, brachten die Schriften des Bankbeamten Adolf Samter (geb. 2. März 1824 in Königsberg, gest. 17. Juli 1883 in Franzensbad), von dessen Arbeiten namentlich „Gesellschafts- und Privat-Eigentum" (1877), „Der Eigentumsbegriff" (1878) und „Das Eigentum in seiner sozialen Bedeutung" (1879) hervorzuheben sind.

Den ersten Versuch, deutsche Volksvertretungen zur Einführung bodenreformerischer Gedanken zu bewegen, hat Friedrich Held unternommen. 1813 in Neiße geboren, war er schon 1848 im öffentlichen Leben Berlins bekannt. Als Leiter der „Staatsbürger-Zeitung" gewann er zahlreiche Anhänger, die er zuerst in dem „Sozialreform-Verein", dann in dem „Radikalreform-Verein" unter dem Grundsatz: „Keine Arbeit ohne entsprechenden Erwerb; kein Erwerb ohne entsprechende Arbeit!" vereinte. Helds Organisation war lange die einzige, die mit dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" unter den Nachfolgern Lassalles um die Berliner

Arbeiter rang. Aber durch innere Zwistigkeiten hatte die hoffnungsvolle Bewegung schon vor dem Tode Helds, der am 26. März 1872 erfolgte, ihre beste Kraft verloren. Held hat im März 1860 den Mitgliedern des Herren- und des Abgeordnetenhauses von Preußen eine Eingabe überreicht: Soziale Reform der Staats-Steuern, -Abgaben, -Renten und Zinsen, in der er eine einzige Steuer verlangt, die er die Grundrente nennt Allerdings erscheint Wesen und Form noch wenig geklärt:

> Die neue Idee, vorausgesetzt freilich, daß sie richtig ausgeführt werde, wird hinreichen, fast alle Steuern und Abgaben, die bisher in Gebrauch gewesen sind, abzuschaffen und von fast allen sozialen Krankheiten zu erlösen. Es handelt sich nämlich um eine Art von Grundsteuern, die als eine soziale bezeichnet werden kann, weil sie einzig auf die natürliche Grundlage des Staats gelegt sein wird, und weil sie zugleich die einzige bleiben soll, deren man zu seiner Existenz bedarf; wie auch die Zahl der Beamten, der Kosten und Arbeiten zu ihrer Erhebung sich als sehr gering herausstellen muß.
>
> Diese Art von Abgabe wird außerdem den Vorteil bieten, daß sie zu jeder Zeit die nötigen Mittel liefert, um allen Anforderungen des Staates zu genügen, wie bedeutend diese auch bei verschiedenen Gelegenheiten sein mögen; während sie doch keinerlei Druck auf das Volk ausüben wird, und mit Gewißheit in wenigen Jahren sogar zur Tilgung aller Staatsschulden führen muß. Auch wird diese Abgabe (Grundrente) den großen Segen bringen, daß durch sie die Hauptquelle der sozialen Krankheit (d. h. der Mißbrauch des Zinswuchers und der Wucher selbst) vernichtet werden wird.

Auf Grundlage der Bodenreform eine neue Partei zu bilden, empfahl Arnold Lindwurm. Er war einer der ersten, der sich 1866 in seinen „Grundzügen der Staats- und Privat-Wirtschaftslehre" gegen den Privatbau von Eisenbahnen aussprach, weil hier von der Gesamtheit Sonderrechte verliehen würden, welche dem Wesen des freien Wettbewerbs widersprächen. Darauf entgegneten ihm die Manchesterleute: „dann dürfe auch kein Bergwerk verliehen werden, ja dann dürfe es überhaupt kein Sonderrecht am Boden geben; denn den Boden, den der eine inne habe, den

könne niemand anders auch haben." „Dieser Einwand machte mich stutzig; es ergriff mich eine gewisse Scheu vor dem Gedanken; aber ich hatte damals keine Veranlassung, mich über die aufgeworfene Frage schlüssig zu machen."

Er hat dann eine Reihe philosophischer Werke geschrieben. 1875 wurde seine neue Begründung der Freihandelspolitik: „Reformansprüche der Landwirtschaft an die Steuer- und Zollgesetzgebung des Deutschen Reiches" preisgekrönt. Dann wurde es ihm zu einer inneren Notwendigkeit, sich mit der wachsenden Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen. Er hat das in einer sehr eigenartigen Weise 1878 versucht in seiner Schrift: „Das Eigentumsrecht und die Menschheitsidee im Staate". In ihr stellte er das Programm einer „nationaldemokratischen Partei" auf, in dem es hieß:

> Alles Privat-Grund-Eigentum wird vom Staate zurückgekauft und fernerhin unveräußerlich gemacht. Aus dem erfahrungsgemäß erfolgenden und wirtschaftswissenschaftlich nachgewiesenen bedeutenden Wertzuwachs desselben (in 100 Jahren in Deutschland mindestens 50 Milliarden ℳ, den inzwischen bezogenen Grundrentenbetrag ungerechnet) werden Fonds zur Durchführung der erforderlichen sozialen Reformen, namentlich zur Herbeiführung gesteigerter Volksbildung, gesammelt.

Unmittelbaren Einfluß auf die christlich-sozialen Kreise in Österreich gewannen die bodenreformerischen Anschauungen des Freiherrn Karl von Vogelsang (S. Bd. I, S. 133). Seine Schüler, die späteren Führer der österreichischen Bewegung, Prinz Alois Liechtenstein und Karl Lueger, der „Eroberer von Wien", fanden bald Anschluß an die deutsche Bodenreform. Vogelsang führt in seiner „Grundbelastung und Entlastung" 1879 aus:

> Die Grundrente darf nicht ein absolutes Eigentum im privatrechtlichen Sinne sein, über welches der Eigentümer zu Gebrauch oder Mißbrauch frei verfügen kann. Diese Grundrente ist im öffentlichen Interesse konstituiert und muß auch im öffentlichen Interesse verwendet werden. Hiermit verträgt sich die jetzt übliche Art der Verpfändung nicht...
> Ein Grundbesitzer, der, mit Hypothekenschulden

behaftet, sich in einer merklichen Abhängigkeit von seinen Gläubigern befindet, ein ganzer Grundbesitzerstand, bei dem das der Fall ist, der kann seine sozialen und politischen Standesaufgaben nicht erfüllen und leistet daher zum empfindlichen Schaden der Gesellschaft und des Staates nicht den schuldigen Gegendienst für das ihm eingeräumte Monopol.

Noch schärfer rückt Vogelsang diesen Gedanken in den Mittelpunkt volkswirtschaftlichen Denkens durch den Aufsatz „Die Erde und die liberale Volkswirtschaft" (1879):

> Unsere das heranwachsende Geschlecht bildende Nationalökonomie muß daher vor allem des Kultus des allein seligmachenden, in Kapital und Zins zu berechnenden momentanen Reingewinnes sich entschlagen. Sie muß die Gesetze der Dauer in ihre Berechnung ziehen und die solidarische Verpflichtung der Raumgenossen sowohl als der Zeitgenossen. Die Privatökonomie aber muß dem niedrigen Aberglauben entsagen, daß der Grund und Boden wie ein Stück Geld angesehen und behandelt werden könne, da er doch in Wahrheit ein Stück des allen gemeinsamen Vaterlandes ist. Sie muß anerkennen, daß das Recht der Gemeinsamkeit und die Pflicht gegen dieselbe der Benützung für den privaten Vorteil Gesetze vorzuschreiben, Schranken zu ziehen und einen über alle momentane Plusmacherei erhabenen Geist einzuhauchen hat.

Eine Verbindung von Kaisertum, Demokratie und Bodenreform empfahl der frühere Landrat C. von Helldorf-Baumersrode 1886 in seinem „Recht auf Arbeit und die Landfrage."

Eine Verschmelzung bodenreformerischer und bestimmter philosophischer Gedanken hat Theodor Stamm versucht. Am 29. Juni 1822 in Berlin als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns geboren, verlor er früh seinen Vater. Großen Einfluß gewann sein Hauslehrer Häseler, der als Leutnant wegen politischer Umtriebe die zehn besten Mannesjahre im Kerker hatte verbringen müssen, und dem es gelang, seinen Zögling mit seinen Idealen von Gleichheit und Brüderlichkeit zu erfüllen. Im Dezember 1847 schrieb Stamm, der in Berlin Philosophie und Geschichte studierte, in sein Tagebuch:

In meiner Kammer glaube ich den Angstruf unterdrückter Millionen zu hören, und mir gegenüber im Palaste des Prinzen ist ein großes Fest.

1852 ging er nach England, 1854 nach Amerika. Hier erwarb er den medizinischen Doktorgrad. Er gewann Verdienste und mancherlei Ehrungen bei der Bekämpfung des gelben Fiebers und des Typhus. 1860 kehrte er nach Deutschland zurück und bestand auch hier 1865 die medizinische Staatsprüfung. 1866 wurde er während des deutschen Krieges als Mitglied in die „Lazarett-Immediatkommission" berufen. Stamm trat dem unter Helds Leitung stehenden „Radikalen Reform-Verein" bei. 1871 forderte er in seiner „Erlösung der darbenden Menschheit" eine planmäßige Bodenreform als das einzige Heilmittel gegen die gesellschaftliche Not. 1874 gründete er in Berlin den „Verein für Humanismus", der neben bestimmten philosophischen (pantheistischen) Anschauungen auch bodenreformerische Grundsätze vertrat. Stamm hoffte, die in jener Zeit neu aufsteigende Arbeiterbewegung bestimmend beeinflussen zu können. Er trat deshalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Richtung bei. Auf ihrem 6. Kongreß in Coburg beantragte er am 20. Juli 1874 folgenden Zusatz in das Parteiprogramm aufzunehmen:

Ein sehr bedeutender Teil des arbeitslosen Erwerbs fließt aus dem privaten Grundbesitz; daher verlangen wir die völlige Beseitigung des privaten Grundbesitzes durch ein gerechtes Expropriationsverfahren.

Liebknecht bekämpfte diesen Antrag, der auch mit 49 gegen 4 Stimmen abgelehnt wurde. Stamms Wunsch nach einem Reichstagssitz unterstützten die sozialdemokratischen Führer nicht, da sie, wie Bebel erklärte, ihn als „Eingänger" betrachteten.

Trotzdem verließ Stamm beim Erlaß des Sozialistengesetzes Berlin und ging nach Zürich. Dort erfolgte der Bruch mit den alten sozialdemokratischen Freunden, und Stamm ging 1881 nach Baden-Baden, wo er u. a. Hausarzt bei Michael Flürscheim wurde, dessen Aufmerksamkeit er auf die Bodenfrage

lenkte. 1884 siedelte er nach Wiesbaden über, wo er am 7. Juli 1892 gestorben ist.

Am 4. Juli 1886 wurde die erste deutsche parteilose Bodenreformvereinigung, die „Land-Liga" gegründet. Innere Zwistigkeiten führten aber schon 1887 zu ihrer Auflösung. Stamm war der Überzeugung, daß die Beschränkung auf wirtschaftliche Aufgaben zu eng sei und gründete deshalb am 4. Juli 1888 den Allwohlsbund, der auch freireligiöse Ideale vertrat. Er hat aber niemals auch nur 100 Mitglieder gewonnen. Das wirtschaftliche Programm des „Allwohlsbundes" lautete:

> Der Allwohls-Bund erstrebt die Erlösung vom wirtschaftlich-sittlichen Unrecht und Elend. Er ringt daher nach der Beseitigung jedes arbeitslosen, gemeinschädlichen Erwerbs, und unter Wahrung aller Volksrechte, Aufklärung des gesamten Volkes über die Bundesziele und Verbreitung veredelnder Bildung, vor allem nach der Rückwandlung des privaten, arbeitslosen, gemeinschädlichen Grundzinsgenusses in die Grundzinsgemeinschaft.
>
> Der Bund erstrebt dies mittels der Nationalbeleihungshoheit aller Grundwerte und der behufs dessen einzurichtenden Gemeinde-, Kreis-, Provinz- und Staatshypothekenbanken — woraus die Grundzinsgemeinschaft hervorgehen wird — ferner durch Erwerb des Erdbodens seitens Gemeinde und Staat, sowie mittels sonstiger, die Bundesziele verwirklichenden gesetzlichen Einrichtungen.
>
> Die Nationalbeleihung aller Grundwerte wäre aber am vorteilhaftesten durchführbar bei einem naturgemäßen, durch keine Eingangszölle auf Lebensmittel und dergleichen künstlich in die Höhe getriebenen Stand der Grundwerte und der Grundzinsen, welche jetzt noch Monopole der Privatgrundeigentümer sind.
>
> Der Bund verfolgt seine Ziele, stets anknüpfend an die bestehenden Verhältnisse, im festen Vertrauen auf die Zukunft und den Sieg des Guten und Wahren.

Wie Theodor Stamm, so verband auch der freireligiöse Prediger und Vorkämpfer des Vegetarismus, Eduard Baltzer, (24. Oktober 1814 bis 24. Juni 1887) bodenreformerische Anschauungen mit Bestrebungen anderer Art. In seinem Buche „Ideen der Sozialreform" 1873 bezeichnete er

den Raub der Erde als den *ersten* und *tiefsten Grund menschlichen Elends*. So lange er besteht, ist die soziale Frage nicht lösbar. In welchem Punkte liegt der Irrtum, daß wir so tief in ihn hineingeraten konnten, ohne es zu merken? Ja, daß ihr noch heute euch entsetzt vor einem Grundsatz, der so klar wie Gold ist! Darin scheint es zu liegen, daß wir das, was wirklich Privateigentum ist und sein darf, mit dem verwechseln, was es nicht sein darf, nämlich unsere Arbeit mit dem Erdboden, an den wir sie gewandt haben. Die Arbeit und ihre Frucht gehören dem Arbeiter; der Grund und Boden bleibt Eigentum der Menschheit. Alle Bodenbesitzer sind Lehensträger der Menschheit.

Michael *Flürscheim* war am 27. Januar 1844 in Frankfurt a. M. als Sohn eines jüdischen Großkaufmanns geboren. Er erlernte 1867—1872 in Amerika das Bankfach. Als er 1872 in den Besitz des väterlichen Vermögens gelangt war, erwarb er das Eisenwerk Gaggenau in Baden, das etwa 40 Arbeiter zählte. Flürscheims Tüchtigkeit hob das Werk so, daß es mehr als 1000 Arbeiter hatte, als es 1888 an eine Aktiengesellschaft verkauft wurde. Schon als Fabrikbesitzer hatte sich Flürscheim mit der Errichtung von Arbeiterwohnungen und Konsumgenossenschaften befaßt. Die Berührung mit Stanum ließ ihn die grundlegende Bedeutung der Bodenfrage erkennen. Leidenschaftlich trat er für die neuerkannte Wahrheit ein, so in seinen Büchern „Auf friedlichem Wege" (1884) und „Der einzige Rettungsweg" (1887) und in einer Monatsschrift: „Deutsch Land", die vom März 1887 an erschien. Aus dem Leserkreis dieses Blattes heraus wurde am 16. September 1888 in Frankfurt a. M. der „Deutsche Bund für Bodenbesitzreform" gegründet, der politisch und religiös neutral blieb. Die Satzungen erklärten als Aufgabe dieses Bundes:

Die Aufklärung der öffentlichen Meinung über die wirkliche Grundursache des wirtschaftlichen Notstandes und die Beratung der Mittel zu seiner Beseitigung.

Die erstere erblickt der Bund in der im arbeitslosen Zins- und Grundrentengenuß wurzelnden Anhäufung von ungeheuren Reichtümern in Einzelhänden, deren Besitzer ihr Einkommen nicht aufbrauchen. Hierdurch tritt, infolge der neue Zinsen tragenden jährlich zurückgelegten Ersparnisse, ein

ständig zunehmender Ausfall im nationalen und internationalen Güterverbrauch ein, den die verbrauchswilligen und -bedürftigen Volksmassen nicht ergänzen können, weil sie für einen immer größeren Teil der mit ihrer Arbeit erzeugten Tauschwerte die ständig zunehmenden Zins- und Grundrententributbeträge aufbringen müssen, deren Empfänger solche immer weniger zum Einkauf von Verbrauchsgütern verwenden. Infolgedessen werden die Arbeitsgelegenheiten immer schwieriger zu erlangen; der Kampf darum verschärft sich immer mehr und das sonst unbegreifliche Bild der zunehmenden Not und Arbeitslosigkeit bei immer schneller steigender Gütererzeugungsfähigkeit und also Überflußmöglichkeit findet seine Erklärung.

Alle Mittel sind ins Auge gefaßt: Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Grund und Bodens oder der Grundrente. Einen ersten, sofort zu verwirklichenden Schritt sieht der Verein in der Wegsteuerung des Zuwachses der städtischen Grundrenteneinkommen und zwar in allmählicher friedlicher Durchführung.

Der erste Vorsitzende dieses Bundes wurde der Arzt Heinrich Wehberg in Düsseldorf. Flürscheim wurde Schriftführer. Bald aber brachen heftige Streitigkeiten unter den beiden Männern aus. Wehberg ging zum „Allwohlsbund" über. Der Bundesvorstand wurde nach Berlin verlegt und der Fabrikbesitzer Heinrich Freese erster Vorsitzender. Auch das Organ des Bundes, die Wochenschrift „Frei Land", wurde am 1. Januar 1892 von Düsseldorf nach Berlin verlegt. Schwere Wirren weckte Theodor Hertzka, geboren 1845, ein Handelsschriftsteller in Wien, jetzt in Budapest. Dieser malte 1890 in „Frei Land" ein soziales Zukunftsbild an den Abhängen des Kenia in Afrika, das zur Verwirklichung nur des Willens bedürfe. Das Schlagwort „praktische Arbeit" bewies seine Anziehungskraft. 1894 ging die Afrikaexpedition in See. Sie scheiterte natürlich kläglich. Als Gegenzug gegen Hertzkas Unternehmen warb Flürscheim für die Gründung einer echten Bodenreform-Kolonie: Topolobambo im mexikanischen Staate Sinaloa. Auch hier zeitigte das Wort von der praktischen Arbeit zunächst ungeahnte Erfolge. In kurzer Zeit hatten mehr als 6000 Genossen in Amerika,

England und Deutschland Anteile genommen. Das Gebiet von Topolobambo, etwa 20 000 ha, mußte zunächst durch einen Bewässerungskanal fruchtbar gemacht werden. Opferwillige Bahnbrecher vollbrachten auch dieses schwierige Werk, und Flürscheim konnte am 22. August 1892 in „Frei Land" jubeln:

> „Das Wasser fließt im großen Kanal" — eine Nachricht, von der er erklärte, daß sie „unendlich wichtiger sei als alle Bismarck-Reden, bulgarische Angelegenheiten usw.". „Jedenfalls ist des Redens genug geschehen und das Tun hat das Wort."

Flürscheim ging selbst nach Mexiko. Bald aber entstanden unter den Ansiedlern so schwere Streitigkeiten, daß Flürscheim mit seinen engsten Anhängern 1893 eine neue Kolonie: „Freeland" gründete. Die alte und die neue Kolonie aber hatten das gleiche Schicksal: sie gingen in kurzer Zeit elend zugrunde.

Von Hertzka ging der Berliner Arzt Franz Oppenheimer aus („Freiland in Deutschland"). 1896 legte er in seiner „Siedlungsgenossenschaft" den Plan einer landwirtschaftlichen Arbeiterproduktivgenossenschaft vor, die als „harmonische Einung" die Grundlage einer neuen Gestaltung der Dinge werden sollte. Oppenheimer brachte auch 250 000 ℳ für den ersten Versuch zusammen. Am 1. Juli 1905 wurde das Gut Wenigenlupnitz bei Eisenach erworben. Am 1. Juli 1908 mußte es mit einem Verlust von etwa 150 000 ℳ wieder aufgegeben werden.

Nach dem Fehlschlag von Topolobambo hat sich Flürscheim vornehmlich der Währungsreform zugewandt und nach dem Vorbild von Owen und Proudhon für die Errichtung von Warenbanken gewirkt. Die einzige deutsche Warenbank, die nach seinem Plan in Harzheim in der Pfalz errichtet wurde, brach bald zusammen. Ein Aufruf Flürscheims im März 1895 zur Gründung eines „Bundes für Währungsreform" fand kein Echo. Flürscheim hat bald darauf Deutschland verlassen. Er ging nach England, und als er auch dort mit den Bodenreformern in Zwist geriet, nach Neuseeland, wo er eine „Waren-Austausch-Gesellschaft" gründete. Aber auch diese Warenbank brach zusammen

und kostete Flürscheim einen Teil seines Vermögens. Er ging nach Polynesien, dann nach Amerika und kehrte nach 19 Jahren als kranker, müder Mann nach Deutschland zurück, wo er am 24. April 1912 in Halensee bei Berlin gestorben ist.

Die Rückwirkung der Hertzka- und Flürscheimschen Fehlschläge auf Deutschland war natürlich groß, schienen sie doch den „Beweis" dafür zu bringen, daß die bodenreformerischen Gedanken in der „Praxis" völlig versagten. Dazu kam die Zersplitterung in den Kreisen der Bodenreformer. Zeitweise standen vier Organisationen neben- und deshalb natürlich auch gegeneinander: Stamms „Allwohlsbund", Flürscheims „Bund für Bodenbesitzreform", Hertzkas „Freilandverein" und Eulensteins „Henry George-Verein". Jede Organisation hielt es natürlich für ihre erste Pflicht zu beweisen, daß sie allein die „reine" Lehre und damit auch allein ein Recht aufs Dasein habe.

Unter diesen Umständen brach eine Organisation nach der andern zusammen. Auch die Mitgliederzahl des „Deutschen Bundes für Bodenbesitzreform" war so zurückgegangen, daß 1896 der Gesamtvorstand auf Antrag des 1. Vorsitzenden H. Freese mit allen gegen eine Stimme seine Auflösung beschloß, weil die Bodenreformarbeit in Deutschland sich als hoffnungslos erwiesen habe. Die Mitgliederversammlung erklärte sich zwar mit zwei Stimmen Mehrheit für einen Versuch, die Organisation noch eine Zeitlang weiterzuführen, mußte aber „Frei Land", das keine 200 Leser mehr zählte, aufgeben.

9. Der Bund Deutscher Bodenreformer.

Hier darf, hier muß ich von mir ein kurzes Wort sagen. Aufgewachsen als Sohn eines kleinen Handwerksmeisters in einer Mietskaserne Berlins, mußte für mich jede trockene statistische Zahl von Wohnungsenge und Wohnungsnot voll Blut und Leben sein. Daß der „Kommunal-Liberalismus", unter dessen Herrschaft es dahin gekommen ist, daß noch die letzte amtliche Zählung (1910) in der glänzenden Reichshauptstadt 9953 „Wohnungen" aufwies,

die ohne jeden heizbaren Raum waren und 41 963 Wohnungen mit „höchstens" einem einzigen, heizbaren Zimmer, die dauernd mit fünf oder mehr als fünf Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts belegt waren, nicht dem Wohle des Volkes dient, das mußte mir klar werden, sobald meine Augen einmal auf diese Zustände gelenkt wurden, und so trat ich schon 1890 der Flürscheimschen Organisation bei und übernahm am 1. Januar 1892 auch die Leitung von „Frei Land". Es ging ein, als ich im September 1896 nach Kiel übersiedelte, um dort die „Kieler Neuesten Nachrichten" zu leiten, deren Sonntagsbeilage, die „Deutsche Volksstimme", „Frei Land" ersetzen sollte. 1896 schloß ich mich der national-sozialen Bewegung an (s. S. 78—80). Als Kandidat dieser Partei stand ich 1897 zum ersten Male in einem Reichstagswahlkampf und zwar in einem rein ländlichen Kreis. Die Gegner entwarfen „natürlich" von dem Bodenreformer ein Zerrbild; aber ich nahm den Kampf freudig an und predigte in jedem Dorf den Bauern die Bodenreform. Das zwang mich, meine bisher wesentlich einseitige großstädtische Auffassung nachzuprüfen. Am meisten Eindruck auf mich machte das verschiedene Verhalten der freien Eigentümer und der Pächter. Vielfach wurde mir von den letzteren zwar in vertraulichen Besprechungen freudige Zustimmung zuteil — öffentlich aber wurde mir selbst die Überlassung von Versammlungsräumen verweigert. Ich erwirkte von höchster hier in Betracht kommender Stelle eine Willensäußerung dahin, daß mir keine Schwierigkeiten bereitet werden sollten. Aber auch das half so gut wie nichts. Die Pächter erklärten, daß es für sie vielmehr auf die untergeordneten Stellen ankäme, die im gegnerischen Lager standen. Mit diesen hätten sie unmittelbar zu tun, so daß sie es nicht wagen könnten, sich hier harten Auslegungen schwankender Pachtbestimmungen usw. auszusetzen. Wie anders war es überall, wo der Landmann auf gesichertem Besitze saß!

Da habe ich gelernt, daß die große Errungenschaft der liberalen Wirtschaftsperiode: die Freiheit der Persönlichkeit zum dauernden Kulturgut werden und unter allen Umständen gewahrt bleiben muß, und daß auch jeder soziale Fortschritt zuletzt

zu teuer erkauft würde, wenn sein Preis die Aufgabe der persönlichen Freiheit wäre."

Als ich mich deshalb entschloß, noch einmal eine deutsche Bodenreformbewegung zu versuchen, und den Bundesvorsitz zu übernehmen, tat ich es nur unter der Bedingung, daß aus dem Programm alles ausscheide, was als Forderung einer Verstaatlichung des Bodens mit dem daraus folgenden alleinherrschenden Pachtbetriebe erscheinen könne und ersetzt werde durch ein Programm, das weit genug wäre, um alle zu vereinen, die einen ehrlichen Kampf gegen den Mißbrauch mit dem deutschen Boden und seinen Schätzen als die Vorbedingung jedes sozialen Fortschritts erkennen. Ich veröffentlichte im Bundesorgan 1898 (Nr. 6) einen Programmentwurf, der mit geringfügigen Änderungen in der Hauptversammlung am 2. April 1898 angenommen wurde. Um deutlich zu zeigen, daß mit diesem Tage etwas Neues beginne, wurde auch ein neuer Name gewählt.

Der Bund Deutscher Bodenreformer, der mit diesem Tage ins Leben trat, erkennt als für ihn verpflichtend nur diesen Satz an:

> Der Bund Deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des Einzelnen erhält, dem Volksganzen nutzbar macht.

Den Weg des neuen Bundes mögen ein paar Zahlen kennzeichnen. Die Einnahmen des Bundes Deutscher Bodenreformer betrugen:

1897: 1258 ℳ	1903: 11258 ℳ	1909: 38834 ℳ
1899: 2299 ℳ	1905: 21894 ℳ	1911: 106136 ℳ
1901: 7838 ℳ	1907: 27624 ℳ	1913: 150868 ℳ

Das Bundesorgan, das bei der Neugründung kaum 200 Leser hatte, zählt heute — als Halbmonatsschrift: Bodenreform (Deutsche Volksstimme — Frei Land) — mehr als 65 000, das bedeutet einen Leserkreis, den wohl sonst keine politisch unabhängige volkswirtschaftliche Zeitschrift im deutschen Sprachgebiet

erreicht. Über den Einfluß des Bundes schrieb ein so kritisch gestimmter Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft wie Professor Karl Diehl bereits am 22. Januar 1906 an mich:

> Keine andere sozialpolitische Partei kann sich rühmen, auch nur annähernd in dem Maße wie die Ihrige auf die öffentliche Meinung, auf die Gesetzgebung und Verwaltung eingewirkt zu haben. Die Vertreter der akademischen Nationalökonomie werden sicherlich in der weitaus überwiegenden Majorität diese Ihre Erfolge mit der größten Sympathie begleiten.

Die ehrlichen Vertreter der Wissenschaft wohl — aber die, die in Terrainspekulationen und Bodenhandel in Stadt und Land sich in ihren Gewinnhoffnungen bedroht sehen, begleiten diese Arbeit mit steigender Erbitterung. Am 18. März 1907 schrieb die „Kölnische Zeitung" von den

> Millionen Summen, die die Vertretung der bodenreformerischen Ideen (z. B. durch die Steuer nach dem gemeinen Wert, die Zuwachssteuer, Erhaltung von Allmende, Ausbau des Erbbaurechts) an allen Ecken und Enden der Welt der in Gemeinden, Kommunalverbänden oder Staaten verkörperten Allgemeinheit eingebracht hat.

Die Allgemeinheit gewöhnt sich schnell an diese Summen; aber die, denen diese Millionen als müheloser Gewinn entgehen, fühlen sich in ihren „heiligsten Interessen" immer mehr bedroht und sinnen auf Abwehr.

Unter der Führung der Kommerzienräte Salomon und Georg Haberland, der führenden Köpfe der Berliner gewerbsmäßigen Terrainspekulation, und Adolf Rosenbaums, des Vorsitzenden des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekenmakler, entstand der sogenannte „Schutzverband für Grundbesitz und Realkredit" zur Bekämpfung der Bodenreform, der mit großen Mitteln die öffentliche Meinung zu beeinflussen sucht.

Bisher hat jede Bekämpfung dem Bunde Deutscher Bodenreformer nur vorwärts geholfen, weil sie half, den Feind zu überwinden, der der gefährlichste ist für jede Erneuerung: Gleichgültig-

keit und Unkenntnis. Ist nur erst die Aufmerksamkeit auf die Bodenfrage gelenkt, so wird ihre grundlegende Bedeutung jeder erkennen müssen, der hier unabhängig prüft.

Der Bund Deutscher Bodenreformer stellt in unserem öffentlichen Leben ein Gebilde ganz eigener Prägung dar. Er will zunächst eine wissenschaftliche Forschungsgruppe sein.

Aus zwei Grundanschauungen kann man zur Bodenreform gelangen: vom Staatssozialismus, der dem Staate sittliche Aufgaben zuweist, und ihn deshalb willig und fähig machen muß, den Mißbrauch mit dem Boden und seinen Schätzen zu verhüten und die steigende Grundrente für seine Kulturaufgaben zu gewinnen. Oder aber vom Standpunkt des ehrlichen Liberalismus aus, dem „höchstes Glück der Erdenkinder" immer die freie Persönlichkeit bleibt, und dem diese Freiheit gefährdet scheinen muß, wenn Einzelnen und Einzelgruppen die Herrschaft über Monopole zufällt. Die Mutter aller Monopole aber ist das Bodenmonopol. Äußerlich in Erscheinung trat dieser Gegensatz und diese Vereinigung auf dem Bodenreformtag in Gotha, als sich Adolph Wagner und Arwed Emminghaus die Hand reichten. (Siehe Bd. I, S. 390 u. ff.)

So wird die deutsche Bodenreformbewegung stets verschiedene Gruppen und Flügel aufzeigen, und die Arbeiten in ihren Reihen werden nicht die Uniformierung einer bestimmten Schule zeigen, sondern die Mannigfaltigkeit, die sich ergibt, wenn aus verschiedensten Quellen die Wasser sich im gemeinsamen Strome vereinen.

Von den größeren Arbeiten, die zumeist in den Vierteljahrsheften „Jahrbuch der Bodenreform" (bisher 15 Bände, Verlag G. Fischer, Jena) und den „Sozialen Zeitfragen" (bisher 70 Hefte, Verlag Bodenreform, Berlin) erschienen, seien genannt: Rudolf Sohm, Heinrich Erman, Adolf Pohlman (Erbbaurecht), Heinrich Freese (Bauhandwerkerschutz), Bürgermeister Stoßberg (Gartenrentengüter), Reinhard Baumeister (Bauordnungen), Architekt Hermann Jansen (Bebauungspläne), Bürgermeister Bleiken und H. Potthoff (Reform des Realkredits), Oberbürgermeister Wilms (Ausgabe von Land

als Armenunterstützung), Weyermann (Der Wendepunkt im Immobiliarkreditwesen), Paul Oertmann (Enteignungsrecht), Senator Spitta (Bodenreformerische Rechtsformen), Oberbürgermeister v. Wagner (Aus der Praxis einer bodenreformerischen Gemeinde). Über Wohnungsgesetzgebung: H. Vormbrock. Über die Zuwachssteuer: Adolph Wagner, Eugen Jäger, Hans Köppe, Stadtrat Boldt. Über ländliche Bodenreform: Freiherr v. Gayl, Direktor der ostpreußischen Landgesellschaft (Reform des Ansiedlungswesens), Karl Bücher (Allmende), Dietrich, Direktor der Mittelstandskasse in Posen (Die Entschuldung). Über die Kanalfrage: A. v. Schwerin. Über die bodenreformerische Verwertung der Wasserkräfte: Schär und Fuchs. Über die Verbindungslinien zur Gesundheitspflege: M. v. Gruber, Siegert, Kraft. Über die Beziehungen zur Ethik und Erziehung: W. Rein u. H. Weiskopf. Über das Problem der staatsbürgerlichen Erziehung: Adolph Wagner. Über Arbeiterfragen und Bodenreform: die Arbeitersekretäre Behrens und Brauer.

Neben dieser Arbeit, die durch eine große Buchliteratur unterstützt wird, steht die praktische staatsbürgerliche Bildungsarbeit. Es gilt, jedem einzelnen Deutschen das Bewußtsein einzuhämmern, daß er durch seine politischen Rechte unmittelbar ein Stück Mitverantwortung für die Entwicklung zu tragen hat in Gemeinde, Staat und Reich, und daß es unwahrhaftig ist und zuletzt verhängnisvoll werden muß, wenn sich nur „Interessenten" für öffentliche Fragen „interessieren", und die Allgemeinheit der Bürger sich damit begnügt, schlau gewählten Schlagworten zu folgen.

Der Bund Deutscher Bodenreformer kann diese Arbeit leisten, weil er politisch und religiös ehrlich neutral ist. Man glaubt seinen Worten, weil man weiß, daß sein Vorgehen nicht bestimmt wird durch irgendwelche Parteirücksichten. So ist es ihm durch lange, stille, treue Arbeit gelungen, in unserer so parteizerklüfteten Zeit Menschen aus allen Ständen und Lagern zu fruchtbarer Arbeit zu vereinen: Fürsten und Arbeitersekretäre, leitende Staats-

männer und schlichte Handwerker, Bauern und Vertreter der Wissenschaft, Bischöfe und Monistenführer, Konservative und Demokraten!

Nun ist die große Prüfung über unser Volk gekommen. Der Krieg hat Millionen unserer Brüder — viele wohl zum erstenmal in ihrem Leben — dem Alltag entrückt. Nun gewannen sie einmal Zeit, sich auf sich selbst zu besinnen und auf die großen Zusammenhänge zwischen dem Einzelnen und seinem Volke. Und der Tod stand vor ihnen, und in seinem Angesicht gewinnt jeder einen Lebensmaßstab, der das Kleine klein und das Große groß erscheinen läßt. Und der Krieg lehrte zugleich die Grundwahrheit aller volkswirtschaftlichen und staatswissenschaftlichen Erkenntnis: Der Heimatboden, das Vaterland wurde in seiner einzigartigen Größe erkannt; denn nur für ihn durfte das Opfer des Lebens gefordert werden. Und so ist es denn ein großes und doch nur natürliches Ergebnis dieser Schicksalstage, daß die Bodenreformbewegung gerade jetzt die Hoffnung vieler wurde! Dem Bunde Deutscher Bodenreformer sind in den Kriegsmonaten so viele neue Mitglieder zugeströmt, wie sonst noch nie. Und immer wieder klingt es in den Zuschriften aus allen Kreisen: „In der Bodenreform haben wir die große Versöhnung der sozialen Gegensätze erkannt, in ihr deshalb auch die sicherste Grundlage für das Deutschland der Zukunft, für das wir heut kämpfen und bluten!" —

Wesen und Wirken der Bodenreform mag ein Blick auf das Gebiet erschließen, auf dem wir heut vor einem gewissen Abschluß stehen. In den deutschen Kolonien gewann der Kampf um den Boden eine besondere Bedeutung. Das „wohlerworbene Recht", unter dem in alten Kulturländern auch allerlei zweifelhaftes Gut gedeckt wird, fehlt dort. Hier ist die Bahn frei. Hier muß es am ehesten gelingen, neue Rechtsformen zu schaffen, die dann naturgemäß rückwirkend auch im alten Lande den Gesundungsprozeß beschleunigen.

Unser ostasiatisches Pachtgebiet war dem Reichsmarineamt unterstellt. In ihm fanden sich Männer mit weitem Blick und starkem sittlichen Verantwortungsgefühl, die

erkannten, daß ein Wettbewerb dieser jungen deutschen Arbeitsstätte mit den alten englischen Hafenplätzen nur möglich wäre, wenn Arbeit und Kapital ungehemmt durch Bodenmißbrauch sich entwickeln könnten. Der Befehlshaber unserer Schiffe, der Admiral von Diederichs, bis zu seinem Tode, am 8. März 1918, ein treues Mitglied des Bundes Deutscher Bodenreformer, trat von vornherein allen Versuchen der Chinesen entschlossen entgegen, Schutz, Ordnung, Kulturarbeit unter dem deutschen Reichsbanner in Erhöhung der Bodenpreise umzusetzen. Die Durcharbeitung der Bodenfragen lag vornehmlich in den Händen des ersten deutschen Chinesenkommissars, W. Schrameier, der die Wahrheiten, die er aus scharfer Beobachtung der Verhältnisse in den alten ostasiatischen Häfen selbständig gefunden hatte, unermüdlich verteidigte und planmäßig ausbaute. Als mächtige Kreise in der Heimat, die in ihren Hoffnungen auf „gute" Bodengeschäfte sich enttäuscht fühlten, Einspruch erhoben, da war es das verständnisvolle Erfassen und die klare Entscheidung des Prinzen Heinrich, der die bodenreformerischen Grundlagen aufrecht erhielt. Als Großadmiral v. Tirpitz am 31. Januar 1899 im Deutschen Reichstag diese Grundlagen nicht schwächlich verteidigte, sondern sie in ihrer grundlegenden Bedeutung darlegte, da zeigte sich wieder die alte Wahrheit, daß das Regieren leicht ist, wenn die Regierten nur das Bewußtsein haben, daß die Führer wissen, was sie wollen. Alle Parteien im Reichstag stimmten zu, und selbst die Sozialdemokraten, die aus politischen Gründen den Etat der Kolonie ablehnten, erklärten in ihrem Zentralorgan: „Die für Landverkäufe dort aufgestellten Grundsätze sind ganz vernünftig" — fügten allerdings hinzu: „Sollte Kiautschau wirklich emporblühen . . . und deutsche Kolonisten in nennenswertem Umfang dort festen Fuß fassen, so werden sie bald mit einer Verwaltung aufräumen, die ihnen die Ausbeutungsfreiheit beschneidet". Es ist bezeichnend, daß die letzten Angriffe des sog. „Schutzverbandes für Grundbesitz" vor dem Kriege gerade auch gegen diese Landordnung gerichtet waren. Demgegenüber steht das Wort des Großadmirals von Tir-

pitz, der mir noch am 28. Januar 1918 schrieb: „Sie werden verstehen, daß ich den Verlust von Tsingtau tief beklage. Wir waren nach allen Richtungen dort im Aufblühen, und unsere Bodenpolitik bewährte sich glänzend." Als Tsingtau nach „Pflichterfüllung bis zum äußersten" am 7. November 1914 der japanischen Übermacht erlegen war, da konnte der Kaiser dieses Schutzgebiet auf bodenreformerischer Grundlage feiern als „Musterstätte deutscher Kulturarbeit". Selbst der Vertreter des auswärtigen Amts in Tokio, Sakuta, urteilte nach eingehender Prüfung: „Die Art und Weise, in der die Deutschen ihre ostasiatische Kolonie verwalteten, ist mit einem Worte — ideal."

Die Schnelligkeit, in der Kiautschou von der 37. Stelle unter den ostasiatischen Häfen an die 6. Stelle emporstieg, ist in der Tat ohnegleichen.

Die Hauptstadt Tsingtau, 1898 ein unansehnliches Fischerdorf, hatte 1913 bereits 60 000 Bewohner. In demselben Jahre liefen in seinen Hafen 902 Schiffe ein; der Gesamtwert des Handels war auf 200 Millionen gestiegen. Eine solche Entfaltung von Kapital und Arbeit ist nur möglich, wenn der Grundrente die Macht genommen ist, deren Erträgnisse aufzusaugen. Das geschah durch die „Landordnung von Kiautschou vom 2. September 1898." Nach ihr wurden chinesische Ansiedlungen nur gegen Erbbaurecht vergeben; bis 1913 waren 11 200 Chinesen auf Erbbaugrund angesiedelt. Die chinesischen Urbesitzer durften ihr Land nur an das Gouvernement verkaufen und zwar zu dem Preise, der nach den Steuerlisten vor der Besitzergreifung üblich war. Die deutsche Verwaltung hat dann, um jede Bevorzugung Einzelner zu vermeiden, in öffentlicher Versteigerung das Land vergeben mit der Bedingung, daß von dem gezahlten Kaufpreise je 6% als Grundsteuer dauernd zu entrichten wären. Bei jedem Verkauf mußten 2% Umsatzsteuer bezahlt werden und von dem Wertzuwachs, der ohne Arbeit des Einzelnen allein der Kulturarbeit der Gesamtheit erwuchs, 33⅓ %. Dagegen belastete keine Gewerbesteuer die Arbeit und keine Einkommensteuer

Fleiß und Sparsamkeit. Der Bodenpreis blieb bei diesen Verhältnissen sehr gering. Er stieg selbst an dem so wunderbar aufblühenden Hafen höchstens auf 2 ℳ für das Geviertmeter. Und Tsingtau wurde, als viel bewunderte Gartenstadt, bald ein beliebter und besuchter Erholungsplatz an der ostasiatischen Küste. — Eine quellenmäßige Darstellung der Land- und Steuerordnung von Kiautschou hat ihr Schöpfer, Geheimrat Schrameier, im „Jahrbuch der Bodenreform" 1911 und 1912 gegeben. —

Wesentlich anders vollzog sich die Entwicklung in den afrikanischen Kolonien, die dem Kolonialamt unterstellt waren. In Deutsch-Südwestafrika gehörten von 835 000 qkm Land 295 000 acht Landgesellschaften, die in der Hauptsache von englischen Großkapitalisten kontrolliert wurden. Eine planmäßige Verhinderung deutscher und deutschfreundlicher Ansiedlungen und eine deutschfeindliche Beeinflussung der Eingeborenen ist natürlich da leicht, wo man Herr ist des Bodens. In dieser Kolonie der größten privaten Landgesellschaften haben wir die schwersten Aufstände gesehen und den schnellsten Verlust der Kolonie.

Auf Kamerun hat der Kolonialdirektor von Buchka bewußt das System der modernen Terrainspekulation übertragen. Der „Süd-Kamerungesellschaft" gab er am 8. Dezember 1898 Landkonzessionen über ein Gebiet, das mehr als fünfmal so groß war als das Königreich Sachsen. Als sich auf dem ersten deutschen Kolonialtag 1902 der „Macher" dieser Gesellschaft, Scharlach-Hamburg, über mangelndes nationales Interesse für die Kolonien beklagte, erklärte ich öffentlich, daß dies von ihm vertretene System eine Hauptschuld daran trage. Das deutsche Volk in seinen arbeitenden Schichten würde es nie verstehen, daß es Opfer an Geld und Blut bringen solle, damit seine Aktionäre, wie sie es getan hätten, deutsche Landkonzessionen durch die Brüsseler Börse an belgische, französische und englische Spekulanten in fünf Monaten mit einem Gewinn von 16 Millionen Frs. verschachern könnten! Scharlachs matte Erwiderung war lediglich, daß die Summe von 16 Millionen Frs. nicht ganz zutref-

fend sei — daß er aber davon absehen wolle, die wahre Summe zu nennen.

Ich schrieb in jener Zeit eine Streitschrift „Kamerun oder Kiautschou, eine Entscheidung über die Zukunft der deutschen Kolonialpolitik", in der ich um die Zukunft unserer Kolonialpolitik willen es als erste Pflicht aller wahrhaft nationalen Kreise bezeichnete, einen Kolonialdirektor, der nichts von Bodenreform verstände, wie Herr von Buchka, von seinem Posten zu beseitigen. Dieser berief Herrn Scharlach in den Kolonialrat. In den Bund Deutscher Bodenreformer aber traten daraufhin eine Reihe von ersten Vertretern unserer Kolonialpolitik, so der Togokaufmann Vietor, der im Namen des ehrlichen deutschen Kaufmannstandes den Bodenmißbrauch bekämpfte (siehe „Jahrbuch der Bodenreform" 1905), der erste Landeshauptmann Südafrikas, Major von François, der aus seinen Erfahrungen heraus uns in den „Sozialen Zeitfragen" eine feine Arbeit schrieb: „Staat oder Gesellschaft in unseren Kolonien?" und endlich Hermann von Wißmann, der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, der in der Bundeszeitschrift der Bodenreformer klar die grundsätzliche Seite der Frage beleuchtete und es beklagte, „daß wir in Deutschland über die Gefahr, die in dem Bodenwucher liegt, noch lange nicht genügend aufgeklärt sind. Man hat überall das Gefühl, daß eine Gefahr vorhanden ist, kann sich diese aber nicht genügend klar machen und vor allem denkt niemand daran, daß die Bodenfrage der Kolonien prinzipiell als dieselbe Gefahr auch im Vaterlande sich fühlbar macht."

Hermann von Wißmann ist es in der Hauptsache auch zu danken, daß aus Deutsch-Ostafrika die großen Landgesellschaften fernblieben. Dort konnte, zum Teil wenigstens, gute Bodenreformarbeit geleistet werden. Die Stadt Tanga war die erste Stadt in Afrika, die dem Bunde Deutscher Bodenreformer als körperschaftliches Mitglied beitrat. Dort wurde durch Bodenreformsteuern der Boden „billig und willig" gemacht, das Gemeindegrundeigentum in 2 Jahren von 70 ha auf 220 ha erhöht, und einige hundert Erbbauverträge wurden mit Ein-

geborenen abgeschlossen, die dadurch zum ersten Male eine Rechtssicherheit für ihre Niederlassungen erhielten. (Vgl. die Arbeit des um diese Entwicklung besonders verdienten Bezirksamtmanns Löhr im „Jahrbuch der Bodenreform" 1914.) Es ist kein Zufall, daß in Ostafrika die Eingeborenen mit unbedingter Treue zu den Deutschen gestanden haben, einer Treue, die die ruhmvolle Verteidigung dieser Kolonie natürlich erst ermöglichte, so daß sich auch hier die alte Wahrheit bewährte, daß soziale Gerechtigkeit die sicherste Grundlage jeder äußeren Kraftentwicklung ist.

Für die Kolonien ist der Kampf zwischen Kamerun oder Kiautschou, der so lange leidenschaftlich geführt wurde, nun wohl endgültig entschieden. In der letzten Sitzung, in der der deutsche Reichstag koloniale Landfragen behandelte, am 13. Mai 1914, nahm er einstimmig eine Entschließung an, die forderte: daß das in Kamerun „durch die Enteignung vom Fiskus erworbene Land im Sinne der Landordnung von Kiautschou verwaltet und verwertet werde".

Die Herren von Buchka, Scharlach und ihre Freunde, die einst mit amtlicher Macht ausgestattet und mit äußeren Ehren geschmückt wurden, sind heut nur noch peinliche Erinnerungen in der deutschen Kolonialgeschichte, ebenso wie alle einst so hochmütigen Angriffe, mit denen unter Berufung auf jene „Autoritäten" und „Sachverständigen" die Bodenreform überschüttet wurde.

Ein solcher Rückblick dient mehr als vieles andere wahrer staatsbürgerlicher Erziehung. —

Nur angedeutet sei die große Aufgabe, in der die deutschen Bodenreformer heut stehen. Wie die schlesischen Kriege Friedrichs des Großen verbunden waren mit dem Werk seiner großen Innenbesiedlung, wie die napoleonischen Kriege zum Fortschritt der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung geführt haben, so muß auch aus diesem Weltkriege ein neuer Fortschritt auf dem Gebiet des Bodenrechts erwachsen.

Die Erinnerung an das verhängnisvolle Wohnungselend nach 1871 (s. S. 179) stieg warnend auf. Was in jenen Tagen

vielleicht noch als Kurzsichtigkeit entschuldigt werden konnte, das mußte — nach jener Lehre der Geschichte — für unser Geschlecht sittliche Schuld werden. Um diese von unserem Volk abzuwenden, erhoben die Bodenreformer den Ruf nach Kriegerheimstätten. Mit 28 Organisationen gründeten sie am 20. März 1915 den „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten". Ende 1918 umfaßte er über 3700 Behörden und Organisationen aller Art, d. h. etwa 5 Millionen deutscher Familien!

Der Deutsche Reichstag nahm am 24. Mai 1916 einstimmig folgende Entschließung an:

> Der Herr Reichskanzler wird ersucht, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer, oder deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen, mit dem Ziele, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten.

Am 15. Dezember 1917 konnte ich im Großen Hauptquartier über „Bodenreform und Kriegerheimstätten" sprechen. Darauf erhielt ich u. a. folgenden Brief:

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H.-Qu., den 16. 12. 17.

Sehr geehrter Herr Damaschke!

Die Arbeit des „Hauptausschusses für Kriegerheimstätten" findet mein volles Verständnis.

Unsere Krieger, die ihr Vaterland unter schwersten Opfern so ruhmvoll vor dem Verderben geschützt haben, dürfen bei ihrer siegreichen Heimkehr nicht mit Wohnungselend empfangen oder gar mit Frau und Kindern der Obdachlosigkeit preisgegeben werden.

Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wucherhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist. Das will Ihre Bewegung, und deshalb werden die besten Wünsche aller derer mit Ihrer Arbeit sein, welche die Größe unserer Zeit erkannt haben und es ehrlich mit unseren Kriegern und unserem Volke meinen.

Es handelt sich hier um ein Werk von größter sozialer Tragweite. Je eher dieses in Angriff genommen wird, desto mehr wird es eine Quelle neuer Freudigkeit und dankbarer Hingebung unserer tapferer Truppen werden!

v. Hindenburg.

Und ähnlich mahnte und warnte ein Heerführer auf geistigem Gebiet, Adolph Wagner, der, schon fast völlig erblindet, aus der Sorge um die Zukunft seines von ihm so heiß geliebten Volkes folgende Worte als sein Vermächtnis diktierte:

Den ersten Schritt zu einer organischen Reform wollen die bodenreformerischen Bestrebungen zur Schaffung von Heimstätten für unsere heimkehrenden Krieger und deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tun. Werden diese Bestrebungen in Gesetzform übergeführt, dann ist in der Tat ein Werk geschaffen, das geeignet ist, einen körperlich und sittlich gesunden Volksnachwuchs zu sichern, die Wehrkraft des Volkes zu erhöhen und die Erträgnisse des heimischen Bodens zu steigern!

Wir müssen zu einem neuen „deutschen Frieden" kommen, der hoffentlich ein besserer wird als der, der bisher auf der Erde geherrscht hat, und in dem zuletzt auch die wahren Interessen der anderen vertreten sein werden. Das kann aber nie Wahrheit werden ohne feste ethische Grundsätze auch im Wirtschaftsleben, wie sie die Bodenreform zur Geltung bringen will! An ihr muß deshalb helfen, wer eine Mitverantwortung für unseres Volkes Zukunft fühlt!

Und immer eindringlicher mahnten Stimmen in Heer, Flotte, Verwaltung, Kirche, Schule, Gesundheitspflege. (S. „Führende Stimmen", Verlag Bodenreform, Berlin.) Trotzdem gelang es nicht, ein Kriegerheimstättengesetz zu schaffen. Das „Gesamtpräsidium" des von den Vertretern der Großberliner „Terraininteressenten", den Herren Rosenbaum und Haberland zur Bekämpfung der Bodenreform gegründeten, über große Mittel verfügenden „Schutzverbandes für Grundbesitz" trat am 29. November 1915 „natürlich" auch für Kriegerheimstätten ein:

aber die Siedlung hat auch zu gutem deutschem Rechte zu erfolgen, nicht zu einem schlechteren Recht, wie es die

Bodenreformer empfehlen. Insbesondere ist es fehlerhaft und entschieden zu verwerfen, wenn der Krieger die Heimstätten nicht unbeschränkt veräußern darf.

In diesem bodenreformerischen Recht lag in der Tat die Entscheidung. Heimstätten, deren Boden unter dem alten Warenrecht steht, hören auf, Heimstätten zu sein. Ja, dieses Warenrecht verhindert ihre Erstellung in großem Umfange überhaupt. Welcher Minister, Bürgermeister, Pfarrer könnte, ja dürfte Staats-, Gemeinde-, Kirchen-Land billig für Heimstätten zur Verfügung stellen, wenn der Heimstätter es heut oder morgen mit einem privaten Vorteil verkaufen und es seiner sozialen Aufgabe wieder entziehen könnte?

Über diese grundlegende Frage seien einige Urteile unabhängiger Vertreter deutscher Wissenschaft angeführt:

Otto von Gierke, der Altmeister der deutschen Rechtswissenschaft an der Universität Berlin, erklärte am 14. Oktober 1916:

> Eine Bodenrechtsbindung muß erfolgen, sonst ist die ganze Heimstättenarbeit zweck- und aussichtslos.

Der preußische Kronsyndikus Zorn schrieb am 10. Juni 1918 an mich:

> Wie freies Eigentum nutzbar, dürfen diese Heimstätten weder unbeschränkt veräußerlich, noch unbeschränkt verschuldbar sein. Nach beiden Richtungen muß viel mehr eine feste Grenze gezogen werden, damit nicht der Segen der Kriegerheimstätten sich in den Fluch der Bodenspekulation verwandle. Diese Schranken werden nicht minderes Recht sein, wie man wohl behauptet hat, sondern sie werden höheres Recht sein: Altes, echtes, deutsches Recht.

Eduard Meyer, der berühmte Vertreter der Geschichte an der Universität Berlin, führt in seiner Schrift „Die Heimstättenfrage im Lichte der Geschichte" (Berlin 1918, Verlag Bodenreform) aus:

> Aber sie kann zu gar nichts führen und nur das Gegenteil des Erstrebten erreichen, wenn der als Heimstätte zugewiesene Boden nicht zugleich unter ein Recht gestellt wird, das ihn dem Schuldkapital und der Spekulation dauernd entzieht.

Dagegen sträubt sich aber der Mammonismus mit Händen und Füßen; und, wie gewöhnlich, hat er dafür eine schönklingende Phrase bereit: Es würde dadurch ein minderes Recht geschaffen! Subjektiv mag, wer das behauptet, es auch glauben, aber in Wirklichkeit ist es eine Unwahrheit, die den Tatsachen ins Gesicht schlägt.

Dieser Kampf aber verhinderte das Zustandekommen eines Heimstättengesetzes, das wirklich die Hoffnung Hindenburgs hätte erfüllen können, „eine Quelle neuer Freudigkeit unserer tapferen Truppen zu werden". Die Not stieg. In vielen Städten mußten Baracken für Obdachlose errichtet werden. Kinderreiche Familien zumeist wurden aufs schwerste getroffen. Eine Stimmung kam auf, wie sie z. B. aus dem Briefe eines Landsturmmanns Oskar Kaubisch (s. „Bodenreform" 1918, Nr. 22) spricht:

Ich selbst habe bei jedem Urlaub immer trübere Erfahrungen machen müssen, und auch mir ist der Zorn ins Herz gestiegen. Vor allen Dingen regen sich die Leute darüber auf, daß man drinnen die Mieten steigert und den Feldsoldaten ganz offen ankündigt: „Wenn ihr zurückkommt, dann steigern wir euch erst mal gründlich!

Erfolgt auch jetzt keine ehrliche soziale Reform, dann sehe ich die schwersten Gefahren heranziehen. Welche ungeheuren Möglichkeiten hat unsere Regierung unausgenutzt liegen lassen! Zuerst: Welch ein Nibelungenhort an Begeisterung liegt im Worte „Kriegerheimstätten"! Man glaubt ja gar nicht, wie sehr sich der kleine Mann im Schützengraben mit diesem Gedanken begeistern kann!" „Ach, wäre das schön," sagt er glänzenden Auges. Im nächsten Augenblick aber senkt er das Haupt: „Aber daraus wird ja nichts! Das lassen die „Großen" nicht zu." —

Umsonst drängte das Große Hauptquartier. Am 29. Juni 1918 mahnte es:

Diese Gesetzesvorschläge baldigst zur gesetzlichen Geltung zu bringen, ist auch für die Stimmung des Heeres eine unserer dringlichsten Aufgaben.

Am 6. September verstärkte es seine Mahnung:

Die bodenreformerischen Bestrebungen, zumal sie die Begründung der Kriegerheimstätten besonders be-

treiben und begünstigen, haben nicht nur in der Heimat, sondern auch bei den Feldzugsteilnehmern tiefe Wirkungen ausgelöst, denen Reichs- und Heeresleitung Beachtung und Berücksichtigung nicht länger vorenthalten kann.

An das gesunde und begreifliche Verlangen unserer Krieger nach einer eigenen Scholle knüpft jetzt bereits der englische Luftpropagandadienst an, wenn er Tausende von aufrührerischen Flugblättern auf die Fronttruppen herunterwerfen läßt, in denen das Deutsche Reich als der Staat hingestellt wird, der seinen Söhnen nicht einmal einen „Blumentopf voll Erde" zu eigen gönne.

Wenn diese Frage unserer Volks- und Wehrkraft in aussichtsvoller Weise gelöst wird, so läßt sich dadurch eine nachhaltige, beruhigende und befestigende Wirkung auf die Stimmung der Kriegsteilnehmer im Felde und ihrer Angehörigen in der Heimat erzielen.

Die Preußische Regierung beging den ungeheuren Fehler, den Ausbau bis dahin verbotener Dach- und Keller-Gelasse anzuregen. Diese Maßnahme, die in der Praxis natürlich auf eine Begünstigung der bestehenden Mietskasernen hinauslief, war schon als vorübergehende Notmaßnahme bedenklich, mußte aber geradezu verheerend wirken, wenn als Ergänzung die Ankündigung des Heimstättengesetzes ausblieb, das in Hunderttausenden von Herzen eine große Hoffnung geworden war. Das zeigte sich in der letzten Sitzung des alten Preußischen Abgeordnetenhauses am 23. Oktober 1918, in der der unabhängige Sozialdemokrat Paul Hoffmann mit bitterem Hohn ausführte:

Dachböden und Kellerluken sind also gerade gut genug für die armen Krieger, die heimkehren, die in Ihrem Interesse, meine Herren, draußen ihre Gesundheit verloren haben. Wie verträgt sich das mit all den schönen Redensarten, die in Ihrer Presse gestanden haben, wie verträgt sich das mit den schönen Worten: das Vaterland wird seinen zurückkehrenden Kriegern heißen Dank wissen! Schon bei dieser Gelegenheit offenbart sich der Schwindel. Hoffentlich wird das Volk, soweit es nachher von diesem Wohnungselend betroffen wird, in seinem Grimm und Zorn gründlich mit den jetzigen Zuständen aufräumen.

Das alte System fand nicht die sittliche Kraft, zur rechten Zeit Notwendiges zu erfüllen. Nun ist die Revolution gekommen, in deren ersten schweren Stürmen wir jetzt stehen. Aber auch in ihnen lebt der Bodenreformgedanke. Auf eine Eingabe des „Hauptausschusses für Kriegerheimstätten" um eine Notverordnung erklärten mehr als 500 Arbeiter- und Soldatenräte sofort ihre Zustimmung, und ebenso denkt das Feldheer:

Großes Hauptquartier. Schloß Wilhelmshöhe, den 8. Dezember 1918.

Herrn A. Damaschke.

Ihre Eingabe an den Rat der Volksbeauftragten, in der Sie Regelung des Enteignungsrechtes zur Verbesserung des Wohnungs- und Siedlungswesens, Vorkaufsrecht bei Besitzwechsel von Grund und Boden und Sicherung des Bodens gegen spekulativen Mißbrauch fordern, hat unsere größte Beachtung gefunden.

Wir werden alle dahinzielenden Bestrebungen mit ganzer Kraft unterstützen, denn nur durch eine weitgehende Bodenreform können die Voraussetzungen für ein freieres Leben geschaffen werden. Die heimkehrenden Brüder, die für den Boden des Vaterlandes gekämpft haben, dürfen auf keinen Fall mehr durch die Gewinnsucht Weniger in lichtlose, düstere Räume gedrängt werden.

Ihnen, sehr geschätzter Herr, sprechen wir für das rastlose Kämpfen in diesem am tiefsten in das Leben aller einschneidenden Fragen unseren Dank aus, und sind überzeugt, daß dies auch den Empfindungen des ganzen Feldheeres entspricht.

Vollzugsausschuß des Soldatenrates des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung.

Auf dem ersten deutschen Arbeiter- und Soldatenräte-Kongreß am 16.—20. Dezember 1918 in Berlin hat die große „Soldatenfraktion" sich einstimmig auf den Boden dieser Eingabe gestellt mit der Begründung, daß jenes

Gesetz — erweitert zu einem allgemeinen Volksheimstättengesetz — eine der festesten Grundlagen des sozialen Neuaufbaues des deutschen Volksstaates werden.

Bisher wurden Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, alle schaffenden Stände, um die Erhöhung des Ertrages ihrer Arbeit durch Miets- und Pachtsteigerungen betrogen.

Billige und gesunde Heimstätten, dauernd geschützt vor jedem Mißbrauch, werden nach jeder Richtung zur Gesundung unseres Volkes wesentlich beitragen. Die Herstellung dieser Heimstätten, zu der alle Rohstoffe im eigenen Land vorhanden sind, wird auch daran helfen, lohnende Arbeit in Fülle zu schaffen.

Und der Antrag klang aus mit einer grundsätzlichen bodenreformerischen Begründung:

Durch diese Notverordnung wird auch schon vor der Nationalversammlung der große Grundsatz festgelegt werden, daß der vaterländische Boden, der durch diesen Krieg mit einer ungeheuren Bluthypothek belastet ist, für alle Zukunft davor bewahrt bleiben soll, wie eine beliebige Ware behandelt, jedem Mißbrauch ausgesetzt und zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung erniedrigt zu werden.

Bei dem Neu-Aufbau des deutschen Volksstaates stellt sich den Bodenreformern die Aufgabe der Stunde so dar:

Nach innen gilt es, persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit organisch zu vereinen, nach außen, die Gesetze des Zusammenlebens der Völker zu finden, die eine Verkümmerung des wachsenden deutschen Volkes verhindern.

Im Innern würde eine rein politische Demokratie ohne grundlegende soziale Neugestaltung nach allen Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart lediglich an Stelle der Monarchen die Mammonarchen setzen und die Herrschaft der Plutokratie begründen. Die betrogenen Massen aber würden sich immer von neuem dagegen erheben, und das deutsche Volk müßte in diesen inneren Kämpfen sich selbst zugrunde richten.

Die soziale Neugestaltung muß aber auch Raum gewähren für die Entfaltung unabhängiger Persönlichkeiten, für das Arbeiten in Freiheit, das noch stets die Grundlage war jedes technischen und kulturellen Fortschritts, dessen Pflege allein unsere Wirtschaft

fähig machen kann zu erfolgreichem Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

Nicht Mammonismus und nicht Kommunismus, sondern soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit!

Zu diesem Zweck muß der deutsche Volksstaat Herr sein über die Grundlage seines Daseins, über die Urquelle aller Produktion, über den Boden und seine Schätze und Naturkräfte. Keinerlei Ausbeutung wird möglich sein, wo jedem freier Zutritt zu den Vorbedingungen freier Arbeit am Boden ermöglicht wird, wo jeder in einer gesicherten Heimstätte die Grundlagen eines gesunden Familienlebens finden kann mit der Gewißheit, daß keine Steigerung von Mieten oder Hypothekenschulden ihn um den Ertrag seiner Arbeit zu betrügen vermag.

Ein Volksstaat, der über Grundrente und Bodenschätze und dazu über alle Monopole, die daraus entspringen (Verkehr, Wasser, Licht, elektrische Kraft usw.) gebietet, wird leicht und reich alle Mittel für seine Kulturaufgaben gewinnen; alle Veranstaltungen für die Erziehung erfolgreicher ausbauen, Vorkehrungen gegen Gefahren der Krankheit und des Alters treffen, die Ansprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen voll befriedigen, die Arbeit aller Beamten, Arbeiter nnd Angestellten ungleich reicher entlohnen können, und er wird doch nicht, wie es bisher nur zu oft geschah, alle solche Aufwendungen zum guten Teil wieder zunichte machen durch unsoziale Steuern, welche die Arbeit hemmen und die Lebenshaltung erschweren.

Zugleich wird ein solcher Volksstaat durch billige Darbietung von Rohstoffen (Kohlen, Erze), von Naturkräften (Elektrizität, Wasser, Licht), von Dungsalzen (Kali) jede industrielle und landwirtschaftliche Tätigkeit aufs wirksamste fördern. In dieser Tätigkeit selbst aber muß Raum bleiben für die Entfaltung unabhängiger Persönlichkeit, für freie Unternehmungskraft, für ehrlichen Wettbewerb.

Auch für die Stellung des deutschen Volksstaats nach außen wird der Grundsatz der Bodenreform von entscheidender Bedeutung sein. Wird nach ihm die gesamte Erdoberfläche und alle ihre

Schätze als gemeinsames Gut aller Kulturnationen angesehen, dann muß ihre Verteilung erfolgen nach der Zahl und der Leistungsfähigkeit der Mitglieder jeder Volksgemeinschaft. Nur dadurch kann verhindert werden, daß der kommende Völkerbund eine Fessel wird für wachsende, aufsteigende Völker auf Kosten stehenbleibender und sinkender Gemeinschaften.

Ein deutscher Volksstaat auf gesunder sozialer Grundlage, gleichberechtigt unter den Völkern der Erde, soll und wird in der Kulturentwicklung der Menschheit leisten, wozu seine Eigenart ihn verpflichtet!

In der Programmschrift der neuen deutschen Bodenreformbewegung, meiner „Bodenreform", „Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not" (110. Tausend. G. Fischer, Jena) erklärt das erste grundlegende Kapitel: „Weder Mammonismus noch Kommunismus":

Ist die Grundrente soziales Eigentum, so fällt jede Ursache, ja auch jede Möglichkeit, den Boden und seine Schätze zu monopolisieren. Der freie Zugang jeder Arbeit zu der Urquelle aller Produktion ist gesichert. Natürlich wird damit auch das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital wesentlich berührt. Aber wie dann auch in einem notlosen, gebildeten Volke Kapital und Arbeit in freier oder genossenschaftlicher Tätigkeit sich auseinandersetzen oder vereinigen, welche neuen Formen dadurch in organischer Entwicklung im Produktionsprozeß geschaffen werden mögen — es wird jedem möglich sein, in Freiheit seine Kräfte zu entfalten!

Die Bodenreform erscheint also nicht als die Lösung des sozialen Problems in dem Sinne, als ob nach ihrer Durchführung niemand mehr etwas zu erhoffen, zu verbessern, zu erkämpfen hätte — es wäre das übrigens ein Zustand, der auf geistigem Gebiete mehr veröden als auf wirtschaftlichem gewinnen ließe —, sondern allein in dem Sinne, daß sie die unentbehrliche Voraussetzung jeder wahrhaft organischen Emporentwicklung der Lebenshaltung unseres ganzen Volkes bedeutet.

Mammonismus, Kommunismus, Bodenreform! Immer deutlicher trennen sich die großen Heerlager. Unter diesen Zeichen wird der Kampf um die Zukunft entschieden. Niemand, der einmal empfunden hat, daß er persönlich ein Stück Mitverantwortung für seine Zeit zu tragen hat, kann in diesem Kampfe parteilos bleiben.

Gewiß, in jedem Lager stehen Menschen mit ehrlicher Überzeugung. Unter welche Fahne man tritt, ist eine Frage der Einsicht, der Erkenntnis. Keine Frage des Wissens aber, sondern eine Frage des Gewissens ist es, daß man überhaupt bewußt eine klare Stellung nimmt in dem entscheidungsreichsten Ringen unserer Zeit. Mehr denn je bewährt heute das alte solonische Gesetz seine sittliche Geltung: Unwert bürgerlicher Ehre ist, wer in den Kämpfen seines Volkes nicht klar seine Stellung erwählt!

Namen-Verzeichnis.

Abderhalden, Prof. 249
Ablott 307
Achard, Chemiker 6, 7
Alexander II. v. Rußland 233
Alexander VI., Papst 68
Andrieux, Polizeipräfekt 241
Arago, François, Minister 30
Aristoteles 275
Arnd, Karl 372—374
Arndt, Ernst Moritz 353
Asquith 311
Astor 304
Audorf 163
Auer, Ignaz 183, 192, 193
Auerswald 361
Aveling, Dr. 130

Baader, Josef v. 33, 61
Babeuf 83
Bakunin, Michael 112, 123, 129, 236 ff., 262, 267
Balfour 334
Baltzer, Eduard 381
Balvó, Faustino 318
Bamberger, Ludwig 230
Bannermann, Campbell 311
Bauer, Abg. 207
Bauer, Bruno 110
Baumeister, Reinhard 389
Baumgarten, Otto 77
Bazard 95, 96
Bebel, August 131, 140, 154, 167, 168, 170, 173, 177, 178, 183, 193, 195, 381
Beck, Karl 39
Becker, Bernhard 163, 165
Behr-Bandelin, Graf 366
Beesly 122
Behrens 81, 390
Beil 37
Bennigsen, v. 249
Bentham, Jeremy 216
Berg, Frau v. 352
Bernstein, Eduard 162, 174, 182 ff., 205
Bismarck, Otto v. 75, 152 ff., 163, 167, 174, 185, 275
Blanc, Louis 226, 260
Blanqui, Adolphe 98
Bleiken, Bürgermeister 389
Blum, Robert 32, 50
Böckh, Professor 159
Böhmer, Historiker 65
Bömelburg 194
Börne, Ludwig 135
Boldt, Stadtrat 390
Born, Stephan 120
Borsig, August 38
Boykott, James 296
Brandes, Georg 242
Bratianu 322
Brauer, Th. 209, 390
Brentano, Lujo 252
Briand, Minister 102
Bringmann 194 ff.
Brougham, Lord 7
Brüggemann 41, 48
Bruck, Ludwig 66
Bucher, Lothar 275
Buchka, v., Kolonialdirektor 394, 396
Bücher, Karl 390
Büchner, Ludwig 160
Bueck, Abg. 249
Bülow, Hans v. 159
Bunsen 44
Buttermilch siehe Born

Cabet, Etienne 93, 103—105, 112
Campanella, Thomas 83
Camphausen 110
Cancrin, Finanzminister 30
Carey 47
Carl August, Herzog v. Sachsen 6
Carnot 93, 98
Carlyle, Thomas 294, 295
Caze, Herzog v. 230
Chamisso, Adalbert v. 25
Churchill 311
Clagny, Gauthier de 254, 255
Clinton, Gouverneur 62
Cobbett, William 288
Colins, Caesar de 317
Comte, Auguste 93, 95, 98, 111
Condorcet 101
Considérant, Victor 100, 113
Cooper, Thomas 51
Cossidière, Barrikadenpräfekt 236
Cotta, Buchhändler 21
Cromwell, Oliver 288
Culloch, Mac 57, 290
Cunow 176, 186
Czernin, Graf 6

Damaschke, Adolf 79, 81, 206, 385 ff., 397, 402

Dammer, Dr. Otto 148
Danneel 369
Darwin 300
David 185
Davitt, Michael 298
Deloncle 102
Dickens, Charles 302
Diederichs, v. 392
Diehl, Karl, Professor 388
Diener-Denes 326
Dieterici, Professor 147
Dietrich, Direktor 390
Doebereiner 6
Doenniges, Helene v. 156 ff.
Dreyfuß 251
Duewell, Kriegsberichterst. 345
Dunker, Franz 139, 195

Ebert 176
Eheberg, Professor 47
Eichhorn, Minister 17
Eleonore, Zarin v. Bulgarien 324
Elisabeth v. England 68, 288, 293
Emminghaus, Arwed 389
Enfantin 95—97
Engel, Dr. 74
Engels, Friedrich 106, 112, 117, 119, 120, 125, 128, 131, 164, 167, 180, 182, 185 ff., 194, 198
Erman, Heinrich 389
Estève, Finanzverwalter 64
Eulenstein 385

Falkenstein, Vogel v. 170
Fallersleben, Hoffmann v. 40
Feistel, Schriftsetzer 166
Fichte, J. G. 140, 244, 245
Flürscheim, Michael 381 ff.
Försterling 166
Fourier, Charles 97—103, 113
François, v. 395
Franke, Oberbürgermeister 36
Franklin 302
Frantz, Constantin 250 ff.
Franz I., Kaiser 16
Freese, Heinrich 102, 369, 382 ff., 389
Freiligrath, Ferdinand 119
Freytag, Gustav 132
Friedrich d. Große 166, 275, 355, 396
Friedrich, König v. Württemberg 10
Friedrich Wilhelm, d. gr. Kurfürst 69
Friedrich Wilhelm III. 34, 352, 371
Friedrich Wilhelm IV. 110
Friedrich III., Kaiser 175, 366
Fritzsche, W. 140, 189 f., 191
Fuchs 390
Fulda, Professor 11

Gauthier, de Clagny 254, 255
Gautier, Emile 240, 241
Gayl, Freiherr v. 390
Gelzer, Heinrich 77
Georg II., v. England 282
Georg III., v. England 289
George, Henry 129, 296, 304 ff. 336, 337
George, Lloyd 311
Gierke, von 399
Giesberts 81
Gladstone 298
Glynn, Mac 306, 307
Godin, André 102
Godwin, Mary 215
Godwin, William 214 ff.
Goethe, J. W. 49, 213, 255
Göhre, Paul 78
Goldbeck, v., Großkanzler 352
Goschen 277
Gossen, Hermann Heinrich 374 ff.
Gottheil 307
Grey, John 285, 286
Griesheim, General v. 5
Grotius, Hugo 68
Gruber, Max v. 390
Grün, Karl 222
Guésde, Jules 130
Gustav Adolf v. Schweden 68
Gutzkow 113

Haber, v. 49
Haberland, Georg 388
Haberland, Salomon 388
Häseler 379
Hätzel, Schuhmacher 120
Hall, Charles 286
Hamann 189
Hander, Schuldirektor 135
Hansemann 110, 361
Hardenberg, v., Staatskanzler 13, 353
Harkort, Gustav 36
Harmening, Ernst 197
Hartmann 198
Hasenclever 170 ff.
Hassenpflug, Minister 372
Hatzfeld, Gräfin Sofie 136, 138, 160
Hatzfeld, Graf Edmund 137
Headlam 297
Hegel 109, 137, 234, 280
Heilmann, Ernst 251
Heine, Heinrich 27, 106, 136, 138
Heinrich, Prinz v. Preußen 392
Heinrich IV. v. Frankreich 56
Held, Friedrich 376, 377
Helfferich, Staatssekretär 28

Helldorf-Baumersrode, C. v. 379
Hepner 170
Herfurth, Stadtpfarrer 328
Hertzka, Theodor 382—384
Herwegh, Georg 70, 72, 136, 156, 166, 189
Herzen, Alexander 233ff., 239
Herzl, Theodor 332, 334
Heß, Moses 221
Hildebrand 363
Hildebrandt 48
Hillmann 166
Hindenburg, v. 397, 398
Hirsch, Baron 332
Hirsch, Max 168, 170, 195ff.
Hobrecht, Bürgermeister 179
Hödel 173
Höpner 171
Hoffmann, Paul 401
Hoffmann v. Fallersleben 40
Hofmann 48
Hofstetten, J. B. v. 164
Holthoff, Rechtsanwalt 158
Homer 291
Huber, Victor Aimé 168, 359, 360
Huet, François 317
Hueterische Brüder 105
Hug-Rüstringen 176
Humboldt, Wilhelm v. 243ff.

Jacobi 213
Jaeger, Eugen 390
Jansen, Hermann 389
Ibsen, Henrik 242
Jefferson 302
Jeitter 29
Ingersoll, J. 22
Johann v. Leyden 106

Kamenew 273
Kammerer 265
Karl I. v. England 183, 281
Karl II. v. England 282
Karolyi 326
Kautsky, Karl 193, 194, 208
Kelchner, Hofrat 34, 37
Ketteler, Bischof 80, 82, 155, 158
Keudell, v. 152
Kingsley 286, 296
Kinkel, Gottfried 127
Kirchhof 5, 6
Kirchmann v. 362
Klebelsberg, Graf 325
Knies, Professor 41
Köppe, Hans 390
Kolb, Redakt. d. Augsburger Allg. Ztg. 44
Kolb, Redakt. d. Karlsr. Volksfreunds 185
Kolping 79
Kopernikus 375
Kraft 390
Krapotkin, Fürst Peter 233ff., 238ff., 241ff., 256, 259ff., 264, 272, 275ff.
Krause 48
Krug, Leopold 370, 371
Kuegelgen, Wilhelm v. 25
Kuusi, Eino 329

Labori, Advokat 253
Laer, v., Landrat 60
Lafargue, Paul 131
Lafargue, Laura 130
Lafayette 22
Lagarde, Paul de 244, 245
Landauer, Gustav 267
Lange, Albert 168
Lassalle, Ferdinand 50, 80, 109, 122, 123ff., 165, 176, 180, 186ff., 275, 361
Lassal, Heymann 127, 130
Laube, Heinrich 45
Le Bon 253
Leclaire, Jean 101
Legien, Karl 191, 192, 194, 202
Lenin 271, 273, 348
Lensch, Dr. 184
Leo XIII., Papst 306
Leopold v. Belgien 30, 38
Lesigne 263
Lesseps 98
Lessing 213
Leyden, Johann v. 105
Lichtenberg, Philosoph 25
Lichtenstein, Prinz Alois 378
Lieber, Dr. 249
Liebknecht, Wilhelm 122, 131, 165—168, 170ff., 177, 178, 181, 192, 381
Liebknecht, Karl 184, 273, 274
Lindau, Paul 162
Lindwurm, Arnold 377, 378
List, Friedrich 8—23, 27, 28, 31, 33, 35—73, 76, 77, 118
Löhner, Dr. 35
Löhr, Bezirksamtmann 396
Löwe, Ludwig 142
Longworth 304
Loria, Achill 320
Lotz 48
Louis Philipp 38
Lueger, Karl 378
Ludwig XIV. v. Frankreich 93
Luther, Martin 58
Luxemburg, Rosa 273, 274

Mably 83
Mac Culloch 57, 287
Mac Glynn 306, 307
Mackay, John Henry 212, 220, 241
Malthus, Robert 59, 305
Man, Tom 254
Manning, Kardinal 300
Mardechai siehe Marx

Marggraf, Chemiker 6
Maria Thereſia 69
Martens, v. 14
Martius, v. 14
Marx, Eleonore 129
Marx, Jenny 109, 125
Marx, Karl 89, 106, 108, 117, 120, 122, 126 ff., 139, 160, 164, 169, 170 ff., 182, 186 ff., 194, 208, 236, 237, 258, 262, 272
Maurenbrecher 79
Mazzini 122
Mehring, Franz 114, 162, 270
Mende 166
Mendelsſohn, Arzt 136
Menzel, Wolfgang 21, 25, 46, 47
Metternich 11, 21, 38
Meyer, Prof. 399
Mill, James 290, 291
Mill, John Stuart 291 ff.
Milton 281
Miquel 367
Mirski, Fürſtin 239
Möſer 71
Mohl, Robert v. 11, 29
Moltke, Hellmut v. 59, 75
Mony 98
Morelli 83
Morus, Thomas 83, 103, 271
Moſt, Johann 222, 248, 257, 261, 265
Müller, Adam Heinrich 41, 52
Mumm, Reinhard 78

Nagler, Oberpoſtmeiſter 26, 34, 37
Napoleon I. 1—4, 6, 7, 9, 52, 353
Napoleon III. 152, 230
Naumann, Friedrich 77, 79
Nelſon 2
Netſchajew 237 ff., 242, 264
Newton 98
Nietzſche, Friedrich 242
Nieuwenhuis, Domela 222, 223
Nikolaus I. v. Rußland 233, 235
Nobiling 173
Nulty, Biſchof 298

O'Brien 288 ff.
O'Connor 289
Oertmann, Paul 390
Ogilvie, William 284, 285
Opitz 327
Oppenheim, Aſſeſſor 136
Oppenheimer, Franz 384
Orlow 337
Ortlepp, Ernſt 40
Oſeroff, Profeſſor 341
Oswald ſiehe Engels
Owen, Robert 84—92, 102, 107, 216, 286, 384

Paeplow 195
Paine, Thomas 214
Paul, Arbeiter 155
Paul-Hannover 192
Pereire 98, 181
Peukert, Joſef 265
Pfau, Ludwig 46
Pfizer 64
Pickler, Julius 326
Pierre, Abbé St. 56
Plato 260
Plettenberg, Walter v. 351
Pölitz, Karl Heinrich Ludwig 30, 48
Pohlman, Adolf 389
Poſchinger v. 76
Potter, Albert de 316
Potter, Louis de 316
Potthoff, Dr. 389
Powderly 306
Preßburg ſ. Marx 109
Prohaszka, Biſchof 325, 327
Proudhon 107, 112, 123, 161, 221, 223 ff., 234, 247, 256 ff., 266, 384

Rabelais 212, 213
Racowitza, Yanco v. 158 ff.
Radek 273
Raiffeiſen, Friedrich Wilhelm 358
Rapp, Georg, „Prophet" 88, 214
Rau, Profeſſor 41
Reclus, Elie 232 ff.
Reclus, Eliſée 232 ff., 241, 248, 266
Redern, Graf, Geſandter 92
Rein, Wilhelm 77, 390
Reinsdorf 265
Ricardo, David 290, 305
Richter, Eugen 161, 168, 197
Rocker 270 ff.
Rodbertus, Karl 148, 361 ff.
Rodrigues, Bankier 94
Röſer, Zigarrenmacher 150
Rooſevelt, Theodor 304, 305
Roſcher, Wilhelm 41, 71
Roſenbaum, Adolf 388
Roßmäßler, Profeſſor 140
Rotſchild, Baron 332, 334
Rotteck 64
Rouſſeau, Jean Jacques 260
Rückert, Friedrich 11
Ruge 234
Ruge, Arnold 110
Ruſkin, John 316

Saint Pierre, Abbé 56
Saint-Simon, Claude Henry Graf v. 92—97, 111
Sakuta 393
Salomo 370
Salomon, E 179
Samter, Adolf 376
Satolli, Erzbiſchof 307
Schäffle, Albert 41, 367
Schär 390

Schapira, 333
Scharlach 394
Scheidemann, Philipp 185
Schlayer, Minister 43
Schmalz 373
Schmeling, v., Reichsminister 71
Schmidt, Johann Kaspar siehe Stirner
Schmidthenner 44
Schmoller, Gustav 43, 51, 72, 73, 198
Schnell, Bürgermstr. 328
Schön, v., Oberpräsident 355
Schönborn 135
Schöpfer 367
Schrameier, W. 392 ff.
Schuchart 27
Schukowski 130
Schulze-Delitzsch, Hermann 122, 150, 179, 361
Schurz, Karl 127
Schweitzer, J. B. v. 160, 164 ff., 169, 170, 176, 178, 190
Schwerin, A. v. 390
Sering, Max 367
Seybold, 15
Shelley 215
Sickingen, Franz v. 139
Siegert 390
Smith, Adam 12, 13, 51, 57, 77, 216, 284, 285, 373
Sohm, Rudolf 78, 389
Sonnemann, Leopold 168, 177
Spence, Thomas 282 ff.
Spencer, Herbert 295, 296
Spitta, Senator 390
Staël, Frau v. 93
Stamm, Theodor 379 ff., 385
Staudinger, Franz 257
Stein, Freiherr 10, 352, 396
Stellmacher 265
Sting 17
Stirner, Max 219, 241, 255 ff., 262
Stöcker, Adolf 76, 77
Stolypin 342
Stosberg, Bürgermeister 389
Strousberg 181
Struensee 63
Sutherland, Herzogin v. 287
Swift 297

Tessendorf, Staatsanwalt 170, 191
Thierry, Augustin 93, 98
Thiers 30
Tirpitz, v. 392
Tisza 326
Tölcke 166
Tolstoi, Graf Leo 255, 335 ff.
Treitschke, Heinrich 50, 64
Trevelyan 311, 312
Trotzkij 273
Tschaikowsky 240
Tschernoff, Victor 347
Tschirner 134
Tschlenow, Dr. E. 333
Tucker, Benjamin 219, 262
Turgenjew 233
Turgot 13

Uhland, Ludwig 20, 64

Vahlteich 140, 150, 162
Varnhagen van Ense 136
Vietor, J. K. 395
Vogelsang, Freiherr Karl v. 379
Vollmar, Georg v. 181, 183 ff.
Vormbrock, H. 390

Waentig, Professor 47
Wagener, Hermann 152
Wagner, Adolph 73—77, 81, 389, 390
Wagner, Heinrich v. 390
Wagner, Richard 158
Wallace, Alfred Russell 300, 301
Wallenstein 69
Wangenheim, Freiherr v. 10—12, 14, 19
Warren, Josias 216 ff.
Wehberg, Heinrich 383
Weiskopf, H. 390
Weitling, Wilhelm 106—109, 140, 236
Welker 64
Werner 181
Westfalen, Jenny v. 108
Westmoreland, Gesandter 42
Weyermann, Moritz 390
Wichern, Johann Heinrich 77
Wildberger 181
Wilhelm I., König v. Württemberg 10, 12, 16, 21
Wilhelm I., Kaiser 153, 155, 174, 175
Wilhelm II., Kaiser 175, 393
Wille 181
Wilms, Oberbürgermeister 389
Winstanlay 281
Winter, Minister 43
Wißmann, v. 395
Wolff, Carl 328
Wolff, Wilhelm 119, 124
Wollstonecraft, Mary 215
Wundt, Professor 168

Yong, Arthur 292
York, Theodor 142

Zetkin, Klara 192
Zola, Emile 251
Zorn 399

Sachverzeichnis.

(Aufgestellt von Dr. O. Weidenmüller-Flensburg.)

Agrarreform (Stolypins) 342 ff.
Ahornzucker s. Zucker
Akkumulation, Gesetz der kapitalistischen 188
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 148 ff., 164 ff.
Allgemeines Stimmenrecht 247 ff.
Allgemeine Zeitung 39, 45
Allmende 259, 357 ff.
Allwohlsbund 381
Altersversorgung 87, 107
Alton Locke (Roman) 296
Amerika 21 ff., 55
Anarchist 212, 223, 240
Ansiedlungen, deutsche in Rußland 349 ff.
Arbeit, menschliche 58, 78, 107, 200, 226, 261, 283, 321
Arbeit, Recht auf 226
Arbeiter 85 f., 140 ff.
Arbeiter und Bodenreform 205 ff.
Arbeiter und Maschine 29, 84
Arbeiter und Staat 116, 147, 176 f.
Arbeiterausschüsse 87
„Arbeiter-Bataillone" 151
Arbeiterbeteiligungsgesellschaften 102
Arbeiterkongreß 108, 121
Arbeitermarseillaise 163
„Arbeiterprogramm" 140, 141
Arbeiterrecht 199 ff.
Arbeiterschutz, -versicherung 81, 87, 255
„Arbeiterverbrüderung" 121
Arbeitsgemeinschaft 202
Arbeitskämpfe 187, 189, 199 ff., 319
Arbeitsnote 89, 218
Arbeitszeit 86, 90, 200, 269
Armengesetze 293
„Auferstehung" (Tolstoi) 336
Ausstände s. Arbeitskämpfe
Auswanderung 320, 327, 344

Bauernbank 341, 343, 351
Bauernbefreiung 319, 334, 348, 366
Baumwolle 5 ff.
Beamtenherrschaft 9, 18, 20, 62, 67
Bevölkerung 59 (übermäßige), 314 (Frankreich), 326 (Finnland)
Binnenzölle 13, 16
Blockaderecht 2
Bodenarten (Türkei) 329
Bodenbesitzreform 382
Bodenfrage 60 ff., 205 ff., 257 ff., 267, 277, 290 ff., 309 ff., 320, 321, 338, 348, 372
Bodenfrage und sozialdemokr. Stimmen 179
Bodenpreise 60, 277, 334
Bodenreform 78, 197, 280 ff., 385 ff.
Bodenspekulanten 302, 309, 357, 388
Bodenverteilung 286, 314, 343, 344
Bodenwerte Ogilvies 282
Bojaren 324
Bolschewiki 272, 327, 347
Bourgeois 124 f., 184
Boykott 296
Buchdruckerverband 189
Budgetrecht 183 ff.
Bund der Gerechten 106, 113
Bürokratismus s. Beamtenherrschaft

Chartisten 160, 287 f.
Christliche Gewerkschaften s. Gewerkschaften
Christlich-nationale Arbeiterbewegung 81
Christlichsoziale Richtung 76
Cöllmer 355
Cost principle 218

Darmstädter Kongreß 17
Deutsch-Ostafrika 395
Dezembristen 231
Domänen 19, 317
Dreiklassenwahlrecht 153

Egoismus 255
Ehe 116
Ehernes Lohngesetz 80, 144

Eigentum 80, 89, 116, 148, 175, 215, 224, 282, 290, 294 ff., 362, 367
Einhegung 281, 285, 287
Einigungsämter 196
Einzige Steuer s. Grundrentensteuer
Eisenacher 162 ff., 185
Eisenbahnen 23 f., 32, 373
Eisenbahnen, Sachverständige über 29
Eisenbahnen, Allheilmittel Lists 48
Eisenbahn-Journal 38
England s. Gewerkvereine
Englands Lage um 1810 4
Englands Vorherrschaft 2, 56, 70
Entwicklungsstufen der Menschheit 54, 243
Erbpacht 63
Erbrecht 81, 96
Erfurter Programm 173 ff., 181, 186, 194
Erziehungszölle 54 f.
Evangelisch-sozialer Kongreß 78

Fahrpreise 26
Familistère 102
Festlandsperre 1 ff.
Fiesko, Lassalle zu 136
Flotte, brandenburgische 68, deutsche 67, 69, 71, englische 8, europäische 8
„Fortschritt und Armut" 305
Frankfurter Bundestag 10, 11
Frankfurter Ostermesse 1819: 13, 14
Frauen 96, 234
Freie Liebe 96
Freihandel 54, 309
Freiheit 104, 254, 261, 294, 317, 386
Freiheit der Meere 67
„Frei Land" 383
Friede, ewiger 56

Gasanstalten, englische 24
Geburtenrückgang 314
Geld (s. a. Arbeitsnote, Tauschbank) 61, 257, 365
Gemeinheitsteilung 357, 363 ff
Generalkommission (Gewerkschaften) 191
Generalstreik 269
Genossenschaft s. Konsum-, Pacht-, Produktiv-, Raiffeisen-, Siedlungsgenossenschaft
„Gerechter Handel" 217
Geschworenengerichte 18
Gesellenverein 79
Gewerbefreiheit 90
Gewerbeordnung 190
Gewerkschaften 186 ff., 278
Gewerkschaften, christliche 195, 198 ff., 209
Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche 195
Gewerkvereine, englische 195
Gewinnbeteiligung 102
Gleichheit 83, 88, 104, 239, 280, 307, 317
Gleitende Lohnskala in England u. in Österreich 204
Glück, größtes, der größten Zahl 216
Großgrundbesitz 281, 286 ff., 294 ff., 311, 318 ff., 321, 339
Grundrente 214, 231, 281, 289, 298, 300, 317, 321, 362, 373, 377, 393, 394
Grundrentensteuer (Einzige Steuer) 19, 291, 307 ff., 327, 333, 371
Grundwertsteuer s. Grundrentensteuer
Grundsteuer 275, 329
Gründerzeit 179

Handelsverein 14, 15, 17
Handelsvertrag mit England 1786: 1
Hanse 67
„Harmonieapostel" 196
Hauszinssteuer 326
Häusler (Dänemark) 313
Heimstättengesetz 315, 397 ff.
Heimstättenkolonien 288
Historische Schule 71
Hueterische Brüder 105

Ikarien 103
Internationale 122 f., 170, 188
Irland 296
Judenstaat 332

Kameralwissenschaft 53
Kampf ums Dasein 300
Kapital 61, 63, 190, 192, 196, 199, 210, 227, 257 ff., 289, 290
Kapitalabfindungsgesetz 207
Kathedersozialisten 74, 196
Kinderarbeit 91 ff.
Kirchlich-soziale Konferenz 77
Klassenherrschaft 169, 178
Klassenkampf 175, 188, 269
Klassenstaaten 184
Kleinbauern 281, 286, 321 ff.
Koalitionsrecht 189, 200
Kolonialamt 394
Kolonialpolitik 391 ff.
Kolonisation, innere 359 ff.
Kommunal-Liberalismus 197
Kommune 1871 123
Kommunismus 83
Kommunistenbund 106

Kommunistische Partei 202, 273
Kommunistisches Manifest 114 ff., 187
Konsumgenossenschaften 91, 257 f., 277
Konsumvereine 86, 143
Kontinentalsperre 3
Kredit 226 ff., 267, 355
Kriegerheimstätten 312, 396 ff.
Kunststraßen (Chausseen) 26

Landliga 297, 381
landlords s. Großgrundbesitz
Landordnung von Kiautschou 393
Landkonzessions-System 394
„Landschaften" 355
Landwirtschaft 314 ff. (Frankreich), 318 ff. (Italien), 321 (Rumänien), 328 (Finnland), 366 (Verschuldung)
Latifundien s. Großgrundbesitz
Leibeigenschaft s. Bauernbefreiung
Levellers 280
Lloyd, österreichischer 66
Löhne 4, 86, 145, 224, 262, 276, 310, 316, 369
Lohngesetz, ehernes 145, 163, 172, 189
Lohnquote, fallende 362
Lohnskala, gleitende 204

Mammonismus, Kommunismus und Bodenreform 406
Manchestertum 74, 76
Manifest an die deutschen Arbeiter 169
Maut s. Zoll
Mehrheit 242, 251, 254
Menschewiki 272
Merkantilismus 84
Metallarbeiter 196
„ „ -Verband 203
Minersville 61
Mir 339 ff.
Mitteleuropa 63
Mittellandkanal 59
Mormonen 105
Münzwesen s. Währungsfrage

Nationalsozial 76 f., 186, 386
Nationalverein 142
Nationalwerkstätten 226
„Neue Zeit" 176
Nihilismus 238
Nordamerika 55

„Offenes Antwortschreiben" 1863 142

Pachtgenossenschaften 319 ff.
Palästinafrage 334
Parlamentarismus 178, 247 f.
Parteitage, sozialdemokratische 167, 174, 181, 192
Patentgesetzgebung 59
Phalange, Phalanstère 99 ff.
Physiokraten 1, 52, 83, 280 f., 301, 373
Port Clinton 23
Positivismus 94
Postwesen 13, 24 f., 34
Pottsville 61
Preis, gerechter 257
Privateigentum s. Eigentum
Produktivgenossenschaften 80, 87, 146, 153 ff., 163, 172, 174
Produktivkräfte 57
Programm, Gothaer 171, Erfurter 173, 186
Proletariat 115, 173, 194, 324, 338, 342
„Propaganda der Tat" 264

Raiffeisengenossenschaften 358
Rappisten 216
Reformbill 1832 287
Reichsbank 61
Reichsmarineamt 391
Rentenbriefe 365
Reutlinger Adresse 18
Revisionisten 182 ff.
Rheinbund 4
Riesenvermögen in Amerika 303
Rohrzucker s. Zucker
Rübenzucker s. Zucker

Saint-Simonismus 95
Schafzucht 280, 286
Schiffahrt 69
Schutzzoll 55, 56
Schwitzsystem 296
Seegeltung 63 ff.
„Seele" (Rußland) 338
Selbsthilfe 167, 359
Siedlungsgenossenschaft 384
single tax s. Grundrentensteuer
„Sonnenstaat" 83
Sowjets 272
„Sozialdemokrat" 128 166, 174
Sozialdemokratie und Kolonialpolitik 392
Sozialdemokratische Partei 169 ff.
Sozialismus 111, 116
Sozialist 122
Sozialistengesetz 173, 181
„Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" 171
Sozialpolitik, Verein für 74
Spartakusbund 203, 273
Spinnereien, sächsische 5, englische 85
Staat und Einzelwesen 241 f., 261, 390
Staatseisenbahnen 76
Staatsbürgerliche Erziehung, Zur 390

Staatssozialismus 73, 389
Staatswirtschaftliche Fakultät 10
Stärkezucker s. Zucker
Steuergesetzgebung, soziale 81
Strafe 246
Streiks s. Arbeitskämpfe
Surrogate 5
Syndikalismus 267

Tamaqua 23, 61
Tanga 395
Tarifverträge 202
Tauschbank (Warenbank) 98, 227, 257, 384
Tauschwert(system) 57, 60, 114
Terraingesellschaften 179, 302, 388
Terrorismus 119
Trafalgar 1805 2, 8
Triasidee 11
Triebe, drei, Fouriers 98
Trunksucht 86
Tsingtaus Entwicklung 393
Tschaikowskykreis 240

Unabhängige soz.-dem. Partei 184, 186, 203, 207
Utilitarismus 219
Utopia 83
Utopismus 83

Verein Deutscher Kaufleute und Fabrikanten 14
Verhältniswahlsystem 101
Verschuldungsgrenze 353 f.
„Volksstaat" 169, 180
„Vorwärts" 172

Wahlrecht, allgemeines (Stimmrecht) 147, 163, 167, 247 ff.
Währungsfrage (Münzwesen) 13, 59, 89, 384
Weberdeputation, Waldenburger 154
Wechsel 228
Weltharmonie 98
Wiedertäufer 106
Wiener Bundesakte 13
Wohlfahrtssystem, polizeiliches 245
Wohnungselend 77, 178, 324, 328, 368, 385
Wohnungsfrage 75, 87, 178, 196, 360, 372 ff.

Zentralausschuß der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer 202
Zionismus 332, 333 ff.
Zölle (s. a. Schutz-, Erziehungszoll) 14, 16, 309
Zolleinigung Englands und Schottlands 12
Zolleinigung Englands und Irlands 13
Zollverein 12, 16, 24, 63 f.
Zucker 5 f.
Zuwachssteuer 62, 291, 311

Die Programmschrift der deutschen Bodenreformer ist:

Die Bodenreform

Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not.

Von

Adolf Damaschke

Dr. jur. h. c.

Vorsitzendem des Bundes Deutscher Bodenreformer.

13., durchgesehene Auflage. 100.—110. Tausend.

512 S. 1920. Preis: geh. 9 Mark., geb. 13 Mark.

Inhalt:

1. Weder Mammonismus noch Kommunismus!
2. Die Bodenreform und die industrielle Entwicklung.
3. Die Bodenreform und das Agrarproblem.
4. Die Bodenreform in Israel.
5. Die Bodenreform in Hellas.
6. Die Bodenreform in Rom und ihre Lehren.
7. Henry George.
8. Die deutsche Bodenreform.
9. Der Weltkrieg im Lichte der Bodenreform.

Aus mehr als 1000 Besprechungen:

„Kölnische Volkszeitung": Damaschkes „Bodenreform" wird infolge ihrer Vorzüge der fesselnden überzeugenden Darstellung, namentlich aber infolge ihres tiefen inneren Wertes für den allgemeinen Kulturfortschritt zu den unvergänglichen Büchern der nationalökonomischen Literatur gehören.

Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger: Eine Aufklärungsschrift im besten Sinne, die eine erschöpfende Darstellung der in immer weitere Kreise dringenden Grundsätze der Bodenreform enthält. In logischer Weise wird gezeigt, daß zwar manches, aber noch nicht alles verloren ist.

Dresdener Neueste Nachrichten: Ein einzigartiges Werk! Wenige Bücher gibt es, die so viele Taten geschaffen haben!

Soziale Praxis: Dieses Werk ist nicht bloß für Zehntausende, sondern bald für Hunderttausende deutscher Leser eine Art volkswirtschaftliches Bekenntnisbuch geworden.

Das Land: Dieses Werk ist zweifellos das bedeutendste, das die deutsche Bodenreformliteratur bis jetzt aufzuweisen hat.

„Pfälzische Lehrerzeitung": Ich darf sagen, daß dies Werk mich ergriffen, erschüttert, aber auch begeistert hat, daß es mir Aus- und Einsichten zeigte, die ich nicht geahnt. Ich habe das Buch mit glühender Seele in einem Zuge lesen.

Blätter für das Gymnasialschulwesen (München): Es ist ein wahrhaft klassisches Werk. Jeder der für die Lebensfrage unseres Volkes Interesse hat, sollte es lesen.

G. E. Stechert & Co.
Alfred Hafner
New York

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 054874703